

# *Polska Polityka Wschodnia*

## Die Außenpolitik der polnischen Regierung seit 1989 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine)

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie

im Fachbereich III der Universität Trier

**Verfasser: Sebastian Gerhardt, M.A.**

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Klaus Ziemer, Universität Trier

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Hanns W. Maull, Universität Trier

30. November 2003

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1	Einführung und Fragestellung . . . . .	1
1.1.1	Das Thema und seine Relevanz . . . . .	1
1.1.2	Ausgangsfragen . . . . .	3
1.1.3	Theoretische Verortung . . . . .	5
1.1.4	Übergeordnete Fragestellung . . . . .	7
1.2	Grundannahmen . . . . .	8
1.2.1	Voraussetzungen . . . . .	8
1.2.2	Folgerungen . . . . .	8
1.2.3	Definitionen zum Identitätskonzept . . . . .	9
1.2.4	Träger von Identität . . . . .	12
1.3	Methodische Vorgehensweise . . . . .	13
1.3.1	Nationale Identität und außenpolitisches Handeln . . . . .	15
1.3.2	Der Ansatz zur Erstellung einer Diskursanalyse . . . . .	16
1.3.3	Grundbegriffe der Diskursanalyse . . . . .	16
1.3.4	Operationalisierung des Ansatzes . . . . .	19
1.3.4.1	Erstellung des Verhaltensprofils . . . . .	19
1.3.4.2	Erstellung des Diskursprofils . . . . .	20
1.4	Forschungsstand . . . . .	21
1.5	Quellenbasis . . . . .	21
<b>2</b>	<b>Das historische Verhaltensprofil Polens</b>	<b>29</b>
2.1	Sicherheit <i>sensu largo</i> 1918-1989 . . . . .	29
2.1.1	Militärisch-politische Sicherheit . . . . .	30
2.1.1.1	Territoriale Konflikte an den polnischen Ostgrenzen nach 1918 . . . . .	30
2.1.1.2	Grundzüge polnischer Außen- und Bündnispolitik 1918-1939	31
2.1.1.3	1939-1947: Zweiter Weltkrieg, Bürgerkriege und Grenzver- schiebungen . . . . .	32
2.1.1.4	Die Außenpolitik der Volksrepublik Polen gegenüber der UdSSR . . . . .	34
2.1.2	Wirtschaftliche Sicherheit . . . . .	35
2.2	Polnische Minderheitenpolitik 1919-1989 . . . . .	36
2.2.1	Zwischenkriegszeit . . . . .	37
2.2.1.1	Statistischer Befund . . . . .	37
2.2.1.2	Verfassung und Minderheiten . . . . .	38
2.2.1.3	Wahlen, parlamentarische Repräsentation und Praxis . . .	39

2.2.1.4	Verwaltungspraxis . . . . .	41
2.2.1.5	Die Politik gegenüber den konfessionellen Minderheiten . .	43
2.2.1.6	Minderheitenpolitische Aspekte des Schulwesens . . . . .	44
2.2.2	Der „Bevölkerungsaustausch“ 1939-1947 . . . . .	45
2.2.3	Minderheiten in der VR Polen 1944 bis 1989 . . . . .	47
<b>3</b>	<b>Das historische Diskursprofil Polens</b>	<b>53</b>
3.1	Die Debatte über die östlichen Nachbarn 1919-1989 . . . . .	53
3.1.1	Einleitung . . . . .	53
3.1.2	Diskursverlauf und Diskursstruktur . . . . .	54
3.1.3	Identitätselemente und Argumentationsmuster . . . . .	62
3.1.4	Bestimmungsfaktoren der Diskurshegemonie . . . . .	65
3.2	Die polnische NATO-Beitrittsdebatte (1989-1995) . . . . .	67
3.2.1	Einleitung . . . . .	67
3.2.2	Diskursverlauf und Diskursstruktur . . . . .	67
3.2.3	Identitätselemente/Argumentationsmuster . . . . .	78
3.2.4	Bestimmungsfaktoren der Diskurshegemonie . . . . .	80
3.3	Ergebnis: Polnische Identitätselemente . . . . .	81
3.4	Hypothesen/Leitfragen . . . . .	83
<b>4</b>	<b>Die außenpolitische Diskursstruktur Polens</b>	<b>85</b>
4.1	Außenpolitische Zuständigkeiten . . . . .	85
4.1.1	Koordination in der Außenpolitik zwischen Präsident und Ministerrat	86
4.1.2	Ministerrat und Verwaltung im Prozess der außenpolitischen Wil- lensbildung . . . . .	89
4.1.3	Die Rolle des Senats in der Ostpolitik . . . . .	93
4.1.4	Konsens der Parteien in ostpolitischen Fragen? . . . . .	96
4.1.5	NGOs mit außenpolitischem Bezug . . . . .	97
4.1.6	Printmedien mit außenpolitischem Bezug . . . . .	97
4.1.7	Informelle Eliten in der polnischen Außenpolitik . . . . .	98
4.1.8	Verfassungsgericht . . . . .	98
4.2	Auswirkungen auf die polnische Diskursstruktur . . . . .	99
<b>5</b>	<b>Fallstudien zum ostpolitischen Diskursprofil</b>	<b>102</b>
5.1	Konvergenz der pro-russischen und pro-UBL-Haltung? . . . . .	103
5.1.1	Die Debatte über die Anerkennung der Unabhängigkeit der östli- chen Nachbarn 1989-1992 . . . . .	104
5.1.1.1	Präsident . . . . .	105
5.1.1.2	Ministerrat . . . . .	107
5.1.1.3	Parlament . . . . .	111
5.1.1.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	114
5.1.1.5	Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie . . . .	116
5.1.2	„Strategische Partnerschaft“ mit Litauen und der Ukraine oder Öko- nomisierung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn? . . . .	118
5.1.2.1	1993/94: Was ist die strategische Partnerschaft <i>nicht</i> ? . .	119
5.1.2.1.1	Präsident . . . . .	119
5.1.2.1.2	Ministerrat . . . . .	121

5.1.2.1.3	Parlament . . . . .	125
5.1.2.1.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	128
5.1.2.2	1996/97: Was kann die strategische Partnerschaft bilateral bedeuten? . . . . .	130
5.1.2.2.1	Präsident . . . . .	130
5.1.2.2.2	Ministerrat . . . . .	133
5.1.2.2.3	Parlament . . . . .	136
5.1.2.2.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	138
5.1.2.3	2000/01: Was kann die strategische Partnerschaft im eu- ropäischen Rahmen bedeuten? . . . . .	140
5.1.2.3.1	Präsident . . . . .	140
5.1.2.3.2	Ministerrat . . . . .	141
5.1.2.3.3	Parlament . . . . .	143
5.1.2.3.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	145
5.1.2.4	Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie . . . . .	150
5.1.3	Die Debatte über den Charakter der polnischen Grenzen . . . . .	155
5.1.3.1	Der Auftakt: Die Sejm-Debatte über die Euroregionen 1993 . . . . .	156
5.1.3.2	Die Debatte über die polnische Schengen-Grenze 1997/98 . . . . .	158
5.1.3.2.1	Präsident . . . . .	158
5.1.3.2.2	Ministerrat . . . . .	158
5.1.3.2.3	Parlament . . . . .	159
5.1.3.3	Die Debatte über die polnische Schengen-Grenze 2000/01 . . . . .	160
5.1.3.3.1	Präsident . . . . .	160
5.1.3.3.2	Ministerrat . . . . .	160
5.1.3.3.3	Parlament . . . . .	161
5.1.3.3.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	162
5.1.3.4	Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie . . . . .	163
5.1.3.5	Die Konvergenzthese . . . . .	165
5.2	Der polnische Minderheitendiskurs . . . . .	165
5.2.1	Minderheitenrelevante Grundbegriffe . . . . .	166
5.2.2	Der polnische Minderheitendiskurs 1991/92 . . . . .	169
5.2.2.1	Präsident . . . . .	169
5.2.2.2	Ministerrat . . . . .	171
5.2.2.3	Parlament . . . . .	172
5.2.2.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	173
5.2.3	Der polnische Minderheitendiskurs 1997/98 . . . . .	177
5.2.3.1	Präsident . . . . .	177
5.2.3.2	Ministerrat . . . . .	177
5.2.3.3	Parlament . . . . .	179
5.2.3.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	181
5.2.4	Der polnische Minderheitendiskurs 2001/02 . . . . .	182
5.2.4.1	Präsident . . . . .	182
5.2.4.2	Ministerrat . . . . .	183
5.2.4.3	Parlament . . . . .	184
5.2.4.4	Medien und Öffentlichkeit . . . . .	185
5.2.5	Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie . . . . .	186

<b>6</b>	<b>Fallstudien zum ostpolitischen Verhaltensprofil</b>	<b>190</b>
6.1	Auslandspolen-Politik . . . . .	190
6.1.1	Polnische Minderheiten in der LSSR, BSSR und USSR 1945 bis 1991	191
6.1.2	Die polnischen Minderheiten in den Nachbarschaftsverträgen . . .	194
6.1.3	Die Gesamtkoordinierung der Auslandspolen-Politik . . . . .	196
6.1.4	Das MSZ in der Auslandspolen-Politik . . . . .	197
6.1.5	Das MEN in der Auslandspolen-Politik . . . . .	198
6.1.5.1	Bildungsaktivitäten . . . . .	200
6.1.5.1.1	Polnisches Schulwesen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine . . . . .	201
6.1.5.1.2	Entsendung polnischer Lehrer nach Litauen, Weiß- russland und die Ukraine . . . . .	206
6.1.5.1.3	Fortbildung ausländischer Lehrer in Polen . . . . .	208
6.1.5.1.4	Staatliche Schulbuchkommissionen . . . . .	208
6.1.5.2	Wissenschaftsbezogene Aktivitäten . . . . .	209
6.1.5.2.1	Studentenaustausch . . . . .	209
6.1.5.2.2	Polnischsprachiges Hochschulwesen in den östli- chen Nachbarstaaten . . . . .	213
6.1.5.2.3	Lektorenprogramm . . . . .	214
6.1.6	Der Senat in der Auslandspolen-Politik . . . . .	215
6.1.6.1	Die <i>Wspólnota Polska</i> . . . . .	215
6.1.6.2	Die <i>Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie</i> . . . . .	220
6.1.6.3	Weitere Akteure . . . . .	224
6.1.7	Fazit . . . . .	225
6.2	Außenwirtschaftsförderung und technische Hilfe . . . . .	226
6.2.1	Ökonomische Binnentransformation Polens nach 1989 . . . . .	227
6.2.2	Hauptprobleme des polnischen Osthandels nach 1989 . . . . .	233
6.2.2.1	Das polnische Exportgeschäft nach Russland . . . . .	233
6.2.2.2	Das polnische Exportgeschäft in die Ukraine . . . . .	236
6.2.2.3	Das polnische Exportgeschäft nach Weißrussland . . . . .	239
6.2.2.4	Das polnische Exportgeschäft nach Litauen . . . . .	240
6.2.2.5	Résumé . . . . .	241
6.2.3	Polnische Instrumente zur Belebung des Osthandels . . . . .	242
6.2.3.1	Staatliche Exportversicherungen: KUKA S.A. . . . .	243
6.2.3.2	Beihilfen für Messen und Ausstellungen . . . . .	246
6.2.4	Technische Hilfe . . . . .	250
6.2.5	Fazit . . . . .	252
6.3	Sicherheit nach 1989 am Beispiel der polnischen Ostgrenze . . . . .	253
6.3.1	Polnische Einreisebestimmungen für Staatsangehörige der östlichen Nachbarstaaten . . . . .	253
6.3.2	Konsequenzen des Schengener Abkommens für den Reiseverkehr an der Ostgrenze und die polnischen Anpassungsbemühungen . . . . .	256
6.3.3	Ökonomische Konsequenzen für den Basarhandel . . . . .	262
6.3.4	Fazit . . . . .	267
<b>7</b>	<b>Ergebnisse</b>	<b>269</b>



# Abkürzungen:

**AK** - Armia Krajowa [Heimatarmee]

**AL** - Armia Ludowa [(Kommunistische) Volksarmee]

**APuZ** - Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“

**AWPL** - Akcja Wyborcza „Polaków na Litwie“ [Wahlaktion „Polen in Litauen“]

**AWS** - Akcja Wyborcza „Solidarność [Wahlaktion „Solidarität“]

**BBN** - Biuro Bezpieczeństwa Narodowego [Büro für Nationale Sicherheit]

**BBWR** - Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem [Parteiloser Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung, Zwischenkriegszeit]

**BBWR** - Bezpartyjny Blok Wspierania Reform [Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen, seit 1991]

**BIP** - Bruttoinlandsprodukt

**BMN** - Blok Mniejszości Narodowych [Minderheitenblock]

**BSSR** - Beloruskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika [Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik]

**BTSK** - Białoruskie Towarzystwo Społeczno-Kulturalne [Weißrussische Soziokulturelle Gesellschaft]

**BUWiWM** - Biuro Uznawalności Wykształcenia i Wymiany Międzynarodowej [Büro zur Anerkennung von Studienleistungen und des internationalen Austausches]

**CBOS** - Centrum Badań Opinii Publicznej [Zentrum der Erforschung der öffentlichen Meinung]

**CCPR** - Covenant on Civic and Political Rights [Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte]

**ChSWN** - Chrześcijańska Służba Wyzwolenia Narodów [Christlicher Dienst zur Befreiung der Völker]

**CODN** - Centralny Ośrodek Doskonalenia Nauczycielstwa [Zentrale Lehrerfortbildungsanstalt]

**CSM** - Centrum Stosunków Międzynarodowych [Zentrum für Internationale Beziehungen]

**EBRD** - European Bank of Reconstruction and Development

**EMRK** - Europäische Menschenrechtskonvention

**ERP** - European Recovery Programme

**FAZ** - Frankfurter Allgemeine Zeitung

**FC** - Framework Convention on the Protection of National Minorities

**FDI** - Foreign Direct Investment

**FOK** - Federacja Organizacji Kresowych [Föderation der Organisationen der ehemaligen polnischen Ostgebiete]

**FOPnU** - Federacja Organizacji Polskich na Ukrainie [Föderation polnischer Organisationen in der Ukraine]

**FPA** - Foreign Policy Analysis

**GUUAM** - Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbeidschan, Moldawien

**GV** - (Aktuelle) „Große Verfassung“ Polens von 1997

**IBnGR** - Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową [Institut für marktwirtschaftliche Studien]

**IDEE** - Fundacja Instytut na Rzecz Demokracji w Europie Wschodniej [Stiftung Institut für Demokratie in Osteuropa]

**IPN** - Instytut Pamięci Narodowej [Institut des Nationalen Gedenkens]

**ISP PAN** - Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk [Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften]  
**ISS** - Instytut Studiów Strategicznych [Institut für Strategische Studien]  
**KLD** - Kongres Liberalno-Demokratyczny [Liberaldemokratischer Kongress]  
**KMU** - Klein- und Mittelunternehmen  
**KOK** - Komitet Obrony Kraju [Komitee für Landesverteidigung]  
**KPN** - Konfederacja Polski Niepodległej [Konföderation für ein Unabhängiges Polen]  
**KPRM** - Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrates]  
**KUKE** - Korporacja Ubezpieczeń Kredytów Eksportowych SA [Versicherungsanstalt für Kreditexporte AG]  
**KUL** - Katolicki Uniwersytet Lublin [Katholische Universität Lublin]  
**LFPR** - Lithuanian Foreign Policy Review  
**LPR** - Liga Polskich Rodzin [Liga der polnischen Familien]  
**LSSR** - Litovskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika [Litauische Sozialistische Sowjetrepublik]  
**MCRD** - Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji [Internationales Zentrum zur Entwicklung der Demokratie]  
**MEN** - Ministerstwo Edukacji Narodowej [Erziehungsministerium]  
**MF** - Ministerstwo Finansów [Finanzministerium]  
**MG** - Ministerstwo Gospodarki [Wirtschaftsministerium]  
**MGPPiS** - Ministerstwo Gospodarki, Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Soziales]  
**MK** - Mała Konstytucja [Kleine Verfassung, Verfassungsgesetz vom 17.10.1992 über das Verhältnis zwischen Exekutive, Legislative und Jurisdiktion (in Kraft bis 1997)]  
**MKiDN** - Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego [Ministerium für Kultur und nationales Erbe]  
**MKiS** - Ministerstwo Kultury i Sztuki [Ministerium für Kultur und Kunst]  
**MON** - Ministerstwo Obrony Narodowej [Ministerium für nationale Verteidigung]  
**MSW** - Ministerstwo Spraw Wewnętrznych [Innenministerium]  
**MSWiA** - Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji [Innen- und Verwaltungsministerium]  
**MSZ** - Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium]  
**MWGzZ** - Ministerstwo do Współpracy Gospodarczej z Zagranicą [Außenhandelsministerium]  
**MZES** - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung  
**NACC** - North Atlantic Cooperation Council  
**NBP** - Narodowy Bank Polski [Polnische Nationalbank]  
**NIK** - Najwyższa Izba Kontroli [Oberste Kontrollkammer, entspricht etwa dem Bundesrechnungshof]  
**NZZ** - Neue Züricher Zeitung  
**OBOP** - Ośrodek Badań Opinii Publicznej [Zentrum für öffentliche Meinungsforschung]  
**OKP** - Obywatelski Klub Parlamentarny [Staatsbürgerliche Fraktion (von „S“ gegründete Fraktion nach den Parlamentswahlen 1989)]  
**OMP** - Ośrodek Myśli Politycznej [Zentrum für Politisches Denken]  
**OUN** - Obednannja Ukrajinskich Nacjonalistiw [Organisation Ukrainischer Nationalisten]



**OSW** - Ośrodek Studiów Wschodnich [Zentrum für Ostforschung]  
**PAI** - Polska Agencja Informacyjna [Polnische Informationsagentur]  
**PAIZ** - Polska Agencja Inwestycji Zagranicznych [Polnische Agentur für Auslandsinvestitionen]  
**PAP** - Polska Agencja Prasowa [Polnische Presseagentur]  
**PC** - Porozumienie Centrum [Zentrumsallianz]  
**PCN** - Polonijne Centrum Nauczycielskie [Lehrerfortbildungszentrum für die *Polonia*]  
**PfP** - Partnership for Peace  
**PFSM** - Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych (Polnische Stiftung für Internationale Angelegenheiten)  
**PGNiG** - Polskie Górnictwo Naftowe i Gazowe [Polnische Erdöl- und Erdgasbetriebe]  
**PHARE** - Poland and Hungary Assistance to Economic Restructuring  
**PISM** - Polski Instytut Spraw Międzynarodowych [Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten]  
**PKWN** - Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego [Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung]  
**PO** - Platforma Obywatelska [Bürgerplattform]  
**PPL** - Polski Program Liberalny [Polnisches Liberales Programm]  
**PPN** - Polskie Porozumienie Niepodległościowe [Polnische Allianz für Unabhängigkeit]  
**PPR** - Polska Partia Robotnicza [Polnische Arbeiterpartei]  
**PPS** - Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei]  
**PRL** - Polska Rzeczpospolita Ludowa [Polnische Volksrepublik]  
**PSL** - Polskie Stronnictwo Ludowe [Polnische Volks- (Bauern-) Partei]  
**PZPR** - Polska Zjednoczona Partia Robotnicza [Polnische Vereinigte Arbeiterpartei]  
**RF** - Rossijskaja Federacija [Rußländische Föderation]  
**RFE/RL** - Radio Free Europe/Radio Liberty  
**RGW** - Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe [polnisch: RWPG, Rada Wzajemnej Pomocy Gospodarczej]  
**ROP** - Ruch Odbudowy Polski [Bewegung für den Wiederaufbau Polens]  
**ROPWiM** - Rada Ochrony Pamięci Walki i Męczeństwa [Rat zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Märtyrertum]  
**RP** - Rzeczpospolita Polska [Republik Polen]  
**RPPZ** - Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej [Jahrbuch für Polnische Außenpolitik]  
**RSFSR** - Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik  
**„S“** - Solidarność [Solidarität]  
**SdRP** - Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej [Sozialdemokratie der Republik Polen]  
**SKL** - Stronnictwo Konserwatywno-Ludowe [Volkskonservative Bewegung]  
**SLD** - Sojusz Lewicy Demokratycznej [Bündnis der Demokratischen Linken]  
**SZ** - Süddeutsche Zeitung  
**UAM** - Uniwersytet im. Adama Mickiewicza [Adam Mickiewicz-Universität Posen]  
**UJ** - Uniwersytet Jagielloński [Jagiellonen-Universität, Krakau]  
**UKIE** - Urząd Komitetu Integracji Europejskiej [Amt des Rates für Europäische Integration]  
**UMCS** - Uniwersytet im. Marii Curie-Skłodowskiej [Marie Curie-Skłodowski Universität, Lublin]  
**UMK** - Uniwersytet im. Mikołaja Kopernika [Nikolaus Kopernikus Universität, Thorn]

**UNDO** - Ukrajinska Narodovo-demokratyčna Organizacija [Ukrainische Nationaldemokratische Organisation]  
**UP** - Unia Pracy [Arbeitsunion]  
**UPA** - Ukrajinska Povstans'ka Armija [Ukrainische Aufständische Armee]  
**URM** - Urząd Rady Ministrów [Ministerratsamt]  
**USSR** - Ukrainskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika [Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik]  
**UTSK** - Ukraïnskie Towarzystwo Społeczno-Kulturalne [Ukrainische Soziokulturelle Gesellschaft]  
**UVO** - Ukrajinska Vojskova Organizacija [Ukrainische Militärorganisation]  
**UW** - Unia Wolności [Freiheitsunion]  
**UW** - Uniwersytet Warszawski [Universität Warschau]  
**Verf1989** - Übergangsverfassung von 1989, wurde am Runden Tisch ausgehandelt  
**WDiNP** - Wdział Dziennikarstwa i Nauk Politycznych [Fakultät für Journalismus und Politikwissenschaften]  
**ZHP** - Związek Hacerstwa Polskiego  
**ZHR** - Związek Hacerstwa Rzeczypospolitej  
**ZPB** - Związek Polaków na Białorusi [Verband der Polen in Weißrußland]  
**ZPL** - Związek Polaków na Litwie [Verband der Polen in Litauen]  
**ZPP** - Związek Polskich Patriotów [Verband Polnischer Patrioten]  
**ZPU** - Związek Polaków na Ukrainie [Verband der Polen in der Ukraine]

# Kapitel 1

## Einleitung

### 1.1 Einführung und Fragestellung

#### 1.1.1 Das Thema und seine Relevanz

In der heutigen Publizistik ist oft zu lesen, dass Polen seit 1989 nicht mehr zwischen Deutschland und Russland, sondern zwischen der Europäischen Union (EU), Weißrussland und der Ukraine liege; am östlichen Rande des dichten Netzes multilateraler europäischer und euroatlantischer Strukturen. Von diesem Ergebnis der Zeitenwende der Jahre 1989-1991 war Polen wie kein anderer Staat betroffen: Bis 1991 hatten sich sieben neue Nachbarstaaten herausgebildet, die das internationale Umfeld des Landes grundlegend veränderten – keiner der vor 1989 angrenzenden Staaten überstand die Neuordnung des alten Kontinentes. Gleichzeitig erlangte Polen nach über 200 Jahren (mit Ausnahme der kurzen Episode der Zwischenkriegszeit) wieder seine volle innere und äußere Souveränität zurück. Auf diese Umwälzungen reagierte die **polnische Außenpolitik** mit der Formulierung von **drei großen Zielen**:

- der Schaffung ausreichender Sicherheit,
- der „Rückkehr nach Europa“ (*powrót do Europy*) sowie
- der Gestaltung einer „polnischen Ostpolitik“ (*polska polityka wschodnia*).

Während über die beiden erstgenannten Ziele innerhalb der polnischen Elite, aber auch der polnischen Bevölkerung weitgehend Konsens herrscht und diese mit dem Beitritt zum Europarat und zur NATO sowie der bevorstehenden Aufnahme in die EU weitgehend verwirklicht wurden, war und ist die Formulierung und Umsetzung der polnischen Ostpolitik seit 1989 ungleich umstrittener.

Gerade die *polnische* Ostpolitik ist dabei gegenüber der Ostpolitik anderer Kandidatenstaaten für einen EU-Beitritt besonders bedeutsam: Polen hat aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Deutschland und den zukünftigen EU-Nachbarn Ukraine und Weißrussland sowie aufgrund des Gewichtes seiner Bevölkerung – das Land hat mehr Einwohner als alle anderen EU-Kandidatenstaaten zusammen – eine besondere Funktion als Stabilitätsanker in der Region. Abgesehen vom persönlichen Interesse, an einer der ältesten Kulturgrenzen der Welt zu forschen, ist das Thema für die wissenschaftliche Forschung und die Politikberatung in dreifacher Hinsicht von überragender Bedeutung:

- Das Verschwinden Polens von der europäischen Landkarte zwischen 1795 und 1918 sowie die allmähliche Absorption von Weißrussen und Ukrainern seit Beginn der polnisch-litauischen Union im Jahre 1386, seit 1569 auch der Litauer, durch die polnisch-litauische Adelsrepublik bzw. das Russische Reich bewirkte, dass man (mit Ausnahme der Zwischenkriegszeit) kaum an eine Geschichte oder Tradition gegenseitiger Beziehungen anknüpfen konnte. Polen musste also seine Außenpolitik gegenüber den östlichen Nachbarn – Litauen, Weißrussland, die Ukraine und Russland<sup>1</sup> – nach 1989 im Wesentlichen erst einmal formulieren und Konzepte zur Umsetzung erarbeiten.
- Die polnische Ostpolitik ist unter den drei oben genannten Zielen der in der öffentlichen Debatte umstrittenste und vielleicht schwierigste Pfeiler der Warschauer Außenpolitik – das in Polen oft wiederholte Schlagwort vom „Fehlen einer Ostpolitik“ mag ein Indikator dafür sein.
- Nach der Osterweiterung der EU wird es direkt jenseits ihrer neuen Ostgrenze einen Raum geben, der sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich erheblich von den Strukturen der Alt- und Neumitglieder unterscheidet. Die direkte Nachbarschaft des künftigen EU-Mitgliedes Polen zu Weißrussland, zu Russland und zur Ukraine könnte dabei ein Kristallisationspunkt für kommende Konflikte in Europa werden. Der polnischen Ostpolitik kommt deshalb eine Schlüsselstellung bei der erst noch kohärent zu formulierenden EU-Ostpolitik zu. Gleichzeitig stellt sich die Frage, inwieweit und auf welche Weise Polen das *soft power*-Konzept<sup>2</sup> der Polen-Politik der EU für seine eigene Ostpolitik übernommen hat und angesichts der Beschränkungen durch die EU-Ostpolitik (Schengener Übereinkommen, Bedeutung Russlands für die EU) fortführen kann.

Darüber hinaus möchte die Arbeit Gedankenanstöße für ein verstärktes Verständnis der Bedeutung der Einbindung nicht nur Ostmittel-, sondern auch Osteuropas (vor allem der Ukraine) in bestehende EU-Strukturen geben. Nicht nur der Ausschluss Ostmitteleuropas, wie Václav Havel einmal bemerkte,<sup>3</sup> sondern eben auch Osteuropas<sup>4</sup> steht entgegen der

<sup>1</sup>Gelegentlich werden im polnischen Diskurs nur Litauen, Weißrussland und die Ukraine als östliche Nachbarn Polens definiert, während Russland als nördlicher Nachbar bezeichnet wird, so etwa der damalige polnische Außenminister Geremek im Jahre 2000 (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Antwort des Außenministers auf Fragen).

<sup>2</sup>NYE JR. 1990: 153f. *Soft power* setzt Macht vor allem zur Änderung der beiden Gewalt produzierenden Strukturen – Systemanarchie und antidemokratische Strukturen – ein. Das Konzept enthält eine durchaus „knallharte Strategie“ (CZEMPIEL 2000: 21), deren Ziel die Veränderung von Strukturen ist, um eine vom Gedanken der europäischen Integration überzeugte, verlässlich gewaltfreie Außenpolitik entstehen zu lassen.

<sup>3</sup>„Europa war und blieb immer ein unteilbares politisches Ganzes, das Unterschiede aufweist und komplex strukturiert ist. Dies ist keine Frage der Geographie oder der Konzentration von mehr oder weniger miteinander verbundenen Völkern. Tausende Jahre einer gemeinsamen Geschichte in verschiedenen Vielvölkerreichen haben Europa als einen geistigen Raum herausgebildet“ (Václav Havel: Europa. Zmierzch o świcie, Rzeczpospolita, 17.1.97).

<sup>4</sup>Zu „Ostmitteleuropa“ werden die Staaten der Visegrád-Gruppe sowie Slowenien gezählt, die baltischen Staaten werden als „Nordosteuropa“ bezeichnet. Der gesamte Staatengürtel zwischen Tallinn und Tirana wird unter der Bezeichnung „östliches Mitteleuropa“ zusammengefasst. Als „Osteuropa“ werden die Mitgliedstaaten des europäischen Teils der GUS bezeichnet. In Polen ist dagegen anstelle „Ostmitteleuropa“ der Begriff „Mitteleuropa“ gebräuchlich, er umfasst *sensu stricto* die Visegrád-Staaten, *sensu*

Geschichte des gesamten Kontinents und teilt diesen künstlich.

Ein Abgrenzungsproblem entsteht durch die Einbeziehung Russlands in die Arbeit. Ein Ausschluss des „Kremlfaktors“ würde ein nur unvollständiges Bild der polnischen Ostpolitik liefern, zumal Moskau – nach Warschauer Einschätzung – die polnischen Aktivitäten zugunsten der Stärkung der GUS-Republiken und deren engerer Bindungen an den Westen „als seinen eigenen Bestrebungen entgegengesetzt“ (Rocznik Strategiczny 1997/98: 53) wahrnimmt. Die heutige Bedeutung der polnisch-russischen Beziehungen geht weit über die polnische Nachbarschaft zur *oblast* Kaliningrad hinaus. Dem trägt die Arbeit durch die Einbeziehung Russlands in die historische Verhaltens- und Diskursanalyse sowie die spezielle Diskursanalyse (Kapitel 5) Rechnung. Einzig von einer ausschließlich Russland – aufgrund seiner Bedeutung eigentlich zustehenden – speziellen Fallstudie zum Verhalten wurde Abstand genommen. Das dabei sich aufdrängende Thema der Energiepolitik würde den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen und wurde auch bereits in zahlreichen Studien behandelt.<sup>5</sup> Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung kann polnische Ostpolitik wie folgt definiert werden:

Polnische Ostpolitik ist die Außenpolitik der polnischen Regierung (Präsident, Ministerrat, Ministerien, Verwaltung) und des Senats sowie der von diesen Organen abhängigen Durchführungsorganisationen gegenüber Russland, der Ukraine, Weißrussland und Litauen.<sup>6</sup>

### 1.1.2 Ausgangsfragen

Betrachtet man die polnische Ostpolitik seit 1989 von einem intuitiven Standpunkt aus, so können zunächst **zwei Fragen** aufgeworfen werden: **Zum einen** aus historischer Perspektive die Überlegung, welche Faktoren dazu führten, dass in weiten Kreisen der politischen Elite nach 1989 gleichsam über Nacht die vor allem historisch motivierten, während der Zeit der Volksrepublik Polen nur konservierten Vorbehalte vor allem gegenüber Litauen und der Ukraine schwanden und die polnische Öffentlichkeit ebenfalls ausgesprochen

---

*largo* daneben auch die baltischen Staaten und den gesamten Balkan (Rocznik Strategiczny 1999/2000: 223). Andere Definitionsversuche siehe KŁOCZOWSKI 1993: 7-19, BARDACH 1993: 9, GARTON ASH 1990: 1-23, JAWORSKI 2001, RUPPERT 2001 und SUNDHAUSSEN 2001.

<sup>5</sup>PLEINES 2002, BALMACEDA 2001, HEINRICH 1999, PLEINES 1999, BALMACEDA 1998.

<sup>6</sup>Noch korrekter müsste „Ostpolitik“ eigentlich mit dem polnischen Terminus *Polityka Wschodnia* bezeichnet werden, um begriffliche Verwechslungen mit der deutschen Ostpolitik der 70er Jahre auszuschließen. Dem Autor ist bewusst, dass Litauen im Zuge der EU- und NATO-Beitrittsbemühungen seit etwa 1999 in Polen gelegentlich nicht mehr zu den Adressaten der polnischen Ostpolitik gerechnet wird. Die Notation in dieser Frage ist jedoch uneinheitlich geregelt, vgl. etwa BURANT 1996: 91, ZIÓLKOWSKI 2001: 45. Mit Hinblick auf die ausgewählten Politikfelder – vor allem die Minderheitenpolitik und die Außenwirtschaftsförderung – wird die Arbeit zeigen, dass die polnische Litauen-Politik in diesen Fragen weit näher an der Ukraine- und Weißrussland-Politik Warschaus ist als an der Politik gegenüber einem EU-Alt- oder Neumitglied.

Die Arbeit verwendet den Begriff „Weißrussland“ und „weißrussisch“. Zwar findet sich in der Literatur vielfach auch der Begriff „Belarus“ – ungebräuchlich ist dagegen „belarussisch“ –, doch müsste man dann auch konsequent etwa von „Lietuva“ und „Ukrajina“ sprechen. Aus ausschließlich pragmatischen Gründen werden – mit Ausnahme der Umbenennungen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 – alle geographischen Bezeichnungen und Ortsnamen in der ggf. vorhandenen deutschen Version verwendet, um nicht verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe Sache (etwa Lemberg, L'viv, Lwów, L'vov) einzuführen. Weitere Orts- sowie alle Personennamen in russischer, ukrainischer und weißrussischer Sprache werden dagegen in wissenschaftlicher Transliteration gebraucht, also etwa El'cin statt Jelzin.

aufgeschlossen auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Nachbarn reagierte. Ohne hier ausführlicher auf die Beziehungsgeschichte zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn einzugehen, sind doch zumindest einige prägende Ereignisse zu erwähnen: So verloren Litauer und Ukrainer durch (zumeist freiwillige) Polonisierung ihrer eigenen Oberschichten zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert zumindest je einmal ihre eigene Elite, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts durch die Nationalbewegungen nur mühsam neu bildete. Am Ende des Ersten Weltkrieges standen sich polnischer, litauischer und ukrainischer (in geringerem Maße auch weißrussischer) Nationalismus unversöhnlich gegenüber. Die durch den Vertrag von Riga (1921) sanktionierten polnischen Annexionen von gemischt-ethnischen Gebieten (insbesondere Ostgalizien, Wolhynien) legten die Basis für noch schärfere Konflikte in der Zwischenkriegszeit, angefacht durch eine im Wesentlichen unnachgiebige polnische Nationalitätenpolitik gegenüber Weißrussen und Ukrainern sowie die kompromisslose litauische Forderung nach der Zugehörigkeit von Wilna zu Litauen. Die Spannungen entluden sich auf ihrem Höhepunkt noch während des Zweiten Weltkrieges in einem polnisch-litauischen Konflikt zwischen Einheiten der Untergrundarmeen sowie einem blutigen polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg (1942-1947), der mit Aus- und Umsiedlungen endete. Die Repressionen der kommunistischen Regime in Polen und der Sowjetunion beendeten diese gesellschaftlichen Konflikte keinesfalls, sondern froren sie im Grunde genommen nur ein. Umso erstaunlicher ist jedoch auf den ersten Blick das rasche Ende der ostpolitischen Paradigmen der Zwischenkriegszeit und die ganz überwiegend wohlwollende Haltung der politischen Elite Polens gegenüber den neuen oder erneut souveränen östlichen Nachbarstaaten, die nicht nur mit interessengeleiteter „Vernunftpolitik“ zu erklären ist.<sup>7</sup> Wie sonst ist etwa zu verstehen, dass Polen die Ukraine 1991 als weltweit erster Staat diplomatisch anerkannte? Bereits diese kurzen Ausführungen belegen, dass die historische Perspektive eine ausgesprochen wichtige Rolle spielt.

**Zum anderen** kann man aus politikwissenschaftlicher Perspektive untersuchen, inwieweit sich die erwähnte wohlwollende Haltung der polnischen Eliten nur auf den Diskurs beschränkt oder sich auch im Verhalten wiederfindet. Zu diesem Zweck werden (wissenschaftlich begründet) besonders aussagekräftige Politikfelder ausgewählt, die dann mit einer noch zu konkretisierenden Theorie und Methode zu untersuchen sind: Inwieweit ist etwa die polnische Ukrainepolitik in der Frage der Erteilung von Visa Rhetorik und Wirklichkeit? Inwieweit will Polen in einer Außenwirtschaftspolitik gegenüber den östlichen Nachbarn tatsächlich „Wandel durch Handel“ erreichen, inwieweit nur auf den „Ostmärkten“ Exportanteile zurückerobern, die anderswo verloren gegangen sind? Und welche Funktion sollen die historischen polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine haben? Sind sie tatsächlich die vielbeschworene „Brücke“ oder eher „Bollwerk des Westens“ oder gar „Träger der polnischen Kulturmission“?

---

<sup>7</sup>Die Zeit zwischen den Weltkriegen war in Polen – stark verkürzt gesprochen – vom Lagerdenken zwischen der antideutschen und -ukrainischen Nationaldemokratie (*Endecja*) sowie der ukrainophilen, deutschlandfreundlichen und antisowjetischen Strömung (*Neoprometheismus*) um die beherrschende Figur der politischen Szene Polens jener Zeit, Marschall Józef Piłsudski, geprägt. Von eher unbedeutenden Ausnahmen abgesehen (für die Nationaldemokratie: ZChN, für das Piłsudski-Lager: KPN) schnitt keine polnische Partei oder Bewegung nach 1989, die an diese Denktraditionen anknüpfen wollte, erfolgreich bei den Wählern ab.

### 1.1.3 Theoretische Verortung

Welche Antworten können etablierte Theorieansätze der Internationalen Beziehungen zum Verständnis polnischer Ostpolitik geben? (Neo-) Realistische Ansätze, die staatliches Verhalten in erster Linie aus den materiellen Bedingtheiten des internationalen Systems heraus erklären möchten, würden argumentieren, dass Polen als nur mittelgroßer Staat Schutz bei internationalen Institutionen sucht, um den Beschränkungen der internationalen Anarchie zu entgehen. Dieses Verständnis von internationaler Politik kann jedoch nicht erhellen, warum Polen ein so lebendiges Interesse an einer aktiven Ostpolitik (insbesondere gegenüber der Ukraine) hat und warum ehemalige erbitterte Kriegsgegner wie Polen, Litauer und Ukrainer sich versöhnen und heute sogar miteinander kooperieren.

Ein flüchtiger Blick in die wenigen vorhandenen westsprachlichen Beiträge zur polnischen Ostpolitik seit 1989<sup>8</sup> zeigt, dass zum Verständnis derselben die Öffnung der *black box* des Staates notwendig ist. Theoretisch-analytisch sei dazu auf den *domestic politics*-Ansatz von Moravcsik (MORAVCSIK 1998) verwiesen, der „Interessen“ in den Mittelpunkt der Untersuchungen rückt.<sup>9</sup> Aber auch mit diesem lassen sich Phänomene der polnischen Ostpolitik seit 1989 nur unzureichend oder gar nicht als interessengeleitet erklären: So ist etwa die ideelle Förderung und finanzielle Unterstützung der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine ein Unterfangen, das auch in der schwierigen Zeit der Transformation nicht nur beibehalten, sondern sogar erheblich ausgebaut wurde.

In Zusammenhang mit der sogenannten „dritten Theoriedebatte“ in den internationalen Beziehungen (RUGGIE 1998, KATZENSTEIN 1996, RISSE-KAPPEN 1995a, GOLDSTEIN/KEOHANE 1993) griffen einige Vertreter konstruktivistischer Ansätze auf „nationale Identität“ als Ansatz zum Verständnis für das außenpolitische Verhalten von Staaten zurück.<sup>10</sup> Diese Hypothese erscheint – zumal außenpolitisches Verhalten auch auf die nationale Identität zurückwirkt – angesichts der genannten Defizite rationalistischer Modelle sehr attraktiv. Bisher fehlt dem konstruktivistischen Ansatz jedoch eine stringente Methodologie sowie eine solide wissenschaftstheoretische Fundierung.<sup>11</sup>

Trotz dieser Unklarheiten herrscht bei einem erheblichen Teil der Konstruktivisten jedoch Einigkeit über die Grundannahme, dass Akteure und Strukturen sich gegenseitig konstituieren und reproduzieren (CARLSNAES 1994: 280, CARLSNAES 1992: 245, WENDT 1987, kritisch dazu GUZZINI 1999, CHECKEL 1997: 490, Anm. 7). Insbesondere geht dieses Forschungsprogramm im Unterschied zu den „neo-utilitaristischen“ (RUGGIE 1998: 9-22) Modellen des Realismus und Liberalismus nicht von exogen vorgegebenen Akteursinteressen, sondern von der sozialen Konstruktion von Identitäten und Interessen aus. Diese ontologische Grundannahme beinhaltet epistemologische Konsequenzen – insbesondere ist eine strikte Trennung in unabhängige und abhängige Variablen nicht möglich. Anders als

---

<sup>8</sup>Siehe insbesondere die Ausgabe 25 der Zeitschrift „Transit“ (2003), ZIEMER 2001b, BUCHHOFER 2001, GROMADZKI 2000, PRIZEL 1995.

<sup>9</sup>Die in Polen gelegentlich anzutreffende Gegenüberstellung dieser beiden rationalistischen Ansätze in einen „realistischen“ und einen „idealistischen“ (etwa bei CZAPUTOWICZ 1999: 63) greift jedoch zu kurz und entwirft ein zu holzschnittartiges Bild insbesondere der liberalen institutionalistischen Schule.

<sup>10</sup>AGGESTAM 1999, JEPPEPERSON/WENDT/KATZENSTEIN 1996, für eine Systematisierung der Identitätsansätze siehe HARNISCH 2003.

<sup>11</sup>ADLER 1997: 320. RISSE 2003 (i.E.) wies zuletzt darauf hin, dass man kaum von einer konstruktivistischen Epistemologie oder Methode sprechen könne, sondern die „dritte Theoriedebatte“ letztlich zwischen Konstruktivismus und „rational choice“ verlief und einen ontologischen Kern hatte.

radikalere poststrukturalistische Theorien lehnt die Mehrheit der Konstruktivisten jedoch die Erkenntnisgewinnung mit Hilfe von positivistischen Methoden (vor allem empirisch-analytischen Verfahren) nicht prinzipiell ab, sondern will diese vor allem im Sinne eines Brückenschlages zwischen rationalistischen und reflexiven Ansätzen um interpretative Methoden ergänzen.<sup>12</sup>

Akzeptiert man eine solche „moderat-konstruktivistische“ Position als Ausgangspunkt, so ergeben sich aus diesen notwendigerweise nur sehr knappen Ausführungen zu den wichtigsten Forschungsparadigmen der modernen Theorien der Internationalen Beziehungen insbesondere zwei wichtige Folgerungen:

- das Verhältnis von Interessen und Identität ist nicht durch die Instrumentalisierung der letzteren zugunsten der ersteren bestimmt, sondern eher (wenn auch nicht ausschließlich) durch eine Rahmenfunktion der Identität für „Interessen“ (siehe Abschnitt 1.2.3)
- Geschichte spielt eine zentrale Rolle zum Verständnis für in der Gegenwart ablaufende politische Prozesse, sowohl hinsichtlich der Akteure als auch der Strukturen.

In der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung finden sich insbesondere zwei Konzepte, die diesen Bedingungen Rechnung tragen: zum einen der an der Universität Trier entwickelte PAFE-Ansatz,<sup>13</sup> zum anderen die Arbeiten der „Kopenhagener Schule“ um Ole Wæver und Lene Hansen. Das Kopenhagener Team geht dabei von einem „geschichteten Diskurs“ aus, hebt auf die historische Genese der Begriffe „Staat“, „Nation“, „Europa“ ab und geht von der Vorstellung aus, dass eine bestimmte Art von nationaler Identität nur mit bestimmten proaktiven oder reaktiven Vorstellungen von „Europa“ kompatibel sei (HARNISCH 2003: 31, HANSEN/WÆVER 2002: 24, 33). Hansen/Wæver gehen davon aus, dass Außenpolitik zumindest teilweise durch ein strukturalistisches Modell „erklärt“<sup>14</sup> werden könne.

Der PAFE-Ansatz macht sich anstelle dieser Strukturierung des Diskurses in „Schichten“ die Suche nach „Identitätselementen“ – d.h. das am Anfang einer argumentativen, gedachten Kausalkette stehende, selbst nicht argumentativ hergeleitete Element – und den sie rechtfertigenden Argumentationsmustern zur Aufgabe.<sup>15</sup> Aufgrund der weniger komplex erscheinenden Methode, der dem Ansatz neben der Diskursanalyse innewohnenden wichtigen Rolle der Verhaltensanalyse und der weiter vorangeschrittenen Operationalisierung wird diese Arbeit dem Trierer PAFE-Modell folgen. Ermittelt werden soll so die das Verhalten prägende Kraft immaterieller und ideeller Faktoren, um auf der Grundlage einer Diskursanalyse eine Untersuchung außenpolitischen Verhaltens zu leisten. Im Unterschied zu rationalistischen Ansätzen versteht der Konstruktivismus Sprache (neben den materiellen Bedingtheiten) als ein wichtiges Instrument zur Konstruktion sozialer

<sup>12</sup>ADLER 1997. Auf die Möglichkeit wechselseitiger Komplementierung rationalistisch-institutionalistischer und konstruktivistischer, identitätsbasierter Studien wies zuletzt MEDICK-KRAKAU 1999b: 13-19 hin.

<sup>13</sup>*Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe*, DFG-Geschäftszeichen MA 687/8-1, Projektleiter: Prof. Hanns W. Maull und Dr. Bernhard Stahl, Förderungszeitraum 1.10.1999 bis 30.11.2001, [www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe) [10.09.02]. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Forschungsprojektes liefern JOERISSEN/STAHL 2003.

<sup>14</sup>Zum Unterschied der Begriffe „erklären“ und „verstehen“ siehe WEBER 1995: 45-50, der betont, dass es in den Sozialwissenschaften einerseits um interpretatives Verstehen sozialen Verhaltens geht, um andererseits dessen Ursachen, Gründe und Wirkungen erklären zu können (siehe auch RISSE 2003 (i.E.)).

<sup>15</sup>Zu diesen Begriffen siehe Abschnitt 1.2.3.



Realität. Politik wird so nicht zuletzt zum „Kampf um Begriffe“.<sup>16</sup>

Im Unterschied zu den Fallstudien des PAFE-Projektes untersucht die Arbeit jedoch nicht die Außenpolitik<sup>17</sup> eines EU-Mitgliedes, sondern die Ostpolitik des EU-Kandidaten und Transformationsstaates Polen. Ziel ist – indem das PAFE-Modell für Transformationsstaaten verfeinert und adaptiert wird – die Erschließung des Zusammenhangs zwischen (nationaler) Identität, Diskurs und außenpolitischem Verhalten im polnischen Fall, wobei ein Beitrag zur Ausweitung eines vielversprechenden (gemäßigt) konstruktivistischen Theorieansatzes geleistet werden soll.

#### 1.1.4 Übergeordnete Fragestellung

Die übergeordnete empirische Fragestellung der Arbeit lautet: Wie wird polnische Ostpolitik konstruiert und welche Faktoren hemmen bzw. fördern diese Politik? In eine normative Sprachregelung übersetzt lautet diese Frage: Wo sind die Stärken und Schwächen der polnischen Ostpolitik? Zur Beantwortung dieser Frage wird der außenpolitische Diskurs (Anspruch) und das Verhalten (Wirklichkeit) Polens in seiner Ostpolitik anhand eines Kataloges von Kriterien systematisch analysiert. Das spezifische Verhalten soll anhand von drei Fallstudien untersucht werden, die die am meisten beachteten Felder polnischer Ostpolitik seit 1989 betreffen. Dabei wurden insbesondere die Intensivität des innerpolnischen Diskurses zu einem Politikfeld, das Ziel einer repräsentativen Auswahl aus verschiedenen Politikfeldern und die zeitliche Nähe als Auswahlkriterium berücksichtigt. Analysiert werden deshalb die Minderheitenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik,<sup>18</sup> die Außenwirtschaftspolitik und die Sicherheitspolitik am Beispiel der Einführung des Schengener Übereinkommens.<sup>19</sup> In allen Fällen wird vor allem Wert auf den nationalen Input (aus Elite und Gesellschaft) gelegt, weniger (auch aus Gründen nicht vorhandener empirischer Daten) auf Details des Entscheidungsverfahrens oder der Rückkoppelung von Entscheidungen, etwa durch Evaluierungen. Ziel der Fallstudien ist die Gewinnung von Anhaltspunkten für Wechselwirkungen von nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten; zunächst in spezifischen Handlungskontexten und daraus folgernd in allgemeineren Situationen.

---

<sup>16</sup>Dass „materielle Faktoren“ nicht alleine das Verhältnis zwischen Staaten bestimmen, lässt sich leicht mit dem Beispiel des polnisch-ukrainischen Verhältnisses zeigen, das ungeachtet dieser Faktoren als „Erbfeindschaft“ oder „Bündnispartner“ konstruiert werden kann. Erst diese Konstruktion entscheidet, ob etwa eine Mehrheit der Polen Angst vor ukrainischen Waffensystemen hat.

<sup>17</sup>Vgl. die Definition von Außenpolitik bei CARLSNAES/RISSE/SIMMONS 2002, S.335: „Foreign policies consist of those actions which, expressed in the form of explicitly stated goals, commitments and/or directives, and pursued by governmental representatives acting on behalf of their sovereign communities, are directed toward objectives, conditions and actors – both governmental and non-governmental – which they want to affect and which lie beyond their territorial legitimacy.“

<sup>18</sup>Die besondere Berücksichtigung dieses Feldes lässt sich insbesondere dadurch begründen, dass Fragen nationaler und konfessioneller Minderheiten, „das alte Problem des neuen Europas“ (LIEBICH 1998: 13), nach 1989 aufgrund der im Vergleich zu Westeuropa geringeren nationalen Homogenität der Staaten Ostmittel- und Osteuropas wieder an Aktualität gewannen und nicht mehr, wie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, „allenfalls noch ein Thema für historische Doktorarbeiten oder für rückschauende politische Streitschriften ehemaliger Angehöriger dieser Minderheiten“ (LEMBERG 1997b: VII) waren.

<sup>19</sup>Genau diese drei Bereiche nannte Außenminister Skubiszewski bereits 1992 (ohne natürlich das Schengener Abkommen wörtlich zu erwähnen) die wichtigsten Aufgabenfelder polnischer Ostpolitik (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

## 1.2 Grundannahmen

### 1.2.1 Voraussetzungen

Ausgangspunkt des PAFE-Projektes wie auch dieser Arbeit ist die Annahme, dass das außenpolitische Verhalten von Staaten wesentlich durch ihre jeweilige „nationale Identität“ geprägt ist. Darauf aufbauend werden vier Voraussetzungen gefordert:

- Die polnische Gesellschaft verfügt über eine relativ stabile nationale Identität, wozu seit 1945 auch die nationale Homogenität des Landes beiträgt. Zwar unterlag etwa die Minderheitenpolitik in Polen nach 1989 einem deutlichen Wandel (was zu zeigen ist), dieser ist jedoch weniger auf eine gewandelte Identität als vielmehr auf geänderte Argumentationsmuster zurückzuführen.<sup>20</sup>

- Die Regierung ist weiterhin der wichtigste Akteur der polnischen Außenpolitik.<sup>21</sup>

- Nationale Identität ist ein dynamisches Konstrukt, das immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation ist.<sup>22</sup>

- Regieren bewegt sich generell innerhalb eines Verhaltensrahmens, der aus dem innergesellschaftlich mehr oder minder geteilten Verständnis nationaler Identität resultiert. Daraus folgt die Annahme, dass in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft Regierungshandeln an das Volk als Souverän gebunden sein muss.<sup>23</sup>

### 1.2.2 Folgerungen

Der konstruktivistische Ansatz der Arbeit impliziert, dass es nicht genügt, zum Verständnis von außenpolitischem Verhalten lediglich Elemente nationaler Identität heranzuziehen. **Nationale Identität** wirkt nicht als direkte Ursache für außenpolitisches Verhalten, sondern bietet einen von mehreren Gründen für verschiedene Verhaltensweisen und deren Rechtfertigung an.<sup>24</sup> Sie gibt somit einen **Rahmen** für außenpolitisches Verhalten vor, ist jedoch noch kein hinreichender Grund zum Verständnis von außenpolitischem Verhalten.

---

<sup>20</sup>Zu den Begriffen vgl. „Grundbegriffe der Diskursanalyse“. Identitätskonstruktionen werden dabei zum Konsens, wenn sie von den Mitgliedern einer gesellschaftlichen Gruppe internalisiert wurden und als Teil ihres Selbst empfunden werden (SCHIMMELFENNIG 2002: 11, SCHIMMELFENNIG 1994). Neue Identitätskonstruktionen und Vorstellungen über die politische Ordnung müssen dabei bis zu einem gewissen Grad mit vorhandenen Identitätskonstruktionen, die in nationale Institutionen und in die politische Kultur eingebettet sind, in Einklang stehen (CHECKEL 1997: 475-477). Wandlungen eines intersubjektiv geteilten, inhaltlichen Verständnisses von nationaler Identität vollziehen sich zumeist durch **formative Ereignisse**. Diese bilden sich in gesellschaftlich wahrgenommenen, durch interne oder externe umwälzende Ereignisse hervorgerufene Krisensituationen heraus (CRUZ 2000: 276f, *critical junctures*). Veränderungen in der nationalen Identitätskonstruktion müssen jedoch zuvor anhand eines formativen Ereignisses im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert worden sein.

<sup>21</sup>NOHLEN 1998: 291.

<sup>22</sup>BÖCKENFÖRDE 1995: 140f und REESE-SCHÄFER 1999b: 20 wiesen jedoch zutreffend darauf hin, dass nach der Herausbildung einer nationalen Identität regelmäßig eine Verfestigung derselben eintritt, die auf an veränderliche, konstruktive Prozesse gewohnte Sozialwissenschaftler immer wieder irritierend und überraschend wirkt.

<sup>23</sup>Für außenpolitische Routineentscheidungen mag zwar von Fall zu Fall das Argument zutreffen, die Exekutive würde ohne Rücksicht auf den öffentlichen Diskurs handeln, für außenpolitisch hochgradig politisierte Themen, wie in Polen die Frage des NATO-Beitrittes und später des EU-Beitrittes, ist dies jedoch nicht der Fall.

<sup>24</sup>Zur Unterscheidung von (unmittelbar kausalen) „Ursachen“ (*causes of action*, „wenn-dann“) und „Gründen“ (*reasons for action*) vgl. KRATOCHWIL/RUGGIE 1986: 767.

Nationale Identität gibt vielmehr ein Bezugssystem für (oft kontroverse) innergesellschaftliche Debatten wieder, aus dem sich dann ein jeweils situationsspezifischer Verhaltensrahmen herausbildet (CRUZ 2000: 277).

Die konstruktivistische Lösung des **Akteur-Struktur-Problems** (u.a. CARLSNAES 1992, JEPPEPERSON/WENDT/KATZENSTEIN 1996: 41, WENDT 1987) impliziert, dass nicht nur nationale Identität das außenpolitische Verhalten beeinflusst, sondern auch umgekehrt das außenpolitische Verhalten die nationale Identität verändern kann. Um eine Verzerrung der Ergebnisse durch den Wandel nationaler Identität auszuschließen, dürfen die drei Fallstudien der Arbeit, mit denen die Wechselwirkung zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten ermittelt werden soll, nur recht kurze Zeiträume umfassen. Dies ist umso wichtiger, als die polnische Gesellschaft sich immer noch in einer (wenn auch weit fortgeschrittenen) Transformationsphase befindet, in der sich große gesellschaftliche Veränderungsprozesse noch immer nicht vollständig konsolidiert haben.

### 1.2.3 Definitionen zum Identitätskonzept

Der Begriff der **Identität** bezeichnet generell „die spezifischen Charakteristika einer Person in Beziehung zu und in Abgrenzung von anderen“.<sup>25</sup> Identität wird dabei nicht exogen vorgegeben, sondern bildet sich in einem sozialen Prozess erst heraus.<sup>26</sup>

Jenseits dieser individuellen Eigenschaften von Identität gilt das Interesse in dieser Arbeit jedoch vor allem den **sozialen Identitäten**.<sup>27</sup> Diese bilden sich durch das emotionale Grundbedürfnis menschlicher Individuen heraus, sich mit anderen menschlichen Individuen oder sozialen Gruppen zu identifizieren. Soziale Gruppen unterscheiden sich wiederum untereinander durch spezifische **kollektive Identitäten**.<sup>28</sup> **Nationale Identität** ist schließlich eine spezielle Form kollektiver Identität, die auf der Selbstdefinition eines Kollektivs als „Nation“ mit einer gemeinsamen Geschichte basiert. Sie konstruiert sich dabei durch das von der Gruppe „Nation“ geteilte Bestreben, verschiedene Begriffe von „Nation“ – Sprachnation, Kulturnation, Staatsnation usw. – miteinander zur Deckung zu bringen. Besondere Bedeutung für die Identifikation der einzelnen Mitglieder mit der sozialen Gruppe „Nation“ genießt daher die gemeinsame politische Organisationsform der Nation – der Staat und seine Institutionen. „Nation“ ist hierbei nicht eine gegebene Einheit (etwa Betonung der gemeinsamen Abstammung oder des „gemeinsamen Blutes“), sondern „eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von

<sup>25</sup>BOECKLE/NADOLL/STAHL 2000: 12. KOWERT/LEGRO definieren Identitäten ähnlich als „regulative accounts of the actors themselves“ (KOWERT/LEGRO: 453).

<sup>26</sup>Wird dabei die Selbstzuschreibung identitätsbildender Elemente in den Vordergrund gestellt, so spricht man von individueller Identität, steht die Fremdzuschreibung im Zentrum des Interesses, so spricht man von personaler Identität. Beide diese Aspekte sind jedoch dadurch verbunden, dass die Konstruktion von Identität immer eine Konsequenz der Kommunikation mit dem jeweiligen sozialen Umfeld ist (POLLACK 1998: 46).

<sup>27</sup>Soziale Identität bezeichnet „(...) that part of an individual’s self-concept which derives from his knowledge of his membership of a social group (...) together with the value and emotional significance attached to that membership“ (TAJFEL 1978: 63).

<sup>28</sup>Damit ist „die zeit- und generationenübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Zielen einer Gruppe oder staatlich verfassten Gesellschaft“ gemeint (HOLTMANN 2000: 253). Diese Gruppe ist sich bestimmter, mehr oder weniger objektivierbarer Gemeinsamkeiten bewusst und betont diese, um sich von anderen Individuen und Gruppen abzugrenzen (WELLER 1999: 256f, 259f). KOLAKOWSKI 1995: 51-54 hat „kollektive Identität“ anhand von fünf Kriterien operationalisiert.

Menschen als eine Einheit bestimmt“.<sup>29</sup>

Hinsichtlich des **Trägers der Identität** sollen Individuen im Zentrum des Interesses stehen: Die Formierung nationaler Identität soll nicht als ein Prozess verstanden werden, der die Herausbildung nationaler Identitäten primär als ein Ergebnis von Interaktion und Kommunikation zwischen den Nationalstaaten auf der Ebene des internationalen Systems ansieht (so etwa WENDT 1992). Es soll vielmehr die Konstruktion kollektiver Identität *innerhalb* der national verfassten Gesellschaften in den Vordergrund gerückt werden.

Die nationale Identität wird als unlösbarer Teil des Wissens und des Bewusstseins der zu einer Nation gehörigen Individuen verstanden (FUCHS 1992: 18-20). Sie ist damit eine in der Regel sehr stabile Kategorie.<sup>30</sup> Die Konstruktion der Identität besteht dabei aus vielen verschiedenen, nicht notwendig widerspruchsfreien kontextabhängigen Elementen (OAKES/HASLAM/TURNER 1994: 100). Ferner ist sie nur ein Teil der Identität jedes Individuums. Kontextabhängig beeinflussen einzelne Identitätselemente als „Identitätsbezüge“ ein bestimmtes Verhalten. Ein Identitätsbezug ist somit als „*link*“ zwischen Identität und Verhalten zu betrachten. Einzelne Identitätselemente aus der Gesamtidentität werden nur in bestimmten Zusammenhängen aktiviert und beeinflussen dann ein konkretes Verhalten.

### Begriffliche Abgrenzungen

Bei der Abgrenzung von „Identität“ zu anderen ideengeleiteten Variablen neuerer konstruktivistischer Ansätze ist insbesondere das Verhältnis von Identität zu **Kultur** zu diskutieren: Identitäten erheben aktiv Anspruch darauf, Situationen zu definieren (KATZNELSON 1995: 79). Sie werden zu Machtinstrumenten, indem sie individuelle und kollektive Entscheidungen über Abgrenzungen zu anderen Gruppen erheben, und sollen in erster Linie als ein politischer Begriff verstanden werden. Dagegen sind Kulturen „umfassende, dichte und schwammige Kommunikationsnetze“ (REESE-SCHÄFER 1999: 18); sie bezeichnen tradierte, sozial konstruierte und reproduzierte Bedeutungssysteme, die intersubjektiv geteilt werden und zur Interpretation von Wirklichkeit dienen. Kultur ist gegenüber Identität also stärker Veränderungen unterworfen und fluider, weniger handlungsbezogen und entspricht damit nicht der Annahme von der relativen Stabilität der Grundkonstante wie es für „nationale Identität“ der Fall sein soll.

Auch von Ideen, Werten und Normen unterscheidet sich Identität: **Ideen** sind „beliefs held by individuals“ (GOLDSTEIN/KEOHANE 1993: 3), die sich in ihrer Zusammenschau zu individuellen *belief systems* (gebildet durch Persönlichkeit, Sozialisation und Erfahrung) verbinden.<sup>31</sup> **Werte** sind als „principled beliefs“ (GOLDSTEIN/KEOHANE 1993: 9) eine Form von Ideen, aber als wertgestützte Kategorie von „causal beliefs“ (GOLDSTEIN/KEOHANE 1993: 10), die Ursache-Wirkung-Zusammenhänge charakterisieren, zu unterscheiden. **Normen** sind im Unterschied zu Ideen und Werten sozialer Natur,

<sup>29</sup>LEPSIUS 1990: 233. Zum Nationsbegriff vgl. GELLNER 1983, HOBBSAWM 1980 und insbes. BÖCKENFÖRDE 1995: 131: Eine Nation ist „ein zu politischem Selbstbewusstsein gelangtes Volk, das als politisches Subjekt handelt oder handeln will“. Speziell zu den Identitäten in Ostmittel- und Osteuropa GELLNER 1996, MOMMSEN 1992, HEUBERGER 1994, GEREMEK 1995.

<sup>30</sup>PRIZEL 1998: 427 kommt demgegenüber durch eine andere Definition von „Identität“ zu dem Ergebnis, dass nationale Identitäten weder dauerhaft noch unveränderlich seien, sondern sich mit der Zeit an neue Rahmenbedingungen adaptierten, neue Mythen entwickelten und sich neu formten. Er verwendet dazu jedoch nicht die Konstruktion über (die noch zu erläuternden Begriffe) „Diskursformationen“ und „Argumentationsmuster“, sondern über ein (schwer zu definierendes) „nationales Interesse“.

<sup>31</sup>HUDSON/VORE 1995: 211. Zum Begriff *belief system* siehe auch CHAN 1979: 333-347.

sie sind „intersubjectively shared, value-based expectations of appropriate behaviour“.<sup>32</sup> Ideen, Werte und Normen sind also eher ein Resultat einer bestimmten Identität. Da das Ziel der Arbeit jedoch weniger das Verständnis außenpolitischen Verhaltens in einem speziellen Handlungskontext ist, sondern genereller der Zusammenhang zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten, ist „nationale Identität“ die passendere Untersuchungsvariable.

Auch das Verhältnis von Identität, Institutionen und Interessen ist begrifflich grob zu klären: **Institutionen** nehmen eine wichtige Rolle für die soziale Konstruktion und Reproduktion nationaler Identität ein. Ihnen kommt als Träger nationaler Identität eine besondere Bedeutung zu. Sie sind aus einer bestimmten Identität erwachsen und tragen wiederum zu deren Stabilisierung bei. Begrifflich von Organisationen zu trennen,<sup>33</sup> werden sie in der Soziologie in ihrer Entstehungsdimension klassisch als „Leitideen“<sup>34</sup> definiert. In ihrer Wirkungsdimension treten Institutionen als „Regelsysteme politischen Verhaltens“ (BERG-SCHLOSSER/MAIER/STAMMEN 1974: 40) oder als „a relatively stable collection of practices and rules defining appropriate behaviour for specific groups of actors in specific situations“<sup>35</sup> auf. Damit tritt vor allem die Bedeutung *kollektiver* Handlung in den Vordergrund. Institutionen können in diesem Sinne als ein struktureller Ausdruck nationaler Identität bezeichnet werden. Bilden Institutionen eigene Akteursqualitäten aus, so können sie auch zu Trägern identitätsbezogener Diskurse werden.

Identität wird schließlich als Grundlage von **Interesse** verstanden, beide Begriffe stehen gleichzeitig in einer ständigen Wechselbeziehung (WENDT 1992: 398). Die Arbeit geht also nicht von einer Dichotomie „Interesse vs. Identität“ aus, sondern macht sich das konstruktivistische Argument zu eigen, nach dem Interessen, Präferenzen und der Wahl von Handlungsstrategien stets eine Identitätsbindung zugrunde liegt, die über rationalistische Grundannahmen hinausgeht. Diese Bindung legt den Rahmen fest, innerhalb dessen ein bestimmtes Verhalten in der intersubjektiv geteilten Wahrnehmung als „angemessen“ betrachtet wird.<sup>36</sup> Die vielzitierten „nationalen Interessen“ sind dementsprechend als diskursive Konstruktionen innerhalb eines bestimmten (identitätsgeprägten) Bedeutungszusammenhangs zu sehen. Sie werden im Diskurs sichtbar und setzen sich im – keinesfalls herrschaftsfreien, da von politischen Eliten und den Parteien dominierten – Kommunikationsprozess durch. Erst Identitäten *und* weitere Faktoren bewirken also die Bildung von Interessen.

**Identität und Rolle:** Wie angemerkt (siehe „Definitionen“, „Träger der Identität“) geht die Arbeit davon aus, dass nationale Identität insbesondere im nationalen Binnen-

<sup>32</sup>BOEKLE/RITTBERGER/WAGNER 1999: 3. Vgl. auch die Definition von JEPPELSON/WENDT/KATZENSTEIN 1996 ([Normen sind] „collective expectations about proper behaviour for a given identity“.), GOLDSTEIN/KEOHANE 1993: 20 und KOWERT/LEGRO: 453.

<sup>33</sup>Organisationen sind „material entities possessing offices, personnel, budgets, equipment, and, more often than not, legal personality. Put another way, organisations are actors in social practices. Institutions affect the behaviour of these actors by defining social practices and spelling out codes of conduct appropriate to them, but they are not actors in their own light“ (YOUNG 1994: 3).

<sup>34</sup>HAURIOU 1965: 37. Hauriou selbst definiert Institutionen ähnlich als „eine Idee vom Werk oder von Unternehmen, die in einem sozialen Milieu Verwirklichung und Rechtsbestand findet“ (HAURIOU 1965: 34).

<sup>35</sup>MARCH/OLSEN 1998: 948, ähnlich YOUNG 1994: 3.

<sup>36</sup>Zu den Begriffen und zum Verhältnis der (konstruktivistischen) *logic of appropriateness* und der (rationalistischen) *logic of consequentiality* siehe insbesondere SCHIMMELFENNIG 2002: 14-17, MARCH/OLSEN 1989: 23f, 160f.

diskurs konstruiert wird. Der sich daraus ergebende reflexive Identitätsbegriff ist somit vor allem von Selbstzuschreibungen geprägt. Dadurch unterscheiden sich Identitäts- von Rollenkonzepten, bei denen Fremdzuschreibungen zumindest gleichwertig neben Selbstzuschreibungen stehen.<sup>37</sup> Die Konzeption der Arbeit berücksichtigt Fremdzuschreibungen nur insoweit, als sie im Binnendiskurs aufgegriffen werden und in das Selbstverständnis der eigenen Identität Eingang finden.

### 1.2.4 Träger von Identität

**a) Gesellschaft:** Aus dem oben dargelegten Verständnis nationaler Identität ergibt sich, dass nicht die Staaten, sondern die aus menschlichen Individuen bestehende „Nation“, die sich mit staatlichen Institutionen als Verkörperung der kollektiven Identität identifiziert, den Träger nationaler Identität darstellt. Zwar können systemische Veränderungen Einfluss auf nationale Identitätskonstruktionen haben, doch für Bildung und Wandel von Identität ist weniger die Struktur des internationalen Systems als vielmehr der Diskurs zwischen dem Staat, verkörpert durch seine Repräsentanten, und der Gesellschaft entscheidend. Diese Annahme ist für die Republik Polen der neunziger Jahre plausibel, da außenpolitikrelevante Diskurse vor allem innerpolnisch geführt wurden. Deshalb werden nur solche systemischen Veränderungen (etwa der Zerfall der UdSSR) berücksichtigt, die auch im innergesellschaftlichen Diskurs aufgegriffen wurden.

Nationale Identität konstruiert sich auf der Basis der Vergangenheit wie der Gegenwart und Zukunft. Gerade der Rückgriff auf die Vergangenheit von der Gegenwart her (etwa in der Historiographie) verzerrt dabei oft einen nüchternen Blick auf Leistungen und Versagen der eigenen Nation, auch wenn die so konstruierte Vergangenheit Orientierung für Gegenwart und Zukunft vermitteln mag (CRUZ 2000: 277). Neue gesellschaftliche oder politische Orientierungsformen, wie sie in den Transformationsstaaten Ostmitteleuropas anzutreffen sind, bedürfen auch neuer Vergangenheiten, deren (Re)konstruktion eine der großen Aufgaben aller Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks ist. Diese können dann als Stabilitätsanker in kommunikativen Prozessen wirken.

**b) Eliten:** Innerhalb der Gesellschaft wächst den Eliten bestimmter Institutionen eines Landes bei außenpolitischen Entscheidungen (bei der polnischen Ostpolitik insbesondere dem Präsidenten, Ministerrat, Außenminister und dem Präsidium des Senats) eine besondere Bedeutung zu. An solchen Diskursen sind nur wenige Personen beteiligt, die in die Entscheidungen ihre persönliche und soziale Identität sowie ihr spezifisches Weltbild einbringen.<sup>38</sup> Derartige Elitendiskurse waren zwar im Falle dieser Arbeit empirisch recht gut zugänglich, würden aber eine Denkbildanalyse der beteiligten Akteure voraussetzen, die

<sup>37</sup>Eine instruktive Tabelle zu den Unterschieden findet sich bei BOEKLE/NADOLL/STAHL 2000: 17. Für eine Definition von (internationaler) „Rolle“ siehe GAUPP 1983: 109, für eine Definition von „Rollenkonzept“ siehe HOLSTI 1970: 245f, für eine ausführliche Diskussion des Ansatzes im Rahmen des „Zivilmachtkonzeptes“ siehe KIRSTE/MAULL 1996.

<sup>38</sup>Weltbilder werden als „stable patterns of experiencing and perceiving events in the world which structure social experience“ und als Teil des Identitätskomplexes verstanden (EDER 1992: 14). Sie dienen der Sinngebung in einer konkreten Situation und sind gleichzeitig kognitive Instrumente der Entscheidungsträger, um komplexe Situationen sinngebend zu analysieren und Handlungsanweisungen zu schaffen (REIN 1986: 2). Je nach Land bringen diese Akteure eine unterschiedlich starke Erweiterung oder Spezifizierung der üblicherweise vorherrschenden Identität mit sich.

in methodologischer Hinsicht jedoch nicht mit dem gewählten Ansatz übereinstimmt.<sup>39</sup> Nicht das *belief system* eines Entscheidungsträgers, sondern der gesellschaftliche Konsens, auf dem es beruht, ist vielmehr der Ausgangspunkt zum Verständnis für außenpolitisches Verhalten. Deshalb sollen in die Analyse dieser Arbeit ganz überwiegend außenpolitische Diskurse ausgewertet werden, die weiten Teilen der Gesellschaft oder sogar allen zugänglich sind.<sup>40</sup>

### 1.3 Methodische Vorgehensweise

Das der Arbeit zugrundeliegende Modell geht davon aus, dass „soziale Fakten“<sup>41</sup>, etwa nationale Identität, im Diskurs konstruiert werden. Es löst sich damit vom methodischen Individualismus, indem sozialen Akteuren nur eine Bedeutung als *Träger* von Diskursen zugeschrieben wird. In der Analyse rückt damit der identitätsbezogene innergesellschaftliche Diskurs über außenpolitische Verhaltensoptionen, im Falle dieser Arbeit über Optionen in der polnischen Ostpolitik, in den Vordergrund.

Die Arbeit geht weiter von der Annahme aus, dass nationale Identität durch den innergesellschaftlichen Diskurs indirekt das außenpolitische Verhalten eines Staates beeinflusst. Das PAFE-Projekt operationalisiert hierbei zum einen „Identität“ als Kategorie und ermöglicht den – wenngleich formal-wissenschaftlich nicht korrekt verbindbaren – Vergleich zwischen Diskurs und außenpolitischem Verhalten, was ein grundsätzliches Anliegen auch dieser Arbeit ist.

Auf einen Diskurs können zwei Faktoren einwirken: Unter „internen Faktoren“ werden dabei die Träger der Diskurse verstanden. Sie gliedern sich auf in natürliche Personen, die bestimmte Identitätselemente transportieren, sowie gesellschaftliche Institutionen, die ihrerseits Teil der intersubjektiven Wirklichkeit und Ausdruck von Identität sind und den Teilnehmern des Diskurses Ressourcen und Regelwerke zur Verfügung stellen. „Externe Faktoren“ sind außerhalb der Diskursgemeinschaft liegende Ereignisse. Sie werden erst vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses mit Bedeutung versehen, was zur Folge hat, dass die Wirkung dieser Faktoren nicht abstrakt-generell festgestellt werden kann, sondern sich erst im konkreten Diskurs ergibt.<sup>42</sup> Offizielle Reden haben somit nicht die Bedeutung von „Schönwetterpolitik“, sondern sind für den Trans-

<sup>39</sup>Passend zur Denkbildanalyse wurde der Ansatz der *epistemic communities* entwickelt, vgl. etwa HAAS 1992, weitere Literatur zu diesem Ansatz siehe HARNISCH 2003: 26. Bei einer Denkbildanalyse wird den Entscheidungsträgern methodisch mehr oder weniger deutlich ein hohes Maß an Autonomie gegenüber ihrem sozialen Umfeld eingeräumt. Außenpolitisches Verhalten wird dadurch nur auf persönliche Überzeugungen zurückgeführt. Ansätze, die das außenpolitische Verhalten eines Staates auf das Verhalten einzelner Persönlichkeiten zurückführen, sind jedoch oft deshalb unbefriedigend, da sie die Frage nach den gesellschaftlichen Wurzeln individueller Überzeugungen stellen, ohne eine Antwort geben zu können.

<sup>40</sup>Mit dem Begriff „Diskurs“ ist deshalb im Folgenden stets dieser innergesellschaftliche Diskurs gemeint, ansonsten wird der Begriff „Elitendiskurs“ verwendet.

<sup>41</sup>Zur Unterscheidung „sozialer Fakten“ von „objektiven Fakten“ siehe KRATOCHWIL 1989: 21-44.

<sup>42</sup>Der Einwand von Positivisten, Diskurse der Regierung seien nur *cheap talk*, der die „wahren Motive“ der Handelnden verschleiern wolle, geht am Konzept der Diskursanalyse vorbei. Bei der Diskursanalyse zählen nicht individuelle Motive, sondern sozial geteilte Interpretationen. Es ist der *Empfänger* der Sprachhandlung, der über ihren Sinn in der Kommunikation entscheidet (DESCOMBES 1981: 115f, 166). Umgekehrt kann es also ein Vorteil sein, dass diese „wahren Interessen“, Perzeptionen oder *belief systems* der einzelnen Diskurssträger bei der Analyse keine Rolle spielen (WÆVER 1994: 254). Die schwierige Unterscheidung zwischen rhetorischem und argumentativem Handeln ist für diesen Ansatz somit ohne Bedeutung.

port von Ideen in verdichteter Form zuständig. Durch Wiederholungen werden gleichzeitig Muster verbreitet, so dass Stellungnahmen etwa von Regierungsmitgliedern Argumente befördern, die die Regierung tatsächlich betonen möchte (HOFFMAN/KNOWLES 1999: 17f).

### Identität, Diskurs, Verhalten

Verhaltens- und Diskursanalyse dienen unterschiedlichen Erkenntnisinteressen: Während erstere Verhalten beschreiben möchte, untersucht letztere vor allem, wie das beobachtete Verhalten zustande gekommen ist und legitimiert wird. Bei der Verhaltensanalyse werden am Erkenntnisinteresse orientierte, *a priori* entwickelte Kriterien überprüft, um eine Einordnung des untersuchten Verhaltens vorzunehmen; die Diskursanalyse möchte dagegen untersuchen, von wem und auf welche Weise ein Ereignis in einer Gesellschaft thematisiert wurde. Mit Hilfe der Untersuchung von Textquellen wird festgestellt – etwa durch Indikatoren wie sich wiederholende Formeln, auffällige Benutzung von Begriffen usw. – von welchem *normativen* Kontext die Diskursteilnehmer geleitet sind.

Die Ausgangsgröße „Identität“<sup>43</sup> lässt sich nicht, wie andere Konzepte der Theorien der Internationalen Beziehungen, theoretisch-deduktiv bestimmen. Deshalb soll mit Hilfe einer „historischen Verhaltens- und Diskursanalyse“ zunächst (in den ersten beiden Schritten) induktiv ermittelt werden, welche „Identitätselemente“ für die gesellschaftlich geteilte nationale Identitätskonstruktion maßgeblich sind. Um einerseits einem Zirkelschluss zu entgehen und andererseits verbesserte Aussagen über die Stabilität von Identitätskonstruktionen zu ermöglichen, wurden dabei nach Vorbild des PAFE-Projektes nur solche historische Diskurse ausgewählt, die zeitlich vor den „speziellen Fallstudien“ liegen – je einer vor und nach 1989.<sup>44</sup>

Aufgrund dieser Schwierigkeiten wird bei der Ermittlung der nationalen Identität Polens in zwei Schritten vorgegangen: In einem **ersten Schritt** wird das historische ostpolitische Verhalten Polens anhand eines ausgewählten und begründeten Katalogs phänomenologischer Kriterien untersucht (*Verhaltensprofil*). In einem **zweiten Schritt** werden die zum Verhalten gehörigen oder aus ihm folgenden Diskurse analysiert (*Diskursprofil*). Die Diskursanalyse ist dabei das entscheidende Werkzeug zur Operationalisierung von nationaler Identität; außenpolitische Diskurse sind das Bindeglied zwischen nationaler Identität und dem tatsächlichen außenpolitischen Verhalten. Neben dieser instrumentellen Funktion kommt der Diskursanalyse ein eigener Erkenntniswert zu: Die Analyse geht davon aus, dass ein politischer Diskurs zwar nicht eigenständige Quelle für Außenpolitik sein kann (so LARSEN 1997: 21), da sich die Argumentationsketten auf Elemente der nationaler Identität zurückführen lassen. Jedoch beinhaltet er durch die Aktivierung zuvor passiver oder durch die Neuinterpretation aktiver Identitätselemente stets die Möglichkeit eines Wandels und steckt den Rahmen für außenpolitisches Verhalten ab.

Auf der Basis dieser „Vorstudien“ sollen in einem **dritten Schritt** Identitätselemente der polnischen Außenpolitik benannt und darauf aufbauend Hypothesen bzw. Leitfragen formuliert werden (Kapitel 3). Im vierten, fünften und sechsten Kapitel sollen diese Hypothesen bzw. Leitfragen anhand von (zu begründenden) ausgewählten Fallbeispielen

<sup>43</sup>Alle in diesem Absatz in Anführungszeichen gesetzte Begriffe werden im Folgenden definiert bzw. erläutert.

<sup>44</sup>Ein Problem vieler Analysen ist, dass sie den Inhalt von Identität überwiegend oder sogar völlig aus mehr oder weniger anekdotischen, parallel zu dem eigentlich erklärenden außenpolitischen Verhalten abgegebenen Stellungnahmen politischer Führungspersonlichkeiten gewinnen.



beantwortet werden: Dazu werden zunächst in einem **vierten Schritt** Eigenheiten des polnischen Regierungssystems und dessen Auswirkungen auf die Diskursstruktur ausgeführt, wobei aufgrund der Bedeutung der speziellen Verhaltensstudien (Kapitel 6) für diese Arbeit insbesondere auch auf außenpolitische Koordinationsprozesse eingegangen wird. Sinn und Zweck dieser ersten vier Kapitel ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, in einem **fünften** und **sechsten Schritt** – die den größten Teil der Arbeit ausmachen werden – ein spezielles Diskurs- und Verhaltensprofil der polnischen Ostpolitik anfertigen zu können. Das **Résumé (siebter Schritt)** wird dann zunächst die aufgestellten Hypothesen bzw. Leitfragen beantworten; es wird ferner verdeutlichen, welche Identitätselemente der polnischen Ostpolitik seit 1989 „ein-“ bzw. „ausgeschaltet“ sind und welche Identitätselemente die polnische Ostpolitik treiben. Abschließend soll eine Bewertung von Diskurs und Verhalten und der Beziehung zwischen diesen beiden Größen in der polnischen Ostpolitik seit 1989 unternommen werden. Die Analyse des außenpolitischen Verhaltens steht also bei Zuhilfenahme eines Identitätsansatzes und der außenpolitischen Diskurse am Ende dieser Art von Außenpolitikanalyse.

### 1.3.1 Nationale Identität und außenpolitisches Handeln

Wie oben erwähnt wird nationale Identität als eine in der Regel stabile Größe verstanden. „Relative Stabilität“ bedeutet jedoch nicht Unveränderlichkeit: So sind etwa nach 1989 im Falle der polnischen nationalen Identität einige Identitätselemente in den Hintergrund getreten, andere wurden reaktiviert oder mit neuen Argumentationsmustern versehen. Von einer „Stunde Null“ etwa für den Bereich „Minderheiten“ kann man nur dann sprechen, wenn man davon ausgeht, daß die Tradition der ethnischen und religiösen Toleranz der Adelsrepublik des 16. und 17. Jahrhunderts zeitlich schon zu weit entfernt ist, um noch als Anknüpfungspunkt für die „Reaktivierung“ von Identitätselementen zu dienen.<sup>45</sup> Ferner ist davon auszugehen – nach den getroffenen Annahmen wird von einer demokratisch verfassten Gesellschaft ausgegangen, in der Außenpolitik das Ergebnis eines Interaktions- und Kommunikationsprozesses ist –, dass nationale Identität und außenpolitisches Handeln sich *wechselseitig* beeinflussen.

Nationale Identität setzt sich grundsätzlich aus aktiven und inaktiven Elementen zusammen. Diese stellen zusammen einen Rahmen dar, der verschiedene Handlungsweisen erlaubt, die von den Mitgliedern der Gesellschaft als „angemessen“ akzeptiert werden. Welches Verhalten sich als das auf Dauer legitime durchsetzt, ist Resultat des innergesellschaftlichen Diskurses, der auf die verschiedenen Identitätselemente rekurriert („Bezugssystem“, s.o.). Durch den Diskurs zeigt sich, welche Identitätselemente aktiv sind, d.h. als Referenz zur Legitimation von Verhalten benutzt werden. Werden zuvor inaktive Identitätselemente erneut aktiviert, so bedeutet dies noch keinen Identitätswandel. Von einem solchen soll nur gesprochen werden, wenn tatsächlich neue Identitätselemente konstruiert werden, was selten vorkommt und ohne einen intensiven Kommunikationsprozess

---

<sup>45</sup>Die Studie von PRIZEL 1998 zur polnischen Identität und Außenpolitik ist bis heute weitgehend ein Einzelfall zur diesbezüglichen ostmittel- und osteuropäischen Identitätsforschung geblieben, die Studie von KRASNODEBSKI 1999 liefert jedoch zumindest zusätzliche innenpolitische Aspekte polnischer Identität. Prizel betrachtet nationale Identitäten in „Osteuropa“ (zusammen mit Mexiko und Südamerika) als eine von fünf Kategorien nationaler Identitäten weltweit. Sie zeichne sich aus durch „an intense feeling of political and social injustice inflicted on the indigenous peoples, profound cultural defensiveness, and a fascination with the past“ (PRIZEL 1998: 24).

auf gesellschaftlicher Ebene nicht denkbar ist (LARSEN 1997: 16f, FOUCAULT 1989: 38). Jedoch muss ein Diskurs dem Verhalten, auf das er sich bezieht, nicht unbedingt vorausgehen. Er kann zur Legitimation von politischem Handeln auch *post factum* geführt werden, wird sich aber in aller Regel in Demokratien aufgrund der Verantwortlichkeit der politisch Handelnden dennoch innerhalb des Referenzrahmens nationaler Identität bewegen.

Als kommunikativer Rahmen verengt sich nationale Identität erst durch die diskursive Aufbereitung im Zusammenhang mit bestimmten außenpolitischen Fragen und Situationen. Welche außenpolitische Verhaltensweise sich letztlich durchsetzt, ist deduktiv nicht bestimmbar, sondern hängt vom Verlauf des entsprechenden Diskurses<sup>46</sup> und der spezifischen Handlungssituation ab. Die Diskursanalyse eignet sich als Instrument zur Analyse des Verhältnisses zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten besonders gut. Sie kann zeigen, warum ein politisches System Wahlmöglichkeiten in einer bestimmten Weise so strukturiert und beschränkt, so dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen als vertretbar ansehen bzw. als vertretbar darstellen.

### 1.3.2 Der Ansatz zur Erstellung einer Diskursanalyse

Die in dieser Arbeit unternommene Diskursanalyse geht von einem **Makroansatz** aus: Sie möchte nicht die den sprachlichen Äußerungen zugrundeliegenden Strukturprinzipien (sprachwissenschaftlicher Ansatz) ermitteln, sondern, um die Bedeutung einer Sprache bzw. im Rahmen eines Diskurses getroffener Aussagen zu verstehen, Kenntnisse über die *Verwendung* von Sprache erlangen (LARSEN 1997: 15). Insbesondere erhält Sprache Bedeutung vor dem Hintergrund eines historisch gewachsenen Begriffsapparates von Wertvorstellungen und Sinngebungen. Die Bedeutung und der Einfluss von Worten ergibt sich weniger aus den Unterschieden zwischen ihnen, sondern aus den ihnen beigemessenen sozialen Werten.

Um die Bedeutung von Texten in einem Diskurs zu verstehen, muss sowohl ein Wissen über die Textstruktur als auch ein bereichsspezifisches Vorwissen vorhanden sein. Ferner sind Zeit, Ort, Umstände und Teilnehmer sowie deren soziale und kommunikative Positionen bei der Analyse zu berücksichtigen. Somit wird insgesamt das Verhältnis von Sprachgebrauch, Wertvorstellungen/perzipierten Bedeutungszusammenhängen und Interaktionen untersucht (WÆVER 1994: 256, NADOLL 2000: 21).

### 1.3.3 Grundbegriffe der Diskursanalyse

Der Begriff **Diskurs** wird verstanden als „eine kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Wege einer (gedachten) Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik – die auf der nationalen Identität beruht – miteinander zu verbinden“.<sup>47</sup> Politische

<sup>46</sup>Für den Verlauf eines Diskurses sind **diskursive Ereignisse** von Bedeutung. Nur sie werden zum Gegenstand eines breiten gesellschaftlichen Diskurses. Ereignis und diskursives Ereignis müssen einander an Umfang und Bedeutung keinesfalls entsprechen: Kompetenzstreitigkeiten zwischen obersten Verfassungsorganen über außenpolitische Zuständigkeiten, in Polen etwa zwischen dem Senat und dem Außenministerium, können noch so scharf sein, wenn sie nicht an die Öffentlichkeit dringen, werden sie nicht zu einem diskursiven Ereignis. In den Diskursen spiegelt sich somit nicht die „objektive Wirklichkeit“ wider, sondern eine soziale Interpretation von Realität (MILLIKEN 1999: 236).

<sup>47</sup>JOERISSEN/STAHL 2003, BOEKLE/NADOLL/STAHL 2001: 12. Foucault definiert Diskurs als „a group of statements in so far as they belong to the same discursive formation (...) it is made up of a limited

Diskurse haben in demokratischen Gesellschaften die Funktion, politische Diskussionen zu formen, politische Ereignisse zu erklären, politische Handlungen zu rechtfertigen bzw. um Anerkennung ringen, historische Erinnerungen zu (re-) interpretieren und Identität zu (re-) konstruieren. Daneben schaffen sie einen *common sense* innerhalb der Bevölkerung. Der Diskurs ist somit das Medium, durch das Identität in einer konkreten Situation eine Bedeutung erhält.<sup>48</sup>

Diskursträger können in Abhängigkeit von ihrer Machtposition in der Gesellschaft auf den Diskursverlauf einwirken. Sie werden dabei durch aktuelle oder vergangene Diskurse in ihren Möglichkeiten beschränkt. Personen wie etwa Amtsträger haben aufgrund der Verfassung eines Landes eine herausgehobene Stellung, nehmen deshalb im Diskurs eine oft herausgehobene Stellung ein und können deshalb als *privileged storytellers* (MILLIKEN 1999: 236) bezeichnet werden. Diskurse laufen also, wie erwähnt, nicht herrschaftsfrei ab. Im Rahmen eines bestimmten Diskurses unternehmen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen den Versuch, die **Diskurshegemonie** zu erringen, d.h. ein bestimmtes (identitätsbezogenes) Argumentationsmuster durchzusetzen und dadurch die diskursive und linguistische Dominanz zu erreichen.<sup>49</sup> Das bloße Erreichen dieser Dominanz zieht noch nicht notwendig entsprechendes Regierungshandeln und -entscheiden nach sich. Das ist jedoch auch nicht die Hauptstoßrichtung dieses Ansatzes, der kein *decision making*-Ansatz ist.<sup>50</sup>

Die Kennzeichnung des durch Diskurse vermittelbaren außenpolitischen Handlungs-

---

number if statements for which a group of conditions of existence can be defined. Discourse in this sense is not an ideal timeless form (...) it is, from beginning to end, historical - a fragment of history (...) posing its own limits, its divisions, its transformations, the specific modes of its temporality (...)“ (FOUCAULT 1989: 117). In ontologischer Hinsicht stellen Diskurse also das Bindeglied zwischen Akteur- und Strukturebene dar. Davon zu unterscheiden ist der Begriff der **Debatte**, der allgemeiner und nicht notwendig identitätsbezogen die Kontroverse über ein bestimmtes Thema umfasst. Debatten erstrecken sich daneben meist über einen längeren Zeitraum und können verschiedene Diskurse zu einem Thema umfassen – in Polen etwa die Debatte um den EU-Beitritt, die sich zumindest in die Diskurse über Werte in der EU sowie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen eines Beitrittes aufteilen ließe.

<sup>48</sup>Bei den historischen Vorstudien der Arbeit (Kapitel 2 und 3) wird ferner der Begriff des **Diskurskontextes** gebraucht werden. Er bezeichnet „the structure of all properties of the social situation that are relevant for the production or the reception of discourse“ (VAN DIJK 1997: 19).

<sup>49</sup>„Linguistic dominance means that a discourse has established a dominant perception of reality, a narrative in which the meanings of terms are defined by their relative space in the dominant story“ (HOFFMAN/KNOWLES 1999: 15). Nach TOWNSON 1992: 25f bestehen die Versuche, eine linguistische Dominanz zu erzielen, aus drei Mechanismen: a) *naming*, d.h. Begriffsetablierung und -besetzung (etwa „Friedenstruppen“); b) *referencing* (Referenzherstellung), d.h. der Versuch, Verbindungen zu bereits vorhandenen Begriffen herzustellen, die positiv konnotiert werden, aber ideologisch neutral sind (etwa „Stabilität“, „gutnachbarschaftliche Beziehungen“), wobei gleichzeitig dem politischen Gegner das Recht abgesprochen wird, diese Begriffe zu benutzen sowie c) *signifying* (Deutungsmonopol), d.h. in der Lage zu sein, innerhalb eines speziellen Diskurses behaupten zu können, als einziger die „wahre“ Bedeutung eines Wortes zu erfassen. *Referencing* und *signifying* können dabei als komplementäre Aspekte des Prozesses der Bedeutungszuschreibung angesehen werden. Wer die Dominanz dieser drei Aspekte innerhalb eines Diskurses erlangt, verfügt über die Kontrolle, Worten eine Bedeutung zuzuweisen (linguistische Dominanz) und damit auch über die Kontrolle des Diskurses selbst (diskursive Dominanz, Diskurshegemonie). Dieser so entstandene Diskurs zeigt die größte Übereinstimmung mit allgemeinen Erfahrungen und anderen Indikatoren für „Wahrheit“, er wird als im allgemeinen Verständnis als kanonisch ausgezeichnet und gilt damit als „normal“.

<sup>50</sup>Es soll insbesondere die traditionelle Stoßrichtung vermieden werden, *decision making*-Ansätze auf individuelle Akteure zu beschränken (HOLLIS/SMITH 1990: 74, JERVIS 1976). Diese Anwendungen bleiben auf spezielle Situationen (etwa Krisenzeiten) beschränkt, in der die Ansichten einzelner Akteure eine herausragende Rolle spielen (LARSEN 1997: 5f).

spielraumes einer Regierung hat zumindest den Vorteil, dass seine Anwendung empirisch überprüfbar ist, während viele Entscheidungsanalysen weitaus stärkere, oft nur implizit getroffene Annahmen fordern. Diskurse schaffen auf diese Weise einen *common sense*. Sie schränken – haben sie sich einmal durchgesetzt – gleichzeitig einen eventuellen Widerstand der Gesellschaft gegen ein bestimmtes Handeln des Staates ein und setzen gleichzeitig dem Staatshandeln seine Grenzen.

Um die Öffentlichkeit von der „Richtigkeit“ der Art und Weise ihrer Handlungen zu überzeugen, verknüpfen die Diskurssträger in **Diskursformationen**<sup>51</sup> ihre Argumente mit bestimmten – aktiven oder erst noch zu aktivierenden – Identitätselementen.<sup>52</sup> Diese sich eher selten fundamental ändernden Diskursformationen stellen eine Art Argumentationskette dar, bestehend aus dem ultimativen Argument, dem Identitätselement, einigen Argumentationsmustern sowie einer Handlungsempfehlung (JOERISSEN/STAHL 2003: 176). Sie können somit als durch stetige Rekonstruktion verfestigte Argumentationsmuster (bei denen Identitätselemente und Handlungspräferenzen verbunden werden) verstanden werden, die mit einer bestimmten Bedeutung versehen wurden, die wiederum als „Wahrheit“ betrachtet werden. Diskursformationen spiegeln also Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider; methodisch-theoretisch sind sie eine weitergehende Operationalisierung von Identität. Ein Überzeugungsversuch ist dann erfolgversprechend, wenn eine Handlungsempfehlung mit einem aktiven oder zu aktivierenden Identitätselement verbunden wird, also auf bestehende und präzente **Diskursmuster**<sup>53</sup> Bezug genommen wird. Diese Verknüpfung ist in der Gesellschaft bereits internalisiert oder gar institutionalisiert und gilt damit als „normal“. Um ein aktiviertes **Identitätselement** aufzuspüren, muss man durch eine Analyse von Diskursformationen eine argumentative Kette also so lange zurückverfolgen, bis man auf ein irreduzibles, nicht mehr argumentativ hergeleitetes Element stößt, eben das Identitätselement.<sup>54</sup>

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Diskursanalyse in dieser Arbeit zwei methodische Funktionen hat: Zum einen hilft sie, Identitätselemente, Argumentationsmuster und wesentliche Diskurssträger zu identifizieren. Daneben erhellt sie ferner die Verbindung zwischen der schwer fassbaren Hintergrundvariablen „Identität“ und dem außenpolitischen

<sup>51</sup>Eine ursprüngliche Definition dieses Begriffes findet sich bei FOUCAULT 1989: 38. Der Unterschied zwischen Diskurs und Diskursformation besteht im Modell dieser Arbeit vor allem darin, dass ein Diskurs ein spezielles historisches Beispiel einer Diskursformation ist (LARSEN 1997: 16).

<sup>52</sup>Diese sind untereinander nicht notwendig widerspruchsfrei (LARSEN 1997: 8) und können in so verschiedener Weise eingesetzt werden, dass sogar gegensätzliche politische Handlungsempfehlungen daraus resultieren: So soll etwa gezeigt werden, dass mit dem Hinweis auf Polen als „europäisches Land“ das Land sowohl als „Brücke zwischen Ost und West“ als auch als „Vorposten des Westens“ dargestellt werden kann.

<sup>53</sup>Ein Diskursmuster ist eine inhaltlich konstante, auf einem bestimmten Argumentationsmuster beruhende Art und Weise, wie ein Thema durch die vorgebrachten Argumente der Entscheidungsträger in einem aktuellen Diskurs behandelt wird (NADOLL 2000: 18). Es wird im Gegensatz zu Diskursen nicht als Interaktion, sondern als Ergebnis einer Handlung verstanden. Je nach Gesellschaftsebene können die Diskursmuster stark voneinander abweichen.

<sup>54</sup>Allgemein lässt sich ein Identitätselement als Teil der nationalen Identitätskonstruktion begreifen, der das 'Eigene' mit einer hervorstechenden Eigenschaft belegt oder es in Beziehung zum 'Anderen' setzt (JOERISSEN/STAHL 2003: 179). Nach einem Modell von Foucault, gemäß dem ein Diskurs aus „Stamm“ (central concepts), „Ästen“ (governing statements) und „Zweigen“ (concrete statements) besteht (FOUCAULT 1989: 147), muss eine Änderung *innerhalb* des Diskurses nicht dessen vollständige Neuausrichtung bedeuten, da sie etwa nur einen „Zweig“ betrifft, aber keinen „Ast“.

Verhalten.<sup>55</sup> Diskurse haben damit eine vermittelnde Stellung zwischen der Kontinuität der Identität und dem notwendigen Wandel der Außenpolitik. Das Modell trägt somit im Unterschied zu traditionellen Ansätzen insbesondere der Flexibilität und Wandelbarkeit von *beliefs* Rechnung.

### 1.3.4 Operationalisierung des Ansatzes

#### 1.3.4.1 Erstellung des Verhaltensprofils

Ziel dieser Arbeit ist die Erstellung eines ostpolitischen Diskurs- und Verhaltensprofils Polens nach 1989. Deshalb wird das historische außenpolitische Verhalten Polens – begrenzt auf die Phase zwischen 1918 (Wiedergründung des polnischen Staates) und 1989 (Ende des kommunistischen Regimes in Polen) – als Vorstudie und **erster Schritt** auf etwa 25 Seiten am Beginn dieser Arbeit stehen. Dieses **allgemeine Verhaltensprofil** wird aus der Sekundärliteratur erstellt und dient der Arbeit als historische Rückkoppelungshilfe. In Anlehnung an das PAFE-Projekt wird für dieses allgemeine Verhaltensprofil der Staat als einheitlicher Akteur konzipiert, so dass Außenpolitik nur „von außen“ betrachtet wird. Auch die Darstellung von Motivunterstellungen und Entscheidungsprozessen wird weitestgehend ausgeblendet (BOEKLE/NADOLL/STAHL 2001: 3f). Dieses allgemeine Verhaltensprofil soll die Politikfelder Sicherheit (militärische, politische und wirtschaftliche Kriterien) und Minderheiten umfassen. Die Sicherheitspolitik wird dabei nach folgenden Kriterien untersucht:

- (i) Welche bevorzugten militärischen Bündnispartner hatte Polen?,
- (ii) Welche Art der Sicherheit bevorzugt Polen? (unilateral, multilateral, kollektiv, kooperativ),
- (iii) Überblick über die wirtschaftliche Binnenstruktur Polens, über bevorzugte Wirtschaftsräume und Handelspartner sowie über die Außenhandelsbilanz.

Die Minderheitenpolitik wird dagegen nach folgenden Kriterien analysiert:

- (i) Minderheiten in Statistiken,
- (ii) Verfassung und Minderheiten,
- (iii) Wahlen, parlamentarische Repräsentation, parlamentarische Praxis,
- (iv) Verwaltungspraxis,
- (v) Konfession,
- (vi) Schulpolitik.

Die Auswahl dieser Politikbereiche ist nicht willkürlich, sondern wurde in Abhängigkeit vom **speziellen ostpolitischen Verhaltensprofil** Polens nach 1989 vorgenommen, das die drei wohl wichtigsten Felder polnischer Ostpolitik nach 1989 umfasst. Zwei von drei Fallstudien sind dabei Sicherheitsfragen im weiteren Sinne (Folgen des Schengener Übereinkommens als Teil der inneren Sicherheit, Außenwirtschaftsförderung als Teil wirtschaftlicher Sicherheit) und eine dem Bereich „Minderheiten“ zuzuordnen. Diese drei Fallstudien

---

<sup>55</sup>Der PAFE-Ansatz möchte damit helfen, eine Lücke in der systematischen Identitätsforschung zu schließen. Auf diese Notwendigkeit wies zuletzt CRUZ 2000: 277 hin: „What is perplexing is the current failure to investigate systematically the complex linkages between identity formation and the expressive practices of political actors.“

beinhalten im **sechsten Schritt** reichhaltiges, vielfach unveröffentlichtes empirisches Material.

### 1.3.4.2 Erstellung des Diskursprofils

Im zweiten bzw. fünften Schritt soll das allgemeine bzw. das spezielle ostpolitische **Diskursprofil**<sup>56</sup> Polens erstellt werden. Ausgehend vom oben dargestellten Verhältnis zwischen nationaler Identität und identitätsbezogenen innergesellschaftlichen Diskursen soll der Hauptdiskurs sowie dessen Inhalte und Träger zusammengefasst werden. Dieses Profil beinhaltet nur innergesellschaftliche Momente; Handlungen und Kommunikation externer Akteure werden nur berücksichtigt, soweit sie im innerpolnischen Diskurs eine Rolle spielen. Im **zweiten Schritt** wird durch die Rekonstruktion von zwei außenpolitischen Diskursen anhand von Sekundärliteratur ein „allgemeines Diskursprofil“ zur polnischen Ostpolitik erstellt. Diese Diskurse sollen neben den vorherrschenden Argumentationsmustern und Diskursformationen auch die Diskurssträger zeigen, die in einer bestimmten Weise auf solche Formationen zurückgreifen. Zur Untermauerung der Aussagekräftigkeit dieser allgemeinen Diskursprofile wurde je ein Diskurs aus der Periode vor und nach 1989 rekonstruiert. Da der Ansatz davon ausgeht, dass Identität eine sehr stabile Kategorie ist, sollten in diesen historischen Diskursen bereits die wichtigsten Identitätselemente, Teile der (etwas leichter wandelbaren) Diskursformationen sowie Diskursstruktur und -träger identifizierbar sein.<sup>57</sup>

Die diesen beiden Studien zugrundeliegenden Leitfragen lauten:

- 1) Kann man die gefundenen Identitätselemente systematisieren?
- 2) Gibt es auffällige Ähnlichkeiten zwischen den beiden Diskursen?
- 3) Gibt es Auffälligkeiten bei den Argumentationsmustern?
- 4) Welchen Einfluss hatten externe Faktoren für die beiden Debatten?
- 5) Wie lässt sich das Verhältnis von Diskurshegemonie und Entscheidung charakterisieren?

Im **fünften Schritt** der Arbeit soll, ausgehend vom außenpolitisch relevanten Verhalten in den Fallstudien und unter Berücksichtigung des allgemeinen Diskursprofils ein „spezielles Diskursprofil“ erstellt werden. Es soll zeigen, welches Argumentationsmuster die Dominanz erringen konnte und wie eine Diskurshegemonie hergestellt wurde, die zur Legitimation des außenpolitischen Verhaltens geführt hat. Dadurch kann aufgezeigt werden, wie die polnische Gesellschaft eine spezifische Situation bewertet und sich dabei selbst einordnet. Als relevante Textquellen zur Erstellung des speziellen Diskursprofils dienen insbesondere Presseerklärungen von Regierung und Opposition, Parlamentsdebatten, Reden des Präsidenten und Außenministers sowie relevante Beiträge polnischer Diplomaten.<sup>58</sup> Ergänzend werden weitere Textquellen wie Zeitschriften- und Zeitungsartikel

<sup>56</sup>Diskurse und Diskursformationen sind überaus komplexe, historisch gewachsene Gebilde. Da sie sich deshalb nicht in ihrer Gesamtheit darstellen lassen, bezeichnet der technische Begriff „Diskursprofil“ das *abstract* eines Diskurses oder einer Diskursformation unter Berücksichtigung der aktuellen oder grundsätzlichen Träger (BOEKLE/NADOLL/STAHL 2000: 31).

<sup>57</sup>NADOLL 2000: 22. Die **Diskursstruktur** bezeichnet den formalen Weg, den ein Diskurs in einer Gesellschaft nimmt (JOERISSEN/STAHL 2003: 173). Ihre Abbildung beinhaltet insbesondere die Darstellung relevanter Akteure, die in den jeweiligen Gesellschaften an außenpolitischen Diskursen teilnehmen bzw. sie dominieren.

<sup>58</sup>Parteiprogramme sind dagegen im Falle Polens für eine außenpolitische Diskursanalyse nur eingeschränkt hilfreich, da das polnische Parteiensystem noch nicht abschließend konsolidiert ist, die Parteien

sowie Meinungsumfragen verwendet, soweit sie mit Blick auf das politische System Polens wesentlich erschienen. Schließlich wurden auch die Ergebnisse von etwa 60 Interviews mit Persönlichkeiten aus Diplomatie, Verwaltung, Wissenschaft und relevanten polnischen NGOs eingearbeitet.

## 1.4 Forschungsstand

Während die Ziele „Sicherheit“ und „Europa“ der polnischen Außenpolitik nach 1989 mit dem Beitritt zu Europarat und NATO sowie der bevorstehenden EU-Mitgliedschaft bereits nahezu gelöst sind und die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme in den Rechts- und Sozialwissenschaften in West und Ost bereits in breiterem Rahmen diskutiert wurden,<sup>59</sup> steht vor allem die westliche systematische Forschung zur polnischen Ostpolitik nach 1989 noch am Anfang. Dies mag zum Teil an in Westeuropa fehlenden profunden Sprach- und Landeskenntnissen oder vermeintlich fehlender tagespolitischer Aktualität liegen. Jedoch ist offensichtlich, dass das Thema mit dem EU-Beitritt Polens und der damit einhergehenden direkten Nachbarschaft der Union mit Weißrussland und der Ukraine auf der Brüsseler Agenda weit nach vorne gelangen wird.

Wissenschaftliche Literatur zur polnischen Ostpolitik, die über vereinzelte Zeitschriftenartikel und überblickartige Monographien hinausgeht, ist nicht nur in Nordamerika und Westeuropa praktisch überhaupt nicht vorhanden,<sup>60</sup> sondern auch in Polen erst im Entstehen begriffen und betrifft fast ausschließlich die Ukraine, kaum aber Litauen und noch weniger Weißrussland:<sup>61</sup> Zu erwähnen sind die Arbeiten von FEDOROWICZ 2004 (i.E.), SURMACZ 2001, YANG 2001 und FEHLER 1998. Zur polnischen Nationalitätenpolitik existieren die Arbeiten von TARKA 1998 und in Deutschland von GAWRICH 2003. In Deutschland in Vorbereitung ist ferner die Arbeit von Markus Bieniek (MZES) zu den ostpolitischen Programmen polnischer Parteien. Die in Polen erschienenen Arbeiten sind weitgehend chronologisch gegliedert und stehen methodisch eher der Zeitgeschichte nahe. Zwar existiert in Polen ein zentrales, jährlich aktualisiertes Register der Dissertationen; dieses ist aber erst seit Mitte der neunziger Jahre weitgehend vollständig, da Dissertationen in Polen nicht landesweit veröffentlichungspflichtig sind.<sup>62</sup>

## 1.5 Quellenbasis

Die Arbeit stützt sich in ihrem empirischen Teil auf ein breites Spektrum an Primärquellen: bilaterale Verträge, (zumeist unveröffentlichte) Regierungs- und Ressortabkommen

---

(bis auf die postkommunistische SLD und die PSL) noch weitgehend über keine Stammwähler verfügen und die ostpolitischen Diskurse oft quer zu den Parteien laufen.

<sup>59</sup>Stellvertretend für viele CZAPLIŃSKI 2002, BARCZ 2002, MAYHEW 1998, PRIZEL 1995.

<sup>60</sup>Ausnahmen sind Beiträge in Sammelbänden, wie etwa ZIEMER 2001b, BUCHHOFER 2001 und GROMADZKI 2000 sowie der Zeitschriftenaufsatz von GERHARDT 2001. Zu den Ideen einer künftigen EU-Ostpolitik siehe WEIDENFELD 2001, WEIDENFELD 1997.

<sup>61</sup>Dieser Zustand wird auch in Polen beklagt, siehe etwa NOWAKOWSKI 2000: 16. In Vorbereitung war 2003/04 die Doktorarbeit von Stanisław Mikołajczyk (UAM) zur polnischen Minderheit in Weißrussland.

<sup>62</sup>Ośrodek Przetwarzania Informacji (Hrsg.): Katalog rozpraw doktorskich i habilitacyjnych; Warszawa (Jahreszahl)). Auf Anfrage an die Universitätsbibliotheken und die politikwissenschaftlichen Institutsbibliotheken in Krakau, Lublin (KUL, UMCS), Posen, Warschau (UW), Thorn und Breslau wurden dem Autor teilweise mehr Arbeiten gemeldet als der o.g. Katalog umfasste.

Polens mit seinen östlichen Nachbarstaaten, Verfassung und innere Rechtsordnung Polens und seiner östlichen Nachbarn seit 1989, das Regierungsbulletin *Przegląd Rządowy*, die Protokolle der Plenarsitzungen des Sejm und des Senats, der Sitzungen der Ausschüsse von Sejm und Senat für Auswärtiges, Erziehung, Kultur, Angelegenheiten der Polonia und Minderheiten, Protokolle der Sitzungen des Präsidiums des Senats, vereinzelt zugängliche Korrespondenz zwischen MSZ und den polnischen Botschaften und Konsulaten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine sowie Analysen und Expertisen der Kanzlei des Sejm. Unter den polnischen Tages- und Wochenzeitungen wurden hauptsächlich *Rzeczpospolita*, *Gazeta Wyborcza*, *Tygodnik Powszechny*, *Polityka* und *Wprost*, unter den deutschsprachigen Zeitungen vor allem FAZ, NZZ und SZ berücksichtigt. Ferner wurden die Online-News von *Radio Free Europe/Radio Liberty*, der *Deutschen Welle* und der polnischen Presseagentur PAP ausgewertet. Ergänzend sind auch die Ergebnisse der etwa 60 geführten nicht-standardisierten, unterschiedlich strukturierten Interviews mit aktiven und ehemaligen Vertretern polnischer Ministerien (MSZ, MEN, MKiS, MSWiA), mit Vertretern der Wissenschaft und wichtiger (zumeist ganz überwiegend von staatlicher Unterstützung abhängiger) NGOs (u.a. IDEE, Batory-Stiftung, PISM, *Fundacja Wiedzieć Jak*, *Wspólnota Polska*, *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*) miteinbezogen.

Bei der Auswahl der Sekundärliteratur zur historischen und historiographischen Dimension der Arbeit (vor allem Kapitel 2 und 3) wurde die von Jan Józef Lipski angesichts der vor 1989 weitgehend beschwiegenen deutsch-polnischen Vergangenheit aufgestellte Formel – „Wir müssen uns alles sagen, unter der Voraussetzung, dass jeder von seiner eigenen Schuld spricht.“ (LIPSKI 1996, ähnlich SKARADZIŃSKI 1990: 132f, FILIPCZUK 1987: 153) – auch für Polen und seine östlichen Nachbarn zu Grunde gelegt. Bei der entsprechenden Auswahl zu den Kapiteln 5 und 6 der Arbeit wurde hinsichtlich der polnischen Quellen vor allem auf die Publikationen der wichtigsten polnischen Institutionen zurückgegriffen, die Periodika und Einzelveröffentlichungen mit ostpolitischem Bezug herausgeben:

- Im Dezember 1990 wurde per Beschluss des Ministerrats das ursprünglich dem Außenhandelsministerium, heute dem MG untergeordnete Zentrum für Oststudien (*Ośrodek Studiów Wschodnich*, OSW) ins Leben gerufen, das eine weitverzweigte publizistische Tätigkeit entfaltet hat (*Eurazja; Biuletyn Ukraiński, Bałtycki, Rosyjski, Białoruski; Tydzień na Wschodzie; Analizy; Sygnały; Komentarze; Prace OSW*).

- Im Oktober 1989 wurde das Zentrum für Internationale Studien (*Ośrodek Studiów Międzynarodowych*, OSM) als Teil der Kanzlei des Senats gegründet, das nach Auflösung durch die SLD/PSL-Regierung seit Ende 1994 im Rahmen der Robert Schuman-Stiftung weitergeführt wird. Diese gibt die seit 1990 erscheinende Zeitschrift *Polska w Europie* heraus.<sup>63</sup>

- Seit den fünfziger Jahren existiert das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (*Polski Instytut Spraw Międzynarodowych*, PISM) als organisatorische Einheit des polnischen Außenministeriums.<sup>64</sup> Es gibt u.a. die Zeitschriften *Przegląd Dyplomaty-*

<sup>63</sup>Der Titel der Zeitschrift geht auf einen im Jahr 1985 zunächst im Schutz der Kirche agierenden Gesprächskreis zum Thema „Polen in Europa“ zurück (Utajony spór o politykę zagraniczną, *Rzeczpospolita*, 30.1.95). Das OSM sollte nach den Wahlen von 1989 vor allem eine Beratungsfunktion für die Mitglieder der „S“-nahen OKP-Fraktion und die Senatoren haben. Es verfasste nach den Wahlen von 1991 vor allem Expertisen für das Präsidium des Senats und den Auswärtigen Ausschuss des Senats sowie für einzelne außenpolitisch engagierte Senatoren (RPPZ 1992: 351f).

<sup>64</sup>Das Institut wurde 1993 offiziell aufgelöst, um im Dezember 1996 als Stiftung wieder ins Leben



czny, *Sprawy Międzynarodowe* und das Jahrbuch der Polnischen Außenpolitik (*Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej*, RPPZ) heraus.

- Die Stiftung Internationales Zentrum zur Entwicklung der Demokratie (*Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji*, MCRD) und das im Juni 1997 gegründete und dem MCRD angegliederte Institut für Strategische Studien (*Instytut Studiów Strategicznych*, ISS) haben seit 1996 (bzw. seit 1997 am ISS) einen Programmschwerpunkt zur polnischen Ostpolitik entwickelt, diesbezüglich zahlreiche Konferenzen veranstaltet und wichtige Sammelbände herausgegeben.

- Das Zentrum für Ostforschung (*Centrum Badań Wschodnich*, CBW) wurde 1990 vom MEN als Fortsetzung des schon zu PRL-Zeiten bestehenden Zentrums für sowjetische Studien (*Centrum Badań Radzieckich*, CBR) ins Leben gerufen und war ein der Universität Warschau angegliedertes Institut. Es wurde im Jahre 2000 aufgelöst und gab bis dahin die Zeitschrift *Polityka Wschodnia* sowie die unregelmäßig erscheinenden *Studia i Materiały* heraus (RPPZ 1993: 159).

- Das Institut für Politische Studien (*Instytut Studiów Politycznych*, ISP PAN) der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurde am 1. September 1990 ins Leben gerufen; es geht in seinen Veröffentlichungen im Rahmen ostpolitischer Fragestellungen jedoch eher zeithistorischen Fragestellungen nach.<sup>65</sup>

Daneben waren die Veröffentlichungen folgender Institutionen von Bedeutung, die sich nicht hauptsächlich, aber unter anderem mit der polnischen Ostpolitik nach 1989 beschäftigten:

- das Institut für Ostmitteleuropa (*Instytut Europy Środkowo-Wschodniej*) in Lublin mit Außenstellen u.a. in Vilnius, Minsk und Kiev,
- das (weitgehend von deutschen Stiftungen finanzierte) Zentrum für Internationale Beziehungen (*Centrum Stosunków Międzynarodowych*, CSM),
- das Zentrum für Politisches Denken (*Ośrodek Myśli Politycznej*, OMP) sowie
- die 1988 in Polen als Ableger des *Open Society Institute* (George Soros) gegründete Batory-Stiftung.<sup>66</sup>

Schließlich wurden die Inhalte der Zeitschriften *Arcana*, *Res Publica*, *Dziś*, *Rocznik Wschodni*, *Biuletyn Stowarzyszenia Wspólnota Polska* sowie *Przegląd Polonijny* gesichtet und relevante Artikel daraus berücksichtigt.

Schon zu Beginn der 90er Jahre schrieb ein bekannter Kenner der polnischen Ostpolitik: „Es ist zu bedauern, dass es künftigen Forschern nur in geringem Maße gelingen wird, die Atmosphäre des Zögerns, der heißen inneren Diskussionen, der Spannungen, aber auch der benediktinischen Arbeit der Ausarbeitung von immer neuen Standpunkten, die Anweisungen, Erklärungen, Besuche und Verhandlungen wiederzugeben, durch die man sich bemühte, die Interessen Polens zu verwirklichen“ (KUŹNIAR 1993: 20). Wenn es mit dieser Arbeit gelingt, dieses vielleicht spannendste Kapitel polnischer Außenpolitik nach 1989 gleichzeitig wissenschaftlich adäquat und leserfreundlich darzustellen, wäre einerseits ein Ziel meiner vierjährigen Bemühungen erreicht und andererseits ein Beitrag zur – vor allem

---

gerufen zu werden und 1998 seine Arbeit wiederaufzunehmen (*Dziennik Ustaw* 1996, Nr. 156, Pos. 777).

<sup>65</sup>Für eine Bibliographie der Arbeiten siehe FISZER 2000.

<sup>66</sup>Die Ergebnisse der von der Batory-Stiftung organisierten ersten Tagung polnischer und ukrainischer Abgeordneter des Jahres 1989 wurden veröffentlicht in *Zustriči* 3/4 1990: 33-84.

jenseits Russland-spezifischer Themen – eher verhaltenen (MEYER 2000: 929, UMBACH 2000: 212) politikwissenschaftlichen Ostmittel- und Osteuropaforschung in Deutschland geliefert.

# Kapitel 2

## Das historische Verhaltensprofil Polens

Das europäische Staatensystem nach den Pariser Vorortverträgen von 1918 war weder geschlossen noch nach bestimmten Prinzipien durchstrukturiert, sondern zeichnete sich eher durch ein Nebeneinander und eine Überschneidung mehrerer Strukturen aus (KRÜGER 1997: 13). Das wiedererstandene Polen hatte dabei in seinem internationalen Umfeld in erster Linie mit der Nachbarschaft zum Deutschen Reich und zur UdSSR, innerpolnisch unter anderem mit erheblichen volkswirtschaftlichen Problemen und dem hohen Minderheitenanteil vor allem in Ostpolen zu kämpfen. Doch auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren diese Fragen durch die polnische Westverschiebung, das aufgezwungene Bündnis mit der UdSSR und die Massenaussiedlungen nur vermeintlich geklärt. Diese bis 1989 für Polen kennzeichnende Situation rechtfertigt die Auswahl der drei historischen Fallstudien zu den Bereichen „Sicherheit“<sup>1</sup> sowie „Minderheiten“.

### 2.1 Sicherheit *sensu largo* 1918-1989

Die Erstellung des historischen Verhaltensprofils im Bereich „Sicherheit“ stützt sich auf folgende analytische Kriterien:

- (i) Welche Territorialkonflikte hatte Polen nach 1918 mit seinen östlichen Nachbarn zu verzeichnen?
- (ii) Welche bevorzugten militärischen Bündnispartner hatte Polen?
- (iii) Welche Art der Sicherheit bevorzugte Polen (unilateral, multilateral, kollektiv, kooperativ)?

---

<sup>1</sup>Während „Sicherheit“ in der bipolaren Welt des Kalten Krieges beinahe ausschließlich militärische Bedeutung hatte, wurde der Begriff nach 1989 insbesondere von der OSZE wesentlich vielschichtiger ausgelegt und bezog neben militärischen vor allem auch wirtschaftliche und umweltpolitische Gesichtspunkte ein. In Polen wurde diese Definition ganz überwiegend rezipiert; so definierte etwa der Sicherheitsberater von Präsident Kwaśniewski, Siwiec, Sicherheit als „eine Situation, in der keine äußere Aggression droht oder in der ein Staat zur erfolgreichen Abwehr einer solchen fähig ist; aber auch, daß es keinen Grund zur Angst vor einer Aggression oder Druck von Seiten äußerer Kräfte gibt. Sicherheit ist das Fehlen von Bedrohungen für die grundsätzlichen Werte objektiver und subjektiver Dimension. Der heutige Begriff beinhaltet neben politisch-militärischen Fragen auch wirtschaftliche, ökologische, gesellschaftliche und ethnische Fragen (...)“ (SIWIEC 2001: 28). Ähnlich wurde Sicherheit von Außenminister Skubiszewski (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sejm-Sitzung, 27.6.91, Rede des Außenministers) und Präsident Wałęsa (etwa im sicherheitspolitischen Papier des KOK „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ vom November 1992) definiert.

- (iv) Wie stellt sich die binnenwirtschaftliche Situation Polens dar, welche Hauptrichtungen wies der polnische Außenhandel auf?

## 2.1.1 Militärisch-politische Sicherheit

### 2.1.1.1 Territoriale Konflikte an den polnischen Ostgrenzen nach 1918

Nicht Diplomatie, sondern Krieg bestimmten nach 1918 im Osten Polens die Situation: Zunächst kam es am Ausgang des Ersten Weltkrieges zu einem Krieg zwischen polnischen Truppen und Verbänden der nach Selbständigkeit strebenden West-Ukraine. Zum Symbol für die Auseinandersetzungen wurde dabei der Kampf um die Stadt Lemberg.<sup>2</sup> Mit alliierter Billigung wurde schließlich die Regierung in Warschau ermächtigt, Wolhynien und Ostgalizien bis zum Zbrucz zu besetzen.<sup>3</sup> Im Zuge des polnisch-sowjetischen Krieges eroberte Polen unter anderem das westliche **Weißrussland** bis knapp vor Minsk, was durch den polnisch-sowjetischen Friedensvertrag von Riga (März 1921) sanktioniert wurde.<sup>4</sup> Im April 1919 erfolgte schließlich die handstreichartige Besetzung des zwischen Polen und **Litauen** umstrittenen Wilna-Gebietes durch den „Aufstand“ der Truppen des polnischen Generals Żeligowski.<sup>5</sup> Während die Litauer Wilna als historische Hauptstadt des mittelalterlichen Großfürstentums Litauen für sich reklamierten, hoben die Polen die führende Rolle der polnischen Kultur in der Stadt seit Mitte des 17. Jahrhundert hervor.<sup>6</sup> Im März 1922 wurde das Gebiet an Polen angeschlossen. Die litauische Regierung in Kaunas weigerte sich daraufhin, die provisorische Foch-Linie vom Juli 1919 nach dem Waffenstillstand vom Oktober 1920 als Staatsgrenze anzuerkennen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen oder auch nur Post- und Telefonverbindungen einzurichten. Nur unter polnischem Zwang gab Litauen im Dezember 1927 die Erklärung ab, zwischen Polen und Litauen herrsche Frieden und nur nach einem scharfen polnischen Ultimatum im März 1938 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen.<sup>7</sup>

<sup>2</sup>Am 1.11.1918 hatten die Westukrainer Lemberg in ihre Gewalt gebracht, das die Polen aber bereits wieder am 22.11.1918 zurückeroberten (RHODE 1965: 459, detailliert KOZŁOWSKI 1990). Für die zahlreichen, meist sehr jungen Toten nicht nur der polnisch-ukrainischen Kämpfe, sondern auch des polnisch-sowjetischen Krieges errichtete der polnische Staat in der Zwischenkriegszeit ein pompöses Denkmal (*Cmentarz Orłt*) auf dem historischen Friedhof von Lemberg, das seit 1991, wenn auch unter ganz anderen Ausgangsbedingungen, zu einem langanhaltenden polnisch-ukrainischen Zwist führte (siehe etwa FEDOROWICZ 2002b).

<sup>3</sup>Das von den Alliierten für Ostgalizien vorgelegte Autonomiestatut wurde niemals realisiert (GARLICKI 1999: 76, RHODE 1965: 465f). Nur als ein vorübergehender Ersatz trat am 26.9.1922 ein auf zwei Jahre befristetes, nicht verlängertes polnisches Gesetz in Kraft (USCHAKOW 1997: 209).

<sup>4</sup>Die weitergehenden östlichen Territorialambitionen Polens waren nicht völlig unreal gewesen, fürchteten doch die religiösen und konservativen ukrainischen bzw. weißrussischen Bauernmassen die Verstaatlichung ihres Landes, das sie erst 1861 und 1864 erhalten hatten (siehe die Tagebuchauszüge des polnischen Verhandlungsführers in Riga, Grabski, in der Zeitschrift *Więź* 11-12/1988: 159-176, vgl. auch SMALJAN-CZUK 1998: 113 und JANOWICZ 1987: 22). Der sowjetischen Seite gelang es in Riga, Polen im Vertragstext indirekt für die nichterlangte weißrussische und ukrainische Souveränität verantwortlich zu machen. So sprach Art. 1 des Vertrages von der Grenze „zwischen Polen einerseits und der Ukraine und Weißrussland andererseits“.

<sup>5</sup>BARDACH 1993: 16, GARLICKI 1999: 78f. Piłsudski war als Oberkommandierender der Streitkräfte über das Vorgehen des Generals informiert.

<sup>6</sup>Ausführlicher etwa ŁOSSOWSKI 1993, SKRZYPEK 1993, ŁOSSOWSKI 1996. Neben der polnischen spielte in Wilna vor allem die jüdische Kultur eine wichtige Rolle (MIKNYS 1999: 86f).

<sup>7</sup>Umso erstaunlicher waren die intensiven Kontakte in den wenigen Wochen vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (GARLICKI 1999: 81-83, RHODE 1965: 496f).

International sanktioniert waren die polnischen Grenzen jedoch erst am 15. März 1923, als die Alliierten der polnischen Annexion Ostgaliziens und der Teilung Mittellitauens entlang der Foch-Linie trotz ukrainischer und litauischer Proteste zustimmten und der Völkerbund seine Machtlosigkeit in dieser Frage erkennen musste.<sup>8</sup>

### 2.1.1.2 Grundzüge polnischer Außen- und Bündnispolitik 1918-1939

Kein inneres Problem hat das Schicksal Polens zwischen 1918 und 1989 so entscheidend beeinflusst wie das Hauptproblem der Außenpolitik, die Lage zwischen Deutschland und der UdSSR.<sup>9</sup> Für keinen der Nachbarn war dieses Problem – in gewisser Weise eine Existenzfrage für ganz Ostmitteleuropa – gleichzeitig so brennend wie für Polen, das als einziger Staat an beide diese Länder grenzte und dazu starke Minderheiten hatte, die jenseits der eigenen Ostgrenze nominell über eigene Republiken verfügten. Darüber hinaus war man bis 1939 mit allen weiteren Nachbarn bis auf Rumänien (Defensivbündnis vom März 1921 gegen die UdSSR) und Lettland verfeindet; vor allem durch die erwähnten Territorialkonflikte, die auch das Verhältnis zu Deutschland (Oberschlesien, Danzig, Großpolen) und der Tschechoslowakei (Teschener Schlesien) bestimmten (RHODE 1965: 454, JAWORSKI/LÜBKE/MÜLLER 2000: 312).

In der internationalen Bündnispolitik setzte Warschau aufgrund dieser starken Spannungen auf ein enges Bündnis mit Frankreich, wodurch Polen Teil des französischen *cordon sanitaire* wurde. Die Hoffnungen auf Beistand für den Ernstfall wurden jedoch durch den deutsch-sowjetischen Berliner Vertrag von 1926 erheblich gemindert. Daneben setzte Warschau vor allem auf eigene Größe und militärische Stärke zwischen den beiden großen Nachbarn.<sup>10</sup> Weder die für Polen enttäuschenden Locarno-Verträge noch das *Sanacja*-Regime nach 1926 veränderten die polnische Außenpolitik entscheidend. Ein naheliegender, von ČSR-Präsident Beneš angestrebtes polnisch-tschechoslowakisches Bündnis oder ein Beitritt zur Kleinen Entente gelang ebensowenig wie die Pläne einer Baltischen Liga mit Polen als Bindeglied zwischen der Kleinen Entente und den baltischen Staaten sowie Finnland oder gar der Aufbau einer Front von Randstaaten gegen die UdSSR (RHODE

<sup>8</sup>GARLICKI 1999: 80, HOENSCH 1990: 257 und RHODE 1965: 468; ausführlich zur Ostgrenze DOMINICZAK 1962. Eine zuvor vom Völkerbund vorgeschlagene Kantonslösung hatte die litauische Regierung im März 1922 abgelehnt (WISNER 1999: 46).

<sup>9</sup>Eine innenpolitische Konsequenz dieses Problemes mit langanhaltenden Folgen war die – stark zugespitzt gesprochen – Spaltung der politischen Elite Polens in „Piasten“ und „Jagiellonen“: Die „Piasten“, vertreten vor allem von den den Siegermächten nahestehenden Nationaldemokraten (*Endecja*) standen für eine nationalstaatlich geprägte, vorwiegend gegen Deutschland gerichtete Orientierung, die den Anschluss aller Gebiete an Polen vorsah, in denen die polnische Bevölkerung dominant, wenn auch nicht notwendig in der Mehrheit war und in denen Hoffnung auf Polonisierung der übrigen Bewohner bestand. Ihnen gegenüber standen die an den Grenzen der Adelsrepublik von 1772 orientierten, auf der Seite der Mittelmächte stehenden und vorwiegend gegen Russland gerichteten „Jagiellonen“, die eine polnisch-litauisch-weißrussische „Föderation“ (unter polnischer Führung) oder eine Territorialautonomie für die Minderheiten im Osten anstrebten und der unabhängigen Ukraine (wobei Ostgalizien polnisch bleiben sollte) in bündnisartigen Beziehungen eine Schlüsselrolle zuwies (GARLICKI 1999: 72f, HOENSCH 1990: 259, RHODE 1965: 454f; aus der neuesten polnischen Forschung erwähnenswert insbes. NOWAK 2001, GROTT 1999, STOCZEWSKA 1998, CZUBIŃSKI 1993, aus dem älteren Schrifttum insbes. DMOWSKI <sup>11</sup>1996, LEWANDOWSKI 1962). Beide Konzepte sahen ein starkes Polen vor, das der Riegel gegen revisionistische Bestrebungen aus der UdSSR und dem Deutschen Reich sein sollte. In keiner der beiden war jedoch Platz für Nationalstaaten der östlichen Nachbarn.

<sup>10</sup>KESSLER 1997: 168, AHMANN 1997: 33. In der relativ friedlichen Phase der Locarno-Ära leistete sich Polen Militärausgaben von durchschnittlich 30% des Staatshaushaltes (AHMANN 1997: 37).

1965: 483).

Die für Polen scheinbar günstige außenpolitische Entwicklung (innenpolitische Situation in Deutschland ab 1932, Nichtangriffs- und Kriegsächtungspakt mit der UdSSR (1928, 1932)) brachte Polen Entlastung an seiner Ostgrenze und einigen politischen Spielraum, den Piłsudski nutzen wollte, um Polen zur führenden Macht in Ostmitteleuropa zu machen. Der Ausstieg aus dem Minderheitenschutzsystem (1934) und das taktische deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen (1934) sind jedoch bestenfalls als unglückliche Entwicklung anzusehen, deren Schwächen nach dem Tod des Marschalls im Mai 1935 durch die gefährliche Schaukelpolitik seiner mittelmäßigen und zerstrittenen Nachfolger offensichtlich wurden.<sup>11</sup> Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges lebten schließlich auch in Polen Bestrebungen zur Revidierung von Grenzen im Rahmen des „Volksgruppenkonzeptes“ auf. Sie verschärften die Lage gefährlich, da dem „Mutterstaat“ eine (fragwürdige) Legitimationsgrundlage für eine direkte Intervention gegeben wurde (KESSLER 1997: 184). Die Auswirkungen dieses Konzeptes zeigten sich deklarativ bei der Unterstützung für die ukrainische Minderheit in der UdSSR (MIKULICZ 1971: 88-92) und aktiv 1938 bei der Angliederung unter anderem des Olsa-Gebietes (Teschener Schlesien) im Zuge des Münchener Abkommens. Der deutsche Überfall auf Polen und die sowjetische Besetzung Ostpolens am 17. September 1939 machten das Land jedoch zu einem der Hauptopfer des Krieges. Dabei wurde die Besetzung Ostpolens in Weißrussland und der Ukraine überwiegend als „Wiedervereinigung“ gefeiert und ist in diesen beiden Ländern bis heute ein wichtiges Bezugssymbol für die Nations- und Staatsbildung.<sup>12</sup>

### 2.1.1.3 1939-1947: Zweiter Weltkrieg, Bürgerkriege und Grenzverschiebungen

Der Hitler-Stalin-Pakt und der deutsch-sowjetische Grenzvertrag von 1939 schlugen im wesentlichen die ehemaligen polnischen Ostgebiete (Gebiete zwischen der Grenze des Rigaer Vertrages und der heutigen polnischen Ostgrenze) der BSSR und der USSR zu. Die Rote Armee schuf dabei mit ihrem Einmarsch am 17. September 1939 in Ostpolen und den darauf folgenden Deportationen bis 1941<sup>13</sup> vollendete Tatsachen.<sup>14</sup> Im Oktober 1939 wurde das Wilna-Gebiet (in dem Sowjettruppen stationiert wurden) Litauen angegliedert,

<sup>11</sup>RHODE 1965: 490f, JAWORSKI/LÜBKE/MÜLLER 2000: 319. Die Annahme der Unüberbrückbarkeit der deutsch-sowjetischen Gegensätze erwies sich dabei als gravierende Fehleinschätzung; ferner wirkte sich der Völkerbund-Eintritt der UdSSR ungünstig auf die polnische Außenpolitik aus (HOENSCH 1990: 271, RHODE 1965: 455 und AHMANN 1997: 43f).

<sup>12</sup>In den nationalkommunistisch beeinflussten Medien Weißrusslands war auch 1992 zu lesen, der 17. September 1939 – bis heute weißrussischer Nationalfeiertag – sei nicht nur Tag der Wiedervereinigung, sondern auch der Befreiung von der polnischen Aggression gewesen (Biuletyn OSW Nr. 17, 10.10.92: 23f). Den Fall des polnischen Staates und die Vereinigung Weißrusslands hatten 1939 nicht nur weißrussische Kommunisten, sondern auch nationale Gruppen und die Mehrheit der weißrussischen Gesellschaft begrüßt; ähnliche Tendenzen sind für die Ukraine zu konstatieren (TURONEK 1987: 33f).

<sup>13</sup>Die Studie von CZERNIAKIEWICZ 1994: 5-7 berücksichtigt bei der Angabe von Zahlenmaterial auch die neuesten Forschungsergebnisse, die in einem Briefwechsel zwischen den Präsidenten Wałęsa und El'cin vom Oktober 1991 publik wurden, und nennt die Zahl von 1,5 Mio Deportierten polnischer Nationalität.

<sup>14</sup>Von der BSSR kehrten 1945 einige Kreise um Białystok und Łomża zu Polen zurück; allerdings wurde die Bestimmung von Jalta, nach der der Grenzverlauf entlang der Curzon-Linie fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens abweichen könne, im Falle der Stadt Grodno nicht eingehalten: Anstelle entlang der Memel (Niemen/Nemunas) verlief die polnisch-sowjetische Grenze hier etwa 20 Kilometer *westlich* davon (TARKA 1998: 42, Anm. 93). Die Nachkriegsgrenze zwischen der USSR und Polen dagegen verlief bis auf wenige Kilometer gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt (EBERHARDT 1996a: 179, Anm. 46).

das aber bereits 1940 als LSSR an die UdSSR angeschlossen wurde.

Parallel zu den globalen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges herrschte in Ostpolen nach 1939 teilweise Bürgerkrieg. Während die polnisch-weißrussischen Konflikte meist unblutig verliefen, verschärften sich insbesondere zwischen 1939 und 1940 (Anschluss Litauens an die UdSSR) die **polnisch-litauischen** Spannungen. Schon vor dem „Bevölkerungsaustausch“ und dem Abzug der deutschen Truppen brach im Wilna-Gebiet ein von beiden Seiten durch Partisanen erbittert geführter Untergrundkrieg aus,<sup>15</sup> der bis zu den Aussiedlungen nach Kriegsende anhielt. Am dramatischsten verlief jedoch der **polnisch-ukrainische** Konflikt, insbesondere nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941. Dabei erlebten viele Polen die Aktionen der ukrainischen Untergrundarmee (UPA) im Vergleich zur deutschen Schreckensherrschaft als noch größere Bedrohung.<sup>16</sup> Waren schon zwischen Juni 1941 und 1943 alleine aus Ostgalizien 300 000 Polen vor ukrainischen Angriffen geflohen, so verlangte der blutige Bürgerkrieg zwischen 1943 und 1945 in Wolhynien und Galizien auf polnischer Seite etwa 80 000 bis 100 000 und auf ukrainischer Seite 15 000 bis 20 000 Opfer.<sup>17</sup> Ab Sommer 1945 bekämpften dabei Einheiten der polnischen Untergrundarmee (AK) offen Truppen der ukrainischen UPA und wurden auch zu Aussiedlungsaktionen herangezogen.<sup>18</sup>

Da auch Ende 1946 noch etwa 200 000 Ukrainer in Südostpolen zurückgeblieben waren, die UdSSR eine weitere Verlängerung der Umsiedlungsaktionen aber ablehnte, legten die polnischen Behörden eine Zwangsumsiedlung der Ukrainer in die neuen „Nord- und Westgebiete“ Polens fest (ZABROWARNY 1993: 133, DROZD/HALAGIDA 1999: 9). Zwischen April und August 1947 wurden so im Rahmen der *Akcja Wisła* („Aktion Weichsel“) etwa 141 000 Ukrainer in entlegene, meist ländliche und unbesiedelte Regionen dieser Gebiete umgesiedelt.<sup>19</sup> Die Ermordung des polnischen Generals Świerczewski durch die UPA im März 1947 war dabei nur willkommener Anlass für den Durchführungsbeschluss des Politbüros vom 17. April 1947, der einen bereits zuvor geplanten Mechanismus in Gang setzte.<sup>20</sup>

<sup>15</sup>WISNER 1997: 51, ähnlich TARKA 1998: 17; diesbezüglich ausgewertete Akten des MSW bei KRUPSKA 1993: 111.

<sup>16</sup>Vgl. die Studien von GIŻEJEWSKA 1993: 103f, GIŻEJEWSKA/STRZEMBOSZ 1995, MOTYKA 1999.

<sup>17</sup>Analizy OSW, 28.10.1996. Neben der polnischen Untergrundarmee (AK) bekämpfte auch die polnische Zivilbevölkerung die Ukrainer, wobei auch Frauen, Kinder, unierte Geistliche und sogar ein um Verständigung bemühter römisch-katholischer polnischer Pfarrer ermordet wurden (OLSZAŃSKI 1987: 111f).

<sup>18</sup>OLSZEWSKI 1993: 157, ZABROWARNY 1993: 131f. Mit besonderer Härte und Grausamkeit wurde dabei gegen den orthodoxen und unierten Klerus vorgegangen; unter anderem wurden etwa 300 unierte Pfarrer sowie der unierte Bischof von Przemyśl und sein Suffraganbischof deportiert. Neuer Oberhirte der Unierten in Polen wurde per Nominierung durch Papst Pius XII. der Primas der römisch-katholischen Kirche Polens (ZABROWARNY 1993: 132, DROZD/HALAGIDA 1999: 8). Formell jedoch erlosch nie die Existenz der unierten Diözese Przemyśl (die 1991 wieder gegründet wurde), auf sowjetischer Seite wurde dagegen die unierte Kirche 1946 in Lemberg in einer inszenierten Bischofssynode mit der orthodoxen Kirche „wiedervereinigt“ (DROZD/HALAGIDA 1999: 22f).

<sup>19</sup>MOTYKA 1999, ZABROWARNY 1993: 134, 137, OLSZEWSKI 1993: 158, OLSZAŃSKI 1987: 114.

<sup>20</sup>OLSZAŃSKI 1987: 114, 116, MOKRY 1989: 178. Der Beschluss enthielt die Zerschlagung der noch etwa 2 500 Mitglieder zählenden UPA durch etwa 20 000 Angehörige der polnischen Armee, erwirkte die Abriegelung der Grenze zur ČSR und UdSSR (deren Führung passiv blieb) sowie die Aussiedlung aller Ukrainer und der „gemischten“ Familien aus Südostpolen. Nach der *Akcja Wisła* wurden bis April 1950 noch einmal 160 000 Ukrainer und Lemken von Südostpolen in andere polnische Gebiete umgesiedelt (ŁODZIŃSKI 1998a: 17). Die viele Jahre kolportierte These von der Notwendigkeit der *Akcja Wisła*, um UPA und OUN zu zerschlagen, findet in den vorhandenen Akten keine Bestätigung. Der Aktion fielen vielmehr alle Ukrainer zum Opfer, auch diejenigen, die außerhalb der UPA standen oder sogar gegen diese

Dass nicht die Aktivitäten der UPA, sondern der Wunsch nach Entnationalisierung der Ukrainer das Motiv für die Aussiedlungen waren, zeigen die zielgerichtete Zerstreuung der Ukrainer in den ihnen zugewiesenen Siedlungsgebieten durch die polnischen Behörden sowie das Verbot eines Umzuges innerhalb der neuen Heimat, einer Rückkehr nach Südostpolen und der Ausübung der Sprache und kulturellen Traditionen.<sup>21</sup> Grundsätzlich die gesamte ukrainische Intelligenz und weitere Verdächtige mussten – selbst bei zuvorigem Dienst in der kommunistischen Armee (AL) oder der PPR – ins Gefängnis oder in das Arbeitslager nach Jaworzno.<sup>22</sup>

#### 2.1.1.4 Die Außenpolitik der Volksrepublik Polen gegenüber der UdSSR

Warschau war in der allgemeinen Ausrichtung seiner Außenpolitik während des Bestehens der Volksrepublik Polen von den Vorgaben aus Moskau abhängig, insbesondere in der Zeit zwischen 1944 und 1956. Diese Außenpolitik glich – ein Paradoxon nur auf den ersten Blick – im wesentlichen den traditionellen Ideen der Nationaldemokraten. Sie beinhaltete insbesondere die Konstruktion einer polnischen „Erbfeindschaft“ gegenüber Deutschland, die die kommunistische Führung der PRL als argumentative Grundlage zur Legitimierung der weit vorgerückten polnischen Westgrenze benutzte, und die Anlehnung an das Moskauer Machtzentrum zuungunsten der Litauer, Ukrainer und Weißrussen. Gleichzeitig gab es keine echte Ostpolitik der Regierungen der PRL. Die Kontakte zwischen den drei an die PRL angrenzenden Sowjetrepubliken und Warschau überstiegen nicht den von Moskau gewünschten Rahmen; beide Seiten „taten ihr Bestes um sicherzustellen, dass die Völker dieser Region sich einander fremd blieben“ (BURANT 1993: 397). Selbst auf offizieller Ebene war etwa der Besuch des polnischen Parteichefs Gierek Ende der siebziger Jahre in Wilna ein beinahe aufsehenerregendes Ereignis.

In Westeuropa wird bis heute oft übersehen, dass ein eiserner Vorhang nicht nur Ost und West trennte, sondern auch die Staaten des Ostblocks untereinander und insbesondere von der UdSSR durch eine hermetisch abriegelte Grenze getrennt waren. Kontakte zwischen den Bevölkerungen der Staaten waren somit vor allem im ersten Nachkriegsjahrzehnt kaum möglich. Erst nach Oktober 1956 waren streng kontrollierte, in aller Regel von oben angeordnete Begegnungen möglich. Privatreisen ins Nachbarland fanden weiterhin nur unter außerordentlich erschwerten Bedingungen statt (TARKA 1998: 73). Die verordnete polnisch-sowjetische Freundschaft wurde nicht durch authentische Kontakte belebt, die meisten Kommunikationswege zwischen der PRL und den angrenzenden Sowjetrepubliken wurden von Moskau aus gesteuert. Nur im Rahmen des 1956 unterzeichneten polnisch-sowjetischen Kulturabkommens war Raum für polnisch-ukrainische, polnisch-weißrussische oder polnisch-litauische Kontakte,<sup>23</sup> der jedoch bis 1989 keinen

---

kämpften (ZABROWARNY 1993: 134f).

<sup>21</sup>ZABROWARNY 1993: 137, OLSZEWSKI 1993: 159, OLSZAŃSKI 1987: 113. Die Hoffnungen der Ukrainer auf Rückkehr zerstoßen spätestens mit dem Inkrafttreten des Dekretes vom 10.8.49 (*Dziennik Ustaw* 1949, Nr. 46, Pos. 339), das den verlassenen Besitz der Ukrainer in Staatseigentum überführte; entsprechende Entschädigungen in den Nord- und Westgebieten wurden erst ab 1951 per Dekret (*Dziennik Ustaw* 1951, Nr. 46, Pos. 340) gewährt (ZABROWARNY 1993: 137).

<sup>22</sup>Dieses Lager war während der deutschen Besatzung ein Außenlager des KZ Auschwitz und wurde per Politbüro-Beschluss der PPR zum Lager für inhaftierte Ukrainer bestimmt. Bis März 1949 durchliefen dieses Lager knapp 4 000 Ukrainer, unter ihnen 22 unierte und fünf orthodoxe Geistliche (MOKRY 1997b; ZABROWARNY 1993: 136; DROZD/HALAGIDA 1999: 10).

<sup>23</sup>TARKA 1998: 74. So konnten etwa im Rahmen eines von der LTSK organisierten wissenschaftli-



Platz für einen offiziellen und gleichzeitig authentischen Dialog der Polen mit ihren östlichen Nachbarn ließ. Die sich einstellende Gleichgültigkeit wurde auf polnischer Seite erst in den achtziger Jahren durch die Sympathie für die litauische und ukrainische Nationalbewegung (*Sąjūdis*, *Ruch*) durchbrochen (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 10).

### 2.1.2 Wirtschaftliche Sicherheit

Nach dem Ersten Weltkrieg sah Polen sich vor die Aufgabe gestellt, erhebliche strukturelle Unterschiede und regionale Gegensätze im technischen Entwicklungsstand der Wirtschaft zu überwinden und die zuvor zueinander weitgehend beziehungslosen Wirtschaftsräume des wiederauferstandenen Staates zu integrieren, was nicht reibungslos gelang (RHODE 1965: 454). Das fast vollständige Fehlen wertvoller Rohstoffe, chronischer Kapitalmangel, die geringe Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes und häufige politische Krisen hemmten die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich, so dass noch 1931 nur 15,1 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie und 4,8 Prozent in Handel und Gewerbe tätig waren, aber 64,9 Prozent in der Landwirtschaft (HOENSCH 1990: 258). Jedoch forcierte die polnische Regierung in den 20er Jahren den Ausbau des Hafens in Gdingen, der schon 1933 Danzig den Rang als wichtigster Ostseehafen der Region ablief. Die Ära Piłsudski konnte zwar die wirtschaftliche Krise der Jahre 1925/26 auffangen, die Jahre 1928 bis 1932 brachten jedoch eine neue Depression, die indes keine Wirtschaftslenkung nach sich zog. Trotz der schwierigen Situation vollbrachte die II. Polnische Republik bis 1938 insgesamt eine bedeutende Aufbau- und Integrationsleistung vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Bau- und Hüttenwesen sowie Landwirtschaft (RHODE 1965: 481, JAWORSKI/LÜBKE/MÜLLER 2000: 320).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Polen schwere Schäden nicht nur in den Städten, sondern auch – mit der wichtigen Ausnahme der Regionen um Łódź und Oberschlesien – an den Produktionsanlagen und der Infrastruktur zu beklagen: Von großer Bedeutung war ferner die Westverschiebung des Landes. Als Ausgleich für die ganz überwiegend agrarisch geprägten Ostgebiete erhielt Polen im Westen agrarisch intensiv genutzte Landstriche, eine relativ hoch entwickelte Industrie- und Gewerbestruktur, ein dichtes Infrastrukturnetz sowie wertvolle Bodenschätze. Zwar musste Polen unter dem Druck Moskaus 1947 das ERP-Programm der USA ablehnen, erhielt aber aus Mitteln der Vereinten Nationen (UNRRA) großzügige Auslandshilfe, die jedoch erheblich durch die Kohlelieferungsverpflichtungen gegenüber der UdSSR, das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte sowie Reparationsentnahmen beeinträchtigt wurde (ZIEMER 1987: 217, HOENSCH 1990: 304f).

---

chen Seminars zur Lituanistik in Puńsk im August 1981 keine Teilnehmer aus der LSSR anreisen, sondern ihre Beiträge nur per Post senden (TARKA 1998: 136). Der Informationsaustausch wurde jedoch nicht völlig zum Erliegen gebracht, so war etwa polnisches Fernsehen in den grenznahen Gebieten der drei angrenzenden Sowjetrepubliken zu empfangen. Gleichzeitig wurden die polnische Presse sowie in der UdSSR nicht erhältliche polnische Übersetzungen westlicher Autoren für Litauer, Weißrussen und Ukrainer meist die wichtigste Quelle eines im Vergleich zur Sowjetunion ungleich freieren Informationsflusses (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 10). Die polnische Sprache wurde so für viele Intellektuelle aus der LSSR, BSSR und der UdSSR zur *lingua franca* relativer Freiheit – verkörpert in den unabhängigen polnischen Wochen- und Monatszeitschriften *Znak*, *Więź*, *Tygodnik Powszechny* sowie der (verbotenen) Pariser *Kultura* (seit 1981 auch der Krakauer *Lithuania*), in denen regelmäßig Aspekte der transnationalen Beziehungen zu den drei benachbarten Sowjetrepubliken analysiert wurden (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 10).

Die 1946 durchgeführte Enteignung des Großgrundbesitzes sowie der großen und mittleren Industriebetriebe wurde – ein einmaliger Vorgang im ehemaligen Ostblock – 1956 im Bereich der Landwirtschaft weitgehend wieder rückgängig gemacht (HOENSCH 1990: 305, 317). Bis 1970 wurde eine zumeist kapital- und arbeitsintensive, auf extensives Wachstum angelegte Wirtschaftspolitik betrieben. Negativ auf die heutige polnische Wirtschaftsstruktur wirkte sich insbesondere die heute oft verklärte Phase der siebziger Jahre aus, in der Parteichef Gierek letztlich fehlgeschlagene Wirtschaftsreformen durchführte (ausführlich: ZIEMER 1987: 230-247). Mit der bewußten Aufgabe des zuvorigen Autarkiestrebens hoffte die neue Parteiführung, Polen durch den Import von moderner Technologie aus dem Westen zu modernisieren und mit Hilfe entsprechender Anlagen Produkte herstellen zu können, die den polnischen Export in die UdSSR beleben sollten.<sup>24</sup> Das in diesem Zusammenhang auftretende Loch in der Außenhandelsbilanz vergrößerte sich jedoch immer mehr und addierte sich zwischen 1971 und 1979 auf 19,9 Mrd US \$ und 6,9 Mrd US \$ fällige Zinsen. Noch schwieriger wurde die Situation dadurch, dass die westlichen Kredite nur zu einem Teil für Investitionsgüter, sondern zu etwa einem Drittel zum Stopfen der Haushaltslöcher verwendet wurden (ZIEMER 1997: 248-256).

Parallel zu diesen Entwicklungen veränderte sich die sozioökonomische Struktur Polens dramatisch: Die starre Sozialpyramide der Zwischenkriegszeit war zum Einsturz gebracht worden, der auch vor dem Krieg schwache Mittelstand praktisch aufgerieben, die polnische Intelligenz im Zweiten Weltkrieg um zwei Drittel reduziert. In der Zeit von 1950 bis 1979 ging die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 54 Prozent auf 28 Prozent zurück, die der in Industrie und Bauwirtschaft Beschäftigten wuchs gleichzeitig von 26 Prozent auf 38 Prozent an. Die Bauernschaft wurde jedoch nach der Dekollektivierung durch Konservierung der unrentablen Zwergbetriebe sträflich zugunsten der Arbeiter vernachlässigt. Auslöser und Motor dieser Umwälzungen war die politisch forcierte Industrialisierung des Landes, vor allem in den Bereichen Schwerindustrie, Bergbau, Hüttenwesen und Schiffbau, die lange Zeit erheblich zu Lasten der Konsumgüterindustrie durchgeführt wurde (JAWORSKI/LÜBKE/MÜLLER: 346-348).

Am Ende der achtziger Jahre stand Polen insgesamt vor gewaltigen wirtschaftlichen Problemen, verursacht in erster Linie durch die zunehmende Verschuldung der eigenen Volkswirtschaft, die Konservierung unrentabler Produktionsformen sowie ausgebliebene Strukturreformen in praktisch allen Wirtschaftssektoren.

## 2.2 Polnische Minderheitenpolitik (1919-1989) unter besonderer Berücksichtigung der litauischen, weißrussischen und ukrainischen Minderheit

Die Erstellung des historischen Verhaltensprofils im Bereich „Minderheiten“ stützt sich auf folgende analytische Kriterien:<sup>25</sup>

<sup>24</sup>So stieg der Anteil des polnischen Importes aus den westlichen Industrieländern in den siebziger Jahren von unter 30% bis auf zeitweise über 50% an, der Anteil der RGW-Staaten am polnischen Import fiel gleichzeitig von über 60% auf zeitweise 40% ab (ZIEMER 1987: 251).

<sup>25</sup>Der tatsächliche oder vermeintliche Revisionismus von außen, die „zweite wesentliche Ursache der Nationalitätenkonflikte in der Zwischenkriegszeit“ (SUPPAN/HEUBERGER 1994: 22), bleibt aufgrund der gewählten Perspektive dieser Arbeit im folgenden außen vor. Es sei aber erwähnt, dass die Sowjetbehörden die Verdrossenheit der Minderheiten schürten, 1924 einen Kleinkrieg an der sowjetischen Westgrenze

- (i) Minderheiten in Statistiken,
- (ii) Verfassung und Minderheiten,
- (iii) Wahlen, parlamentarische Repräsentation, parlamentarische Praxis,
- (iv) Verwaltungspraxis,
- (v) konfessionelle Fragen und
- (vi) Schulpolitik.

### 2.2.1 Zwischenkriegszeit

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Minderheiten in den neuen oder wiedererstandenen ostmitteleuropäischen Staaten nicht als integraler Bestandteil der Gesellschaft, sondern nur als Fremdkörper wahrgenommen. Wenngleich „dieses Problem das politische Schicksal der betroffenen Staaten während der Zwischenkriegszeit weniger bestimmt [hat], als viele Zeitgenossen erwarten und man noch heute landläufig annimmt“ (SCHRAMM 1993: 332f), hatte das Verhältnis zwischen dem neuen polnischen Staat und seinen Minderheiten dennoch von Anfang an einen Konfliktcharakter und ist bis heute eines der am stärksten in der Historiographie rezipierten und im öffentlichen Bewusstsein präsenten Themen. Dies zeigt sich insbesondere an den oben genannten Kriterien.

#### 2.2.1.1 Statistischer Befund

Auch für das damals multinationale Ostmitteleuropa wies Polen überaus hohe Zahlen an Minderheiten auf, über die die folgende Tabelle Auskunft gibt.

<b>Polnische Volkszählung von 1931 – Angaben zur Muttersprache und zur Konfession</b> ( <i>Angaben in Millionen, Prozentzahlen auf ganz Polen bezogen</i> )			
<b>Muttersprache</b>		<b>Konfession</b>	
<b>Polnisch</b>	21,9 (68,9%)	<b>Römisch-Katholische</b>	20,7 (64,8%)
<b>Ukrainisch</b>	4,4 (13,9%)	<b>Orthodoxe</b>	3,8 (11,8 %)
<b>Weißrussisch</b>	1,7 (5,3%)	<b>Unierte</b>	3,3 (10,4%)
<b>Litauer</b>	0,078 (<0,1%)	<b>Juden</b>	3,1 (9,8%)

Quelle: ŁODZIŃSKI 1998a: 16f; EBERHARDT 1996a: 103f.

Da diese Volkszählung nur nach Muttersprache und Konfession, nicht aber der Nationalität fragte, tendierte sie zur Verminderung der Angehörigen der nationalen Minderheiten.<sup>26</sup> Geht man davon aus, dass insbesondere für die östlichen Woiwodschaften tatsächlich

---

inszenierten und die UdSSR sich durch eine bis etwa 1929 anhaltende relativ großzügige Förderung für Weißrussen und Ukrainer von der restriktiven polnischen Politik bewusst abhob, um Sympathien für die Bolschewiki zu gewinnen (HOENSCH 1990: 264, SMALJANCZUK 1998: 114).

<sup>26</sup>Dies ist unter anderem daran abzulesen, dass man ca. 800 000 Unierte und Orthodoxe mehr zählte als die Gesamtzahl der Russen, Ukrainer und Weißrussen betrug und gleichzeitig 1,3 Millionen weniger Römisch-Katholische als Personen mit polnischer Muttersprache. Die Deklaration der Sprache war also nicht gleichbedeutend mit der Deklaration der Nationalität (EBERHARDT 1996a: 103f). TOMASZEWSKI 1985: 32-49 wies erstmals die zu niederen offiziellen Zahlen der Volkszählung von 1931 nach.

die Konfessionsstatistiken besser als die Sprachstatistiken die tatsächliche Zusammensetzung der Nationalitäten wiedergeben,<sup>27</sup> so lebten insgesamt am Ende der zwanziger Jahre in der Westukraine **4,4 Mio Ukrainer** (62,7 Prozent der Bevölkerung dieses Gebietes), in Westweißrussland **1,773 Mio Weißrussen** (55,3 Prozent der Bevölkerung dieses Gebietes) und im Wilna-Gebiet **61 700 Litauer** (11,3 Prozent der Bevölkerung des Gebietes).<sup>28</sup>

### 2.2.1.2 Verfassung und Minderheiten

Es waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges und der Völkerbund,<sup>29</sup> die nach dem Ersten Weltkrieg die neugegründeten Staaten in Ostmitteleuropa zur Unterzeichnung und Umsetzung der ungeliebten Minderheitenschutzverträge<sup>30</sup> drängten. So sehr der Völkerbund beim Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit versagte, beim Minderheitenschutz ist ein eindeutiges Urteil aus heutiger Sicht nicht so eindeutig zu fällen.<sup>31</sup> Zwar erwies sich das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen rasch als selbstzerstörerisch und

<sup>27</sup>Allein in Ostgalizien gab es 1931 370 000 Unierte mit polnischer Muttersprache sowie etwa 500 000 Römisch-Katholische mit ukrainischer Muttersprache (HRYCIUK 1996: 90). In Wilna hatten nach der Volkszählung von 1931 nur 0,8 Prozent der Einwohner Litauisch als Muttersprache. Anfang des 20. Jh. war in diesem Gebiet die Polonisierung der Litauer bereits abgeschlossen. Ihre Zahl hatte sich im Wilna-Gebiet zwischen Mitte des 19. Jh. und 1931 halbiert (TOMASZEWSKI 1985: 154, MIKNYS 1999: 100).

<sup>28</sup>EBERHARDT 1996a: 43 (Litauer), 161-163 (Weißrussen, zu denen auch die polnischsprachigen Orthodoxen gerechnet wurden), 170f (Ukrainer). Die geographischen Angaben beziehen sich dabei auf jeweiligen Gebiete zwischen der Curzon-Linie und den Grenzen des Rigaer Vertrages. Dagegen waren die Zahlen der polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbargebieten geringer. Ohne hier auf Forschungskontroversen über die Erhebung der Daten eingehen zu können, soll festgehalten werden, dass auf dem damaligen Gebiet Litauens, der BSSR und der USSR nach offiziellen Zahlen 66 000 Personen (Litauen, Volkszählung 1923), 98 000 Personen (Weißrussland, Volkszählung 1926) bzw. 476 000 Personen (Ukraine, Volkszählung 1926) polnischer Nationalität lebten (SREBRAKOWSKI 1996: 69f, EBERHARDT 1996a: 161f, 168f).

<sup>29</sup>WOLFGANG KESSLER wies darauf hin, dass der Begriff der *Société des Nations* besser den Charakter des Völkerbundes als einer *Gesellschaft* souveräner Staaten als den eines Bundes von Völkern wiedergibt (KESSLER 1997: 163). Er betonte ferner, dass die Intentionen der Alliierten 1918/19 von der *nation* als staatsbildender Gemeinschaft, und nicht von der *race* als Abstammungsgemeinschaft ausgingen, wenn auch diese beide Bedeutungen von *Volk* „gerade im ostmitteleuropäischen Beispiel nicht idealtypisch zu trennen sind“ (KESSLER 1997: 161, Anm. 1, zur Abgrenzung der Begriffe *race* und *nation* VIEFHAUS 1960: 110).

<sup>30</sup>Abgedruckt bei THORNBERRY 1991: 399-403, vielbeachtet der Artikel von KORZEC 1974, eine ausführliche Bibliographie zu den Verträgen findet sich bei USCHAKOW 1997: 207, Anm. 29. Ziel der unter internationaler Garantie stehenden Minderheitenschutzverträge war die Bewältigung eines speziellen Problems in einer bestimmten Region und einem bestimmten Zeitraum. Vorrangig sollte politische Integration, nicht kulturelle Assimilation gefördert werden (SCHOT 1988: 227). Dennoch wurden die Verträge sowohl von den Minderheiten als auch ihren „Mutterstaaten“ von Anfang an abgelehnt, da Minderheitenschutz in erster Linie als Instrument zum Bestandschutz der konnationalen Minderheiten und – bei Grenzminderheiten – als Mittel zur Revision der territorialen Bestimmungen der Friedensverträge begriffen wurde (KESSLER 1997: 175, SIERPOWSKI 1986). Die Übereinkommen umfassten im wesentlichen Anti-Diskriminierungsregeln im Rahmen eines weder welt- noch europaweit gültigen und überwiegend nur individualrechtlichen Schutzes für nationale und religiöse Minderheiten (im Unterschied zum universellen menschenrechtlichen Ansatz der Vereinten Nationen), mit denen der Völkerbund hoffte, die Existenz von Minderheiten weder zu befördern noch ihren Wunsch nach Entfaltung zu unterdrücken (THORNBERRY 1991: 40).

<sup>31</sup>SCHUEERMANN 2000: 407f. Zur Definition der Begriffe *Grenzminderheit*, *Inselminderheit* und *Streuminderheit* siehe KESSLER 1997: 171f. Davon abweichend mussten Weißrussen und Ukrainer spätestens seit den stalinistischen Kampagnen der 30er Jahren als *Nationen ohne Staat* gelten (ebd.).

wurde bereits mit dem Anschluss der polnischen Ostgebiete jenseits der Curzon-Line ohne zuvoriges Plebiszit missachtet,<sup>32</sup> jedoch war gleichzeitig ein Fortschritt im Völkerrecht erreicht worden – Staaten hatten unter Einschränkung ihrer Souveränität nicht mehr das Recht, Minderheiten zu unterdrücken oder zu diskriminieren.

Mit dem Minderheitenschutzvertrag unterzeichnete Polen ein Übereinkommen, das die Rechte der zu etwa einem Drittel nicht-polnischen Bevölkerung innerhalb des neuen Staates garantieren sollte.<sup>33</sup> Polen verpflichtete sich darin zur Übernahme der Artt. 2-8 des Vertrages in innerpolnisches Recht, die als Artt. 95, 96, 109, 110 und 115 in die polnische Verfassung von 1921 eingingen und (bis auf Art. 95) auch in der April-Verfassung von 1935 Bestand behielten. Darin wurde den Minderheiten neben den liberalen Grundrechten und einem Diskriminierungsschutz auch das Recht auf Gleichbehandlung in Fragen politischer Betätigung, des Zugangs zu öffentlichen Ämtern und der (auch religiösen) Vereinigungsfreiheit zugestanden und die Bestimmungen durch Rechte zur Entfaltung der nationalen und kulturellen Identität<sup>34</sup> ergänzt. Den Rechten entsprach die Pflicht zur Loyalität gegenüber dem Heimatstaat.<sup>35</sup>

Die polnische Verfassung von 1921, die nach dem Vorbild der III. französischen Republik und nach polnischer Verfassungstradition den Sejm zum höchsten Staatsorgan machte, garantierte damit formell die Gleichheit aller Staatsbürger.<sup>36</sup> Jedoch gestand Art. 114 der römisch-katholischen Kirche eine Stellung nicht als Staatskirche, aber als *primus inter pares* unter den Konfessionen zu (WAGNER 1997: 242). Mit der April-Verfassung von 1935 wurden die formellen Rechte der nationalen Minderheiten weiter eingeschränkt, insbesondere das Recht auf Zugang zur öffentlichen Verwaltung, und weitere Rechte unter Gesetzesvorbehalt gestellt.<sup>37</sup>

### 2.2.1.3 Wahlen, parlamentarische Repräsentation und Praxis

Von den ersten Wahlen vom Januar 1919 blieben Litauer, Weißrussen und Ukrainer beinahe vollständig ausgeschlossen – es wurden keine Abgeordneten ihrer Nationalität im Nachhinein delegiert.<sup>38</sup> Außer den Sozialisten (PPS) und einer von drei Bauernparteien (*PSL Wyzwolenie*) standen alle Parteien den Minderheiten misstrauisch bis feindlich gegenüber, deren Vertreter von den parlamentarischen Entscheidungszentren ferngehalten

<sup>32</sup>Eine Bibliographie zum sich in letzter Zeit anstelle von „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ durchsetzenden Begriff „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ findet sich bei KESSLER 1997: 161, Anm. 1.

<sup>33</sup>Zusätzlich schlossen Polen und die UdSSR 1921 einen außerhalb des Systems des Völkerbunds stehenden entsprechenden Vertrag.

<sup>34</sup>Dazu zählte vor allem der Gebrauch der Muttersprache im Verkehr mit Behörden, vor Gericht, im Handel, in der Presse und bei der Religionsausübung sowie die Pflicht des Staates, Minderheitenschulen zu unterhalten und einen Anteil am Haushalt für Bildung, Religion und soziale Belange der Minderheiten zur Verfügung zu stellen.

<sup>35</sup>TOMASZEWSKI 1997, LOEBER 1997: 190, USCHAKOW 1997: 207, Anm. 30, THORBERRY 1991: 42ff. Die Bestimmung des Art. 109, mit der den Minderheiten die Möglichkeit zum Zusammenschluss in Körperschaften öffentlichen Rechts gegeben war, blieb jedoch ein „toter Buchstabe“ (USCHAKOW 1997: 210).

<sup>36</sup>Unter anderem verneinten sowohl die Verfassung von 1921 (Art. 64) als auch diejenige von 1935 (Art. 81) ein richterliches Prüfungsrecht für ordnungsgemäß veröffentlichte Gesetze.

<sup>37</sup>MAKOWSKI 1986: 55. Dies betraf insbesondere Art. 7 (Relativierung des Rechtes auf Bekleidung öffentlicher Ämter) und Art. 4 (USCHAKOW 1997: 212). Gemäß Art. 81(2) der Verfassung von 1935 blieb jedoch die Materie des Minderheitenschutzvertrages formell weiter in Kraft.

<sup>38</sup>Wohl aber wurden unter anderem acht deutsche Abgeordnete nachnominiert (KORZEC 1975: 198). Nachwahlen fanden nur in später eingegliederten Gebieten mit polnischen Mehrheiten statt (Posen, Białystok).

wurden.<sup>39</sup>

Da die Rechtsparteien im Wahlgesetz mit Hilfe einer Staatsliste und durch Wahlkreisgeometrie Benachteiligungen für die Minderheiten durchsetzten, bildeten diese 1922 und 1928 in den einzigen einigermaßen regulären Wahlen einen taktischen Block (BMN), der sich nach den Wahlen wieder auflöste. Dieser errang 1922 (trotz des Boykottes der galizischen Ukrainer) 22 Prozent der Sejm- und 24 Prozent der Senat-Mandate – ein recht reales Abbild der tatsächlichen Verhältnisse.<sup>40</sup> Eine Neuauflage des BMN erreichte 1928 noch einmal je 20 Prozent der Mandate in den beiden Kammern. Jedoch waren diese Wahlen speziell in den polnischen Ostgebieten bereits von massiven Hausdurchsuchungen und Einschüchterungsversuchen der Verwaltung begleitet und erbrachten eine hohe Anzahl ungültiger Stimmen (etwa 300 000) – Ergebnis der peniblen Arbeit der meist ethnisch polnischen Wahlkommissionen.<sup>41</sup>

Die von „Pazifikationen“, Druck und täglichem Schrecken begleiteten, von Piłsudski erzwungenen Neuwahlen vom November 1930 ergaben für die Minderheiten nur noch etwa ein Drittel der zuvorigen Mandate (33). Die Inhaftierung politischer Gegner der Zentrumslinken (*Centrolew*) und unter anderem 25 ehemaliger ukrainischer Abgeordneter in Brest (Brześć Litewski)<sup>42</sup> sowie die Wahlfälschungen ließen die Mehrheit der Bevölkerung und viele polnische Intellektuelle sich vom vielfach verehrten Piłsudski abwenden.<sup>43</sup> Auch die übrigen (manipulierten) Wahlen der dreißiger Jahre – vor allem von den Parteien der Linken und Teilen der (städtischen) Bevölkerung boykottiert – benachteiligten die Minderheiten. Das Parlament wurde zu einer „Beamten- und Notabelnversammlung“ (RHODE 1965: 493) und einem Anhängsel des ausgreifenden Staatsapparates, in dem nur noch wenige (ukrainische), gefügte Minderheitenvertreter Platz fanden.<sup>44</sup> Im Winter 1938 verschärfte sich ein letztes Mal vor dem Zweiten Weltkrieg die Situation, als ein geplantes „Verfassungsgesetz für Galizien-Wolhynien“ im Sejm nicht behandelt wurde und blutige Unruhen im Südosten des Landes im Winter 1938/39 nur dank kirchlicher Vermittlung und nur notdürftig beigelegt wurden.<sup>45</sup>

<sup>39</sup>KORZEC 1975: 198, KOKO 1991: 160. So verhinderte die Geschäftsordnung ihren Eintritt in den Seniorenkonvent des Sejm, der die Tagesordnung und eine Mindestzahl von 15 Abgeordneten für Interpellationen festlegte – eine Zahl, die nur die jüdische und deutsche Minderheit zusammen und erst nach den Nachwahlen in Posen und Westpreußen erreichten (KORZEC 1975: 200, 206).

<sup>40</sup>HOENSCH 1990: 260, REXHEUSER 1997: 307, KORZEC 1975: 207. In den Sejm zogen 35 Juden (8,8%), 20 Ukrainer (4,8%), 17 Deutsche (3,8%), elf Weißrussen (2,4%) und ein Russe ein; in den Senat zwölf Juden, sechs Ukrainer, fünf Deutsche, drei Weißrussen und ein Russe. In den vier östlichen Woiwodschaften errang der BMN, der aus fünf nationalen Minderheiten bestand, die untereinander in viele Parteien zersplittert waren, mehr als 75% der Stimmen (KORZEC 1975: 212).

<sup>41</sup>KORZEC 1977: 107-110. Insbesondere errangen 15 Juden, 21 Deutsche, 44 Ukrainer, zwölf Weißrussen und ein Russe ein Mandat.

<sup>42</sup>Diese wurden im Dezember 1930 teilweise wieder freigelassen; zehn *Centrolew*-Politiker wurden jedoch im Januar 1932 zu Strafen von bis zu drei Jahren verurteilt (RHODE 1965: 488).

<sup>43</sup>Zum Piłsudski-Kult der Zwischenkriegszeit vgl. zuletzt HEIN 2002. Daneben wurden führende Oppositionelle zur Emigration gezwungen, was in Europa nicht unbemerkt blieb (RHODE 1965: 488).

<sup>44</sup>Bei den letzten Wahlen im November 1938 erhielten zwar unter anderem die Ukrainer wieder 19, die Juden fünf sowie Weißrussen und Russen je ein Mandat, aber der Anteil der Abgeordneten der Minderheiten blieb mit 12,5% weit unter ihrem Bevölkerungsanteil (RHODE 1965: 494f).

<sup>45</sup>Mit der Gewährung einer Autonomie für die Karpatho-Ukraine in der ČSR waren in Südostpolen die Hoffnungen der Ukrainer wieder gewachsen (HOENSCH 1990: 275f).

#### 2.2.1.4 Verwaltungspraxis

Soweit überhaupt solche Strukturen existierten, ähnelte die Strategie der Regional- und Lokalverwaltung zur Benachteiligung der Minderheiten vor Ort – zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen – derjenigen anderer Staaten. Man sah in den Bewohnern der *kresy* („Grenzlandgebiete“, gebräuchliche polnische Bezeichnung für die ehemaligen Ostgebiete) weder fertige noch sich ausbildende Völker, sondern formbares Material und wollte aus ihnen so rasch wie möglich Polen machen, ohne dass die zentralstaatlichen Behörden in diesen Prozess viel mit Weisungen oder Verboten eingreifen mussten (REXHEUSER 1997: 307, PARUCH 1992: 163).

Sehr restriktive Standards wurden im **internationalen Kontext** minderheitenrelevanter Fragen entwickelt. Da sich ein schleichender Missbrauch des Instrumentariums einstellte, betrachtete die polnische Verwaltung bereits Petitionen an den Völkerbund als Illoyalität und verweigerte ihre rechtlich notwendige Mitarbeit (SCHEUERMANN 2000: 404f, LOEBER 1997: 191, 193, KESSLER 1997: 176, THORNBERRY 1991: 46). Ab 1934 enthielt sich Warschau der Ausführung der Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages – ein Schritt, der sich gegen den Eintritt der UdSSR in den Völkerbund (MICHOWICZ 1963) und die fehlende Universalität des Minderheitenschutzsystems richtete. Die internationalen Garantien wurden dabei als gegenstandslos betrachtet, der Schutz der Minderheiten auf die Bestimmungen des polnischen Rechts herabgestuft (LOEBER 1997: 193).

Die **wirtschaftliche Situation** der östlichen Grenzminoritäten wurde insbesondere durch die Agrarreform bestimmt. Diese Maßnahme wurde indes erheblich abgemildert durch das Durchführungsgesetz vom 28. Dezember 1925.<sup>46</sup> Die Ostgebiete, besonders stark vom polnischen Großgrundbesitz geprägt, boten für eine solche Reform die günstigsten flächenmäßigen Voraussetzungen. Wie in der Weimarer Republik versandete jedoch auch in Polen dieses Vorhaben in den politischen und ökonomischen Schwierigkeiten der zwanziger und dreißiger Jahre (SCHLAU 1997: 150f, KORZEC 1977: 86, RHODE 1965: 481, ausführlich BENECKE 1999: 81-139) und wurde angesichts der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Landanwärter von der polnischen Verwaltung verschleppt. Weitere wirtschaftliche Nachteile mussten die Minderheiten durch Nicht-Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge hinnehmen.

Das 1924 per Gesetz eingeführte Konzept der „**Staatsassimilation**“<sup>47</sup> – seit 1926 auch offizielles Programm der mit Pilsudski verbundenen herrschenden *Sanacja* – kam in der Verwaltungspraxis nicht recht zum Zuge, da die Herstellung der nationalen Einheit der Wahrung der nationalen Vielfalt übergeordnet blieb. Schärfe und Tempo der auf Polonisierung abzielenden polnischen Minderheitenpolitik variierten ab Mitte der zwanziger Jahre mehr und mehr: Ihre Intensität wurde abhängig von der Größe einer Minderheit,

---

<sup>46</sup>HOENSCH 1990: 254, RHODE 1965: 470, 481. So gab es alleine in den östlichen Grenzwoiwodschaften vier Millionen Hektar Großgrundbesitz; das Gesetz sah jedoch jährlich und erst ab 1925 nur eine Parzellierung von 200 000 Hektar vor, die auf deutschen, weniger auf polnischen Großgrundbesitz abzielte (RHODE 1965: 481).

<sup>47</sup>Das Konzept der Staatsassimilation betrachtete Polen als Nationalstaat und Völkergemeinschaft in einem und akzeptierte vorübergehend die Konstruktion des polnischen Volkes als ein *politisches* Volk, in dem Minderheiten als kulturelle Größen respektiert waren, solange sie Polnisch sprachen und hinnahmen, dass der Staat polnisch geprägt und von Polen kontrolliert war (REXHEUSER 1997: 305, PARUCH 1992: 147).

dem Grad ihres nationalen Bewusstseins und eventuellem ausländischem Beistand.

Eine weitere Maßnahme der Verwaltung war die konsequente **Unterdrückung des Nationalbewusstseins**. Nach der Besetzung von Ostgalizien und Wolhynien wurde dort jede Regung ukrainischer Eigenständigkeit wie auch Verwendung des Ukrainischen im öffentlichen Leben (auch in der Kirche) verboten.<sup>48</sup> Gleichzeitig versuchte die Verwaltung durch gezielte Maßnahmen, ethnische Gruppen (Huzulen, Lemken und Bojken) von den Ukrainern abzuspalten.<sup>49</sup> Ferner wurden die bis Anfang der dreißiger Jahre überwiegend gemäßigten politischen und kulturellen Organisationen der Ukrainer zerschlagen (HOENSCH 1990: 275). Erst 1929 rief die neugegründete ukrainische OUN zum Terror gegen staatliche Einrichtungen auf und ermordete mit dem BBWR-Vorsitzenden Hołowko (1931) und Innenminister Pieracki (1934) zwei um Verständigung mit den Minderheiten bemühte Persönlichkeiten. Dies rief heftige Reaktionen der polnischen Behörden hervor, offene Gewalt wie 1930 die „Pazifikation“ gegen bewaffnete Ukrainer blieben jedoch die Ausnahme.<sup>50</sup> Der Abtritt des um Verständigung bemühten Woiwoden von Wolhynien, Józewski, im Jahre 1938 markierte jedoch auch symbolisch das Ende einer auf Ausgleich angelegten Nationalitätenpolitik.

Aufgrund des geringeren Organisationsgrades und des schwächeren nationalen Bewusstseins gelang der polnischen Verwaltung dagegen sehr viel einfacher die weitgehende Kontrolle der weißrussischen Minderheit.<sup>51</sup> Jedoch machte die im Januar 1927 wegen angeblicher Spionage durchgeführte Auflösung der weißrussischen *Hramada* die weißrussischen Bauern für kommunistische Ideen und sowjetische Befreiungspropaganda empfänglich (HOENSCH 1990: 275).

Da der polnische Staat die mittlere Verwaltungsebene (Woiwodschaften) vollständig kontrollierte, entfiel die ohnehin schwach ausgeprägte **Selbstverwaltung** für Polens Minderheiten (im Gegensatz zu denen der ČSR) weitgehend, zumal auch kein personeller Neuanfang in den Lokalverwaltungen nach 1926 erfolgte (KORZEC 1977: 81, 86). Auch die Gemeindeautonomie war weit eingeschränkter als beim südlichen Nachbarn; unter anderem deshalb, weil sich in den meisten Landesteilen Polens, ehemals russisch beherrschtem Gebiet, rechtsstaatliche Normen in Verwaltung und Gerichten deutlich weniger ausbreiten konnten als im zuvor österreichischen Zisleithanien (REXHEUSER 1997: 304). Nach 1926 schwanden auch auf **zentralstaatlicher Ebene** die Handlungsmöglichkeiten der Minderheiten, da die *Sanacja* keine größeren Änderungen bei der Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung vornahm – so gab es zwischen 1918 und 1939 nie einen ethnisch nicht-polnischen Minister, Woiwoden oder Starosten, die Zahl der nachgeordneten, ethnisch nicht-polnischen Verwaltungsbeamten blieb marginal – und daneben vor allem die für die Minderheiten gelegentlich günstige Aufsplitterung des Parteiensystems zurückdrängte. Gleichzeitig verlor Piłsudski durch sein offenes Sympathisieren mit dem konservativen Landadel die Unterstützung der Minderheiten (KORZEC 1977: 81, 86).

<sup>48</sup>Ostgalizien wurde 1920 amtlich (und in der damaligen Sprache „politisch korrekt“ in Ost-Kleipolen (*Małopolska Wschodnia*) umbenannt (HRYCIUK 1996: 88f), der Begriff „ukrainisch“ (*ukrainski*) durch „ruthenisch“ (*rusiński*) ersetzt.

<sup>49</sup>REXHEUSER 1997: 308, RHODE 1965: 482 und KESSLER 1997: 178f, Anm. 102f mit weiteren Verweisen.

<sup>50</sup>Zur ukrainischen Minderheit in Polen 1918 bis 1939 siehe insbes. PAPIERZYŃSKA-TUREK 1979.

<sup>51</sup>Die wenigen Litauer wurden erst in der zweiten Hälfte der 30er Jahre Ziel von Polonisierungsmaßnahmen (1936/37 Auflösung der populären Kasimir-Gesellschaft); nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung in Kaunas die polnische Minderheit als Faustpfand einsetzte (SZAMEL 1998: 211).



Insgesamt ist zwar zutreffend, dass diese polnische Politik der Verwaltung für die Zwischenkriegszeit, in der „Nationen“ in ganz Europa besonders stark konstruiert wurden, nicht ungewöhnlich war, doch fällt sie deshalb aus dem Rahmen, weil der Minderheitenanteil besonders hoch war und die Maßnahmen auch mit den damaligen ostmitteleuropäischen Maßstäben gemessen besonders harsch waren.

### 2.2.1.5 Die Politik gegenüber den konfessionellen Minderheiten

Die **unierte Kirche** in Polen entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit unter Führung ihres Metropoliten Śeptyc'kyj zur ukrainischen Nationalkirche.<sup>52</sup> Aus Angst vor nationalen Tendenzen strebte Warschau ihre Polonisierung an: Dazu wurde zum einen die später etwa 500 000 Mitglieder zählende „Vereinigung der Polen griechisch-katholischen Bekenntnisses“ gegründet, die nach und nach unter den Ukrainern eine polnische Gegenkirche bilden sollte. Zum anderen ließen Unterdrückungsmaßnahmen und der wachsende Einfluss der römisch-katholischen Kirche bei den unierten Lemken die russophile politische und die russisch-orthodoxe Strömung aufleben. Unter dem Einfluss sowjetischer Propaganda traten mit Duldung der polnischen Behörden schließlich rund 15 000 Lemken zur orthodoxen Kirche über.<sup>53</sup>

Die kirchenrechtliche und administrative Neuordnung der an Polen gefallen Teile der **orthodoxen Kirche** vollzog sich nur unter großen Schwierigkeiten, da Warschau Wert auf deren Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat legte und gleichzeitig Tendenzen zur Katholisierung beförderte. Die Orthodoxen in Polen waren ganz überwiegend ukrainischer und weißrussischer Nationalität.<sup>54</sup> Das Statut vom 30. Januar 1922 unterwarf die Hierarchie der Kontrolle des Staates, machte sie in allen Personalfragen von der Regierung abhängig und führte das Polnische als innerkirchliche Amtssprache ein. In der Praxis war die orthodoxe Kirche Polens weder durch den Minderheitenschutzvertrag noch durch den Vertrag von Riga vor Enteignungen und Zerstörungen, Beschlagnahme und Parzellierungen oder Missionsversuchen der römisch-katholischen Kirche geschützt.<sup>55</sup>

<sup>52</sup>WAGNER 1997: 252; FRISZKE 1988. Nach polnischem Staatskirchenrecht ist die unierte Kirche bis heute keine eigene Kirche, sondern ein Ritus der einen katholischen Kirche. Staatskirchenrechtlich hatte das Konkordat Polens mit dem Vatikan (10.2.25, *Dziennik Ustaw* 1925, Pos. 501) der unierten Kirche einen gewissen Schutz geboten; von den Konkordatsverhandlungen blieb sie aber ausgeschlossen (WAGNER 1997: 252). Zur Person Śeptyc'kyjs siehe WENDLAND 2001; SPOTKAŁEM SIĘ Z SZEPTYCKIM 1989; TORZECKI 1988.

<sup>53</sup>1933 wurde sogar das Siedlungsgebiet der Lemken auf Betreiben der polnischen Regierung aus dem unierten Bistum ausgegliedert und einer eigens geschaffenen apostolischen Administratur unterstellt (WAGNER 1997: 252f, PARUCH 1992: 168f).

<sup>54</sup>Zahlen dazu siehe PAPIERZYŃSKA-TUREK 1989: 310.

<sup>55</sup>Grundlage „zur Festigung des polnischen Besitzstandes“ in den orthodoxen Gebieten waren zwei Gesetze vom 17.12.20. Die Maßnahmen kulminierten 1938 im Vollzug eines zum Staatsgesetz erhobenen Vertrags zwischen Polen und dem Vatikan, auf Grundlage dessen die gewaltsame Zerstörung oder Überführung orthodoxer Kirchen, Gebäude und Ländereien erfolgte, so dass von den 1914 in Polen vorhandenen 389 orthodoxen Kirchen 1939 noch 51 übrig geblieben waren. Die staats- und kirchenrechtliche Sanktion dieser Polonisierungspolitik erfolgte durch das vom Staatspräsidenten als Dekret mit Gesetzeskraft erlassene „Statut der Polnischen Orthodoxen Kirche“ vom 18.11.38 ohne Verständigung mit der Synode, deren Einberufung verboten worden war (detailliert WAGNER 1997: 253f, PARUCH 1993: 100).

### 2.2.1.6 Minderheitenpolitische Aspekte des Schulwesens

Am Ausgang des Ersten Weltkrieges besaßen Ukrainer, Weißrussen und Litauer ein eigenes Schulwesen, das überall auf der Nationalsprache beruhte.<sup>56</sup> In der Zwischenkriegszeit entwickelte sich die Schule jedoch auch in Polen mitunter zum entscheidenden Kampfplatz von Nationalitätenpolitik: Zum einen erregte sie als Institution hoher sozialer Konzentration, die von außen bequem kontrollierbar war, das Interesse aller gesellschaftlichen Kräfte, zum anderen zeigte der Nationalismus eine besondere Affinität zu Schulfragen.<sup>57</sup>

Eine Novellierung des Schulgesetzes vom 10. Mai 1920 im Juli und September 1924 galt nur für die polnischen Ostgebiete und benachteiligte vor allem Weißrussen und Ukrainer durch lenkbare Umsetzungsmaßnahmen, „Schulplebiszite“ zur Entscheidung für die Unterrichtssprache und im Vergleich zu den anderen Minderheiten ungleich höhere Hürden erheblich.<sup>58</sup> Das öffentliche Schulwesen der *kresy* blieb insgesamt „auffallend deutlich“ (BENECKE 1999: 147) hinter den Standards in anderen Teilen Polens zurück.

Als Folge dieses Schulgesetzes nahm die Zahl der Schulen mit litauischer, weißrussischer und ukrainischer Unterrichtssprache rapide ab. Im Falle der ukrainischen (und *de facto* auch der litauischen), nicht aber der weißrussischen Minderheit wurden als Ersatz „utraquistische“ Schulen eingeführt, an denen der Unterricht in eine polnischsprachige und ukrainischsprachige Hälfte geteilt wurde.<sup>59</sup>

Eine Ausweichmöglichkeit bot sich den Minderheiten vorübergehend durch die Einführung eines privaten Schulwesens. Die Gründung von Privatschulen aus eigenen Mitteln und Spenden aus dem Ausland sorgte bei Ukrainern und Litauern bis Mitte der dreißiger Jahre für Entlastung,<sup>60</sup> der wichtigste Trägerverein der seltenen weißrussischen Privatschulen wurde dagegen nach mehreren Versuchen der polnischen Behörden 1936 endgültig

<sup>56</sup>Die Ukrainer verdankten diese den österreichischen Schulstatuten von 1867 und 1869, die in gemischten Schulklassen die Minderheitensprache als Pflichtfach für alle vorsahen, der österreichischen Besatzungsmacht im Ersten Weltkrieg sowie der kurzen Selbständigkeit, während der einige hundert ukrainische Volksschulen eingerichtet worden waren. Weißrussen und Litauer erhielten durch die deutschen Mitteleuropa-Pläne während des Ersten Weltkrieges zahlreiche Volksschulen und je zwei Gymnasien (REXHEUSER 1997: 306).

<sup>57</sup>Das Potential zur Einflussnahme konnte in Polen als sehr hoch gelten. Noch 1938 waren etwa 35% der Ukrainer in Polen Analphabeten (REXHEUSER 1997: 283, Anm. 3 und 285), stellenweise gab es in Ostpolen Quoten von bis zu 80%.

<sup>58</sup>TOMASZEWSKI 1991: 65. Ferner gerieten Gewissens- und Religionsfreiheit (Artt. 111, 112) für die Minderheiten unter Druck polnischer Nationalisten, die in diesen Normen – entgegen der Rechtsprechung des Obersten Gerichtes – nur Programmsätze sehen wollten und separate Religionsgesetze lange verhinderten (USCHAKOW 1997: 211-213). Die Heftigkeit, mit der jährlich (bis 1930, als eine Verfügung des Präsidenten (*Dziennik Ustaw* 1930, Pos. 644) einen Siebesjahresrhythmus einführt) und überall um die Art der Schule gestritten wurde, belegt, wie weit diese „Plebiszite“ von einer Formalität entfernt waren und wie wenig die Behörden in der Lage waren, den Willen der Bevölkerung unparteiisch festzustellen (MAUERSBERG 1968: 82).

<sup>59</sup>MAKOWSKI 1986: 167, 177-186, MAUERSBERG 1968. Während es 1922/23 über 3000 Volksschulen mit ukrainischer Unterrichtssprache gegeben hatte, waren es 1937/38 noch 460. Die weißrussischsprachigen und zweisprachig polnisch-weißrussischen Schulen verminderten sich zwischen 1918/19 und 1937/38 von 346 auf sechs Schulen, davon ein Gymnasium (RHODE 1965: 482, TOMASZEWSKI 1991: 64f, 87). Gleichzeitig nahm die Zahl öffentlicher Schulen mit polnischer Unterrichtssprache oder doppelsprachigem Unterricht in den Ostgebieten ständig zu.

<sup>60</sup>MAUERSBERG 1968: 89-91, MAKOWSKI 1986: 187-205, REXHEUSER 1997: 308f, detailliert TOMASZEWSKI 1991: 156. Ab 1925/26 gewannen die doppelsprachigen Schulen das Übergewicht über die rein litauischen, ab 1932/33 sank die Zahl der litauischen Privatschulen insgesamt rapide und die Behörden strebten nach Auflösung des litauischen Privatschulwesens (MAKOWSKI 1986: 172).

aufgelöst (MAUERSBERG 1968: 104-107, 112, REXHEUSER 1997: 309).

**Insgesamt** bleibt festzuhalten, dass die nicht-polnische Bevölkerung nach 1918 ohne größere Sonderrechte in einen polnischen Einheitsstaat gezwängt wurde, wenn auch das Ausmaß der zielgerichteten Anordnungen der beschriebenen polonisierenden Prozesse durch die Verwaltung schwierig zu kategorisieren ist.<sup>61</sup> Polen wurde dadurch zum „Nationalitätenstaat mit nationalstaatlichen Ansprüchen“ (HOENSCH 1990: 250), der sich mit seinen erheblichen Minderheiten an der Ostgrenze einen innerstaatlichen *cordon sanitaire* gegen die UdSSR errichtete. Jedoch erbrachte die Minderheiten- und Außenpolitik der polnischen Regierungen bis 1939 nicht die dringend benötigte Konsolidierungswirkung und konnte insbesondere nicht die Spannungen mit den Ukrainern ausgleichen.<sup>62</sup>

Die Minderheitenpolitik Polens der Zwischenkriegszeit zeigt somit die Übernahme nicht des auf der Gleichberechtigung und unantastbaren Rechten hinsichtlich Bewahrung von Identität und Sprache beruhenden (österreichischen) Modells, sondern der (russischen) Idee von der Privilegierung eines Staatsvolkes, das Gleichberechtigung nur für den einzelnen und nur auf dem Wege der Assimilierung an Kultur und Religion der Titularnation vorsieht und gleichzeitig eine Politik der Diskriminierung und Assimilierung gegenüber den anderen Völkern betreibt (LEWANDOWSKI 1993: 29). Jedoch dominierte dieses Modell (mit Ausnahme der ČSR bis Mitte der dreißiger Jahre) das damalige Ostmitteleuropa.

Die einschneidendste Zäsur der Politik der Verwaltung gegenüber den Minderheiten erfolgte *nach* dem Tode Piłsudskis im April 1935 (MAKOWSKI 1986: 274-283). Dies zeigte sich insbesondere an der neben der fortdauernden Polonisierung einsetzenden Katholisierung. Daneben forderte die polnische Armee die Erneuerung der (überwiegend aus ehemaligen Soldaten bestehenden) **Militärsiedlungen** im Osten und Südosten des Landes und die Zwangsaussiedlung von nicht-loyalen Angehörigen der nationalen Minderheiten aus den östlichen Grenzgebieten (BENECKE 1999: 130, PARUCH 1993: 99, KAZANECKI 1998: 203, CHOJNOWSKI 1979). Speziell für Angehörige der östlichen Grenzminoritäten in Polen wurde schließlich im Mai 1934 (mittels eines Dekrets des Staatspräsidenten) das **Lager in Bereza Kartuzka** (KESSLER 1997: 180, WAGNER 1997: 252) eingerichtet.

### 2.2.2 Der „Bevölkerungsaustausch“ 1939-1947

Nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen am 17. September 1939 wurden zwischen September 1939 und Juni 1941 etwa 1,5 Mio Menschen, ganz überwiegend polnische Repräsentanten des politischen, kulturellen und religiösen Lebens sowie Kriegsgefangene aus den von der UdSSR besetzten ostpolnischen Gebieten ins Innere der Sowjetunion de-

<sup>61</sup>Die Schlussfolgerung von BENECKE 1999: 291, dass sich ein zielgerichtetes, längerfristiges Wirken minderheitenpolitischer Erwägungen nur für die polnische Politik gegenüber der orthodoxen Kirche Polens nachweisen lasse, mag zwar für den nördlichen, von Benecke untersuchten Teil der *kresy* eventuell zu vertreten sein, blendet jedoch die wichtige Frage der unierten Kirche im ukrainisch dominierten Südostpolen aus.

<sup>62</sup>*A posteriori* zeigten sich im September 1939 unerwartete Effekte der polnischen Nationalitätenpolitik: Die polnische Nation war angesichts der heranrollenden Bedrohung über die politischen Gräben hinweg zu einer festen Einheit zusammengerückt; die Angehörigen der Minderheiten in Polen waren ein verlässlicher Teil der polnischen Armee geworden (KOWALCZYK 2000: 17, HOENSCH 1990: 278, MAKOWSKI 1986: 87). Speziell in Bezug auf die Ukrainer hatte die Politik zum Ergebnis geführt, dass ein Solidarisierungseffekt unter der zuvor konfessionell getrennten ukrainischen Minderheit einsetzte (WAGNER 1997: 253).

portiert.<sup>63</sup> Nach Januar 1945 – zuvor schien die Frage der territorialen Zugehörigkeit des Wilna-Gebietes nicht abschließend geregelt zu sein – reisten nach polnischen Angaben 197 000 Personen, zu über 90 Prozent **Polen**, aus der LSSR aus; darunter beinahe die gesamte polnische Intelligenz und die überwiegende Zahl der polnischen Grundbesitzer.<sup>64</sup> Ihnen folgten nach polnischen Quellen 1957 noch einmal 46 600 Personen (SREBRAKOWSKI 1996: 76, RUCHNIEWICZ 2000). Ferner wurden bis Kriegsende in Zusammenhang mit der polnischen Westverschiebung speziell aus der BSSR offiziell etwa 274 000 Polen, aus der USSR unter diskriminierenden Bedingungen etwa 811 000 Polen nach Polen umgesiedelt;<sup>65</sup> eine Zahl, die sich bis 1948 auf offiziell 1,53 Mio erhöhte und zwischen 1956 und 1959 um weitere 250 000 Personen anstieg.<sup>66</sup> Während damit aus der USSR etwa 95 Prozent der für die Umsiedlung registrierten Polen auch tatsächlich nach Polen ausreisten, waren es im Falle der BSSR und der LSSR nur je etwas über die Hälfte.<sup>67</sup>

Parallel dazu wurden auch **Ukrainer** und **Weißrussen** aus Polen ausgesiedelt: Nach der Rückeroberung der von Deutschland besetzten polnischen Gebiete durch die Rote Armee begann ab Herbst 1944 eine erste große Aussiedlungswelle aus Polen im Rahmen der sogenannten „Repatriierungsaktion“. Grundlage dafür waren die Verträge vom 9. bzw. 22. September 1944 (über den Bevölkerungsaustausch, formell zwischen Polen einerseits und der BSSR, USSR bzw. LSSR andererseits), vom 6. Juli 1945 (über das „Recht“ der östlichen Grenzminoritäten Polens, ihre polnische Staatsbürgerschaft aufzugeben und in die UdSSR umgesiedelt zu werden und das „Recht“ der polnischen Minderheiten in Ostpolen, nach Polen auszureisen und die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen) und der formelle polnisch-sowjetische Grenzvertrag vom 16. August 1945 (der die polnischen Ostgebiete der UdSSR zuschlug).<sup>68</sup> Offiziell sahen die Verträge die Freiwilligkeit der Umsiedlung vor und verboten Zwangsmaßnahmen – Bestimmungen, die die gegenüber in Polen lebenden Ukrainern und Weißrussen zunehmend angewandte Gewalt nicht verdecken konnten.<sup>69</sup> Zusätzlich zu den mit Unterstützung der (kommunistischen) polnischen Armee durchgeführten Aktionen terrorisierten polnische (meist nicht-kommunistische) Untergrundeinheiten die lokale ukrainische und weißrussische Bevölkerung. Insgesamt wurden zwischen Oktober 1944 und Dezember 1946 etwa 489 000 Ukrainer in die USSR, aber trotz günstiger

<sup>63</sup>CZERNIAKIEWICZ 1994: 5-7, EBERHARDT 1996a: 180, sehr detailliert HRYCIUK 1996: 96.

<sup>64</sup>Allein in Wilna lebten 1945 noch 88,7 Prozent Polen (TARKA 1998: 20, JUODPUSIS 1996: 59-61, SREBRAKOWSKI 1996: 75f, CZERNIAKIEWICZ 1992: 11-16).

<sup>65</sup>Zu den Zahlen siehe CZERNIAKIEWICZ 1992: 16-18, EBERHARDT 1996a: 124, KRUPSKA 1993: 112, ŁODZIŃSKI 1998a: 17f. Spezialmonographien aus der neuesten polnisch-ukrainischen Forschung zum Thema der Umsiedlungen siehe TUCHOLSKI/SZAPOWAL 2000, MISIŁO 1996, TORZECKI 1993.

<sup>66</sup>HOENSCH 1990: 293, EBERHARDT 1996a: 124 und ŁODZIŃSKI 1998a: 17f. EBERHARDT 1996a: 124, Anm. 84 gibt unter Verweis auf die polnische Volkszählung von 1950 sogar 2,1 Mio Personen bis 1948 an.

<sup>67</sup>Zu den Prozentangaben KERSTEN 1974, hier zit. nach Głos znad Niemna, 13.3.01: 10, MURAWSKA 2000.

<sup>68</sup>Zuvor war bereits am 27. Juli 1944 ein Abkommen zwischen dem PKWN und der sowjetischen Regierung geschlossen worden, das die Curzon-Linie als Verhandlungsbasis für die polnische Ostgrenze festlegte. Polnische Staatsangehörige, die vor 1939 als Angehörige der weißrussischen, ukrainischen oder litauischen Nationalität gezählt worden waren, erhielten nach dem 22. Juli 1944 (Gründung des PKWN) kein Recht mehr zur Repatriierung nach Polen (OLSZEWSKI 1993: 158).

<sup>69</sup>TARKA 1998: 19, OLSZEWSKI 1993: 156, ZABROWARNY 1993: 129. Im Unterschied dazu wurde weder bei den Litauern in Polen noch bei den Polen in der LSSR mit Gewalt vorgegangen, so dass es praktisch keine litauischen Umsiedler aus Polen in die LSSR gab. Dagegen kamen ab 1944/45 wieder etwa 5 000 Litauer ins Suwałki-Gebiet zurück, die 1939 von der deutschen Besatzung ausgesiedelt worden waren, was zu erheblichen polnisch-litauischen Spannungen führte (TARKA 1998: 20-24).

Bedingungen nur etwa 34 000 Weißrussen in die BSSR ausgesiedelt.<sup>70</sup>

### 2.2.3 Minderheiten in der VR Polen 1944 bis 1989

Das „Minderheitenproblem“ wurde durch diese riesigen Umsiedlungen, die Flucht und Vertreibungen nicht „gelöst“. Auch in Polen als dem national und konfessionell seit 1945 homogensten ostmitteleuropäischen Staat gab es immer noch einen etwa zwei- bis drei-prozentigen Minderheitenanteil unter der Bevölkerung, der jedoch nach 1945 verschwiegen wurde: Das ZK der PPR (März 1943) wie auch das Manifest des PKWN (Juli 1944) erklärten zur Minderheitenpolitik lapidar, polnische Gebiete sollten an Polen, litauische, weißrussische und ukrainische Gebiete an die drei Sowjetrepubliken angeschlossen werden (TARKA 1998: 16f) – so einfach war die kommunistische Lösung der Nationalitätenprobleme! Jedoch war die minderheitenpolitische Handlungsfreiheit der Regierungen der PRL eingeschränkt und vom sowjetischen Standpunkt abhängig, wenngleich die UdSSR nicht der Hauptverantwortliche für die Warschauer Politik nach innen und außen war.<sup>71</sup>

Infolge dieser Haltung war es nur konsequent, dass keine Volkszählung der PRL nach Nationalität oder Muttersprache fragte, da Polen offiziell ein homogener Nationalstaat war. Über die dennoch vorhandenen Minderheiten gibt folgende Tabelle Auskunft, deren Tendenz deutlich macht, dass sich die polnischen Behörden immer mehr an den Gedanken gewöhnen mussten, dass das Land entgegen offizieller Verlautbarungen nicht ethnisch homogen war.

<b>Die litauische, weißrussische und ukrainische Minderheit in der Volksrepublik Polen 1945-1989</b>			
<b>Minderheit</b>	1954	1960	achtziger Jahre
<b>Litauer</b>	9 000 (<0,1%)	10 000 (<0,1%)	9 000 (<0,1%)
<b>Weißrussen</b>	148 000 (0,5%)	170 000 (0,6%)	215 000 (0,5%)
<b>Ukrainer</b>	162 000 (0,6%)	180 000 (0,6%)	265 000 (0,7%)

*Quelle:* TOMASZEWSKI 1991, EBERHARDT 1996a: 127; ŁODZIŃSKI 1998a: 17; „Große Allgemeine Enzyklopädie Polens 1967“ (für 1960). Die wenig glaubwürdige Volkszählung von 1946 nennt nur 400 000 Angehörige (die Deutschen ausgenommen) anderer Nationalität. Noch in den achtziger Jahren gab das polnische MSW die Zahl von nur 120 000 Weißrussen in Polen an (KRUPSKA 1996: 43). Die Daten der Volkszählung von 2002 (RFERL Poland, Belarus, and Ukraine Research Report, vol. 5, nr. 24, 25.6.03) sind hier nicht berücksichtigt. Sie weisen erheblich niedrigere Zahlen für die genannten Minderheiten auf, enthalten jedoch 774 900 Personen, die keine Nationalität angaben, aber zum ganz überwiegenden Teil einer Minderheit zuzurechnen sind.

Die **Verfassung** von 1952 sanktionierte im Unterschied zu den Regelwerken der Zwi-

<sup>70</sup>EBERHARDT 1996a: 124, HRYCIUK 1996: 100, KRUPSKA 1993: 109f.

<sup>71</sup>So wurde 1965 ein Abkommen zwischen der UdSSR und der PRL über den Ausschluss der Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft geschlossen, das insbesondere den in der LSSR, BSSR und USSR lebenden Polen die Möglichkeit des legalen Erwerbs einer polnischen Staatsbürgerschaft nahm (STELMACHOWSKI 2000: 298). Erst am 27.7.99 wurde dieses Übereinkommen mit Russland durch ein neues ersetzt, mit allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken gekündigt. Am 12.1.00 trat ein entsprechendes neues Übereinkommen mit Weißrußland und der Ukraine in Kraft.

schenkriegszeit die Vorstellung eines ethnisch homogenen Polens. Sie enthielt weder den Begriff der Minderheiten noch einen Bezug zu ihnen.<sup>72</sup> Es gab bis 1989 keine Garantie kultureller oder sprachlicher Rechte, ganz zu schweigen von Regelungen hinsichtlich des Zugangs zu Radio und Fernsehen. Eine eigenständige **politische Betätigung** war den Minderheiten nicht erlaubt. Ihre Repräsentanten in der Verwaltung wie auch im Sejm waren Vertreter der zugelassenen Parteien, nicht einer Minderheit.<sup>73</sup>

Ein Regierungsdekret vom Juli 1949 regelte die Einzelheiten der **Bodenreform**. Es enteignete die ukrainische Bevölkerung ihres Grund und Bodens sowie des zurückgebliebenen Eigentums; Entschädigung wurde ihr teilweise in ihren neuen Siedlungsgebieten gewährt. Im September 1949 wurde das Eigentum der unierten Kirche und aller ukrainischen Institutionen entschädigungslos ebenfalls per Regierungsdekret dem Schatzamt übertragen, ein formelles Verbot durch die Verwaltung in den fünfziger Jahren machte den Ukrainern die Rückkehr nach Südpolen zunächst unmöglich;<sup>74</sup> bis Mitte der achtziger Jahre war ihr Besitz überwiegend in die Hand polnischer Staatsgüter übergegangen (SERCZYK 1987: 131). Dagegen misslangen die Versuche der polnischen Behörden weitgehend, die überwiegend bäuerliche weißrussische Minderheit in Polen Anfang der fünfziger Jahre durch außerordentlich günstige Bedingungen zu einer Übersiedlung in die BSSR zu bewegen (KRUPSKA 1996: 44f).

Die **Verwaltungspraxis** der PRL war im wesentlichen von den Beschlüssen des ZK der PZPR abhängig. Offiziell gab es (bis auf die Spätaussiedler der Jahre 1955-59) weder ein Problem nationaler Minderheiten im eigenen Land noch wurde die Existenz von polnischen Minderheiten in den angrenzenden Sowjetrepubliken zugegeben.<sup>75</sup> Die Zeit **bis 1952** war in dieser Hinsicht das dunkelste Kapitel und von Assimilation, Repression und Organisationsverboten bestimmt.<sup>76</sup> Regimetreue Weißrussen wurden dabei vorübergehend (bis 1956) überproportional im öffentlichen Dienst berücksichtigt (KRUPSKA 1993: 110, KRUPSKA 1996: 44f, CHORUŻY 1994: 11, 22).

**Ab August 1952** wurde die Herausgabe eigener Zeitschriften der Minderheiten in geringer Auflage (*Naše Slovo*, *Niva*, (ab 1960) *Aušra*),<sup>77</sup> deren Titel an gleichnamige Zeit-

<sup>72</sup>Art. 67 garantierte die Gleichheit aller Staatsbürger, Art. 81 schrieb das Diskriminierungsverbot fest; allen polnischen Bürgern waren unabhängig von Rasse und Nationalität gleiche Rechte in allen Lebensbereichen zugesichert. Die Verfassung enthielt jedoch keinen Hinweis auf den Platz des internationalen Rechts in der Normenhierarchie; im Gegenteil sprach Art. 62 sogar davon, dass die Richter den Gesetzen unterlägen, womit internationale Rechtsnormen umgangen wurden. Die Verfassung der PRL blieb formell im Bereich der Grundrechte bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung am 17.10.97 in Kraft.

<sup>73</sup>Versuche der Aufstellung eigener, „nationaler“ Kandidaten wurden von den Behörden verhindert (ŁODZIŃSKI 1998a: 29).

<sup>74</sup>DROZD/HALAGIDA 1999: 14, CIEŚLIK 1992: 140, Anm. 2. Einen besonders bitteren Beigeschmack bekam ersteres Dekret durch das Gesetz vom 12.3.58, das den Verkauf auch jenes zuvor verstaatlichten ukrainischen Grund und Bodens erlaubte.

<sup>75</sup>1974 wurde jedoch die Herausgabe eines Atlases zugelassen, der polnische Minderheiten zumindest im Gebiet um Wilna und in Westweißrussland anzeigte (WINNICKI 1993: 199).

<sup>76</sup>KAZANECKI 1998: 203. Gegenüber den Litauern endete diese „dunkle Zeit“ der Nationalitätenpolitik bereits 1949/50 mit der Zwangsumsiedlung von etwa 200 Litauern aus dem Suwałki-Gebiet in die Umgebung von Stettin, denen man Zusammenarbeit mit litauischen Partisanen vorgeworfen hatte (TARKA 1998: 56).

<sup>77</sup>Erlaubt waren in diesen Zeitschriften Artikel über Probleme der neuesten Geschichte, des religiösen Lebens, des nationalen Bewusstseins und teilweise auch die benachbarten Sowjetrepubliken. Sie waren bis auf einige wenige Bücher das einzige Druckerzeugnis in den Sprachen der drei Minderheiten und

schriften aus der Vorkriegszeit anknüpften, sowie die Gründung von Künstlergruppen gestattet (ZABROWARNY 1993: 139, OLSZEWSKI 1993: 159). Aber erst das ZK-Plenum der PZPR vom **Juli 1956** erkannte die Existenz von nationalen Minderheiten in der PRL und deren spezifische Bedürfnisse an. Damit war der Weg frei für eine organisatorische Tätigkeit der Minderheiten,<sup>78</sup> für ein Minderheitenschulwesen und breitere kulturelle Aktivitäten;<sup>79</sup> sogar die unierte Kirche wurde wieder toleriert. Trotz aller Einschränkungen wurden diese grundsätzlichen Zugeständnisse bis 1989 nicht mehr rückgängig gemacht (TARKA 1998: 71 und DROZD/HALAGIDA 1999: 13). Diese Zeit der Entspannung nutzten zwischen April 1957 und Juli 1958 knapp 5 000 ukrainische Familien (etwa 20 000 Personen), um in ihre Heimat in Ost- und Südostpolen zurückzukehren (DROZD/HALAGIDA 1999: 15).

Bereits **Ende der fünfziger Jahre** hob ein kurz davor ins Leben gerufener Ausschuss des ZK der PZPR für Nationalitätenfragen jedoch die Autonomie der Minderheitenorganisationen auf. Seine Aufgaben wurden schon bald Komitees der PZPR auf Woiwodschaftsebene übertragen, die aber nach 1975 aufgelöst wurden. Zusätzlich kürzte das MSW zweimal im Laufe der sechziger Jahre erheblich die Finanzmittel für die Gesellschaften der Minderheiten. Anstelle der Partei übernahm das MSW Ende der sechziger Jahre bis 1989 die Kontrolle über die Minderheitenorganisationen (DROZD/HALAGIDA 1999: 16f, TARKA 1998: 78f, 83, 91, 102, 121f). Ab **Anfang der siebziger Jahre** begannen die polnischen Behörden erneut, die Ideen eines ethnisch homogenen Staates durch eine Entnationalisierungs- und Assimilierungspolitik zu forcieren, verstärkt durch die antisemitische Welle des Jahres 1968 (ZAREMBA 2001, ZABROWARNY 1993: 146, DROZD/HALAGIDA 1999: 19). Höhepunkt dieser Entwicklung war der Beschluss des ZK-Plenums der PZPR 1976 „über die Vertiefung der patriotischen Einheit des Volkes (...) in Anlehnung an den Grundsatz der 'ethnisch homogenen Staatlichkeit Polens'“.<sup>80</sup> Ausdruck dieser neuen Welle von Nationalismus war unter anderem das Erscheinen antiukrainischer Flugblätter und Schriften in Presse und Buchhandel, was von den Behörden auch mit Verweis auf den erwähnten Parteibeschluss von 1976 gedeckt wurde, sowie eine Welle antiukrainischer Propaganda von der Tribüne des Sejm und des ZK der PZPR (DROZD/HALAGIDA 1999: 19f, 23-25, ZABROWARNY 1993: 147) und die Schließung des erst sieben Jahre zuvor eröffneten weißrussischen Museums im Jahre 1973 (KAZANECKI 1998: 206f, CHORUŻY 1994: 16, 35). Polnische Literaten und Wissenschaftler protestierten jedoch zumindest hartnäckig und letztlich erfolgreich im Verein mit den Betroffenen gegen

---

hatten wie der *Czerwony Sztandar* für die Polen in Litauen eine zentrale Rolle für die Ausbildung und Beibehaltung des nationalen Bewusstseins. Private Verlage wurden bis 1989 nicht genehmigt (TARKA 1998: 100, 148, CHORUŻY 1994: 14-16, 35f).

<sup>78</sup>Pro Minderheit wurde genau eine (vom Innenministerium überwachte und finanzierte) „gesellschaftlich-kulturelle Gesellschaft“ zugelassen. Politische Tätigkeiten der führenden Minderheitenvertreter oberhalb der Lokalebene wurden mit politischen Prozessen und Gefängnis geahndet (ŁODZIŃSKI 1994: 2, ZABROWARNY 1993: 148, ŁODZIŃSKI 1998a: 28, TARKA 1998: 57, 59, 77, 80).

<sup>79</sup>So konnte die litauische Minderheit 1956 ein Kulturhaus in Puńsk eröffnen. In einzelnen Buchhandlungen waren nach 1956 wieder Bücher aus den angrenzenden Sowjetrepubliken in ukrainischer, weißrussischer und litauischer Sprache vorhanden (TARKA 1998: 99-101, CHORUŻY 1994: 14-16). Schon 1952 hatte das ZK der PZPR einen geheimen Beschluss zur Verbesserung der materiellen Situation der Ukrainer in Polen und zu Ansätzen eines ukrainischen Schulwesens gefasst.

<sup>80</sup>MOKRY 1989: 177, siehe auch ŁODZIŃSKI 1996a: 22. Schon Anfang der siebziger Jahre war die Benutzung von nicht-polnischen Vor- und Familiennamen gesetzlich verboten worden. Erst nach 1989 wurde per Verordnung des Innenministers die Fassung des Familiennamens in einer fremden Sprache wieder zugelassen (TARKA 1998: 136 und BLUMENWITZ/GORNIG/MURSWIEK 1998: 50).

die im August 1977 per Anordnung des Innenministeriums durchgeführte Polonisierung von etwa 120 ukrainisch klingenden Ortsnamen.<sup>81</sup> Nicht zurückgenommen wurde dagegen von den Behörden trotz Protesten die Polonisierung zahlreicher weißrussischer Ortsnamen um Białystok,<sup>82</sup> wohingegen die von den Behörden forcierte Ansiedlung ethnischer Polen in diesem Gebiet vollständig scheiterte (CHORUŻY 1994: 20). Diesem Trommelfeuer einer gegen die Minderheiten gerichteten Politik konnten die sachlichen, aber nur in kleiner Auflage gedruckten Veröffentlichungen einzelner polnischer Historiker kaum etwas entgegenzusetzen. Trotz all dieser Maßnahmen kehrten die Behörden jedoch nur „in erheblich abgemilderter Form“ (TARKA 1998: 9) zur Nationalitätenpolitik der fünfziger Jahre zurück.

Die **Einführung des Kriegsrechtes 1981** beendete alle vorsichtigen Versuche einer Änderung der Nationalitätenpolitik; die Organisationen der nationalen Minderheiten und ihre Zeitschriften wurden verboten, neu entstehende Initiativen abgebrochen (DROZD/HALAGIDA 1999: 26, CHORUŻY 1994: 22, 27f). Die Aufhebung des Kriegsrechtes 1983 brachte jedoch erneut eine Lockerung der Nationalitätenpolitik. Erstmals war es den Minderheiten möglich, unabhängige Strukturen im Bereich der Kultur, der Presse und der unierten Kirche zu gründen. Gleichzeitig wurde die polnische Studentenbewegung der achtziger Jahre über die Nationalitätengrenzen hinweg zu einem wichtigen Multiplikator, der die Existenz von Minderheiten in Polen verbreitete, etwa durch die unabhängige Zeitschrift *Spotkania* (litauische Ausgabe *Susitikimai*, ukrainische Ausgabe *Zustriči*).<sup>83</sup> Befördert wurde dieses Umdenken der polnischen Behörden durch die erwachenden polnischen Minderheiten in den drei östlich angrenzenden Sowjetrepubliken zu Anfang der 80er Jahre (ŁODZIŃSKI 1996a: 22, ŁODZIŃSKI 1998a: 27f).

Die Behandlung **konfessioneller Fragen** war Teil der Nationalitätenpolitik der PRL-Behörden. Insbesondere die Haltung gegenüber der **unierten Kirche** – vor und nach 1945 weitgehend die „nationale Kirche der Ukrainer in Südostpolen“ (BERDYCHOWSKA 1998c: 169) – war von der Politik gegenüber der ukrainischen Minderheit in Polen bestimmt. Diese hatte, meist angefacht durch offizielle polnische Stellen, schwere Zerstörungen ihrer Friedhöfe und Kirchen zu beklagen, die ganz überwiegende *nach* 1947 erfolgten.<sup>84</sup> Erst

<sup>81</sup>Rechtsgrundlage in dieser Hinsicht war eine Verordnung des polnischen Präsidenten vom 24.10.34(!), nach der der Innenminister die amtliche Ortsbezeichnung festlegt. Die Maßnahme wurde im Januar 1981 wieder weitgehend zurückgenommen, dadurch wurde ferner die Ausführung ähnlicher Pläne des Woiwoden von Lublin für litauisch und weißrussisch klingende Ortsnamen verhindert (MICHAŁOWSKI/RYGIELSKI: 1986: 89). Nicht rückgängig gemacht wurde dagegen die Umbenennung der Straßen in Przemyśl, die zuvor Namen ukrainischer Schriftsteller getragen hatten.

<sup>82</sup>Dabei ging man mit einer erstaunlichen etymologischen Ignoranz vor: So wurde etwa aus dem weißrussischen *hrud* (trockene Erhebung auf sumpfigem Gelände, polnisch *grąd*) das polnische *gród* oder auch *grad* (Stadt, Burg), aus dem weißrussischen *luh* (Bruch) wurde das polnische *lug* (Lauge, CHORUŻY 1994: 33f, Anm. 93). Auch nach 1989 – zuletzt im August 1996 – lehnten die polnischen Behörden nach einer mehrjährigen Diskussion die Rückbenennung ab (KAZANECKI 1998: 198f, *Polityka* 21/1984, Perejma-Sofipol).

<sup>83</sup>DROZD/HALAGIDA 1999: 26, CHORUŻY 1994: 29, TARKA 1998: 124, 150. So wurde etwa ein authentischer, von der polnischen Öffentlichkeit wahrgenommener Film von 1986 über das Leben der Weißrussen in der Zwischenkriegszeit von Tamara Soloniewicz möglich (CHORUŻY 1994: 36).

<sup>84</sup>Von 1939 bis 1947 wurden etwa in der bis 1974 existierenden Woiwodschaft Rzeszów nur sechs unierte Kirchen zerstört, zwischen 1947 und 1982 aber 178 (MOKRY 1987: 18). Selbst noch 1981 wurden vier (ehemals) unierte Kirchen in den Bieszczady verbrannt oder gesprengt, zwei davon unter Beteiligung römisch-katholischer Pfarrer (*Tygodnik Powszechny* 42/1981, ZABROWARNY 1993: 147). Nach 1989 gestaltete sich die Rückgabe der unierten Kirchen außerordentlich langwierig: 1998 befanden sich noch im-



Ende der fünfziger Jahre ließen die Behörden wieder etwa 40 unierte Pfarrämter zu (die zuvor als „nationalistische Agenturen“ gegolten hatten), jedoch nur in den Nord- und Westgebieten.<sup>85</sup> Ab 1961 wurden jedoch unierte Kirchen in Südpolen geschlossen oder gar in orthodoxe Kirchen umfunktioniert; der unierte Klerus wurde ständig durch die Sicherheitsorgane beobachtet (DROZD/HALAGIDA 1999: 18). Kontakte nach Rom waren den unierten Pfarrern verboten, die unierte Kirche erhielt auch keinen rechtlichen Status ihrer Tätigkeit.<sup>86</sup> 1983 gab es dennoch immerhin wieder 70 unierte Gemeinden, die von 47 Pfarrern betreut wurden – das religiöse Leben erwachte Anfang der 80er Jahre unter anderem auch im Zuge der Vorbereitungen zu den Feiern zum tausendsten Jahrestag der Christianisierung der Kiever Rus'.<sup>87</sup>

Neben den lokalen kulturellen Aktivitäten bot das **Schulwesen** die besten Voraussetzungen für die Minderheiten, die eigene nationale Identität zu bewahren. Es bestand für Litauer, Weißrussen und Ukrainer als anerkannte nationale Minderheiten von 1953 an bis 1989 ununterbrochen, dagegen wurden die tschechischen und deutschen Minderheitenschulen Ende der fünfziger Jahre aufgelöst.<sup>88</sup> Dabei hatten die Schulen der Minderheiten vor allem mit dem Mangel an qualifizierten Lehrkräften und Lehrbüchern, den unklaren rechtlichen Vorschriften und der fehlenden Kooperationsbereitschaft der Behörden zu kämpfen.<sup>89</sup> Im Hochschulwesen existierte seit 1953 bzw. 1956 an der Universität Warschau ein Lehrstuhl für Ukrainistik und Weißrussistik, daneben wurden Lehrerseminare in Białystok (Weißrussen) und vorübergehend (bis 1970) in Stettin (Ukrainer) eingerichtet (DROZD/HALAGIDA 1999: 17f, FILIPCZAK 1987: 166, KRUPSKA 1996: 49f). In den siebziger und achtziger Jahren differenzierte sich die Situation im Minderheitenschulwesen stark aus: Das ausgesprochen starke Zusammengehörigkeitsgefühl der kleinen litauischen

---

mer 240 ehemals unierte Kirchen in Händen der römisch-katholischen und 28 in Händen der Orthodoxen Kirche sowie 60 in Kommunal- oder Staatseigentum. Zerstört oder dem vollständigen Verfall preisgegeben wurden nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt über 300 unierte Kirchen (BERDYCHOWSKA 1998c: 171).

<sup>85</sup>Detailliert DROZD/HALAGIDA 1999: 16. Dem loyalen orthodoxen Klerus wurde dagegen schon 1952 in einem geheimen Beschluss des ZK der PZPR die Gründung von Pfarreien in den Nord- und Westgebieten erlaubt (ZABROWARNY 1993: 139, OLSZEWSKI 1993: 159).

<sup>86</sup>Zum rechtlichen Status der unierten Kirche in Polen 1945-1989 siehe PELC 1992.

<sup>87</sup>Als Beleg dafür, dass konfessionelle Streitigkeiten oft nur ein Vorwand für Assimilierung waren, kann die Politik gegenüber den (nahezu ausschließlich katholischen) Litauern in Polen angesehen werden. Die polnischen Behörden benutzen dabei insbesondere die beiderseitigen Emotionen um eine litauischsprachige Messe in der Basilika im polnischen Sejny, die nach 40(!) Jahren im Jahre 1982 schließlich vom zuständigen Bischof in Łomża positiv beschieden wurde, nachdem sich 1977 sogar der päpstliche Nuntius in Warschau eingeschaltet hatte (TARKA 1998: 173f, 177, 185f).

<sup>88</sup>Eine entsprechende Tabelle auf der Grundlage der Statistischen Jahrbücher Polens findet sich bei JACHYMEK 1992: 248f. Das System basierte auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit – ein Antrag der Eltern (der bis in die 80er Jahre jedes Jahr erneuert werden musste) genügte (ŁODZIŃSKI 1998a: 28f, 31, CHORUŻY 1994: 30f).

<sup>89</sup>TARKA 1998: 62f, 164-167, CHORUŻY 1994: 16, ZABROWARNY 1993: 146. Schulbücher wurden in den fünfziger und sechziger Jahren provisorisch aus den angrenzenden Sowjetrepubliken beschafft (KRUPSKA 1996: 49f). Zu den Lehrplänen siehe TARKA 1998: 159f. Erst 1981 stellte das Bildungsministerium klar, dass bis auf Polnisch, Geschichte, Geographie, Staatsbürgerkunde und Sport alle Fächer an den Schulen mit nicht-polnischer Unterrichtssprache in der Sprache der Minderheiten zu unterrichten sei, nachdem die Direktoren einiger litauisch- und weißrussischsprachiger Schulen, sekundiert von lokalen Parteifunktionären, die Durchführung des Unterrichts in den Minderheitensprachen behinderten. 1988 fand die Forderung der Minderheiten Berücksichtigung, in den Lehrplan Elemente der Geschichte und Geographie der Heimat der Minderheiten aufzunehmen (TARKA 1998: 125f, 141, 160, 166 und 170, CHORUŻY 1994: 30, Anm. 78 und 79).

Minderheit bewirkte, dass dem litauischen Schulwesen vom polnischen Schulkuratorium zu Recht ein guter Stand bescheinigt wurde. Dagegen geriet vor allem das Schulwesen der weißrussischen Minderheit in eine immer schwierigere Situation, wozu diese Minderheit nicht zuletzt selbst beitrug, indem Eltern beim MSW brieflich gegen die weißrussische Unterrichtssprache protestierten, da sie um deren geringes Sozialprestige wussten.<sup>90</sup>

Dass man sich gerade in der Minderheitenpolitik in Polen zwischen 1919 und 1989 so schwer tat, mag auf den ersten Blick verwundern, schien doch die zuvorige jahrhundertelange Tradition des interethnischen Zusammenlebens und die daraus entwickelte Toleranz einen anderen Weg zu weisen. Auch wäre zu erwarten gewesen, dass eine Nation, die selbst lange unter Fremdherrschaft gelitten hatte, mehr Verständnis für andere (überwiegend) junge Völker aufbringen würde. Das Verhalten bis 1989 ist wohl in erster Linie dadurch zu rechtfertigen, dass man (bis 1939) endlich wieder selbst „Herr im Hause“ sein wollte und die erlangte Souveränität mit niemandem teilen wollte (JAWORSKI/LÜBKE/MÜLLER 2000: 315f) – ein Verhaltensmuster, das den meisten neu gegründeten ostmitteleuropäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg gemeinsam war – oder man (nach 1945) zumindest in der Innenpolitik die Souveränität behalten wollte, die man in der Außenpolitik verloren hatte. Deutlich zu sehen ist, dass man in der Minderheitenpolitik 1945 kaum von einem Politikwechsel sprechen kann, sondern sich die zwei Phasen 1919-1939 und 1945-1989 eher durch Kontinuität auszeichnen, wenn auch die Frage der Minderheiten in der PRL kein Problem der Integration von vielen Millionen andersnationalen Bürgern mehr war, sondern nur noch ein „moralisches Problem“ (MOKRY 1987: 123).

---

<sup>90</sup>CHORUŻY 1994: 29-31, KRUPSKA 1996: 49f, TARKA 1998: 168. Der litauischen Minderheit war es etwa als einziger Minderheit gelungen, dass sich ab 1958 ein bis zwei ihrer Abiturienten um einen Studienplatz in der LSSR bewerben konnten und ab 1967 einmal pro Jahr zehn bis 15 Litauischlehrer für einen Monat zur Fortbildung nach Vilnius gesandt wurden (TARKA 1998: 108, 164-167).

# Kapitel 3

## Das historische Diskursprofil Polens

### 3.1 Freund-Feind-Kriterium? Die polnische Debatte über die östlichen Nachbarn 1919-1989

#### 3.1.1 Einleitung

Die wiedererlangte Souveränität löste in Polen nach 1918 heftige Debatten über das Verhältnis zu den östlichen Nachbarvölkern – Litauern, Weißrussen und Ukrainern – aus, die zusammen mit Polen in einem breiten Streifen beiderseits entlang der polnischen Ostgrenze von 1921 siedelten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erschien die Frage der Minderheiten aufgrund der erzwungenen Umsiedlungen, die die ethnisch gemischten Gebiete beseitigen und damit für Stabilität in der Region sorgen sollten, überflüssig. Nachdem die polnische Öffentlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg ganz überwiegend die offizielle Linie akzeptierte, nach der Polen seit 1947 ein „national homogener Staat“ sei, war man seit den achtziger Jahren umso mehr über das Erwachen nationaler Minderheiten erstaunt.

Für die Herausarbeitung von Identitätselementen und Argumentationsmustern bietet sich die innerpolnische Debatte über die östlichen Nachbarn aus mehreren Gründen an: Zum einen eignen sich nationalitätenpolitische Debatten vor dem Hintergrund der oft starken ethnischen Spannungen nicht nur der Zwischen-, sondern auch der Nachkriegszeit allgemein besonders gut für eine Diskursanalyse. Zum anderen zeigt gerade diese Diskussion die schleichende Unterhöhlung des Deutungsmonopols der PZPR in der Volksrepublik Polen durch die Opposition innerhalb Polens und in der Emigration. Dieser gelang es bis in die achtziger Jahre, ein im ehemaligen Ostblock einmaliger Vorgang, gerade im Bereich der Haltung gegenüber den östlichen Nachbarvölkern der Partei nicht ohne Erfolge die Diskurshegemonie streitig zu machen.

Der große Zeitraum, über den hinweg die Debatte untersucht wird, birgt zwar einerseits die Gefahr, sich in der Sekundärliteratur zu verlieren. Andererseits bietet er aber jedoch die Möglichkeit, durch eine schlaglichtartige Betrachtung herausgehobener Ereignisse eine bessere Tiefenschärfe und vergleichende Einsichten in Diskurse der Zwischen- und Nachkriegszeit bis 1989 zu erhalten, die von einer im Vergleich zu heute sehr andersartigen Diskursstruktur geprägt waren.

### 3.1.2 Diskursverlauf und Diskursstruktur

**Außenpolitischer Diskurs 1918-1939:** Der außenpolitische Diskurs im Polen der Zwischenkriegszeit lässt sich grob in zwei Lager einteilen: in die Gegner und Befürworter einer den direkten östlichen Nachbarvölkern freundlich gesonnenen Haltung.<sup>1</sup> Dabei hoben die Befürworter eines Ausgleiches (oft „Föderalisten“ genannt) nicht so sehr idealistische Motive gegenüber Litauern, Weißrussen und Ukrainern hervor, sondern vor allem den Wunsch, Polen auch *de facto* zu einem unabhängigen Staat zwischen der UdSSR und Deutschland werden zu lassen. Dieses Lager um Józef Piłsudski und die *Sanacja* stand Russland und der kommunistischen UdSSR kritisch gegenüber und bezeichnete diese nicht selten als Hauptgegner (RHODE 1965: 454). Dabei wurde das geschichtsphilosophische Axiom von Polens Rolle als Vormauer der christlichen Zivilisation (*antemurale christianitatis*) besonders hervorgehoben; folglich setzte man eher auf einen Ausgleich mit einer unabhängigen, antikommunistischen Ukraine und Deutschland. Dagegen betonte das Lager um die Nationaldemokraten (oft „Inkorporationisten“ genannt) stets die „Erbfeindschaft“ zu Deutschland, die Nähe zu Frankreich und die Rolle Polens als „Vormauer“ des Westens.<sup>2</sup> In den außenpolitischen Debatten der Zwischenkriegszeit konnte sich keine dieser einander gegenseitig weitgehend ausschließenden Lösungen durchsetzen.

**Nationalitätenpolitischer Diskurs 1918-1939:** Der nationalitätenpolitische Diskurs in Polen nach 1918 zerfällt im wesentlichen ebenfalls in zwei Ansichten, die Gegner und die Befürworter eines Ausgleiches mit den östlichen Grenzminoritäten. Das kleine Lager der **Befürworter** bestand im wesentlichen aus einzelnen Anhängern der *Sanacja*, der *PSL Wyzwolenie* (eine von drei Bauernparteien) und der sozialistischen PPS. Letztere war sogar bereit, den Minderheiten in Ostpolen eine Territorialautonomie zuzugestehen (HOENSCH 1990: 259, KORZEC 1975: 198). Die etatistisch orientierte *Sanacja* gestand allen Einwohnern unabhängig von Konfession, Nationalität und Religion formell dieselben Bürgerrechte zu (PARUCH 1993: 86, 101). Von ihren Anhängern sind namentlich vor allem der Piłsudski-Gefährte und Führer des *Sanacja*-Blocks BBWR, Tadeusz Hołówko, der langjährige Innenminister Bronisław Pieracki und Henryk Józewski, Woiwode von Wolhynien bis 1938, zu nennen. Während erstere beiden Politiker zu Beginn der dreißiger Jahre gerade auch wegen ihrer konzilianten Haltung von ukrainischen Nationalisten ermordet wurden, bedeutete der Abtritt von Józewski ein symbolisches Ende aller Bemühungen einer gemäßigten Nationalitätenpolitik gegenüber den Ukrainern.<sup>3</sup>

Zu den **Gegnern** zählten vor allem die starke parlamentarische Rechte um die Nationaldemokraten. Sie reduzierte in den Verfassungsberatungen nicht nur die Frage der nationalen Minderheiten auf die „jüdische Frage“; ihr Parteichef Roman Dmowski, einer der bedeutendsten polnischen Politiker der Zwischenkriegszeit, hatte mit der These vom „nationalen und katholischen Polen“ auch Litauer, Weißrussen und Ukrainer im Auge. Das

---

<sup>1</sup>Bei allen Ähnlichkeiten muss dennoch auf fundamentale Unterschiede der Diskurse der Befürworter und Gegner hingewiesen werden. Die Arbeit von BENECKE 1999: 26 differenziert hier nicht immer ausreichend zwischen der Bewertung der außenpolitischen Situation durch „Inkorporationisten“ und „Föderalisten“: Der Hinweis des polnischen Historikers Oskar Halecki auf die Rolle der Polen nicht als Herr der Völker der *kresy*, sondern als Vorbild oder sogar Helfer bei der Entwicklung eigener nationaler Güter zeigt beispielhaft das grundsätzlich abweichende Verständnis von Außen- und Minderheitenpolitik der beiden Lager.

<sup>2</sup>POMIAN 2000: 35. Dagegen nahmen die russophilen Tendenzen der Nationaldemokraten (*Endecja*) nach dem Sieg des Bolschewismus in Russland rapide ab.

<sup>3</sup>Zum Programm von Józewski siehe in Auszügen PARUCH 1992: 156f.

Streben, den Katholizismus vom Polentum zu trennen, Nation und Kirche auseinanderzureißen, sei die „Vernichtung des Volkes selbst“, so Dmowski (WAGNER 1997: 242f). Die Rechtsparteien stigmatisierten den Wahlblock der Minderheiten (BMN) bereits 1922 erfolgreich zum „Komplott gegen den Staat“, forderte dessen Vertreter auf, gesamtstaatliche Fragen der polnischen Mehrheit zu überlassen, ihre Loyalität bei wichtigen Abstimmungen (Budget, Verfassung, Regierungsbestellung, Präsidentenwahl) durch Enthaltung zu beweisen und sich auf die Verteidigung der Minderheitenrechte zu beschränken.

Dieses exklusive Minderheitenkonzept machte es (neben den katholischen, aber eben nicht-polnischen Litauern in Polen) vor allem den zahlreichen orthodoxen und unierten Weißrussen und Ukrainern der polnischen Zwischenkriegsrepublik von Anfang an schwer, sich mit dem neuen Staat zu identifizieren und ihn nicht nur als Wechsel der Fremdherrschaft zu begreifen.<sup>4</sup> Bereits die Ermordung des mit ihren Stimmen gewählten Staatspräsidenten Narutowicz im Dezember 1922 hatte ihren Glauben erschüttert, dass ihre Hauptprobleme in Anlehnung an Verfassung und Parlament zu lösen seien.<sup>5</sup>

**Außenpolitischer Diskurs 1944-1989:** Die **Gegner** eines Ausgleiches mit den angrenzenden östlichen Nachbarn sammelten sich nach 1944 vor allem in zwei Lagern: „Realistische“, auf Abgrenzung und einen homogenen Nationalstaat abzielende Positionen wurden, wenn auch unter im Vergleich zur PPR entgegengesetzten ideologischen Vorzeichen, von der immer einflussloseren *Londoner Emigrationsregierung* vertreten, die ein sehr traditionelles Bild der polnischen Identität bis 1989 beibehielt.<sup>6</sup> Sie hielt nach dem Zweiten Weltkrieg stets an den polnischen Grenzen des Vertrages von Riga fest, obwohl die Westmächte bereits in Teheran und Jalta die neue Ostgrenze akzeptiert hatten.<sup>7</sup> Die UdSSR konnte so den Hitler-Stalin-Pakt als Realisierung eines Programmes der Selbstbestimmung und des Grundsatzes ethnischer Kriterien bei der Grenzziehung zwischen

<sup>4</sup>So erklärten die Nationaldemokraten die Umgestaltung des polnischen Staatsterritoriums in ein ethnisch polnisches Gebiet zum Ziel, verkündeten, nicht nur ein Großpole oder ein Masure, sondern auch ein Ukrainer, Weißrusse oder Litauer könne ein Pole werden und behaupteten, in den polnischen Ostgebieten sei unter der breiten Masse der Bevölkerung kein nationales Bewusstsein und kein Wunsch nach Unabhängigkeit vorhanden („Absorptionsdoktrin“, PARUCH 1993: 88-93).

<sup>5</sup>KORZEC 1975: 212f. Jedoch darf nicht der Hang zum „störrischen Auftrumpfen“ (REXHEUSER 1997: 312) auch anderer Nationalismen übersehen werden, der sich insbesondere beim Schulwesen zeigte. So ließ die *Rytas*, wichtigster Träger litauischer Privatschulen in Polen, 1930 litauische Kinder bei „Großfürst Witold dem Großen“ schwören, „das ganze Leben treue Litauer zu sein und für Ruhm und Macht des Vaterlandes Litauen zu arbeiten“, die ukrainische OUN forderte 1933 in einem Aufruf: „Auf ukrainischem Boden (...) die ukrainische Schule, der ukrainische Lehrer, der ukrainische Unterricht (...), der ukrainische Geist. (...) Fort mit der polnischen Sprache, dem polnischen Gebet und Lied, fort mit der polnischen Geschichte! Fort mit dem polnischen Lehrer von ukrainischem Land!“ (zit. nach REXHEUSER 1997: 312, Anm. 123).

<sup>6</sup>Dazu zusammenfassend HABIELSKI 2000: 64. Nach dem Rücktritt des polnischen Exilpremiers Mikołajczyk am 24.11.1944 verlor die Emigrationsregierung ihren Einfluss bei den Alliierten. Bereits nicht mehr in Jalta konsultiert, galt sie noch für längere Zeit in der breiten polnischen Öffentlichkeit als legitime Vertretung, bemühte sich bis Ende der fünfziger Jahre um ihren völkerrechtlichen Vertretungsanspruch, war politisch aber schon vor Kriegsende einflusslos (HOENSCH 1990: 281, 289). Der ehemalige litauische Präsident Smetona bekannte kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, dass die Errichtung des litauischen Staates auf rein nationaler Basis ein Fehler war – eine Erkenntnis, die das offizielle Polen erst nach 1989 nachvollzog (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRICKOVSKIENĖ 1998: 9).

<sup>7</sup>Noch in den siebziger Jahren kritisierten Kreise um die ehemaligen Nationaldemokraten das Programm der Untergrundbewegung PPN scharf für den Verzicht auf die polnischen Ostgebiete (NAJDER 1993: 9-11), und noch Anfang der achtziger Jahre schwiegen die polnische und ukrainische Emigrationsregierung in einer gemeinsamen Stellungnahme beharrlich zur Frage der Grenzen (BORUTA 1995: 80).

Polen, Ukrainern, Litauern und Weißrussen darstellen (BARDACH 1993: 18).

Sowohl die PPR als auch der von Stalin unterstützte „Bund polnischer Patrioten“ (ZPP) sowie die 1948 gegründete kommunistische PZPR legten ihrer politischen Konzeption für ein Nachkriegspolen die polnische „Erbfeindschaft“ gegenüber Deutschland zugrunde, unterstützten die sowjetischen Vorstellungen zur polnischen Ostgrenze und vertraten damit wesentliche außenpolitische Positionen der Nationaldemokraten und der „piastischen“ Staatskonzeption der Zwischenkriegszeit. Die *Regierung der Volksrepublik Polen* war jedoch zu keiner Zeit der PRL in ihren außenpolitischen Entscheidungen von Moskau unabhängig. Ein direkter Kontakt Warschaus mit Wilna, Minsk oder Kiev war ohne Wissen und Abstimmung mit Moskau nicht möglich oder gewollt, da nach offizieller Lesart in der UdSSR ein „Sowjetvolk“ im Aufbau begriffen war und Nationalitäten keine Rolle mehr spielten.

Die **Befürworter** eines Ausgleiches mit den angrenzenden östlichen Nachbarn sammelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg und den gesellschaftlichen Umwälzungen in Polen erst allmählich. Ihr Dilemma bestand zunächst darin, das Streben nach Unabhängigkeit von Russland mit der Notwendigkeit in Einklang zu bringen, die Oder-Neiße-Grenze zu bewahren; ihre Stimme war seit Beginn der fünfziger Jahre aus der Emigration zu vernehmen. Hier ist allen voran die unabhängige Pariser Zeitschrift *Kultura* von Jerzy Giedroyc und dessen politischem *alter ego* Juliusz Mieroszewski zu nennen.<sup>8</sup> Sie gelangte neben ihrer weltweiten Verbreitung auch auf illegalem Wege in geringen Auflagen nach Polen. Niemand anders ging in den Jahren bis 1989 in der Forderung der Revision der traditionellen polnischen Ostpolitik weiter und formulierte in dieser Hinsicht so gewagte Zukunftskonzepte.

Für die Nachhaltigkeit der Arbeit der *Kultura* auch in Polen sprach, dass die volkspolnischen Regierungen sie unter allen Periodika der polnischen Emigranten als das gefährlichste Instrument „ideologischer Diversion“ bezeichneten. Dieser Einschätzung ist zuzustimmen, denn schon bald nach ihrem ersten Erscheinen 1947 war es der Zeitschrift gelungen, mit der jungen, unbequemen Intelligenz in Polen und später auch mit den wichtigsten innerpolnischen Oppositionsgruppen in einen authentischen Dialog zu treten.

Giedroyc formulierte niemals explizit ein politisches Programm, aber zum Kanon des politischen Denkens zählten vor allem ein staatsbetontes Denken, ein vom Nationalismus befreites und als Element des Europäertums verstandenes Polentum sowie die Überzeugung, dass politisches Denken, das nicht auf einer Ideologie, sondern auf historischen Erfahrungen beruht, sich zuerst in einem Dialog ausformt.<sup>9</sup> Zusammen mit Juliusz Mieroszewski bewies der Chefredakteur der *Kultura* eindrucksvoll, dass sein Programm nicht romantisch-naiv war, sondern die Ablehnung des Nationalismus einschließlich des Nationalkatholizismus vielmehr aus der Überlegung entstanden war, dass die wichtigsten Ziele – Freiheit für Polen und eine demokratische Ordnung – nur in Verbindung und im Einverständnis mit den direkten östlichen Nachbarvölkern zu erreichen waren (FRISZKE 2000: 40, POMIAN 2000: 92).

Eine Grundbedingung dafür war die Akzeptanz der Unveränderlichkeit der Grenzen Eu-

<sup>8</sup>Für einen skizzenhaften Lebenslauf von Giedroyc siehe FRISZKE 2000: 36, für eine Autobiographie siehe GIEDROYC 1999.

<sup>9</sup>FRISZKE 2000: 38. Gelegentlich wurde dieser Kanon an politischen Überzeugungen als „neoprometheisch“ oder neo-Piłsudski-Orientierung (*orientacja neopiłsudczykowska*) bezeichnet (siehe etwa Eurazja (OSW) 1/1995: 122). Zum Stichwort „Prometheismus“ in Polen siehe BĄCZKOWSKI 2000: 137-156.

ropas nach Jalta – insbesondere der polnischen Ostgrenze nach 1945. Die *Kultura* sprach sich dabei nicht von Anfang an für eine solche Anerkennung aus, aber sie ebnete seit Anfang der fünfziger Jahre den Weg dorthin, indem sie entsprechenden Stimmen Raum gab<sup>10</sup> – ein in den Augen der Mehrheit der Exilöffentlichkeit unerhörter Vorgang, der teilweise als Hochverrat bezeichnet wurde.<sup>11</sup> In den sechziger Jahren ergriffen Giedroyc und Mieroszewski jedoch deutlich und wiederholt Partei für das Unabhängigkeitsstreben von Litauern, Weißrussen und Ukrainern. Die *Kultura* bezeichnete eine polnische Unabhängigkeit bei gleichzeitigem Verbleib der östlichen Nachbarvölker unter der Knute der Sowjets nicht nur als mangelnde Solidarität mit den um Freiheit kämpfenden Völkern, sondern auch als einen politischen Fehler zuungunsten Polens. Gleichzeitig optierte die Zeitschrift konsequent für einen Verzicht auf Wilna, Grodno und Lemberg (BORUTA 1995: 77, FRISZKE 2000: 54f). Mit der Aufgabe der Forderung nach Rückgabe der polnischen Ostgebiete schwächte man dabei bewusst Moskaus Position in der UdSSR, BSSR und LSSR, da bis zum Abschluss des Warschauer Vertrages im Jahre 1970 alleine die UdSSR ein Garant für die bestehenden polnischen Grenzen war.<sup>12</sup>

Giedroyc und Mieroszewski sahen diese Konzeption als Schlag gegen den russischen Expansionismus und Sowjetkommunismus an; sie wollten damit nicht die Nationalbewegungen, sondern die Souveränität der Sowjetrepubliken stärken, um das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Polen und der UdSSR zu verbessern. Nicht die Anerkennung des sowjetischen Anspruchs auf Wilna und Lemberg war das Ziel, sondern die Polen sollten dazu bewegt werden, das Recht der Ukrainer und Litauer auf diese Städte anzuerkennen. Auf diese Weise sollten die Polen wieder Schöpfer ihrer eigenen Geschichte werden und diese als Wertegemeinschaft begreifen.<sup>13</sup>

<sup>10</sup>ŁOBODOWSKI 1952, MAJEWSKI 1952, MACKIEWICZ 1953: 157f, GIEDROYC 1953: 82-87; ausführlich zu den ersten zehn Jahren der Tätigkeit der *Kultura* siehe KOREK 2000: 138-142; POMIAN 1999, BERDYCHOWSKA 1998a; allgemein zur Emigration siehe WOLAŃSKI 1996. Die Gegner dieses Konzeptes führten vor allem die Angst vor den russischen Reaktionen ins Feld und fürchteten, in den Augen des Westens als romantische Abenteurer ohne politischen Instinkt zu gelten. Sie sahen in der Unterstützung der Ukraine einen Schaden für die polnisch-russischen Beziehungen sowie eine Minderung der Chancen auf Wiedergewinnung der Ostgebiete (KOWALCZYK 2000: 19). Konsequent forderten Giedroyc und Mieroszewski seit Ende der 50er Jahre auch die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten (MIEROSZEWSKI 1959: 172).

<sup>11</sup>Jan Widacki, der ehemalige polnische Botschafter in Litauen, gab die damals überwiegende Stimmung wie folgt wieder: „Im Bewusstsein polnischer Kreise der Opposition und Unabhängigkeitsbewegung herrschte [zu Zeiten der PRL, S.G.] die Überzeugung, daß die Entreißung der polnischen Ostgebiete durch die UdSSR, jener halblegendären *kresy* mit Wilna und Lemberg, vereinbart im Hitler-Stalin-Pakt und mit der sowjetischen Aggression vom 17. September 1939 vollendet, unrechtens und unbillig war. Die UdSSR hatte den Nichtangriffspakt [mit Polen, S.G.] gebrochen, den Rigaer Vertrag verletzt, womit es offensichtlich erschien, daß die Rückgabe dieser Gebiete und Städte an Polen ein Akt historischer Gerechtigkeit wäre“ (WIDACKI 1997: 147).

<sup>12</sup>Ein großer Erfolg für Giedroyc war in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Deklaration russischer und polnischer Emigranten zum Recht der Ukraine auf Unabhängigkeit (abgedruckt in *Kultura* 11/1980: 66f). Auf die zustimmenden Reaktionen eines kleineren Teils der ukrainischen (*Sučasnist'*) und russischen (*Kontinent*) Emigration kann hier nicht eingegangen werden.

<sup>13</sup>KOWALCZYK 2000: 23, CAŁKA 1998: 36, MIEROSZEWSKI 1973: 68-79. Spätestens mit dem sowjetischen Einmarsch in Prag waren die Hoffnungen der *Kultura* auf evolutionäre demokratische Veränderungen in der UdSSR zerbrochen. Giedroyc und Mieroszewski sahen daraufhin einen Zerfall des Sowjetimperiums als die wahrscheinlichste Entwicklung an, Giedroyc sagte 1981 in einem Interview der in Polen im Untergrund erscheinenden *ResPublica*: „Die Sowjetunion steht an der Schwelle ihres Zerfalls, das steht für mich völlig außer Zweifel. Vor allem infolge der wachsenden Nationalismen in den einzelnen Sowjetrepubliken“ (*ResPublica* 8/1981: 52). Beide erklärten, die Autonomie oder Herauslösung einzelner Sowjetrepubliken, vor allem der LSSR und der USSR aus der UdSSR sei insbesondere im russischen Interesse, um das

Das Konzept der *Kultura* war gleichzeitig nicht antirussisch. Drei Nummern der Zeitschrift erschienen auf russisch, und zahlreiche russischsprachige Literatur wurde verlegt. Vor allem aber wurde in vielen Artikeln die in vielen Polen oft tiefsitzende antirussische Haltung kritisiert und angemerkt, dass die polnisch-russischen Beziehungen vor allem von polnischer Seite aus im eigenen Interesse neu angegangen werden müssten (KOLAKOWSKI 1971: 19f). Juliusz Mieroszewski forderte, das traditionelle polnische Selbstverständnis als „Bollwerk“ des lateinischen Westens, das vor dem Osten schützen müsse, zugunsten einer „Brücken-Konzeption“ aufzugeben (MIEROSZEWSKI 1962a: 73, MIEROSZEWSKI 1962b: 104, FRISZKE 2000: 48f). Die Intensivierung der antisowjetischen Haltung in Polen verhärtete dagegen den Kurs in Moskau und mache eine Unabhängigkeit unmöglich (POMIAN 2000: 95). Mit Sicherheit hat die *Kultura* durch dieses Verständnis die Haltung der polnischen oppositionellen Intelligenz zur russischen mitgeprägt. Ihre Linie im Verhältnis zu den direkten östlichen Nachbarn einerseits und Russland andererseits könnte damit zusammenfassend mit den Worten von Jerzy Pomianowski so formuliert werden: „Sorgen wir für so gute Beziehungen zu Russland wie nur irgend möglich, allerdings unter einer Bedingung, nämlich dass unter diesen Beziehungen nicht die Unabhängigkeit und die existenziellen Interessen der Ukraine und Litauens Schaden nehmen“ (POMIANOWSKI 2000: 107).

In den siebziger Jahren gelang der innerpolnischen (verbotenen) Opposition die organisatorische Formierung und öffentliche Stellungnahme zur Frage des polnischen Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern Polens. Ihre direkte Präsenz im Land erlaubte eine nachhaltigere Arbeit als die der Emigration. Zu nennen sind insbesondere die Untergrundbewegung PPN sowie Teile der *Solidarność*-Bewegung. Dabei spielte insbesondere das Ansprechen der Existenz eines litauischen, weißrussischen und ukrainischen Volkes in der UdSSR sowie das Infragestellen des polnisch-sowjetischen Bündnisses und der konstruierten polnisch-deutschen „Erbfeindschaft“ eine Rolle. Der Einfluss der *Kultura* auf die wichtigsten dieser Strömungen war dabei erheblich.<sup>14</sup>

Das Programm der *PPN* vom Mai 1976<sup>15</sup> unterstützte explizit die Ideen der *Kultura*, differenzierte jedoch in einigen Aspekten stärker: So hätten Giedroyc und Mieroszewski den Unterschieden der direkten Nachbarn zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet und seien durch ihre *a priori*-Verurteilung aller Mitglieder der PZPR zu wenig kompromissbereit (KOWALSKI 1975). Einen neuen Aspekt griff die PPN mit der Frage nach dem Verhältnis eines postkommunistischen Polens zur NATO und zur Europäischen Integration auf; eine

---

autokratische System zu überwinden (MIEROSZEWSKI 1975: 14f).

<sup>14</sup>Eurazja (OSW) 1/1995: 129. Bemerkenswert ist, dass andere Strömungen, die sich weit wenig eindeutig zur Anerkennung der polnischen Ostgrenze und zur Unabhängigkeit von Litauern, Weißrussen und Ukrainern äußerten (wie etwa die bis 1989 illegale KPN, BORUTA 1995: 81), nach 1989 keine nachhaltige Rolle als gesellschaftliche Kraft in Polen spielten.

<sup>15</sup>Darin wurde betont, dass für die Polen nur ein vollständig unabhängiger Staat akzeptabel sei, unter der erheblichen Mehrheit der Polen ein grundsätzlicher Konsens über „politische Interessen“ herrsche, eine pluralistische Demokratie die angestrebte Staatsform sei und das konfliktbeladene Erbe mit den Nachbarn überwunden werden müsse. Dies schließe den notwendigen, wenn auch bitteren Verzicht auf die ehemaligen polnischen Ostgebiete ein (mache aber eine Garantie der Rechte der polnischen Minderheiten jenseits der Ostgrenze notwendig) und verlange die Forderung nach Unabhängigkeit für das ukrainische, weißrussische und litauische Volk, zu denen erklärt wurde: „Wir [Polen] sind keine Nachbarn Russlands. Unsere östlichen Nachbarn sind die Ukraine, Weißrussland, Litauen“ (NAJDER 1993: 24f, Programm der PPN, freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Mitbegründer der PPN, Zdzisław Najder, Kopie im Besitz des Autors).



Problematik, die vielleicht zuvor schlicht die Vorstellungskraft der *Kultura* überstiegen hatte.<sup>16</sup> Insgesamt veröffentlichte die PPN zwischen Mai 1976 und November 1981 50 Texte, von denen gerade diejenigen zur Außenpolitik Pioniercharakter besaßen: Im März 1979 erschien ein Artikel zur Pflicht der Polen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der drei baltischen Staaten zu unterstützen, im Dezember 1981 der Artikel „Polska - Ukraina“, in dem nicht nur der notwendige Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete gefordert wurde, sondern vor allem eine Aussöhnung zwischen beiden Völkern angeregt wurde, die einer Unabhängigkeit beider Seiten vorausgehen sollte. Den nebulösen Föderationsvorschlägen der Zwischenkriegszeit wurde eine klare Absage erteilt, jedoch eine enge Kooperation mit den östlichen und südlichen Nachbarn angeregt (BORUTA 1995: 82f).

Eine echte Sensation war im September 1981 die visionäre, zum Teil eigenartig realitätsfern erscheinende Botschaft *Postanie do ludzi pracy Europy Wschodniej* („Botschaft an die arbeitenden Menschen Osteuropas“, abgedruckt in HOLZER 1985: 317) des ersten Kongresses der *Solidarność*. Dass diese Initiative nur ein erster Anstoß für eine Wende in der offiziellen Nationalitätenpolitik, aber noch nicht sehr folgenreich in Bezug auf das Verhältnis zu den östlichen Nachbarvölkern der Polen war, belegt die reservierte Haltung der Minderheiten in Polen auf die Unabhängigkeitsbewegung und die *Solidarność*, die als „polnisch“ und „national“ empfunden wurden (TARKA 1998: 137, NAJDER 1993: 214). Auch ersten zivilgesellschaftlichen Bemühungen, die an Kontakten zu den östlichen Nachbarn Polens interessiert waren, schlug noch großes Misstrauen entgegen.<sup>17</sup> Einen wichtigen Effekt hatten diese Anstrengungen jedoch: In Teilen der innerpolnischen Opposition zeigte sich ein aufrichtiger Wille, die Belange der Minderheiten zu beachten und ihre Existenz als gesellschaftliches und politisches Problem wieder in die Debatte einzubringen.<sup>18</sup>

Im Verlauf der achtziger Jahre übernahmen daraufhin **zahlreiche weitere innerpolnische Oppositionsgruppen** zentrale Forderungen der *Kultura* und der PPN, insbesondere nach Anerkennung der bestehenden polnischen Ostgrenze und einer unabhängigen Ukraine, was sich in den Untergrundzeitschriften *Obóz*, *Nowa Koalicja* und *ABC* sowie den unabhängigen legalen Periodika *Znak*, *Więź* und *Tygodnik Powszechny* niederschlug. Das politische Spektrum reichte dabei vom radikalen *Solidarność*-Flügel („Kämpfende Solidarität“) über christliche Strömungen (ChSWN) bis zur im November 1984 gegründeten illegalen liberalen Partei *Niepodległość* („Unabhängigkeit“). Jedoch gab es auch breitere Strömungen innerhalb der polnischen Opposition, die sich in der Frage der Anerkennung der polnischen Ostgrenze und der Unabhängigkeit für die östlichen Nachbarvölker weitaus weniger eindeutig äußerten (KPN, Polnische Unabhängigkeitspartei). Diese entfalteten indes nach 1989 keine nachhaltige Wirkung (BORUTA 1995: 83-88).

**Nationalitätenpolitischer Diskurs 1944-1989:** Der nationalitätenpolitische Diskurs in der Zeit der Volksrepublik Polen lässt sich in zwei ähnliche Lager aufteilen:

Mit erstaunlicher rhetorischer Kontinuität übernahm die PPR, später die PZPR die

<sup>16</sup>NAJDER 1999: 215f gesteht dies zu, betont aber, dass Polen auch deshalb nach 1989 am wenigsten in den Schlüsselbereichen eines auch *de facto* unabhängigen Staates – Außenpolitik und Militär – auf seine Souveränität vorbereitet war.

<sup>17</sup>BRODOWSKI 1993: 223 zeigt dies am Beispiel des im Herbst 1986 gegründeten *Ogólnopolski Klub Miłośników Litwy* (Gesamtpolnischer Club der Litauen-Liebhaber), der bei seiner ersten Reise nach Litauen 1987 auf erhebliches litauisches Misstrauen stieß.

<sup>18</sup>TARKA 1998: 123. So forderte die *Solidarność* Anfang der achtziger Jahre die Regierung auf, in einzelnen Orten die unierten und orthodoxen Kirchen an deren Gemeinden zurückzugeben (MOKRY 1987: 118).

Diskurse der polnischen Nationaldemokratie der Zwischenkriegszeit und der immer einflussloseren Londoner Emigrationsregierung zum Thema der nationalen Minderheiten in Polen und den östlichen Nachbarvölkern Polens. Sie positionierten sich so als **Gegner** eines Ausgleiches mit Litauern, Weißrussen und Ukrainern. Die kommunistischen Regierungen negierten offiziell die Existenz polnischer Minderheiten in den drei östlich angrenzenden Sowjetrepubliken wie auch bis 1956 die Existenz einer litauischen, weißrussischen und ukrainischen Minderheit in Polen. Diese Haltung blieb bis auf vorübergehende taktische Zugeständnisse in Krisenjahren (vor allem 1956 und 1970) bis 1989 unverändert. Insbesondere sprachen sich die Spitzenvertreter der PRL für ein ethnisch homogenes Polen und „ethnisch gerechte Grenzen“ aus.<sup>19</sup> Somit lebten etwa gemäß offizieller Propaganda auf dem Nachkriegsterritorium Polens keine Ukrainer mehr, sondern höchstens noch den Ukrainern verwandte Lemken und Bojken (OLSZAŃSKI 1987: 111).

Eine innerpolnische öffentliche Debatte zum Thema der verschiedenen Nationalitäten in der PRL fand *de facto* nicht statt, was besonders deutlich am Umgang mit der Frage des polnisch-ukrainischen Bürgerkriegs und der Aussiedlungen bis 1947 erkennbar war. Es fand diesbezüglich keine breitere Auseinandersetzung statt, da die polnische Zivilbevölkerung sowohl während des Bürgerkriegs wie auch nach den „Liberalisierungen“ von 1956 diese Ereignisse ohne wesentliche Ausnahmen mit schweigender Akzeptanz hingenommen hatte. Insbesondere die Legitimierung der *Aktion Weichsel* als Ausdruck des „Zorns“ des polnischen Volkes für die Tragödien in Wolhynien und Ostgalizien sowie als Vergeltung für den Tod des die UPA-Einheiten bekämpfenden polnischen Generals Świerczewski (dem 1962 ein in Polen bekannt gewordener steinerner Obelisk vor Ort gewidmet wurde) wurde nicht hinterfragt (OLSZAŃSKI 1987: 114, 116). Das Wissen insbesondere über die polnisch-ukrainischen Auseinandersetzungen war somit in der polnischen Öffentlichkeit bis Mitte der 80er Jahre „schlimmer als nicht vorhanden, nämlich verfälscht“ (OLSZAŃSKI 1987: 110). Das aus den lange Schulpflichtlektüre darstellenden Büchern *Ślady rysich pazurów* und *Łuny w Bieszczadach* (GERHARD 1977, Auflage zwischen 1959 und 1980: 500 000, vor allem durch seine in der PRL mehrfach am orthodoxen Weihnachtsfest ausgestrahlte Verfilmung unter dem Titel *Ogniomistrz Kaleń* bekannt geworden) kolportierte Stereotyp besagte, dass die ukrainischen „UPA-Banden“ auf einem ihnen grundsätzlich fremden Territorium massenhaft polnische Zivilbevölkerung ermordet hatten und dem militärischen Kampf ausgewichen waren: der „ritterlich kämpfende Pole“ wurde dem „feigen ukrainischen Banditentum“ entgegengestellt.<sup>20</sup>

Die **Befürworter** eines Ausgleiches mit den in Polen existierenden Minderheiten wie auch der Anerkennung einer polnischen Minderheit in den angrenzenden Sowjetrepubliken waren – wie schon im außenpolitischen Diskurs – im Lager der innerpolnischen Opposition sowie in der Pariser Emigration zu finden. Seit Beginn der fünfziger Jahre versuchte

<sup>19</sup>Beinahe naiv klingt die Ankündigung des polnischen Premiers Osóbka-Morawski von 1944: „Das [die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR] erleichtert uns auch die Durchführung des beiderseitigen freiwilligen Bevölkerungsaustausches, der ein für alle Mal radikal unsere verwickelten Nationalitätenbeziehungen liquidiert“ (zit. nach TARKA 1998: 20).

<sup>20</sup>DROZD/HALAGIDA 1999: 19f; MOTYKA 1997: 161; OLSZAŃSKI 1987: 110. Dabei wurde geflissentlich übersehen, dass die UPA von der dem polnischen Untergrund gewährten Amnestie des Jahres 1947 ausgenommen blieb und damit in den Widerstand getrieben wurde (OLSZAŃSKI 1987: 113f) Das vom MON in einer Auflage von 3 500 herausgegebene Buch von SZCZEŚNIAK/SZOTA 1973, das die Kollektivschuldthese der Ukrainer in Frage stellte, wurde bereits nach kurzer Zeit zurückgezogen; bis 1989 fand kein weiterer Versuch mehr statt, das Thema der Ukrainer in Polen aufzugreifen (KMITA 1997: 69).

die *Kultura* vorsichtig, einen Dialog mit Litauern, Weißrussen und Ukrainern anzustoßen, vermied dabei aber geschickt alles, was als Wiederholung einer in der Vergangenheit allzuoft aufgenötigten polnischen Vorherrschaft gedeutet werden konnte.<sup>21</sup> Die Herstellung guter Beziehungen zu den östlichen Nachbarn beruhte nach Ansicht der Zeitschrift auf dem Brückenschlag über die Köpfe der Regierenden hinweg, direkt in die Gesellschaften hinein.<sup>22</sup> Speziell die Initiierung eines polnisch-ukrainischen Dialoges und der Versuch, antiukrainische Komplexe auf polnischer Seite zu durchbrechen, verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit. Die *Kultura* wurde zur einzigen polnischen Zeitschrift, die laufend über ukrainische Fragen schrieb: Essays zur gemeinsamen Vergangenheit erschienen, negative polnische Mythen über die Ukrainer wurden hinterfragt, die polnische Nationalitätenpolitik der II. Republik gegenüber den Ukrainern und die Religionspolitik gegenüber der unierten Kirche wurden offen kritisiert. Daneben existierten je eine Chronik zu Ereignissen des ukrainischen Exils und der Sowjetukraine sowie eine dauerhafte und ausführliche Berichterstattung über die ukrainische Literatur.<sup>23</sup> Schließlich kritisierte die *Kultura* die Diskriminierung der nationalen Minderheiten in Polen durch die Behörden der PRL (OBSERWATOR 1969).

Auch im Falle der Nationalitätenpolitik übernahm die innerpolnische Opposition ab Mitte der siebziger Jahre wesentliche Forderungen der *Kultura*, wobei der Ukraine besondere Aufmerksamkeit galt. Durch nach Polen über den Westen eingeschmuggelte Informationen über die westlichen Sowjetrepubliken gelang es, polnische Leser zwar nicht über die ukrainische Gegenwart, aber über die Geschichte der unierten Kirche, über die Hungersnot in der Ukraine in den dreißiger Jahren, über das Erwachen einer ukrainischen Bewegung in den sechziger Jahren und über die Arbeit des ukrainischen Helsinki-Komitees zu unterrichten.<sup>24</sup> Ein Beispiel für den guten Willen in diesem Dialog von polnischer Seite mag die weitgehende Tilgung des emotionsbeladenen Begriffs *kresy*,<sup>25</sup> also der ehemaligen polnischen Ostgebiete, aus dem Wortschatz der polnischen Oppositionellen sein.

Ab Anfang der achtziger Jahre stießen intellektuelle Zirkel in Polen – zu Anfang im Schutz der Kirche – eine historiographische Debatte über die „weißen Flecken“ im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn an. Auslöser dafür war vor allem ein Buch des polnischen Historikers und Publizisten Bohdan Skaradziński (SKARADZIŃSKI 1990), das nach Grün-

<sup>21</sup>FRISZKE 2000: 39. Zugleich trennte Giedroyc den russischen Imperialismus in Gestalt des Sowjetismus deutlich von der russischen Kultur, die er sehr schätzte, und mahnte, den Nationalcharakter der Russen nicht mit dem sowjetischen Staats- und Regierungssystem zu verwechseln.

<sup>22</sup>POMIANOWSKI 2000: 108. Diesen Imperativ behielt Jerzy Pomianowski auch nach 1989 bei und gibt seit einigen Jahren die in Warschau erscheinende russischsprachige Monatsschrift *Nowaja Polšča* heraus, die sich an die russische Intelligenz richtet und ganz überwiegend nach Russland versandt wird.

<sup>23</sup>Zusätzlich veröffentlichte die *Kultura* bereits vor 1989 ein Buch des französischen Historikers und Ostmitteleuropa-Experten Daniel Beauvois, das von dritter Seite auf der Grundlage von Dokumenten auf die polnisch-ukrainische Geschichte des 19. Jh. einging und dabei viele der existierenden Mythen und Stereotypen auf polnischer Seite ins Wanken, wenn auch nicht zum Einsturz brachte (BEAUVOIS 1987).

<sup>24</sup>Wojciech Maziarski, *Gdzie jest mój sąsiad?*, *Gazeta Wyborcza*, 6./7.1.01.

<sup>25</sup>Zum Begriff und Mythos der *kresy* aus literaturwissenschaftlicher Sicht SCHLOTT 1990, DYŁAGOWA 1999, aus populärwissenschaftlicher Sicht KOLBUSZEWSKI 1995, kritisch zur Mythologisierung der *kresy* durch die polnische Öffentlichkeit zuletzt Jan Widacki, *Kresy – nasza miłość, nasz kłopot*, *Gazeta Wyborcza*, 27./28.4.02. Die Wirkung dieses Begriffes auf die östlichen Grenzminoritäten Polens beschrieb der polnisch-weißrussische Schriftsteller Sokrat Janowicz einmal so: „Die Weißrussen mögen die *kresy* nicht, diese Wortschöpfung Warschau-Krakauer Literaten des vergangenen Jahrhunderts. Er birgt die Vorstellung von Zweitrangigkeit, eines Randes. Der Begriff der *kresy* hat einen eindeutig emotionalen Unterton, er ist die Projektion einer Nostalgie nach einer vergangenen, in der Regel imperialen Herrlichkeit“ (zit. nach Wojciech Maziarski, *Gdzie jest mój sąsiad?*, *Gazeta Wyborcza*, 6./7.1.01).

den insbesondere für die polnisch-ukrainischen Feindseligkeiten fragte und das gegenseitig verübte Unrecht thematisierte. Dabei wurde auch erstmals in einer breiteren Öffentlichkeit über die polnische Besetzung von Wilna im Jahre 1920 sowie über das besonders schmerzvolle Thema des polnisch-ukrainischen Bürgerkrieges gesprochen, der nicht mehr als bloße Selbstverteidigung, sondern als Vertreibung oder (im Falle Wolhyniens) als völkermordähnliche Aktion charakterisiert wurde.<sup>26</sup>

### 3.1.3 Identitätselemente und Argumentationsmuster

Zusammenfassend lassen sich in der polnischen Debatte über die östlichen Nachbarn 1919-1989 folgende Identitätselemente feststellen:

a) **Polen zwischen Deutschland und Russland:** Eine geschichtlich weit vor 1918 zurückreichende Konstante der polnischen Identität ist das Element „Polen zwischen Deutschland und Russland“.<sup>27</sup> Der polnische Staat sah sich spätestens seit den Schlesischen Kriegen nicht nur durch Russland, sondern auch durch Preußen in seiner Existenz bedroht. Die drei Teilungen Polens durch die „Heilige Allianz“ (Russland, Preußen, Österreich) in den Jahren 1772, 1792 und 1795 sowie die Russifizierungs- und Germanisierungspolitik Russlands und Preußens in ihren Teilungsgebieten zerstörten nicht nur den polnischen Staat, sondern erzeugten innerhalb der polnischen Nation insbesondere das Gefühl der Einkreisung durch Feinde.

Auch die wiedererlangte Souveränität nach 1918 verminderte nicht die Ängste des Gefangen-Seins zwischen zwei europäischen Großmächten, verstärkt durch die mehr oder minder offen revisionistische Politik Deutschlands und der UdSSR. Jedoch entwickelten sich zwei beherrschende Argumentationsmuster aus dieser Mittellage: einerseits die anti-deutsche Haltung der Nationaldemokraten, gepaart mit der außenpolitischen Handlungsempfehlung eines engen Bündnisses mit Frankreich, dem wichtigsten Land der großen polnischen Emigration des 19. Jahrhunderts – andererseits die primär gegen Russland und später gegen die Sowjetunion gerichtete, Deutschland eher neutral gegenüberstehende und stark antikommunistische Orientierung der *Sanacja* um Józef Piłsudski. Da keine dieser sich grundsätzlich ausschließenden Optionen bis 1939 die Oberhand gewinnen konnte, ergab sich ein außenpolitisches Lavieren, das mehr und mehr vom Argumentationsmuster eines starken Polens als regionaler Vormacht in Ostmitteleuropa geprägt war.

In der Nachkriegszeit ergab sich durch die mit Hilfe der Sowjets durchgesetzte kommunistische Machtübernahme ein neues Bild: Das „ewige Bündnis“ mit der UdSSR und die antideutsch geprägte Grundhaltung der PRL – verstärkt durch die immer wieder auftretenden starken Spannungen mit der DDR (u.a. 1956, 1968, 1981) – bestimmten alle offiziellen Argumentationsmuster. Während die Londoner Emigrationsregierung die antideutsche Stoßrichtung nicht in Frage stellte, bestritt ab Anfang der fünfziger Jahre die polnische Emigration, seit den siebziger Jahren auch die illegale innerpolnische Opposition diese außenpolitischen Leitlinien. Diesen Gruppen gelang – und das sollte wesentlich für die Zeit nach 1989 sein – die Einbringung von dem Regierungsdiskurs explizit entgegengerichteten, am gesamten außenpolitischen Fundament des Ostblocks rüttelnden

<sup>26</sup>ŁOSSOWSKI 1991; SERCZYK 1987: 129; Rzeczpospolita, 5./6.1.91, Tadeusz Olszański, Pamięć o kresach – tak, ale jaka?, Reaktionen darauf: Rzeczpospolita, 2./3.2.91; vgl. auch OLSZAŃSKI 2001: 61-89, MOTYKA 1999.

<sup>27</sup>Siehe diesbezüglich etwa bereits das Buch von BOHEŃSKI 1937 unter dem Titel „Zwischen Deutschland und Russland“ und den Aufsatz von WÓYCICKI 1989.

Argumentationsmustern, die zunehmend die oppositionelle Elite im Lande beeinflussten.

**b) Polentum (*polskość*):** Dieses Element spielte in der Zwischenkriegszeit für alle an der nationalitätenpolitischen Debatte Beteiligten eine entscheidende Rolle, wenngleich die Betonung des ethnisch Polnischen von Seiten der Nationaldemokraten stärker war als durch die *Sanacja*. Pole zu sein bedeutete demnach insbesondere, Träger einer „zivilisatorischen Mission“ gegenüber den östlichen Nachbarn zu sein und diesen Völkern Fortschritt und (polnische) Kultur zu bringen. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterdrückte die volkspolnische Regierung zwar diese Idee einer „zivilisatorischen Mission“ in Osteuropa, gleichzeitig blieb jedoch der Gedanke des ethnischen Polentums und der nationalen Homogenisierung nach innen hin das bestimmende Moment der Nationalitätenpolitik.

Der *Kultura* und den innerpolnischen Oppositionsgruppen gelang es indes ab den fünfziger Jahren, an das Identitätselement *polskość* allmählich neue Argumentationsmuster zu knüpfen: Eine zentrale Position bei den Ansätzen zu einem Bruch mit dem überkommenen nationalen Dogmatismus, der politischen Ordnung der dreißiger Jahre und einer Umwertung der nationalen Tradition (und damit auch der nationalen Identität) nehmen dabei die in Polen durch die *Kultura* bekannt gewordenen Werke von Witold Gombrowicz ein (vor allem sein Roman „Trans-Atlantyk“<sup>28</sup>), ergänzt durch die Erzählungen von Gustaw Herling-Grudziński und die Prosa von Marek Hłasko. Daneben sind vor allem der liberale Exil-Essayist Jerzy Stempowski und der Lyriker und Nobelpreisträger Czesław Miłosz zu nennen (SZARUGA 2000: 102, POMIAN 2000: 57-61, ZADENCKA 1995). Die politische Dimension des Instituts von Jerzy Giedroyc in Maisons-Laffitte muss also gerade auch aus einem weiten kulturellen Kontext heraus begriffen werden. Dass die *Kultura* diese Neuformierung der polnischen Identität dazu nutzen wollte, die Polen aus der Isolierung, aus dem politischen, kulturellen und intellektuellen Ghetto herauszuführen, daran kann kein Zweifel bestehen (POMIAN 2000: 93).

Giedroyc und Mieroszewski verankerten ferner im Element *polskość* einen Nexus zwischen „Demokratie“ und „Freiheit“. Daraus entwickelte die *Kultura* ein Argumentationsmuster, das sich gegen alle Unabhängigkeitskonzepte wandte, die Polen wieder in der alten autoritären oder totalitären Ordnung der dreißiger Jahre wiederauferstehen lassen wollten (KOŁAKOWSKI 1973), und sprach sich für die Anerkennung der Veränderlichkeit von Kultur und Werten aus.

**c) Polen als europäisches Land:** Die Zwischenkriegszeit war markiert von der übereinstimmenden Ansicht der beiden dominierenden politischen Lager (*Sanacja* und *Endecja*), Polens Funktion sei diejenige eines Vorpostens oder sogar einer Mauer des Westens gegenüber Osteuropa. Das Argumentationsmuster der Nationaldemokraten stellte dabei insbesondere (in Abgrenzung zur orthodoxen und zur unierten Kirche) auf den polnischen Katholizismus ab, das Piłsudski-Lager argumentierte vor allem aus einem antikommunistischen und latent auch antirussischen Selbstverständnis heraus. Beide bezogen jedoch weit-

<sup>28</sup>In „Trans-Atlantyk“ beschäftigt sich Gombrowicz auf fast satirische Weise mit dem traditionellen Polentum vor 1945, das er als eine Festung beschreibt, in der sich die Polen wie in einem Ghetto verschanzten, sich von Feinden umgeben fühlten und den Kontakt mit der Außenwelt fürchteten. Damit plädierte der Schriftsteller in philosophischer Hinsicht vor allem für ein freies Individuum, das sich *a priori* keinem Kollektiv – insbesondere nicht der ethnischen Nation – unterordnen müsse (POMIAN 2000: 62f).

gehend einheitlich Position für eine Stellung Polens als Vorposten der westlichen Welt.<sup>29</sup> Jedoch interpretierte die *Sanacja* diese Funktion nicht nur in Abgrenzung vom (als kommunistisch oder muslimisch wahrgenommenen) Osten, sondern behielt gleichzeitig stark paternalistisch gefärbte Ideen eines polnischen Kulturtransfers in die Ostgebiete und einer polnischen zivilisatorischen Mission im Osten bei (siehe Anmerkung 1 dieses Kapitels).

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderten sich durch die radikalen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen im kommunistischen Polen auch die Argumentationsmuster im Zusammenhang mit der Frage nach Polens Funktion als Brücke oder Vorposten. Nunmehr war Polen im offiziellen Diskurs – geographisch eingebettet zwischen UdSSR und DDR – allenfalls noch ein westlicher Vorposten des Ostens und hatte keinerlei Brückenfunktion zwischen Ost und West zu erfüllen. Dass indes das Argumentationsmuster „Brücke zwischen West und Ost“ unterschwellig weiter aktiv war, belegte die relativ zu anderen Ostblock-Ländern große (Reise-) Freiheit für die Staatsangehörigen der „lustigsten Baracke des Sozialismus“ sowie die Rezeption derjenigen Diskurse in Polen, die insbesondere die Brückenfunktion Polens zwischen Ost und West betonten.<sup>30</sup> Bemerkenswert ist hier ein weiteres Mal der Beitrag der *Kultura*, die das Muster der „Brücke“ durch die Begriffe „Europa“ und „Westen“ mit einem anderen als dem offiziellen Inhalt füllte: Auf die Frage, wie Polen mit der einmal errungenen Unabhängigkeit umgehen sollte, antwortete die *Kultura* mit „Europa“ – und bezog damit Stellung für eine Ordnung, die die Grundwerte von Demokratie, Menschenrechten und Minderheitenschutz ins Zentrum stellt. Giedroyc und Mieroszewski interessierten sich ferner eingehend für den europäischen Einigungsprozess und kritisierten in diesem Zusammenhang sowohl die Londoner Emigration als auch Europaskeptiker wie de Gaulle und Churchill (POMIAN 2000: 105). Daneben betonte die *Kultura* in höchst praktischer Weise die Affinität zum „Westen“: Durch die breite Palette von Meinungen – Giedroyc lehnte nur den Abdruck von orthodox-kommunistischen sowie nationalistischen oder klerikalen Artikeln ab – führte die Zeitschrift die Leser allmählich und fast unbemerkt an die Gepflogenheiten einer pluralistischen Ordnung heran (POMIAN 2000: 142f). Giedroyc und Mieroszewski schlossen beispielsweise eine kommunistische Regierungsbeteiligung in einer demokratisch gewählten polnischen Regierung nicht *a priori* aus (POMIAN 2000: 94f). Insgesamt kann man somit durchaus von einer „Europäisierung“ und „Verwestlichung“ Polens, zumindest aber der oppositionellen Elite des Landes, schon vor 1989 sprechen.

**d) Polen als Handelsstaat** : Ein ergänzendes Identitätselement kristallisierte sich schließlich im Laufe der PRL durch die zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Fragen in der Innen- und Außenpolitik heraus. Da Polen insbesondere im Laufe der siebziger Jahre einen gewaltigen Schuldenberg bei internationalen Gläubigern anhäufte und seine binnenwirtschaftlichen Strukturprobleme nicht in den Griff bekam, geriet die polnische Außenhandelsbilanz immer tiefer in die roten Zahlen hinein. Zwar war das Land im Rahmen des RGW an ein starres Außenhandelssystem gebunden, das statt nach Weltmarktpreisen nach einem für Polen ungünstigen Transferrubelsystem funktionierte und somit nicht die dringend benötigten Deviseneinnahmen für Technologieimporte ermöglichte. Ei-

<sup>29</sup>Diese Funktion Polens als ein westlicher Vorposten findet ihren Ursprung in der siegreichen Türken-schlacht vor Wien im Jahre 1683 unter dem Kommando des legendären polnischen Kronhetmans und späteren Königs Jan Sobieski.

<sup>30</sup>So betonte etwa der ukrainische Kulturminister 1993: „Polen war das einzige Land, durch das freies Gedankengut und demokratische Ideen aus dem Westen zu uns gelangten“ (PAP, 28.6.93).

ne Umorientierung dieses Systems war somit unmöglich und wurde offiziell auch nicht als wünschenswert erachtet. Doch kann man aufgrund der zunehmend dramatischen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Polen durchaus von der allmählichen Herausbildung eines funktionalen polnischen Identitätselements „Handelsstaat“ sprechen, das durch erhöhte Ausfuhren auf eine Verbesserung der für Polen seit Mitte der siebziger Jahre immer ungünstigeren Handelsbilanz abzielte.

### 3.1.4 Bestimmungsfaktoren der Diskurshegemonie

**a) Äußere Faktoren:** Polen war in der Zwischenkriegszeit kein Spielball der Siegermächte. Dennoch erreichte Warschau weder die Einrichtung eines insbesondere auch Deutschland und die Siegermächte umfassenden Minderheitenschutzsystems noch einen „Ost-Locarno“-Vertrag bei den Bemühungen um eine Verbesserung der eigenen Situation im internationalen Umfeld. Es kann deshalb kein Zweifel daran bestehen, dass der Diskursverlauf hinsichtlich außenpolitischer Themen maßgeblich von außen bestimmt wurde. In den internationalen Beziehungen fielen nach und nach immer weitere Handlungsoptionen weg (deutsch-sowjetischer Berliner Vertrag von 1926, Eintritt der UdSSR in den Völkerbund, Locarno-Verträge), vielfach verursacht auch durch eigene diplomatische Wagnisse (polnisch-sowjetischer Nichtangriffspakt, Bündnispolitik gegenüber der Kleinen Entente und der ČSR, Anschluss des Olsa-Gebietes).

Die Nachkriegszeit bis 1989 war noch stärker durch äußere Umstände bestimmt – vor allem durch den Aufbau des sowjetischen Systems in Polen und den Kalten Krieg. Das erzwungene Bündnis mit der UdSSR ließ keine andere Handlungsoption aufkommen. Die kühnen Pläne der Emigration und der innerpolnischen Opposition stellten jedoch nach und nach einige Axiome des von der Sowjetunion geschaffenen internationalen Systems in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg in Frage und versuchten zumindest, neue Handlungsoptionen aufzuzeigen (Blockfreiheit, Unabhängigkeit für die angrenzenden Sowjetrepubliken, deutsche Wiedervereinigung).

**b) Innenpolitisches Gefüge:** Ein weiterer Faktor zur Bestimmung der Diskurshegemonie ist das innenpolitische Gefüge. Während in der *Zwischenkriegszeit* keiner Partei die Errichtung einer Diskurshegemonie in außenpolitischen Fragen gelang, erreichte dies die *Endecja* (Nationaldemokratie) in der Nationalitätenpolitik: Da sie multinationale Staaten als machtpolitisch schwach und damit als Anachronismus ansah (PARUCH 1993: 88-93), brandmarkte sie die Parteien der Minderheiten erfolgreich als „antistaatlich“, so dass die Links- und Mittelparteien nicht mehr die zunächst noch mögliche Kooperation mit dem Minderheitenblock suchten. Das zwischen 1926 und 1935 offiziell eingeführte, eher auf Koexistenz abzielende Nationalitätenkonzept der *Sanacja* („Staatsassimilation“) konnte diese dominierenden Argumentationsmuster nicht durchbrechen und setzte sich – wie in den Verhaltensanalysen gezeigt – in der Praxis nicht durch. Nach dem Tode Piłsudskis dominierte die *Endecja* noch erheblich stärker als zuvor die Debatten und konnte die weiterhin herrschende *Sanacja* zunehmend auf nationaldemokratischen Kurs bringen. Den Minderheiten blieb dadurch letztlich nur die Wahl, Polen zu werden oder das Land zu verlassen (BARDACH 1993: 17, Anm.18), auch weil die polnische Bevölkerung die genannten Argumentationsmuster verinnerlicht hatte und politische Assimilation bei gleichzeitig fortbestehender Multikulturalität nicht akzeptieren wollte.

Für die *Nachkriegszeit* ist zur Bestimmung der Diskurshegemonie vor allem ein Blick auf *gesellschaftliche* Faktoren notwendig: Zwar errang die *Kultura* nicht die innerpolnische Diskurshegemonie, aber die Zeitschrift beeinflusste mit ihren Artikeln immer stärker die Haltung der polnischen Intelligenz gegenüber den polnischen Nachbarn. Genau auf dieser zweiten Ebene unterhalb der offiziellen Beziehungen, der Inspiration von Haltungen und der Wegbereitung für kulturelle Einflüsse, war die Bedeutung der *Kultura* im Vergleich mit Publikationen anderer Emigranten aus den damaligen Ostblock-Staaten einmalig.<sup>31</sup>

Besonders ab den siebziger Jahren wurde deutlich, dass die *Kultura* eine erfolgreiche Gratwanderung vollzog – ihr gelang die riskante Transformation und Neuformierung von in der polnischen Tradition fest verwurzelten Haltungen (HABIELSKI 2000: 69); gleichzeitig hatte sie einen bedeutenden Anteil daran, dass der PZPR zunehmend die Diskurshegemonie entglitt, was an der Entwicklung einer „doppelten Sprache“ abzulesen war. Insbesondere konnte die Partei immer weniger die Deutungshoheit über so zentrale Begriffe wie „Freiheit“, „Unabhängigkeit“, „Demokratie“ und „Fortschritt“ beanspruchen. All diese Begriffe, ursprünglich zum Arsenal der Befürworter des Sowjetsystems in Polen gehörig, hatten sich gegen sie selbst gerichtet; eine Demonstration im Namen der „Freiheit“ brachte bereits in den siebziger Jahren Polizei und Bürgermiliz zu rigider Unterdrückung der Protestierenden (KOŁAKOWSKI 1973: 12f, KOŁAKOWSKI 1971: 18).

Insbesondere die schmale polnische Mittelschicht zeigte eine zunehmende Distanz zur offiziellen Sprache und setzte sie zunehmend in Anführungszeichen oder Klammern. Auf diese Weise hoffte man, sich so nach außen konformistisch zu geben, ohne dabei seine innere „Reinheit“ zu verlieren. Das Ergebnis war eine Ritualisierung der Sprache, die gleichzeitig den Erwartungen der offiziellen Zuhörerschaft wie auch der eigentlich angesprochenen gesellschaftlichen Gruppe gerecht werden musste.<sup>32</sup> Die Arbeiterschaft hingegen vermied mehr und mehr Begriffe der offiziellen Terminologie (etwa „Demokratie“, „Selbstverwaltung“) und wurde für ihre Forderungen zunehmend sprachlos. Dies führte in weiten Teilen der polnischen Gesellschaft zu einer wachsenden Entfremdung vom öffentlichen Leben und desintegrativen Tendenzen auf der Mikroebene, etwa in Familien oder Betrieben (STANISZKIS 1979: 178f).

Wie folgenreich die Arbeit der *Kultura* und später der innerpolnischen Opposition war, zeigte sich seit Mitte der achtziger Jahre, als im Ostblock die Zeit der Entkolonialisierung einsetzte. Ein bedeutender Teil der polnischen politischen Eliten *war* darauf vorbereitet, einen Dialog mit den unmittelbaren östlichen Nachbarn Polens und auch der russischen Intelligenz aufzunehmen.<sup>33</sup> Insgesamt erscheint es deshalb angebracht, im Falle der polni-

<sup>31</sup>FRISZKE 2000: 44. Damit soll nicht die Leistung der Londoner Emigrationsregierung in Abrede gestellt werden, zumindest zur Wahrung der patriotischen Tradition beigetragen zu haben, die zu mehr gedient hat als nur die eigenen Reihen zu schließen (zu einem einführenden systematischen Vergleich des Londoner und Pariser Exils siehe HABIELSKI 2000). Es erscheint jedoch paradox, dass 1990 während der Amtseinführung Präsident Wałęsas mit der Übergabe der Herrschaftsinsignien, die der polnische Präsident 1939 mit in die Emigration genommen hatte, die zuvor völlig marginalisierte Londoner Emigrationsregierung zum Verbindungsglied zwischen dem Exil und Polen und auch zwischen Zweiter und Dritter Republik wurde.

<sup>32</sup>KOŁAKOWSKI 1971: 4-8 benannte die Degradierung der geistigen und moralischen Intelligenz sowie die Umkehrung der Bedeutung von Begriffen durch die Förderung von Servilität, Unselbständigkeit und Mittelmäßigkeit als einen von sieben Gründen für die Unreformierbarkeit des sowjetischen Typus des Sozialismus.

<sup>33</sup>Zwar entwickelte sich dieser Dialog mit Russland wesentlich schwerfälliger, was zum einen an der Kraft der noch stärkeren Stereotypen und den Folgen der kommunistischen Zwangsfreundschaft lag, zum anderen aber vor allem an der Schwäche der oppositionellen Eliten Russlands, das Steuer der Politik des neuen Russlands nach 1991 festzuhalten.



schen Debatte über die östlichen Nachbarn von einer Übernahme der Diskurshoheit durch die oppositionellen polnischen Eliten noch zu kommunistischen Zeiten zu sprechen.

## 3.2 Die polnische NATO-Beitrittsdebatte (1989-1995)

### 3.2.1 Einleitung

Nach 1989 fand in Polen, Russland und den NATO-Staaten eine umfassende sicherheitspolitische Debatte statt, die in militärischen Belangen insbesondere die Frage nach einer möglichen polnischen NATO-Mitgliedschaft berührte. Zu Anfang der neunziger Jahre war dieser Beitritt alles andere als unumstritten. Die Spanne der debattierten Handlungsoptionen reichte von einer polnischen Neutralität über eine Auflösung der NATO, ein gemeinsames Sicherheitssystem unter dem Dach der KSZE/OSZE und verschiedene Formen der Einbindung Polens in die NATO bis hin zur polnischen Vollmitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis. Daraus ergaben sich im wesentlichen je eine internationale und eine innerpolnische Debatte, die auch das Verhältnis Litauens, Weißrusslands und der Ukraine zur NATO thematisierten:

- die internationale Debatte um die Rolle Russlands bei einer eventuellen NATO-Erweiterung,
- die internationale und innerpolnische Debatte um Polens bündnispolitischen Status zwischen „Finnlandisierung“<sup>34</sup> und NATO-Vollmitgliedschaft sowie um die demokratische Kontrolle und den zivilen Oberbefehl über die Streitkräfte.

Der zeitliche Endpunkt der Untersuchung dieser Debatte wurde bewusst auf das Jahr 1995 gelegt, da sich zu diesem Zeitpunkt nicht nur innerpolnisch, sondern auch im internationalen Kontext, insbesondere durch die Überwindung russischer Widerstände gegen die NATO-Osterweiterung, eine klare Beitrittsoption für Polen ergeben hatte und die NATO sich gleichzeitig erstmals zu individuellen Verhandlungen mit den Ostmitteleuropäern über eine mögliche Mitgliedschaft bereit erklärte.

Die polnische Debatte über den NATO-Beitritt eignet sich aus mehreren Gründen besonders gut für die Herausarbeitung von Identitätselementen und Argumentationsmustern der polnischen Ostpolitik: Zum einen ist sie die vielleicht einzige schon wirklich abgeschlossene Debatte über eine außenpolitische Grundentscheidung Polens nach 1989, die insbesondere auch das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn betrifft, zum anderen handelt es sich (neben dem angestrebten EU-Beitritt) um die wichtigste und zukunftsweisendste außenpolitische Positionierung der Dritten Republik. Schließlich ist sie auch das methodisch angestrebte Gegengewicht zum ersten Teil dieses Kapitels, der eine Debatte *vor* 1989 beschreibt.

### 3.2.2 Diskursverlauf und Diskursstruktur

Am Anfang der außenpolitischen Neuorientierung Polens nach 1989 standen zwei von der Regierung Mazowiecki entwickelte Grundsätze, die bis heute der Rahmen für die polnische Außen- und speziell Ostpolitik sind:

<sup>34</sup>Zum Begriff der „Finnlandisierung“ als einem unbestimmten Status zwischen Ost und West siehe MENKISZAK 1998, KERNER/STOPINSKI 1990.

- die Herstellung von einheitlich gutnachbarschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen gleichzeitig zu Deutschland und zu Russland („Theorie der zwei Freunde“), womit insbesondere die „Theorie der zwei Feinde“ der Zwischenkriegszeit radikal abgelehnt wurde, die sich gleichzeitig gegen Russland und Deutschland gerichtet hatte
- die Absage an eine polnische Außenpolitik, die Gegensätze zwischen Russland, der Ukraine, Weißrussland und den baltischen Staaten ausnutzte, um die östlichen Nachbarn gegeneinander auszuspielen (KOBRIŃSKAJA 1998: 41f).

Ein erstes zentrales Unterfangen der polnischen Außenpolitik war die Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW, die formell am 28. Juni bzw. am 1. Juli 1991 stattfand. Dadurch wurde insbesondere das polnische Gefühl von Sicherheit und tatsächlicher Souveränität gestärkt.<sup>35</sup> Durch die Auflösung der UdSSR und den Willen ihrer Nachfolgestaaten zu einem demokratischen Neuanfang sah man in Warschau eine historische Chance für die Erhöhung der eigenen Sicherheit.

Am 2. November 1992 waren vom „Komitee für Landesverteidigung“ (KOK), dem bis Ende 1992 nominell höchsten sicherheitspolitischen Gremium Polens,<sup>36</sup> die „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ und die „Verteidigungsstrategie der Republik Polen“ verabschiedet worden, die eine polnische NATO-Vollmitgliedschaft zum Ziel erklärten.<sup>37</sup> Damit war eine deutliche Zäsur in der polnischen Debatte über Sicherheit erreicht: Während zuvor oder teilweise noch gleichzeitig auch Handlungsoptionen im Gespräch waren, die Polen die Stellung einer regionalen Ordnungsmacht zuschrieben oder die Schaffung einer „NATO-II“<sup>38</sup> erwogen, reduzierte sich der Regierungsdiskurs (noch nicht aber die

<sup>35</sup>Die Auflösung dieser Organisationen war bereits zuvor beschlossene Sache, schon am 25.2.91 waren im gegenseitigen Einvernehmen aller Vertragsparteien die Militärstrukturen gelöst worden, am 1.4.91 hatte der politische Ausschuss des Paktes seine Tätigkeit beendet. Die Einbrüche im polnischen Export in die UdSSR/GUS ließen jedoch auch die Überzeugung reifen, dass man mit dem ehemaligen Hegemon zu einem neuen Einvernehmen gelangen müsse (SKUBISZEWSKI 1991: 16, NOWAKOWSKI 1991: 85).

<sup>36</sup>Dessen Kompetenzen wurden am 13.12.91 vom Präsidenten per Verfügung (*zarządzenie*) geregelt (*Monitor Polski* 1991, Nr. 47, Pos. 332).

<sup>37</sup>Die beiden Dokumente wurden am 3.11.92 in der Rzeczpospolita veröffentlicht und ersetzten formell die provisorische Verteidigungsdoktrin der Republik Polen vom 21.2.90, abgedruckt in: Zbiór dokumentów. PISM, Warszawa 1/1991: 34-46. Das Ziel des NATO-Beitrittes hatte Premier Suchocka schon im Oktober 1992 öffentlich verkündet (Ansprache von Premier Suchocka zur Eröffnung des Akademischen Jahres der Katholischen Universität Lublin (KUL) am 18.10.92, Kopie des Manuskriptes im Besitz des Autors).

<sup>38</sup>Doktryna obronna prawie gotowa, Rzeczpospolita, 28.10.92. Ebenfalls im November 1992 hatte Präsident Wałęsa erhebliche internationale Aufmerksamkeit und innenpolitische Unruhe mit seinem nicht mit der Regierung konsultierten Programm einer „NATO-II“ erregt. Das Konzept sah eine Sicherheitszone der neuen unabhängigen und blockfreien Staaten zwischen Deutschland und Russland und zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer vor. Sie beinhaltete die Bildung gemeinsamer Streitkräfte der ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Länder unter der Ägide der NATO zur gemeinsamen Konfliktverhütung in diesen Ländern sowie gegenseitige Grenzgarantien, wünschte aber explizit eine Ausdehnung der NATO-Strukturen auf Ostmittel- und Osteuropa. Das Arsenal an Massenvernichtungswaffen sollte unter Kontrolle der NATO stehen, die Vertragspartner sollten außerdem gemeinsam Sanktionen gegenüber eventuell vertragsbrüchigen Parteien durchsetzen (WIZIŃSKA 1996: 186, KOBRIŃSKAJA 1998: 40). Außenminister Skubiszewski bewertete diese Konzeption von Anfang an als für Polen gefährlich, da sie sich gegen Russland und Deutschland zugleich richte, und lehnte sie ab (SKUBISZEWSKI 1992: 39f), so dass eine Kennerin der Szenerie zu dem Ergebnis kam, der Vorschlag des Präsidenten sei „eher eine Erscheinung des spezifischen Stils seiner Präsidentschaft als eines eigenen politischen Konzeptes des Belweder“ (Sitz des Präsidenten, STACHURA 1992: 282) gewesen.

gesamte polnische Debatte) ab diesem Zeitpunkt auf eine volle NATO-Integration. Bevor jedoch auf diese innerpolnische Debatte unter b) eingegangen wird, soll zunächst die internationale Diskussion um die Rolle Russlands bei einer eventuellen NATO-Erweiterung beleuchtet werden.

**a) Die internationale Debatte: „Kein Vetorecht für Russland“:** Diese Option eines NATO-Beitrittes der polnischen Regierung geriet außenpolitisch spätestens durch das im Januar 1993 bekanntgewordene „Außenpolitische Konzept der Russischen Föderation“ unter Druck, das von den „historischen Interessen Russlands“ in Ostmitteleuropa sprach.<sup>39</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres 1993 beharrte der Kreml immer wieder auf dem Recht eines Veto gegenüber einer NATO-Osterweiterung, da sonst eine neue Teilung Europas drohe und Russland – ein Argument, das auch vielfach von westlichen Politikern vor allem aus Großbritannien, Frankreich und Italien (KOSZEL 1996: 54) aufgegriffen wurde – in die Isolierung gerate.<sup>40</sup> Im polnischen Diskurs wurde diese Politik spätestens ab 1993 ganz überwiegend als „eigentümlich negativ“ bewertet, die die Beziehungen Polens zum Westen blockieren und torpedieren wolle. Insbesondere wurde kritisiert, dass der russische Diskurs vom „Verlust“ Ostmitteleuropas sprach, euphemistisch eine „Großmachtverantwortung“ betonte und die Politik des Kremls eher an den Westen als an Polen gerichtet war (BRATKIEWICZ 1993: 130).

Dabei wurde der russische Schlingerkurs in der Frage der NATO-Osterweiterung nach dem Besuch von Boris El'cin in Warschau im August 1993 evident: Während der russische Präsident in einem gemeinsam mit Präsident Wałęsa veröffentlichten Kommuniqué (Informator Kancelarii Prezydenta, 24-31.8.1993: 3) die souveräne Wahl Polens in der Frage des Militärbündnisses anerkannte und diese nicht als den russischen Interessen entgegen gerichtet bezeichnete, relativierte er dieses Zugeständnis einen Monat später in einem Brief an die Regierungen der USA, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens.<sup>41</sup>

<sup>39</sup>Siehe die Sondernummer des *Diplomatičeskij Vestnik*, Januar 1993: 13; zahlreiche Quellenverweise zu russischen Äußerungen siehe BRATKIEWICZ 1993: 128f; CAŁKA 1995b: 24.

<sup>40</sup>LATAWSKI 1993: 78-80, KUŹNIAR 1993: 11. Außenminister Kozyrev betonte den Vorrang der Beziehungen zwischen Russland und der NATO, warnte vor einer „vorschnellen Aufnahme“ der ostmitteleuropäischen Staaten in die NATO und schlug u.a. eine Stärkung der KSZE vor (zahlreiche Quellenverweise zu diesbezüglichen russischen Äußerungen bei BRATKIEWICZ 1993: 128f, Anm. 2-8 und CAŁKA 1998: 43). Präsident El'cin machte darüber hinaus in einem Brief an die Westmächte deutlich, dass seiner Meinung nach die Beziehungen zwischen der NATO und Russland „um einige Grad Celsius wärmer“ sein sollten als zwischen der NATO und den ostmitteleuropäischen Staaten.

<sup>41</sup>KUŹNIAR 1993: 15, KOBRIŃSKAJA 1998: 79. Zusätzliche Verwirrung hatte schon vor dem Brief El'cins das russische Außenministerium mit folgender Stellungnahme ausgelöst: „Polen wird – wenn auch nicht jetzt und besser nicht der NATO – einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur beitreten. Offiziell haben wir keine Einwände; vor allem deshalb, weil unserer Meinung nach die Chancen Polens auf einen Beitritt zur NATO derzeit minimal sind“ (zit. nach PRYSTROM 1993: 45). Präsident Wałęsa gab seiner Enttäuschung über die Haltung der NATO und das Pfp-Programm in einem Interview für die *Financial Times* (16.12.93) deutlichen Ausdruck und stellte fest, dass Polen Pfp nur mit der Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft beitrete. Gleichzeitig war er durch die Haltung El'cins desavouiert worden, denn der polnische Präsident hatte noch im September eine Vertrauensbekundung für seinen russischen Kollegen und die Unterzeichnung der Deklaration vom August 1993 abgegeben (Informator Kancelarii Prezydenta 22.-29.9.93: 2). Außenminister Olechowski betonte ebenfalls, dass aus polnischer Sicht das Ziel des Pfp-Programmes vor allem die Verschiebung der Entscheidung über eine NATO-Erweiterung „um viele Jahre“ war (OLECHOWSKI 1995: 22, GOGOLEWSKA 1995: 174).

Nach dem Abzug der sowjetischen/russischen Streitkräfte aus Polen im Herbst 1993 trugen die Diskussionen um eine NATO-Mitgliedschaft in Polen keinen theoretischen Charakter mehr. Jedoch mußte neben dem russischen Widerstand auch die oft als „Gleichgültigkeit, Inkonsequenz oder sogar Ablehnung“<sup>42</sup> wahrgenommene Haltung des Westens sowie dessen offensichtliches Erstaunen über die polnischen sicherheitspolitischen Wünsche überwunden werden. Noch immer war Russland in Ostmittel- und Osteuropa eindeutig der wichtigste Ansprechpartner des Westens in sicherheitspolitischen Fragen: Der Grad der politischen Aktivität des Westens gegenüber Ostmitteleuropa blieb weiterhin vom Stand der Beziehungen mit Russland abhängig (KOBRIŃSKAJA 1998: 78). Polen beharrte jedoch wiederholt und nachdrücklich auf seinem Ziel einer NATO-Mitgliedschaft und warnte vor einer Anerkennung nationalistischer Tendenzen in Russland, die auch demokratische Kreise erfaßt hätten.<sup>43</sup>

Der polnische Regierungswechsel im Herbst 1993 verminderte nur vorübergehend das erhebliche polnisch-russische Misstrauen sowie die Spannungen und Vorurteile auf beiden Seiten.<sup>44</sup> Die unterschiedlichen Vorstellungen von Sicherheit und der Struktur der internationalen Beziehungen nach 1989 zwischen Polen und Russland blieben fundamental: Der neue (parteilose) Außenminister Olechowski entwarf im Februar 1994 das Bild einer gleichberechtigten „Partnerschaft für Transformation“ (OLECHOWSKI 1994: 17) und setzte als „untere Grenze“ einer polnischen Politik der Öffnung und des Wohlwollens gegenüber Russland die Anerkennung der strategischen Option der polnischen Außenpolitik – die Integration in die Strukturen der NATO, WEU und EU.<sup>45</sup> Er wurde dabei vom stellvertretenden Verteidigungsminister und Leiter des Büros für Nationale Sicherheit beim Präsidenten, Jerzy Milewski, unterstützt (MILEWSKI 1994). Der polnische Regierungsdiskurs wünschte also keine Isolierung Russlands, sondern bot eine „Partnerschaft“ und „Freundschaft“ an.<sup>46</sup>

Olechowskis russischer Kollege Kozyrev kritisierte jedoch schon den Begriff „Transformation“ als „unslawisch“, forderte eine an die KSZE angelehnte „gesamteuropäische Partnerschaft“ sowie gemeinsame russische und westliche *cross-security-guarantees* („Überkreuzgarantien“) für Ostmitteleuropa, die auf den gesamten Kontinent (!) ausgeweitet werden könnten.<sup>47</sup> Präsident El'cin wiederholte auf dem KSZE-Gipfel im Dezember 1994

<sup>42</sup>PRYSTROM 1995: 35. Im Januar 1994 reiste US-Vize-Außenminister Talbott, Koordinator der amerikanischen Russland- und Ostmitteleuropa-Politik, nach Polen und in die Slowakei und erklärte auf der abschließenden Pressekonferenz in Warschau: „Der wichtigste Faktor polnischer Sicherheit am Ende des gegenwärtigen und am Anfang des nächsten Jahrhunderts sind demokratische und marktwirtschaftliche Veränderungen in Russland. Das ist die wichtigste Botschaft, die ich nach Warschau mitgebracht habe“ (zitiert nach KOBRIŃSKAJA 1998: 81).

<sup>43</sup>Henryk Szlajfer, Partnerstwo bez dramatu, *Gazeta Wyborcza*, 12.11.93; Mniej kompleksów, *Polityka*, 23.11.96. Jedoch mußte Warschau spätestens nach der Deklaration der Präsidenten El'cin und Wałęsa über die gegenseitige Zuerkennung der vollen Bündnisfreiheit, die in NATO-Kreisen nicht das in Polen erhoffte Echo für die Aufnahme neuer Mitglieder auslöste, erkennen, dass die Zurückhaltung der NATO zur Osterweiterung auch andere Gründe als den russischen Standpunkt hatte (PRYSTROM 1993: 44).

<sup>44</sup>Siehe die Artikel von Außenminister Kozyrev, Nie ńekajmy się więcej, *Gazeta Wyborcza*, 10-11.11.93 und von Außenminister Olechowski, K czemu stremitsja Pol'sa, in: *Izwestija*, 1.12.93.

<sup>45</sup>Andrzej Olechowski: Pragniemy ocieplenie stosunków z Rosją, *Rzeczpospolita*, 18.2.94. Schon 1992 hatte Verteidigungsminister Onyszkiewicz das Nordatlantische Bündnis als ein Element der Sicherheitsstrukturen in ganz Europa bezeichnet (PRYSTROM 1992: 49).

<sup>46</sup>Diese beiden Begriffe wollte der polnische Außenminister vor allem mit einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit füllen, siehe dazu Kapitel 5 und 6 dieser Arbeit, Fallstudie „Außenwirtschaft“.

<sup>47</sup>KOZYREV 1994: 28f, CAŁKA 1995b: 96. Der polnische Diskurs bewertete die russische Position als „demonstrative Geringschätzung“ der polnischen Vorschläge und betonte, dass „die russische Seite die

in Budapest diese Vorschläge. Ostmitteleuropa sei weiterhin eine Zone vermindelter Sicherheit und kein Subjekt, sondern Objekt der europäischen Beziehungen. Staaten, die die Sicherheit Ostmitteleuropas garantierten, hätten ferner das Recht, andere Bereiche der politischen Zukunft dieses Raumes zu bestimmen, so der russische Präsident. Der polnische Diskurs reagierte auf das Schweigen der westlichen Staaten zu diesen Thesen mindestens so verärgert wie auf die russischen Pläne selbst.<sup>48</sup> Polen kritisierte an der Haltung des Westens insbesondere, dass der Einfluss der Frage der NATO-Osterweiterung auf die Demokratisierung in Russland entgegen allen westlichen Befürchtungen nur einen minimalen oder überhaupt keinen Einfluss habe. Dieser russische NATO-Diskurs beraubte die Europa- und NATO-skeptische polnische Linke – wie auch Teile der Rechten – ihrer Argumente und ließ sie umso deutlicher auf eine NATO-freundliche Linie einschwenken. Er zeigte jedoch vor allem auch, dass eine Ausklammerung politischer Fragen bei gleichzeitiger Konzentration auf Aspekte wirtschaftlicher Zusammenarbeit nicht möglich war.

Im Januar 1994 begann das von Polen wie auch den anderen Visegrád-Staaten als halbherzig kritisierte (KOBRIŃSKAJA 1998: 67) *Partnership for Peace*-Programm (PfP) der NATO für die ostmittel- und osteuropäischen Staaten. Im polnischen Diskurs kam daraufhin im Winter 1993/94 nicht unbegründet die Angst vor der politischen Erpressbarkeit des Westens durch Russland auf. PfP wurde gelegentlich mit den wenig schmeichelhaften Begriffen „Partnerschaft um des lieben Friedens willen“<sup>49</sup> sowie *Partnership for Appeasement* (PRYSTROM 1995: 33, KOBRIŃSKAJA 1998: 67) versehen, mit dem den Ostmitteleuropäern eine volle NATO-Mitgliedschaft im Interesse Russlands verwehrt werden sollte. Andererseits setzte mit dem Beginn des PfP-Programmes eine neue Tendenz im Diskurs der NATO-Staaten ein, eigene Sicherheitsinteressen in Ostmittel- und Osteuropa zu betonen. Sie betrieben daraufhin erstmals eine Individualisierung ihrer Politik gegenüber den postsozialistischen Staaten (KOBRIŃSKAJA 1998: 66).

Der polnische Diskurs blieb dagegen insgesamt unverändert: Der Wunsch nach einer engen Integration in die NATO wurde 1993 sowohl von der letzten *Solidarność*-Regierung wie auch von Präsident Wałęsa (Brief vom 14. September 1993 an die 16 NATO-Mitgliedstaaten und den NATO-Generalsekretär) und von Außenminister Olechowski in Washington und Bonn am Jahresende 1993 vorgetragen. Die WEU-Assoziierung Polens am 9. Mai 1993 wurde in diesem Zusammenhang in Warschau wie auch in Brüssel nicht alternativ, sondern komplementär und als Mittel zum Zweck, dem angestrebten NATO-

---

politische Emanzipation des polnischen Partners nicht akzeptiert“ hätte. Jedoch wurde im nachhinein zugestanden, dass die polnischen Vorschläge zumindest „verfrüht“ (CALKA 1998: 40) gewesen seien. Der Ton der russischen Presse nach dieser Konfrontation war ausgesprochen scharf. Besonders stach der Versuch hervor, Polen im Westen als russophobes Land zu präsentieren, dessen Aufnahme in die NATO aufgrund seiner schlechten Beziehungen mit Russland eine Gefahr für den Westen sei. Als Indikator dieser angeblichen „Russophobie“ nannte die russische Presse unter anderem, dass Außenminister Olechowski auf einer internationalen Konferenz in Krakau mit seinem Amtskollegen Kozyrev in englischer Sprache diskutiert habe (Nowoe Vremja, 8.3.94, CALKA 1995b: 96f).

<sup>48</sup>PRYSTROM 1995: 36. Polen legte im Anschluss an diese russischen Ideen der KSZE/OSZE ein eigenes Konzept vor (Polish Concept of the Security Model, Vienna, 18-19 September 1995 (OSCE-Dokument PC/58/95), Talking Points at the Second Meeting, Vienna, 26 January 1996 (OSCE-Dokument PC/82/96)). In Kiev rief die polnische Entscheidung zugunsten einer NATO-Mitgliedschaft dagegen keine Proteste hervor, wurde indes zu Anfang mit großer Vorsicht aufgenommen (OLSZAŃSKI 1998: 156).

<sup>49</sup>Adam Daniel Rotfeld: Partnerstwo dla spokoju. W Europie zmieniło się wszystko z wyjątkiem sposobu myślenia, *Polityka* 3/1994, 15.1.94.

Beitritt, verstanden.<sup>50</sup>

Das Pfp-Programm, das keine Termine für eine Mitgliedschaft oder Sicherheitsgarantien nannte, war indes gleichzeitig der Beginn eines Durchbruches und damit nur ein Pyrrhussieg Moskaus: Der polnische Standpunkt fand nun zunehmend Gehör, beginnend mit dem deutlichen Signal der USA während des Besuches von Außenminister Olechowski in Washington im Dezember 1993, der Grundsatzentscheidung des NATO-Gipfels vom Januar 1994 und dem Beschluss der US-amerikanischen Regierung, dass am Ende des Pfp-Programmes die Öffnung der NATO für neue Mitglieder stehen *könne*.<sup>51</sup> Diese allmähliche Umorientierung in Brüssel fand ihre Fortsetzung auf den beiden NATO-Außenministertreffen im Jahre 1994, bei denen eine Expertengruppe zur Festlegung von Bedingungen für eine Vollmitgliedschaft eingesetzt wurde, die auch russische Wünsche berücksichtigte (KOBRIŃSKAJA 1998: 81f). Im Dezember 1994 entschied der Rat insbesondere über den Beginn einer Diskussion zur Erweiterung und betonte, das Bündnis sei defensiv, gegen niemanden ausgerichtet und wolle die Stabilität in Europa erhöhen, jedoch habe niemand ein Vetorecht gegen eine solche Entscheidung. Diese Prioritäten bestätigte Präsident Wałęsa in einem Briefwechsel mit US-Präsident Clinton ausdrücklich.<sup>52</sup> Im Dezember 1996 bestätigte schließlich der NATO-Außenministerrat das Ziel der Aufnahme neuer Mitglieder bis April 1999.

Der polnischen Regierung gelang es somit insgesamt, die NATO-Mitglieder mit folgenden Argumenten davon zu überzeugen, die Handlungsoption einer Neutralisierung oder

<sup>50</sup>PRYSTROM 1995: 37; KUŹNIAR 1993: 15, PRYSTROM 1993: 48, 52; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski; Interview mit dem WEU-Generalsekretär, Gazeta Wyborcza, 22.11.93.

<sup>51</sup>KOSZEL 1996: 55, GOGOLEWSKA 1995: 174, PRYSTROM 1993: 47; Andrzej Olechowski, Jak opuścić szarą strefę bezpieczeństwa. Polska chce do NATO, Rzeczpospolita, 29.12.93. Im Dezember 1993 wurde daraufhin eine interministerielle Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Kanzlei von Präsident Wałęsa ins Leben gerufen, um die Möglichkeiten von Pfp auszuloten, dem Polen am 2.2.94 beitrat (RPPZ 1993: 144). Die wichtigste Neuerung von Pfp im Unterschied zum im Dezember 1991 gegründeten Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC) bestand in der Möglichkeit für die Partner, selbständige Vorschläge einer individuellen Zusammenarbeit mit der NATO auszuarbeiten. Einen entsprechenden Plan reichte Polen bereits am 25.4.94 ein und legte am 5.7.94 als erster Staat einen mit der NATO ausgearbeiteten *Individual Plan for Partnership* vor (KOBRIŃSKAJA 1998: 81, NOWORYTA 1995: 11, ŚWIETLIŃSKI/WŁODARSKI 1995: 66f). Dem NACC gehörten ab 1992 neben den ostmitteleuropäischen Staaten auch alle GUS-Staaten an. Seine Hauptaufgabe war die Einrichtung eines Forums für technische Konsultationen, Abrüstungsgespräche, die Restrukturierung der Waffenindustrie sowie die Kontrolle der Atomwaffen der GUS-Staaten (PRYSTROM 1992: 51). Polen forderte rasch eine Erweiterung des Mandats des NACC, das nach Warschauer Plänen auch als Forum für die Suche nach gemeinsamen Lösungen sowie als Basis einer Zusammenarbeit in möglichen Krisenfällen sowie in Abrüstungsfragen dienen sollte (SKUBISZEWSKI 1991: 18). Die NATO lehnte den Wunsch Polens und der übrigen Visegrád-Staaten nach einer privilegierten Behandlung im NACC ab und verwandte das Gremium eher zur Etablierung eines Regimes von Abrüstungsverträgen sowie vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der KSZE (PRYSTROM 1992: 46, 52).

<sup>52</sup>OLECHOWSKI 1995: 23, vier Briefe Wałęsas an Präsident Clinton vom 8.6., 22.9., 25.11. und 2.12.94 (einsehbar in der Kanzlei des Präsidenten). Darauf folgte am 16.2.95 die Resolution H.R.7 des US-amerikanischen Kongresses, die den schnellstmöglichen Beitritt aller vier Visegrád-Staaten zur NATO befürwortete, wenn diese Staaten die vorgeschriebenen Kriterien erfüllten (KOBRIŃSKAJA 1998: 90). Dass die polnische Regierung das Schlagwort von der Erhöhung der Stabilität in Europa ernst nahm und nicht nur als Konsument von Sicherheit verstanden werden wollte, zeigen die Beteiligungen an KFOR (700 polnischen Soldaten als Teil des polnisch-ukrainischen Bataillons (POLUKRBAT), 123 polnische Polizisten), IFOR (300 polnische Soldaten sowie 52 Polizisten, letztere als Teil der *International Police Task Force*) und am Stabilitätspakt für Südosteuropa der EU. Seit November 2000 ist außerdem das deutsch-polnisch-dänische Korps in Stettin einsatzbereit (SIWIEC 2001: 33f), seit 1999 das gemeinsame polnisch-litauische Bataillon (LITPOLBAT).

„Finnlandisierung“ Polens fallenzulassen:

- das fortgesetzte russische Verständnis von den europäischen Beziehungen als ein „Großmächtekoncert“ sei nicht im Interesse der NATO-Mitglieder,
- der Kreml sei nicht ausreichend bereit, die Rolle der NATO als Stabilitätsfaktor in Europa anzuerkennen,
- Polen definiere sich nicht über eine Russophobie und trete nicht nur als Konsument von europäischer Sicherheit auf.<sup>53</sup>

Diese Argumente wirkten auf die NATO-Mitglieder nach und nach überzeugend und brachten den russischen Diskurs zu einer erheblich konzilianteren Haltung. Im Juni 1996 teilte der russische Außenminister Primakov den NATO-Außenministern mit, dass Russland keine Einwände gegen die NATO-Osterweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn habe, solange die NATO-Militärstrukturen nicht ausgeweitet und die baltischen Staaten keine Mitglieder würden (MERECKIS/MORKVĖNAS 1998: 14). Diesen Forderungen kam die NATO durch eine Absichtserklärung entgegen, auf dem Territorium der neuen Beitrittsländer keine Atomwaffen zu stationieren, und unterzeichnete (nach der offiziellen Einladung für die Ostmitteleuropäer im März 1997) am 27. Mai 1997 eine Charta mit Russland.<sup>54</sup>

**b) Die innerpolnische Debatte über einen NATO-Beitritt:** Die **Gegner** eines polnischen NATO-Beitritts sammelten sich zu Beginn der neunziger Jahre in erster Linie in der postkommunistischen **SLD**, die noch Mitte 1992 eine selbst nur lose Anbindung an die NATO nicht als Priorität polnischer Außenpolitik benannte<sup>55</sup> und Polens Sicherheit eher im Rahmen einer KSZE, die über eigene Streitkräfte und ein eigenes Oberkommando verfüge, verwirklicht sehen wollte. Die NATO galt als überkommene Struktur, die zudem keine neuen Mitglieder aufnehmen wolle. Ein polnischer Beitritt zum Bündnis würde ferner die Beziehungen zu Russland gefährden.<sup>56</sup> Kurz vor und nach dem Regierungswechsel 1993 befürworteten führende SLD-Vertreter zwar erstmals öffentlich die euroatlantische Option, wollten jedoch einen Beitritt so lange aufgeschoben wissen, bis das Nordatlantische Bündnis sich über seine neue Rolle klar geworden sei.<sup>57</sup> Als primäre Ziele wurden

<sup>53</sup>Nikogo nie izolujemy, *Nowa Europa*, 2.12.96; *Polska w NATO to lepsze stosunki z Rosją*, *Rzeczpospolita*, 1.8.96; PRYSTROM 1995: 36. Das Warschauer Außenministerium erarbeitete für alle polnischen Diplomaten eine Argumentationshilfe zum angestrebten NATO-Beitritt, abgedruckt *in*: *Przegląd Rządowy* 3-4/1997: 108-122.

<sup>54</sup>Zusätzlich minderten sich die russischen Befürchtungen durch die Unterzeichnung des modifizierten CFE-Vertrages auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul (CZAPUTOWICZ 1998: 19), der eine Neuverteilung der Quoten für konventionelle Streitkräfte im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer NATO-Mitglieder (die damit *de facto* zur westlichen Sphäre des Kräftegleichgewichts gezählt wurden) vorsah (STACHURA/CZAPUTOWICZ 1997: 16, CZAPUTOWICZ 1997: 33).

<sup>55</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 8.5.92, 14. Sitzung, 3. Tag, Rede von Longin Pastusiak.

<sup>56</sup>So der damalige SLD-Fraktionschef Aleksander Kwaśniewski *in*: *Kronika Sejmowa* 21/1992 und STACHURA 1992: 279; ähnlich Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Tadeusz Iwiński.

<sup>57</sup>Eine wesentliche Rolle beim Sinneswandel der SLD-Führung, einen polnischen NATO-Beitritt gutzuheißen, spielten dabei vor allem die dramatischen Ereignisse im Oktober 1993 in Moskau, so der damalige SLD-Fraktionschef Jerzy Szmajdziński (*Gazeta Wyborcza*, 13.5.94) und der SLD-Abgeordnete Jerzy Wiatr (*Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 20. Sitzung, 12.5.94).

jedoch weiterhin die Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen sowie eine Stärkung der KSZE anstelle eines NATO-Beitrittes genannt.<sup>58</sup> Viele Gegner gehörten ferner der christlich-nationalen **ZChN** an, die Polens Sicherheit eher durch eine starke polnische Armee gesichert sehen wollte und mit gewissem Interesse die „NATO-II“-Pläne von Präsident Wałęsa aufgenommen hatte. Die **PSL** (Bauernpartei) hatte bis zur Regierungsübernahme 1993 kein deutliches außenpolitisches Profil entwickelt (BINGEN 1994a: 9) und gab auch nach Eintritt in die Regierung allenfalls halbherzige Erklärungen zu einem NATO-Beitritt ab.<sup>59</sup> Sie sprach sich etwa 1992 mit Hinweis auf die unsichere Situation in Osteuropa für die Schaffung eines „neuen kollektiven europäischen Sicherheitssystems“ aus und bezeichnete im selben Atemzug eine Zusammenarbeit mit der NATO als wünschenswert.<sup>60</sup> Gleichzeitig zweifelte die Partei die Möglichkeit an, gleichzeitig gute Beziehungen zu Russland zu unterhalten und der NATO beizutreten.<sup>61</sup> Ferner befürwortete die noch zu Anfang der neunziger Jahre einflussreiche **KPN** mit dem Konzept des *Międzymorze*<sup>62</sup> eine (chancenlose) Alternative. Der überparteiliche Konsens, die polnische Sicherheit mit der Annäherung an die NATO zu verbinden, war 1992/93 also noch „ziemlich begrenzt“ (STACHURA 1992: 279f).

Die NATO-Option geriet ferner durch einzelne Stimmen aus der **Publizistik** sowie durch **Intellektuelle** und **Wissenschaftler** unter Druck.<sup>63</sup> Dabei wurde bemängelt, dass ein wahrscheinlicher polnischer NATO-Beitritt eine aktive Ostpolitik insbesondere gegenüber Russland und der Ukraine unmöglich mache und dass der Westen eine polnische pro-NATO-Haltung als antirussisch empfinde, womit Polen sich die Chance nehme, zugleich prorussisch und proukrainisch zu agieren. Anstelle dessen wurde eine Politik nach der Formel *z Zachodem ku Rosji i Ukrainie* („mit dem Westen auf Russland und die Ukraine zugehen“) vorgeschlagen.

Die polnische Debatte über einen möglichen NATO-Beitritt zeigte schließlich noch die **Führung der polnischen Streitkräfte** als Skeptiker, jedoch weniger aus politischen denn aus strukturellen Gründen: Warschau wurde sich bewusst, dass eine NATO-Mitgliedschaft unter anderem auch mit der Garantie der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte verbunden war. Dieser Grundsatz schien gegen die Regeln aller polnischen Traditionen zu verstoßen: Vor allem der polnische Generalstab wandte sich Ende 1995 gegen die im Rahmen des Anpassungsprozesses an NATO-Standards (zivile Kontrolle über die Streitkräfte, Aufsicht des Verteidigungsministers über den Generalstabchef) notwendige Änderung des zuvor mehrere Jahre kontrovers diskutierten Gesetzes über das Amt des

<sup>58</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 30.4.93, Reden von Józef Oleksy und Tadeusz Iwiński; Jerzy Wiatr, Rzeczpospolita, 24.9.93.

<sup>59</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 10. Sitzung, 21.1.94, Rede von Janusz Dobrosz.

<sup>60</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Mikołaj Kozakiewicz; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Janusz Dobrosz.

<sup>61</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Wojciech Mojzesowicz. Viele PSL-Politiker betrachten bis heute das Feld der Außenpolitik lediglich als landwirtschaftliche Interessenpolitik und sprechen sich immer wieder für eine verstärkte Ökonomisierung (v.a. in den Bereichen Landwirtschaft und (Schwer-) Industrie) der bilateralen Beziehungen Polens aus.

<sup>62</sup>Das Konzept des *Międzymorze* („Zwischen den Meeren“, d.h. zwischen Ostsee und Schwarzem Meer) sah einen Sicherheitspakt der Staaten im östlichen Mitteleuropa von Tallinn bis Tirana vor.

<sup>63</sup>Marcin Król: Co możemy i na co stać, *Życie Warszawy*, 20.9.93; Adam Bromke/Andrzej Micewski: Co NATO Rosja?, *Przegląd Tygodniowy*, 14.2.93; Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Andrzej Drawicz; *KUŹNIAR* 1993: 13f.



Verteidigungsministers als ziviler Oberbefehlshaber (Art. 134(2) GV).<sup>64</sup> Auch die polnischen Parteien waren sich zunächst in dieser Frage nicht einig, die linken und liberalen Parteien befürworteten meist einen solchen Schritt (FEHLER 1998: 97-108), die rechten Parteien lehnten ihn ab. Ebenso verliefen die Fronten in der Frage der Kontrolle über die Streitkräfte: SLD, PSL, UP, UW und KLD waren im Kern für eine parlamentarische Kontrolle über die Streitkräfte, nach den Plänen von KPN, „S“, ZChN und UPR sollte der Präsident die Streitkräfte kontrollieren und auch den Verteidigungsminister ernennen (FEHLER 1998: 79-86, 203f).

Das Lager der **Befürworter** einer polnischen NATO-Mitgliedschaft gewann nach 1989 von einem sehr niedrigen Niveau aus rasch eine dominante Position in der Debatte: So schlug etwa der polnische **Außenminister Skubiszewski** im April 1990 noch ein „gesamteuropäisches Sicherheitssystem“ vor, dessen „wesentliches Werkzeug“ die KSZE sei, wohingegen die NATO noch mit keinem Wort erwähnt wurde.<sup>65</sup> Ein Jahr später sprach der Außenminister zwar weiterhin vom Aufbau einer „gesamteuropäischen Ordnung“, gab aber seinem außenpolitischen Jahresbericht bereits eine ganz andere Note, als er ausführte: „Das Problem einer einheitlichen Sicherheit für alle Staaten in Europa führt heute im wesentlichen zur gesamteuropäischen Rolle des Nordatlantischen Bündnisses. Es gibt eben einen Unterschied in der Sicherheit der Staaten des Bündnisses und einigen anderen Staaten, wobei ich insbesondere an unsere Region denke.“ Er sprach dabei weiter von der NATO als einem „Katalysator bei der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, das auf Zusammenarbeit gründet“.<sup>66</sup> 1992 benannte der Außenminister bereits als erste außenpolitische Priorität die „schrittweise Einbindung“ Polens in die NATO-Strukturen und bezeichnete die Mitgliedschaft als eine Perspektive; insbesondere die instabile Situation östlich von Polen erfordere eine solche Maßnahme. Erst als zweite und dritte Priorität erwähnte er dagegen den Aufbau einer gesamteuropäischen Ordnung durch die KSZE sowie die Herstellung guter Beziehungen zu allen, vor allem den östlichen Nachbarn.<sup>67</sup> Ab 1993 unterstrichen alle polnischen Außenminister stets den polnischen NATO-Beitritt als einzige Chance einer effektiven Sicherheitsgarantie für Polen und als „strategisches Ziel“, wengleich die Option eines kooperativen oder sogar kollektiven Sicherheitssystems nicht aus den Augen verloren wurde.<sup>68</sup>

<sup>64</sup>*Dziennik Ustaw* 1996, Nr. 10, Pos. 56; *Dziennik Ustaw* 1996, Nr. 94, Pos. 426; GOGOLEWSKA 1996. Präsident Wałęsa klagte vor dem Verfassungsgericht gegen das neue, NATO-konforme Gesetz; seine Klage wurde jedoch von seinem Nachfolger Kwaśniewski zurückgezogen (ŚWIEBODA 1997: 196). Bei der Debatte über die zivile Kontrolle der Streitkräfte wurde indes oft übersehen, dass damit nicht eine Verdrängung militärischer durch politische Strukturen angestrebt wurde, sondern das Verständnis der Armeeangehörigen für politische Fragen und das Verständnis der zivilen Kräfte für Belange der Armee erhöhen werden sollte. Die zivile Oberaufsicht sollte ferner der Armee auch den korporatistischen Charakter eines „Staates im Staate“ nehmen (KAMIŃSKI 2000: 233).

<sup>65</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 28. Sitzung, 26.4.90, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>66</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sitzung, 27.6.91, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>67</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>68</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Außenminister Olechowski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 10. Sitzung, 2. Tag, 21.1.94, Rede von Außenminister Olechowski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 50. Sitzung, 1. Tag, 24.5.95, Rede von Außenminister Bartoszewski. Vor dem Regierungswechsel 1993 hatte Außenminister Skubiszewski noch einmal mit Verweis auf die „polnische Staatsraison“ eine außenpolitische Kontinuität der postkommunistischen Regierungen eingefordert (Krzysztof Skubiszewski: Nie może być zmian w polityce MSZ, *Życie Warszawy*, 23.9.93; Krzysztof Skubiszewski,

Für eine NATO-Annäherung und -Mitgliedschaft als optimalen Weg, um Polen maximale Sicherheit zu garantieren, sprachen sich ab 1992 die liberalen Parteien **KLD**<sup>69</sup>, PPL, Konwencja Polska<sup>70</sup> und nach eher zurückhaltenden Stimmen zu Beginn der neunziger Jahre<sup>71</sup> ab 1993 auch eindeutig die **UD** (später UW) aus.<sup>72</sup> **Präsident Wałęsa**, ein energischer Anwalt eines polnischen NATO-Beitritts, hatte durch seine Kanzlei schon seit März 1990 systematische Kontakte zum Nordatlantischen Bündnis aufgebaut (PRYSTROM 1992: 51), um der Entstehung einer „Pufferzone“ verminderter Sicherheit in Ostmitteleuropa vorzubeugen. Er hatte in seiner Rede während der letzten Sitzung des Warschauer Paktes am 1. Juli 1991 betont, dass Europa eine unteilbare und „einheitliche Sicherheitszone“ (WAŁĘSA 1995: 34) sei. Das unter seiner Leitung stehende KOK, das höchste sicherheitspolitische Gremium Polens bis Ende 1992, verabschiedete im November 1992 die zu Beginn dieses Unterkapitels erwähnten sicherheitspolitischen Dokumente, die die polnische Verteidigungsdoktrin zusammenfassten – jedoch ohne zuvorige Konsultationen mit dem Außen- oder Verteidigungsministerium, ganz zu schweigen von einer öffentlichen Diskussion.<sup>73</sup> Die PC (mitte-rechts) reihte sich grundsätzlich auf der Seite der Befürworter ein und sprach sich gegen die KSZE als Garanten für die polnische Sicherheit aus, kritisierte jedoch (wie auch der Verteidigungsminister der Regierung Olszewski, Parys) aus (wahl-) taktischen Gründen die damaligen Regierungen Olszewski und Suchocka scharf für ihre angeblich zu langsame NATO-Annäherung.<sup>74</sup>

Der Regierungswechsel im Herbst 1993 machte besonders deutlich, dass ein Konsens unter den maßgeblichen politischen Akteuren über den polnischen NATO-Beitritt erreicht worden war: Die zuvor gegenüber einem NATO-Beitritt zumindest skeptische **SLD/PSL-Regierung** veränderte in dieser Frage nicht den Kurs und räumte rasch Zweifel an der Fortsetzung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses aus.<sup>75</sup> Jedoch akzentuierte sie deutlicher als ihre Vorgänger, dass ein europäisches Sicherheitssystem in Europa ohne

---

Imperatyw ciągłości, Rzeczpospolita, 29.9.93).

<sup>69</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 8.5.92, 14. Sitzung, 3. Tag, Rede von Jan Krzysztof Bielecki.

<sup>70</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 30.4.93, 43. Sitzung, Reden von Jacek Kurczewski und Paweł Zalewski.

<sup>71</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 8.5.92, 14. Sitzung, 3. Tag, Rede von Bronisław Geremek.

<sup>72</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 30.4.93, 43. Sitzung, Rede von Andrzej Wielowieyski.

<sup>73</sup>KOBRINSKAJA 1998: 47, PRYSTROM 1992: 48f, SIWIEC 2001: 29. Die zur gleichen Zeit von der polnischen Regierung verabschiedeten „Strategiegrundsätze der Republik Polen für die Jahre 1993-2000“ stellten im Bereich der kollektiven Sicherheit fest, dass die NATO der wichtigste Faktor politischer Stabilisierung und des Friedens in Europa sei, das Bündnis seinen euroatlantischen Charakter behalten müsse und insbesondere US-amerikanische Soldaten in Europa stationiert bleiben müssten. Strategisches Ziel war bis 2000 die NATO- und WEU-Mitgliedschaft; ferner war die Teilnahme an UN-Friedensmissionen vorgesehen. Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit galten die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe und die bilaterale Zusammenarbeit mit Russland, Weißrussland und der Ukraine als vorrangig (KOBRINSKAJA 1998: 44).

<sup>74</sup>VINTON 1995: 56. Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 8.5.92, 14. Sitzung, 3. Tag, Rede von Jarosław Kaczyński; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 30.4.93, 43. Sitzung, Rede von Jarosław Kaczyński; Kronika Sejmowa 21/1992; Polska Zbrojna (Juni 1992); STACHURA 1992: 279. Eine ausführliche Besprechung der sicherheitspolitischen Programme der wichtigsten polnischen Parteien enthält die Dissertation von FEHLER 1999.

<sup>75</sup>BINGEN 1994a: 4; Exposé von Premier Pawlak, 8.11.93, Przegląd Rządowy 12/1993: 54; die SLD/PSL-Koalitionsvereinbarung ist abgedruckt in: Rzeczpospolita, 14.10.93; Rede von Aleksander Kwaśniewski, Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 10. Sitzung, 21.1.94.

ein starkes und demokratisches Russland nicht erfolgreich sein könne.<sup>76</sup> 1995/96 machte das mehrfache Angebot der polnischen (und tschechischen) Regierung zur Stationierung selbst von Atomwaffen auf dem eigenen Territorium deutlich, wie einheitlich der polnische Diskurs bereits auf einen NATO-Beitritt orientiert war und dass dieser auch von der postkommunistischen Linksregierung mitgetragen wurde.<sup>77</sup>

Als Polen im April 1999 schließlich der NATO beitrug, war diese nicht mehr dieselbe Organisation wie zu dem Zeitpunkt, als Polen seinen Beitrittswunsch geäußert hatte: Weder wurden im Rahmen des NATO-Vertrages auf polnischem Territorium Atomwaffen noch NATO-Einheiten stationiert – das polnische Recht, im Rahmen von bilateralen Abkommen fremden Einheiten die Stationierung zu gewähren (wie etwa im Rahmen des deutsch-polnisch-dänischen, polnisch-litauischen oder des polnisch-ukrainischen Bataillons) blieb davon jedoch unberührt.<sup>78</sup> Die gegenseitige Verflechtung von militärischen Strukturen ist somit erheblich geringer als dies zwischen NATO-Staaten zu Zeiten des Kalten Krieges der Fall war.<sup>79</sup> Über diesen neuen Charakter der NATO – immer weniger ein kollektives Verteidigungsbündnis (*układ zbiorowy*) und spätestens nach dem Kosovo-Einsatz immer mehr ein System kollektiver Sicherheit (*bezpieczeństwo zbiorowe*) – fand in Polen im Unterschied zu den NATO-Altmitgliedern keine breitere öffentliche Debatte statt.<sup>80</sup> Jedoch hatte sich in der außenpolitischen polnischen Elite seit 1993 allmählich das Bewusstsein verbreitet, einer „neuen“ NATO anzugehören, die nicht mehr primär gegen Russland gerichtet sei: So wurde betont, dass die Diskussion um Sicherheit in einen breiteren, auch historischen Kontext gestellt werden müsse, aber die NATO daneben auch „die Stärkung von Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz des gemeinsamen Erbes der westlichen Zivilisation in Polen und im gesamten Bereich der westlichen

<sup>76</sup>Andrzej Olechowski, Jak opuścić szarą strefę bezpieczeństwa. Polska chce do NATO, Rzeczpospolita, 29.12.93.

<sup>77</sup>Rzeczpospolita, 4./5.5.96, KOBRIŃSKAJA 1998: 94. Auch **Präsident Kwaśniewski** bestätigte nach seinem Amtantritt im Herbst 1995 die bestehenden außenpolitischen Prioritäten und legte insbesondere Gewicht auf einen raschen NATO-Beitritt (ŚWIEBODA 1997: 194-196). Seine Rolle wird hier aufgrund des gewählten zeitlichen Rahmens nicht näher analysiert. Meinungsumfragen ergaben seit etwa 1993 eine überwältigende Mehrheit (74 bis 87 Prozent) für einen NATO-Beitritt, aber nur 7 bis 16 Prozent Zustimmung für eine Neutralität (Wizyta Aleksandra Kwaśniewskiego w Rosji. Stosunki polsko-rosyjskie, CBOS; Warszawa (April) 1996 und Polskie aspiracje do NATO a Rosja, CBOS; Warszawa (Januar) 1997).

<sup>78</sup>Die Befürchtungen Henry Kissingers, dass jede NATO-Erweiterung unvermeidlich zu neuen Teilungslinien in Europa führe, da die Ostmitteleuropäer Mitglieder in der dem Kalten Krieg verpflichteten alten, nicht in der neuen NATO werden wollten (Washington Post, 17.3.97), lässt sich durch die deutlichen Aussagen polnischer Spitzenpolitiker, man trete „zweifellos“ einer NATO bei, die eine andere Funktion zu erfüllen habe als vor 1989, zumindest relativieren (so etwa die Rede von Aleksander Kwaśniewski, Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 10. Sitzung, 21.1.94).

<sup>79</sup>Die US-amerikanischen Befürchtungen einer „Verwässerung“ der NATO durch den Beitritt neuer Mitglieder, speziell Polens, zeigt beispielhaft der Artikel von E. Luttwark, Add Poland, No Security, Moscow Times, 15.4.97.

<sup>80</sup>NAJDER 2000: 221, Rocznik Strategiczny 1998/99: 23. Im Gegenteil, nach den NATO-Beitritt nahm die polnische Regierung im Januar 2000 ein neues Grundsatzpapier zur Sicherheit des Landes an (*Strategia bezpieczeństwa Rzeczypospolitej Polskiej*), in dem eher ein an die „alte“ NATO angelehnter Diskurs zu vernehmen war: So habe der NATO-Beitritt „wesentlich die geopolitische und geostrategische Position“ Polens verändert, da das Land ein Teil eines „effektiven Verteidigungsbündnisses“ geworden sei. Das Dokument wurde jedoch im Unterschied zur 1992 vom Präsidenten unterzeichneten Strategie ohne Konsultationen mit dem polnischen Präsidenten und ohne Konsens mit der Opposition verabschiedet (SIWIEC: 2001: 30).

Welt“<sup>81</sup> garantieren könne.

### 3.2.3 Identitätselemente/Argumentationsmuster

Zusammenfassend lassen sich in der polnischen Debatte über den NATO-Beitritt folgende Identitätselemente ausmachen:

a) **Polen zwischen Deutschland und Russland:**<sup>82</sup> In einer sicherheitspolitischen Frage wie dem NATO-Beitritt ist aufgrund der historisch unvergleichlich prägenden Erfahrungen Polens zu erwarten, dass dieses Identitätselement eine besonders wichtige Rolle spielt. In der Tat endete mit dem NATO-Beitritt für Polen die seit dem 18. Jahrhundert bestehende ungünstige Einzwängung zwischen Russland und Preußen/Deutschland, zwischen Ost und West. Gleichzeitig gelang es Warschau, zum ersten Mal seit vielen Jahrhunderten zu *allen* Nachbarn gute Beziehungen aufzubauen und dennoch daraus keine negativen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Folgen zu erleiden. Diese für Polen außerordentlich günstige politische Entwicklung seines internationalen Umfeldes sowie vor allem auch die dauerhafte Unabhängigkeit seiner drei östlichen Nachbarn Litauen, Weißrussland und Ukraine – ein unerfüllter Traum von Józef Piłsudski, eine Realität gewordene Vision von Jerzy Giedroyc – führte jedoch bis heute zu einer spürbaren Abschwächung dieses Identitätselements, zu dessen Betonung die polnischen Diskursteilnehmer insbesondere folgende Argumentationsmuster verwandten:

(i) Premier Mazowiecki hatte in seiner Regierungserklärung wie auch sein Nachfolger Bielecki<sup>83</sup> das Argumentationsmuster „Zwei Freunde statt zwei Feinde“ betont, womit Bezug auf die Mittellage zwischen Deutschland und Russland genommen wurde. Damit wollte man sich aus der außenpolitischen Falle vergangener Zeiten befreien, als die Anlehnung an den einen der beiden Nachbarn die Feindschaft des anderen hervorrief und für Polen stets tragische Konsequenzen hatte.

(ii) Ein zweites dominierendes Argumentationsmuster bezüglich dieses Identitätselementes war der polnische Wunsch nach militärischer Sicherheit, der sich eben aus der Lage zwischen Deutschland und Russland ergibt. Spätestens zum Regierungswechsel 1993 war dabei ein Konsens unter den polnischen Diskursteilnehmern erreicht, dass nur die NATO eine solche Sicherheit für Polen biete. Polnische Kritiker betonten indes, dass die polnische politische Klasse den NATO-Beitritt zum Bündnis als Ziel in sich betrachtet habe und nach außen vor allem in der Anfangsphase der Debatte als Konsument, aber nicht Mitgestalter von europäischer Sicherheit aufgetreten sei.<sup>84</sup>

<sup>81</sup>KOBRINSKAJA 1998: 79, siehe auch Roman Kuźniar: Jak wyjść ze strefy rozrzedzonego bezpieczeństwa, Rzeczpospolita, 19.10.93, BRATKIEWICZ 1993: 129. Dieser Standpunkt wurde nach anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten auch von der Führung der postkommunistischen SLD geteilt, siehe etwa die Rede des damaligen SLD-Fraktionschefs Aleksander Kwaśniewski, Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 21.1.94, 10. Sitzung, 2. Tag.

<sup>82</sup>Das Schlagwort von Polens Lage „zwischen Deutschland und Russland“ geht zumindest auf die Zwischenkriegszeit zurück, siehe etwa BOHEŃSKI.

<sup>83</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 7. Sitzung, 12.9.89, Rede von Premier Mazowiecki; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 3. Tag, 8.5.92, Rede von Jan Krzysztof Bielecki.

<sup>84</sup>„Gelegentlich hat man den Eindruck, dass die Teilnahme am Bündnis praktisch als automatische Garantie betrachtet wird, die von der Notwendigkeit eigener verstärkter materieller und intellektueller Anstrengungen befreit“ (NAJDER 2000: 223). Insbesondere Art. 5 des NATO-Vertrages würde in Polen allzu optimistisch als Beistand der übrigen NATO-Mitglieder gedeutet, obwohl er jeder Vertragspartei unbenommen lasse, diejenigen Tätigkeiten zu unternehmen, die sie für notwendig halte. Der Eintritt des Bündnisfalls während des Afghanistan-Krieges 2001 spricht für diese Anmerkungen Najders. Ferner werde

(iii) Der Wunsch nach einem NATO-Beitritt wurde ferner insbesondere mit dem Hinweis auf die instabile Situation östlich von Polen begründet. Daraus ergab sich insbesondere auch die Ablehnung des russischen Ansinnens, über ein Vetorecht in der Frage der Osterweiterung zu verfügen, und des russischen diskursiven Nexus zwischen der Demokratisierung Russlands und der Unterbindung einer NATO-Osterweiterung. Das Einschwenken des Westens auf diese polnischen Argumentationsmuster war der entscheidende Schlüssel für Warschau, hier die Diskurshoheit zu erringen. Polen drang auch mit dem Argumentationsmuster durch, dass der NATO-Beitritt der Ostmitteleuropäer unabhängig von und insbesondere vor dem Abschluss einer NATO-Russland-Charta abzuschließen sei.<sup>85</sup>

(iv) Schließlich argumentierte die außenpolitische Elite Polens auch, dass die Zugehörigkeit zur NATO, aus der sich ein Mitspracherecht an ihren Aktivitäten ergibt, eine eventuelle Verständigung zwischen dem Westen und Russland auf Kosten Polens verhindere.

**b) Polentum (*polskość*):** Diesem Identitätselement kam in der polnischen Debatte über einen NATO-Beitritt eine eher funktionelle Bedeutung zu: Es wurde einerseits teilweise als antirussischer Reflex und Suche nach „Sicherheit“ aktiviert und andererseits eingesetzt, um an die Bindung der Polen an den von der *Kultura* proklamierten Nexus von „Freiheit“ und „Demokratie“ anzuknüpfen.

**c) Polen als europäisches Land:** Dieses Element spielte für Polen in der Frage eines NATO-Beitrittes eine ebenfalls zentrale Rolle. Nach den zu Anfang der neunziger Jahre eher unklaren Vorstellungen einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung im Rahmen einer gestärkten KSZE, die teilweise sogar eine Auflösung der NATO vorsahen, waren die ersten außenpolitischen Konzepte der polnischen Regierung bis 1991 von Vorsicht geprägt, da die UdSSR immer noch existierte und weiterhin zahlreiche Truppen in Polen stationiert hatte. Da eine Neutralisierung oder Pufferfunktion in Warschau von Anfang an abgelehnt wurde,<sup>86</sup> blieben nur zwei Möglichkeiten übrig: Polen als ein Vorposten des Westens oder Polen als eine Brücke zwischen Ost und West.

Aufgrund der oben erwähnten Stärke des Identitätselements „Polen zwischen Deutschland und Russland“, der in Polen wie im gesamten ehemaligen Ostblock nach 1989 verbreiteten Abneigung eines Bündnisses mit der UdSSR oder mit Russland und der polnischen Suche nach militärischer Sicherheit in einem Bündnis unter Beteiligung der als beste Garantiemacht wahrgenommenen USA erschien vielen polnischen Diskursträgern (etwa aus der ZChN und der KPN) zunächst das Argumentationsmuster „Polen als westlicher Vor-

---

Art. 3 des Vertrages zu wenig betrachtet, der zur Aufrechterhaltung der individuellen und kollektiven Verteidigungsfähigkeit verpflichtet.

<sup>85</sup>Anfang November 1996 hatte der polnische Premier Cimoszewicz die ablehnende Haltung Polens bekanntgegeben, dass die NATO ein Abkommen mit Russland noch vor der grundsätzlichen Entscheidung über die NATO-Erweiterung unterzeichne (OMRI Daily Digest, 4.11.96).

<sup>86</sup>So betonte Präsident Wałęsa bei seiner Rede anlässlich der letzten Sitzung des Warschauer Paktes am 1.7.91: „Unser Kontinent ist eine einheitliche Sicherheitszone. Ostmitteleuropa kann keinen ‚Puffer‘ darstellen. Wir wollen weder Vorfeld noch Vormauer sein. Solche Konzepte sehen eine Teilung vor. Sie entfernen die Vision eines vereinten Europas“ (WAŁĘSA 1995: 34). Ebenso unterstrich Außenminister Skubiszewski, dass Polen, trete es nicht der NATO bei, in eine „ostmitteleuropäische Grauzone vermindelter Sicherheit“ gerate, die es wie jede „Grau-, Puffer- oder neutrale Zone“ zwischen Deutschland und Russland ablehne (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 8.5.92, 14. Sitzung, 3. Tag, Rede von Außenminister Skubiszewski).

posten“ das richtige Konzept zu sein.<sup>87</sup> Erst als man sich in den *Solidarność*-geführten Regierungen besann (die Postkommunisten waren nie für eine Funktion Polens als ein westlicher Vorposten zu gewinnen), mit diesem Argumentationsmuster sowohl gegen die Konzeption von Jerzy Giedroyc als auch die Leitlinien der Regierungserklärung von Tadeusz Mazowiecki („Zwei-Freunde-Theorie“) zu verstoßen und darüber hinaus im Westen dadurch vor allem als Konsument von Sicherheit wahrgenommen zu werden, schwenkte der polnische Diskurs 1992, dann aber deutlich und unumkehrbar, auf das Argumentationsmuster „Polen als Brücke zwischen Ost und West“ ein. Damit wurde die geographische Lage als Chance erkannt, Ostmitteleuropa in eine Stabilitätszone umzuwandeln, die eine Verbindung zwischen Ost und West spielen oder sogar diese Stabilitätszone nach Osten, insbesondere auf Russland, Weißrussland und die Ukraine, ausweiten könnte. Dabei betonte man insbesondere die Partnerfunktion gegenüber Russland und Weißrussland sowie die Möglichkeit der Aufnahme weiterer Staaten (vor allem Litauen und die Ukraine) in die NATO.<sup>88</sup>

### 3.2.4 Bestimmungsfaktoren der Diskurshegemonie

**a) Äußere Faktoren:** Die polnische Debatte über einen NATO-Beitritt war deutlich von äußeren Faktoren dominiert. Es gab nie einen Zweifel daran, dass alle politischen Kräfte des Landes ein neues Bündnis mit Russland oder westliche und russische Neutralitätsüberlegungen oder *cross security guarantees* für Ostmitteleuropa ablehnten. Von Anfang an gab es eine diesbezügliche Diskurshegemonie in Polen. Jedoch konnte Polen den Westen und Russland erst langsam davon überzeugen, dass Polen alle diesbezüglichen russischen und westeuropäischen Vorstellungen ablehne, aber gleichzeitig nicht russophob sei und seinen Beitrag zur Sicherheit in Europa leisten und nicht nur von Sicherheit profitieren wolle.<sup>89</sup>

<sup>87</sup>So etwa die Perzeption von KOBRIŃSKAJA 1998: 17f zur von ihr als vorherrschend wahrgenommenen Haltung polnischer Diskursträger.

<sup>88</sup>Siehe die Rede von Premier Buzek am 17.2.99 in einer Ansprache vor dem Sejm (abgedruckt in: *Przegląd Rządowy* 3/1999: 52) und von Außenminister Geremek (abgedruckt in: *Przegląd Rządowy* 4/1999: 72-74), ausführlich dazu CZIOMER 1998. Auf dem Washingtoner Gipfel im April 1999 hatte die NATO unter anderem die „Politik der offenen Tür“ für die Aufnahme weiterer Mitglieder bekräftigt (SIWIEC 2001: 32). Zuletzt bestätigte Präsident Kwaśniewski diese polnische Strategie auf der Sitzung des Nordatlantischen Rates am 13.6.01 in Brüssel. Auf diesem Gipfel gab NATO-Generalsekretär Robertson die Aufnahme weiterer Mitglieder für 2002 bekannt. Litauen versicherte seinerseits, dass es den polnischen NATO-Beitritt begrüße und ihn als Stärkung der eigenen Sicherheit betrachte. Der Appell der litauischen Emigration in den USA an den Senat der USA, so rasch wie möglich den Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zu ratifizieren, rief in Polen nicht nur unter Politikern Sympathien für die Litauer hervor (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 23).

<sup>89</sup>Den polnischen Diskurs zur NATO-Osterweiterung in internationaler Sicht fasste PRYSTROM gut zusammen: „Die Herausnahme Ostmitteleuropas aus der Grauzone eines Niemandlandes, aus der Zone politisch-militärischen Drucks Russlands und im weiteren aus der neoimperialen Zone dieser Großmacht, gibt die lebendigen Interessen der ostmitteleuropäischen Staaten wieder und bedroht in keinerlei Weise die Sicherheitsinteressen Russlands. Die politische, militärische und wirtschaftliche Einbindung der ostmitteleuropäischen Staaten in die westlichen Strukturen ist im Gegenteil eine historisch bewährte Garantie der Stabilität und Vorhersehbarkeit des Verhaltens dieser Staaten. Darüber hinaus beugt eine solche Integration auf wirkungsvolle Weise der Renationalisierung der Sicherheitspolitik der Staaten dieser Region vor, und damit auch der konfliktbeladenen Rivalität zwischen ihnen sowie der Hineinziehung dritter Staaten in diese Rivalitäten“ (PRYSTROM 1995: 36). Der polnische Sejm fügte diesen Argumenten noch die polnische Sorge aufgrund der Situation in Tschetschenien hinzu und äußerte die Auffassung: „Die tragischen Ereignisse in der Russischen Föderation müssen für die internationale Gemeinschaft ein

Die russischen Einwände waren zweifellos die stärksten in der internationalen Debatte um die NATO-Osterweiterung. Der polnische Diskurs beachtete in dieser Frage nicht immer ausreichend, dass sich das Bündnis aus Respekt vor Russland, der Notwendigkeit eigener Reformbemühungen und teilweise auch aus Desinteresse gegenüber Ostmitteleuropa nur sehr langsam mit dem Gedanken einer eventuellen Erweiterung befasste – eine Haltung, die scharf mit dem Wunsch aller ostmitteleuropäischen Staaten nach rascher Änderung des *status quo* kontrastierte (PRYSTROM 1995: 33).

**b) Innere Faktoren:** Zwar gab es keinen Zweifel in Polen an der Ablehnung von Neutralitätsüberlegungen zur Garantie der polnischen Sicherheit, jedoch dauerte die Herausbildung der Diskurshegemonie in der Frage der Alternativlosigkeit eines polnischen NATO-Beitrittes etwas länger. Zu Beginn der neunziger Jahre hatten die vorsichtigen Befürworter einer NATO-Mitgliedschaft um Außenminister Skubiszewski die Diskurshoheit inne. Der zur gleichen Zeit immer deutlicher gewordene Unwille der NATO zu einer raschen Osterweiterung gab der vorsichtigen Politik Skubiszewskis recht, der indes nie einen Zweifel am polnischen Wunsch aufkommen ließ, in den europäischen und euroatlantischen Strukturen verankert zu sein. Insbesondere musste jedoch zu Anfang der neunziger Jahre die SLD, daneben auch ZChN und KPN von der Notwendigkeit dieses Beitrittes und der mangelnden Sicherheit nur durch die KSZE, neue Bündnisse oder das Verlassen auf die eigene Stärke überzeugt werden. Die letzteren beiden Parteien spielten nach 1993 keine wesentliche Rolle mehr, die SLD schwenkte nach ihrer Regierungsübernahme im Herbst 1993 sehr rasch auf eine pro-NATO-Haltung ein, so dass ab etwa Anfang des Jahres 1994 eine innerpolnische Diskurshegemonie für einen Beitritt zum Nordatlantischen Bündnis hergestellt war.

### 3.3 Ergebnis: Polnische Identitätselemente

Ziel der historischen Verhaltens- und Diskursstudien war die empirische Herleitung der polnischen Identitätselemente, um Leitfragen bzw. Hypothesen für die speziellen Diskurs- und Verhaltensstudien (Kapitel 5 und 6) aufstellen zu können (MAULL/STAHL 2002: 15f). Die Ergebnisse dieser beiden historischen Vorstudien können in folgenden Punkten zusammengefasst werden:

1. **Identitätselemente** können **systematisiert** werden. Eine erste Gruppe von Identitätselementen charakterisiert das Eigene (*elements of the self*), in dem ein Land mit einer eindeutig positiv konnotierten Eigenschaft belegt wird oder die Bewahrung des Eigenen einen generell hohen Stellenwert genießt. Hierzu gehört für Polen das Element „Polentum“ (*polskość*) sowie das funktionalen Charakter besitzende *emerging element* des „Handelsstaates“. Eine zweite Gruppe von Identitätselementen gibt einer eher gefühlsmäßigen Bindung an eine größere Einheit Raum (*affective belonging elements*), die meist geographisch bestimmt sind. Hierzu gehört im Falle Polens das Element „Polen als europäisches Land“. Eine dritte Gruppe von Identitätselementen thematisiert schließlich einen systemischen Bezug und zeigt die wahrgenommene Rolle des Landes im internationalen System (*systemic elements*).

---

ausreichender Grund sein, dass die Staaten der Visegrád-Gruppe in der nahen Zukunft Vollmitglieder der NATO werden müssen“ (Kronika Sejmowa Nr. 60 (183): 40).

Für Polen ist dies nicht so sehr die klassische Einteilung in Großmacht, Mittelmacht oder Kleinstaat, sondern in erster Linie die Lage zwischen den beiden als Großmächten wahrgenommenen Ländern Deutschland und Russland. Dieses Identitätselement könnte man auch mit dem Terminus „Polen als Spielball großer Mächte“ oder „Polen als unabhängiges Land“ bezeichnen.

2. Eine der vier Voraussetzungen des der Arbeit zugrundeliegenden Identitätsansatzes war, dass „Identität“ als eine relativ stabile Kategorie angesehen wird. Polen hat als ostmitteleuropäischer Transformationsstaat seit 1989 einen tiefgreifenden Wandel seiner außenpolitischen Orientierung und seiner inneren Ordnung vollzogen. Vergleicht man die je zwei historischen Studien zum polnischen Verhalten und Diskurs, so mag das Ausmaß der **Stabilität der polnischen Identität** auch über die historische Zeitenwende des Jahres 1989 überraschen. Von einem *Bruch* oder einer *Veränderung* der Identitätselemente nach 1989 kann jedenfalls nicht gesprochen werden, auch ein *Wandel* scheint noch nicht vollzogen zu sein. Diese Beobachtung mag jedoch auch durch den noch relativ kurzen Zeitrahmen (14 Jahre seit 1989) zu begründen sein.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Identitätselemente in kontinuierlicher Weise argumentativ verwendet wurden. So wurde etwa das Identitätselement „Polen zwischen Deutschland und Russland“ durch das neue Argumentationsmuster der „zwei Freunde“ mit einer neuen Bedeutung versehen, was einen Wandel anzeigt. Verändert haben sich somit vielmehr – teilweise deutlich – die Argumentationsmuster der polnischen Außen- und speziell Ostpolitik.

3. **Argumentationsmuster** lassen sich grob in **drei Kategorien** einteilen: a) idealistische (meist auf *elements of the self* oder *affective belonging elements* zurückgehend), b) interessenbezogene (meist auf *systemic elements* rekurrierend) und c) auf Bedrohungsszenarien rekurrierende (meist in *systemic elements* und *affective belonging elements* wurzelnde) Muster. Die historischen Studien haben ferner gezeigt, dass Identitätselemente durch Diskursträger mit verschiedenen Argumentationsmustern verwendet werden, die sogar in sich widersprechenden Handlungsempfehlungen resultieren können: Das Element „Polen zwischen Deutschland und Russland“ brachte etwa die Handlungsempfehlungen „Neutralität“ und „NATO-Beitritt“ hervor. Für das **Verhältnis zwischen Identitätselementen und Argumentationsmustern** gilt somit, dass Identitätselemente durch *verschiedene* Argumentationsmuster aktiviert werden können – aus dem Identitätselement „Polen als europäisches Land“ resultiert etwa sowohl das Argumentationsmuster der „römisch-katholischen Vormauer des Westens“ als auch der „Brücke zwischen West und Ost“. Aus den Identitätselementen ergibt sich also noch nicht notwendig eine Handlungsempfehlung.
4. **Externe Faktoren** können unterschiedliche Formen annehmen – etwa formative Ereignisse, Einfluss von externen Institutionen, Fremderwartungen und die Wahrnehmung des Verhaltens anderer Institutionen. Der Einfluss von externen Faktoren kann für die zwei historischen Diskursstudien als hoch (NATO-Beitritt) bzw. als nicht ungewöhnlich (Debatte über die östlichen Nachbarn) angesehen werden. Ein wichtiges – wenn auch nicht singuläres – formatives Ereignis für die Zustimmung der SLD zum polnischen NATO-Beitritt waren die dramatischen Ereignisse in Moskau im Herbst 1993. Gleichzeitig war in dieser Debatte auch der Einfluss von externen



Institutionen (Russland) und die Wahrnehmung des Verhaltens anderer Institutionen (der Westen) für den Diskurs maßgeblich.

5. Wie in der Einführung erläutert, ist der Ansatz der Arbeit kein Beitrag zur Entscheidungstheorie. Es wird auch nicht behauptet, dass einer außenpolitischen Entscheidung eine entsprechende **Diskurshegemonie** vorausgehen muss. Der überwiegende Teil außenpolitischer **Entscheidungen** ist von keiner Debatte begleitet, solange – so die Annahme des Ansatzes – sich das außenpolitische Verhalten in einem durch die Identität gedeckten Rahmen verhält. Nur wenn dieser Verhaltensrahmen verlassen wird oder eine Entscheidung in einem Diskurs herausgefordert wird, dann steht das Land an einer Wegscheide, an einer *critical juncture* (CRUZ 2000: 276f), an der das Ergebnis offen ist.

### 3.4 Hypothesen/Leitfragen

1. Wenn die inner- und außerpolnische Opposition vor 1989 schon einen solchen Einfluss auf den polnischen Diskurs hatte, dann müsste sich auch die polnische Ostpolitik nach 1989 im Diskurs zunehmend an den Konzepten der Pariser *Kultura* orientieren, was insbesondere rhetorisch die gleichzeitige Öffnung gegenüber Russland und den Nachbarn Litauen, Weißrussland und der Ukraine bedeuten würde (Verifizierung in Kapitel 5.1).
2. Wenn das Element *polskość* in der Zwischenkriegszeit so stark war und sich auch in der Zeit der Volksrepublik Polen wie beschrieben halten konnte, dann müsste die polnische Ostpolitik im Falle der auswärtigen Kulturpolitik von einem traditionellen Verständnis von Minderheitenpolitik dominiert sein, das eher auf Abgrenzung und Betonung des Polentums als auf Integration der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine setzt. Die Realisierung einer auf „Integration ohne Assimilation“ setzenden, Europarat- und OSZE-konformen polnischen Politik gegenüber den Minderheiten im eigenen Land, die eine deutliche Neuausrichtung seit 1989 bedeutete, lässt jedoch erwarten, dass dieser Kurs innerpolnisch umstritten ist (Verifizierung in Kapitel 5.2 und 6.1).
3. Wenn das funktionalen Charakter besitzende Identitätselement des Handelsstaates bereits vor 1989 eine gewisse Bedeutung erlangt hat, dann ist aufgrund des auch nach 1989 teilweise dramatischen polnischen Außenhandelsdefizites eine Verstärkung dieses Elementes und eine breite Debatte dazu zu erwarten. Polen müsste seitdem erhebliche Anstrengungen zur Korrektur dieses Zustandes unternommen haben. Jedoch ist auch zu untersuchen, ob die Debatte und das Verhalten nur die Beseitigung des Defizites zum Ziel haben, oder nicht auch eine Tendenz zu erkennen ist, in Polen die „Ostmärkte“ generell als Chance wahrzunehmen und dementsprechend zu agieren (Verifizierung in Kapitel 5.1 und 6.2).
4. Wenn das Element „Polen als europäisches Land“ zwischen 1919 und 1989 in Diskurs und Verhalten deutlich (im Falle der Zwischenkriegszeit) bzw. eher (im Falle der Nachkriegszeit, da offiziell durch die „Freundschaftslogik“ mit den „Brudernationen“ verbrämt und nachhaltig durch die *Kultura* bestritten) das Argumentationsmuster „Polen als Vorposten des Westens“ im Vergleich zu „Polen als Brücke zwischen Ost

und West“ befördert hat, dann ist eine nur sehr vorsichtige Änderung im Diskurs und im Verhalten zu erwarten, der die Öffnung in dieser Hinsicht gegenüber den östlichen Nachbarn wünscht und umsetzt. Am Beispiel des polnischen Diskurses und Verhaltens zur Einführung des Schengen-Grenzregimes gegenüber Weißrussland, der Ukraine und Russland müsste dann eine abwartende Position Polens gegenüber der von der EU zugeschriebenen Brückenfunktion nach Osten zu erwarten sein, die in Warschau erst allmählich im Zuge der eigenen EU-Integration als Chance wahrgenommen wird. Diskurs und Verhalten müssten also nach und nach deutlicher betonen, eine Abschottung nach Osten vermeiden und eine im Rahmen der EU-Regeln größtmögliche Durchlässigkeit der Ostgrenze für Personen erzielen zu wollen (Verifizierung in Kapitel 5.1 und 6.3).

# Kapitel 4

## Die außenpolitische Diskursstruktur Polens

### 4.1 Außenpolitische Akteure im polnischen Regierungssystem

Das polnische Regierungssystem seit 1989 zeichnet sich im Vergleich zu west-, aber auch zu ostmitteleuropäischen Staaten durch einige Besonderheiten aus, die sich erheblich auf die Warschauer Außenpolitik auswirken:

- Polen hat als einziges Land des ehemaligen Ostblocks seit 1989 bereits drei Verfassungen erlebt: Die im April 1989 am „Runden Tisch“ ausgehandelte Übergangsverfassung (Verf1989) wurde in ihrem staatsorganisatorischen Teil im Oktober 1992 durch eine nur das Verhältnis von Exekutive, Legislative und Jurisdiktion regelnde „Kleine Verfassung“ (*Mala Konstytucja*, MK) abgelöst, die im April 1997 wiederum durch die aktuell gültige polnische Verfassung (GV)<sup>1</sup> ersetzt wurde.
- Die außenpolitischen Zuständigkeiten des polnischen Regierungssystems sind von einem komplexen Nebeneinander von Körperschaften gekennzeichnet. Dazu zählen insbesondere der Präsident, der Ministerrat, der Sejm und der Senat, aber auch einflussreiche NGOs wie insbesondere die *Wspólnota Polska* (in Fragen der Minderheitenpolitik) gehören.
- Das politische System Polens und die polnische Öffentlichkeit erkennen eine außenpolitische Rolle des polnischen Präsidenten an, die bis heute über die geschriebenen Kompetenzen der Verfassung hinausgeht.
- Neben den Bestimmungen der Verfassung, der Gesetze und Verordnungen sowie den (meist unzugänglichen) Beschlüssen des Ministerrates existiert eine Reihe weiterer außenpolitischer Dokumente (Verteidigungsdoktrin, Exposé des Vorsitzenden des Ministerrates, Jahresbericht des Außenministers zur polnischen Außenpolitik), deren formelle Bedeutung unklar ist.

---

<sup>1</sup>*Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 78, Pos. 483.

- Der Senat, die zweite Kammer des polnischen Parlaments, spielt in allen Fragen der Politik gegenüber den Auslandspolen und der *Polonia*<sup>2</sup> (und nur in diesen) eine entscheidende Rolle – sowohl bei der Konzeption als auch bei der Durchführung. Er tritt damit in natürliche Konkurrenz zum Außenministerium und zu einigen Fachministerien (vor allem MEN und MKiS).
- Das polnische Regierungssystem hat seit 1989 eine Reihe von mehr oder weniger stabilen Minderheitsregierungen erlebt.

Zunächst soll auf diese genannten Faktoren eingegangen werden, um im nachfolgenden Unterkapitel ihre Wirkung auf die Diskursstruktur in Polen zu erläutern.

#### 4.1.1 Koordination in der Außenpolitik zwischen Präsident und Ministerrat

Die **Verfassung von 1989** wie auch die **Kleine Verfassung von 1992** übertrugen, stark verkürzt gesprochen, dem Präsidenten die Repräsentierung des Landes nach außen sowie eine allgemeine Führung (Artt. 32, 34 MK: *ogólne kierownictwo*) in der polnischen Außen- und Verteidigungspolitik, nicht aber eine generelle Richtlinienkompetenz. Dem Ministerrat oblag dagegen die Verantwortlichkeit für die Durchführung (Artt. 51, 52(2) MK: *prowadzi*) der Außenpolitik. Da die Verf1989 aber formell keine Kooperation in dieser Hinsicht vorsah, führten interne Konflikte zwischen Präsidentschaftskanzlei und den Ministerien insbesondere zu nicht koordinierten außenpolitischen Initiativen des Verteidigungsministeriums und des Büros für Nationale Sicherheit des Präsidenten (ZAJĄCZKOWSKI 1992: 193; VINTON 1995: 54). Die MK führte daraufhin eine eng zwischen Ministerrat und Präsident koordinierte Außenpolitik ein, die jedoch weiterhin zahlreiche Fragen aufwarf (STACHURA 1993: 13f), und verpflichtete das Staatsoberhaupt, seine Kontakte mit anderen Staaten und mit polnischen Vertretern im Ausland nur durch Vermittlung des polnischen Außenministeriums wahrzunehmen. Damit sollte zuvor in Einzelfällen aufgetretener internationaler Flurschaden (etwa während des versuchten Putsches 1991 in Moskau, während der Reise von Präsident Wałęsa im Mai 1992 nach Moskau oder dessen im selben Jahr präsentierten Plänen einer „NATO-II“ oder einer „EU-II“)<sup>3</sup> aufgrund fehlender

<sup>2</sup>Als „Auslandspolen“ werden in Polen die Personen polnischer Herkunft sowie deren Nachkommen bezeichnet, die früher einmal polnische Staatsbürger waren, heute aber infolge von Grenzveränderungen (meist im Zuge des Zweiten Weltkrieges) außerhalb der polnischen Grenzen leben. *Polonia* werden dagegen alle Personen polnischer Herkunft genannt, die durch Emigration das Land dauerhaft verlassen haben oder zu Sowjetzeiten deportiert wurden (STELMACHOWSKI 2000: 291).

<sup>3</sup>Zum Konzept der „NATO-II“ siehe Kapitel 3. Die Krise während des August-Putsches im August 1991 in Moskau „entblökte alle Schwächen des Belweder [Amtssitz des Präsidenten, S.G.] als Zentrum der Entscheidungsfindung; sie zeigte, dass (...) Wałęsa niemals imstande war, ein Diktator im alten Stil [Piłsudskis] zu werden“ (BOYS 1995: 327). Weder koordinierte das Belweder seine Aktionen mit dem Verteidigungsministerium noch hatte das Präsidentenbüro für Nationale Sicherheit entsprechende Pläne ausgearbeitet, obwohl die Krise in Moskau hinreichend bekannt war. Höhepunkt der chaotischen Entwicklung war die Vorbereitung eines Glückwunschtelegramms an die Adresse des selbsternannten Rettungskomitees in Moskau durch das Präsidialamt, dessen Abschicken Premier Bielecki erst in letzter Sekunde verhindern konnte (BOYS 1995: 327f). Während des Besuches von Präsident Wałęsa im Mai 1992 in Moskau sandte die Regierung Olszewski diesem ein Telegramm mit der ultimativen Aufforderung, den Vertrag über den russischen Truppenabzug aus Polen nur dann zu unterzeichnen, wenn eine ursprünglich vorgesehene Vertragsbestimmung über die Gründung von gemischten polnisch-russischen Joint-ventures in Polen entfernt werde, da man russische Spionagetätigkeiten befürchtete (VINTON 1995: 57).

Koordination des Präsidenten mit dem Ministerrat und speziell dem Außenministerium verhindert werden.<sup>4</sup> Nach den Erfahrungen der insbesondere zur Zeit der Regierung Olzewski hervorgetretenen „doppelten Außenpolitik“ von Ministerrat und Präsident hielt sich der Präsident seit 1993 bis zum Ende seiner Amtszeit mit diesbezüglichen Initiativen im wesentlichen zurück. Die „allgemeine Führung“ der Außenpolitik durch den Präsidenten (Art. 32 MK) manifestierte sich somit in erster Linie im durchgesetzten Willen Wałęsas, sein Mitspracherecht (Verf1989: „im Einverständnis mit dem Präsidenten“, MK: „nach Einholung der Meinung des Präsidenten“) in der Auswahl der Minister für Äußeres, Inneres und Verteidigung wahrzunehmen.<sup>5</sup>

Die **Verfassung von 1997** führte ein grundsätzlich parlamentarisches Kanzlersystem ein und wies dem Präsidenten gegenüber der Regierung vor allem eine kontrollierende und korrigierende Rolle zu (SARNECKI 2001: 295): Dem Staatsoberhaupt wurde die politische Mitsprachebefugnis bei der Ernennung der drei genannten Minister (Art. 61 MK) sowie das Informationsrecht über grundsätzliche Fragen der Arbeit des Ministerrates (Art. 38(1) MK) genauso entzogen wie das Recht der „allgemeinen Führung“ der Außen- und Sicherheitspolitik, das beim Ministerrat angesiedelt wurde (Art. 146(4), 7-11). Daraus ergibt sich, dass in außenpolitischen Fragen grundsätzlich (wenn auch nicht ausschließlich) der Ministerrat zuständig ist, folglich die außenpolitischen Kompetenzen des Präsidenten als enumerativ aufgezählt gelten können und somit stets eine konkrete Grundlage in der Verfassung finden müssen (GARLICKI 2000: Pos. 261).

Art. 133(3) GV verpflichtet den Präsidenten im Rahmen seiner Kompetenzen zur Zusammenarbeit in der Außenpolitik mit dem Premier und dem zuständigen Fachminister. Auf internationaler Bühne kann der Präsident somit keine eigenständigen Initiativen ergreifen oder nicht mit der Regierung abgesprochene Standpunkte äußern.<sup>6</sup> Zwar liegt das letzte Wort bei Meinungsverschiedenheiten somit klar auf der Seite des Ministerrates (Art. 146(1-2) GV). Dieser muss jedoch beachten, dass der Präsident seit 1992 für die Ratifizierung der formell nur von der Regierung auszuhandelnden Verträge zuständig ist und sich diesbezüglich (seit 1997) auch mit einem Prüfungsantrag an das Verfassungsgericht wenden kann. Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch der Sejm für die Ratifizierung zuständig sein (Art. 89(1) GV). Im Zweifelsfall entscheidet jedoch die Regierung, nicht das Verfassungsgericht, ob ein Vertrag der Zustimmung des Parlaments bedarf (CZAPLIŃSKI 1999: 292). Ferner ist das Staatsoberhaupt (nach Gegenzeichnung durch den Premier) für die Berufung und Abberufung der polnischen Botschafter im Ausland zustän-

---

<sup>4</sup>Artt. 30-33 Verf1989; Artt. 28, 32, 33, 34 und 61 MK. Die fehlende Koordination äußerte sich gelegentlich auch in der fehlenden Absprache der Terminkalender: So lud Ende 1993 Präsident Wałęsa seinen litauischen Amtskollegen Landsbergis ein, gleichzeitig hatte Premier Pawlak einen Besuch seines russischen Amtskollegen Černomyrdin anberaunt.

<sup>5</sup>Er bestätigte nach seiner Wahl 1990 den amtierenden parteilosen, aber „S“ nahestehenden Außenminister Skubiszewski, setzte aber nach dem Sieg der postkommunistischen Parteien 1993 die parteilosen, aber deutlich den post-*Solidarność*-Kräften verbundenen Außenminister Olechowski und Bartoszewski durch. Dagegen versäumte es der Präsident, zu wichtigen Anlässen (wie etwa während des Moskauer Putsches im August 1991 oder während der anhaltenden Wirtschaftskrise Anfang 1992) den Kabinettsrat – eine Sitzung des Ministerrates unter Leitung des Präsidenten – einzuberufen.

<sup>6</sup>Die Praxis verbietet dabei dem Präsidenten zwar das Einschlagen einer abweichenden Richtung. Er ist jedoch nicht so sehr wie etwa der deutsche Bundespräsident an eine Feinabstimmung mit der Regierung gebunden, sondern darf im Rahmen seiner repräsentierenden Funktion durchaus Gespräche und Verhandlungen führen, die in Deklarationen, Communiqués oder Apelle münden und außenpolitische Konsequenzen haben können. Sowohl Lech Wałęsa als auch Aleksander Kwaśniewski trugen in dieser Hinsicht bereits Konflikte mit der Regierung aus (GARLICKI 2000: Pos. 262).

dig, so dass die Regierung ohne das Einverständnis des Präsidenten diesbezüglich nicht handeln kann (SARNECKI 2001: 304, Art. 133(2) GV).

Dem Präsidenten steht heute zur Erfüllung außenpolitischer Aufgaben nur noch das innerhalb der Strukturen des Präsidentenapparates verankerte Büro für Nationale Sicherheit (*Biuro Bezpieczeństwa Narodowego*) zur Verfügung.<sup>7</sup> Es hat zwei vorrangige Aufgaben: die Realisierung der Kompetenzen des Präsidenten in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sowie die Einbringung eigener Vorschläge in den Diskussionsprozess. Formell war das Büro bis Ende 1992 ausführendes Organ des Landesverteidigungsrates (KOK)<sup>8</sup>, der jedoch – entgegen dem Wunsch von Präsident Wałęsa (WAŁĘSA 1995: 17) – ebenso wie der durch die MK eingeführte „Nationale Sicherheitsrat“ nur ein Beratungsorgan des Präsidenten ohne eigene Machtbefugnisse darstellt.

Neben diesen nur uneindeutig abzugrenzenden verfassungsrechtlichen Kompetenzen waren für die außenpolitischen Koordinationsprobleme bis 1995 zwischen Präsident und Ministerrat jedoch auch Schwierigkeiten der politischen Akteure, nicht zuletzt von Präsident Wałęsa, verantwortlich, sich die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Funktionierens einer parlamentarischen Demokratie anzueignen.<sup>9</sup> Zusätzlich erschwerten auch zahlreiche parlamentarische Debatten über die außenpolitischen Zuständigkeiten der höchsten Staatsorgane und die Koordination zwischen ihnen die Entwicklung einer Rechtspraxis.<sup>10</sup>

Mit dem Amtsantritt von Präsident Kwaśniewski (SLD) im Herbst 1995 änderte sich die eigentümliche Stellung des Amtes des Präsidenten in der polnischen Außenpolitik in zweierlei Hinsicht allmählich: Kwaśniewski nahm das Amt aus den schärfsten innerpolnischen Diskussionen heraus – so hatte er bereits im Vorfeld seiner Wahl angekündigt, auf sein Mitspracherecht bei der Bestellung des Außenministers zu verzichten.<sup>11</sup> Im Gegenzug gewann der neue Präsident mit diesem Schritt Raum für außenpolitische Initiativen, um das Amt vor allem im Ausland zu profilieren.<sup>12</sup> Diese Anliegen brachte er geschickt und

<sup>7</sup>Einrichtung per Anordnung (*zarządzenie*) des Präsidenten am 13.12.91 (*Monitor Polski* 1991, Nr. 47, Pos. 332), aktuelle Fassung *Monitor Polski* 1995, Nr. 47.

<sup>8</sup>RPPZ 1995: 184, RPPZ 1993: 141.

<sup>9</sup>WIZIMIRSKA 1996: 183 bezeichnet die Verstimmungen im „Jahrbuch für polnische Außenpolitik“ etwas beschönigend als „nicht zahlreich“.

<sup>10</sup>Vgl. hierzu den ausführlichen, aber nie diskutierten Bericht eines 1992 eingesetzten entsprechenden Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses des Sejm von 1996, der eine Neufassung des Gesetzes über das Außenministerium von 1974 anmahnte und auf die Schwäche des MSZ gegenüber dem MWGzZ, dem UKIE, dem MON und dem Präsidenten hinwies (RPPZ 1997: 206; Sitzung des Unterausschusses zur Koordinierung polnischer Außenpolitik, 16.3.92; Sitzung des Unterausschusses zur neuen europäischen Ordnung, 23.3.92; Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zur Ostpolitik, 18.11.92, Bulletin Nr.846; Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, Bulletin Nr. 106, 21.1.97, Beitrag von Longin Pastusiak (SLD); Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 47. Sitzung, 8.4.99, Rede von Leszek Miller).

<sup>11</sup>Auswärtiger Ausschuss des Senats, 21.2.96, Rede von Außenminister Rosati; TKACZYŃSKI/VOGEL 1997: 178. Kwaśniewski wurde dieses Zugeständnis aufgrund einer SLD-dominierten Regierung erleichtert. Von seinen echten Machtmitteln machte der Präsident eher sparsamen Gebrauch: Zwischen 1996 und 2002 legte er dreißigmal ein Veto gegen verabschiedete Gesetze ein, wandte sich siebzehnmals zur Überprüfung eines Gesetzes an das Verfassungsgericht und brachte 30 Gesetzesinitiativen ins Parlament ein ([www.prezydent.pl](http://www.prezydent.pl) [1.10.02]).

<sup>12</sup>Dass das potentielle Konfliktmuster um Kompetenzen dennoch nicht ganz verstummte zeigt der Protest des Präsidialamtes gegen das Verhalten des Ministerrates in sicherheitspolitischen Belangen: So übergang etwa 1999 die AWS/UW-Regierung die Opposition und den Präsidenten und versuchte, durch

ohne allzu großen Nachdruck in die innerpolnische Debatte ein. Neben den ohnehin ausführlich diskutierten Fragen eines möglichen polnischen NATO- und EU-Beitritts sprach Kwaśniewski dabei vor allem die Notwendigkeit einer aktiveren polnischen Ostpolitik an. In dieser Frage wurde er jenseits des geschriebenen Verfassungstextes allmählich zu *der* dominierenden außenpolitischen Figur Polens und nimmt heute gegenüber dem Ministerrat bei den bilateralen Kontakten insbesondere mit Litauen und der Ukraine wesentlich mehr als nur eine repräsentative oder korrigierende Funktion ein.<sup>13</sup> Dem Präsidenten kam dabei einerseits seine Glaubwürdigkeit und nicht geringe Empathie, andererseits das Desinteresse des Ministerrates an ostpolitischen Fragen und dessen Uneinigkeit entgegen.

### 4.1.2 Ministerrat und Verwaltung im Prozess der außenpolitischen Willensbildung

Anfang der neunziger Jahre galt es in Polen Strukturen aufzulösen, in denen zuvor eine vorherrschende Partei die Richtung vorgegeben hatte. Insbesondere mussten neue Mechanismen für die Arbeit des **Ministerrates** erarbeitet werden und ein weitgehender Neuaufbau in der Personalpolitik durchgeführt werden. Seit 1989 wurde dabei kontinuierlich in Verfassung und Rechtspraxis die Stellung des Ministerrates gegenüber den anderen höchsten Staatsorganen gestärkt: Dieser ist ein Kollegialorgan, an dessen Spitze der **Vorsitzende des Ministerrates** (*Prezes Rady Ministrów*, oft *Premier* genannt) mit seit der GV richtlinienartigen Kompetenzen steht. Dem Regierungschef steht dabei eine Kanzlei zur Seite (KPRM). Diese soll gemäß ihres gesetzlichen Auftrages keine Strukturen der Fachministerien doppeln oder in Konkurrenz dazu stehen, sondern eher administrative und koordinierende Tätigkeiten wahrnehmen und die Durchführung der Politik des Ministerrates überwachen, wenngleich es in der Praxis – vor allem zu Zeiten der ersten SLD/PSL-Regierung nach 1993 – immer wieder zu Tendenzen kam, diese (damals noch Ministerratsamt (URM) genannte) „bürokratisch hypertrophierte“ (BINGEN 1994: 23) Kanzlei in ein Superministerium zu verwandeln, das teilweise eine „zweite Außenpolitik“ gegen das vom Präsidenten beeinflusste Außenministerium führte.<sup>14</sup>

Der Ministerrat verfügt über vier Kabinettsausschüsse, jedoch keinen davon zur Außen-

---

zwei Gesetze die Rolle des Präsidenten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzuschränken. Ferner berief sie eine Kommission zur Erarbeitung einer Verteidigungsstrategie Polens ein, ohne dabei einen Vertreter des Präsidenten einzuladen (Marek Siwiec: *Strażnik pieczęci*, Rzeczpospolita, 19.10.99).

<sup>13</sup>So berief Kwaśniewski u.a. bilaterale Konsultativkomitees mit der Ukraine und Litauen auf Ebene der Präsidenten ein, beraumte ausgesprochen oft bilaterale Gipfeltreffen mit den Präsidenten dieser beiden Länder an, bemühte sich um eine Annäherung der Ukraine an NATO-Strukturen und um eine NATO-Mitgliedschaft Litauens und setzte sich vor allem gegenüber der Ukraine für einen Dialog über die gemeinsame Geschichte ein. 1998 reiste Kwaśniewski beispielweise dreimal nach Litauen und traf sich viermal mit dem litauischen Präsidenten in Polen; im selben Jahr weilte er dreimal in der Ukraine und empfing zweimal den ukrainischen Präsidenten in Polen (HÜBNER 1999: 229).

<sup>14</sup>So hat der Premier z.B. einen eigenen außenpolitischen Berater und die KPRM eine eigene außenpolitische Abteilung. Das Gesetz vom 8.8.96 über die Struktur und Arbeitsweise des Ministerrates sowie über die Tätigkeitsbereiche der Minister (Art. 29, einheitlicher Text: *Dziennik Ustaw* 1999, Nr. 82, Pos. 929) legt die Arbeitsbereiche des Außenministeriums wie folgt fest: a) Pflege der Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen, b) Repräsentation und Schutz der Interessen Polens sowie der natürlichen und juristischen polnischen Personen im Ausland, c) Zusammenarbeit mit der *Polonia* und den Auslandspolen einschließlich der Unterstützung polnischer Kultur- und Bildungseinrichtungen im Ausland, d) Werbung (*promocja*) für die Republik Polen und die polnische Sprache im Ausland, u.a. durch wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Aktivitäten.

politik.<sup>15</sup> Ein Vorschlag des MSZ, eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Koordinierung der polnischen Außenpolitik einzurichten, die ihm diesbezüglich eine federführende Funktion innerhalb des Ministerrates zusprach, war 1994 im Ministerrat gescheitert.<sup>16</sup>

Der **Außenminister** leitet sein Ministerium auf der Basis des Gesetzes über das Außenministerium vom 29. Mai 1974<sup>17</sup> und einer Ministerratsverordnung vom 31. Mai 1974. Ein neuer Gesetzesentwurf von Außenminister Olechowski, der unter anderem dem MSZ eine koordinierende Funktion in außenpolitischen Fragen (einschließlich dem Außenhandel) zuschrieb, seine inneren Arbeits- und Entscheidungsstrukturen modernisieren wollte und eine von Regierungswechseln unabhängige stetige Personalpolitik anstrebte, wurde im Juni 1994 von den damaligen Ministern Miller (SLD), Podkański und Strąk (PSL) blockiert, obwohl SLD und PSL wenige Wochen zuvor bei der außenpolitischen Generaldebatte im Sejm (12. Mai 1994) für die Annahme des Entwurfes plädiert hatten.<sup>18</sup> Insbesondere die Regierung Pawlak bremste bis 1995 das zuvorige Reformtempo der „S“-geführten Regierungen in der öffentlichen Verwaltung erheblich.<sup>19</sup> Seit 1997 hat der Premier das Recht, die innere Struktur jedes Ministeriums per Verordnung zu bestimmen;<sup>20</sup> so die des Außenministeriums zuletzt am 17. Juli 1998,<sup>21</sup> bei der unter anderem die Zuständigkeit für Litauen aus der Abteilung „Osteuropa“ in die Abteilung „Westeuropa“ verlegt wurde. Seit 2001 sind nun alle europäischen Länder in der Abteilung „Europa“ des MSZ zusammengefasst.

Zwar misslang damit der große Wurf zur Stärkung der Position des MSZ, aber immerhin gelang dem Außenministerium die Übertragung der koordinierenden Funktion bei der Vorbereitung, dem Abschluss und der Kündigung internationaler Verträge, worunter auch Regierungs- und Ressortabkommen fielen.<sup>22</sup> Seit April 2000 müssen die polnischen Fachministerien für jedes angestrebte Übereinkommen<sup>23</sup> mit dem in dieser Frage Koordi-

<sup>15</sup>Die vier Ausschüsse betreffen die Bereiche Wirtschaft, Soziales (darunter auch Fragen der *Polonia* und der Auslandspolen), Verteidigung und (seit 1998) Regionalentwicklung (Verordnung des Ministerrates vom 25.11.97 über die Bildung ständiger Ausschüsse bei Ministerrat, in: *Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 143, Pos. 953, *Dziennik Ustaw* 1998, Nr. 121, Pos. 789, *Dziennik Ustaw* 1998, Nr. 132, Pos. 865. Beschluss Nr. 13 des Ministerrates vom 25.2.97 über die Arbeitsordnung des Ministerrates, in: *Monitor Polski* 1997, Nr. 15, Pos. 144, *Monitor Polski* 1998, Nr. 12, Pos. 202, *Monitor Polski* 1999, Nr. 32, Pos. 498). Nur die Verordnungen des Ministerrates entfalten Außenwirkung, die Beschlüsse (*uchwały*) des Ministerrates und die Anordnungen (*zarządzenia*) des Premiers haben heute nur noch internen Charakter (RYDLEWSKI 2000: 81).

<sup>16</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 106, 21.1.97, Rede von Staatssekretär E. Wyzner.

<sup>17</sup>Auch 1999 konnte sich der Sejm noch immer nicht auf eine große Strukturreform des MSZ sowie auf ein Gesetz über den Auswärtigen Dienst einigen (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 47. Sitzung, 8.-10.4.99, Rede von Czesław Bielecki).

<sup>18</sup>Rzeczpospolita, 22.6.94, MSZ bez statusu.

<sup>19</sup>IZDEBSKI 1994: 56-58. Die den Premier stellende Bauernpartei (PSL) war als Juniorpartner in der Koalition mit der SLD zunächst der große Gewinner, brach die Dezentralisierungspolitik der „S“-Regierungen weitgehend ab und wurde bis Anfang 1995 vorübergehend zur „Partei der Macht“ hinter den Kulissen.

<sup>20</sup>Gesetz vom 4.9.97 über die Ressorts der Regierungsverwaltung – einheitlicher Text, *Dziennik Ustaw* 1999, Nr. 82, Pos. 928f.

<sup>21</sup>*Dziennik Ustaw* 1998, Nr. 93, Pos. 586. Das MSZ arbeitet aktuell gemäß einer Geschäftsordnung vom 14. September 1998 (RPPZ 1998: 312).

<sup>22</sup>Außenminister Bartoszewski forderte 1995 erstmals eine solche Funktion für sein Haus (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 50. Sitzung, 1. Tag, 24.5.95).

<sup>23</sup>Die Struktur der bilateralen Übereinkommen Polens gestaltet sich generell wie folgt: Direkt unter den Nachbarschaftsverträgen stehen die ressortspezifischen Regierungsabkommen (*umowy ramowe*, etwa zu Bildung/Wissenschaft oder Kultur), zu denen als Ausführungsbestimmungen meist auf auf drei Jahre



nierungsfunktion besitzenden MSZ zusammenarbeiten. Zusätzlich legt der Premier fest, welches Fachministerium inwieweit an den Verhandlungen beteiligt wird.<sup>24</sup>

Die **Personalreserve** des Außenministeriums war nach 1989 größeren Veränderungen unterworfen.<sup>25</sup> Das Ministerium entscheidet seitdem grundsätzlich autonom über Personalfragen im diplomatischen Korps und blieb – auch dank des parteilosen, von der SLD/PSL-Koalition häufig kritisierten Außenministers Olechowski – von der von URM-Minister Strak (PSL) durchgeführten Entlassungswelle der zwischen 1989 und 1993 neu eingestellten, „S“ nahestehenden Personen in der öffentlichen Verwaltung verschont.<sup>26</sup> Jedoch hat der Auswärtige Ausschuss des Sejm ein Anhörungsrecht in Fragen der auf Vorschlag des Präsidenten zu ernennenden Botschafter.<sup>27</sup> Führte noch 1991 die Entlassung einiger Staatssekretäre der abgelösten Regierung Bielecki aus politischen Gründen zu einiger Empörung, so wird seit 1997 der Grundsatz angewandt, dass bei Regierungswechsel neben dem Minister auch die Staatssekretäre ihren Rücktritt einreichen.<sup>28</sup> Das übrige Personal im Außenministerium und anderen Ministerien wird nach Regierungswechseln grundsätzlich nicht mehr ausgetauscht, was die notwendige Kontinuität sichert. Jedoch

---

geschlossene Arbeitsprogramme (*programy wykonawcze*) gehören. Auf unterster Ebene können ggf. noch ergänzend Ressortabkommen (*umowy międzyresortowe*) angesiedelt sein. Im Falle der ehemaligen Sowjetrepubliken ist die Vertragsstruktur jedoch komplizierter: Unterhalb der Nachbarschaftsverträge und der ressortspezifischen Regierungsabkommen steht ein Übereinkommen (*porozumienie*, auf einen Zeitrahmen zwischen zwei und sechs Jahren geschlossen), als dessen Ausführungsbestimmungen meist auf ein bis zwei Jahre geschlossene Arbeitsprogramme (*programy współpracy* oder *plany pracy*) fungieren. Erst diese (unveröffentlichten, meist von den Abteilungsleitern unterzeichneten) Arbeitsprogramme geben jedoch die tatsächliche Intensität des bilateralen Austausches wieder.

<sup>24</sup>BANASZAK 2001: 539f, *Dziennik Ustaw* 2000, Nr. 39, Pos. 443. Zuvor war nur die Stellungnahme des MSZ notwendig (Information von Barbara Buczyńska, MEN, Interview vom 23.10.02), das aber keine automatische Federführung besaß (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 106, 21.1.97, Rede von Staatssekretär Eugeniusz Wyzner).

<sup>25</sup>1989 waren 71 der 73 polnischen Botschafter PZPR-Mitglieder und zwei Mitglieder der Blockparteien gewesen. Bis 1992 waren 62 der 63 im Oktober 1989 amtierenden Botschafter, ein ähnlich hoher Prozentsatz der polnischen Generalkonsuln sowie die Hälfte der sonstigen diplomatischen Bediensteten abberufen worden – mit einer gewichtigen Ausnahme: Stanisław Ciosek, eine der Schlüsselfiguren des Runden Tisches auf Seiten der PZPR, blieb bis Ende 1995 polnischer Botschafter in Moskau. Vom 1.10.89 bis zum 10.6.91 schieden aus dem MSZ 249 Personen aus, 162 neue wurden eingestellt. Zwei von drei Staatssekretären, die beiden Generaldirektoren, 13 von 18 Abteilungsleitern und 20 von 28 stellvertretenden Abteilungsleitern wurden dabei ersetzt. (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sitzung, 27.6.91, Rede von Außenminister Skubiszewski; VINTON 1995: 47, 68 (Anm. 40)).

<sup>26</sup>BINGEN 1994: 21. Eine oft diskutierte, aber wegen Geldmangel und fehlendem Willen der AWS/UW-Regierung immer wieder verschobene Frage betraf die Einrichtung einer Akademie für den diplomatischen Nachwuchs, die schließlich am 16.10.02 in Warschau eröffnet werden konnte. Die polnische Rechte hatte zuvor lange Zeit die angebliche Bevorzugung von Kandidaten aus den Reihen der Linken (SLD) und des politischen Zentrums (UW) beklagt (Marek Cichocki/Krzysztof Rak: *Słabe państwo – słaba dyplomacja*, *Życie*, 18.4.01: 15). Auch die Linke hatte sich vielfach bis 1993 polemisch über ihre mangelnde Berücksichtigung bei Neueinstellungen im MSZ beklagt. Seit etwa 1996 ist eine deutliche Beruhigung der Veränderungen in der Personalreserve festzustellen (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 21.2.96, Antwort von Außenminister Rosati auf Fragen).

<sup>27</sup>MOJAK 1996: 264f, 273. Der Sejm versuchte seine Kompetenzen in Personalfragen des MSZ erheblich zu erweitern: So setzte der Auswärtige Ausschuss 1993 einen Unterausschuss zur auch individuellen Überprüfung (nicht mit der „Lustration“ zu verwechseln!) der Beamten und Angestellten des MSZ ein, dessen Bericht im Frühjahr vom MSZ und der Opposition als denunziatorisch eingestuft wurde, da er gegenüber Einzelpersonen in einem Anhang nationalistische, antisemitische und prosowjetische (!) Anschuldigungen enthielt (BINGEN 1994: 23; *Polityka*, 2.7.94, *Zamach w alei Szucha*).

<sup>28</sup>RYDLEWSKI 2000: 73. Staatssekretäre sind in Polen grundsätzlich beamtet, parlamentarische Staatssekretäre sind unbekannt.

sind viele der Bediensteten bis heute nur auf der Basis von Zeitverträgen beschäftigt, so dass es durchaus auch weiterhin zu Personalveränderungen bis hin zu Botschafterumbesetzungen kommt.<sup>29</sup>

Speziell die **Personalpolitik** des MSZ an den **polnischen Auslandsvertretungen in Russland** (u.a. Moskau, St. Petersburg, Kaliningrad), **Litauen** (Wilna, Kaunas), **Weißrussland** (Minsk, Grodno, Brest) und der **Ukraine** (Kiew, Lemberg, Charkiv, Luc'k, Odessa) ist seit 1989/90 durch eine insgesamt **hohe Kontinuität** gekennzeichnet. So wurde bis heute unter den polnischen Botschaftern und Generalkonsuln in diesen vier Ländern nur einmal eine Botschafterin, Ewa Spsychalska (Minsk), vorzeitig zurückbeordert.<sup>30</sup>

Während die Debatte um eine koordinierende oder federführende Funktion des MSZ in der Außenpolitik bis 1995 eher innerhalb der höchsten Staatsorgane stattfand<sup>31</sup> und aufgrund des Anteils des Präsidenten an der Formulierung und Umsetzung der Außenpolitik eine weitgehend theoretische Frage war, wurde die Problematik von Außenminister Bartoszewski kurz nach Amtsantritt von Aleksander Kwaśniewski in die breitere Öffentlichkeit getragen. Der Außenminister wies, sekundiert von den polnischen Botschaftern in den USA und Litauen sowie zahlreichen Parlamentariern,<sup>32</sup> auf die vergleichsweise schwache Rolle des Außenministers bei der **Formulierung** polnischer Außenpolitik hin und stellte fest, dass nur Präsident und Premier über die „Staatsraison“ entschieden. Der Außenminister werde dagegen zu wenig in den Entscheidungsprozess einbezogen, müsse jedoch das Recht haben, eigene außenpolitische Konzepte ausarbeiten zu dürfen.<sup>33</sup> Auch bei der **Koordinierung** und **Umsetzung** blieb die Schwäche des MSZ augenfällig und ließ sich im wesentlichen an drei Punkten festmachen, von denen zwei ausschließlich ostpolitischen Bezug hatten:

- die nur nachrangige Rolle gegenüber dem UKIE in der Europapolitik,
- die trotz der offiziellen Koordinierungsfunktion in der *Polonia*- und Auslandspolenpolitik gegenüber dem Senat geringen Zuständigkeiten (siehe nächstes Unterkapitel) und
- die bis heute fehlende Zuständigkeit des MSZ in Fragen der Außenwirtschaftspolitik: Vor 1989 waren die „Büros der Handelsräte“ (*biura radców handlowych*) aufgrund des staatlichen Außenhandelsmonopols erheblich ausgebaut worden, bestanden unabhängig

<sup>29</sup>Nach 2001 führte die Regierung Miller einen erheblichen Austausch der Botschafter in Polens Auslandsvertretungen durch, jedoch nicht in Polens östlichen Nachbarstaaten (Rzeczpospolita, 13.2.03, Nowy kadr z przeszłości).

<sup>30</sup>Solche vorzeitigen Abberufungen nahm das MSZ nach 1989 ausgesprochen selten vor (Rzeczpospolita, 9.11.02, Nowy ambasador w Niemczech). Die von Anfang an umstrittene Spsychalska hatte Mitte der neunziger Jahre mehr oder minder offen das Regime von Präsident Lukašenka unterstützt.

<sup>31</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 3. Tag, 8.5.92, Rede von Bogdan Borusewicz; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Longin Pastusiak (SLD); Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 50. Sitzung, 1. Tag, 24.5.95, Rede von Außenminister Bartoszewski.

<sup>32</sup>Kazimierz Dziewanowski, Tygodnik Powszechny 35/1996, Kto rządzi polską polityką zagraniczną; Jan Widacki, Tygodnik Powszechny 38/1996, Chore mechanizmy. Nur eine Minderheit blieben dagegen die Befürworter eines einem Planungsstab in der KPRM untergeordneten MSZ (Marek Cichocki/Krzysztof Rak: Słabe państwo – słaba dyplomacja, Życie, 18.4.2001: 15).

<sup>33</sup>Vortrag des ehemaligen Außenministers an der Universität Warschau vom 1.6.96, abgedruckt in: Polska w Europie, Heft 21: 14. Die Befürchtungen Bartoszewskis, der neue Präsident werde gemäß seiner postulierten Unabhängigkeit eine eigene, nicht mit der Regierung abgestimmte Außenpolitik führen, bewahrheiteten sich nicht.

von den polnischen Botschaften und unterstanden dem Außenhandelsministerium. Nach 1989 wurde der Außenhandel in Polen rasch liberalisiert und private Wirtschaftssubjekte bauten ihren Anteil daran rapide aus. Dennoch ist es bis heute ein unerreichtes Ziel aller Außenminister seit 1989, die Büros zu verkleinern, schrittweise als Wirtschaftsabteilungen in die Botschaften zu integrieren und dem Außenministerium zu unterstellen, um die zuvor ungenügend abgegrenzten privaten und öffentlichen Interessen voneinander zu trennen.<sup>34</sup> 1994 einigte man sich zumindest auf den Kompromiss, dass *neue* solche Büros nur noch in den Staaten der ehemaligen UdSSR errichtet werden sollten.<sup>35</sup> Ansonsten behielt jedoch das Außenhandelsministerium (seit 1997 ein Teil des Wirtschaftsministeriums (MG)) während der SLD/PSL-Regierung gegen den Wunsch des MSZ weiter die Aufsicht über die Büros und schwächte somit die koordinierende Funktion des Außenministers.<sup>36</sup> Alle bisherigen Außenminister gestanden dem MG – entgegen den Bestrebungen zu Beginn der jeweiligen Amtszeit – ausdrücklich diese Kompetenz zu und thematisieren die Frage nicht mehr.<sup>37</sup> Zwar kann man den liberalen und konservativen polnischen Parteien deutlicher als den ehemaligen Systemparteien PSL und SLD den Wunsch unterstellen, die Büros als kommunistische Hinterlassenschaft aufzulösen, in die Botschaften einzugliedern und damit dem MSZ zu unterstellen. Doch auch der Regierung Buzek gelang nur die Umbenennung der Büros in „Wirtschafts- und Handelsabteilung“; das MG behielt jedoch seine Aufsichtsfunktion und weitgehend auch die Personalhoheit bei.<sup>38</sup>

### 4.1.3 Die Rolle des Senats in der Ostpolitik

Das polnische Parlament, Sejm und Senat, beeinflussen die Außenpolitik durch die Wahl der Regierung, die Bestätigung ihres Programmes, die Debatte über den außenpolitischen Jahresbericht, die Arbeit in den verschiedenen parlamentarischen Kommissionen sowie die Entscheidung über das Budget der einzelnen Ressorts. Der Sejm war nach 1989 jedoch zumindest bis Anfang 1993 vorwiegend mit inneren Angelegenheiten beschäftigt (u.a. Durchleuchtungsgesetz, Abtreibungsgesetz, Kleine Verfassung) und schaltete sich erst danach in die außenpolitische Debatte ein.<sup>39</sup> Sejm wie auch Senat verfügen jedoch

<sup>34</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sitzung, 27.6.91, Rede von Außenminister Skubiszewski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 3. Tag, 8.5.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen.

<sup>35</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 106, 21.1.97, Rede von Staatssekretär E. Wyzner.

<sup>36</sup>Das MG konnte sich insbesondere mit dem Argument durchsetzen, dass zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben (Gesetz über das Wirtschaftsministerium) hochspezialisierte Wirtschaftsexperten die Aufgaben der polnischen Außenhandelsvertretung wahrnehmen müssten, was das MSZ mit seinem eher diplomatisch-konsularisch ausgebildeten Personal nicht leisten könne (Auswärtiger Ausschuss des Sejmu, Bulletin Nr. 106, 21.1.97, Rede von Staatssekretär Andrzej Malinowski).

<sup>37</sup>Wieczne żywe biura radców handlowych, Rzeczpospolita, 27.4.96; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 2. Tag, 12.5.94, Antwort von Außenminister Olechowski auf Fragen; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 50. Sitzung, 2. Tag, 25.5.95, Antwort von Außenminister Bartoszewski auf Fragen; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 21.2.96, Rede von Außenminister Rosati.

<sup>38</sup>Gemeinsame Verfügung des Wirtschaftsministers und des Außenministers vom 3.8.99, in Kraft getreten am 1.10.99; Auswärtiger Ausschuss des Sejmu, Bulletin Nr. 106, 21.1.97; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94, Jerzy Wenderlich (SLD); Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Antwort von Außenminister Bartoszewski auf Fragen. Das MSZ verfügt erst seit 2001 über eine eigene Abteilung für Außenwirtschaft.

<sup>39</sup>KUŹNIAR 1992: 30. Im Januar 1993 diskutierte der Sejm über die „polnische Staatsraison“, einen Monat danach über die polnische Beteiligung an „Euroregionen“ (genauer Kapitel 5.1). Verlauf und Er-

institutionell beide über je einen Auswärtigen Ausschuss und je einen Ausschuss für die *Polonia* und die Auslandspolen.<sup>40</sup> Zusätzlich fanden neben den außenpolitischen Jahresdebatten weitere Debatten zur Frage des EU- und NATO-Beitrittes statt. Dagegen gab es zumindest im Sejm keine speziellen ostpolitischen Plenumsdebatten. Die Abgeordneten behandelten das Thema jedoch weit öfter im Rahmen der Ausschussarbeit und stellten zahlreiche kleine und große Anfragen zu diesem Thema an die Regierung.<sup>41</sup>

Der verfassungsrechtlich mit deutlich weniger Kompetenzen ausgestattete Senat steht ein wenig im Schatten des Sejms. Seine Aufgaben weisen jedoch eine Besonderheit auf: Trotz ihres relativen Schattendaseins unter den höchsten Staatsorganen Polens nimmt die zweite Kammer des Parlaments in einem spezifisch ostpolitischen Kontext, der Politik gegenüber den Auslandspolen und der *Polonia*, die entscheidende Rolle ein. Da diese sowohl Formulierung als auch Umsetzung der Politik betreffen, kommt es dabei zur Vermischung der Funktionen eines legislativen und exekutiven Organs, was meist mit den Traditionen der Zwischenkriegszeit begründet wird, als der damalige Senat ähnliche Aufgaben wahrnahm. Der Senat formuliert seine Politik gegenüber den Auslandspolen und der *Polonia* mit Hilfe des wichtigen entsprechenden Ausschusses, den bis 2003 sechs Plenardebatten zu speziellen Fragen der Auslandspolen- und *Polonia*-Politik<sup>42</sup> und den beiden Generaldebatten des Hauses 1997 und 2002 ausschließlich zu dieser Frage.<sup>43</sup>

Zur Umsetzung seiner Aufgaben im Bereich der Auslandspolen- und *Polonia*-Politik stehen dem Senatspräsidium Mittel aus dem Budget der dem Präsidium unterstehenden Senatskanzlei zur Verfügung,<sup>44</sup> über deren Verwendung formell (um die Vorgaben des Gesetzes über öffentliche Finanzen zu erfüllen) der Direktor der Senatskanzlei (im Rang eines Ministers) wacht. Die inhaltliche Entscheidung über die Mittelvergabe trifft indes das Präsidium des Senats mit dem Senatspräsidenten (*Marszałek Senatu*) an der

---

gebnis der beiden scharfen Auseinandersetzungen konnten „keine der beteiligten Seiten zufriedenstellen“ (KUŹNIAR 1993: 14).

<sup>40</sup>Während der Auswärtige Ausschuss des Senats sich eher allgemein mit außen- und ostpolitischen beschäftigt, hat die Arbeit des Auslandspolen- und *Polonia*-Ausschusses speziell die Untersuchung der Lage der polnischen Minderheiten im Ausland zum Gegenstand. Beginnend mit der Erörterung der Situation der polnischen Minderheiten in Litauen und der Ukraine (Diariusz Senatu 1992, Nr. 3, 8, 9) ist die Verfolgung der Lage der Auslandspolen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine ein Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses.

<sup>41</sup>Entsprechende Statistiken sind für die erste und zweite Wahlperiode des Sejms in den *Skorowidz do Sprawozdań Stenograficznych* unter dem Stichwort „*mniejszości narodowe*“ zugänglich.

<sup>42</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi 15. Sitzung, 29./30.12.89; 31. Sitzung, 6./7.9.90; 102. Sitzung, 18.-20.6. und 25.6.97; 25. Sitzung, 9.-11.12. und 16.12.98; 34. Sitzung, 21./22.4.99; 63. Sitzung, 2.-4.8 und 8.8.00.

<sup>43</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4./5.3.97; 15. Sitzung, 30.4.02. Bei diesen beiden Debatten traten wichtige Gastredner auf: 1997 Persönlichkeiten aus dem Präsidialamt, dem Sejm, den beteiligten Ministerien sowie insbesondere der ehemalige Senatspräsident, Erziehungsminister und heutige Präsident der *Wspólnota Polska*, Andrzej Stelmachowski, der langjährige PSL-Abgeordnete und Vorsitzende der *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*, Tadeusz Samborski, sowie dessen Nachfolger Wiesław Turzański. 2002 traten zusätzlich auch der polnische Staatspräsident, der Präsident des Sejms (*Marszałek Sejmu*) und der Primas der katholischen Kirche Polens auf. An dieser eindrucksvollen Rednerliste wird deutlich, welche Position der Rolle des Senats diesbezüglich in Polen von Exekutive und Legislative beigemessen wird.

<sup>44</sup>Zu dieser Kompetenzverteilung siehe das Statut der Senatskanzlei, Anhang zum Beschluss des Senatspräsidiums, 16.11.94.

Spitze. Es entscheidet jährlich über die Projektschwerpunkte<sup>45</sup> und trifft die verbindliche Auswahl der Projekte, wobei der Senatsausschuss für Emigration und Auslandspolen (*Komisja Senacka Emigracji i Polaków za Granicą*) und seit Dezember 2002 auch der neu geschaffene „Konsultationsrat der Polonia“ (*Polonijna Rada Konsultacyjna*) unverbindlich zu hören sind.<sup>46</sup>

Ein deutlicher Schwerpunkt der Unterstützung für die Auslandspolen und die *Polonia* liegt auf der Hilfe für östlich der Landesgrenzen lebende Polen, vor allem die historischen polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine, daneben auch für die Stalinschen Deportationsopfer in Kasachstan, Russland und Zentralasien. Zu Beginn der neunziger Jahre ging beinahe die gesamte finanzielle Hilfe des Senats in diese Länder, und auch heute noch erhalten die dort lebenden Polen den überwiegenden Teil der Mittel.

Der Senat selbst führt keine dementsprechenden Projekte durch. Er beauftragt jedoch Organisationen und vergibt auf Antrag projektgebundene Gelder. Dabei gehen etwa 90 Prozent seiner diesbezüglichen jährlichen Mittel an zwei NGOs, die ihrerseits nahezu vollständig finanziell vom Senat abhängig sind: von 1989 bis 1994 führte ausschließlich die „Polnische Gemeinschaft“ (*Wspólnota Polska*) Projekte im Auftrag des Senats durch. Seit 1994/95 hat sich außerdem die erheblich kleinere „Stiftung Hilfe für die Polen im Osten“ (*Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*) dauerhaft etablieren können, die noch deutlicher den Schwerpunkt der Hilfspolitik des Senats zugunsten der östlich der Landesgrenzen lebenden Polen betont.<sup>47</sup>

Diese herausgehobene Rolle des Senats in der Politik gegenüber den Auslandspolen und der *Polonia* trifft heute auf einen weitgehenden stillen Konsens unter den politischen Kräften des Landes. Sie wurde bis heute mit Ausnahme einiger beachteter Zeitungsartikel<sup>48</sup> einer nur nicht-öffentlichen Kritik, vor allem aus dem MSZ,<sup>49</sup> unterzogen: Dabei wurde insbesondere der *Wspólnota Polska* die Unterstützung auch von unversöhnlichen Stimmen und von auf Abgrenzung abzielenden polnischen Minderheiten-Organisationen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine vorgeworfen.

Dagegen thematisierte der Auswärtige Ausschuss des Sejm nicht die oft diametral unterschiedlichen Konzeptionen der Auslandspolen- und *Polonia*-Politik des Senats, der *Wspólnota Polska* und des MSZ.<sup>50</sup> Kapitel 5.2 und 6.1 sollen zeigen, dass der Senat und die von ihm abhängigen Durchführungsorganisationen in dieser Frage erfolgreich ein dominierendes Argumentationsmuster errichten konnten, das insbesondere auf die diesbezügliche minderheitenpolitische Tradition und die schwierige materielle Situation der Auslandspolen in den angrenzenden östlichen Nachbarstaaten abhebt.<sup>51</sup>

<sup>45</sup>Für das Jahr 2003 siehe *Uchwała* Nr. 125 Prezydium Senatu, 6.3.03.

<sup>46</sup>*Monitor Polski* 2002, Nr. 27, Pos. 446; Beschluss Nr. 124 des Senatspräsidiums, 19.12.02. In diesem neunköpfigen Rat sind aus Osteuropa je ein Vertreter der polnischen Minderheit in Weißrussland und Kasachstan vertreten.

<sup>47</sup>Genauer auf die Arbeit des Senats im Bereich der Minderheitenpolitik und der von ihm abhängigen Durchführungsorganisationen geht Kapitel 6.1 dieser Arbeit ein.

<sup>48</sup>Jan Widacki, *Kresy - nasza miłość, nasz kłopot*, 27./28.4.02; Wojciech Maziarski, *Gdzie jest mój sąsiad*, *Gazeta Wyborcza*, 6./7.1.01.

<sup>49</sup>Brief von Außenminister Skubiszewski an Senatspräsident Struzik, 24.11.95, Signatur As/5775; Brief von Senatspräsident Struzik an Außenminister Bartoszewski, 14.12.95, Signatur As/5775/1819/95 (Archiv des Senats, Kopien der Briefe im Besitz des Autors). Detaillierter zu diesen Auseinandersetzungen siehe die Kapitel 5.2 und 6.1.

<sup>50</sup>Etwa während der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Bulletin Nr. 106, 21.1.97.

<sup>51</sup>Dass dabei auch nicht vor zweifelhaften Methoden zurückgeschreckt wird, beweisen die immer wie-

#### 4.1.4 Konsens der Parteien in ostpolitischen Fragen?

Das polnische Regierungssystem wies nach 1989 wesentlich deutlicher die Züge eines parlamentarischen denn eines semipräsidentiellen Systems auf. Mit dem Amtsantritt von Präsident Kwaśniewski 1995 wandelte es sich *de facto* und mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung 1997 auch *de jure* in ein parlamentarisches System mit einem mittelstarken Präsidenten. Deshalb **verwischen** auch im politischen System Polens typischerweise die **Grenzen zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Regierung**. Formell ist es etwa sehr schwierig festzustellen, wer Diskurse zu einem Thema initiiert.

Die polnische **Parteienlandschaft** ist heute bis auf den SLD-Block und teilweise die PSL noch immer **nicht konsolidiert**, besonders bemerkbar macht sich das Fehlen einer dauerhaft etablierten Mitte-Rechts-Partei (WOJTASZCZYK 2001: 108). In hohem Maße sind es die Parteichefs – mit Ausnahmen in der SLD und bis 2001 in der UW –, die die ohnehin meist sehr allgemein gehaltenen **Parteiprogramme** bestimmen, in denen **ostpolitische Fragen allenfalls zweitrangig** sind,<sup>52</sup> und ihnen eine Bedeutung geben. Zwar ist oft eine einheitliche Parteilinie, aber gleichzeitig ein uneinheitliches Abstimmungsverhalten der oft aus mehreren Parteien bestehenden Fraktionen im Sejm zu beobachten, das besonders innerhalb des äußerst heterogenen Parteienbündnisses AWS zwischen 1997 und 2001 sowie immer wieder innerhalb der PSL<sup>53</sup> auftrat. Da ferner die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den polnischen Parteien gerade in ostpolitischen Fragen seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich abnahmen und diesbezüglich ein breit verstandener Konsens erreicht wurde,<sup>54</sup> fiel der **Regierung** insgesamt ein **Schwergewicht** bei der **Formulierung und Umsetzung der Ostpolitik** zu, das sie zu nutzen wusste. Die insgesamt als unabhängig einzustufende Amtsführung von Präsident Kwaśniewski und seine nachhaltigen ostpolitischen Initiativen schwächten die Rolle der Parteien in dieser Hinsicht noch stärker.

---

derkehrenden Presseartikel auch in seriösen polnischen Zeitungen über angeblich hungernde polnische Kinder in Litauen, gegen die sich das litauische Außenministerium schon mehrfach in Gegendarstellungen zur Wehr setzte (Litewscy politycy przeciwko kampanii Polskiej Akcji Humanitarnej, PAP, 19.9.02; Podziękowania bez upoważnienia, Kurier Wileński, 20.9.02). Litauische und polnische Medien überboten sich gelegentlich in der Darstellung des jeweiligen Nachbarlandes in den schwärzesten Farben (siehe etwa den Presseservice des MSZ, Bulletin 1945/2697/2002, der auf einen Artikel der Trybuna vom Oktober 2002 (Między dwiema rzeczywistościami) rekurriert).

<sup>52</sup>CHEONGSOOK 2001: 116, 120-134, ZIEMER/MATTHES 2002: 219. Empirische Untersuchungen zur Willensbildung innerhalb einzelner Parteien liegen bis heute kaum vor.

<sup>53</sup>So äußerte sich etwa während der außenpolitischen Jahresdebatte 1995 nur der Fraktionschef der Regierungspartei (!) PSL, Waldemar Pawlak, überwiegend ablehnend zum Bericht von Außenminister Bartoszewski (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 50. Sitzung, 2. Tag, 25.5.95). Während der zweiten Wahlperiode des Sejmu (1993-1997) kam es ferner zur Abspaltung eines Teils der PSL-Fraktion um den ehemaligen Parteivorsitzenden Roman Jagieliński.

<sup>54</sup>CHEONGSOOK 2001: 254. Dieser Konsens hinderte jedoch führende Oppositionspolitiker nicht daran, die Ostpolitik der Regierung weiterhin deutlich zu kritisieren (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 47. Sitzung, 1. Tag, 8.4.99, Rede von Leszek Miller; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 40. Sitzung, 2. Tag, 22.1.03, Reden von Maciej Płażyński (PO), Andrzej Lepper (*Samoobrona*)). Dieser erwähnte Konsens trifft für den Sejm der vierten Wahlperiode (ab 2001) in Fragen der europäischen Integration nicht mehr zu – mit LPR, Samoobrona sowie Teilen der PSL haben sich gewichtige Teile des Parlaments explizit gegen einen polnischen EU-Beitritt ausgesprochen. Allgemein gesprochen standen in den neunziger Jahren SLD und PSL für eine eher auf Russland ausgerichtete Ostpolitik; die ZChN für gute Beziehungen vor allem zu Russland und die UW für gute Beziehungen vor allem zu Litauen, Weißrussland und der Ukraine (CHEONGSOOK 2001: 241).

### 4.1.5 NGOs mit außenpolitischem Bezug

Polen weist eine unübersehbare Anzahl von NGOs mit spezifisch außenpolitischem Profil auf, von denen viele jedoch ihr primäres Anliegen darauf richten, die Politik staatlicher Organe zu unterstützen oder auszuführen.<sup>55</sup> Die Zahl der von staatlichen Einfluss weitgehend unabhängigen NGOs mit teilweise oder speziell ostpolitischem Anliegen ist dagegen gering: Zu nennen sind insbesondere

- der von Post-, „S“-Kreisen um Außenminister Skubiszewski 1996 gegründete „Außenpolitische Rat“ (*Rada Polityki Zagranicznej*), dessen Hauptanliegen die Fortführung der Grundsätze der polnischen Außenpolitik (und dabei in Fragen der Ostpolitik insbesondere die Fortsetzung der guten Beziehungen zu den drei direkten polnischen Nachbarn) auch durch die postkommunistische Regierung nach 1993 war, der aber letztlich ohne größere Bedeutung blieb,<sup>56</sup>

- die vom *Open-Society-Institute* finanzierte Batory-Stiftung, die seit Mitte der neunziger Jahre zahlreiche öffentliche Tagungen mit ostpolitischem Bezug veranstaltet hat und ihre Ergebnisse vielfach in den polnischen Printmedien und im Internet veröffentlicht hat,

- die polnisch-litauische, die polnisch-weißrussische und die polnisch-ukrainische Handelskammer, von denen die letzteren beiden ein Schattendasein führen, erstere jedoch (seit 2000) breitere öffentliche Aktivitäten in Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Belebung des polnischen Exports auf die „Ostmärkte“ unternimmt und dabei über Litauen hinaus auch vielfältige Informationen über Investitions- und Exportmöglichkeiten in die Ukraine, Weißrussland oder Russland bietet,

- das Warschauer CSM, das Krakauer OMP und MCRD/ISS,<sup>57</sup> die in erster Linie durch die Veröffentlichung von Konferenzmaterialien am ostpolitischen Diskurs teilnahmen.

### 4.1.6 Printmedien mit außenpolitischem Bezug

Die polnische Zeitungslandschaft verfügt über relativ wenige in ganz Polen erscheinende Tageszeitungen und wird in außenpolitischen Fragen klar dominiert von der dem Post-, „S“-Lager nahestehenden linksliberalen größten Tageszeitung des Landes, *Gazeta Wyborcza*, und der konservativen *Rzeczpospolita*. Die postkommunistische *Trybuna* und die konservative *Życie Warszawy* sind weitere wichtige Tageszeitungen. Nicht zu unterschätzen ist die Rolle des vor allem auf dem Lande einflussreichen nationalkatholischen Blattes *Nasz Dziennik*.<sup>58</sup> Der außenpolitische Printmediendiskurs unter den in ganz Polen erscheinenden Wochenzeitungen wird deutlich dominiert vom liberal-katholischen *Tygodnik Powszechny*, der linksliberalen *Polityka* und (deutlich dahinter) dem liberalkonservativen *Wprost*.

<sup>55</sup>Stellvertretend seien hier das Polnisch-Ukrainische Forum, die *Wspólnota Polska*, das Adam-Mickiewicz-Institut, die Polnischen Kulturinstitute oder KUKE S.A. genannt.

<sup>56</sup>Der Rat kritisierte die postkommunistische Regierung insbesondere für ihre fehlende Dynamik in den polnisch-ukrainischen Beziehungen und für fehlende internationale Aktivitäten; er forderte einen eindeutigen Standpunkt des polnischen Präsidenten zur russischen Außenpolitik und gegenüber den östlichen Nachbarn (*Rzeczpospolita*, 10.9.1996, *Rada Polityki Zagranicznej*. *Opozycyjna czy obywatelska?*, *Rzeczpospolita*, 4.4.96, *O czym i jak rozmawiać z Rosją*).

<sup>57</sup>Genauerer über diese Organisationen findet sich in Kapitel 1.5.

<sup>58</sup>Die mehrheitlich zum Konzern „Radio Maryja“ gehörende Zeitung ist auch in Kirchenkreisen ausgesprochen umstritten: So kritisierte der Erzbischof von Lublin, Józef Zyciński, die „leichtfertige Besorgnis“ der Zeitung gegenüber den politischen Interessen Russlands und die „obszönen Vorurteile“ gegenüber Europa, Israel und den USA (PAP, 26.1.03).

### 4.1.7 Informelle Eliten in der polnischen Außenpolitik

Ein besonders schwer zu erfassendes Element der ostpolitischen Diskursstruktur Polen ist die sogenannte „informelle Elite“. Dieser Personenkreis besitzt Einfluss auf die polnische Außenpolitik, ohne jedoch unbedingt mit formaler Mitentscheidungskompetenz ausgestattet zu sein. Eine derartige Rolle spielen insbesondere zum einen (neben den oben ausführlich beschriebenen Organen der offiziellen Außenpolitik) ein Gesprächskreis mit wechselnden Teilnehmern (Akademiker, Journalisten, Publizisten und Wirtschaftsexperten), dessen Protokolle zu ostpolitischen Fragen seit 1989 in der Zeitschrift *Polska w Europie* (und gleichzeitig im Internet) regelmäßig veröffentlicht werden. Zum anderen sind die ausgesprochen zahlreichen Veröffentlichungen vielfach längerer Artikel bekannter politischer Berater, Publizisten und polnischer Botschafter in den genannten wichtigsten Printmedien beachtenswert. Dabei sind die Übergänge zwischen „formeller“ und „informeller“ Elite durch Regierungswechsel und Neuausrichtungen der beteiligten Akteure fließend.

### 4.1.8 Verfassungsgericht

Die Rolle des bereits 1985, erstmals in der polnischen Geschichte eingeführten Verfassungsgerichts in der Außenpolitik ist gering: Die polnische Verfassungstradition ist entscheidend von der Vorstellung geprägt, dass dem Sejm als vom Volk gewählten Legislativorgan eine demokratische Legitimation zukommt, die den Gerichten fehlt. Auch in der PRL wurde dem Parlament der Rang eines obersten Staatsorgans eingeräumt (Art. 20 der Verfassung von 1976), und die Verfassung von 1989 ließ diese Stellung unangetastet. Während in der „Kleinen Verfassung“ der Sejm noch mit Zweidrittelmehrheit Beschlüsse des Verfassungsgerichtes überstimmen konnte, ist diese Regelung jedoch gemäß der Verfassung von 1997 (nach einer Übergangsfrist bis zum Jahre 1999) heute aufgehoben. Trotz des traditionellen polnischen Demokratieverständnisses, nach dem das Parlament die Funktion des höchsten Staatsorgans innehat, hat sich Polen heute somit dem in Europa weitverbreiteten konstitutionalistischen Modell angeschlossen.

Das Verfassungsgericht könnte ferner theoretisch bei der Heranziehung internationaler Verträge als Maßstab zur Überprüfung innerpolnischen Rechts als wichtiger Diskursteilnehmer auftreten: Seit 1997 hat das Völkerrecht als Prüfungsmaßstab im polnischen Recht sogar eine grundsätzlich neue Stellung. Dem Verfassungsgericht ist es erlaubt, nach Art. 188(2) den Einklang der Gesetze mit ratifizierten Übereinkommen, für die ein Zustimmungsgesetz erforderlich ist, zu prüfen, und gemäß Artt. 79 und 188(5) bei Vorliegen einer Verfassungsbeschwerde tätig zu werden.<sup>59</sup> Von dieser Möglichkeit machte das Gericht indes bis 1997 nur einmal Gebrauch.

Die Vielfalt der beschriebenen Akteure sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die außenpolitische Diskursstruktur eher als eng zu klassifizieren ist. Zwar ist das Spektrum relevanter Akteure recht breit, aber die Anzahl der Teilnehmer eher klein; nicht zuletzt deshalb, weil außenpolitische Themen in der polnischen Öffentlichkeit auf ein allenfalls moderates Interesse stoßen. Jedoch besteht bei Fragen von großem öffentlichem Interesse – wozu NATO- und EU-Beitritt gehörten, weniger aber das komplexe Thema

<sup>59</sup>Der Mechanismus des Rechtsschutzes in Polen entspricht damit vollständig den Kriterien des Rechtsstaates, wie sie auch in Deutschland verstanden werden (HOŠKOVÁ 1998: 469ff; BLUMENWITZ/GORNIG/MURSWIEK 1998: 52). Völkerrechtliche Normen werden jedoch durch das polnische Verfassungsgericht nur in „konsequent reduzierter“ (HOŠKOVÁ 1998: 469) Form angewandt.



der Ostpolitik – durchaus die Möglichkeit der Verbreiterung der Diskursstruktur.

## 4.2 Auswirkungen auf die polnische Diskursstruktur

Die Aktionen der beschriebenen außenpolitischen Akteure im polnischen Regierungssystem wirken sich zusammenfassend in den folgenden Punkten auf die polnische Diskursstruktur aus:

a) Aus der vor allem bis 1995 noch mangelnden **Koordination** zwischen den höchsten für die Außenpolitik zuständigen Organen resultierte eine teilweise stark fragmentierte außenpolitische Diskursstruktur Polens. Seit dem Amtsantritt von Präsident Kwaśniewski, der Beschneidung seiner außenpolitischen Kompetenzen in der Verfassung von 1997 und dem in außenpolitischen Fragen insgesamt konfliktfreien Zusammenwirken des Präsidenten mit der AWS/UW-Regierung von 1997 bis 2001 wie auch mit der SLD/PSL-Regierung nach 2001 läßt sich jedoch ein deutlicher Rückgang der in entgegengesetzte Richtungen gerichteten Diskurse feststellen. Zu Dissonanzen kommt es heute zwischen Sejm, MSZ, KPRM und UKIE eher über die EU-Politik als über die Grundzüge der polnischen Ostpolitik.

Dennoch wird Kapitel 5 zeigen, dass sich wenigstens in zwei Bereichen auch heute noch parallele Diskurse über zumindest zwei spezifisch ostpolitische Fragen in der polnischen Diskursstruktur feststellen lassen, die jedoch weniger in den Medien, sondern eher auf parlamentarischer Bühne diskutiert werden und somit eher speziellen Charakter tragen: zum einen die im Plenum des Parlaments und in den Ausschüssen vielfach debattierte Frage nach den Grundsätzen der Politik gegenüber den Auslandspolen und der *Polonia* in den östlichen Nachbarstaaten, zum anderen die Frage nach der Position der Handelsräte im ostpolitischen Diskurs zwischen Außen- und Wirtschaftsministerium.

b) Die **Initiierung der Diskurse** erfolgte im Falle des angestrebten NATO- und EU-Beitrittes durch die „S“-geführten Regierungen Bielecki und Olszewski. Da im Falle der Ostpolitik die Ziele weitaus weniger klar festzulegen waren und sich von 1989 bis 1993 starke diskursive Gegensätze insbesondere zwischen postkommunistischen Kräften und dem Post-„S“-Lager aufbauten, ist hier eher ein vielstimmiger Chor mit sehr unterschiedlichen Ansichten zu erwarten. Die Vielfalt der Stimmen wird dabei von offen pro-russischen Ansichten über ausgewogene Meinungen, weder Russland noch einen der drei direkten Nachbarn zu favorisieren, bis hin zu Ideen reichen, die besonders die Politik gegenüber einem der drei Nachbarn hervorhoben. Eine genaue Identifizierung der Diskursträger erfolgt in Kapitel 5.1.

c) Die **Parteien spielen** in der ostpolitischen Diskursstruktur Polens eine **geringe Rolle**. Zum einen nehmen Fragen der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn eine nachrangige Rolle in den Parteiprogrammen ein, zum anderen werden Diskurse im Falle der Regierungsparteien weniger aus den Parteien heraus initiiert als vielmehr durch Regierungsmitglieder (unter denen sich in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle auch der/die Parteivorsitzende(n) der Regierungsparteien befinden). Im Falle der jeweiligen Oppositionsparteien sind es in aller Regel die Parteivorsitzenden oder (wie etwa teilweise im Falle der PO) eine gemeinsame Führungsspitze, die Diskurse initiierten und dominierten.

Jedoch lassen sich gewisse Abweichungen von dieser Regel für folgende Zeiträume fest-

stellen:

- Zu Beginn der neunziger Jahre stellte sich die polnische Parteienlandschaft noch erheblich zerklüfteter dar, und die Regierungsmitglieder nahmen nicht immer auch führende Positionen in den einzelnen Parteien ein.

- Die PSL repräsentierte insbesondere während ihrer Regierungsbeteiligungen 1993-1997 und 2001-2003 immer wieder stark unterschiedliche Ansichten.

- Zwischen 1997 und 2001 zeichnete sich das Regierungsbündnis AWS durch eine wachsende Desintegration aus, mit der insbesondere die steigende Anzahl von nicht mit der Regierung abgesprochenen diskursiven Initiativen einherging, die jedoch kaum ostpolitische Fragen betraf.

d) Schließlich stellt sich die Frage, **wer** im politischen System Polens jenseits der formalen Zuständigkeiten die **Außenpolitik verkündet**, wer also *privileged storyteller* (MILLIKEN 1999) ist. Formell ist dafür, wie dargestellt, in erster Linie der Ministerrat unter Federführung des Außenministers zuständig, jedoch unter Beachtung der (schwächer gewordenen) Position des Präsidenten. In der Realität ist die diesbezügliche Struktur jedoch weitaus komplizierter: Zum einen haben die genannten, formal zuständigen Akteure auch tatsächlich ein erhebliches Gewicht im außenpolitischen Diskurs. Sie dominieren aber nicht notwendig die Verkündung der Außenpolitik, sondern werden in erheblichem Maße von zahlreichen weiteren, oben erwähnten Akteuren über die Printmedien, einzelne NGOs oder Eliten bei der Verkündung polnischer Außen- und insbesondere Ostpolitik sekundiert. Darüber hinaus schließt auch eine dominante Position eines Akteurs bei der *Verkündung* der Außenpolitik keinesfalls die dominante Position eines anderen Organs bei der *Durchführung* dieser Politik aus (was etwa im Verhältnis zwischen MSZ und Senat gezeigt werden soll).

# Kapitel 5

## Fallstudien zum speziellen ostpolitischen Diskursprofil Polens

Aufgabe dieses Kapitels ist die Beleuchtung des Verhältnisses zwischen Identität und Diskurs in der polnischen Ostpolitik. Das sich anschließende Kapitel 6 wird dann Fragen des Verhältnisses von Identität und Verhalten analysieren und mögliche Unterschiede zu den Ergebnissen aus Kapitel 5 herausarbeiten. Deshalb entsprechen die in diesem Kapitel ausgewählten Diskursanalysen thematisch den in Kapitel 6 folgenden Verhaltensanalysen. Dadurch wird es im abschließenden Kapitel 7 möglich sein, die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Diskurs und Verhalten der polnischen Ostpolitik zu beantworten. Während das folgende Kapitel 5.1 alle vier östlichen Nachbarn einbezieht und insbesondere auch auf Russland rekurriert, ist die anschließende Analyse in Kapitel 5.2 auf die drei historischen Nachbarn beschränkt. Das erstgenannte Unterkapitel ist dabei wiederum in drei Fälle untergliedert, die die wesentlichen Ausschnitte der Debatte um das Verhältnis zu Russland einerseits und zu den drei historischen Nachbarn andererseits zum Inhalt haben.

Eine zentrale methodische Frage zu den folgenden Diskursanalysen stellt die Auswahl der Quellen dar. Aus dem breiten Spektrum wurden dabei die in Kapitel 1.5 aufgezählten schriftlichen und mündlichen Zeugnisse zur polnischen Ostpolitik berücksichtigt. Aufgrund der sich daraus ergebenden Materialfülle sollen die folgenden Debatten nicht in ihrer Gesamtheit analysiert werden, sondern vielmehr in begründeter Weise zeitliche Abschnitte herausgegriffen werden. Zur besseren Übersichtlichkeit wurde kein rein chronologische Vorgehensweise gewählt, sondern die Debatten wurden nach Akteuren strukturiert. Es lässt sich nicht vermeiden, im Rahmen der Diskursanalyse auch auf das polnische Verhalten in den einzelnen Fällen einzugehen. Da das Verhalten ausführlich in Kapitel 6 analysiert wird, soll dies jedoch nicht mit Hilfe eines vorgeschalteten Kapitels zum jeweiligen Fallstudienkontext und dem polnischen Verhalten geschehen. Vielmehr wird der Teil des polnischen Verhaltens, der im Rahmen der Diskursanalysen unbedingt Erwähnung finden muss, zumeist in Fußnoten direkt in die Studien einbezogen, um dem Leser direkt die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Am Ende jeder Fallstudie soll in einer Synthese mit Hilfe der folgenden Unterfragen das Verhältnis zwischen Identität und Diskurs beantwortet werden:

- Wie wird der **Konflikt** gesehen und wie wird der **Konfliktgegner** eingeschätzt?
- Wie werden **Strategien** und **Mittel** eingeschätzt, die die polnische Regierung zur

Konfliktlösung einsetzte?

- Welche eventuell alternativen **Handlungsanweisungen** wurden gegeben?
- Wie wird die **Legitimation** der polnischen Ostpolitik bewertet?
- Welche Bedeutung wird der Einschätzung **nicht-polnischer Akteure** zugeschrieben?

## 5.1 Konvergenz der pro-russischen und der pro-litauisch-weißrussisch-ukrainischen Debattenbeiträge?

**Der Rahmen: Konvergenz des Diskurses über die außenpolitischen Grundlinien:** Wie in Kapitel 3 am Beispiel des NATO-Beitrittes erwähnt, fand in Polen nach 1989 eine Konvergenz in der Debatte über die generellen außenpolitischen Leitlinien statt:

Ausgehend von den zwei außenpolitischen Imperativa der Regierung Mazowiecki (gleichzeitige Herstellung von guten Beziehungen zu Deutschland und zu Russland; keine Ausnutzung der Gegensätze zwischen Russland, Litauen, Weißrussland und der Ukraine mehr für eigene außenpolitische Zwecke) entwickelte Premier Olszewski in seinem Exposé im Dezember 1991 mit dem Wunsch nach Annäherung an EU und NATO sowie dem Ausbau der bilateralen Beziehungen zu allen Nachbarn erstmals die Grundsätze polnischer Außenpolitik der neunziger Jahre. Bis Herbst 1993 wurden intensive Diskussionen über einen möglichen EU- und NATO-Beitritt geführt; bereits kurz nach Antritt der SLD/PSL-Koalition zeigte sich ein innerpolnischer Konsens zu diesen Zielen.<sup>1</sup> Weder die Anfang 1996 gebildete erste „echte“ post-kommunistische Regierung Cimoszewicz, der neugewählte Präsident Kwaśniewski, die Mitte-Rechts-Regierung Buzek (1997-2001) noch die postkommunistische Regierung Miller veränderten diesbezüglich die Positionen.<sup>2</sup>

Weitaus umstrittener gestaltete sich unter den dominierenden politischen Kräften Polens die Gestaltung eines ostpolitischen diskursiven Konsenses jenseits der Formel von „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“. Die Frage dieses Unterkapitels ist deshalb zum einen, welche Identitätselemente und Argumentationsmuster im Laufe der Debatte die Oberhand gewannen und zum anderen, ob die Diskursträger besondere Beziehungen zu einem oder mehreren der vier östlichen Nachbarn geschaffen sehen wollten oder ob sie alle diese Nachbarn als formell und praktisch von gleicher Wichtigkeit für Polen erachteten. Es wird die These vertreten, dass die letztere der beiden Optionen heute die Diskurshegemonie einnimmt und dass diese weitgehend kontinuierlich hergestellt wurde, d.h. die Schwankungsbreite der in der Debatte eingenommenen Positionen zugunsten Russlands oder zugunsten der drei UBL-Nachbarn<sup>3</sup> hat sich kontinuierlich vermindert, was mit Hilfe

<sup>1</sup>Siehe dazu Kapitel 3.2; Exposé von Premier Olszewski, Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 3. Sitzung, 21.12.91; Exposé von Premier Pawlak (8.11.93), Przegląd Rządowy 12/1993; NOWORYTA 1995: 9; Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, Dawniej było lepiej, Życie, 25.4.01: 15.

<sup>2</sup>ŚWIEBODA 1997a: 193; Ansprache von Außenminister Geremek vor dem diplomatischen Korps vom 12.11.97, RPPZ 1998: 9; Exposé von Premier Buzek, Przegląd Rządowy 11/1997: 3-16 (10.11.97). Die Parteiprogramme wiesen ebenfalls eine solche Konvergenz des Verhältnisses zwischen West- und Ostpolitik auf, siehe dazu zusammenfassend FEHLER 1998: 135-142. Auch die zwischen 2001 und 2003 massiven gegen einen polnischen EU-Beitritt gerichteten Kampagnen der LPR und der Samoobrona verhinderten nicht die klare Zustimmung der polnischen Bevölkerung.

<sup>3</sup>In Polen werden die historischen östlichen Nachbarn Litauen, Weißrussland und die Ukraine seit den Artikeln der Pariser *Kultura* oft unter dem Kürzel „UBL“ (Ukraina, Białoruś, Litwa) zusammengefasst.

der Analyse von drei Debatten belegt werden soll:

- die Debatte über die Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn 1989-1992,
- „Strategische Partnerschaften“ mit der Ukraine und Litauen oder Ökonomisierung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn?,
- die Debatte über den Charakter der polnischen Außengrenzen, insbesondere der polnischen Ostgrenze.

Aus einer Vielzahl möglicher Debatten wurden diese drei ausgewählt, da sie, wie methodisch vorgesehen, eine direkte Verbindung zu den Verhaltensanalysen in Kapitel 6 erlauben und die schärfsten Gegensätze zwischen den einzelnen polnischen Akteuren in ostpolitischen Fragen am deutlichsten widerspiegeln. Damit kann der oben erwähnten Konvergenzthese zusätzliche Beweiskraft gegeben werden.<sup>4</sup> Auf eine eigene Studie zu Weißrussland wurde verzichtet, da dem Land im Diskurs im Vergleich zu den übrigen drei östlichen Nachbarn Polens deutlich geringere Aufmerksamkeit galt und der innerpolnische Diskurs aufgrund der festgefahrenen politischen Situation in Minsk nur verhalten ist.

### 5.1.1 Die Debatte über die Anerkennung der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn 1989-1992

Mit der Wiedergewinnung der Souveränität nach 1989 kam die vor dem Ersten Weltkrieg entstandene und während der Zwischenkriegszeit fortbestehende Teilung des polnischen außenpolitischen Denkens in, vereinfacht gesprochen, zwei Denkschulen wieder auf:

- die sogenannte „realistische“ Konzeption der Nationaldemokratie, die Sicherheit für Polen in Anlehnung in Russland und gute oder gar freundschaftliche Beziehungen zu Russland auf Kosten der Völker zwischen Polen und Russland beinhaltete,
- die an Piłsudski und seine Umgebung angelehnte „neoprometheische“ Konzeption, die Sicherheit für Polen in Anlehnung an oder gar einer Konföderation mit Litauen, Weißrussland und vor allem der Ukraine vorsah und eine möglichst starke Unterstützung für die Unabhängigkeit dieser Länder und Völker als vorrangig ansah (CAŁKA 1998a: 36).

Dieser Zustand war 1989 aufgrund der nach dem zweiten Weltkrieg offiziell „eingefrorenen“ ostpolitischen Diskussionen in der Volksrepublik Polen wenig erstaunlich. Überraschender war jedoch die im Vergleich zu vor 1945 deutlich geringere Schärfe der Stimmen für die eine oder die andere Option, was im folgenden zu zeigen ist und – so die These – in erster Linie das Verdienst der Pariser *Kultura* und auch der damaligen innerpolnischen Opposition ist. Der Endpunkt der Untersuchung wurde bewusst auf das Jahr 1992 gelegt, da damit der methodischen Vorgabe nach eher kurzen Zeiträumen Genüge getan

---

<sup>4</sup>Eine lange, bis heute anhaltende, ungewöhnlich scharf geführte polnische Debatte betraf die Energiepolitik, dabei vor allem die Frage nach der Energieversorgung des Landes in Zusammenhang mit der diesbezüglich weitgehenden Abhängigkeit von Russland. Eine gründliche Analyse dieser Debatte ist sehr aufwändig und würde – nach der methodischen Konzeption der Arbeit – eine entsprechende ausführliche polnische Verhaltensanalyse nach 1989 nach sich ziehen. Zu diesem Zweck müsste der Arbeit jedoch teilweise ein anderer, aufgrund der Quellenlage eher investigativ-journalistischer Charakter gegeben werden und in erheblich breiterer Weise auch auf nicht-polnische (vor allem russische, ukrainische, westliche und mittelasiatische) Diskurse und Verhaltensweisen rekuriert werden.

wird und Polen in diesem Jahr mit Russland, der Ukraine und Weißrussland Nachbarschaftsverträge und mit Litauen eine Deklaration über freundschaftliche Beziehungen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnen konnte und damit einen ersten *modus vivendi* gefunden hatte.<sup>5</sup>

Eine öffentliche Diskussion über die polnische Ostpolitik erreichte nach 1989 nur sehr allmählich breitere Kreise (CAŁKA 1998a: 36). Da sie in erster Linie in den Kategorien „Sowjetunion/Moskau“ versus „Litauen/Weißrussland/Ukraine“ stattfand, wird der Diskurs über die Haltung zur RSFSR/Russland nur am Rande berücksichtigt.<sup>6</sup> Diese Debatte wurde in erster Linie angeregt und getragen vom Präsidenten, vom Ministerrat und insbesondere dem Außenminister, von Sejm und Senat, einzelnen Persönlichkeiten aus Diplomatie und Publizistik sowie den wichtigsten polnischen Zeitungen. Die von der Debatte erfassten Themen betrafen zentrale Fragen, etwa die Stationierung sowjetischen Militärs in Polens, die Entwicklung des Außenhandels, die Zukunft der polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten und insbesondere die Anerkennung der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn. Hinsichtlich der Bestrebungen der drei damaligen Sowjetrepubliken Russland, Ukraine und Weißrussland entwickelte Warschau deshalb die Formel von der „zweigleisigen Außenpolitik“: Sie bestand darin, die Beziehungen zur Sowjetunion aufrecht zu erhalten, jedoch gleichzeitig die Beziehungen zu den an Polen angrenzenden, Ende 1990 noch moskautreuen Sowjetrepubliken auszubauen und damit ihr Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen.<sup>7</sup> Gegenüber Litauen wurde dagegen eine abweichende Strategie verfolgt. Dabei setzten die genannten Akteure in Polen jedoch die Akzente mit teilweise erheblichen Unterschieden.

#### 5.1.1.1 Präsident

Während von Präsident Jaruzelski zwischen 1989 und 1990 keine nennenswerten Impulse ausgingen, ergriff Präsident Wałęsa nach seiner Wahl im Dezember 1990 rasch außenpolitische Initiativen, wenngleich diese nicht immer von einem kohärenten Programm, sondern eher von Sprunghaftigkeit zeugten: Bei seiner Ansprache zur Amtseinführung im Dezember 1990 bezog er Litauer, Weißrussen und Ukrainer explizit in seine Grußansprache ein, nicht aber die UdSSR (PRIZEL 1995: 101). Im März 1991 nahm der Beraterstab

<sup>5</sup>Polnisch-ukrainischer Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit vom 18.5.92 (*Dziennik Ustaw* 1993, Nr. 125, Pos. 573, in Kraft getreten am 30.12.92), polnisch-russischer Vertrag über freundschaftliche und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit vom 22.5.92 (*Dziennik Ustaw* 1993, Nr. 61, Pos. 291, in Kraft getreten am 8.5.93), polnisch-weißrussischer Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 23.6.92 (*Dziennik Ustaw* 1993, Nr. 118, Pos. 527, in Kraft getreten am 30.3.93). Mit Litauen konnte insbesondere aufgrund der gegenseitigen Minderheiten und der unterschiedlichen Bewertung der Geschichte erst 1994 ein Nachbarschaftsvertrag unterzeichnet werden (Polnisch-litauischer Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit vom 26.4.94 (*Dziennik Ustaw* 1995, Nr. 15, Pos. 71, in Kraft getreten am 26.11.94)).

<sup>6</sup>Stimmen wie die von NOWAKOWSKI 1991b und NOWAKOWSKI 1991c, die die politische Elite zur breiten Auseinandersetzung mit Russland aufforderten, fanden bis Ende 1992 kaum Beachtung.

<sup>7</sup>Vom Westen wurde diese Politik häufig kritisiert, da man in ihr eine tendenzielle Schwächung der Position Gorbatschows sah: US-Präsident Bush äußerte während seines Besuches in Kiev Mitte 1991 sein entschiedenes „Nein“ zur ukrainischen Unabhängigkeit, der französische Präsident Mitterrand hatte die Position der Ukraine gegenüber Russland gar mit derjenigen einer historischen Provinz Frankreichs verglichen (CAŁKA 1998a: 35).

des Präsidenten ein Memorandum an, die Außenpolitik Warschaus nicht mehr unter dem Schlagwort „zwischen Deutschland und Russland“ zu begreifen, da dies nicht nur die Integration Gesamtdeutschlands in die EG verzögere, sondern vor allem die Selbständigkeitsbestrebungen von Litauern, Ukrainern und Weißrussen erschwere.<sup>8</sup> Schon im März 1991 äußerte sich der Präsident jedoch weitaus vorsichtiger und sprach sich vor<sup>9</sup> und nach dem Moskauer Putschversuch vom August 1991<sup>10</sup> in der Frage der Souveränität für Polens östliche Nachbavölker im Zweifelsfall für die sowjetische Seite aus.

Auch nach dem Ende des Moskauer Putschversuches blieb Präsident Wałęsa in ostpolitischen Fragen eher zögerlich. Dessen Beraterstab forderte – in Opposition zum Präsidenten – auf einer Konferenz Ende August 1991 öffentlich recht einhellig eine aktive Ostpolitik, die eigene Akzente setze und nicht nur auf Initiativen anderer Akteure reagiere.<sup>11</sup> Russland habe etwa durch eine frühere Anerkennung geholfen werden können, den unausweichlichen Schritt der Loslösung der baltischen Staaten von der UdSSR zu verstehen. Für Weißrussland sei Polen das einzige Fenster nach Westen; die Öffnung dieses Fensters liege im beiderseitigen Interesse. Hinsichtlich Litauens kritisierte Zdzisław Najder, Berater des Präsidenten, die allzu späte Anerkennung der Souveränität des nordöstlichen Nachbars als eine „Verleugnung der gemeinsamen geschichtlichen Traditionen“ und warnte, dass die östlichen Nachbarn „unsere Passivität als Ergebnis von Vorbehalten aufnehmen, was praktisch der russischen Dominanz in die Hände spielt.“<sup>12</sup> Aber selbst

<sup>8</sup>NAJDER 1993: 212f. Die politische, über rein wirtschaftliche Fragen hinausgehende Dimension einer Kooperation mit der EG, die die Grenzen der europäischen Ordnung nach Osten verschob und Polens Sicherheit förderte, wurde jedoch eher von Premier Bielecki als von Präsident Wałęsa erkannt (NAJDER 1993: 213).

<sup>9</sup>So hatte sich Wałęsa im März 1991 geweigert, Czesław Okińczyc, den führenden Vertreter des auf Ausgleich mit den Litauern bedachten Flügels der Polen in Litauen, zu empfangen (NAJDER 1993: 208).

<sup>10</sup>Beispielhaft in dieser Hinsicht das ausgesprochen vorsichtige Kommuniqué des Präsidenten, Rzeczpospolita, 20.8.91. Zwar war der Moskauer Putschversuch vom August 1991 für viele Staaten eine Bedrohung, doch Polen befand sich dabei in der besonderen Situation, dass es eine direkte Nachbarschaft mit der UdSSR hatte, erst 1989 aus dem Satellitendasein entlassen worden war und gleichzeitig immer noch unter dem Druck der Falin-Doktrin stand, die Ostmitteleuropa noch immer als „Einflusszone“ der UdSSR begriff, vor allem Zusammenarbeit mit Deutschland suchte und die Wahl der Bündnisfreiheit für Polen einschränken wollte. Wałęsa sprach sich zunächst nicht mit seinen (uneinigen) Beratern ab, sondern konsultierte die Generäle Jaruzelski und Kiszczak und versuchte telefonisch, Kontakt zu den Putschisten aufzunehmen, was Premier Bielecki verhinderte. Sein Festhalten am in jenen Tagen im Urlaub (!) weilenden polnischen Botschafter in Moskau, Ciosek, und sein Unwille, rasch mit dem russischen Präsidenten El'cin Kontakt aufzunehmen, erwiesen sich in diesen Tagen als ein politischer Fehler (NAJDER 1993: 258f; Rzeczpospolita, 29.8.91, Polska – kraj frontowy?). Erst am 30.8.91 sprach sich der polnische Präsident in einem Brief an seinen russischen Amtskollegen für die Unterzeichnung eines polnisch-russischen Vertrages aus, betrachtete damit den russischen Präsidenten als formellen Ansprechpartner für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Polen und lud ihn nach Warschau ein.

<sup>11</sup>Rzeczpospolita, 29.8.91, Polska – kraj frontowy? Eine der deutlichsten Stimmen dabei war Zdzisław Najder, der betonte: „Die Geschichte der großen Leistungen Polens ist die geistige Anlehnung an den Westen und die Expansion nach Osten – nicht zum Kampf, sondern zur Schaffung einer Gemeinschaft. Heute sind wir im Osten nicht anwesend und im Westen undeutlich. Wir vergeben eine historische Chance unsere Umgebung zu gestalten und unseren östlichen Nachbarn den Weg in die Zukunft zu zeigen. Gegenüber Moskau nehmen wir weiterhin eine klientelhafte Haltung ein: Wir warten mit unseren Schritten bis wir ein Signal erhalten, dass wir keinen Zorn zu befürchten haben. (...) Sogar in wirtschaftlichen Fragen haben wir passiv abgewartet, bis der zentral gesteuerte Markt der UdSSR zusammenbrach, anstelle andere Mittel zu suchen wie etwa den Handel mit den einzelnen Republiken“ (NAJDER 1993: 261).

<sup>12</sup>NAJDER 1993: 261. Die Aussagekraft der Ergebnisse einer polnischen Meinungsumfrage zur Unterstützung der Außenpolitik der Regierung, die 87% Zustimmung ergeben hatte, relativierte Najder mit

am 5. Dezember 1991 erklärte der polnische Präsident noch dem sowjetischen Fernsehen seine Unterstützung für Gorbačevs Plan, die UdSSR auf neuen Grundlagen fortbestehen zu lassen.<sup>13</sup>

Nach der Auflösung der UdSSR betonte der Präsident hinsichtlich der östlichen Nachbarn Polens vor allem die Rolle Russlands, was zunächst aufgrund der in Polen stationierten Sowjettruppen (und ab dem 1. Januar 1992 formell russischen Truppen)<sup>14</sup> und der enormen Bedeutung Russlands als polnischer Handelspartner durchaus nachvollziehbar war, aber Beunruhigung in Kiev hervorrief (PAP 22.5.92). Jedoch mischten sich in die Positionen Wałęsas auch explizit kritische Stimmen gegenüber den drei weiteren Nachbarn, insbesondere gegenüber Litauen.<sup>15</sup>

Insgesamt ist die Haltung des Präsidenten in dieser Frage vor allem als unentschlossen zu bewerten. Erst nach dem gescheiterten Putsch ergriff er die Initiative zur Anerkennung Litauens.<sup>16</sup> In der Regel nahm der Präsident jedoch in der darauffolgenden Zeit für Russland Stellung und betonte insbesondere gegenüber dem litauischen Präsidenten aufgrund persönlicher Animositäten und der ungelösten Minderheitenprobleme seine Ablehnung.<sup>17</sup>

#### 5.1.1.2 Ministerrat

Der Ministerrat hatte im Diskurs um die Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn eine zunächst zurückhaltende Position: Die Regierung Mazowiecki forderte gegenüber der UdSSR lediglich Gleichberechtigung, partnerschaftliche Zusammenarbeit im Geiste der neuen Zeit und die gegenseitige Achtung der Souveränität ein.<sup>18</sup> Dagegen übernahm Premier Bielecki bereits das Prinzip der „zweigleisigen Außenpolitik“, indem er die gleichzeitigen Beziehungen zur UdSSR wie auch zu ihren Republiken, im Exposé des Premiers im Januar 1991

---

dem Verweis darauf, dass diese Zustimmung im Januar 1987 85% betragen habe (ebd.: 262).

<sup>13</sup>Gazeta Wyborcza, 9.12.91.

<sup>14</sup>Mit der Sowjetunion konnte in dieser Frage zwar am 10.12.91, dem letzten Tag des Bestehens der UdSSR, noch ein Vertrag paraphiert, wegen Eigentumsfragen und der Regelung der ökologischen Folgekosten jedoch nicht unterzeichnet werden. Mit diesem Vertrag erreichte Polen unter anderem, dass die sowjetische Seite zwei Fristen zustimmte: dem 15.11.92 für das Ende der Tätigkeit der sowjetischen Armee in Polen und dem Jahresende 1993 für den Abzug des letzten sowjetischen Soldaten aus Polen – dagegen zogen die sowjetischen Truppen bereits im Sommer 1991 aus der Tschechoslowakei und Ungarn ab (KOBRIŃSKAJA 1998: 63). Der Vertrag wurde schließlich als polnisch-russischer Vertrag während des Besuches von Präsident Wałęsa in Moskau am 25.5.92 unterzeichnet (NOWAKOWSKI 1991a: 81; Details dazu siehe RPPZ 1992: 313). Das Zusatzprotokoll über Eigentumsfragen garantierte, dass Polen alle Immobilien der sowjetischen Streitkräfte übernahm und beide Seiten mit Inkrafttreten des Vertrages sich verpflichteten, gegenseitig auf Ansprüche zu verzichten, auch aus ökologischen Schäden. Der letzte sowjetische Soldat verließ Polen schließlich bereits vorzeitig vor dem 15.11.92; der Abzug aller sonstigen sowjetischen Einheiten war am 17.9.93 (sic!) beendet (ZAJĄCZKOWSKI 1992: 190; RPPZ 1992: 313; BRATKIEWICZ 1993: 127).

<sup>15</sup>So sah der Präsident 1993 die Hauptaufgabe polnischer Ostpolitik – der höchsten Priorität der Integration in westliche Strukturen untergeordnet – in der Hilfe für die polnischen Minderheiten im Osten Polens (Informator Kancelarii Prezydenta 24.2.-2.3.1993: 15f).

<sup>16</sup>Rzeczpospolita, 23.8.91.

<sup>17</sup>SOBCZAK 2000: 156. Detaillierter zum Minderheitendiskurs siehe Kapitel 5.2.

<sup>18</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 7. Sitzung, 12.9.89, Exposé von Premier Mazowiecki; SWIDLICKA 1989; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 28. Sitzung, 26.4.90, Rede von Außenminister Skubiszewski.



bereits „Nachbarn Polens“ genannt, unterstrich.<sup>19</sup> Außenminister Skubiszewski machte jedoch auch noch im Juni 1991 deutlich, dass dabei aufgrund der eingeschränkten völkerrechtlichen Kompetenzen und der schwachen realen Möglichkeiten der Sowjetrepubliken kein systematisches Vorgehen möglich sei, sondern weiterhin das sowjetische Außenministerium der wichtigste Ansprechpartner sei.<sup>20</sup>

Dennoch bedeutete diese Politik eine Hilfestellung Polens für die neuen Nachbarn, war jedoch ein ungewöhnlich schwieriger Balanceakt, der nicht nur in Kiev, Minsk oder Moskau, sondern auch im polnischen Ministerrat insbesondere während der Regierung Olszewski in Fragen des polnisch-russischen Nachbarschaftsvertrages und des sowjetischen Truppenabzuges aus Polen auf sehr geteilte Meinungen stieß.<sup>21</sup> Dabei unterstrich Außenminister Skubiszewski die Einbettung der Ostpolitik in die Leitlinien der neuen polnischen Außenpolitik: Das bedeutete eine klare Abkehr von den traditionellen Konzeptionen Piłsudskis (zusammen mit der Ukraine gegen Russland) bzw. Dmowskis (zusammen mit Russland gegen die Ukraine), was sich insbesondere in der gleichzeitigen Unterzeichnung von Deklarationen über Zusammenarbeit mit der RSFSR und der Ukrainischen SSR im Jahre 1990 widerspiegelte (NIEPODLEGŁOŚĆ 1991: 12).

Die während der Reise von Außenminister Skubiszewski im Oktober 1990 unterzeichneten Deklarationen mit der RSFSR und der USSR über die Entwicklung der gemeinsamen Beziehungen belegten die Position des Außenministers. Sie legten insbesondere die Unveränderlichkeit der bestehenden Grenzen, die Aufnahme von konsularischen Beziehungen und weitere Gespräche über volle diplomatische Beziehungen fest.<sup>22</sup> Dagegen verweigerte die damalige weißrussische Führung, eine Bastion des alten „Parteiestablishments“, einen solchen Schritt und äußerte sich missverständlich zur Anerkennung der gemeinsamen Grenze, was die polnische Regierung mit Bestürzung und Ernüchterung aufnahm.<sup>23</sup>

Der Außenminister besuchte jedoch 1990 bewusst nicht die bereits nach Unabhängigkeit strebenden drei baltischen Republiken.<sup>24</sup> Einen solchen Schritt verstand Skubiszewski als Einmischung in Angelegenheiten zwischen der UdSSR und ihren Föderationssubjekten

<sup>19</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 48. Sitzung, 5.1.91, Exposé von Premier Bielecki. Das MSZ hatte die oben erwähnte „zweigleisige Außenpolitik“ Ende 1990 eingeführt; ihre Grundidee wurde erst nach langem Zögern von den westeuropäischen Staaten übernommen (SKUBISZEWSKI 1991: 21, NOWAKOWSKI 1991a: 77).

<sup>20</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sitzung, 27.6.91, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>21</sup>STACHURA 1992: 281. Zwar sind entsprechende stenographische Berichte der Ministerratssitzungen noch nicht zugänglich, doch lässt sich aus Zeitungsberichten (etwa Gazeta Wyborcza, 13.3.90) recht gut die Konfliktstruktur im Ministerrat rekonstruieren. In Kapitel 5 wird wiederholt auf diese methodische Konstruktion zurückgegriffen. Insgesamt besteht kein Zweifel daran, dass die entscheidende ostpolitische Stimme bei allen Meinungsverschiedenheiten stets dem Außenminister, in Ausnahmefällen auch dem Premier, zufiel.

<sup>22</sup>Die Deklarationen sind abgedruckt *in*: Polska w Europie, Heft 4 (Januar 1991): 61-64.

<sup>23</sup>HARTMANN 1993: 854; SABBAT-SWIDLICKA 1990b: 27; Agnieszka Magdziak-Miszewska, Zrozumieć Białoruś, Życie Warszawy, 16.10.90.

<sup>24</sup>Am 11.3.90 hatte der neugewählte Oberste Rat der LSSR einstimmig ein Gesetz zur Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit verabschiedet und die Verfassungen der LSSR und UdSSR auf dem Gebiet der Republik Litauen für ungültig erklärt. Bereits am folgenden Tag erklärte das sowjetische Außenministerium in Moskau, dass die Anerkennung der litauischen Anerkennung durch dritte Staaten als Einmischung in innere Angelegenheiten der UdSSR interpretiert werden würde. Das am 9.2.91 in der Republik Litauen abgehaltene Unabhängigkeitsreferendum (84,5 Prozent Beteiligung, davon 90,5 Prozent „Ja“-Stimmen) wurde von Präsident Gorbačev im voraus per Dekret vom 5.2.91 für ungültig erklärt (KARSKI 1991: 32).

und lehnte ihn ab.<sup>25</sup> Der Außenminister gab den Beziehungen mit Moskau klaren Vorrang vor den Kontakten mit Wilna (PAP 14.1.91, SABBAT-SWIDLICKA 1991: 34). Noch am 21. Mai 1991 erklärte das MSZ, es sehe „in der gegenwärtigen Situation keine Möglichkeit der Eröffnung eines litauischen Vertretungsbüros in Warschau oder eines analogen Büros in **Litauen**“.<sup>26</sup> Erst nach dem Moskauer Putsch hatte die polnische Regierung am 26. August 1991 als siebzehnter Staat zusammen mit vielen anderen Staaten Litauen als unabhängige Republik anerkannt.<sup>27</sup> Skubiszewski erklärte diese zögerliche Haltung neben den großen Befürchtungen vor unvorhersehbaren Schritten aus Moskau hauptsächlich mit der von Polen nie anerkannten litauischen Annexion des Wilna-Gebietes 1940 und den fehlenden formellen Attributen der Eigenstaatlichkeit (insbesondere der Staatsgewalt).<sup>28</sup> Ferner wurde deutlich, dass der polnische Außenminister die Situation der polnischen Minderheit direkt mit der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit verbinden wollte.<sup>29</sup> Jedoch erkannte auch keiner der großen Staaten Westeuropas vor dem Moskauer Putschversuch die Unabhängigkeit Litauens an.<sup>30</sup> Jenseits der Frage der litauischen Unabhängigkeit ergriff die polnische Regierung jedoch mehrfach und eindeutig, wenn auch vorsichtiger als das polnische Parlament,<sup>31</sup> Partei für die Emanzipationsbemühungen in Wilna. Skubiszewski versicherte der litauischen Regierung Unterstützung, akzeptierte während der kritischen Tage im Januar 1991 in Wilna den Aufenthalt von Außenminister Saudargas in Warschau und verurteilte die einseitige Schließung des damals einzigen polnisch-litauischen Grenzüberganges in Ogrodniki durch sowjetische Grenztruppen.<sup>32</sup> Ferner sprach sich der Außenminister eindeutig für die Anerkennung der polnisch-litauische Grenze aus.<sup>33</sup> Die

<sup>25</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 28. Sitzung, 26.4.90, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>26</sup>zit. nach NAJDER 1993: 242. Einen Monat später gab der polnische Außenminister aber doch noch die Eröffnung eines (aus Spenden der polnischen Öffentlichkeit finanzierten) Informationsbüros der litauischen Regierung in Warschau sowie die Entsendung eines polnischen Konsuls nach Wilna bekannt (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 12; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sitzung, 27.6.91, Rede von Außenminister Skubiszewski).

<sup>27</sup>NOWAKOWSKI 1991a: 86; BRODOWSKI 1995: 115; Bekanntmachung des Ministerrates abgedruckt in: Rzeczpospolita, 27.8.91.

<sup>28</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>29</sup>„Einige behaupten, dass die Situation sich geändert hätte, wenn wir Litauen früher anerkannt hätten. Meiner Meinung nach zeigt das völliges Unverständnis der litauischen Politik und die Unterschätzung des litauischen Nationalismus. Wenn wir anerkannt hätten, hätten sie [die Litauer, S.G.] das akzeptiert und weiterhin so agiert. Wie kann man überhaupt so denken!“ (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen). Siehe auch Rzeczpospolita, 17.8.90.

<sup>30</sup>WIDACKI 2001: 74f. Am 11.2.91 hatte Island die Unabhängigkeit Litauens anerkannt, am 28.2.91 hatte Dänemark diesen Schritt vollzogen. Die UdSSR anerkannte die litauische Unabhängigkeit am 6.9.91 als 50. Staat (KARSKI 1991: 33). Auch nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion Ende 1991 konzentrierte sich der Westen bis zur Unterzeichnung der NATO-Ukraine-Charta und der gemeinsamen Kommission von EU und Ukraine in erster Linie auf die Denuklearisierung der ehemaligen Sowjetrepubliken (außer Russland). Nur langsam wuchs dagegen die Bereitschaft zur Unterstützung der Unabhängigkeit der an Polen östlich angrenzenden Staaten. Diese sehr zurückhaltenden Zeichen gaben auch für die polnische Ostpolitik einen gewissen Rahmen vor (CALKA 1998a: 35).

<sup>31</sup>Vgl. etwa die Erklärung der polnischen Regierung vom 12.3.90 auf die litauische Unabhängigkeitserklärung (abgedruckt in: Lithuania 1/1991: 15) und die im Vergleich zu westlichen Staaten deutlichere Verurteilung der bewaffneten Gewalt der Sowjets in Wilna (Gazeta Wyborcza, 15.1.91; SOB CZAK 2000: 155).

<sup>32</sup>SABBAT-SWIDLICKA 1991: 33. Außenminister Saudargas war für die Fälle eines Umsturzes mit der Bildung einer Exilregierung beauftragt worden.

<sup>33</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 51. Sitzung, 14.2.91; Sprawozdanie Stenograficzne Senat, 31.

folgenden teilweise scharfen Auseinandersetzungen zwischen Warschau und Wilna waren in erster Linie auf Fragen der gegenseitigen Minderheiten (siehe Kapitel 5.2) und der gemeinsamen Geschichte zurückzuführen. Erst am 13. Januar 1992 und damit 15 Monate nach der Ukraine und 4 Monate nach Weißrussland konnten deshalb der litauische und der polnische Außenminister nach langen Verhandlungen eine gemeinsame polnisch-litauische Deklaration unterzeichnen.<sup>34</sup>

Gegenüber der **Ukraine** nahm der polnische Außenminister eine zunächst zögerliche, dann aber entschlossene Position ein: Als der ukrainische Außenminister Zlenko am 7. September 1991 in Warschau konkrete Vorschläge zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen machte, erklärte sich Skubiszewski nur unter dem Druck von Premier Bielecki dazu bereit, lehnte aber den Austausch von Sondergesandten ab, indem er auf den fehlenden Grenzschutz der ukrainischen Seite verwies.<sup>35</sup> Der polnische Außenminister verteidigte damit den Ansatz seiner zweigleisigen Politik, die in den offiziellen diplomatischen Beziehungen bis zum Ende der UdSSR den Schwerpunkt auf den Kreml legte.<sup>36</sup> Er wurde dabei selbst von russlandkritischen Stimmen aus dem MSZ unterstützt, etwa vom langjährigen Leiter der Planungsabteilung im MSZ und heutigen Direktor der Warschauer Diplomatischen Akademie, Roman Kuźniar, der zugestand, dass auch noch 1992 die Beziehungen mit Russland gegenüber dem Verhältnis zu Polens UBL-Nachbarn Vorrang hatten, da man mit Russland den Abzug der sowjetischen Streitkräfte, schwierige Fragen der Verschuldung und historischer Erblasten regeln musste (KUŹNIAR 1992: 28). Skubiszewski war jedoch unter dem Eindruck des Moskauer Putschversuches bereit, während dieses Besuches des ukrainischen Außenministers ein gemeinsames Kommuniqué über die baldige Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu unterzeichnen und ging am 13. Oktober 1991 mit der „Deklaration über Grundsätze und grundsätzliche Richtungen der Entwicklung der polnisch-ukrainischen Beziehungen“ noch einen Schritt weiter. Er gab mit der Deklaration zu verstehen, dass Warschau die Ukraine nach Zustimmung der ukrainischen Bevölkerung in einem Referendum als unabhängigen Staat anerkennen werde. Noch vor dem Beschluss zur Auflösung der UdSSR (8. Dezember 1991) erkannte der polnische Ministerrat am 2. Dezember 1991 als erster Staat der Welt, nur einen Tag nach dem ukrainischen Plebiszit, die Ukraine als unabhängigen Staat an.<sup>37</sup>

---

Sitzung, 6./7.2.90, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen.

<sup>34</sup>Eine deutsche Übersetzung der Deklaration findet sich bei RAUTENBERG 1993: 110-113. Der Austausch der Botschafter fand sogar erst im Mai/Juni 1992 statt (WIDACKI 2001: 81).

<sup>35</sup>NAJDER 1993: 263. Der Austausch wurde schließlich dennoch bereits am 8.11.91 durchgeführt (wobei die polnische Seite auf das seit Ende der achtziger Jahre in Kiev bestehende Generalkonsulat zurückgreifen konnte), so dass nach dem ukrainischen Unabhängigkeitsreferendum im Dezember 1991 schon am 8.1.92 per Notenaustausch volle diplomatische Beziehungen aufgenommen werden konnten (CIEŚLIK 1992: 135).

<sup>36</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 65. Sitzung, 27.6.91, Rede von Außenminister Skubiszewski. Der Außenminister war sich seiner abwartenden und vorsichtigen Außenpolitik gegenüber den östlichen Nachbarn sehr bewusst; andere Stimmen, die eine aktivere polnische Ostpolitik forderten, bezeichnete er in einem Radiointerview im September 1991 als „dilettantische Kritiker“ (zit nach NAJDER 1993: 263).

<sup>37</sup>Text der Bekanntmachung des Ministerrates veröffentlicht in: Rzeczpospolita, 3.12.91. Die Anerkennung erfolgte seinerzeit gegen den Rat der US-amerikanischen und der deutschen Botschaft in Warschau (Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, Dawniej było lepiej, Życie, 25.4.01). Die Nicht-Erwähnung dieses zweifellos großen Erfolges der polnischen Diplomatie durch Außenminister Skubiszewski während der außenpolitischen Jahresdebatte 1992 im Sejm kann als ein stilles Eingeständnis der allzu zögerlichen Haltung des MSZ in der Frage der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit vor August 1991 gelten (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Außenminister Skubiszewski).

Die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit **Weißrusslands** stellte sich für die polnische Regierung dagegen erst nach dem Moskauer Putschversuch. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch der Unterzeichnung einer polnisch-weißrussischen Deklaration im Oktober 1990 rückte die Bedeutung dieser Frage in der Warschauer Außenpolitik deutlich in den Hintergrund. Im Zuge der Anerkennung aller ehemaligen Sowjetrepubliken als unabhängige Staaten vollzog der polnische Ministerrat am 27. Dezember 1991 schließlich jedoch auch gegenüber Weißrussland (und Russland) diesen Schritt. Eine polnisch-weißrussische Deklaration, die insbesondere die Unveränderlichkeit der gemeinsamen Grenze sowie die Respektierung der gegenseitigen Minderheiten beinhaltete, war am 10. Oktober 1991 unterzeichnet worden. Ein erstes Übereinkommen über die Aufnahme von konsularischen und diplomatischen Beziehungen konnte jedoch erst am 2. März 1992 geschlossen werden; der Austausch der Botschafter fand sogar erst im Juli 1992 statt.<sup>38</sup> Die in Warschau als übermäßig von Moskau beeinflusst wahrgenommene Lage Weißrusslands veranlasste die polnische Regierung zu Bemühungen, Einfluss auf die außen- und sicherheitspolitischen Weichenstellungen in Minsk zu erhalten, was anlässlich des Besuches von Premier Suchocka in Minsk (18. November 1992) zu einem öffentlichen Thema wurde und zu scharfen russischen Protesten führte (HARTMANN 1993: 862). Die polnische Regierungschefin unterstrich dabei die Bedeutung der Souveränität Weißrusslands für Polen und bot Minsk (vergeblich) Hilfe bei einer Annäherung an den Westen an.<sup>39</sup>

### 5.1.1.3 Parlament

Sejm und Senat zeigten sich in der Debatte um die Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn als das sich am schnellsten an die rasch verändernde Situation anpassende staatliche Organ mit außenpolitischen Aufgaben: Insbesondere der Senat hatte bereits im September 1990 die Formel von der „zweigleisigen Außenpolitik“ mitgeprägt (SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 21). Die ostpolitische Debatte des im Unterschied zum Sejm aus vollständig freien Wahlen hervorgegangenen Senats am 7. September 1990 erbrachte nur milde Kritik an Außenminister Skubiszewski, der die Notwendigkeit eines pragmatischen Ansatzes und die Gefahr der Isolierung Polens bei einem ostpolitischen Alleingang betont hatte.<sup>40</sup> Der Auswärtige Ausschuss des Senats hatte schon zwei Tage zuvor ebenfalls vor einem zu raschen diesbezüglichen Handeln gewarnt, mahnte jedoch, jenseits der offiziellen Beziehungen ein „dichtes Netz“ von Kontakten zu den vier benachbarten Sowjetrepubliken aufzubauen.<sup>41</sup>

Dagegen fanden im Sejm kaum – auch nicht im Rahmen der außenpolitischen Generaldebatten 1990 und 1991 – größere Diskussionen zur Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn statt. Noch am 5. September 1990 gab der Sejm seiner Hoffnung Ausdruck,

<sup>38</sup>PALMOWSKI 1992: 145. Die Deklaration und das Übereinkommen sind abgedruckt in: Zbiór Dokumentów PISM 2/1992, 3/1992. Zum ersten polnischen Botschafter wurde die Weißrussistin Elżbieta Smułkowa ernannt, eine ausgewiesene Spezialistin für das polnisch-weißrussische Verhältnis.

<sup>39</sup>Piotr Kościński, *Polsce zależy na suwerenności Białorusi*, Rzeczpospolita, 19.11.92; Sławomir Popowski, *Jasność przywrócona. „Izwestia“ akatuje Hannę Suchocką*, Rzeczpospolita, 20.11.92. Am 15.5.92 trat Weißrussland dem Taschkenter Vertrag über kollektive Sicherheit der GUS bei und gab damit bereits nach einem halben Jahr seine Neutralitätspolitik auf. Schon am 20.4.92 hatte Minsk per Übereinkommen Moskau die Stationierung von strategischen Streitkräften auf weißrussischem Territorium erlaubt.

<sup>40</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 31. Sitzung, 7.9.90, Reden der Senatoren Roman Duda, Jerzy Kłoczowski, Piotr Andrzejewski und von Außenminister Skubiszewski; PAP 7.9.90. Der erste Senatspräsident, Andrzej Stelmachowski, soll Vytautas Landsbergis angeblich die rasche volle diplomatische Anerkennung Polens bereits im März 1990 zugesagt haben (NAJDER 1993: 78).

<sup>41</sup>SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 22; PAP 5.9.90.

dass die UdSSR als „echte Konföderation“ bestehen bleibe (PAP 5.9.90). Jedoch knüpften die nicht-kommunistischen Parlamentarier vor allem unmittelbar nach dem Antritt der Regierung Mazowiecki umfangreiche Kontakte zu den Parlamenten der Sowjetrepubliken in Wilna, Kiev, Moskau und Minsk. Im Falle **Litauens** kamen dem Sejm die bereits bestehenden authentischen Kontakte zwischen polnischen und litauischen Intelligenzkreisen<sup>42</sup> über *Sąjūdis* und *Solidarność* zugute: So konnte eine litauische Delegation im Dezember 1989 eine Einladung der die Regierung Mazowiecki tragenden OKP-Fraktion nach Warschau annehmen und dabei nach keinesfalls spannungsfreier Diskussion ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnen. Beim polnischen Gegenbesuch kurz nach den Neuwahlen zum litauischen Obersten Rat und der litauischen Unabhängigkeitserklärung wurden nicht nur Gespräche mit der *Sąjūdis*-Fraktion, Parlamentspräsident Landsbergis und Premier Prunskienė geführt, sondern auch ein weiteres Kommuniqué verabschiedet, in dem die polnische Delegation ihrer Freude über die Rückkehr Litauens unter die freien und unabhängigen Völker Ausdruck verlieh und der litauischen Seite versicherte, dass Polen die polnisch-litauische Grenze als genauso endgültig ansehe wie die Oder-Neiße-Grenze. Dieses gemeinsame Dokument hatte, obwohl rechtlich nicht bindend, eine „kaum zu überschätzende politische Bedeutung“,<sup>43</sup> das auf beiden Seiten von den entscheidenden, die damaligen Regierungen tragenden Kräften unterzeichnet wurde. Senat und Sejm hatten am 16. bzw. 22. März 1990 einhellig die litauische Unabhängigkeitserklärung begrüßt und ausdrücklich die bestehenden Grenzen anerkannt.<sup>44</sup> Diese *de facto*-Anerkennung war insbesondere vor dem Hintergrund der Erklärung des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow von der Illegalität und Ungültigkeit der litauischen Unabhängigkeitserklärung von Bedeutung. Sejm und Senat betonten auch im Januar 1991 während der sowjetischen Intervention in Wilna in einem gemeinsamen Kommuniqué ihre „höchste Beunruhigung“ über die Ereignisse in Litauen.<sup>45</sup>

Ähnlich aktiv gestalteten sich die Kontakte polnischer Parlamentarier der OKP zu ihren Kollegen in der **Ukraine**, wobei wie im Falle Litauens auf bereits bestehende Kontakte zurückgegriffen wurde. Bereits im September 1989 reiste eine dreiköpfige „S“-Delegation mit den Abgeordneten Adam Michnik und Włodzimierz Mokry sowie Bogdan Borusewicz auf die erste Vollversammlung der ukrainischen Volksbewegung *Ruch*, wo sie enthusiastisch begrüßt wurden (FEDOROWICZ 2002a: 67). Im Mai 1990 folgte eine historische Begegnung zwischen polnischen und ukrainischen Parlamentariern im polnischen Jabłonna – es war die erste offizielle authentische Begegnung von Polen und Ukrainern außerhalb der Emigrationskreise seit dem Zweiten Weltkrieg, die darüber hinaus am 70. Jahrestag der Unterzeichnung des polnisch-ukrainischen Bündnisses von 1920 stattfand.<sup>46</sup> Die am 16.

<sup>42</sup>Im März 1989 hatte der bekannte litauische Schriftsteller Tomas Venclova einen „offenen Brief“ in der Pariser *Kultura* veröffentlicht; im November 1989 kam es zu einem versöhnlichen Briefwechsel zwischen polnischen und litauischen Intellektuellen, unterzeichnet u.a. von Bronisław Geremek und Vytautas Landsbergis (NOWAKOWSKI 1990: 64; Versöhnungsbereitschaft in Polen und Litauen, Neue Zürcher Zeitung, 22.11.89).

<sup>43</sup>WIDACKI 2001: 75; das Dokument ist in voller Länge abgedruckt in: *Gazeta Wyborcza*, 29.3.90.

<sup>44</sup>Die Deklarationen sind abgedruckt in: *Lithuania* 1/1991: 15; siehe auch den Artikel von Bronisław Geremek, *Gazeta Wyborcza*, 15.3.90.

<sup>45</sup>*Gazeta Wyborcza* 12./13.1.91, *Rzeczpospolita* 12./13.1.91. Zum Widerstand der ZChN gegen eine Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit siehe BRODOWSKI 1993: 229.

<sup>46</sup>Jerzy Giedroyc mahnte in einer speziellen Grußbotschaft an, beide Seiten mögen die Endgültigkeit der gemeinsamen Grenze festlegen. Ferner müsse insbesondere der polnischen Seite im eigenen Interesse die Bedeutung der ukrainischen Unabhängigkeit bewusst werden (Jerzy Giedroyc: *Apel do uczestników konferencji polsko-ukraińskiej*, *Kultura* 6/1990: 38f). Kritisch zu den Ergebnissen der Tagung OSADCZUK

Juli 1990 von der Verchovna Rada (ukrainisches Parlament) verkündete Souveränitätserklärung der Ukraine wurde vom Sejm elf Tage später ausdrücklich begrüßt (RPPZ 1991: 129). Der Senat bekannte sich am 7. September 1990 nach einer breiten ostpolitischen Debatte in einer Deklaration ausdrücklich zur Unveränderlichkeit der gemeinsamen Grenze.<sup>47</sup>

Die Unterstützung des polnischen Parlaments für **Weißrussland** fiel weitaus verhalten aus. Zum einen gab es deutlich weniger Kontakte zwischen ehemaligen Oppositionellen, zum anderen rückte Weißrussland durch die gescheiterte Deklaration von 1990 und die schwache Unabhängigkeitsbewegung für die Parlamentarier deutlich in den Hintergrund.<sup>48</sup> Dennoch begrüßten beide Kammern nach der weißrussischen Unabhängigkeitserklärung vom 25. August 1991 in warmen Worten diesen Schritt des polnischen Nachbarn.<sup>49</sup>

Nachdem sich im Laufe des Jahres 1991 die konservativen Kräfte in der UdSSR konsolidiert hatten und die polnisch-sowjetischen Gespräche über einen bilateralen Vertrag faktisch eingefroren waren, geriet auch das Konzept der zweigleisigen Außenpolitik unter Druck. Diese Situation brach der Auswärtige Ausschuss des Senats im April 1991 mit einer Einladung an eine Delegation von Parlamentariern des Auswärtigen Ausschusses der Duma **Russlands** auf. Erst mit diesem Besuch wurden *de facto* polnisch-russische Kontakte aufgenommen. Durch den Besuch der Delegation wuchs das Verständnis der persönlichen Umgebung des russischen Präsidenten El'cin, der 1991 zum Rivalen Gorbatschow und zum Repräsentanten des demokratischen Russlands aufstieg, für die polnische Haltung (NOWAKOWSKI 1991a: 83). Im Juli 1991 fand ferner eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse in Kaliningrad statt, und eine gemeinsame Kontaktgruppe wurde einberufen (RPPZ 1991: 129).

Jedoch darf soviel Enthusiasmus und guter Wille nicht darüber hinwegtäuschen, dass einzelne Parlamentarier vorwiegend aus postkommunistischen und national-katholischen Kreisen überwiegend den Nationalismus der Ukrainer oder Litauer als Gefahr bezeichneten und eine prodeutsche Haltung dieser beiden Völker als Gefahr herausstrichen<sup>50</sup>, die zivilisatorische Rolle Polens und der katholischen Kirche in Osteuropa betonten<sup>51</sup> oder bevorzugte Beziehungen zu Russland wünschten (PIŁKA 1991, STACHURA 1992: 280). Im Diskurs waren diese Stimmen jedoch weitaus weniger zu vernehmen als diejenigen Abgeordneten, die insbesondere die Regierung Olszewski wie auch die postkommunistische Opposition für ihre als prorussisch empfundene Außenpolitik kritisierten (STACHURA 1992: 274, KOBRINSKAJA 1998: 38).

---

1990: 63-67.

<sup>47</sup>Die Deklaration ist abgedruckt *in*: Polska w Europie, Heft 4: 55f.

<sup>48</sup>Dies ist insbesondere an den außenpolitischen Sejm-Debatten der Jahre 1990 bis 1992 ersichtlich.

<sup>49</sup>Gazeta Wyborcza, 2.9.91.

<sup>50</sup>Rzeczpospolita, 29.8.91, Wnioski z kryzyzu, Aussagen von Leszek Miller (SdRP); BOJARSKI 1991: 67f.

<sup>51</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Marian Piłka (ZChN).

#### 5.1.1.4 Medien und Öffentlichkeit

Medien und Öffentlichkeit<sup>52</sup> äußerten sich in diesem Diskurs ebenfalls mehrheitlich zustimmend zu den Unabhängigkeitsambitionen der östlichen Nachbarn und ihren Emanzipationsbestrebungen von russischer und sowjetischer Dominanz, wobei in erster Linie die Situation in Litauen und der Ukraine, kaum aber in Weißrussland Beachtung fand (ZAJĄCZKOWSKI 1990: 90f, HARTMANN 1993: 854, SOBCZAK 2000: 141). Besonders offen wurde die Parteinahme für die litauische Unabhängigkeit gezeigt. Die *Solidarność* stand dabei an der Spitze einer Bewegung,<sup>53</sup> die aus zahllosen polnischen gesellschaftlichen Organisationen bestand, zu denen auch die katholische Kirche gehörte. Eine ähnliche Welle der Solidarität löste die militärische Intervention Moskaus in Litauen im Januar 1991 aus, als alle Bevölkerungsschichten einhellige Empörung zeigten, die auch vor Gorbačev nicht halt machte und zu heftigen Protesten vor den sowjetischen diplomatischen Vertretungen führte.<sup>54</sup> Nur die Stimmen aus national-katholischen Presseorganen, insbesondere um die ZChN, bezeichneten die bedingungslose Anerkennung der litauischen (wie auch der ukrainischen und weißrussischen) Unabhängigkeit als nicht vereinbar mit der „polnischen Staatsraison“,<sup>55</sup> da diese Staaten automatisch Bündnisgenossen Deutschlands seien und damit die polnische Unabhängigkeit untergraben würden.<sup>56</sup> Sie forderten im Gegenzug für die Anerkennung der polnisch-litauischen Grenze breite Rechte für die polnische Minderheit.<sup>57</sup> Die Mehrheit der Gesellschaft und auch die politische Klasse lehnten solche

<sup>52</sup>Von einer Untersuchung der „öffentlichen Meinung“ in Polen zur Ostpolitik wird hier wie auch in allen anderen Diskursanalysen abgesehen. Zwar liegen aus den polnischen Umfrageinstituten CBOS und OBOP entsprechende Daten aus langfristigen Studien vor, doch kann kein Zweifel daran bestehen, dass die breite Öffentlichkeit in Polen kaum über die Ostpolitik informiert ist und auch kein größeres Interesse daran hat (Ukraina. Pytania o przyszłość, Polska w Europie, Heft 14 (April 1994), Aussagen von Jakub Wołasiwicz und Zdzisław Najder).

<sup>53</sup>Adam Michnik, *Gazeta Wyborcza*, 12.3.90; Lech Wałęsa, *Życie Warszawy*, 13.3.90; *Tygodnik Powszechny*, 15.3.90, BRODOWSKI 1991.

<sup>54</sup>HARTMANN 1992a: 343; SABBAT-SWIDLICKA 1991: 34; Adam Michnik, *Gazeta Wyborcza*, 14.1.91. Der litauische Parlamentspräsident Landsbergis bedankte sich in einem Telegramm an Präsident Wałęsa anlässlich des 200. Jahrestages der Verabschiedung der Mai-Verfassung von 1791 explizit für die politische und moralische Unterstützung des polnischen Volkes während der Januar-Ereignisse 1991 in Wilna am Fernsehturm (WIDACKI 2001: 78). Eine wichtige Multiplikatorfunktion nahm schließlich auch die unabhängige Zeitschrift „Więź“ ein, die 1991 vier Nummern speziell den östlichen Nachbarn Polens gewidmet hatte.

<sup>55</sup>Das Argumentationsmuster der „polnischen Staatsraison“ taucht in beinahe allen außenpolitischen Diskursen Polens auf. Es ist ein typisches Mittel, um dem eigenen Argument einen unabgreifbaren, scheinbar von überparteilicher, „höherer“ Intuition geleiteten Charakter zu geben (klassisch zum Begriff der Staatsraison in der deutschen Literatur MEINECKE 1963: 1: „Staatsraison ist die Maxime staatlichen Handelns, das Bewegungsgesetz des Staates. Sie sagt dem Staatsmanne, was er tun muss, um den Staat in Gesundheit und Kraft zu erhalten.“). Zur in Polen verbreiteten Definition von „Staatsraison“ siehe STEFANOWICZ 1995 und ŁASTAWSKI 2000: 12-25. Letzterer Autor nennt als Inhalt der „Staatsraison“ insbesondere die „Sicherstellung einer stabilen Entwicklung Polens“, die „Bewahrung der territorialen und integralen Souveränität“, die „Fortdauer der nationalen Identität“ sowie „die Stärkung der [internationalen, S.G.] Position und des Prestiges Polens“.

<sup>56</sup>BRODOWSKI 1993: 222; Mirosław Głogowski, *Kłopot na Wschodzie, Prawo i Życie*, 7.9.91; Nie można przemilczać zbrodni nacjonalistów ukraińskich, *Słowo Powszechne*, 17.12.92.

<sup>57</sup>Aber auch der liberal-katholische *Tygodnik Powszechny* veröffentlichte im Januar und Dezember 1991 zwei Artikel von Andrzej Romanowski, in denen die Unterstützung der litauischen und ukrainischen Unabhängigkeit als unvereinbar mit den polnischen Interessen bezeichnet wurde (NAJDER 1993: 208; Andrzej Romanowski, *Niepodległość Ukrainy*, *Tygodnik Powszechny*, 15.12.91). Ähnliche Stimmen zitiert ZAJĄCZKOWSKI 1990: 88.

Forderungen jedoch ab.<sup>58</sup>

Zahlreiche bekannte Journalisten und Publizisten kritisierten die Ostpolitik des Ministerrates und des Präsidenten vor allem in zweierlei Hinsicht: zum einen für die mangelnde Klarheit und die nur *ad hoc*-Reaktionen auf Ereignisse, zum anderen für die ihrer Ansicht nach zu starke Betonung von Fragen in Zusammenhang mit der deutschen Einheit und die deshalb zu wenig aktive Haltung in ostpolitischen Fragen.<sup>59</sup> Angehörige der „informellen Elite“ wie Bohdan Skaradziński, Jerzy Marek Nowakowski, Zdzisław Najder, Grzegorz Kostrzewa-Zorbas oder auch Kardinal Gulbinowicz sprachen sich deshalb für eine aktive Ostpolitik aus, warnten vor einer Interpretation der polnischen Haltung durch die östlichen Nachbarn als „zynisch“ und „instrumentell“ und hielten insbesondere Präsident Wałęsa eine passive Haltung vor.<sup>60</sup>

Gleichzeitig begriffen die polnischen Eliten die Wichtigkeit der Ostpolitik für die Sicherheit Polens (NOWAKOWSKI 1991a: 87f). Dennoch war während der dramatischen Tage im August 1991 in Moskau in den polnischen Medien die abwartende Haltung speziell der politischen Klasse auffällig.<sup>61</sup> Die Passivität des Präsidenten und der Regierung insbesondere während des Putschversuches wurde jedoch nachfolgend vielfach kritisiert.<sup>62</sup> Den Tenor vieler Medienstimmen zur polnischen Ostpolitik fasste Jerzy Marek Nowakowski wie folgt zusammen: „Unsere Aufgabe muss die Unterstützung der Europäisierung des Ostens sein, wobei Europäisierung verstanden wird als Aufbau von Marktwirtschaft und demokratischen Strukturen, nicht jedoch zur schnellen Einbeziehung Russlands in ein europäisches Mächtekonzert“ (NOWAKOWSKI 1992b: 25). Die ukrainische Unabhängigkeit bedeutete für Polen, zum ersten Mal nach 300 Jahren keinen mächtigen Nachbarn im Osten mehr zu haben, der nach Dominanz oder Hegemonie in Ostmitteleuropa strebte.<sup>63</sup>

Auch Außenminister Skubiszewski wurde bereits *während* seiner Amtszeit heftig für seine vorsichtige Ostpolitik und seine zu starke Fixierung auf die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze kritisiert (OSADCZUK 1990: 66). Die Vorwürfe gipfelten dabei in der Aussage, dem MSZ sei ein einheitlicher Wirtschaftsraum östlich von Polen lieber, der Außenminister wolle keine gesellschaftlichen Akteure in die Ostpolitik einbeziehen und sehe die Entstehung neuer souveräner Staaten an der polnischen Ostgrenze nur als Gefahr.<sup>64</sup> Gleichzeitig äußerten sich Stimmen aus der Umgebung des MSZ kritisch zum „ukrainischen Nationalismus“ und schlossen ukrainische Forderungen nach Grenzrevisionen nicht aus. Ihre kaum verhüllten pro-russischen Positionen legitimierten die Autoren mit den Antipathien Moskaus für eine ukrainische Unabhängigkeit und dem Druck, den

<sup>58</sup>SOBCZAK 2000: 144; zahlreiche weitere Quellen bei HARTMANN 1991.

<sup>59</sup>SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 22; Dawid Warszawski, *Rzeczpospolita*, 5.4.90.

<sup>60</sup>NAJDER 1993: 263; Interview des Autors mit Bohdan Skaradziński, 28.3.01; Dariusz Fikus, *Los Bałtów, Rzeczpospolita*, 3.8.91; *Polskie wnioski z kryzysu w ZSRR, Rzeczpospolita*, 30.8.91; DE WEYDENTHAL 1991b: 21, Anm.11. Die Entscheidungsträger wurden dadurch zumindest für die Meinung der polnischen Öffentlichkeit sensibilisiert (NOWAKOWSKI 1991a: 87).

<sup>61</sup>Eine Ausnahme war ein deutlicher Artikel von Bogdan Borusewicz in *Życie Warszawy* (NAJDER 1993: 261); vgl. auch die deutliche Position Borusewicz' während der außenpolitischen Generaldebatte im Sejm 1992 (*Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 14. Sitzung, 8.5.92).

<sup>62</sup>NOWAKOWSKI 1992a: 18; Dawid Warszawski, *Kłeska, Gazeta Wyborcza*, 30.8.91; Ernest Skalski, *Gazeta Wyborcza*, 31.8.91; Andrzej Drawicz, *Życie Warszawy*, 17.9.91; Stanisław Grymski, *Polskie wnioski z kryzysu, Rzeczpospolita*, 30.8.91.

<sup>63</sup>Jerzy Marek Nowakowski, *Ukraińska szansa, Życie Warszawy*, 7./8.12.91.

<sup>64</sup>FEDOROWICZ 2002a: 70; NOWAKOWSKI 1994; J. Damrosz, *Na wschód od granic Rzeczypospolitej Polskiej, Przegląd Powszechny* 7-8/1991: 32f.



man dadurch auf Kiev ausüben könne (NOWAK 1990: 18-23, CIEŚLIK 1990: 15f). Auch die breite polnische Öffentlichkeit war noch nicht bereit, die traditionell negativen Stereotypen über Litauer oder Ukrainer in Frage zu stellen (FEODOROWICZ 2002: 81).

#### 5.1.1.5 Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie

Die **Wahrnehmung des Konfliktes** um die Anerkennung der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn in den Jahren 1989 bis 1992 wurde zunächst von der offiziellen Position des Außenministeriums vorgegeben. Polen müsse sich in der Frage der eventuellen Anerkennung seiner neuen Nachbarn nicht an abstrakten Konstruktionen, sondern an politischen Fakten orientieren, wozu insbesondere das Vorhandensein einer effektiven Staatsgewalt gehöre (NIEPODLEGŁOŚĆ 1991: 8).

Die **Strategien** und **Mittel** zur Konfliktlösung sowie die **Handlungsempfehlungen** der Akteure waren recht unterschiedlich: Während bei Präsident Wałęsa kaum eine Strategie in dieser Frage auszumachen war, befürwortete Außenminister Skubiszewski während der gesamten untersuchten Periode eine vorsichtige Anerkennungs politik: zum einen, um Moskau nicht herauszufordern, zum anderen, um im Falle Litauens zumindest noch ein Faustpfand zu haben, um breitere Rechte für die polnische Minderheit durchsetzen zu können. Die Position des Außenministers wandelte sich jedoch zweimal: Das entscheidende äußere Ereignis stellt hierbei der Moskauer Putsch dar, nach dem der Außenminister seinen Widerstand gegen eine diplomatische Anerkennung nicht nur Litauens, sondern auch der Ukraine und Weißrussland aufgab. Nach Unterzeichnung der letzten (polnisch-litauischen) Deklaration mit den östlichen Nachbarn im Januar 1992 reihte sich Skubiszewski in die Befürworter einer „aktiven Ostpolitik“ ein.<sup>65</sup> Teile insbesondere der Regierung Olszewski sowie eine Mehrheit bekannter, teilweise auch in der Politik tätigen Publizisten hatten eine solche offensivere Politik, einschließlich einer frühzeitigen diplomatischen Anerkennung insbesondere der Ukraine wie auch Litauens (die Situation in Weißrussland fand weit weniger Beachtung im Diskurs), schon wesentlich früher gefordert. Die breite polnische Öffentlichkeit schloss sich dieser Forderung rasch an und zeigte eine starke Solidarisierung mit den Unabhängigkeitsbewegungen, wobei die Sympathien vor allem mit den eigenen Erfahrungen motiviert waren. Sie alle warben für die Anerkennung mit dem Hinweis auf den verbesserten Schutz der polnischen Unabhängigkeit, die Verbesserung des polnischen Images in den östlichen Nachbarstaaten und das „historische Recht“ der Nachbarn, was aufgrund von Geschichte und Gegenwart im Interesse Warschaws sei. Das polnische Parlament griff diese Argumente auf und verhielt sich zwar ausgesprochen wohlwollend und wesentlich offensiver als Regierung und Präsident gegenüber den Unabhängigkeitsbewegungen in den östlichen Nachbarländern (NOWAKOWSKI 1993: 77, CAŁKA 1998a: 37). Gleichzeitig waren jedoch gerade dort diejenigen Stimmen am deutlichsten, die die Frage der Unabhängigkeit der Nachbarn als Verhandlungsmasse in den bilateralen Gesprächen

<sup>65</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Außenminister Skubiszewski. FEODOROWICZ 2002a: 76 bemerkt deshalb nicht unzutreffend: Das Verhältnis der polnischen Regierung zu den Unabhängigkeitsbestrebungen Litauens war „proportional zur Unzufriedenheit Moskaus gegenüber den litauischen Versuchen zur Erlangung der Unabhängigkeit“. Zwar kann man Krzysztof Skubiszewski für seine große Vorsicht und den überzogenen Respekt vor Russland kritisieren, doch war Polen zumindest in Ostmitteleuropa, wenn nicht gar weltweit der erste Staat, der zwei Jahre vor dem Zusammenbruch der UdSSR das Konzept der Zweigleisigkeit initiierte (KOBRIŃSKAJA 1998: 44f) und zumindest aktiver agierte als kühle Realpolitik es verlangt hätte.

mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine einsetzen wollten.

Zur **Legitimation** seiner Anerkennungspolitik führte Außenminister Skubiszewski in erster Linie völkerrechtliche Grundsätze sowie das Gewicht der UdSSR in den internationalen Beziehungen ins Feld. Die Befürworter einer raschen Anerkennung der östlichen Nachbarn betonten dagegen das historische Recht der Nachbarn sowie die Schaffung eines propolnischen Klimas in diesen Ländern durch einen solchen Schritt.

Die Einschätzungen **nicht-polnischer Akteure** spielten in diesem Diskurs eine beachtliche Rolle, allen voran die der sowjetischen und russischen höchsten Staatsorgane. Daneben kam auch dem Westen (vor allem EU- und NATO-Mitgliedern) eine gewisse Bedeutung als Vergleichsmoment zur polnischen Anerkennungspolitik zu.

Von den vier in Kapitel 3 genannten Identitätselementen traten in diesem Diskurs besonders zwei hervor:

**Polen als europäisches Land:** Während der Regierung Olszewski verwendeten einzelne Diskursträger wiederholt das Argumentationsmuster „Polen als Frontstaat“, so explizit der damalige Verteidigungsminister Jan Parys, aber auch Außenminister Skubiszewski.<sup>66</sup> Dagegen spielte dieses Muster im Parlament keine nennenswerte Rolle, nicht in der christlich-nationalen ZChN und erst recht nicht in der postkommunistischen SdRP oder den Mitte- und Mitte-Rechtsparteien des Post-„S“-Lagers. Immer mehr durchsetzen konnte sich deshalb das Argumentationsmuster „Polen als Brücke zwischen Ost und West“. Das wurde besonders deutlich am Wunsch des Transfers von mit „Europa“ verbundenen Normen (Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte) nach Osten, um die Stabilität in Ostmitteleuropa und damit die eigene Sicherheit zu erhöhen.

**Polen zwischen Deutschland und Russland:** Im Diskurs um die Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn spielten die UdSSR und Russland eine zentrale Rolle in den Überlegungen der polnischen Diskursträger. Das Argumentationsmuster einer „Zwei-Feinde-Theorie“ wurde nach deren offiziellen Ende durch die Regierungserklärung von Tadeusz Mazowiecki und die nachfolgende Politik von Außenminister Skubiszewski nur noch sporadisch von Diskursträgern aus ZChN und SdRP eingesetzt, wobei in der Regel jedoch die Ukraine zum „neuen zweiten Feind“ stilisiert wurde.

Das Element *polskość* (**Polentum**) spielte dagegen nur bei am Rande vernehmbaren Diskussionsbeiträgen (die weniger von der katholischen Kirche Polens als vielmehr aus den Reihen der ZChN stammten) von der missionarischen Aufgabe der polnischen Kultur und der katholischen Kirche eine Rolle.

Die **Diskurshegemonie** bildete sich insgesamt als ein Kompromiss zwischen den Akteuren heraus: Grundsätzlich befürwortete Warschau die Zusammenarbeit mit der UdSSR (ab Januar 1992 mit Russland), um Polens Position im Osten zu stärken, insbesondere im Hinblick auf Fragen wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Gleichzeitig sollte eine propolnische Lobby in diesen Ländern aufgebaut werden, was eine begrenzte Zusammenarbeit auch mit der demokratischen Opposition in den benachbarten GUS-Republiken wie auch mit dem litauischen *Sgjųdis* einschloss (ZAJĄCZKOWSKI 1991). Der deutlich auszumachende Punkt einer äußeren *critical juncture* war der Moskauer Putschversuch im August 1991, der den zögerlichen Außenminister auf den Kurs der Unabhängigkeitsbefürworter umschwenken ließ. Insgesamt läßt sich somit eine deutliche Diskurshegemonie zugunsten

<sup>66</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski; Rzeczpospolita, 29.8.91, Polska – kraj frontwoy?

der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn spätestens ab Ende August 1991 feststellen.

Im Hinblick auf die zusätzliche **Konvergensthese** dieses Kapitels kann schließlich festgehalten werden, dass am Ende dieses Diskurses drei Positionen von keiner ernstzunehmenden politischen oder gesellschaftlichen Kraft in Polen mehr angezweifelt wurden:

- die bestehenden Grenzen mit Polens neuen östlichen Nachbarn (eine der großen Leistungen der Pariser *Kultura*, deren Wirken sich hier deutlich zeigte),
- die Unabhängigkeit der historischen östlichen Nachbarn ist im polnischen Interesse,
- Moskau hat kein Vetorecht gegen die Unabhängigkeit der polnischen Nachbarn.

Der Diskurs war damit von einer abnehmenden Schwankungsbreite der pro-russischen und pro-UBL-Argumente und einer Stärkung der für liberale Demokratien typischen Sichtweise von den „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ gekennzeichnet; eine Tendenz, die sich in den folgenden Debatten fortsetzen sollte.

### 5.1.2 „Strategische Partnerschaft“ mit Litauen und der Ukraine oder Ökonomisierung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn?

Mit dem Abtritt von Außenminister Skubiszewski im Herbst 1993 endete ein erster Abschnitt der polnischen Ostpolitik nach 1989. Diese Zeit war geprägt von der bis Dezember 1991 anhaltenden zweigleisigen Außenpolitik, die „Elemente eines antikommunistischen Dissidententums, eines Neoprometheismus und eines Neorealismus“ (CALKA 1998a: 37) verschiedenster politischer Gruppierungen enthielt. Nach dem Fall der UdSSR hatte sich diese Kompromissformel jedoch überlebt und eine – der Zwischenkriegszeit nicht unähnliche – Zweiteilung in eine „neoprometheische“ und eine durch den damaligen *Russia first*-Kurs der USA verstärkte „neorealistische“ Orientierung trat deutlich zutage.<sup>67</sup> Dabei galt Moskau auch in der zweiten Hälfte der Amtszeit Skubiszewskis im Zweifelsfall stets die größere Aufmerksamkeit; eine Tendenz, die sich nach dem Regierungswechsel im Herbst 1993 zunächst sogar noch verstärkte.<sup>68</sup>

Dennoch entwickelte sich ab etwa Mitte des Jahres 1993 mit dem Schlagwort von der „strategischen Partnerschaft“ zunächst gegenüber der Ukraine, etwa ab 1995 auch gegenüber Litauen eine dieser *Russia first*-Politik entgegengesetzte, nur langsam Gestalt annehmende Konzeption. Dieser Begriff wird in Polen, Litauen und der Ukraine vielfach

<sup>67</sup>Die polnischen „Neorealisten“ teilten sich dabei in drei Gruppierungen auf: die Bewunderer russischer Kultur, die sich indes eher von ihrer intellektuellen Faszination als von politischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten ließen; wirtschaftliche, oft mit der Schwer- und Waffenindustrie verbundene Kreise, die ihre Konzepte nicht immer im Einklang mit dem Ziel der polnischen Westintegration realisierten sowie einige Vertreter der polnischen Rechten, die an nationaldemokratischen Ideen festhielten (CALKA 1998a: 37f).

<sup>68</sup>KOBRINSKAJA 1998: 45f nennt für diese bedeutende Rolle Russlands in der polnischen Ostpolitik vier Gründe: a) Polen hatte ein substantielles Interesse an der einheitlichen Kontrolle aller Atomwaffen durch Russland, den Rechtsnachfolger der UdSSR, b) Russland wurde mit Hinblick auf einen möglichen Atommachtstatus der Ukraine und eventuelle ukrainisch-deutsche Annäherungen bewusst als Gegengewicht zur Ukraine betrachtet, c) zwar war Polen stark an einer Verringerung der Präsenz russischen Militärs in Kaliningrad interessiert, doch befürchtete man gleichzeitig eine neue deutsche Dominanz in der Ostseeregion und war deshalb an einer uneingeschränkten Souveränität Russlands in Kaliningrad interessiert, d) die Beziehungen zu Litauen waren noch nicht spannungsfrei, Russland wurde in diesem Kontext in Warschau vereinzelt als Garant für Stabilität in der Region angesehen.

verwendet, weist aber keinen klaren Inhalt auf. Einig sind sich die meisten polnischen Autoren darin, dass sich eine strategische Partnerschaft vor allem durch eine bewusste Wahl und eine langfristige Perspektive von gewöhnlichen gutnachbarschaftlichen Beziehungen unterscheiden. Davon ausgehend definierte Jerzy M. Nowakowski diesen Begriff im Hinblick auf die Ukraine durch die folgenden Elemente:

- Polen und die Ukraine wünschen eine auch *de facto* unabhängige Ukraine sowie
- eine Annäherung der Ukraine an die Strukturen der NATO und der EU,
- verfügen über eine funktionierende Marktwirtschaft,
- wollen eine „De-Imperialisierung“ Russlands,
- befördern das Ziel des freien Verkehrs von Personen und Gütern zwischen den beiden Staaten und
- beachten die gegenseitigen Minderheiten.<sup>69</sup>

Die polnisch-litauische strategische Partnerschaft definierte der ehemalige Co-Vorsitzende der polnisch-litauischen Abgeordnetenversammlung und Vizepräsident des Sejm, Jan Król, durch folgende Elemente, die gleichzeitig deutlich machen, wie schwierig die Bestimmung des Inhalts dieser „strategischen Partnerschaften“ ist:

- gegenseitige Unterstützung bei der Bewahrung und Verfestigung der Unabhängigkeit vom „ehemaligen sozialistischen Lager“,
- gegenseitige Achtung der Minderheiten,
- gemeinsame Anstrengungen auf dem Weg zum Beitritt zu NATO und EU,
- enge kulturelle Beziehungen.<sup>70</sup>

Das gegen Ende der letzten „S“-geführten Regierung im Sommer 1993 erstmals erwähnte Konzept wurde außerdem nach dem Regierungswechsel von der neuen Koalition diskursiv herausgefordert – vor allem durch eine Konzentration auf ökonomische Fragen, insbesondere eine Schwerpunktsetzung auf polnisch-russische Wirtschaftskontakte.

Bei der Diskursanalyse zum Spannungsverhältnis dieser beiden Konzeptionen soll nicht auf den gesamten Zeitraum seit 1989 zurückgegriffen werden, da dies den empirischen Rahmen der Arbeit übersteigen und aufgrund der kurzfristigen Schwankungen in der Diskussion auch kaum zu signifikanten Ergebnissen führen würde. Ferner bleiben bilaterale polnisch-russische Fragen (insbesondere bilaterale Lieferverträge über Energieträger) weitgehend ausgeklammert. Es wurden deshalb drei kürzere Perioden (1993/94, 1996/97, 2000/01) ausgewählt, in denen der polnische Diskurs über die Frage dieses Unterkapitels besonders intensiv geführt wurde.

### 5.1.2.1 1993/94: Was ist die strategische Partnerschaft *nicht*?

**5.1.2.1.1 Präsident** Den Beginn der Initiative von Präsident Wałęsa gegenüber der **Ukraine** kann man auf den Brief des Präsidenten vom Dezember 1992 an seinen ukrainischen Amtskollegen datieren, in dem er die Einrichtung eines Konsultativkomitees des polnischen und ukrainischen Präsidenten vorschlug (CIEŚLIK 1992: 141). Der erste Besuch des polnischen Präsidenten in Kiev im Mai 1993 begann mit einem sich schon seit 1992 abzeichnenden, aber dennoch bemerkenswerten Auftakt: Präsident Kravčuk schlug

<sup>69</sup>Vortrag des ehemaligen polnischen Unterstaatssekretärs am 25.2.2000 im Rahmen des Diskussionsforums „Forum Polska 2000“ der Polnischen Informationsagentur, [www.pai.pl/CP/deb4.html](http://www.pai.pl/CP/deb4.html) [20.4.01].

<sup>70</sup>KRÓL 2001: 69f, ähnlich die Definition von WIZIMIRSKA 1999: 168.

der polnischen Seite einen dritten sicherheitspolitischen Block in Europa unter polnisch-ukrainischer Führung vor, „strategische Partnerschaft“ genannt (KUŹNIAR 1993: 16). Der polnische Präsident lehnte die Vorschläge zwar nicht rundweg ab, wollte aber vor allem aus zwei Gründen nicht näher auf diese Initiative eingehen: Zum einen wäre der von Kiev vorgeschlagene Block der ostmittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in Moskau als viel eher als antirussisch perzipiert worden als ein nordatlantisches Verteidigungsbündnis ohne geographisch fixiertes Feindbild, das Russland eine Partnerschaft anbietet (BINGEN 1994a: 16). Zum anderen sah er eine solches Bündnis als Schaffung einer ineffektiven Zone von Autarkie jenseits westlicher Strukturen, vor allem der NATO, an.<sup>71</sup> Diese Auswirkungen gaben ferner keine Antwort auf die Frage, welchen Beitrag Warschau zur Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in Ostmittel- und Osteuropa leisten könne (BRATKIEWICZ 1995b: 29). Wałęsa betonte zur polnisch-ukrainischen Partnerschaft im Abschlusskommuniqué lediglich die Notwendigkeit „all das aufrecht zu erhalten und zu stärken, was uns verbindet, und entschieden das abzulehnen, was uns in der Vergangenheit getrennt hat“.<sup>72</sup> Gleichsam als „institutionellen Ersatz“, der jedoch zunächst noch keine Wirkung entfaltete, stimmte der polnische Präsident der Gründung eines „Konsultativkomitees des polnischen und ukrainischen Präsidenten“ zu, das im März 1994 zumindest die Aufstellung eines gemeinsamen militärischen Bataillons im Rahmen des PFP-Programmes beschloss (CAŁKA 1998a: 39f).

Die Deklaration des Staatsministers in der Präsidialkanzlei und Sekretär des Konsultativkomitees, Jerzy Milewski, im Juni 1994, dass Polen die Ukraine als „strategischen Partner“ betrachte, rief in Kiev nach entgegengesetzten Äußerungen des polnischen Außenministers wenige Monate zuvor Konsternierung hervor.<sup>73</sup> Die Position des Präsidenten beschränkte sich somit auf die von Präsident Wałęsa vielfach betonte Formel „Es gibt kein freies Polen ohne eine freie Ukraine“.

Gegenüber **Litauen** unternahm der polnische Präsident im Zeitraum 1993/94 keinerlei Initiativen, eine „strategische Partnerschaft“ zu begründen, bot sein Land aber als „natürlichen Bündnisgenossen“ (und als Alternative zum „skandinavischen Weg“ Litauens) auf dem Weg nach Europa an.<sup>74</sup> Die Minderheitenfrage überschattete alle anderen Aspekte in den polnisch-litauischen Beziehungen und ließ die litauische Seite sogar am Weg nach Europa über Polen zweifeln.<sup>75</sup> Erst im Mai 1994 konnte schließlich der Nachbarschaftsvertrag mit Wilna unterzeichnet werden.

<sup>71</sup>BRATKIEWICZ 1995b: 25f. Auch in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern wurde dem Plan Kravčuks keine Chance eingeräumt (KOZAKIEWICZ 1998b: 33). Der polnische Präsident hatte ferner während seines Aufenthalts in Kiev vom prorussischen Standpunkt des deutschen Außenministers Kinkel erfahren (OSADCZUK 1993b: 109).

<sup>72</sup>Kommuniqué des Besuches des polnischen Präsidenten Wałęsa in der Ukraine, Holos Ukrajinjy, 28.5.1993.

<sup>73</sup>KAMIŃSKI/KOZAKIEWICZ 1997: 43. International fand die Ukraine Anfang des Jahres 1994 aus der internationalen Isolierung heraus, nachdem am 14. Januar 1994 eine Vereinbarung über die Abgabe der Atomwaffen zwischen den USA, Russland und der Ukraine unterzeichnet worden war und Kiev sich per Parlamentsbeschluss im Juli 1994 als militärisch neutral erklärte. Für die Übergabe der Atomsprengeköpfe an Russland wurde Kiev mit russischen Energielieferungen für die ukrainischen Atomkraftwerke entschädigt. Damit war die Zurückhaltung des Westens grundsätzlich überwunden (BUDKIN 1998: 133f).

<sup>74</sup>WAŁĘSA 1995: 145, Ansprache des polnischen Präsidenten im litauischen Seimas, 26.4.94.

<sup>75</sup>So bekannte sich der litauische Präsident Landsbergis 1992 offen zu einer engen Partnerschaft nicht mit Polen, sondern mit Skandinavien auf dem Weg nach Europa (SZLACHTA 1992a, BUTKIEVIČIUS 1993).

Durch die dramatischen Umsatzeinbrüche im polnischen Export in die UdSSR nach 1989 bzw. die GUS-Staaten nach 1991 wurde das Thema des **polnischen Osthandels** zu einem der „Dauerbrenner“ der ostpolitischen Auseinandersetzungen in Warschau. Präsident Wałęsa schaltete sich nur einmal in diese Frage ein, jedoch mit einiger Nachwirkung: Am 25. August 1993 wurde während des Besuchs von Präsident El'cin in Warschau gleichzeitig mit dem bilateralen Handelsvertrag auch das polnisch-russische Abkommen über den Bau einer russischen Gasleitung über polnisches Territorium unter Umgehung der Ukraine nach Westeuropa unterzeichnet.<sup>76</sup>

Jedoch war es nicht der Abschluss dieses Vertrages an sich, sondern die in die Medien durchgesickerte Verhandlungslinie von Präsident Wałęsa, angeblich im Gegenzug für den polnischen NATO-Beitritt seine Unterstützung für den Bau der umstrittenen Pipeline und einen Lieferkontrakt gegeben zu haben. Dieser Schritt brachte nicht nur nicht die erhofften Resultate (El'cin nahm seine Zusage sogleich wieder zurück), sondern schuf vor allem das Misstrauen Kiews gegenüber Warschau (CAŁKA 1998a: 38).

**5.1.2.1.2 Ministerrat** Konsens im polnischen Ministerrat war von Anfang an, dass die Ukraine ein „wichtiger Vektor“ der Warschauer Außenpolitik sein müsse<sup>77</sup> und eine gestärkte Unabhängigkeit des südöstlichen Nachbarn im eigenen Interesse sei.<sup>78</sup> Jenseits dieser Position nahm der polnische Ministerrat 1993/94 im außenpolitischen Diskurs gegenüber der Ukraine jedoch eine vorsichtige Position ein: Nachdem Außenminister Skubiszewski im Dezember 1992 bei seinem Besuch in Kiev nur allgemein die polnische Bereitschaft zur Lösung von sicherheitspolitischen Fragen angekündigt und den Wunsch der Ukraine nach Einbindung in das Visegrád-Dreieck abgelehnt hatte (HARTMANN 1995: 952), betonte Verteidigungsminister Onyszkiewicz Ende Januar 1993 im Einvernehmen mit seinem ukrainischen Kollegen, dass die beschlossene polnisch-ukrainische Militärkooperation weder eine militärische Allianz darstelle noch gegen dritte Staaten gerichtet sei (KAMIŃSKI/KOZAKIEWICZ 1997: 31). Dennoch unterstrich Premier Suchocka in einer Rede im Warschauer *Ośrodek Studiów Wschodnich*, dem wichtigsten polnischen *think tank* zur Ostpolitik, die Bedeutung der Ukraine für Polen als eine von vier „strategischen“ Schlüsselrichtungen der polnischen Außenpolitik. Diese Ankündigung wurde jedoch nicht näher präzisiert. Klar war jedoch geworden, dass es sich bei der Kooperation nicht um *hard security items* handeln könne.<sup>79</sup> Außenminister Skubiszewski nannte etwa in seinem außenpolitischen Jahresbericht die polnisch-ukrainischen Beziehungen nur noch ein „Modell der guten Nachbarschaft und engen Zusammenarbeit“.<sup>80</sup>

<sup>76</sup>PAWLAK 1993: 37. Dabei kontrollierte Gazprom 48 Prozent der für den Bau der Jamal-Leitung verantwortlichen Gesellschaft (Rocznik Strategiczny 1996/97: 155). Während des Besuchs von Premier Černomyrdin in Warschau im August 1993 wurde ein Protokoll über den technischen Ablauf des Baus dieser Leitung unterzeichnet (MAGDZIAK-MISZEWSKA 1996: 123f).

<sup>77</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>78</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>79</sup>Polska nie może dłużej czekać na przyjęcie do NATO, Premier Hanna Suchocka w Ośrodku Studiów Wschodnich, Rzeczpospolita, 1.9.93. Die Ablehnung des Kravčuk-Plans und die hochgespielte Spionage-Affäre um den ukrainischen Major Lysenko erweckten 1993/94 in Kiev den Eindruck, dass Warschau für die GUS-Staaten eine *pax russica* akzeptiert habe (KAMIŃSKI/KOZAKIEWICZ 1997: 36); verstärkt durch den polnischen Wunsch an Kiev, seine Atomwaffen abzugeben (Interview mit Vize-Verteidigungsminister Przemysław Grudziński, Nasi sąsiedzi i nasze bezpieczeństwo, Rzeczpospolita, 22./23.5.93).

<sup>80</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.1993, Rede von Außenminister Skubiszewski.

Nach dem Warschauer Regierungswechsel im Herbst 1993 wurde im allgemeinen die Bedeutung der polnisch-ukrainischen Beziehungen heruntergespielt. Auch der neue Außenminister Olechowski beschrieb bei einem Treffen mit seinem ukrainischen Kollegen nicht mehr die gegenseitigen Beziehungen, sondern nur noch die Tatsache der Unabhängigkeit beider Staaten als „strategische Dimension“; das gegenseitige Verhältnis wurde nur noch als „enge Partnerschaft“ bezeichnet.<sup>81</sup> Gleichzeitig waren es jedoch gerade der neue polnische Außenminister und die polnischen Diplomaten, die auf der internationalen Bühne, vor allem im Westen, für die Akzeptanz der Ukraine und die Anerkennung der Spezifika dieses Landes warben und die westlichen Staaten offen kritisierten, ihre Hilfe nur Russland und den baltischen Staaten zugute kommen zu lassen.<sup>82</sup> Der Ministerrat beschränkte danach jedoch bis zum Ende des Jahres 1994 seine Initiativen auf *soft security issues* und sprach sich etwa nachdrücklich für den Beitritt der Ukraine zum Europarat und der Zentraleuropäischen Initiative aus (BRATKIEWICZ 1993: 132).

Die Initiativen des Ministerrates in der **Litauen**-Politik waren 1993/94 noch äußerst begrenzt. Zum einen zeigte die litauische Regierung zwischen 1991 und 1993 kein Interesse an einer aktiveren Polen-Politik,<sup>83</sup> die insbesondere aufgrund der ungelösten Minderheitenprobleme gelähmt wurde. Die deutlichste Position in der Litauenpolitik bezog der Ministerrat in der Frage der Verhandlungen über einen polnisch-litauischen Nachbarschaftsvertrag. Es soll hier nicht im einzelnen auf die diesbezüglichen Verhandlungen eingegangen werden.<sup>84</sup> Bemerkenswert ist jedoch die Aussage des ersten polnischen Botschafter nach 1989 in Litauen, Jan Widacki, dass die großen Bemühungen der polnischen Verhandlungsdelegation „die ganze Zeit von der *Wspólnota Polska*, den Ausschüssen des Senats, einigen politischen Gruppierungen, einzelnen Politikern, Abgeordneten und Senatoren ignoriert“ (WIDACKI 1997: 153) wurden. Insbesondere die *Wspólnota Polska* verfügte dabei über finanzielle Mittel, die die Ressourcen des MSZ um ein Vielfaches überstiegen und mit denen die nicht selten antilitauischen Initiativen unterstützt würden. Als der Vertrag nach fünf Verhandlungsrunden am 26. April 1994 in Wilna von beiden Präsidenten unterzeichnet wurde,<sup>85</sup> war die wichtigste politische Botschaft historischer Dimension die polnische Anerkennung, dass Wilna die Hauptstadt Litauens sei; die litauische Seite verzichtete im Gegenzug auf die These von der illegalen Besetzung des Gebietes um Wilna durch Polen in der Zwischenkriegszeit. Bemerkenswert war auch die politische Botschaft eines über die europäischen Standards hinausgehenden gegenseitigen Minderheitenschutz.<sup>86</sup> Damit schien eine gute Grundlage in den gegenseitigen Beziehungen erreicht zu sein;

<sup>81</sup>„Deklaration des polnischen und ukrainischen Außenministers über die Prinzipien der Gestaltung der polnisch-ukrainischen Partnerschaft“, 21.3.94, abgedruckt in: Biuletyn Ukraiński OSW 3/1994: 12-14. Identisch äußerte sich der Außenminister zwei Monate später im Sejm (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Außenminister Olechowski).

<sup>82</sup>Andrzej Olechowski, Ku jednej, bezpiecznej Europie, Rzeczpospolita, 14.11.94; KAMIŃSKI/KOZAKIEWICZ 1997: 39; CAŁKA 1998: 38.

<sup>83</sup>WIDACKI 1997: 152. So reisten zwar im Juni 1991 eine estnische und lettische Delegation (unter eigener Flagge) zu einer von Polen und Schweden gemeinsam organisierten Konferenz der Ostseeanrainer in Schweden an, Litauen zeigte jedoch kein Interesse an einer Teilnahme (Auswärtiger Ausschuss des Sejmu, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski).

<sup>84</sup>Zu dieser in der polnischen und litauischen Literatur ausführlich rezipierten Frage siehe etwa WIDACKI 1997: 152f, BRODOWSKI 1995: 115f, VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRICKOVSKIENĖ 1998: 14f.

<sup>85</sup>Die Ratifizierung erfolgte im polnischen Sejm einstimmig, in Litauen stimmten von 141 Angeordneten 91 dafür, 19 dagegen, acht enthielten sich der Stimme (BRODOWSKI 1995: 116).

<sup>86</sup>BRODOWSKI 1995: 116. Auch die russische Seite trug ungewollt – Außenminister Kozyrev bezeichnete

den Begriff der „strategischen Partnerschaft“ mochte aber noch keine der beiden Seiten verwenden.

Ein beherrschendes Thema im Ministerrat war nach den dramatischen Einbrüchen des polnischen Exports nach 1989 der **Osthandel**. Während Außenminister Skubiszewski allgemein die Wichtigkeit des Osthandels im Hinblick auf Rohstoffimporte wie auf potentielle Absatzchancen betont und zur Unterstützung der polnischen Ostpolitik vor allem staatliche Garantien für den polnischen Export nach Osten gefordert hatte,<sup>87</sup> erarbeitete die polnische Regierung ab Anfang 1993 erste systematische Programme: Während die von Premier Suchocka im Januar 1993 vorgestellte Konzeption einer „mittel- und osteuropäischen Zone der Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ seinerzeit keine Unterstützung in maßgeblichen Kreisen gefunden hatte (CALKA 1995a: 50, Anm. 2) und ihre Forderung nach einer polnisch-ukrainischen Bank zur Abwicklung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs<sup>88</sup> keinen größeren Widerhall fand, legte das MSZ nach dem Regierungswechsel Anfang 1994 ein Grundsatzprogramm für die polnische Ostpolitik mit einem Schwerpunkt auf Russland vor. Dieses stellte Außenminister Olechowski am 17. Februar 1994 vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats in drei Punkten vor:<sup>89</sup> Erstens sei der Aufbau allseitig guter Beziehungen mit den Staaten im Osten notwendig, die für Polen von besonderer Bedeutung seien. Aufgrund der begrenzten Mittel und aus wirtschaftlichen und politisch-militärischen Gründen konzentrierte man sich dabei auf Russland und die Ukraine; weitere wichtige Plätze nähmen Weißrussland, die baltischen Staaten, Kasachstan und Moldawien ein. Zweitens wolle Polen die Funktion eines Exporteurs von politischer Stabilität – Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte – in der Region übernehmen und drittens schließlich neue Möglichkeiten für polnische Firmen zur Nutzung wirtschaftlicher Chancen im GUS-Raum schaffen. Der Außenminister wehrte sich dabei gegen den Vorwurf, Polen sei wegen seiner Passivität nach 1989 von den Ostmärkten verdrängt worden und habe dabei Marktanteile verloren.<sup>90</sup>

Diese Vorstellungen sollten mit Hilfe der von der Regierung verabschiedeten „Richtlinien für eine Proexportpolitik“ verwirklicht werden, die in fünf Programmen zusammengefasst wurden.<sup>91</sup> Die Initiative des Außenministers blieb dabei im Rahmen der polni-

---

im Januar 1994 die baltischen Staaten als „nahes Ausland“, die Teil der Sphäre russischer lebendiger Interessen seien – zum Abschluss des Vertrages bei.

<sup>87</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski. Hier wird – wie in Kapitel 3 gezeigt – erneut sichtbar, dass das MSZ die Außenwirtschaftsförderung nicht als eigene Domäne verstand.

<sup>88</sup>Gafy rządu czy „Gazety“?, Gazeta Wyborcza, 20.1.93; Rzeczpospolita, 12.1.93.

<sup>89</sup>Auswärtiger Ausschuss des Senats, 17.2.94; Andrzej Olechowski, Pragniemy ocieplenie stosunków z Rosją, Rzeczpospolita, 18.2.94.

<sup>90</sup>Auswärtiger Ausschuss des Senats, 17.2.94, Antwort von Außenminister Olechowski auf Fragen.

<sup>91</sup>1) „Kontakt“ - ein Programm zur Förderung zwischenmenschlicher Kontakte auf allen Ebenen, darunter auch ein Ausbau der Grenzübergänge und eine Vereinfachung der Grenzprozeduren; 2) „Wspólnicy“ - ein Programm zur Schaffung gemeinsamer Kapitalverbindungen, um wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern; 3) „Wokulski“ - ein Programm zur Förderung polnischer Exporte und Dienstleistungen; 4) „Transit“ - ein Programm zum Aufbau einer Infrastruktur, die es Polen erlaubt, aus seiner günstigen geographischen Lage Erträge zu erzielen und 5) „Markt und Demokratie“ - ein Programm zur Förderung von Regierungsprojekten, die Markt und Demokratie in den osteuropäischen Nachbarstaaten stärken sollten. Kein Programm wurde jedoch jemals realisiert (KAMIŃSKI/KOZAKIEWICZ 1997: 42). Polnische Kritiker bezeichneten die Programme, die im Februar 1994 vom russischen Außenminister Kozyrev rundweg abgelehnt und als „unslawisch“ kritisiert worden waren, als zumindest „verfrüht“ (CALKA 1998a: 40).



schen Westorientierung: Es bestehe die Notwendigkeit, Russland in die Demokratisierung miteinzubeziehen und nicht zu isolieren, ferner sei ein sicheres Europa ohne ein starkes und demokratisches Russland nicht vorstellbar.<sup>92</sup> Olechowski hob damit insbesondere auf das Argumentationsmuster ab, dass Polen verpflichtet dazu sei, dass Russland ein Teil der westlichen Welt werde, um nicht selbst zum Frontstaat in Europa zu werden (KOBRIŃSKAJA 1998: 69). In seinem Sejm-Exposé vom 12. Mai 1994 wiederholte der Außenminister das Programm zur Belebung des polnischen Osthandels, warnte jedoch zusätzlich explizit vor einer Reihe von Gefahren, wie etwa den unklaren Eigentumsverhältnissen, kriminellen Vermischungen zwischen Wirtschaft und Politik sowie fehlenden rechtlichen Regelungen und Institutionen.<sup>93</sup> Der Außenminister fand für seinen Kompromisskurs jedoch keine Unterstützung: Als im März 1994 ein informelles Treffen mit dem russischen Außenminister nur ein Protokoll abweichender Positionen<sup>94</sup> erbrachte, bedeutete dies für Olechowski eine innenpolitische Niederlage gegenüber den vor allem aus dem Post-, „S“-Lager stammenden Gegnern einer Annäherung an Russland. Als sein Standpunkt gegenüber Russland schließlich innerhalb der Koalition als nicht mehr durchsetzungsfähig war und von Premier Pawlak öffentlich in Zweifel gezogen wurde,<sup>95</sup> trat Olechowski im Januar 1995 zurück.<sup>96</sup>

Die Vorstellungen der SLD/PSL-Regierung zur Belebung des polnischen Osthandels waren dagegen unter Federführung des PSL-kontrollierten Außenhandelsministeriums wesentlich weitgehender als die des parteilosen, das Vertrauen von Präsident Wałęsa genießenden Außenministers Olechowski und betonten die Notwendigkeit eines strukturellen Umbaus einiger polnischer Wirtschaftssektoren, um die Zusammenarbeit mit russischen Partnern zu erleichtern (CAŁKA 1998a: 40). Die neue Koalition sah in verstärkten wirtschaftlichen Kontakten mit den östlichen Nachbarn in erster Linie eine Chance zur Verbesserung der stark defizitären Außenhandelsbilanz, zur Stabilisierung der Sektoren, die Probleme mit der wirtschaftlichen Transformation aufwiesen (Landwirtschaft, Schwerindustrie, Rüstung, Energie), sowie zur Belebung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.<sup>97</sup> Die Realisierung dieser Konzepte verlange eine grundsätzliche Korrektur der vom MSZ vorgeschlagenen Strategie.<sup>98</sup> Einige Vertreter der Regierung empfahlen das Ende

<sup>92</sup>KOBRIŃSKAJA 1998: 43; Jak opuścić szarą strefę bezpieczeństwa. Polska chce do NATO, Rzeczpospolita, 29.12.93.

<sup>93</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94, Antwort von Außenminister Olechowski auf Fragen.

<sup>94</sup>CAŁKA 1995b: 97. Da Premier Pawlak zur selben Zeit eine Reihe von bilateralen Abkommen in Moskau unterzeichnete, war die russische Presse sehr bemüht, die „guten“ Beziehungen zwischen den Premierministern Pawlak und Černomyrdin den „schlechten“ Beziehungen zwischen den Außenministern gegenüberzustellen und verbreitete die Behauptung, dass die SLD/PSL-Regierung die erste polnische Regierung seit 1989 sei, die eine Strategie gegenüber den östlichen Nachbarn ausarbeite (PAP 22.6.94; CAŁKA 1995b: 98).

<sup>95</sup>Beispielhaft deutlich wurde dieser Konflikt während des Besuchs des ungarischen Premiers Horn im November 1994 in Warschau, als Premier Pawlak und Außenminister Olechowski zu vollkommen unterschiedlichen Standpunkten in der Frage der Zusammenarbeit mit Russland kamen (PAP 24.11.94; CAŁKA 1995b: 99). In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1994 bemerkte ferner das MSZ, dass es vom MWGzZ zu spät über wichtige polnisch-russische Vertragsgespräche informiert worden war (CAŁKA 1995b: 99f).

<sup>96</sup>Pawlak polemizuje z Olechowskim, Rzeczpospolita, 16.1.95; Priorytety premiera, Rzeczpospolita, 21.1.95; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 40. Sitzung, 5.1.95, Antwort von Premier Pawlak auf Fragen; OLECHOWSKI 1995: 29.

<sup>97</sup>Polsko-rosyjska współpraca regionalna, Przegląd Rządowy 10/1994: 66-68.

<sup>98</sup>Die vor allem von der PSL vorgesehenen Konzepte für Schlüsselsektoren der polnischen Volkswirt-

der aktiven polnischen Diplomatie im Osten, das Ende für die Unterstützung der neuen unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, die Anerkennung einer russische Einflussphäre östlich des Bug oder forderten sogar gute Beziehungen mit jeder Art von russischer Regierung sowie die Aufgabe des Wunsches nach partnerschaftlichen polnisch-russischen Beziehungen.<sup>99</sup> Besonders weitgehend war die Bereitschaft, in einigen wirtschaftlichen Sektoren zu russischen Standards zurückzukehren und die begonnenen Umstrukturierungen abubrechen. Vertreter des Außenministeriums kritisierten diesen Standpunkt scharf und wiesen darauf hin, dass Russland seine Wirtschaftsreformen freiwillig abgebrochen habe und für Moskau die Kooperation mit der polnischen Regierung mit Hilfe zentralisierter monopolisierter Strukturen am bequemsten sei, was jedoch keinesfalls im Interesse der polnischen, auf europäische Standards abzielende Wirtschaftsreformen sein könne (CAŁKA 1995a: 53, Anm. 9).

**5.1.2.1.3 Parlament** Das Parlament zeigte sich zur Frage dieses Unterkapitels im untersuchten Zeitraum tief gespalten. Die Debatten waren vielfach geprägt von einem „*entweder* eine Fortführung der eher vorsichtigen Ostpolitik der Regierungen *oder* eine wirtschaftliche Öffnung vor allem gegenüber Russland“, aber auch den anderen GUS-Staaten“. Dabei stellten sich jedoch auch die Befürworter der letzteren Option nach dem Regierungswechsel 1993 hinter das Ziel eines polnischen NATO-Beitrittes und traten zumindest nicht offen gegen einen möglichen EU-Beitritt auf. Gerade weil über diese beiden Fragen bereits zumindest überwiegend Konsens herrschte, brach die Debatte um die „richtige“ Ostpolitik umso heftiger aus:

Die **SLD** forderte eine deutlich verstärkte Exportpolitik Polens in die GUS, vor allem nach **Russland**, und eine deutliche Präsenz auf den dortigen **Ostmärkten**, abgesichert durch staatliche Bürgschaften. Als Beispiel gab sie vor allem den Export von Lebensmitteln gegen den Import von Energie, vor allem Erdgas, an.<sup>100</sup> Die Partei kritisierte die „Bevormundung“ der östlichen Nachbarn nach 1990, lehnte die Darstellung der Ostpolitik durch die Regierung als „alternativlos“ ab und forderte eine exportorientiertere Ostpolitik.<sup>101</sup> Als größte Regierungsfraktion griff die SLD ein Jahr später fundamental

---

schaft sahen neben enger Kooperation auch strukturelle Bindungen an die Volkswirtschaften der GUS-Staaten, vor allem Russland, vor (ausführlich siehe: Pociąg przyjaźni, Wprost 6/1995; Bitwa o Podkańskie, Wprost 10/1995). So betrieb die Partei ein starkes *lobbying* für die Einführung von Ausgleichszöllen auf Agrarimporte, um diesen die Wettbewerbsvorteile auf dem heimischen Markt zu nehmen. Die Partei initiierte daneben eine Kampagne zur Öffnung der Märkte in Ost und West für polnische Agrarerzeugnisse, indem man ökonomische Kooperationsbereitschaft an den Import von polnischen Agrarerzeugnissen knüpfte (SABBAT-SWIDLICKA 1994: 17). Am 30.10.94 stellte Außenhandelsminister Lesław Podkański in einem Interview für INTERFAX ferner fest: „Warschau und Moskau sind speziell interessiert an einer Zusammenarbeit im Rüstungssektor. Die Tradition muß fortgesetzt werden und ein Abkommen über Zusammenarbeit kann das Handelsvolumen in diesem Bereich erhöhen“ (zit. nach CAŁKA 1995b: 100). Im vorbereitenden Protokoll für dieses Abkommen fand sich der bemerkenswerte Satz: „Dieser Vertrag kann die Grundlage einer breiten Zusammenarbeit sein, auch einer gemeinsamen Produktion und eines gemeinsamen Verkaufs von Spezialprodukten“ (zit. nach CAŁKA 1995b: 100, Anm. 10).

<sup>99</sup>CAŁKA 1995a: 52. Die russische Seite griff diesen Gedanken gerne auf, so forderte etwa Arkadij Wol'skij auf dem Wirtschaftsforum in Krynica im Oktober 1994 bereits den Wiederaufbau des RGW im Bereich militärisch-technischer Zusammenarbeit (CAŁKA 1995a: 53, Anm. 8).

<sup>100</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Józef Oleksy. Schon ein Jahr zuvor hatte die SLD Skubiszewski vorgeworfen, er habe außer dem Rohstoffimport nichts für den polnischen Osthandel getan (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Włodzimierz Cimoszewicz).

<sup>101</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Tadeusz Iwiński.

die Ostpolitik der polnischen Regierungen zwischen 1989 und 1993 an: Skubiszewski habe „bewusst und programmartig wirtschaftliche Interessen von den diplomatisch-politischen Tätigkeiten amputiert (...), zu schnell haben wir uns von den Ostmärkten evakuiert und zu leicht haben wir uns von dort verdrängen lassen“.<sup>102</sup> Die SLD forderte deshalb die Schaffung eines deutsch-polnisch-russischen „Warschauer Dreieckes“, um im deutsch-russischen Dialog stärker präsent zu sein.<sup>103</sup> Die Partei sprach sich für eine Brückenfunktion Polens nach Osten aus, wobei man dabei allerdings weniger an den Export von Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft dachte, sondern an eine nicht an politische Bedingungen geknüpfte wirtschaftliche Kooperation mit den GUS-Staaten.<sup>104</sup> Das wichtigste Ziel der polnischen Ostpolitik seien nicht die Beziehungen zu Litauen oder zu Weißrussland, sondern zu Russland und der Ukraine.<sup>105</sup>

Noch deutlicher sprach sich die **PSL** gegen die Politik der Regierungen der Jahre 1989 bis 1993 aus. Ihr Fraktionschef und späterer Premier Waldemar Pawlak wies auf die Überproduktion von Lebensmitteln im Westen und die entsprechende Unterversorgung in Osteuropa hin, was Exportaktivitäten von polnischer Seite erfordere. Er wandte sich wie auch ein Teil der PSL-Fraktion explizit gegen die Notwendigkeit der Unterstützung der Unabhängigkeits- und Demokratisierungsbewegungen in den östlichen Nachbarstaaten und forderte die Anerkennung einer russischen Einflusszone östlich des Bug wie auch die Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Russland unabhängig von der Moskauer Außenpolitik.<sup>106</sup> Pawlak ergriff Partei für eine ungebundene polnische Außenpolitik nach allen Seiten hin, die insbesondere die Interessen der polnischen Landwirtschaft und Industrie verteidige. Der Abgeordnete Mojzesowicz fügte hinzu, dass die Polen ihre Angst vor Russland ablegen müssten, denn Deutschland sei „immer“ die größere Gefahr für Polen gewesen.<sup>107</sup> In ähnlicher Art kritisierte die PSL 1994 die „verletzend-provinzielle Politik“<sup>108</sup> von Außenminister Skubiszewski gegenüber Russland, die der Grund für die schlechten Beziehungen zwischen Warschau und Moskau sei. Den oben erwähnten Plan Olechowskis attackierte die Partei für den fehlenden Willen, auch *politisch* (insbesondere sicherheitspolitisch) eine Öffnung gegenüber Russland einzuleiten. Symbolisch für die zum Teil widersprüchlichen Aussagen der PSL war jedoch, dass gleichzeitig der Plan Olechowskis als „zu eigennützig“ für Polen bezeichnet wurde.<sup>109</sup>

In starkem Kontrast dazu wiesen die **Mitte-** und **Mitte-Rechts-Parteien** im polnischen Parlament 1993/94 auf den Nexus zwischen der Entwicklung der Beziehung zu den

<sup>102</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Longin Pastusiak. Ähnlich äußerte sich Tadeusz Iwiński bereits im November 1992 im Auswärtigen Ausschuss des Sejm und sprach vom „unwiederbringlichen Verlust der Ostmärkte“ (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Tadeusz Iwiński).

<sup>103</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Longin Pastusiak. Der Vorschlag präzierte jedoch nicht, in welcher Weise ein in die NATO und die EU eingebundenes Deutschland in diesem Dreieck selbständig auftreten sollte.

<sup>104</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Reden von Longin Pastusiak, Tadeusz Iwiński.

<sup>105</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Tadeusz Iwiński.

<sup>106</sup>CALKA 1995a: 52f; Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Waldemar Pawlak: „Ein solcher Gedanke [die polnische Position zwischen Ost und West günstig einzusetzen, S.G.] liegt bestimmt nicht darin, revolutionäre Ideen und Belehrungen nach Osten zu exportieren (...).“

<sup>107</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Wojciech Mojzesowicz, ähnlich Stanisław Bartoszek (beide PSL).

<sup>108</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Tadeusz Samborski.

<sup>109</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Włodzimierz Konarski.

östlichen Nachbarn und deren Fortführung demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen hin.<sup>110</sup> Sie betonten die Bedeutung der Demokratisierung Russlands und der Unabhängigkeit Litauens, Weißrusslands und der Ukraine für die polnische Sicherheit. Auch die Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien forderten indes eine Belebung und Absicherung des polnischen Exports nach Osten durch staatliche Bürgschaften und erhöhte finanzielle Hilfen. Bogdan Borusewicz („S“) wies dabei als einziger explizit auf die Notwendigkeit von „intellektuellen Investitionen“ als polnisches Exportgut nach Osten hin.<sup>111</sup> Aber sie rechtfertigten die „Amputationen“ des Osthandels als notwendige Operation zur Auflösung von RGW und Warschauer Pakt. Ferner wurde die Möglichkeit bezweifelt, mit Russland gute wirtschaftliche Beziehungen bei fortbestehenden fundamentalen außenpolitischen Unterschieden zu haben.<sup>112</sup> Die Initiative des „Warschauer Dreiecks“ lehnten diese Parteien mit dem Argument ab, dass die deutsch-polnischen und die polnisch-russischen Beziehungen verschiedene Achsen der polnischen Außenpolitik seien, die nicht durch ein Dreieck zusammengeführt werden könnten.<sup>113</sup>

Die parlamentarische **Rechte** äußerte sich wenig und uneinheitlich zur Frage der Ostmärkte: Während die KPN deutlich vor imperialen Tendenzen in der russischen Außenpolitik warnte, forderte die ZChN für Russland, dessen Rolle als „erstes Opfer des Kommunismus“ herausgestrichen wurde, eine gegenüber den drei weiteren östlichen Nachbarn bevorzugte Haltung.<sup>114</sup> Diese Parteien spielten jedoch im weiteren Verlauf dieser Debatte keine nennenswerte Rolle mehr.

Da das Thema der „Ostmärkte“ die parlamentarische Debatte dominierte, trat die Frage des Charakters der Beziehungen zu Litauen und der Ukraine im untersuchten Zeitraum deutlich in den Hintergrund: Gegenüber der **Ukraine** verliefen die Konfliktlinien ähnlich wie in der Debatte um den Osthandel: Die größte Initiative in dieser Frage zeigten zweifellos – schon vor 1993<sup>115</sup> – die **Mitte-** und **Mitte-Rechts-Parteien**. SLD und PSL gingen dagegen *de facto* überhaupt nicht gesondert auf die Ukraine und Litauen als spezielle oder gar strategische Partner Polens ein.<sup>116</sup> Genauso betrachteten auch die **Rechtsparteien** (bis auf die chancenlose Konzeption der KPN) die Ukraine nicht als Faktor polnischer Außenpolitik – wenn dann nur mit Forderungen bezüglich der Behandlung polnischer Minderheiten oder hinsichtlich historischer Erblasten<sup>117</sup> – oder forderten sogar offen eine

<sup>110</sup>Besonders deutlich bei: Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Reden von Andrzej Wielowieyski, Bogdan Borusewicz, Jacek Kurczewski, Paweł Zalewski; Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Reden von Bronisław Geremek, Jerzy Wuttke, Mirosław Czech, Andrzej Wielowieyski.

<sup>111</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Reden von Paweł Zalewski, Jacek Kurczewski, Władysław Reichelt, Bogdan Borusewicz; Racja stanu, Rozmowa z prof. Bronisławem Geremkiem, Wprost, 9.1.94.

<sup>112</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Reden von Bronisław Geremek, Andrzej Wielowieyski.

<sup>113</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Bronisław Geremek.

<sup>114</sup>Sprawozdanie Stenograficzne, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Leszek Moczulski; Sprawozdanie Stenograficzne, 43. Sitzung, 30.4.93, Rede von Marek Jurek; Sprawozdanie Stenograficzne, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Marian Piłka; Marian Piłka, Dwubiegunowa integracja, Rzeczpospolita, 21.1.94.

<sup>115</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Reden von Bogdan Borusewicz und Andrzej Wielowieyski.

<sup>116</sup>Einen einzigen leicht abweichenden Akzent in dieser Frage setzte Janusz Dobrosz (PSL), Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94.

<sup>117</sup>Im Januar 1994 forderte die ZChN, dass am Beginn einer polnisch-ukrainischen Versöhnung eine Verurteilung der an Polen während des Zweiten Weltkrieges in Wolhynien begangenen Verbrechen stehen

bevorzugte Behandlung Russlands.<sup>118</sup>

Gegenüber **Litauen** waren die Positionen unter den Parteien ähnlich – jedoch spielte hier die polnische Minderheit in den Äußerungen der Parlamentarier beinahe aller Fraktionen eine noch größere Rolle.<sup>119</sup> Besondere Beachtung verdient der auf Druck des Verbandes der polnischen Minderheit in Litauen (ZPL) im Januar 1994 von 82 überwiegend der parlamentarischen Mehrheit (!) angehörigen Sejm-Abgeordneten unterzeichnete scharfe Appell an die polnische Regierung, Neuverhandlungen über den Entwurf des polnisch-litauischen Nachbarschaftsvertrages wegen der Bestimmungen über die gegenseitigen Minderheiten einzuleiten. Das bewerteten sowohl das polnische Außenministerium wie auch Präsident Kwaśniewski und der Vorsitzende des Minderheitenausschuss des Sejm, Jacek Kuroń, als nicht hilfreich.<sup>120</sup>

**5.1.2.1.4 Medien und Öffentlichkeit** Es ist nicht das Ziel dieses Abschnitts, einen vollständigen Überblick über die polnische Medienlandschaft und breite Öffentlichkeit zur untersuchten Debatte zu geben. Es können jedoch einige wesentliche Tendenzen festgehalten werden: Die Auseinandersetzungen im Parlament und der Regierung fanden in den Printmedien in eher noch schärferer Form ihren Widerhall und konzentrierten sich auf zwei Fragen:

a) die polnische Politik gegenüber Russland einerseits und gegenüber den drei historischen Nachbarn andererseits während der Regierung Suchocka. Die Politik des Präsidenten und des Ministerrates gegenüber den drei historischen Nachbarn wurde dabei vom überwiegenden Teil der Printmedien als zu vorsichtig bewertet. Im Hinblick auf die **Ukraine** forderten zahlreiche Artikel die polnische Regierung auf, die weit ausgestreckte Hand Kiews anzunehmen, äußerten sich jedoch mit Hinblick auf das oberste Ziel der Westintegration abwartend zum ukrainischen Vorschlags eines „Ostpaktes“ vom Mai 1993.<sup>121</sup> Bezüglich **Litauen** schufen die Äußerungen zahlreicher prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – Jerzy Giedroyc, Czesław Miłosz, Zbigniew Brzezinski, Adam Michnik, Jan Nowak-Jeziorański, Tomas Venclova – in den Medien beider Länder ein insgesamt günstiges Klima für die schwierigen Verhandlungen um den polnisch-litauischen Nachbarschaftsvertrag (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 16f). Einige polnische Autoren forderten die polnische Seite dabei zu weiteren Zugeständnissen gegenüber Litauen auf.<sup>122</sup> Dagegen fand die Russland-Politik des MSZ weit weniger Beachtung. Die Medien gaben hier Forderungen nach einer Öffnung gegenüber Moskau deutlich weniger

---

müsse. Ferner machte die Partei die Rückgabe von im Verlauf der Aktion Weichsel enteignetem Eigentum der Ukrainer davon abhängig, ob die aus Wolhynien und Galizien vertriebenen Polen ihr Eigentum zurückerhielten (Rzeczpospolita, 10.1.94; Gazeta Wyborcza, 11.1.94).

<sup>118</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Marian Piłka.

<sup>119</sup>Genauer zum Minderheitendiskurs vgl. Kapitel 5.2.

<sup>120</sup>Rzeczpospolita, 15.1.94; BRODOWSKI 1995: 115f; VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 16.

<sup>121</sup>OSADCZUK 1993a: 117; SKARADZIŃSKI 1994: 146; Bohdan Osadcuk, Intrygi zamiast przemocy, Rzeczpospolita, 21.10.93; Edward Krzemień, Przyjazny dystans, Gazeta Wyborcza, 23.3.94; O. Mustafin: W poszukiwaniu optymalnego kursu, Eurazja (OSW) 1/1995: 15. Eine Gegenkritik formulierte insbesondere CHOJNOWSKA 1994.

<sup>122</sup>So etwa BRODOWSKI 1993: 232, der eine polnische Entschuldigung für die militärische Besetzung des Wilna-Gebietes im Jahre 1920 im Vertragstext forderte; ähnlich SZLACHTA 1992b. In der litauischen Presse verschwanden ab Anfang 1994 allmählich die Stimmen, die seit 1990 den Weg Litauens nach Europa über Skandinavien favorisiert hatten (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 13). Dennoch wurde insbesondere Botschafter Widacki von der polnischen als auch von der litauischen Presse scharf angegriffen (Rzeczpospolita, 14.1.94, zur polnischen Kritik siehe etwa BORKOWICZ 1993).

Raum als aus den parlamentarischen Debatten zu vermuten wäre.<sup>123</sup>

b) Zum anderen legten Medien und Öffentlichkeit nach dem Regierungswechsel im Herbst 1993 einen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit der Linie der neuen Koalition, die Belebung des **Osthandels** in den Vordergrund zu stellen und dabei wirtschaftliche über politische Gesichtspunkte insbesondere im Verhältnis zu **Russland** zu stellen. Die *Befürworter* dieser neuen Richtung wollten Außenpolitik als Werkzeug zur Realisierung der ökonomischen Interessen Polens eingesetzt wissen (IWIŃSKI 1993: 16f) und bewerteten die Westpolitik der Jahre 1989 bis 1993 als ungünstig für die ihrer Ansicht nach Schlüsselbedeutungen besitzenden Beziehungen zu Moskau.<sup>124</sup>

Die publizistischen *Gegner* dieser Außenpolitik der SLD/PSL-Koalition äußerten sich weitaus zahlreicher und nachhaltiger in der polnischen Öffentlichkeit. Die radikalen Gegner der neuen Regierung, die einen verstärkten russischen Druck auf Polen und eine einseitige Korrektur der polnischen Russlandpolitik befürchteten (KŁOCZOWSKI 1996: 46-48), blieben dabei zwar in der Minderheit, doch waren deutlich vor allem solche Stimmen zu vernehmen, die wie Jerzy Giedroyc der neuen Regierung nicht nur das Fehlen eines Konzeptes gegenüber den historischen Nachbarn, sondern auch fehlende Klarheit gegenüber Russland vorwarfen.<sup>125</sup> Die Mehrheit der Beobachter der politischen Szene stellte vor allem eine allzu große Zurückhaltung der neuen Regierung Pawlak gegenüber der Ukraine fest.<sup>126</sup> Die Bevorzugung eines der neuen Nachbarn durch die Regierungen Pawlak und Oleksy – in diesem Fall also Russland – sei entgegen den Prinzipien der polnischen Ostpolitik seit 1989 und des ostpolitischen Programmes der *Kultura*.<sup>127</sup>

Insbesondere der Gedanke der *Kultura*, die bilateralen Beziehungen direkt in die Gesellschaften hineinzutragen und einen breiten Dialog über aktuelle und historische Fragen anzustoßen, wurde als ein wesentlicher zweiter Schritt nach Aufbau der Vertragsstrukturen betont (Eurazja 1/1995 (OSW): 124). Jerzy Marek Nowakowski mahnte in dieser Hinsicht vor allem eine „vielgleisige“ verstärkte kulturelle Zusammenarbeit an, die durch verschiedene gesellschaftliche Akteure beider Seiten zu realisieren sei. Er sprach sich ferner für den Aufbau eines polnischen Kultur- und Sprachenzentrums in Kiev, Minsk und Wilna und einen polnischen Beitrag beim Aufbau der nationalen Identität insbesondere der Ukrainer aus.<sup>128</sup> Die Kritiker der Postkommunisten gestanden aber insgesamt zumindest zu, dass der Regierungswechsel im Herbst 1993 in Polen (ähnlich wie in Ungarn) „keine wesentliche Revision der Programme gebracht habe, vor allem nicht in der Außen- und Verteidigungspolitik“ (KOBRIŃSKAJA 1998: 37, KŁOCZOWSKI 1996: 38f).

Das russische Verhalten, durch zahlreiche Vorschläge wie etwa eine osteuropäische Freihandelszone oder gar die teilweise Wiedererrichtung der RGW-Strukturen Einfluss auf die polnische Volkswirtschaft zu erhalten, wurde einer deutlichen Kritik unterzogen. So urteilte etwa das angesehenere „Jahrbuch der polnischen Außenpolitik“: „Das politische Ziel

<sup>123</sup>Siehe etwa den Beitrag von Karol Modzelewski, *Rzeczpospolita*, 5.10.93.

<sup>124</sup>KOSSAKOWSKI 1993: 33-36; Longin Pastusiak, *Stać nas na consensus*, *Rzeczpospolita*, 5.11.94, Adam Bromke, *Na wirażu*, *Rzeczpospolita*, 8.7.94.

<sup>125</sup>Nie zmarnować wschodniej koniunktury – rozmowa z Jerzym Giedroyciem, *Polityka*, 11.12.93; kritisch zur Idee eines „Warschauer Dreieckes“ Henryk Szlajfer, *Myśleć nie tylko o Rosji*, *Rzeczpospolita*, 3.9.94.

<sup>126</sup>Bohdan Osadczuk, *Po co ten proces*, *Rzeczpospolita*, 29./30.1.94.

<sup>127</sup>KAMIŃSKI/KOZAKIEWICZ 1997: 52; Wojciech Zajęczkowski, *Spór o Moskwę*, *Rzeczpospolita*, 16.5.95.

<sup>128</sup>Jery M. Nowakowski, *W poszukiwaniu nowej koncepcji*, *Rzeczpospolita*, 14.1.94; ähnlich Stefan Bratkowski und Hanna Dylągowa, *Polska w Europie*, Heft 12: 130, 132; Jerzy Kłoczowski und Zdzisław Najder, *Polska w Europie*, Heft 14: 60, 71 (Protokolle der Diskussion).

der russischen Taktik war es, Polen aufzuzeigen, dass es ein Objekt in der russischen Europastrategie ist, polnische und andere ostmitteleuropäische Politiker in Fragen ihrer eigenen internationalen Ziele zu Konsultationen mit Moskau zu zwingen, die polnischen Gräben in der Frage der außenpolitischen Prioritäten zu vertiefen“ (CALKA 1995b: 99). Jedoch sprachen sich auch gemäßigte Kritiker für das Vorgehen der Regierung aus, eine Priorität auf den Osthandel zu legen – jedoch nicht um den Preis einer *politischen* Neuausrichtung der Ostpolitik oder eine Mythologisierung angeblich verlorener Chancen auf den Ostmärkten.<sup>129</sup> Nicht zu unterschätzen ist hierbei das Gewicht der Beiträge des polnischstämmigen ehemaligen Beraters des US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski. Er sprach sich wiederholt pointiert für die Bedeutung der Unabhängigkeit und Demokratisierung der Ukraine für die polnische Sicherheit aus und unterstützte damit die Kritiker der SLD/PSL-Regierung.<sup>130</sup>

### 5.1.2.2 1996/97: Was kann die strategische Partnerschaft bilateral bedeuten?

Der zweite Abschnitt dieser Diskursanalyse ist den Jahren 1996/97 gewidmet. Zu Beginn des Jahres 1996 setzte eine Neuorientierung der Außenpolitik der SLD/PSL-Koalition ein, zum einen durch den nachlassenden Einfluss der PSL und der prorussischen Teile der SLD innerhalb der Koalition, zum anderen durch die Wahl von Aleksander Kwaśniewski zum neuen Staatspräsidenten und der darauf folgenden Neubesetzung des Außenministers mit Dariusz Rosati.

**5.1.2.2.1 Präsident** Rasch nach seinem Amtsantritt im Dezember 1995 ergriff der neue polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski die Initiative in der polnischen Ostpolitik. Bereits am 15. Januar 1996 nahm er in seiner Ansprache vor dem Diplomatischen Korps eine merkbare ostpolitische Kurskorrektur im Vergleich zur Politik der Regierung Pawlak vor: Er bezeichnete Russland als großes Land großer Möglichkeiten, dessen Einfluss auf europäische und weltweite Sicherheitsfragen erheblich bleibe. Aber er betonte auch: „Wir glauben an die demokratischen Prozesse in Politik und Wirtschaft in Russland, und wir begünstigen sie“ (KWAŚNIEWSKI 1996: 27f). Gleiches gelte für die drei historischen Nachbarn Litauen, Weißrussland und die Ukraine. Damit setzte der neue Präsident einen deutlichen Gegenpol zum Ministerat, dessen erklärtes Ziel seit 1993 die „pragmatische Zusammenarbeit“ mit Russland ohne Rücksicht auf politische Folgekosten insbesondere im Hinblick auf das Ziel der raschen EU-Integration und das Gleichgewicht des Verhältnisses in den Beziehungen zu den drei weiteren östlichen Nachbarn war.

Diese neuen Akzente und die günstige Entwicklung der polnisch-litauischen Beziehungen nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages im Mai 1994<sup>131</sup> nutzte Kwaś-

<sup>129</sup>Artur Hajnicz, *Polska w Europie*, Heft 12: 146f.

<sup>130</sup>Drogowskaz dla Warszawy i Kijowa, Zbigniew Brzeziński o stosunkach polsko-ukraińskich i amerykańsko-ukraińskich, *Rzeczpospolita*, 21.1.94; BRZEZINSKI 1995. Auch die Äußerung Brzezinskis, wenn er sich aus polnischer Sicht zwischen einer polnischen NATO-Mitgliedschaft und der Unabhängigkeit der Ukraine entscheiden müsse, so würde er das letztere wählen, wurde zum viel zitierten Satz in der polnischen Öffentlichkeit (so etwa bei Miroslaw Czech, Wojciech Zajczkowski, *Nie przeczyć Ukrainę*, *Rzeczpospolita*, 17.4.96).

<sup>131</sup>Polnisch-litauischer Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit vom 26. April 1994 (*Dziennik Ustaw* 1995, Nr. 15, Pos. 71), in Kraft getreten am 26.11.94; englische Übersetzung abgedruckt in: *Lithuanian Foreign Policy Review* 2/1998: 161-172.

niewski aus, um bei seiner Reise nach **Litauen**, dem ersten offiziellen Staatsbesuch seiner Amtszeit, in einer Rede vor dem Seimas (litauisches Parlament) die gemeinsame Staatsgrenze als endgültig zu bezeichnen und zu betonen, dass es „ohne ein sicheres Litauen kein sicheres Polen geben“ werde.<sup>132</sup> Er unterstützte den litauischen Wunsch nach einem CEFTA-Beitritt und brachte zusammen mit dem litauischen Präsidenten Brazauskas zum Ausdruck, dass die gegenseitigen nationalen Minderheiten – der polnische Präsident traf sich nur kurz zu Abschluss seines Besuches mit der polnischen Minderheit – nicht länger ein Hindernis in den bilateralen Beziehungen darstellten.<sup>133</sup> Um den gesellschaftlichen Dialog beider Seiten zu fördern, schlug Kwaśniewski dabei die Gründung einer polnisch-litauischen Stiftung vor<sup>134</sup> und initiierte mit seinem litauischen Amtskollegen im September 1997 eine Konferenz mit Teilnehmern aus Wissenschaft, Kultur und Politik aus allen ostmitteleuropäischen Ländern zum Thema „Mitteleuropa“ (KWAŚNIEWSKI 1997: 248f). Neben zahlreichen Übereinkommen der beiden Regierungen im Laufe des Jahres 1996 unterzeichneten beide Präsidenten im September 1996 in Gdingen eine gemeinsame Deklaration, deren Inhalt es nicht unangemessen erscheinen ließ, von einem offiziellen Akt der polnisch-litauischen Aussöhnung ähnlich dem der jüngsten deutsch-polnischen Vergangenheit zu sprechen. 1997 fand eine weitere Annäherung im Diskurs beider Seiten statt. Die beiden Präsidenten beschlossen beim Staatsbesuch von Präsident Brazauskas im Juni 1997 nicht nur die Einrichtung des polnisch-litauischen Konsultativkomitees der Präsidenten, sondern unterzeichneten vor allem eine Erklärung über eine „strategische Partnerschaft“, die die gleichlautenden außenpolitischen Ziele betonte. Präsident Kwaśniewski versicherte seinem Amtskollegen die polnische Unterstützung bei den litauischen Bemühungen um einen NATO- und EU-Beitritt.<sup>135</sup>

Gegenüber der **Ukraine** nahm der neue Präsident im Juni 1996 die Gelegenheit wahr, auf der Sitzung des Konsultativkomitees der beiden Präsidenten<sup>136</sup> eine politische Willenserklärung für den südöstlichen Nachbar abzugeben. Dabei griff Kwaśniewski mit dem Satz „Es gibt keine sicheres Polen ohne eine unabhängige und sichere Ukraine“ wie auch mit seinem expliziten Wunsch einer demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung in Russland<sup>137</sup> auf die Politik der „S“-geführten Regierungen vor 1993 und insbesondere auf

<sup>132</sup>KWAŚNIEWSKI 1996: 61. Mit der Reise nach Wilna erwiderte Kwaśniewski den historischen Besuch von Algirdas Brazauskas als erster litauischer Präsident in Polen am 17./18.2.95, der in seiner Rede im Sejm (abgedruckt in: *Eurazja (OSW) 2/1995*) unter anderem die Schaffung eines gemeinsamen Friedensbataillons und die gemeinsame Kontrolle des Luftraumes vorschlug.

<sup>133</sup>RPPZ 1996: 290, VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 19.

<sup>134</sup>KWAŚNIEWSKI 1996: 61. Diese Stiftung wurde noch 1996 als Adam Mickiewicz-Stiftung gegründet, ihr Einfluss auf die bilateralen Beziehungen blieb jedoch bis Ende 1997 gering (WIDACKI 1997: 157). Zur Arbeit der Stiftung bis 2001 siehe *Lithuania 38 (2001): 285-290*.

<sup>135</sup>Niezmiennie i bez precedensu, *Rzeczpospolita*, 20.6.97; WIZIMIRSKA 1998: 163. Die intensiven Kontakte setzten sich auch 1998 fort, so nahm etwa Präsident Kwaśniewski als Ehrengast an den Feiern anlässlich des 80. Jahrestages der litauischen Unabhängigkeit teil, der litauische Präsident nahm seinerseits im November 1998 in Warschau an den Feierlichkeiten anlässlich des 80. Jahrestages der Wiedererlangung der Souveränität Polens teil (WIZIMIRSKA 1999: 169).

<sup>136</sup>Präsident Kwaśniewski stellte mit der Wiederbenennung von Jerzy Milewski zum polnischen Bevollmächtigten des Komitees auch eine personelle Kontinuität her.

<sup>137</sup>KWAŚNIEWSKI 1996: 200f. Präsident Kućma stellte seinerseits bei seiner Rede am 26.6.96 im polnischen Sejm fest, dass Polen und die Ukraine nicht mehr nur wichtige Partner seien, sondern dass Polen auch die ukrainischen Bemühungen um eine Integration in europäische Strukturen unterstützen solle (CHOJNOWSKA 1997: 139; *Biuletyn Ukraiński OSW*, 4/1996).



die Ideen der Pariser *Kultura* zurück. Bereits einige Wochen zuvor hatte der Präsident mit seiner Einladung des ukrainischen Präsidenten zum Gipfeltreffen der ostmitteleuropäischen Präsidenten in Łańcut die Rolle der Ukraine als Schlüsselement beim „Aufbau der neuen europäischen Ordnung“ gewürdigt.<sup>138</sup> Ein Jahr später unterstrich Kwaśniewski bei seiner Rede in der ukrainischen Verchovna Rada (ukrainisches Parlament) die Zugehörigkeit der Ukraine und Polens zu Europa und nahm wieder die Formel von der „strategischen Partnerschaft“ beider Länder auf.<sup>139</sup>

Der Präsident betonte aber auch die Bedeutung der Aufnahme eines Dialoges über die gemeinsame Vergangenheit und nannte dabei die deutsch-polnische Aussöhnung als Modell (KWAŚNIEWSKI 1996: 200, KWAŚNIEWSKI 1997: 146). Diese Initiative mündete im Mai 1997 während des Besuches Kwaśniewskis in der Ukraine nicht nur in die gemeinsame „Erklärung über Verständigung und Versöhnung“,<sup>140</sup> sondern auch in die ausdrückliche Anerkennung des polnischen Präsidenten in einer Rede vor der Verchovna Rada, dass den Ukrainern im Verlauf der „Aktion Weichsel“ von 1947 Unrecht zugefügt worden sei.<sup>141</sup> Gleichzeitig bemühte sich der Präsident um die Betonung von Gemeinsamkeiten in der polnisch-ukrainischen Geschichte, wobei er explizit „das ähnliche Schicksal unter einer Fremdbestimmung“ nannte (KWAŚNIEWSKI 1997: 142).

Eine sicherheitspolitische Initiative startete der polnische Präsident hinsichtlich des ukrainischen Verhältnisses zur erweiterten NATO. Die polnische Entscheidung einer NATO-Mitgliedschaft rief in Kiev keinerlei Proteste hervor. Sie wurde aber mit großer Vorsicht aufgenommen, da die ukrainische Regierung besonders den russischen Druck im Falle einer Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium der neuen NATO-Mitglieder befürchtete. Präsident Kwaśniewski sprach sich deshalb im Oktober 1996 öffentlich als erster Politiker für eine Charta der Ukraine mit der NATO nach dem Vorbild der NATO-Russland-Charta aus (OLSZAŃSKI 1998: 156). Das Bekenntnis zu einer „persönlichen Beziehung zur Entwicklung der polnisch-ukrainischen Beziehungen“ im November 1997 war eine zusammenfassende Bestätigung seiner Ukraine-Politik.<sup>142</sup>

Bemerkenswert war schließlich die Offenheit, mit der sich der Präsident auf die Ideen der Pariser *Kultura* berief und betonte, dass sie das „Denken und Vorgehen“ in Polen „korrigierten“:<sup>143</sup> „Die Tatsache, dass man auf die große Sowjetunion, auf diesen Koloss, so schauen kann wie es die *Kultura* tat – indem man die Unterschiede und Vielfältigkeiten

<sup>138</sup>KWAŚNIEWSKI 1996: 174; CHOJNOWSKA 1997: 140. Auf dem fünften Gipfel dieser Art im Januar 1998 war der ukrainische Präsident erneut eingeladen.

<sup>139</sup>KWAŚNIEWSKI 1997: 144; siehe auch die Interviews mit dem Präsidenten: Odkrywamy Ukrainę, Życie Warszawy, 19.5.97; Niech Europa odkryje Ukrainę, Gazeta Wyborcza, 22.1.97.

<sup>140</sup>Abgedruckt in: Eurazja (OSW) 1/1997. Diese Erklärung wurde und wird teilweise scharf angegriffen: Sie warf zwar die polnisch-ukrainische Partnerschaft sicher nicht „um Jahre zurück“ wie ihr radikale Kritiker (so etwa Tadeusz Olszański, OSW, auf der Fachtagung der Sektion Politikwissenschaft der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Stettin, 9.-11.11.2000) vorwarfen, aber der Versuch, polnisch-ukrainische Geschichte mit Deklarationen zu bewältigen, ist insbesondere im Hinblick auf den seit vielen Jahren anhaltenden Zwist um die Art der Ausgestaltung des polnischen Soldatenfriedhofes in Lemberg (*Cmentarz Orłt*) sehr kritisch zu sehen. Ähnliches gilt für die polnisch-litauische Deklaration der Regierungschefs von 1994 und die Ansprache von Präsident Wałęsa im litauischen Seimas (WAŁĘSA 1995: 144-147), nach der die „gemeinsame Geschichte den Historikern überlassen“ werden sollte.

<sup>141</sup>KWAŚNIEWSKI 1997: 146. Zur „Aktion Weichsel“ siehe Kapitel 2.

<sup>142</sup>Rede von Präsident Kwaśniewski im OSW, 6.11.97, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1996: 323-327.

<sup>143</sup>Brief von Aleksander Kwaśniewski an Jerzy Giedroyc, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1996: 239. Giedroyc wirkte auch aktiv an der Formulierung der o.g. polnisch-ukrainischen „Erklärung über Verständigung und Versöhnung“ von 1997 mit (KWAŚNIEWSKI 1997: 161).

der Völker betont, die dort lebten (...), solcher Völker wie der Litauer, Letten, Esten, Weißrussen, Ukrainer – das war für mich eine Entdeckung.“<sup>144</sup>

Auch gerade weil Kwaśniewski die Einschätzung der *Kultura* ganz überwiegend teilte, bekräftigte er bei seinem ersten Staatsbesuch in **Russland** im Juni 1996 den polnischen Wunsch nach „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“, aber gleichzeitig auch die unveränderten Prioritäten polnischer Außenpolitik seit 1989.<sup>145</sup> Damit war eine Aufgabe des Schaukelkurses des Ministerrates verbunden, insbesondere in der Frage des polnischen **Osthandels**: Die Versuche einer Wiederbelebung des RGW (in der Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit politischem Charakter), die den „Wiederaufbau“ der vergangenen Kooperationsstrukturen in Anlehnung an die Grundsätze und Institutionen der GUS vorsahen, fanden bei Kwaśniewski ebensowenig Widerhall wie die im Herbst 1996 an alle ehemaligen RGW-Mitglieder gerichteten russischen Vorschläge einer Freihandelszone, die Russland auf dem polnischen Markt im Energie- und Finanzsektor eine privilegierte Behandlung eingeräumt hätten, deren Vereinbarkeit mit dem polnischen EU-Assoziierungsabkommen aber unklar blieb.<sup>146</sup> Der Präsident betonte jedoch deutlich, dass das Niveau des Osthandels „weit von unseren Erwartungen und vor allem von unseren Möglichkeiten“ (KWAŚNIEWSKI 1997: 326) entfernt sei. Die Ostpolitik Kwaśniewskis versuchte somit dort anzuknüpfen, wo Außenminister Olechowski 1993/1994 erstmals neue Akzente gesetzt hatte, und war somit wieder komplementär zur Westpolitik Polens. Gleichzeitig setzte sie auf den parallelen Ausbau der Beziehungen zu Russland und zu den europäischen GUS-Republiken (CAŁKA 1998a: 43) und damit auf die Grundidee der „S“-geführten Regierungen und letztlich der Pariser *Kultura*.<sup>147</sup>

**5.1.2.2.2 Ministerrat** Die Teilnahme des Ministerrates und insbesondere des Außenministers am Diskurs über die Frage der „strategischen Partnerschaften“ war 1996/97 weit weniger kontrovers als noch 1993/94 und ergänzte zunehmend die Position des Präsidenten. Da Ende 1995 nach dem Wahlsieg von Aleksander Kwaśniewski nicht nur der von Präsident Wałęsa berufene Außenminister Bartoszewski, sondern wegen einer innenpolitischen Affäre auch Premier Oleksy zurücktrat, kam es zu größeren personellen Umbesetzungen im Ministerrat, in deren Gefolge Dariusz Rosati (SLD) neuer Außenminister wurde. Dieser stellte sich mit seinem Bekenntnis, dass die polnische Ostpolitik nur ein Ausschnitt der polnischen Außenpolitik und keinesfalls ein besonderer Teil sei, in die Kontinuität seiner Amtsvorgänger seit 1989 und war bereit, die vom Präsidenten vorge-

<sup>144</sup>Rede von Aleksander Kwaśniewski während der Verleihung der litauischen Ehrenstaatsbürgerschaft an Jerzy Giedroyc, 9.10.97, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1997: 284; Zawsze mówił, że jest Litwinem, Rzeczpospolita, 8.9.97; Obywatelstwo Litwy dla Giedroycia, Rzeczpospolita, 10.10.97.

<sup>145</sup>Die russische Presse betonte die Offenheit und den Pragmatismus des polnischen Präsidenten und hob hervor, dass er im Unterschied zu seinem Vorgänger keine antirussischen Gefühle hege (Segodnja, Kommersant Daily, Nezavisimaja Gazeta, 10.4.96). Damit nahm Kwaśniewski der Kreml-Führung gleichzeitig die Hoffnung auf eine Reorientierung polnischer Außenpolitik, die etwa der damalige Außenminister Kozyrev in der Zeitschrift *Nowyj Mir* 37/1995 geäußert hatte.

<sup>146</sup>CAŁKA 1998a: 41f, Anm. 3 erwähnt dazu zwei entsprechende Vereinbarungen der GUS-Staaten vom 23.12.93 und vom 15.4.94 (siehe auch Gazeta Bankowa, 27.10.96).

<sup>147</sup>Nur am Rande sei angemerkt, dass damit sowohl die 1994 vom russischen Außenminister auf dem Budapester OSZE-Gipfel formulierte Politik des „Kalten Friedens“ am Ende war und es der russischen Diplomatie nicht gelungen war, Polen auf der internationalen Bühne als antirussisch und damit als ein Risiko für die NATO darzustellen.

gebene Linie zu akzeptieren.<sup>148</sup>

Der neue Außenminister betonte im Mai 1996 die „entschiedene Verbesserung“ der Beziehungen mit **Litauen** und nannte als nächsten notwendigen Schritt die Ausfüllung der Vertragsbestimmungen mit konkretem Inhalt.<sup>149</sup> Ein Jahr später erwähnte er nur noch allgemein die „weitere Intensivierung der Beziehungen mit Litauen“, was indes nicht als Abkühlung, sondern Normalisierung gewertet werden konnte:<sup>150</sup> Anlässlich der konstituierenden Sitzung des polnisch-litauischen Rates der Regierungen im September 1997<sup>151</sup> nannte die polnische Seite als konkrete Felder der Zusammenarbeit insbesondere ein gegenseitiges Rücknahmeabkommen, einen Vertrag über die gegenseitige Schreibweise der Vor- und Zunamen, einen Vertrag über den gegenseitigen Schutz von Kulturgütern, einen sichtbaren Effekt der gemeinsamen Schulbuchkommission sowie militärische und energiepolitische Fragen (WIDACKI 1997: 157). Der polnische Botschafter in Litauen, Widacki, mahnte dabei den Ausbau von gesellschaftlichen Kontakten vor allem durch NGOs an, denn: „Über den Erfolg der Versöhnung kann man erst dann sprechen, wenn die Beziehungen nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den Völkern gefestigt wurden“ (WIDACKI 1997: 157). Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1997 änderte sich der Diskurs der polnischen Regierung nicht. Premier Buzek betonte die Bedeutung des „freien Litauens“ (wie auch der „freien Ukraine“)<sup>152</sup> und Außenminister Geremek setzte mit der Betonung der polnischen Litauen-Politik ebenfalls deutlich auf eine „strategische Partnerschaft“.<sup>153</sup>

In der Politik gegenüber der **Ukraine** knüpfte Außenminister Rosati an die Linie Präsident Kwaśniewskis an und unterstrich: „Die Unabhängigkeit der Ukraine betrachten wir als eine der wesentlichen Garantien für die Sicherheit Polens und der europäischen Stabilität.“<sup>154</sup> Er sprach sich insbesondere für einen Dialog auf offizieller Ebene wie auch zwischen NGOs aus und nannte als konkrete Schritte die Aufstellung eines gemeinsamen Friedensbataillons sowie die Möglichkeit für ukrainische Akteure, durch Fortbildungen von den polnischen Transformationserfahrungen zu profitieren.<sup>155</sup> Ferner müsse Warschau sei-

<sup>148</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Antwort von Außenminister Rosati auf Fragen.

<sup>149</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Außenminister Rosati.

<sup>150</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8.5.97, Rede von Außenminister Rosati. Einen wichtigen Beitrag dazu leistete die litauische Seite selbst, die Ende 1996 die Idee vom „Weg nach Europa über Skandinavien“ aufgab, siehe das Interview mit Außenminister Saudargas, *Szybciej z Polską niż Skandynawią*, *Rzeczpospolita*, 6.1.97. So fanden ab 1995 regelmäßige Konsultationen der Außenministerien beider Seiten statt, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Integration in westliche Strukturen zum Ziel hatten. Ferner wurde die Initiative für das polnisch-litauische Friedensbataillon (LITPOLBAT) noch im Mai 1995 durch ein entsprechendes Protokoll der beiden Verteidigungsminister zum Vertrag über militärische Zusammenarbeit von 1993 aufgegriffen, bei einem Besuch des polnischen Verteidigungsministers Dobrzański im Juni 1997 in Litauen vertraglich festgelegt und bis Ende 1997 realisiert.

<sup>151</sup>Zum Statut des Rates in Auszügen siehe WIZIMIRSKA 1998: 164, Anm. 4.

<sup>152</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 2. Sitzung, 10.11.97, Exposé von Premier Buzek.

<sup>153</sup>Interview mit Bronisław Geremek, *Lietuvos Rytas*, 13.11.1997; *Nie zapominać o sąsiadach*, *Rzeczpospolita*, 14.11.97.

<sup>154</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Außenminister Rosati.

<sup>155</sup>1997 wurde das polnisch-ukrainische Bataillon (POLUKRBAT) für Friedenseinsätze im Rahmen der UNO gegründet, das im Januar 1998 nach einem Besuch der beiden Präsidenten im ukrainischen Quartier seine Arbeit aufnahm (OLSZAŃSKI 1998: 157).

ne Initiative und Bereitschaft verstärken, die ukrainischen Anstrengungen beim Aufbau einer unabhängigen Staatlichkeit und der Fortsetzung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen zu unterstützen. Ziel müsse „ein dichtes Netz an Kontakten und Bindungen zwischen den Gesellschaften in Polen und dieser Länder“ [Ukraine, Weißrussland, S.G.] sein, das für die östlichen Nachbarn „eine attraktive zivilisatorische, politische und wirtschaftliche Option ist und ihre Bindungen zu Ostmitteleuropa verstärkt“. Er bemerkte, dass die Kontakte zur Ukraine keinesfalls am „grauen Ende unserer östlichen Prioritäten“ angesiedelt seien, betonte den Gleichschritt in den Beziehungen zu Kiev und Moskau und wandte sich explizit dagegen, einen der beiden östlichen Partner gegen den anderen ausspielen zu wollen.<sup>156</sup> Im November 1996 erklärten Premier und Außenminister die Beziehungen zur „Priorität“ und nannten sie wieder „strategisch“.<sup>157</sup> 1997 ergänzte der Außenminister die Ukraine- (und Litauen-) Politik des Ministerrates um eine gewisse „Anwalt-Funktion“ Warschaus, indem er zusagte, die ukrainischen Bemühungen einer Einbindung in europäische Strukturen zu unterstützen. Er beeilte sich jedoch gleichzeitig, dieser Funktion jeden Anschein von Bevormundung oder Dominanz zu nehmen.<sup>158</sup>

Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1997 unterstrich der neue Außenminister Gremek eher noch stärker die Bedeutung der Ukraine für Polen. Ebenso wie Präsident Kwaśniewski betonte er im November 1997 als Triebfeder seiner Politik gegenüber Kiev die Ideen der *Kultura*: „Solange ich als Außenminister amtiere werde, möchte ich die von der polnischen Emigration, Jerzy Giedroyc und der *Kultura*, geschaffenen Ideen lebendig erhalten und die polnische Regierung zu ihrer Umsetzung zu veranlassen“.<sup>159</sup> Zusätzlich betonte der Außenminister bei seinem Besuch in Kiev offen, dass sein Ziel die Unterstützung einer prowestlichen Politik der Ukraine sei. Die Ukraine sei in den Plänen der polnischen Regierung strategischer Partner und nehme einen vorrangigen Platz in der polnischen Außenpolitik ein.<sup>160</sup>

Im Hinblick auf **Russland** stellte sich Außenminister Rosati bei der außenpolitischen Jahresdebatte im Sejm im Mai 1996 deutlich hinter die Linie von Präsident Kwaśniewski, Russland über die polnischen Absichten des NATO- und EU-Beitrittes zu informieren und von diesem Schritt zu überzeugen, aber Moskau keinesfalls um Einverständnis zu bitten.<sup>161</sup> Gleichzeitig betonte er, dass Polen zeigen müsse, auch über andere, insbesondere wirtschaftliche Fragen zum Dialog bereit zu sein, da Russland ein wichtiger Partner in dieser Hinsicht sei.

Mit dem Amtsantritt Kwaśniewskis und der neuen Regierung Cimoszewicz Anfang des Jahres 1996 fand jedoch eine Abkehr von den wirtschaftspolitischen Konzeptionen in der Frage des **Osthandels** der Jahre 1993/94 statt (CAŁKA 1998a: 40). Außenminister Ro-

<sup>156</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Außenminister Rosati. Die Befürchtungen der parlamentarischen Opposition, aus einem Treffen des ukrainischen, weißrussischen und polnischen Außenministers im Juli 1996 in Brest könne sich ein „Brester Dreieck“ entwickeln, erwiesen sich als unbegründet. Aufgrund der innenpolitischen Situation in Weißrussland kam es nicht einmal mehr zum geplanten Folgetreffen der Außenminister (CHOJNOWSKA 1997: 141, Anm. 7); Trójkąt Brzeski, Trybuna, 22.7.96.

<sup>157</sup>Przegląd Rządowy 11-12/1996: 117-119.

<sup>158</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8./9.5.97, Rede und Antwort von Außenminister Rosati.

<sup>159</sup>Lietuvos Rytas, 13.11.97.

<sup>160</sup>RPPZ 1998: 285; Nadać słowom nowy sens, Rzeczpospolita, 17.11.97.

<sup>161</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Außenminister Rosati.

sati unterstrich zwar, dass Russland in dieser Hinsicht ein Land von großem Potential sei, betonte aber: „Unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, durchgeführt gemäß anerkannter Standards, ist für Polen günstig. Besondere Bedeutung haben hier die rechtlich-vertraglichen Absicherungen der Finanzierung des Handels und der langfristigen Lieferungen russischer Rohstoffe und Energieträger nach Polen“.<sup>162</sup> Der Außenminister machte damit deutlich, wenngleich verklausuliert, dass Polen keine „speziellen Handelsbeziehungen“ mit Russland einzugehen wünsche, die WTO- oder OECD-Standards oder Bestimmungen des „Vorrang genießenden“<sup>163</sup> polnischen EU-Assoziierungsvertrages widersprechen. Ähnlich strich der Außenminister 1997 in seiner außenpolitischen Rede im Sejm den polnischen NATO- und EU-Beitritt als Priorität vor allen Erwägungen verstärkter wirtschaftlicher Kontakte mit Russland heraus. Er betonte ähnlich wie sein Nachfolger Geremek unmissverständlich: „Ein demokratisches Russland, das die souveränen Rechte anderer Staaten respektiert, wird ein wichtiger und geschätzter Partner sein (...)“.<sup>164</sup>

Erst *nach* den Ausführungen zu den politischen Kontakten mit den östlichen Nachbarn ging der Außenminister auf die Bedeutung der Ostmärkte für Polen ein. In seiner Antwort auf Fragen der Abgeordneten betonte er, dass der Einfluss des MSZ auf Außenhandelsfragen beschränkt sei und nannte dafür den nicht vom MSZ, sondern dem Vizepremier federführend ausgehandelten polnischen Beitritt zur OECD, den ungelösten Konflikt um die weiter im MWGzZ angesiedelten Handelsräte sowie den hohen Wechselkurs des polnischen Złoty.<sup>165</sup> In der Jahresdebatte 1997 kritisierte Rosati explizit die Stimmen einiger Abgeordneter für ihre „Idealisierung“ Russlands als „Eldorado, das man in Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausnutzen müsse, wofür die Regierung jedoch nicht die entsprechenden Möglichkeiten schaffe“.<sup>166</sup> Er wies seinerseits auf die fehlende institutionelle Infrastruktur auf russischer Seite hin, die polnische Firmen von Investitionen in Russland abhalte, und bemerkte gleichzeitig, dass die finanziellen Möglichkeiten der Regierung für staatliche Exportgarantien beschränkt seien.<sup>167</sup>

**5.1.2.2.3 Parlament** Im Unterschied zur Regierung traten im Parlament die Konflikte über die „strategischen Partnerschaften“ und den Osthandel wesentlich deutlicher zu Tage. Nicht nur aus der Opposition, sondern auch aus den Regierungsfractionen war bis Herbst 1997 teilweise massive Kritik an der Politik der Regierung zu vernehmen.

<sup>162</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Außenminister Rosati. Am 25.9.96 unterzeichneten Gazprom und der polnische Energie-Riese PGNiG (*Polskie Górnictwo Nafty i Gazu*) den für Gazprom größten europäischen Vertrag über Gasexporte – 250 Mrd Kubikmeter in 25 Jahren im Wert von 21 Mrd \$). Kritiker des nach dem Prinzip „take or pay“ geschlossenen Vertrages warfen der Regierung vor, dass die Lieferungen den polnischen Bedarf übertreffen – 1944 bis 1996 etwa machten russische Gaslieferungen insgesamt nur 140 Mrd Kubikmeter aus – und wiesen auf die Gefahr einer Abhängigkeit von Russland hin. Die Regierung war dagegen der Ansicht, die jährlichen Lieferungen deckten nur 80% des polnischen Bedarfes, weshalb weitere Gaslieferungen – vor allem aus Norwegen – anzustreben seien (MAGDZIAK-MISZEWSKA 1997b: 136, Anm. 4). Im Januar 2003 wurde dieser für Polen ungünstige Vertrag revidiert (Radio Free Europe/Radio Liberty Newline 23.1.03, 13.2.03).

<sup>163</sup>Dariusz Rosati, *Polska w NATO to lepsze stosunki z Rosją*, Rzeczpospolita, 1.8.96.

<sup>164</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8.5.97, Rede von Außenminister Rosati; Exposé von Premier Buzek, abgedruckt in: *Przegląd Rządowy* 11/1997: 3-16 (10.11.97).

<sup>165</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Antwort von Außenminister Rosati auf Fragen.

<sup>166</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8.5.97, Rede von Außenminister Rosati.

<sup>167</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8.5.97, Rede von Außenminister Rosati.

Dominierendes Thema war schon wie 1993/94 das Verhältnis zu **Russland** und die Frage der polnischen **Ostmärkte**. Vertreter beider Regierungsfractionen stützten weiterhin den Kurs der Regierungen Pawlak und Oleksy, „außerhalb der westlichen Welt in der nächsten Nachbarschaft“ sich „vor allem auf wirtschaftliche Ziele“ zu konzentrieren.<sup>168</sup> Noch immer gab es in der **SLD** Stimmen, die der Ansicht waren, politische Fragen müssten nur von allen anderen Sektoren der Zusammenarbeit getrennt werden, um dann in eine „pragmatische Zusammenarbeit“ zu münden.<sup>169</sup> 1997 dominierten in der SLD dagegen die Stimmen, die – ganz im Sinne der *Kultura* und der Außenpolitik der Regierungen zwischen 1989 und 1993 – Russland und der Ukraine eine gleichrangige Stellung bei der Erreichung einer „gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit“ einräumen wollten.<sup>170</sup> Gleichzeitig waren aus der Partei auch erstmals deutliche Stimmen zu hören, die offen zur Stärkung der russischen Reformer aufriefen und davor warnten, die wirtschaftlichen Kontakte mit Russland als unabhängig von der Entwicklung der politischen Beziehungen zu betrachten.<sup>171</sup>

Die **PSL** sprach sich mit Blick auf das hohe Außenhandelsdefizit weiterhin „in unserem nationalen Interesse“ für eine Ökonomisierung der bilateralen Beziehungen mit den westlichen und östlichen Nachbarn Polens und für eine Abwertung des Złoty aus.<sup>172</sup> Sie motivierte ihre Argumente für einen forcierten Osthandel mit einer angeblich drohenden Abhängigkeit von den EU-Ländern.<sup>173</sup> Auch 1997 änderte die Partei ihren Standpunkt nicht: „Seit 1990 halten PSL-Vertreter die passive polnische Politik gegenüber Russland für falsch. (...) Unabhängig von den [politischen, S.G.] Systemen haben wir Interessen und wohlwollende Partner sowie einen nächsten, zukunftssträchtigen Markt. (...) Wenn wir diese Chance nicht nutzen, werden andere an unserer Stelle und vollständig über unsere Köpfe hinweg diese realisieren.“ Das Ziel des polnischen NATO-Beitrittes bezeichnete die Regierungspartei weiterhin als eine „unnötige Antagonisierung“ gegenüber Russland und forderte eine Diskussion über eine eventuelle polnische Neutralität.<sup>174</sup>

Die Opposition der **Mitte-** und **Mitte-Rechts-**Parteien sowie die kleine linke **UP** betonten dagegen weiterhin die Notwendigkeit eines Gleichgewichtes der polnischen Ostpolitik gegenüber Russland einerseits und den drei historischen östlichen Nachbarn Polen andererseits, insbesondere der Ukraine.<sup>175</sup> Dabei kamen vor allem deutlich kritische Stimmen gegenüber der russischen Außenpolitik und der Neigung der Regierung zum Tragen, diese Strömungen zu akzeptieren.<sup>176</sup>

<sup>168</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Longin Pastusiak.

<sup>169</sup>So bemerkte etwa der Abgeordnete Iwiński: „Die Unterschiede in der Frage der NATO-Erweiterung sollten also kein Hindernis für den Prozess der Entwicklung der Zusammenarbeit mit Russland in vielen Bereichen wie Kultur, Wissenschaft, Technik darstellen (...)“ (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Tadeusz Iwiński). Ähnlich äußerte sich während derselben Debatte der SLD-Abgeordnete Jerzy Wenderlich.

<sup>170</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Reden von Józef Oleksy, Tadeusz Iwiński.

<sup>171</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Mieczysław Czerniawski (SLD), Vorsitzender der polnisch-russischen Parlamentariergruppe.

<sup>172</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Waldemar Pawlak; Sejm o kłopotach eksporterów, Rzeczpospolita, 14.6.96.

<sup>173</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Tadeusz Samborski.

<sup>174</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Janusz Dobrosz, ähnlich die Ausführungen von Tadeusz Samborski.

<sup>175</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Reden von Piotr Marciniak (UP), Andrzej Gąsienica-Makowski (BBWR).

<sup>176</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Mirosław Czech (UW); Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Adam Słomka (AWS).

Die **Ukraine-** und vor allem die **Litauen-**Politik trat dagegen 1996/97 im Parlament ein wenig in den Hintergrund. Bemerkenswert war in dieser Frage insbesondere, dass alle Fraktionen die Initiativen von Präsident Kwaśniewski gegenüber Kiev und Wilna zustimmten.<sup>177</sup> Eigene Anstöße kamen in dieser Frage vor allem von den **Mitte-** und **Mitte-Rechts-**Parteien sowie dem Vorsitzenden der polnisch-ukrainischen Parlamentariergruppe, Jan Byra (SLD), die insbesondere vor einer Geringschätzung der staatlichen Souveränität der Ukraine für Polen warnten und die Passivität des MSZ gegenüber den Initiativen von Präsident Kwaśniewski beklagten.<sup>178</sup> Litauen spielte in den außenpolitischen Parlamentsdebatten bis auf vereinzelte Stimmen zu den Minderheiten 1996/97 keine Rolle mehr.<sup>179</sup> Bemerkenswert war allemfalls eine Rede des Sejm-Präsidenten Józef Zych (PSL) im Januar 1996 vor dem litauischen Seimas anlässlich des fünften Jahrestages der sowjetischen Aggression auf das Fernsehzentrum in Wilna.<sup>180</sup>

Dagegen wiesen die Abgeordneten der **SLD** nur allgemein auf die Beziehungen Polens mit der Ukraine hin. Die **PSL** schwieg in dieser Hinsicht, forderte aber in der Frage der Aufarbeitung der polnisch-ukrainischen Vergangenheit ein Schuldbekenntnis von der ukrainischen Seite ein.<sup>181</sup>

**5.1.2.2.4 Medien und Öffentlichkeit** Auch für die Periode 1996/97 soll das Ziel nicht ein erschöpfender Überblick über die polnische Medienlandschaft sein, sondern die Darlegung einiger wichtiger Strömungen. Inhaltlich rückte die Debatte über die „strategischen Partnerschaften“ mit der Ukraine und Litauen in den Hintergrund zugunsten des Verhältnisses zu Russland und der davon abhängigen Sicht auf die polnischen Ostmärkte.

**Anhänger** der SLD/PSL-Regierung warfen der Opposition vor, es sei eine Fehleinschätzung zu glauben, dass eine „herbeigeredete Bedrohung“ durch Russland den Westen dazu veranlassen werde, Polen rasch in NATO und EU aufzunehmen.<sup>182</sup> Die polnische öffentliche Meinung wolle vielmehr Russland in den Aufbau eines stabilen und friedli-

<sup>177</sup>Für die UW etwa Piotr Nowina-Konopka, *Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 106. Sitzung, 9.5.97. Merkwürdig mutete jedoch der Versuch von Longin Pastusiak (SLD) an, die Ostpolitik der Regierungen Pawlak und Oleksy als „ausgeglichen“ gegenüber Russland und den drei historischen östlichen Nachbarn Polens darzustellen (wohingegen die Politik der „S“-Regierungen zwischen 1989 und 1993 angeblich unausgeglichen gewesen sei) und somit die Politik Kwaśniewskis als Fortsetzung der Politik der Regierungen Pawlak und Oleksy darzustellen (*Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Longin Pasusiak (SLD)).

<sup>178</sup>*Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 79. Sitzung, 9.5.96, Rede von Mirosław Czech (UW); *Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Jan Byra (SLD).

<sup>179</sup>Das Protokoll des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Bulletin Nr. 112, 4.3.97 belegt, dass bezüglich der generellen außenpolitischen Ziele gegenüber Litauen ein spannungsfreies Verhältnis unter den Fraktionen herrschte. Eine besondere Funktion in der Litauen-Politik des Sejm nimmt die im Juli 1997 auf einen Vorschlag von Vytautas Landsbergis ins Leben gerufene, halbjährlich tagende polnisch-litauische Abgeordnetenversammlung (je 20 Abgeordnete beider Seiten) ein (*Polsko-litewskie Zgromadzenie Poselskie, Rzeczpospolita*, 3.7.97). Sie funktioniert jedoch in der Praxis weniger als Diskussionsforum denn als Instrument zur Überwachung der gegenseitig eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen in den Bereichen Handel, Bildung und Minderheiten (zum Statut (in Auszügen) siehe WIZIMIRSKA 1998: 162, Anm. 3).

<sup>180</sup>Im September 1996 hielt im Gegenzug der Seimas-Präsident Juršenas eine Rede vom polnischen Sejm (*WIDACKI* 1997: 157; *RPPZ* 1996: 290; *VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ* 1998: 19).

<sup>181</sup>*Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Janusz Dobrosz.

<sup>182</sup>O czym i jak rozmawiać z Rosją, *Rzeczpospolita*, 4.4.96, Aussagen von Longin Pastusiak.

chen Europas miteinbeziehen, wofür als Beispiel wie schon 1993/94 die Schaffung eines „Warschauer Dreiecks“ genannt und „privilegierte“ wirtschaftliche Beziehungen sowie eine Freihandelszone mit Russland gefordert wurden.<sup>183</sup> Insbesondere die SLD-nahe *Trybuna* schlug vielfach auch ein „neutrales Polen“ vor, das gleichen Abstand von Ost wie West bewahren solle. Eine „Umbewertung“ der polnisch-russischen Beziehungen forderte schließlich Andrzej Drawicz, einer der besten Kenner der russischen Kultur in Polen (DRAWICZ 1997), der für die vorherrschende Russland-Politik Polens Journalisten und Publizisten verantwortlich machte.

In der Tat gehörte die ganz überwiegende Zahl der polnischen Medien zu den **Kritikern** einer Annäherung an Russland, die Polen vielleicht eine verbesserte Position auf den Ostmärkten, aber Probleme mit der NATO- und EU-Integration und der binnenwirtschaftlichen Umstrukturierung bringe.<sup>184</sup> Die *gemäßigten Kritiker* der postkommunistischen Koalition unterstrichen, man müsse Abstand von der „naiven Vorstellung“ nehmen, dass man Russland durch einen intensiven diplomatischen Dialog von Polens strategischen Zielen überzeugen könne.<sup>185</sup> Ferner habe Moskau seit 1992 immer wieder deutlich gemacht, dass es Polen in wirtschaftlichen Fragen nicht als Partner, sondern als Konkurrent betrachte.<sup>186</sup> Das Schlagwort von den „verlorenen Ostmärkten“ sei deshalb in erster Linie ein Mythos (NOWAKOWSKI 1996: 5). Polen habe zwar selbst seit dem Zusammenbruch der UdSSR keine klare Russland-Politik mehr entwickelt, aber eine solche dürfe nicht das oberste Ziel, den „Marsch nach Westen“, beeinträchtigen.<sup>187</sup> Die *scharfen Kritiker* warfen ein, mit Russland „können wir einfach in der nächsten Zeit keine konfliktfreien Beziehungen haben“<sup>188</sup> oder „erst dann, wenn Polen Mitglied der EU und der NATO ist“.<sup>189</sup> Unabhängig von der politischen Situation in Moskau wolle Russland die Selbständigkeit Polens oder dessen Anschluss an westliche Bündnisse verhindern<sup>190</sup> und gehe davon aus, dass es als Supermacht Interessen habe, die andere Staaten auch gegen den eigenen Willen respektieren müssten.<sup>191</sup>

Der eher im Hintergrund ablaufende Mediendiskurs über die „strategischen Partnerschaften“ mit der Ukraine und Litauen thematisierte in erster Linie die Vernachlässigung der Ukraine als Partner Polens durch die SLD/PSL-Koalition,<sup>192</sup> die fehlende Umsetzung der politischen Deklarationen und Verträge<sup>193</sup> und rief zur Anerkennung der euro-

<sup>183</sup>ŚWIEBODA 1997b: 116; KOSTRZEWSKI 1997: 130; Adam Bromke, Andrzej Micewski: Obiekcje Rosji, ostrożność USA, *Życie Warszawy*, 3.9.96.

<sup>184</sup>Agnieszka Magdziak-Miszewska, Sławomir Popowski, *Rzeczpospolita*, 7.3.96, *Umiętność bycia sobą*. Jerzy M. Nowakowski nannte die fehlende Entflechtung wirtschaftlicher Strukturen sowie die Beibehaltung unklarer Eigentumsverhältnisse einmal „Russifizierung der Wirtschaft“ (*Jedna czy wiele racji stanu*, *Więź* 3/1995: 19). Der ehemalige polnische Botschafter in den USA bezeichnete die Transaktionen des PSL-geführten Außenhandelsministeriums der Jahre 1993 bis 1996 als „zweifelhaft und teilweise verdächtig“ (Kazimierz Dziewanowski, *Tygodnik Powszechny* 35/1996, *Kto rządzi polską polityką zagraniczną?*).

<sup>185</sup>O czym i jak rozmawiać z Rosją, *Rzeczpospolita*, 4.4.96, Aussagen von Andrzej Olechowski.

<sup>186</sup>Agnieszka Magdziak-Miszewska, Sławomir Popowski, *Rzeczpospolita*, 7.3.96, *Umiętność bycia sobą*.

<sup>187</sup>*Jedna czy wiele racji stanu*, *Więź* 3/1995: 10, Aussage von Jerzy M. Nowakowski; NOWAKOWSKI 1996: 5f, 13.

<sup>188</sup>Agnieszka Magdziak-Miszewska, *Rzeczpospolita*, 16.11.95, MAGDZIAK-MISZEWSKA 1997b: 137.

<sup>189</sup>Agnieszka Magdziak-Miszewska: *Polska – Rosja, Eurazja (OSW)* 2/1996: 98.

<sup>190</sup>Agnieszka Magdziak-Miszewska, Sławomir Popowski: *Umiętność bycia sobą*, *Rzeczpospolita*, 7.3.96.

<sup>191</sup>Mirosław Czech, Wojciech Zajączkowski: *Nie przeoczyć Ukrainy*, *Rzeczpospolita*, 17.4.96.

<sup>192</sup>Mirosław Czech, Wojciech Zajączkowski: *Nie przeoczyć Ukrainy*, *Rzeczpospolita*, 17.4.96; *Warto być optymistą*, *Rzeczpospolita*, 28.6.97; ähnlich SKARADZIŃSKI 1997: 202; NOWAKOWSKI 1996: 11.

<sup>193</sup>OSADCZUK 1996: 93; Bohdan Osadczuk, *Jak daleko od Kijowa*, *Tygodnik Powszechny*, 19.5.96; Boh-



paweiten Bedeutung des außenpolitischen Weges der Ukraine (und Weißrusslands) auf (NOWAKOWSKI 1998: 8).

### 5.1.2.3 2000/01: Was kann die strategische Partnerschaft im europäischen Rahmen bedeuten?

Der dritte Abschnitt dieser Diskursanalyse untersucht die Jahre 2000/01, markiert von einer erneuten *cohabitation*, dieses Mal jedoch unter umgekehrten Vorzeichen im Vergleich zu den Jahren 1993 bis 1995. Bis Sommer 2000 stützte sich die AWS/UW-Koalition dabei auf eine parlamentarische Mehrheit, danach verfügte die Regierung durch den Auszug der UW über keine parlamentarische Mehrheit mehr. Im Herbst 2001 kam es nach Neuwahlen zu einer Neuauflage der SLD/PSL-Koalition, was zwar das Ende der *cohabitation*, jedoch keinesfalls ein spannungsfreies Verhältnis von Premier und Präsident bedeutete.

**5.1.2.3.1 Präsident** Auch unter der 1999 in Kraft getretenen neuen Verfassung war dem Präsidenten eine aktive Beteiligung an der Außenpolitik möglich. In der **Ukraine**-Politik betonte der Präsident weiterhin die „strategische Partnerschaft“ mit Kiev, die in Polen unabhängig von Personen und Institutionen sei und vor allem in der Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit, der Option einer Beteiligung am europäischen Integrationsprozess sowie weiterer Wirtschaftsreformen bestehe und die Unterstützung der Stabilität in der Region und ganz Europa im eigenen Interesse zum Ziel habe.<sup>194</sup> Er fügte hinzu, dass nicht nur Polen, sondern auch Russland in elementarer Weise Interesse an einer unabhängigen und demokratischen Ukraine haben müssten.<sup>195</sup> Der Präsident lobte die „warme und enge Zusammenarbeit“, die jedoch perspektivisch vor allem im wirtschaftlichen Bereich noch auszubauen sei<sup>196</sup> und bezeichnete sich selbst „aus tiefster Überzeugung“ als einen „Anwalt“ der Ukraine.<sup>197</sup>

Bei den Stellungnahmen des Präsidenten zu **Litauen** war insbesondere auffällig, dass sich Kwaśniewski auf Fragen des gemeinsamen Zieles der NATO- und EU-Mitgliedschaft sowie des bilateralen Handels konzentrierte und die gegenseitigen Minderheiten nur noch am Rande erwähnte. Er betrachtete somit die „strategische Partnerschaft“<sup>198</sup> vor allem

---

dan Osadczyk, Nowy etap: Po wizycie prezydenta Kuczmy, Tygodnik Powszechny, 7.7.96; Memorandum des polnischen *Ruch Stu* und der ukrainischen *Ruch* vom Juni 1996 (Poland Offers Ukraine a View to the West, Financial Times, 26.6.96).

<sup>194</sup>Sukcesy i porażki są wspólne, Rzeczpospolita, 20./21.10.01; Ansprache des polnischen Präsidenten vor dem diplomatischen Korps im Januar 2000 (KWAŚNIEWSKI 2000: 7) und im Januar 2001 (KWAŚNIEWSKI 2001: 22); Rede des Präsidenten an der Universität Brunn, Februar 2000 (KWAŚNIEWSKI 2000: 46); Ansprache des Präsidenten zum 10. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit im August 2001 (KWAŚNIEWSKI 2001: 325); Ansprache des Präsidenten anlässlich der Eröffnung des polnisch-ukrainischen Kollegiums in Lublin im Oktober 2001 (KWAŚNIEWSKI 2001: 399); Interview mit dem polnischen Präsidenten, Gazeta Wyborcza, 31.12.01.

<sup>195</sup>Interview für die russische Zeitung Moskovskie Novosti, 14.11.00 (KWAŚNIEWSKI 2000: 438); Ansprache des Präsidenten zum 10. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit (KWAŚNIEWSKI 2001: 326).

<sup>196</sup>Interview der ukrainischen Zeitschrift „Fakty“ mit Präsident Kwaśniewski, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2000: 13.

<sup>197</sup>Chcemy być w Centrum, Rzeczpospolita, 2.1.02. Dieser Funktion eines „Anwalts“ stimmte auch eine Mehrheit der polnischen Bevölkerung zu (KONIECZNA 2001: 39). Auch der SLD fernstehende Publizisten würdigten „ausdrücklich“ die „wichtige Rolle“ des polnischen Präsidenten in den Beziehungen zu Wilna und Kiev (POMIANOWSKI 2000: 110).

<sup>198</sup>Der Präsident nannte die Beziehungen zu Litauen auch 2000/01 ausdrücklich „strategische Partnerschaft“ (Sprawy litewskie to sprawy najważniejsze, Rzeczpospolita, 2.12.00; KWAŚNIEWSKI 2000: 110;

in einem europäischen, nicht mehr im bilateralen Rahmen. Der Präsident nannte Litauen (wie auch die Slowakei) 2000/01 stets als Wunschkandidaten einer zweiten NATO-Osterweiterung.

Wie schon 1996/97 rief Kwaśniewski ausdrücklich die Verdienste der *Kultura* und Jerzy Giedroyc bei der Konzeption einer polnischen Ostpolitik in Erinnerung – sowohl gegenüber den drei historischen östlichen Nachbarn als auch gegenüber Russland.<sup>199</sup> Gleichzeitig bekräftigte der Präsident weiterhin den Wunsch nach „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ mit **Russland**. Er betonte, dass das Wohlergehen Russlands mit dem polnischen Schicksal verbunden sei und wünschte Moskau die Wahl eines Weges, der eine stabile Entwicklung, Demokratie, Zivilgesellschaft und Wohlstand für die russischen Bürger sowie Frieden und Sicherheit für die Welt bringe.<sup>200</sup> Kwaśniewski lud den russischen Präsidenten Putin mehrfach zu einem Besuch in Warschau ein, betonte seinen Willen zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen und kritisierte die Regierung Buzek (wobei er Außenminister Geremek und das MSZ ausgenommen wissen wollte) für ihre „Ideenlosigkeit“ in den polnisch-russischen Beziehungen.<sup>201</sup> Den Ausbau des **Osthandels** bezeichnete Kwaśniewski nicht als Ziel an sich, mahnte aber angesichts des bedrohlichen polnischen Außenhandelsdefizites wiederholt eine verstärkte Exportorientierung an.<sup>202</sup> Gleichzeitig nannte er die Belebung der wirtschaftlichen Kontakte zu Russland ein herausragendes Ziel seiner zweiten Amtszeit.<sup>203</sup>

**5.1.2.3.2 Ministerrat** Trotz der erneuten *cohabitation* der Jahre 1997 bis 2001 stand der Ministerrat – speziell der Außenminister – in den Jahren 2000/01 im Diskurs über die „strategischen Partnerschaften“, die Beziehungen zu Russland und den Osthandel nicht in Konkurrenz, sondern eher komplementär zur Haltung des Präsidenten, den der Ministerrat ausdrücklich unterstützte.<sup>204</sup> Die Außenminister Geremek und Bartoszewski bezeichneten die **Ukraine** im untersuchten Zeitraum als „strategischen Partner“ Polens,<sup>205</sup> wobei der Ministerrat den polnischen Willen unterstrich, Kiev bei der Durchführung der Reformen zu unterstützen und das Interesse des Westens für eine proeuropäische und de-

---

KWAŚNIEWSKI 2001: 22).

<sup>199</sup>Siehe etwa die Reden des Präsidenten bei der Eröffnung des polnisch-ukrainischen Kollegiums in Lublin (KWAŚNIEWSKI 2001: 398f) und bei der Verleihung des Jerzy Giedroyc-Preises im November 2001 (Wypełniamy testament Jerzego Giedroycia, Rzeczpospolita, 10./11.11.01). Ähnlich äußerte sich der Direktor der Abteilung „Osteuropa“ im MSZ, Marek Ziółkowski (ZIÓLKOWSKI 2001: 36).

<sup>200</sup>Ansprache des Präsidenten vor dem diplomatischen Korps im Januar 2000 (KWAŚNIEWSKI 2000: 8); Interview mit dem Präsidenten, Gazeta Wyborcza, 31.12.01.

<sup>201</sup>Chcę być prezydentem, Interview mit Präsident Kwaśniewski, Polityka, 25.3.00; Po prostu jestem lepszy, Interview mit Präsident Kwaśniewski, Gazeta Wyborcza, 7.7.00.

<sup>202</sup>Rede des Präsidenten auf der Konferenz „Przyszłość polskiego eksportu“, 26.10.00, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2000: 415; Interview des ersten Programmes des Polnischen Radios mit dem Präsidenten, 31.12.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 518.

<sup>203</sup>Siehe etwa die Rede des Präsidenten auf dem XI. Wirtschaftsforum in Krynica, 6.9.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 345, und das Interview mit dem Präsidenten, Trybuna, 23.10.01.

<sup>204</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski.

<sup>205</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Rede von Außenminister Geremek; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski. In der im Januar 2001 veröffentlichten außenpolitischen Doktrin der Ukraine wurden indes nur noch die USA und Russland als „strategische Partner“ Kiews bezeichnet (NAJDER 2001b: 111).

mokratische Ukraine zu stärken.<sup>206</sup> Geremek und Bartoszewski sahen Polen ausdrücklich in der Rolle eines Förderers der Einbindung der Ukraine in europäische und euroatlantische Strukturen und bezeichneten den Dialog mit Kiev über die Konsequenzen eines polnischen EU-Beitrittes als eine wichtige Aufgabe für Warschau.<sup>207</sup> In noch sehr vorsichtigen Worten mahnte der Ministerrat auch die Formulierung einer Perspektive für eine ukrainische EU-Vollmitgliedschaft an und nahm damit bewusst eine vom EU-Standpunkt abweichende Position ein.<sup>208</sup> Auch Premier Miller betonte den Willen seiner Regierung zur „strategischen Partnerschaft“ mit Kiev, um die europäische Identität der Ukraine zu stärken. Er unterstrich, dass neben den Dialog von NATO und EU mit Russland auch eine besondere Plattform des Dialoges des Westens mit der Ukraine treten müsse.<sup>209</sup>

Gegenüber **Litauen** betonten die polnischen Außenminister wie auch die Verteidigungsminister – im Einklang mit der Position von Präsident Kwaśniewski – die „offenen Türen“ der NATO für einen litauischen Beitritt. Die weiterhin als „strategische Partnerschaft“ bezeichneten Beziehungen zu Litauen äußerten sich weiterhin in erster Linie durch abgestimmte Positionen in der Sicherheits- und Europapolitik; eine untergeordnete Rolle spielten Fragen des gegenseitigen Handels und der Minderheiten.<sup>210</sup>

In den Beziehungen zu **Russland** hob der Ministerrat die besondere Bedeutung hervor, die Polen einem demokratischen, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich stabilen Russland beimesse, das seine internationalen Verpflichtungen erfülle.<sup>211</sup> Die Außenminister Geremek und Bartoszewski prägten für diese Beziehungen 2000/01 die Begriffe „gute Nachbarschaft“ und „Normalisierung“. Geremek erläuterte, dass „gute Nachbarschaft“ gemäß dem polnisch-russischen Vertrag von 1992 die Entwicklung von wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten zulasse. „In vielen anderen Bereichen“ gebe es jedoch „keine Möglichkeit eines Kompromisses, denn zu unterschiedlich sind die Interessen oder zu un-

<sup>206</sup>Strategia bezpieczeństwa Rzeczypospolitej Polskiej, 4.1.00, Przewodnik Rządowy 1/2000: 83; ähnlich Außenminister Bartoszewski im Interview für *Więź* 2/2001: 82. Damit hatte der Ministerrat weitgehend die allgemeinen Prioritäten der polnischen Ostpolitik angesprochen, die der damalige Direktor der Abteilung „Osteuropa“ im MSZ, Marek Ziółkowski, im März 2001 so zusammenfasste: Unterstützung der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn; Aufbau einer sicheren Nachbarschaft; Unterstützung der Demokratisierung, der Selbstverwaltung und der marktwirtschaftlichen Entwicklung; die Schaffung eines guten Images bei den östlichen Nachbarn durch Kooperation in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Medien; wirtschaftliche Zusammenarbeit; Schutz der Auslandspolen und polnischer Kulturgüter (ZIOŁKOWSKI 2001: 37).

<sup>207</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski; Außenminister Geremek auf der Sitzung der NATO-Ukraine-Kommission im Dezember 1999, [www.msz.gov.pl/english/nato/nuc.html](http://www.msz.gov.pl/english/nato/nuc.html) [15.10.01].

<sup>208</sup>Polnischer Standpunkt zur EU-Ostpolitik, 13.6.01, [www.msz.gov.pl/uniaeu/polityka\\_wsch.html](http://www.msz.gov.pl/uniaeu/polityka_wsch.html) [16.7.01].

<sup>209</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 2. Sitzung, 25.10.01, Exposé von Premier Miller; Polska ostrożnie popiera, Rzeczpospolita, 6.12.01; Będziemy pragmatyczni, *Gazeta Wyborcza*, 20.12.01; PAP 16.5.01.

<sup>210</sup>STACHURA 2001: 209; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Rede von Außenminister Geremek; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 66. Sitzung, 15.12.99, Rede von Verteidigungsminister Onyszkiewicz; Strategia bezpieczeństwa Rzeczypospolitej Polskiej, 4.1.00, Przewodnik Rządowy 1/2000: 89. Für eine Bewertung aus Sicht der litauischen Regierung siehe das Interview mit Außenminister Valionis, Wilno-Warszawa, coraz bliżej, *Rzeczpospolita*, 5.9.01.

<sup>211</sup>Kritisch ging der Ministerrat dabei insbesondere auf das konventionelle Streitkräftepotential Russlands im Gebiet Kaliningrad ein (Strategia bezpieczeństwa Rzeczypospolitej Polskiej, 4.1.00, Przewodnik Rządowy 1/2000: 82).

terschiedlich ist der Wertekanon, aus dem diese Politik entsteht“.<sup>212</sup> Bartoszewski zeigte sich ab Herbst 2000 in einer Akzentverschiebung bemüht, den polnischen Wunsch nach einem Dialog mit Moskau wieder deutlicher zu machen, betonte aber gleichzeitig die „nationalen und staatlichen Interessen“ (d.h. die polnische NATO- und EU-Mitgliedschaft) Polens als Rahmen für einen solchen Dialog. „Normalisierung“ der Beziehungen bedeute weder „privilegierte“ noch „schlechte“ Beziehungen.<sup>213</sup> Beide Außenminister zeigten sich ausdrücklich unzufrieden mit dem Stand der Beziehungen mit Moskau, wobei Geremek betonte, dass Tschechien und Ungarn entgegen aller Annahmen keinesfalls geringere Probleme in ihren Beziehungen mit Moskau hätten und dass die polnische Regierung auf einen ersten Schritt aus Moskau warte.<sup>214</sup> Die neue Regierung Miller gab im Herbst 2001 noch stärker als Außenminister Bartoszewski ihrer Hoffnung auf eine pragmatische Entwicklung der polnisch-russischen Beziehungen Ausdruck.<sup>215</sup>

Der **Osthandel** wurde von der Regierung Buzek in erster Linie im Kontext der aufgrund der hohen polnischen Importüberschüsse generell kritischen Situation des polnischen Außenhandels zur Sprache gebracht. Die Entwicklung einer stärker auf den Export ausgerichteten polnischen Volkswirtschaft bezeichneten die Außenminister Geremek und Bartoszewski 2000/01 als eine Aufgabe von „strategischer Bedeutung“.<sup>216</sup> Dabei unterstrich Geremek die Notwendigkeit eines neuen Instrumentariums für die Belebung des Exports auf die Ostmärkte, für die der Sejm die gesetzlichen Grundlagen schaffen müsse und nannte dabei die deutschen Hermes-Bürgschaften als Vorbild.<sup>217</sup>

Im Zeitraum 2000/01 begannen die polnischen Außenminister auch erstmals öffentlich die Bedeutung der polnischen Ostpolitik für die **EU-Ostpolitik** nach der Osterweiterung 2004 herauszustreichen. Während Warschau zuvor vielfach seine Zugehörigkeit zum Westen betont hatte, sah der Ministerrat ab 2000 die polnische Ostpolitik als besonderen Beitrag zur EU-Ostpolitik an, in dem eine Chance zur Profilierung innerhalb der europäischen Außenpolitik liege.<sup>218</sup>

**5.1.2.3.3 Parlament** Im Parlament traten 2000/01 weiterhin Konflikte über die Frage der „strategischen Partnerschaften“ und den Osthandel auf. Diese hatten jedoch bei weitem nicht mehr die Schärfe der zwei vorangegangenen Untersuchungszeiträume.

Zwar kritisierte die **SLD**, die **Russland**-Politik der Regierung beschränke sich auf Deklarationen und „die Demonstration von Unwillen, Vorurteilen und megalomanischer

<sup>212</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen. Mitte des Jahres 2000 waren die polnisch-russischen Beziehungen nach der gegenseitigen Ausweisung von neun Diplomaten aufgrund von Spionagevorwürfen, den russischen Anschuldigungen einer polnischen Unterstützung für die Unabhängigkeitsbestrebungen in Tschetschenien sowie Demonstrationen vor dem russischen Konsulat in Posen und der Botschaft in Warschau auf einem Tiefpunkt angelangt. Zum Begriff der „guten Nachbarschaft“ siehe auch ZIÓŁKOWSKI 2001: 49f.

<sup>213</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede und Antwort von Außenminister Bartoszewski.

<sup>214</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen.

<sup>215</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 2. Sitzung, 25.10.01, Exposé von Premier Miller.

<sup>216</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Rede von Außenminister Geremek; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski.

<sup>217</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78.Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen.

<sup>218</sup>Polnischer Standpunkt zur EU-Ostpolitik, 13.6.01, [www.msz.gov.pl/uniaeu/polityka\\_wsch.html](http://www.msz.gov.pl/uniaeu/polityka_wsch.html) [16.7.01].

Herablassung“.<sup>219</sup> Aber die Partei unterstützte ausdrücklich Außenminister Geremek, keine Pufferzonen gegenüber Russland zuzulassen und erkannte speziell die Bemühungen von Außenminister Bartoszewski zur Belebung des politischen Dialoges mit Moskau an.<sup>220</sup> Ein Jahr später zitierten Fraktionschef Miller und Tadeusz Iwiński sogar Jerzy Giedroyc, um auf die Bedeutung einer polnischen Ostpolitik gegenüber allen Nachbarn und insbesondere einer unabhängigen Ukraine hinzuweisen.<sup>221</sup> Die **PSL** beharrte dagegen auch 2000/01 darauf, dass gute polnisch-russische Beziehungen die „Grundlage des polnischen Wohlergehens und Wirkens auf internationaler Bühne“<sup>222</sup> seien. Die **UW** und Teile der **AWS** äußerten sich besonders klar zum Kern der meisten Streitpunkte in den polnisch-russischen Beziehungen: Während Polen an der selbständigen Entwicklung von Weißrussland und der Ukraine gelegen sei, wolle Russland diese beiden Länder wieder in seinen Einflussbereich reintegrieren.<sup>223</sup> Czesław Bielecki sprach sogar vom Ziel eines *cordon démocratique* von Staaten zwischen Polen und Russland, die Russland freundlich gesonnen seien, aber keine Rückkehr des russischen Imperialismus erlaubten.<sup>224</sup> Insbesondere die **AWS** hob hervor, dass man in Warschau einen ersten Schritt zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen und eine Diskussion „im Rahmen europäischer Standards“ aus Moskau erwarte.<sup>225</sup>

In der Frage der Förderung des **Osthandels** bestand die **SLD** 2000/01 nicht mehr primär auf einer speziellen außenpolitischen Initiative, sondern schrieb dieser Frage eine wichtige Bedeutung im Rahmen der generellen Förderung des polnischen Exportes zu.<sup>226</sup> Die These von den durch eigene Nachlässigkeit „verlorenen Ostmärkten“ wiederholte 2000/01 nur noch ein **SLD**-Abgeordneter in abgeschwächter Form.<sup>227</sup> Die **PSL** wollte dagegen auch weiterhin politische Fragen der polnisch-russischen Beziehungen wirtschaftlichen Aspekten untergeordnet wissen und sah polnische Firmen durch die schlechten politischen Beziehungen vom russischen Markt verdrängt.<sup>228</sup> Die **UW** betrachtete den Osthandel als eine Chance, sich erneut die Forderung der Pariser *Kultura* nach Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn Polens ins Gedächtnis zu rufen und durch eine aktive Wirtschaftspolitik in diesen Ländern ausgleichend auf den dominierenden russischen Einfluss zu wirken.<sup>229</sup> Die **AWS** brachte den Osthandel vor allem als *Ergänzung* zur Russlandpolitik der Regierung ins Gespräch. Sie betonte die Chancen des russischen Marktes,

<sup>219</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Leszek Miller.

<sup>220</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Włodzimierz Konarski.

<sup>221</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Reden von Leszek Miller und Tadeusz Iwiński.

<sup>222</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Janusz Dobrosz.

<sup>223</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Reden von Andrzej Wielowieyski, Czesław Bielecki, Andrzej Potocki.

<sup>224</sup>Spotkanie dyskusyjne z cyklu Forum Polska 2000, 2.12.99, [www.pai.pl/CP/deb1.html](http://www.pai.pl/CP/deb1.html) [15.1.01]; Polska w Europie, Heft 31, März 2000: 67, Aussage von Czesław Bielecki.

<sup>225</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Reden von Stefan Niesiołowski, Czesław Bielecki; Polska w Europie, Heft 31 (März 2000): 65, Rede von Czesław Bielecki.

<sup>226</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Reden von Leszek Miller, Barbara Blida; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Włodzimierz Cimoszewicz.

<sup>227</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Tadeusz Iwiński; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Tadeusz Iwiński.

<sup>228</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Janusz Dobrosz. Präsident Putin charakterisierte die polnisch-russischen Beziehungen Mitte 2000 jedoch „als sehr gut, wenn nicht sogar modellhaft für die Beziehungen Russlands mit anderen Ländern der Region“ (zit. nach Jacek Cichocki, *Przełom był wcześniej*, Rzeczpospolita, 17.1.02).

<sup>229</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Reden von Jerzy Wierchowicz, Andrzej Wielowieyski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Bronisław Geremek.

aber auch das hohe Investitionsrisiko.<sup>230</sup>

In der **Ukraine**-Politik akzeptierte die **SLD** spätestens 2001 die Linie von Präsident Kwaśniewski und den Regierungen des Post-„S“-Lagers, als ihr wichtiges Fraktionsmitglied Iwiński in seinem Beitrag zur außenpolitischen Generaldebatte den Kern des politischen Credo von Jerzy Giedroyc paraphrasierte: „Wir müssen gute Beziehungen mit dem Osten haben, auch mit Russland, jedoch unter einer Bedingung: dass die Beziehungen nicht die Unabhängigkeit und lebendigen Interessen der zwischen uns liegenden Länder gefährden, vor allem nicht die der Ukraine“.<sup>231</sup> Die **PSL** erwähnte lediglich die polnische Minderheit in der Ukraine und forderte die polnische Regierung auf, deren Interessen zu schützen.<sup>232</sup> Den Begriff „strategische Partnerschaft“ wollte die Partei für die Beziehungen zur Ukraine nicht verwenden. **UW** und **AWS** betonten dagegen 2000/01 stark die Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Ukraine für Polen<sup>233</sup> mahnten zu einem deutlicheren Bekenntnis für eine „strategische Partnerschaft“ mit Kiev und zu mehr gesellschaftlichen Kontakten<sup>234</sup> oder sogar zur „strategischen Aufgabe“ einer *mission*.<sup>235</sup>

Die Diskussion über die **Litauen**-Politik genoss unter den Parlamentariern 2000/01 nur noch nachrangige Bedeutung. Die **PSL** erwähnte dabei nur die polnische Minderheit in Litauen, sprach vage von deren „bedrohten Interessen“ in Litauen und verwandte nicht den Begriff der „strategischen Partnerschaft“.<sup>236</sup> Die **SLD** äußerte sich in den außenpolitischen Debatten überhaupt nicht zu Litauen. **UW** und **AWS** betonten in erster Linie die polnische Unterstützung für einen litauischen NATO-Beitritt.<sup>237</sup>

Im untersuchten Zeitraum thematisierten die Abgeordneten erstmals auch die Frage dieses Unterkapitels im Kontext einer **EU-Ostpolitik** nach dem polnischen EU-Beitritt. Als eine Chance zur Profilierung innerhalb der EU sahen dieses Thema vor allem die Abgeordneten der **UW**, wenngleich sie vor einer zu starken Abweichung von den diesbezüglichen Grundsätzen der Altmitglieder sowie einer gegen Russland gerichteten Ostpolitik warnten.<sup>238</sup>

**5.1.2.3.4 Medien und Öffentlichkeit** Der Diskurs über die „strategischen Partnerschaften“, das Verhältnis zu Russland und den Osthandel wurde in den polnischen Medien 2000/01 deutlich offener und schärfer geführt als im Parlament. Dafür war indes nicht primär die der PSL, der SLD oder nationalkatholischen Kreisen nahestehende Presse ver-

<sup>230</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Marian Krzaklewski.

<sup>231</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Tadeusz Iwiński; ähnlich der Beitrag von Włodzimierz Cimoszewicz.

<sup>232</sup>„Wir werden eine Reaktion der polnischen Regierung überall dort verlangen, wo das Interesse der polnischen Minderheit (...), der gute Name der polnischen Helden des Untergrundstaates und die Würde unseres Volkes gefährdet ist, denn wir wissen, dass verschiedene Ereignisse dieser Art stattgefunden haben“ (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Janusz Dobrosz).

<sup>233</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Jerzy Wierchowicz; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Marian Krzaklewski.

<sup>234</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Reden von Janusz Onyszkiewicz, Jan Olszewski (ROP).

<sup>235</sup>Polska w Europie, Heft 31 (März 2000): 66, 77, Reden von Czesław Bielecki, Agnieszka Magdziak-Miszewska.

<sup>236</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Janusz Dobrosz.

<sup>237</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Reden von Bronisław Geremek, Czesław Bielecki.

<sup>238</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Andrzej Wielowieyski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Bronisław Geremek.

antwortlich, sondern eine eher überparteiliche Auseinandersetzung zwischen – vereinfacht gesprochen – „Idealisten“ (Befürwortern einer Fortführung des an den von der *Kultura* erarbeiteten Grundsätzen polnischer Ostpolitik) und „Minimalisten“ (Befürworter einer „realistischen“, auf die EU, Russland und die Visegrád-Staaten, aber kaum auf die Ukraine und Weißrussland gerichteten polnischen Ostpolitik), die im folgenden in strukturierter Form dargestellt werden soll.<sup>239</sup>

Die „strategische Partnerschaft“ gegenüber **Litauen** fand in den polnischen Medien 2000/01 kaum Resonanz, was indes aufgrund ihrer nicht immer konstruktiven Rolle Anfang der neunziger Jahre nicht unbedingt als schlechtes Zeichen zu deuten war. Dagegen wurde insbesondere das Verhältnis zur **Ukraine** ausführlich diskutiert, wobei die Spanne der seriös begründeten Ansichten ausgesprochen breit war: Nach der *pessimistischen Ansicht* des Ukraine-Analysten des OSW, Tadeusz Olszański, vollzog die Ukraine Anfang 2001 einen Schwenk in ihrer Außenpolitik zugunsten einer stärker prorussischen Orientierung, um ein Gegengewicht gegen den amerikanischen Einfluss zu schaffen. Sie habe die „strategische Partnerschaft“ mit Warschau (die Polen ohnehin nichts einbringe) durch eine gewöhnliche „gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit“ ersetzt.<sup>240</sup> Olszański forderte, Polen müsse sich „mit aller Kraft davon fernhalten, ‚die Interessen der Ukraine gegen die Ukraine verteidigen‘ zu wollen“.<sup>241</sup> Derselbe Autor vertrat auch die These, dass eine unabhängige Ukraine für die Unabhängigkeit und Sicherheit Polens nicht unbedingt erforderlich sei und dass ein polnischer Einsatz für die Ukraine in einen unnötigen Konflikt mit Russland münde.<sup>242</sup> Weltpolitisch, so Olszański, sei die Ukraine vor allem ein Schwarzmeeranrainer, weshalb die Zusammenarbeit mit der Türkei größere Bedeutung habe als die mit Polen.<sup>243</sup> Die Autoren des einflussreichen „Strategischen Jahrbuches“ betonten, dass sich die Unterschiede zwischen der Ukraine und Ostmitteleuropa 2000 vergrößert hätten. Die Ukraine habe ihre Aspirationen aufgegeben, ein ostmitteleuropäisches Land zu sein, was wiederum westliche Hilfsprogramme oder Unterstützung für eine souveräne Ukraine schwinden lasse: „Der Westen akzeptiert die fortschreitende Abhängigkeit der Ukraine von Russland. Polen ist im Duell [mit Russland] nicht in der Lage, mehr für die Ukraine zu tun, als dies die Ukrainer für ihr eigenes Land wollen, denen das dritte aber deutlich näher ist als das erste Rom“ (Rocznik Strategiczny 2000/01: 79).

Weniger radikal, aber in ähnlicher Weise auf die politische Konzeption der *Kultura* gemünzt war die Haltung einiger „*Minimalisten*“ der polnischen Ukraine-Politik. Der Vize-Direktor des OSW, Bartłomiej Sienkiewicz, stieß Ende des Jahres 2000 eine entsprechende Debatte an, bei der er vor der Aufnahme eines „Kampfes“ mit Russland um Einfluss auf die Staaten zwischen Polen und Russland, insbesondere die Ukraine und Weißrussland, warnte. Er betonte, dass Polen in den Gesellschaften dieser beiden Staaten nicht als al-

<sup>239</sup>Ausführlicher zu dieser Debatte siehe GERHARDT 2001.

<sup>240</sup>Jahresbericht des OSW, Warszawa (Mai) 2001: 17; ähnlich Olszański 1999 und Marek Cichocki/Krzysztof Rak: *Uparta niedojrzałość, Życie*, 17.4.01.

<sup>241</sup>Arbeitspapier des OSW für die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Senats, 28.2.01.

<sup>242</sup>Tadeusz A. Olszański, *Po pierwsze: interes państwa*, *Tygodnik Powszechny*, 18.3.01. Er wurde dabei sekundiert von Autoren, die eine selbständigere Rolle Polens auf dem europäischen „Schachbrett“ forderten, dabei aber die inneren und äußeren Beschränkungen einer in euroatlantische und europäische multilaterale Strukturen eingebundenen Republik Polen verkannten (Marek Cichocki/Krzysztof Rak, *Uparta niedojrzałość, Życie*, 17.4.01: 15; Replik von Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, *Dawniej było lepiej, Życie*, 25.4.01.

<sup>243</sup>Jahresbericht 2001 des OSW zur Ukraine, [www.osw.waw.pl](http://www.osw.waw.pl) [15.3.02].

ternatives Zentrum gelte. Es sei außerhalb Polens „realer Möglichkeiten“, eine Lockerung der Beziehungen zwischen Moskau und Kiev/Minsk oder Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse und den Grad des nationalen Bewusstseins erreichen zu wollen. Die polnischen Instrumente zur Beeinflussung der Situation in Kiev und Minsk seien außerordentlich beschränkt.<sup>244</sup> Aufgrund Polens geographischer Lage sei vielmehr die zweite Runde der NATO-Osterweiterung vor allem um Litauen von Schlüsselbedeutung.<sup>245</sup> Sienkiewicz wandte sich schließlich auch scharf gegen die Idee, durch verstärkte grenzüberschreitende Kontakte ein Bewusstsein bei den Polen zu schaffen, dass die historischen Nachbarn demselben Kulturkreis wie Polen zugehörig seien.<sup>246</sup> Stanisław Stomma, die „graue Eminenz“ der liberalen polnischen Katholiken, forderte noch deutlicher die polnische Neutralität gegenüber Kiev (und Minsk), um nicht die Beziehungen mit Moskau zu gefährden.<sup>247</sup> Unterstützt wurde diese Argumentation von der SLD-nahen Presse, die der AWS-geführten Regierung eine antirussische Haltung vorwarf<sup>248</sup> und eine Abkehr von der Ukraine forderte: „Die Ukraine war nie und ist auch nicht unser strategischer Partner“. Da dies auch in Zukunft so sein werde, gelte es, polnisch-russische Beziehungen zu schaffen, die weit über den Rahmen eines partnerschaftlichen Verhältnisses hinausgingen.<sup>249</sup>

Gegen diese beiden Positionen wandte sich eine erkennbare „*prometheische*“ *Mehrheit* der führenden polnischen Publizisten und Autoren, die betonten, dass die grundsätzlichen Positionen der *Kultura* weiterhin aktuell seien.<sup>250</sup> Die von den Minimalisten vorgebrachten Argumente, für die Konzeptionen der *Kultura* gebe es keine Chancen auf Verwirklichung, seien eher auf die „behagliche Überzeugung unabänderlicher Fakten“<sup>251</sup> gegründet denn auf die Verpflichtung zur Sorge um gute Beziehungen zu *allen* Nachbarn. Eine polnische Politik, die auf eine unabhängige Ukraine setze, sei eine „Investition für die Sicherheit und Stabilität Polens“.<sup>252</sup> Polen müsse eine „Politik der freundschaftlich geöffneten Türen“ gegenüber den östlichen Nachbarn betreiben und dazu innerhalb des eigenen Landes mehr Informationen über die östlichen Nachbarn verbreiten wie auch in Weißrussland und der Ukraine offener die Vorzüge eines an Westeuropa orientierten Gesellschaftsmodells präsentieren.<sup>253</sup> Die Demokratisierung und „Europäisierung“ der Ukraine seien nicht nur eine *vision*, sondern auch eine *mission* im polnischen Interesse.<sup>254</sup> Wichtig sei jedoch, keine zu großen Hoffnungen mehr (wie in den neunziger Jahren) durch zu

<sup>244</sup>Bartłomiej Sienkiewicz, Tygodnik Powszechny, 31.12.00, Pochwała minimalizmu; Bartłomiej Sienkiewicz, Tygodnik Powszechny, 12.11.00, Ukraina, Gazprom, Mieroszewski.

<sup>245</sup>Bartłomiej Sienkiewicz, Tygodnik Powszechny, 4.2.01, Podejmijmy poważny spór.

<sup>246</sup>Bartłomiej Sienkiewicz, Tygodnik Powszechny, 21.1.01, Szkodliwe marzycielstwo.

<sup>247</sup>Do przeszłości nie ma powrotu, Interview mit Stanisław Stomma, Tygodnik Powszechny 43/2001.

<sup>248</sup>Bronisław Łagowski, Strategiczne głupstwo, Przegląd, 24.7.00; Bronisław Łagowski, Rasizm gazowy, Przegląd, 29.1.01.

<sup>249</sup>So die SLD-nahe Zeitung „Trybuna“ Ende 2001, zit. nach Bogumiła Berdychowska/Henryk Wujec, Nie opuszczamy rąk, Rzeczpospolita, 6.7.02.

<sup>250</sup>Bogumiła Berdychowska, Giedroyc nadal aktualny, Tygodnik Powszechny, 4.2.01; Czesław Miłosz, Przeciw minimalizmowi, Tygodnik Powszechny, 4.3.01.

<sup>251</sup>Jerzy Pomianowski, Wszystkie błędy zostały już popełnione, Tygodnik Powszechny, 25.3.01.

<sup>252</sup>Bogumiła Berdychowska, Giedroyc nadal aktualny, Tygodnik Powszechny, 4.3.01; ähnlich Jan Nowak-Jeziorański, Sposób na Niemcy, sposób na Rosję, Tygodnik Powszechny, 2.12.01 und Bohdan Cywiński, W imieniu regionu, Rzeczpospolita, 24.8.01.

<sup>253</sup>Wojciech Maziarski, Gazeta Wyborcza, 6./7.1.01, Gdzie jest mój sąsiad?; Wojciech Maziarski, Tygodnik Powszechny, 4.2.01, Szkodliwe poglądy.

<sup>254</sup>Polska w Europie, Heft 31, März 2000, Aussagen von Czesław Bielecki, Agnieszka Magdziak-Miszewska, Protokoll der Diskussion: 66, 77.



viele Versprechungen von polnischer Seite bei den östlichen Nachbarn zu wecken.<sup>255</sup> Im eigenen Interesse müsse Polen jedoch trotz der undeutlichen Signale aus Kiev weiterhin eine proukrainische Außenpolitik führen. Faktisch liege niemand so sehr an der Unabhängigkeit Kievs wie Polen selbst, wenngleich die Ukrainer durch die sich verändernden Umstände im eigenen internationalen Umfeld sehr unbequem aus ihrem passiven Zustand aufgeweckt werden könnten.<sup>256</sup> Namhafte Experten mahnten schließlich, auch eine EU-Vollmitgliedschaft für die Ukraine nicht auszuschließen und dazu „einen Assoziierungsvertrag mit einer zeitlich nicht festgelegten, aber deutlich anerkannten, an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien geknüpften Mitgliedschaftsperspektive zwischen der Ukraine und der EU“<sup>257</sup> zu unterzeichnen. Aber auch das „prometheische Lager“ setzte nicht mehr dogmatisch auf die Vorgaben der Pariser *Kultura*. Zwar seien deren Ziele weiterhin aktuell, aber die Werkzeuge zu deren Erreichung müssten neu überdacht werden: Giedroyc habe ungerechtfertigt die polnischen Eliten beschuldigt, gegenüber den östlichen Nachbarn ein Überlegenheitsgefühl nach außen zu kehren, und habe die Rolle der katholischen Kirche unterschätzt, die bei den Bewohnern Weißrusslands und der Ukraine ein stärkeres Gefühl von Subjektivität aufbauen könne (NAJDER 2001a: 296f). Da Polen „einfach zu schwach [sei], um in bedeutender Weise die Unabhängigkeit der Ukraine zu stärken“ (NAJDER 2000: 229), eröffne der polnische EU-Beitritt – ein ebenfalls von Giedroyc vernachlässigter Faktor – der polnischen Ostpolitik ganz neue Möglichkeiten, ein wirklicher „Anwalt“ der Ukraine zu werden.<sup>258</sup> Einhellig forderten zahlreiche Autoren schließlich eine Ausfüllung der zahlreichen polnisch-ukrainischen Deklarationen und Übereinkommen mit Inhalten, etwa in den Bereichen Jugendaustausch, Arbeitsmigration sowie Zoll- und Grenzabfertigung (NAJDER 2000: 229). Jerzy Marek Nowakowski wies darauf hin, dass die polnische Außenpolitik dabei sei, durch die ständige Wiederholung der Formel von der strategischen Partnerschaft mit Litauen und der Ukraine und die häufigen offiziellen bilateralen Treffen eine „mentale Mauer“ zu errichten, die zumindest seit Mitte der neunziger Jahre lediglich eine Diskussion über hochpolitische oder strikt unpolitische Fragen erlaube, aber den „Raum dazwischen“ stark vernachlässige.<sup>259</sup>

Deutlich vernehmbar war in dieser Diskussion *insgesamt* ein Stimmungswandel vor allem gegenüber der Ukraine, der auf polnischer Seite mit den Begriffen von Ernüchterung und Enttäuschung bezeichnet werden konnte. Gleichzeitig führte sie zu einer Versachlichung der Debatte über Chancen und Möglichkeiten der polnischen Ostpolitik.<sup>260</sup> Auffäl-

<sup>255</sup>Kazimierz Wóycicki, Nasz los nie decyduje sie za Bugiem, Rzeczpospolita, 27.1.01.

<sup>256</sup>NAJDER 2001b: 113, 117; Zdzisław Najder, Polsko-ukraińskie asymetrie, Rzeczpospolita, 8.11.01.

<sup>257</sup>BERDYCHOWSKA/ŻURAWSKI VEL GRAJEWSKI/GROMADZKI 2002: 12. Die Experten wandten sich damit gegen ein vom deutschen und französischen Außenministerium gemeinsam erarbeitetes Papier, in dem festgestellt wurde, dass die Ukraine niemals Mitglied der EU werden solle, da dies angeblich eine Isolierung Russlands nach sich ziehen würde (Auwärtiges Amt, Planungsstab und Ministère des Affaires étrangères, Centre d'Analyse et de Prévision, 14.10.99: Ein Europa mit dreißig und mehr Mitgliedern).

<sup>258</sup>Zdzisław Najder, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01]; Janusz Reiter, Pytanie o atuty, Rzeczpospolita, 26.3.01.

<sup>259</sup>Aussage von Jerzy Marek Nowakowski, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01]; NOWAKOWSKI 2000: 15.

<sup>260</sup>Aleksander Smolar bemerkte, dass die polnische Ostpolitik zuvor zu stark „zwischen einem Zwergenkomplex und nationaler Megalomanie“ oszilliert habe (Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01]).

lig war schließlich, dass die Lager der Postkommunisten, der Post-„S“-Gruppierungen oder der Giedroyc-Anhänger zunehmend in Auflösung begriffen waren und man insgesamt von der Herausbildung eines „modifizierten Prometheismus“ (GRYGAJTIS 2001: 47) sprechen konnte, der die Konzeption der *Kultura* an die neue Epoche anpasste.<sup>261</sup>

Bei der Analyse der öffentlichen Debatte fällt auf, dass die Frage der **Ostmärkte** kaum noch eine Rolle spielte. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass sich erst mit dem EU-Beitritt für Polen die Situation ändere und dass zwar der russische Markt für Polen von großer Bedeutung sei, aber umgekehrt der polnische Markt für Russland kaum ins Gewicht falle (NAJDER 2000: 228). Eine im Zeitraum 2000/01 insbesondere in den Medien und der Öffentlichkeit diskutierte Frage betraf die polnische Haltung zu den russischen Plänen einer die Ukraine umgehenden Erdgasleitung nach Westeuropa sowie zu den ukrainischen Wünschen nach einer polnischen Beteiligung an der geplanten Erdölleitung von Odessa nach Danzig.<sup>262</sup> Bei beiden Projekten nahm die polnische Öffentlichkeit (wie auch die AWS/UW-Regierung) mit deutlicher Mehrheit eine Position ein, die eine stärkere Unabhängigkeit der Ukraine vom russischen Energiesektor befürwortete.

Dagegen spielte die Frage der polnischen Beteiligung an einer **EU-Ostpolitik** eine wachsende Rolle in der öffentlichen Debatte. Zahlreiche Kommentatoren wiesen darauf hin, dass Polen seine Ostpolitik mit der polnischen Europapolitik und der EU-Ostpolitik verzahnen müsse.<sup>263</sup> Zwar könne die Distanz zwischen den Staaten der erweiterten EU und Osteuropa noch über einen mittelfristigen Zeitraum anhalten, doch hänge von der polnischen Ostpolitik durch die eigene EU-Integration „nicht mehr das Schicksal unseres Landes ab“.<sup>264</sup> Vor einer „Finnlandisierung der EU-Ostpolitik“ (d.h. ihrer Reduzierung auf wirtschaftliche Fragen) sei jedoch zu warnen, da diese die GUS-Republiken dem russischen Einfluss überlasse.<sup>265</sup>

Die Frage nach dem Verhältnis zu **Russland** ergab sich im wesentlichen aus der oben dargestellten Debatte um das Verhältnis zur Ukraine: Während einige Autoren wie Stanisław Stomma, Jerzy Łukaszewski,<sup>266</sup> Bartłomiej Sienkiewicz und Tadeusz Olszański sowie die SLD-nahe *Trybuna* eine Abkehr von einer aktiven Ostpolitik gegenüber der Ukraine und Weißrussland mit dem Verweis auf „polnische Interessen“ und ökonomische Vorteile forderten, kritisierten zahlreiche mit der Ostpolitik vertraute Persönlichkeiten (u.a. Zdzisław Najder, Henryk Wujec, Bohdan Cywiński, Grzegorz Gromadzki, Bogumiła Berdychowska) insbesondere die Ansicht, dass ein polnischer Einsatz für die Unabhängigkeit der Ukraine in einen angeblich unnötigen Konflikt mit Russland münde. Diese „rückwärtsgewandte“ Politik der Minimalisten knüpfte an Schlagworte aus dem Kommunismus,

<sup>261</sup>Beispielhaft hier der Artikel des Direktors der Polnischen Nationalbibliothek und langjährigen Staatssekretärs im MKiS, Michał Jagiełło (Ścieżka na Wschód, Rzeczpospolita, 5.7.01), der drei Grundsätze für die polnische Ostpolitik forderte: 1) Die Ostpolitik dürfe nicht in Konkurrenz zur euroatlantischen und europäischen Integration Polens stehen; 2) die Ostpolitik müsse sich durch eine „echte Partnerschaft“ mit den östlichen Nachbarn auszeichnen; 3) die Ostpolitik dürfe nicht bewusst konfrontativ gegenüber Russland angelegt sein. Vgl. auch Bohdan Cywiński, W imieniu regionu, Rzeczpospolita, 24.8.01.

<sup>262</sup>Wie in der Einleitung angekündigt, wird sich diese Arbeit nicht ausführlicher mit Fragen der Energiepolitik beschäftigen, zu einer Auswahlbibliographie zu diesem Thema siehe u.a. LANG 2002: 22f.

<sup>263</sup>Beispielhaft das im Juni 2001 veröffentlichte gemeinsame Papier von neun wichtigen NGOs: Instytut Spraw Publicznych (Hrsg.): Wspólna Europa; Warszawa (Juni) 2001 sowie BERDYCHOWSKA/ŻURAWSKI VEL GRAJEWSKI/ GROMADZKI 2002.

<sup>264</sup>Kazimierz Wóycicki, Nasz los nie decyduje sie za Bugiem, Rzeczpospolita, 27.1.01.

<sup>265</sup>Zdzisław Najder, Polska w roli partnera, Rzeczpospolita, 26.10.01.

<sup>266</sup>W Unii nie ma miejsca dla Rosji, Rzeczpospolita, 30.10.01.

„also des nationalen Egoismus“, an.<sup>267</sup> Die Autoren des in Polen oft zitierten „Strategischen Jahrbuches“ schließlich wiesen kühl darauf hin, dass sich die polnisch-russischen Beziehungen erst dann gebessert hatten, als Polen durch den NATO-Beitritt nicht mehr von Russland abhängig gewesen sei. Polen habe gegenüber Russland keinerlei spezielle Mission (Brücke, Verbindung, „Europäisierung“) zu erfüllen. Bessere als korrekte Beziehungen, die durch den Aufbau von „normalen“ wirtschaftlichen, zwischenmenschlichen und kulturellen Kontakten erreicht werden könnten,

„hängen jedoch von Russland ab, wir selbst werden es dazu nicht zwingen, und es gibt keine Begründung für eine polnische Überaktivität gegenüber Russland. Es wäre auch nicht vernünftig, die Entwicklung dieser Beziehungen von irgendwelchen Wiedergutmachungen Russlands für die Vergangenheit abhängig zu machen. Dazu muß Russland selbst innerlich gelangen. Es ist richtig, dass die Nachbarn Russlands einen Grund zur Vorsicht und zum Misstrauen haben werden, solange dies nicht geschieht. Das Verständnis für diese Wahrheit liegt auch im Interesse der Russen“ (Rocznik Strategiczny 2000/01: 79f).

#### 5.1.2.4 Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie

Die **Wahrnehmung des Konfliktes**, der sich zwischen den Polen „strategische Partnerschaften mit Litauen und der Ukraine“ sowie „Ökonomisierung der Beziehungen mit allen Nachbarn“ bewegte, wurde in den untersuchten Zeiträumen nicht eindeutig von einem Akteur vorgegeben. Insbesondere in der ersten Phase 1993/94 fällt die unterschiedliche Sichtweise auf: Während die postkommunistischen Kräfte und ein kleiner Teil der polnischen Rechten den Osthandel als die beste Methode bezeichneten, um Polen rasch einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu weisen, nahm das Lager um die aus der *Solidarność* hervorgegangenen Parteien diesen Konflikt in den Dimensionen einer Befreiung oder einer neuen Unabhängigkeit von Russland wahr. Für den Zeitraum 1996/97 fällt dagegen die engagierte und starke Diskursposition von Präsident Kwaśniewski auf, der durch seine Haltung insbesondere die SLD ihre Position überdenken und anpassen ließ.<sup>268</sup> Dem Präsidenten gelang es, den Konflikt als *politische* Frage darzustellen (und somit die Wahrnehmung zu verschieben), die nicht alleine nach pragmatisch-ökonomischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen entschieden werde. Die Periode 2000/01 brachte keine Änderung der Konfliktwahrnehmung, aber eine tendenzielle Auflösung der Lager der Konfliktgegner. Dabei waren die Stimmen, die für eine Annäherung vor allem an Russland und eine Ökonomisierung und rein volkswirtschaftliche Kostenrechnungen in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn warben, keinsfalls verstummt, wie man aus der Analyse für die Jahre 1996/97 annehmen könnte.

Die empfohlenen **Strategien** und **Mittel** zur Lösung dieses Konfliktes zwischen den beiden beschriebenen Lagern unterschieden sich zu Beginn der Debatte 1993/94 ausgesprochen stark, am Ende (2000/01) kaum noch voneinander: Während das postkommunistische Lager vor allem 1993/94 und teilweise auch noch 1996/97 engere vertragliche Beziehungen in Wirtschaftsfragen vor allem zu Russland ins Spiel brachte, warnten die am stärksten von der *Kultura* beeinflussten Post-„S“-Parteien (UD/UW, PC, UP, SKL,

<sup>267</sup>Czesław Miłosz, *Przeciw minimalizmowi*, Tygodnik Powszechny, 4.3.01.

<sup>268</sup>CHECKEL 1998: 332 nennt solche *committed individuals* auch „*moral entrepreneurs*“; Personen, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind.

PO) vor einer Abkehr vom EU-Assoziierungsvertrag und von der euroatlantischen Integration. Polen müsse die „strategische Partnerschaft“ mit der Ukraine eingehen, um das Ausspielen von Gegensätzen zwischen Warschau und Kiev durch Moskau sowie die russischen Ideen vom „besonderen Interesse“ an der Ukraine zu verhindern. 2000/01 sprachen sich dagegen sowohl Präsident Kwaśniewski wie auch alle im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der PSL (ab Herbst 2001 auch der Samoobrona und der LPR) für die Bevorzugung der beiden „strategischen Partnerschaften“ im Rahmen der polnischen Westbindung vor rein ökonomischen Überlegungen im Zusammenhang mit den „Ostmärkten“ aus.

Das Ausmaß der Unterschiedlichkeit der **Handlungsanweisungen** nahm kontinuierlich ab, wie etwa am Beispiel der sich angleichenden Regierungsprogramme und der von den jeweiligen Oppositionsparteien im Parlament angeführten Alternativen gezeigt werden konnte. Insbesondere die postkommunistischen Parteien forderten immer wieder die Erarbeitung von alternativen ostpolitischen Konzepten ein, konkretisierten jedoch nicht ihre Vorstellungen. Außenminister Geremek konnte schließlich in der außenpolitischen Generaldebatte 2000 polemisch anmerken, dass eine solche Alternative allenfalls im (*de facto* natürlich völlig ausgeschlossenen) polnischen Beitritt zur GUS bestehe.<sup>269</sup>

Als wichtigste **Legitimation** ihrer Vorschläge zur Ökonomisierung der Beziehungen nannten die postkommunistischen Parteien die „Rückeroberung der von der *Solidarność* mutwillig aufgegebenen Ostmärkte“, um der polnischen Bevölkerung einen hohen Lebensstandard zu sichern, sowie die Formel „Je bessere Beziehungen wie mit unseren östlichen Nachbarn haben, desto besser ist unsere Position im Westen“.<sup>270</sup> Dagegen verwandten die aus der „S“ hervorgegangenen Parteien, Außenminister Skubiszewski und Präsident Kwaśniewski vor allem die Argumentationsmuster „Europa“ (Stärkung von Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten in allen östlichen Nachbarstaaten zur Erhöhung der Sicherheit Polens)<sup>271</sup> sowie „Erfüllung des Programmes der *Kultura*“. Die liberalen und liberalkonservativen Parteien (UW, PO, SKL) unterstrichen zusätzlich den „Marsch nach Europa“ als ein Motiv für die Ablehnung der russischen Angebote nach ökonomischen Bindungen.

Die Einschätzungen **nicht-polnischer Akteure** spielten im analysierten Diskurs eine erhebliche Rolle. Zu nennen sind insbesondere die russische Exekutive und die russischen Mediens sowie die *Russia first*-Position der USA und der wichtigsten westeuropäischen Staaten bis etwa 1995; ferner auch die Stellungnahmen nicht in Polen lebender Persönlichkeiten wie Bohdan Osadczuk und Zbigniew Brzezinski.

Von den vier in Kapitel 3 genannten **Identitätselementen** traten in diesem Diskurs besonders die Elemente „Polen als europäisches Land“ und „Polen als Handelsstaat“, daneben auch das Element „Polen zwischen Deutschland und Russland“ hervor:

**Polen als europäisches Land:** Dieses Identitätselement wurde von beinahe allen Diskursträgern aktiviert und fast ausschließlich mit dem Argumentationsmuster „Polen

<sup>269</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen.

<sup>270</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20. Sitzung, 12.5.94, Rede von Longin Pastusiak.

<sup>271</sup>Außenminister Skubiszewski benutzte dafür das Bild vom Westen als dem „festen Fundament“ und von Osteuropa als den „treibenden Pontons“ (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 30.4.93, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen).

als Brücke zwischen Ost und West“ verbunden.<sup>272</sup> Es ist jedoch bemerkenswert, dass diese Funktion einer „Brücke“ von den polnischen Diskursträgern auf zumindest dreierlei Weise verstanden wurde:

1) Den Nachbarländern soll bei der Transformation geholfen werden, um dort die pro-polnische Lobby zu stärken, nicht zuletzt die polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine.<sup>273</sup>

2) Polen ist eine Brücke nach Osten, um Moskau die Hand zu reichen; Russland soll ohne nähere Vorgaben nach „Europa“ eingebunden werden und Polen darf nicht Frontstaat werden: Dieses Argumentationsmuster verfolgten insbesondere dem postkommunistischen Lager nahestehende Persönlichkeiten, aber auch Außenminister Olechowski in seinem ostpolitischen Programm von 1994. Die SLD/PSL-Koalition war der Auffassung, dass Russland Polen wie einen gleichberechtigten Partner behandle und deshalb in die Geographie Europas und der Welt einzubinden sei. Die polnisch-russischen Beziehungen müssten verbessert werden, indem beide Seiten ihre „historischen Kostüme“ ablegten.<sup>274</sup> Józef Oleksy (SLD) betonte sogar, Polen habe nicht die Rolle einer „Brücke“ oder eines „Vermittlers“, sondern eines „redlichen Nachbarn“ und „berechenbaren Partners“ zwischen Ost und West einzunehmen. Das beinhalte, dass Polen einen Ausgleich finden müsse zwischen institutioneller Verankerung im Westen und „einer gleichzeitigen Unterstützung der Mission der Öffnung und der Erweiterung des demokratischen Europas nach Osten“.<sup>275</sup>

3) Während die Postkommunisten somit vor allem bis Mitte der neunziger Jahre eher die „Öffnung“ Europas nach Osten hervorhoben, galten die Argumente der Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien, der Mehrheit der wichtigen polnischen Medien sowie von Staatspräsident Kwaśniewski vor allem dem Transfer von mit „Europa“ verbundenen Normen (Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte) nach Osten. Dieser Transfer kann mit Hilfe einer „Magnettheorie“ veranschaulicht werden: Die „strategischen Partnerschaften“ mit Litauen und der Ukraine wurden im Sinne dieser Theorie ausdrücklich nicht als Aufbau einer antirussischen Front oder einer polnischen Vermittlerrolle zwischen West und Ost begriffen, da Polen hierzu die notwendigen Mittel fehlten.<sup>276</sup> „Im Gegenteil, die Zusammenarbeit wird umso wahrscheinlicher und effektiver, wenn Russland wissen wird, dass in diesem Teil Europas [Ostmitteleuropa, S.G.] ein starker Block von kooperierenden Staaten entstanden ist (...)“.<sup>277</sup> Die polnischen Außenminister betonten seit 1989 immer wieder, dass Polen die Einführung westlicher Standards in den östlichen Nachbarstaaten begünstigen und gleichzeitig Exporteur von Stabilität in diese Region sein wolle. In die-

<sup>272</sup>Aussagen von „Polen als Frontstaat“ oder „Polen als Bollwerk der christlichen Zivilisation“ findet man dagegen nur ganz zu Anfang des Untersuchungszeitraumes (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen; Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 31. Sitzung, 7.9.90, Rede von Außenminister Skubiszewski; SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 26).

<sup>273</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Marian Piłka (ZChN). Zur Rolle der Minderheiten siehe Kapitel 5.2.

<sup>274</sup>O czym i jak rozmawiać z Rosją, Rzeczpospolita, 4.4.96, Aussage von Longin Pastusiak (SLD); BIELEŃ 1997: 27.

<sup>275</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Józef Oleksy.

<sup>276</sup>WÓYCICKI 1993. Der bekannte polnische Historiker Wojciech Materski sprach etwa für die Zwischenkriegszeit von Polen als einem „Schild“ Europas gegen den Osten (MATERSKI 1995).

<sup>277</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Leszek Zieliński (BBWR); ähnlich Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Reden von Bogdan Borusewicz und Andrzej Wielowieyski; siehe auch die Aussage des ehemaligen Außenministers Rosati, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01].

sem Sinne sei Warschau nicht Brücke zwischen der EU und Russland, sondern eher ein Beispiel für Russland und die weiteren GUS-Staaten.<sup>278</sup> Vielleicht am deutlichsten auf den Punkt brachte Jakub Wołásiewicz, Leiter der Abteilung „Europa II“ im MSZ im Juni 1993 die Idee dieser Magnettheorie: „Ziel der Ostpolitik ist eine Ermunterung aller unserer Nachbarn dazu, dass gewisse Standards oder europäische Vorbilder, die wir schon vor einigen Jahren als leitend anerkannt haben, auch in diesen neu entstandenen Staaten eingeführt werden.“ Dabei betonte er, dass Polen sich keine Belehrungen erlauben dürfe, sondern es um einen Informationsaustausch gehe, bei dem die östlichen Nachbarn auch von polnischen Fehlern lernen könnten.<sup>279</sup>

Auch die Idee von Polen als einem „Sprungbrett nach Osten“ unterstrich in ähnlicher Weise: „Es geht um den Bau eines Brückenkopfes in das größere Europa, das in Zukunft in Sicherheitsfragen auf eigenen Beinen stehen muss; ein Europa, das im Verlauf der Zeit auch Russland an sich heranziehen wird.“<sup>280</sup>

**Polen als Handelsstaat:** Im Untersuchungszeitraum stieg das polnische Außenhandelsdefizit beinahe unaufhörlich an und erreichte insbesondere Ende der neunziger Jahre Werte von deutlich über fünf Prozent des jährlichen BIP, ein volkswirtschaftlich bedenklicher Wert.<sup>281</sup> Dazu trug der stark gestiegene Import aus der EU und der vor allem Anfang der neunziger Jahre und erneut 1998/99 im Zuge der russischen Finanzkrise stark gefallene polnische Export in die GUS-Staaten bei.<sup>282</sup> Deshalb waren die Bemühungen Warschaus, dem übermächtigen russischen Einfluss auf das Land am Dnipro (Dnjepr) die eigene Präsenz in der Ukraine entgegenzusetzen, nicht nur von politischen Überlegungen diktiert, sondern entsprachen auch einer kühlen volkswirtschaftlichen Kalkulation. Das Argumentationsmuster „Handel um jeden Preis mit Russland und den weiteren GUS-Staaten, um den Lebensstandard in Polen zu erhöhen und an den Westen verlorene Marktanteile zurückzuerobern“, wurde dabei (bis etwa 1996) von der SLD, teilweise der ZChN und vor allem (und bis heute) der PSL vertreten. Die Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien des Post-„S“-Lagers sowie Präsident Kwaśniewski vertraten dagegen die Argumentationsmuster „Osthandel ja – aber nicht um den politischen Preis der Verzögerung des polnischen NATO- und EU-Beitritts“ und „Osthandel als langfristige Perspektive für den polnischen Export“, wobei einzelne Akteure (vor allem aus der Publizistik) dem noch das Argumentationsmuster „Ausweitung des Osthandels, um den russischen Einfluss auf die Ukraine zu begrenzen“ hinzufügten. Insbesondere die Linie von Präsident Kwaśniewski veranlasste die SLD nach 1996 allmählich, die genannten Argumentationsmuster der Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien teilweise zu übernehmen und diesen ein deutliches Übergewicht im Diskurs zu geben, was insbesondere 2000/01 deutlich wurde.

**Polen zwischen Deutschland und Russland:** Dieses Identitätselement wurde vor allem in der Frage eines möglichen litauischen NATO-Beitritts nach dem Madrider NATO-Gipfel von 1997 (auf dem der polnische Beitritt beschlossen wurde) aktiviert. Alle wesent-

<sup>278</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski; Andrzej Olechowski, Pragniemy ocieplenie stosunków z Rosją, Rzeczpospolita, 18.2.94; KOBRIŃSKAJA 1998: 69.

<sup>279</sup>Jakub Wołásiewicz, Polska w Europie, Heft 12: 111-113, Protokoll der Diskussion.

<sup>280</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Jerzy Wierchowicz (UW).

<sup>281</sup>In Litauen betrug das Außenhandelsdefizit zwischen 1996 und 2000 sogar zwischen sechs und zwölf Prozent des BIP.

<sup>282</sup>Zu genauen Zahlen siehe Kapitel 6.2.

lichen Akteure unterstrichen dabei das Argumentationsmuster der *open-door policy* im Hinblick auf eine mögliche zweite Erweiterungsrunde. Um nicht selbst als antirussischer „Fronststaat“ zu erscheinen<sup>283</sup> und um an seinen Ostgrenzen freundschaftlich gesinnte Nachbarn zu haben, sprachen sich in Warschau alle wichtigen Akteure für einen litauischen NATO-Beitritt sowie für eine NATO-Russland- und eine NATO-Ukraine-Charta aus.<sup>284</sup>

Eine **Diskurshegemonie** bildete sich bis heute nur zögerlich, wenngleich kontinuierlich heraus: Die Frage „Strategische Partnerschaft mit Litauen und der Ukraine oder Ökonomisierung der Beziehungen mit allen Nachbarn“ wurde dabei zunehmend nicht als ein unauflösliches Spannungsverhältnis angesehen, sondern als eine aus den Grundideen der *Kultura* resultierende politische Linie, die beide Pole beinhalte. 1993/94 lässt sich insbesondere aufgrund der großen SLD/PSL-Mehrheit im Parlament noch keine Diskurshegemonie beobachten, wohl aber in den zwei untersuchten folgenden Zeitfenstern. Dafür war in erster Linie die Position von Präsident Kwaśniewski ab Jahresbeginn 1996 verantwortlich, der die unklare Haltung seines Vorgängers Wałęsa nicht weiterführte. Der Staatspräsident setzte deutlich auf eine Annäherung an Litauen und die Ukraine und bewegte sich mit diesem „gemäßigten Prometheus“ (GRYGAJTIS 2001: 47) auf Positionen des Post-„S“-Lagers zu. In den postkommunistischen Parteien, vor allem der SLD, übernahmen die Parteiführungen mehr und mehr Positionen des Staatspräsidenten, was insbesondere mit dem Antritt der Regierung Cimoszewicz deutlich wurde. Die folgende AWS/UW-Regierung und die sich tragende parlamentarische Mehrheit bezog während der Amtszeit von Außenminister Geremek deutlich Position für die „strategischen Partnerschaften“ mit Litauen und der Ukraine. Da sich jedoch gleichzeitig das Post-„S“-Lager immer mehr aufgliederte – sichtbar insbesondere an der öffentlichen ostpolitischen Debatte Anfang 2001, die von einer ungewöhnlichen Offenheit und Breite zeugte – und sich sogar Teile absplatteten, die die eher auf Ökonomisierung setzenden Positionen der PSL, der parlamentarischen Rechten oder der Samoobrona übernahmen, kristallisierte sich eine Diskurshegemonie heraus, die die Frage „Ökonomisierung der Beziehungen oder strategische Partnerschaften“ zwar als gegensätzliche, aber nicht als sich ausschließende Positionen sah. Das lässt sich auch durch die Positionen nach dem Regierungswechsel im Herbst 2001 belegen: Zwar kam es dabei zu einer Neuauflage der hier untersuchten Debatte, aber die Positionsdifferenzen waren weit entfernt von denen der Jahre 1993/94.

Die **Konvergenzthese** dieses Unterkapitels lässt sich für diese Fallstudie in mehrfacher Hinsicht belegen: Zum einen übernahm die SLD, zunächst durch Präsident Kwaśniewski, dann auch durch die gesamte Parteispitze ab 1996 die Ideen von Jerzy Giedroyc zur polnischen Ostpolitik und schwenkte damit auf die Linie der Post-„S“-Parteien ein, wodurch

<sup>283</sup>Zahlreiche Quellenverweise zu entsprechenden russischen Äußerungen siehe BRATKIEWICZ 1993: 128f, Anm. 2-8; CAŁKA 1995b: 94.

<sup>284</sup>KWAŚNIEWSKI 1997: 326 („Polen will die NATO- und EU-Mitgliedschaft nicht deshalb, um sich in einem vom Osten abgeschotteten Bunker zu verstecken“.); Premier Buzek am 17.2.99 in einer Ansprache vor dem Sejm, *Przegląd Rządowy* 3/1999: 52; Ansprache von Außenminister Geremek anlässlich des Austausches der ratifizierten Beitrittsdokumente, *Przegląd Rządowy* 4/1999: 72-74; SIWIEC 2001: 32; WIZIMIRSKA 1998: 163. Zuletzt bestätigte Präsident Kwaśniewski diese polnische Strategie auf der Sitzung des Nordatlantischen Rates am 13.6.01 in Brüssel. Auf diesem Gipfel gab auch NATO-Generalsekretär Robertson die Aufnahme weiterer Mitglieder für 2002 bekannt.

sich allmählich eine deutliche Diskurshegemonie ergab.<sup>285</sup> Ein weiterer Beleg für diese These ist die Positionsveränderung der PSL: Während sich die Partei 1993/94 vehement für eine Ausweitung des Osthandels aussprach, schwächten sich solche Aussagen ab 1997 (als die Partei in der Opposition war) als auch in den Jahren 2001 bis 2003 (als die Partei erneut Teil der Regierungskoalition war) deutlich ab. Auch die leiser gewordenen kritischen Stimmen der SLD-nahen Presse zu den Grundideen der „strategischen Partnerschaften“ mit Litauen und vor allem der Ukraine sowie zum Osthandel zeigten zumindest keine Tendenzen, die auf eine Abspaltung von der herrschenden Meinung innerhalb der SLD hindeuteten. Insbesondere im Zeitraum 2000/01 wurde schließlich deutlich, dass das postkommunistische und das Post-„S“-Lager gegenseitig eine Annäherung der Standpunkte feststellten: So betonte etwa Jerzy Marek Nowakowski, dass er während der Amtszeiten der Außenminister Rosati und Bartoszewski bereits auf die fehlende gedankliche Synthese in der polnischen Ostpolitik hingewiesen habe.<sup>286</sup> Ebenso unterstrich Daniel Fried, dass es *de facto* keine Unterschiede zwischen der Ostpolitik der Regierungen Cimoszewicz und Buzek gebe (FRIED 1999). Im Gegenzug lobte der ehemalige Außenminister Rosati ausdrücklich die Außenpolitik seines Vorgängers Skubiszewski.<sup>287</sup>

### 5.1.3 Die Debatte über den Charakter der polnischen Grenzen

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt Polen von der UdSSR seine neue Ost- und Westgrenze diktiert; das Land verlor dabei im Osten große Gebiete mit den wichtigen polnischen Zentren Lemberg und Wilna. Nur einmal nach 1989 wurde dieser Verlust im Parlament im Rahmen einer breiteren Diskussion angesprochen. Kein Abgeordneter sprach sich dabei offen für Grenzrevisionen aus.<sup>288</sup> Außenminister Skubiszewski betonte, dass zwar der Hitler-Stalin-Pakt von Anfang an illegal gewesen sei und das Jalta-Abkommen ohne Polens Einverständnis geschlossen worden sei. Die Regierung optiere dennoch für die Anerkennung des territorialen *status quo* und gegen die Haltung der ehemaligen Londoner Emigrationsregierung, da andere Lösungen nicht den eigenen Interessen dienten und nur mit Krieg zu erreichen seien (SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 24).

Nach 1989 stiegen die Zahlen der Besucher aus den östlichen Nachbarstaaten in Polen sprunghaft an, da die polnische Ostgrenze nach 1945 trotz des polnisch-sowjetischen

<sup>285</sup>Eine große Umfrage unter führenden polnischen Politikern zur Rolle der *Kultura* in der polnischen Ostpolitik enthält auch die Studie von KURCZEWSKA 2002: 125-152. Kwaśniewski betonte im November 1997, dass er zu den grundsätzlichen Zielen der polnischen Außenpolitik gegenüber Russland, der Ukraine Weißrussland und Litauen einen „überparteilichen Konsens“ feststelle (Rede von Präsident Kwaśniewski im OSW, 6.11.97, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1997: 323).

<sup>286</sup>Aussage von Jerzy Marek Nowakowski, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01].

<sup>287</sup>Aussage von Dariusz Rosati, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01].

<sup>288</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 31. Sitzung, 7.9.90. Die Aussagen von Dorota Symonides, Vorsitzende des Ausschusses für Auslandspolen und Polonia im Senat, belegen jedoch, dass es zumindest inoffiziell noch weitere ähnliche Stimmen gab. Die Senatorin erwähnte Briefe von Polen aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine, in denen sie gebeten wurde, keine „verantwortungslosen polnischen Parlaments-Emissäre“ mehr zu senden, die den lokalen Polen die Rückkehr von Lemberg und Wilna an Polen verkündeten und vor dem polnischen Heiligtum der *Matka Boska Ostrobramska* in Wilna ein Kärtchen mit einem diesbezüglichen Gebet hinterließen (Auswärtiger Ausschuss, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Dorota Symonides).



Abkommens von 1979<sup>289</sup> über visumfreien Reisverkehr nur schwer zu passieren<sup>290</sup> und zudem auf sowjetischer Seite streng bewacht war. Die liberale Handhabung des Grenzverkehrs durch die polnischen Behörden ließ einen florierenden, teilweise illegalen Kleinhandel aufkommen. Viele Stimmen in Polen riefen deshalb nach einer Einschränkung des Grenzverkehrs, verstärkt ab 1997 durch die Einbeziehung des Schengener Übereinkommens in den *acquis communautaire*.

Die Debatte über den Charakter der polnischen Ostgrenze soll erneut innerhalb von drei kürzeren Perioden (November 1992 bis April 1993, 1997/98 und 2000/01) beleuchtet werden, in denen ein besonders intensiver Diskurs zu dieser Frage stattfand. Bewusst wird dabei die Anzahl der berücksichtigten Diskurssträger schrittweise ausgeweitet – entsprechend der Beteiligung an dieser Debatte.

### 5.1.3.1 Der Auftakt: Die Sejm-Debatte über die Euroregionen 1993

Am 14. Februar 1993 unterzeichneten Vertreter lokaler Gebietskörperschaften aus Polen, der Ukraine, der Slowakei und Ungarn ein Übereinkommen über die Errichtung der Euroregion „Karpaten“, nachdem bereits im Dezember 1991 die Euroregion „Neiße“ mit polnischer Beteiligung gegründet worden war. Ziel des Abkommens war vor allem die Errichtung von Telefonverbindungen, Informationszentren für Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie die Planung neuer Straßen und Eröffnung neuer Grenzübergänge. Zuvor hatte Polen im Januar 1993 die Konvention des Europarates über grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterzeichnet.<sup>291</sup> Die eine Woche später folgende Sejm-Debatte zur Gründung der **Euroregion** Karpaten zeigte exemplarisch die polnischen Empfindlichkeiten hinsichtlich der traumatischen Vergangenheit der Teilung und des Verlustes des eigenen Staates und gleichzeitig auch hinsichtlich der gerade erst wiedergewonnenen vollständigen innen- und außenpolitischen Souveränität.<sup>292</sup>

Besonders starke Vorbehalte und Ablehnung kam von der parlamentarischen Rechten: Die christlich-nationale Regierungspartei(!) **ZChN** warf der Regierung vor, eine neue „Teilung Polens“ zu betreiben, sah „dunkle Kräfte“ am Werk, „die den Plan einer Demontage der polnischen Grenzen“ verfolgten und erwähnte angebliche ukrainische Territorialforderungen.<sup>293</sup> Die **KPN** wie auch die **PC** lehnten ebenfalls das Konzept der Euroregionen deutlich ab und behaupteten, dass nur die Abgeordneten der liberalen UD in den Gestaltungsprozess einbezogen waren.<sup>294</sup> Die PC konnte sich zwar eine Zusammenarbeit souveräner Staaten vorstellen, forderte aber einen baldigen polnischen EU-Beitritt „als ganzes Land, nicht in Scheiben“.<sup>295</sup> ZChN und (moderater) auch die PC sprachen sich auch nach der Folgedebatte am 3. März 1993 gegen die Einrichtung von Euroregionen aus und bezeichneten sie als Unterminierung der territorialen Integrität Polens.<sup>296</sup> Wesentlich

<sup>289</sup>*Dziennik Ustaw* 1979, Nr. 87, Pos. 982, am 20.10.00 außer Kraft getreten.

<sup>290</sup>Zu Statistiken in dieser Hinsicht siehe Kapitel 6.3.

<sup>291</sup>DE WEYDENTHAL 1993: 6-8. Diese Konvention legt insbesondere fest, dass Euroregionen nicht die nationale Souveränität von Staaten beeinträchtigen dürfen und keinen Status als Rechtspersönlichkeit im völkerrechtlichen Sinne beanspruchen können.

<sup>292</sup>Es soll nicht verschwiegen werden, dass die Debatte auch nicht zuletzt wegen der mangelhaften Informationspolitik der Regierung so heftig ausfiel – so informierte etwa die Regierung das Parlament nicht über die Unterzeichnung der o.g. Rahmenkonvention des Europarates.

<sup>293</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 38. Sitzung, 20.2.93, Rede von Jan Łopuszański.

<sup>294</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 20.2.93, Reden von Artur Then (KPN), Sławomir Siwek (PC).

<sup>295</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 38. Sitzung, 20.2.93, Rede von Sławomir Siwek (PC).

<sup>296</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 38. Sitzung, 3.3.93, Reden von Marek Jurek, Marian Piłka,

gemäßiger äußerten sich die postkommunistischen *SLD* und *PSL*. Beide Parteien beklagten vor allem die mangelnde Informationspolitik der Regierung. Dabei war es die *SLD*, die (neben der *UD*) die Einrichtung der Euroregion noch am deutlichsten verteidigte.<sup>297</sup> Jedoch hatte sich noch kurz vor der Debatte die der *SLD* nahestehende *Trybuna* gegen die Einrichtung einer Euroregion „Pomerania“ ausgesprochen, da man „die polnische Identität dieser Gebiete“ bedroht sah.<sup>298</sup> Als einzige Partei, die das Vorhaben offen unterstützte, trat die *UD* auf. Sie betonte, dass durch die Einrichtung von Euroregionen niemand auch nur angedacht habe, Grenzveränderungen vorzunehmen und das polnische Justizministerium das Statut der Euroregion dementsprechend sehr genau geprüft habe.<sup>299</sup>

Der Außenminister gestand daraufhin zwar Fehler in der Informationspolitik, aber nicht in der Sache ein. Ziel sei die Erhöhung der Durchlässigkeit der Grenzen und die Abkehr von jeglichem Isolationismus. Er berief schließlich eine geschlossene Sitzung aller Fraktionsvorsitzenden ein, um einen Konsens über die Frage der Euroregionen herzustellen.<sup>300</sup>

Zur Frage einer möglichen **Einführung von Visa** hatte Ende 1992 eine Diskussion im Auswärtigen Ausschuss des Sejm und im April 1993 im Rahmen der außenpolitischen Generaldebatte stattgefunden. Dabei forderte der spätere ZChN-Vorsitzende Marian Piłka Maßnahmen gegen den enormen Zustrom von Kleinhändlern über die polnische Ostgrenze und brachte die Einführung von Visa ins Spiel, um eine „strikte Kontrolle über den Tourismus aus dem Osten [zu haben], der verschiedene Arten von Verbrechen mit sich bringt. Die Einführung solcher Beschränkungen bedeutet also keine Abkehr von diesen Ländern, sondern ist die Garantie von Sicherheit für die eigenen Staatsbürger.“<sup>301</sup> Ähnlich äußerte sich der ZChN-Abgeordnete Marek Jurek; und speziell zum Waffen- und Alkoholschmuggel über die polnische Ostgrenze auch Jan Kulas („S“).<sup>302</sup> Die Senatorin Dorothea Symonides merkte dazu kritisch an: „Wir haben ein kurzes Gedächtnis: Wir haben uns lange darum bemüht, dass der Westen sich uns gegenüber öffnet, und jetzt wollen wir auf sehr unchristliche Weise gegen Menschen aus dem Osten vorgehen?“<sup>303</sup> Außenminister Skubiszewski wies ferner auf das Gegenseitigkeitsprinzip bei der Visumeinführung hin, was wirtschaftliche Kontakte auch für Polen sehr erschweren könne.<sup>304</sup>

---

Antoni Bielewicz; ebenso der ZChN-Senator Ryszard Bender während der Debatte im Senat am 5.3.93 (PAP 5.3.93). Vgl. auch Wojciech Pięciak, *Tygodnik Powszechny*, 7.3.93, Interview mit Ryszard Czarnecki (ZChN).

<sup>297</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 38. Sitzung, 20.2.93, Reden von Zbigniew Mierzwa (PSL), Longin Pastusiak (SLD).

<sup>298</sup>Henryk Prawda, *Trybuna*, 6./7.2.93.

<sup>299</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 38. Sitzung, 20.2.93, Rede von Piotr Nowina-Konopka.

<sup>300</sup>RPPZ 1992: 298; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 38. Sitzung, 3.3.93, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>301</sup>Auswärtiger Ausschuss, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Marian Piłka.

<sup>302</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 30.4.93, Reden von Marek Jurek und Jan Kulas.

<sup>303</sup>Auswärtiger Ausschuss, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Dorothea Symonides. Am 19.12.92 tagte der Auswärtigen Ausschuss des Sejm speziell zum Thema der Verlängerung der Einreisemöglichkeit für Bürger der ehemaligen UdSSR auf der Basis von Einladungen. Der Sejm billigte diese Variante bis zum 30.6.93. Am 5.2.93 beriet sich der Ausschuss zu einem Gesetzentwurf zur Verschärfung der Einreisebestimmungen für Bürger der ehemaligen Sowjetrepubliken (RPPZ 1992: 299).

<sup>304</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen. Ebenso lehnte sein Nachfolger Olechowski Maßnahmen gegen die Kleinhändler ab, da nur durch die Bewegungsfreiheit in der Region eine gute Nachbarschaft entstehen könne (Auswärtiger Ausschuss des Senats, 17.2.94, Rede von Außenminister Olechowski).

### 5.1.3.2 Die Debatte über die polnische Schengen-Grenze 1997/98

Der Zeitraum 1997/98 eignet sich besonders gut zur Analyse dieser Debatte, da er die Einladung und den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU, die Verabschiedung des Amsterdamer Vertrages (Oktober 1997) und gleichzeitig die Positionen nach dem Inkrafttreten des neuen polnischen Ausländergesetzes und der dazugehörigen Ausführungsbestimmungen<sup>305</sup> (Januar 1998) umfasst. Zunächst wurde in Polen eine breite Diskussion über die Folgen des polnischen EU-Beitritts für Ostpolen und die polnische Ostgrenze vermieden.<sup>306</sup> Nach Verhandlungsbeginn mit der EU (April 1998) und dem ersten formellen Standpunkt der Regierung zur Übernahme der Bestimmungen des (nicht verhandelbaren) Schengener Abkommens „täuschten polnische Politiker höchsten Ranges die ukrainische [wie auch die weißrussische und russische, S.G.] Seite mit der Fata Morgana einer Verhinderung oder zeitlichen Verschiebung der Notwendigkeit eines Visums“.<sup>307</sup>

**5.1.3.2.1 Präsident** Präsident Kwaśniewski bezog zur Frage des Charakters der polnischen Ostgrenze nach dem polnischen EU-Beitritt erst 1998 Stellung: Auf der Sitzung des polnisch-ukrainischen Präsidentenkomitees im März 1998 versprach die polnische Seite die Aufrechterhaltung des Abkommens über visumfreien Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten auch nach dem polnischen EU-Beitritt (RPPZ 1998: 317). Ansonsten wies Kwaśniewski nur allgemein auf das Ziel hin, dass die Grenzen mit den östlichen Nachbarn kein Ort der Teilung, sondern der Begegnung seien und gleichzeitig Kriminalität und Schmuggel abhalten sollten.<sup>308</sup> Polen sei „gegen eine neue Teilung Europas“.<sup>309</sup> Noch im Juni 1998 unterstrich der Präsident in Kiev, dass die polnische Grenze auch nach dem EU-Beitritt offen bleibe.<sup>310</sup> Dagegen betonte der Präsident auf dem Bertelsmann-Forum im Juli 1998, dass Polen trotz der Bedenken hinsichtlich der Nachteile für die östlichen Nachbarn das Übereinkommen übernehmen wolle (KWAŚNIEWSKI 1998: 216). Erst im Januar 1999 modifizierte der Präsident seinen Standpunkt und bekannte gegenüber seinem Amtkollegen Kučma, dass Polen „so spät wie möglich“ die Einführung von Visa anstrebe.<sup>311</sup>

**5.1.3.2.2 Ministerrat** In der außenpolitischen Generaldebatte 1997 kündigte Außenminister Rosati zwar einen Dialog mit den Vertragsstaaten des Schengener Abkommens an, erwähnte jedoch nicht die möglichen Konsequenzen für die östlichen Nach-

<sup>305</sup>*Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 114, Pos. 739; *Dziennik Ustaw* 1998, Nr. 1, Pos. 1f.

<sup>306</sup>Nicht zufällig stammte der *de facto* erste deutliche Artikel in der polnischen Presse zu den Konsequenzen des Schengener Übereinkommens für die polnische Ostgrenze aus der Feder eines deutschen Journalisten (Klaus Bachmann, *Unijny szlaban na Bugu*, *Rzeczpospolita*, 10.2.98).

<sup>307</sup>NAJDER 2001b: 114. Ein Beispiel dafür ist der Artikel von Andrzej Olechowski, *Nie uciekajmy od naszych sąsiadów*, *Rzeczpospolita*, 18.2.98.

<sup>308</sup>Rede des Präsidenten auf dem Wirtschaftsforum in Rzeszów in Anwesenheit des ukrainischen und litauischen Präsidenten, 24.5.98, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1998: 155.

<sup>309</sup>Rede von Präsident Kwaśniewski in der Rechtsakademie Charkiv, 26.6.98, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1998: 203.

<sup>310</sup>Langsam geht den östlichen Nachbarn ein Licht auf, *Stuttgarter Zeitung*, 12.8.98. Die EU machte dagegen zum selben Zeitpunkt in Kiev deutlich, dass keine Lockerungen bei der Einreisepolitik für die Ukraine möglich seien (ebd).

<sup>311</sup>*Rzeczpospolita*, 15.1.99.

barn.<sup>312</sup> Trotz des Drucks aus Brüssel erklärte Außenminister Geremek im Februar 1998 (einen Monat vor Beginn der offiziellen EU-Beitrittsverhandlungen), dass die Europäische Kommission den polnisch-ukrainischen Vertrag über visumfreien Reiseverkehr akzeptieren müsse.<sup>313</sup> Gleichzeitig verteidigte er die Einführung der Ausführungsbestimmungen zum novellierten Ausländergesetz, die Spielraum zumindest in der Frage der Art und der Gebühr für ein Visum nach Polen ließen.<sup>314</sup> Während der außenpolitischen Generaldebatte **1998** betonte Außenminister Geremek, dass Polen sich an die Erfordernisse des Schengener Übereinkommens halten müsse, das durch den Amsterdamer Vertrag Teil des EU-Rechtsbestandes geworden sei.<sup>315</sup> Nachdem der Außenminister zunächst nur allgemein von der Pflicht zur Einführung von „Kontrollen“ an der Ostgrenze gesprochen hatte, wies er auf Nachfrage als erster polnischer Politiker öffentlich auf das Problem hin, dass „dort, wo bisher 500 Visa ausgestellt wurden, nun 500 000 Visa ausgegeben werden sollen“.<sup>316</sup> Der polnische Ministerrat akzeptierte jedoch im Juni 1998 mit der Annahme des „Nationalen Programms zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt“ auch die Anpassung Polens an das Visaregime der EU. Europaminister Czarnecki hatte dazu im selben Monat erklärt, Polen werde bis 2002 den Visumzwang für Ukrainer einführen.<sup>317</sup> Im September 1998 unterstrich der Außenminister jedoch in Kiev, dass Polen die Einführung von Visa für ukrainische Staatsbürger so spät wie möglich vornehmen werde.<sup>318</sup>

**5.1.3.2.3 Parlament** Die parlamentarische Diskussion während der außenpolitischen Generaldebatte **1997** nahm von Seiten der Abgeordneten keinerlei Bezug auf die Bestimmungen des Schengener Übereinkommens. Nur der Hinterbänkler Włodzimierz Puzyna (UW) wies am Ende der Debatte darauf hin, dass die von der öffentlichen Meinung gestellte Frage beantwortet werden müsse, welche Schritte Polen an seiner Ostgrenze unternehme, wenn eine der Bedingungen des EU-Beitrittes die Einführung von Visa für die östlichen Nachbarn sei.<sup>319</sup>

Bemerkenswert ist, dass außer vereinzelt parlamentarischen Anfragen auch **1998** keiner der Fraktionschefs in der außenpolitischen Generaldebatte die Folgen der Übernahme des Schengener Abkommens für die östlichen Nachbarn Polens ansprach. Erst gegen Ende der Debatte kritisierte der Abgeordnete Oleksy (SLD) die „Abdichtung“ der polni-

<sup>312</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8.5.97, Rede von Außenminister Rosati. Der Amsterdamer Vertrag, der das Schengener Übereinkommen zum Pflichtbestandteil des EU-Rechtsbestandes machte, wurde jedoch erst im Oktober 1997 beschlossen und trat im Mai 1999 in Kraft.

<sup>313</sup>DE WEYDENTHAL 1998; Bez wizy dla Ukraińców?, Rzeczpospolita, 26.2.98.

<sup>314</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen. Außenminister Rosati (SLD) hatte schon 1996 darauf hingewiesen, dass Russland und Weißrussland im Unterschied zur Ukraine und Litauen nicht zum Abschluss eines Rücknahmeabkommens mit Polen bereit seien (Polska w NATO to lepsze stosunki z Rosją, Rzeczpospolita, 1.8.96). Ein polnisch-litauisches Rücknahmeabkommen wurde dagegen am 13.7.98 unterzeichnet (Niechciany imigrant powróci, Rzeczpospolita, 14.7.98).

<sup>315</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Rede von Außenminister Geremek.

<sup>316</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen.

<sup>317</sup>Langsam geht den östlichen Nachbarn ein Licht auf, Stuttgarter Zeitung, 12.8.98.

<sup>318</sup>Wizy jak najpóźniej, Rzeczpospolita, 16.9.98.

<sup>319</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Włodzimierz Puzyna. Schon 1995 hatte jedoch der Wissenschaftliche Dienst des Sejm in einem Bericht auf die Bedeutung und die Folgen des Schengener Abkommens für Polen hingewiesen (ŁODZIŃSKI 1995).

schen Ostgrenze,<sup>320</sup> und der Abgeordnete Jagieliński (PSL) erwähnte die „Schließung“ der Ostgrenze durch das (noch von Innenminister Leszek Miller (SLD) erarbeitete) Ausländergesetz vom Juni 1997,<sup>321</sup> was für viele polnische Familien große Einkommenseinbußen bedeutet habe.<sup>322</sup> Keiner der beiden nahm jedoch Bezug auf die Erfordernisse des Schengener Übereinkommens.<sup>323</sup>

### 5.1.3.3 Die Debatte über die polnische Schengen-Grenze 2000/01

**5.1.3.3.1 Präsident** Im Untersuchungszeitraum 2000/01 unterstrich der Präsident weiterhin nur allgemein die Notwendigkeit, nach dem polnischen EU-Beitritt nicht die Tür nach Osten zu schließen. Polen müsse mit der EU eine Regelung finden, die den polnisch-ukrainischen visafreien Verkehr aufrechterhalte,<sup>324</sup> und habe die „moralische Pflicht“, die Grenz offen zu halten, „weil wir aus eigener Erfahrung gut wissen, was solche Einschränkungen bedeuten“.<sup>325</sup> Die Öffnung nach Osten liege im eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse. „Wir wollen kein Land sein, an dessen östlicher Grenze irgendein Vorhang zugezogen wird (...).“<sup>326</sup> Die Grenzen müssten geschlossen sein „für Kriminalität und illegale Migration, aber offen sein „für Menschen, Güter, Dienstleistungen und Kapital, Gedanken“.<sup>327</sup>

**5.1.3.3.2 Ministerrat** In ähnlichen Worten wie Kwaśniewski betonten Premier Buzek und der polnische Bevollmächtigte für die Verhandlungen mit der EU, Jan Kułakowski, dass die Regierung neue Barrieren und Trennungslinien an der polnischen Ostgrenze ablehne.<sup>328</sup> Je länger die Verhandlungen mit der EU um den polnischen Beitritt jedoch dauerten, desto zurückhaltender wurden die Aussagen der Diskursträger aus dem polnischen Ministerrat zur Frage einer offenen polnischen Ostgrenze: Polen werde die Visumfreiheit für Ukrainer erst am Tag des EU-Beitrittes aufheben, so die Position im Mai 2000 (PAP 24.5.00). „Ohne einen Hauch von Enthusiasmus“ sprachen sich polnische Regierungsvertreter seit Mai 1999 für die Akzeptanz des Schengener Übereinkommens aus.<sup>329</sup>

<sup>320</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Rede von Józef Oleksy.

<sup>321</sup>*Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 114, Pos. 739.

<sup>322</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Rede von Roman Jagieliński.

<sup>323</sup>Es fand weder in der zweiten (1993-1997), dritten (1997-2001) noch vierten Wahlperiode des Sejm (mit Ausnahmen von kleinen und großen Anfragen von Abgeordneten) eine gesonderte Debatte über die Frage der Einführung von Visa an der polnischen Ostgrenze statt. Eine ausführliche Dokumentation von Presseartikeln über die Folgen des neuen Ausländergesetzes vom Juni 1997 liefert dagegen ŁODZIŃSKI 1998b.

<sup>324</sup>RFE/RL Newline 18.1.00.

<sup>325</sup>Interview mit der tschechischen Zeitung *Právo*, 26.2.00, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2000: 59.

<sup>326</sup>Jeśli nie Unia to co?, Interview mit Präsident Kwaśniewski, *Głos Wielkopolski*, 12.6.00.

<sup>327</sup>Ansprache des polnischen Präsidenten zum 10. Jahrestag der Wiederaufnahme der polnisch-litauischen diplomatischen Beziehungen, 5.9.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 341.

<sup>328</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 71. Sitzung, 16.2.00, Reden von Premier Buzek und Jan Kułakowski.

<sup>329</sup>GROMADZKI 2001: 42; EU Commission, Report from the Screening (May 1999). Ein im Juli 2000 vom Ministerrat angenommener Kurzbericht erwähnte lediglich die „günstigen wirtschaftlichen Auswirkungen“ (d.h. die Schaffung von Arbeitsplätzen), die die Investitionen zur Sicherung an der polnischen Ostgrenze erbracht hätten ([www.ukie.gov.pl/dokumenty/RaportKorzysciKoszty.pdf](http://www.ukie.gov.pl/dokumenty/RaportKorzysciKoszty.pdf) [8.5.03]), nicht aber das drohende Ende des Grenzhandels, der für viele Familien in Ostpolen in den neunziger Jahren die Existenzgrundlage darstellte.

Erst Außenminister Bartoszewski konkretisierte im Februar 2001 die Vorstellungen des Ministerrates, wie die Reisefreiheit für die östlichen Nachbarn mit den Erfordernissen des Schengen Abkommen in Übereinstimmung gebracht werden könne. Er nannte dabei insbesondere die Ausgabe von Mehrfachvisa, Jahresvisa und billigen Visa, was speziell für die Auslandspolen wichtig sei.<sup>330</sup> In der außenpolitischen Jahresdebatte 2001 machte er deutlich, dass die Adaptierung an EU-Standards die Einführung von Visa für Bürger der GUS-Staaten notwendig mache und nannte die diesbezüglich notwendigen technischen Erfordernisse.<sup>331</sup> Der Außenminister gestand zu, dass die Einführung von Visa eher Kleinhändler treffe und auf diese Weise das organisierte Verbrechen kaum gestoppt werden könne. Er erinnerte daran, dass die Polen selbst Anfang der neunziger Jahre oft von diesem Kleinhandel gelebt hatten. Anfang des Jahres 2002 bekannte der Ministerrat dennoch, zum 1. Juli 2003 Visa für die Einreise von Staatsbürgern der Russischen Föderation, der Ukraine und Weißrusslands einführen zu wollen (LANG 2002: 26). Gleichzeitig wurde ein Plan vorgestellt, der die „maximale Zugänglichkeit [der Visa] sowie maximale Erleichterungen beim Grenzübertritt“ postulierte.<sup>332</sup>

**5.1.3.3.3 Parlament** Auch 2000/01 nahm die parlamentarische Diskussion über die Folgen der Einführung des Schengener Abkommens an der polnischen Ostgrenze keinen größeren Raum ein. Bis auf einzelne Anfragen der Abgeordneten blieb eine Auseinandersetzung auf die außenpolitischen Generaldebatten beschränkt. Die **SLD** kritisierte in erster Linie die Ausführungsbestimmungen zum Ausländergesetz und behauptete Verluste von „einigen Milliarden“ Złoty für Polen durch diese Regelungen.<sup>333</sup> Sie beanstandete jedoch nicht die grundsätzliche Einführung der Visa,<sup>334</sup> sondern forderte allenfalls Ausnahmen, etwa für den kleinen Grenzverkehr.<sup>335</sup> Während PSL und AWS zu diesem Thema weitgehend schwiegen, schlug die **UW** die Beibehaltung der visumfreien Einreise für Polen in die Ukraine bei gleichzeitiger Visa-Erfordernis für nach Polen reisende Ukrainer vor.<sup>336</sup> Die wenigen Stimmen belegen, dass die Debatte im Parlament allenfalls verhalten geführt wurde, aber es war erstaunlich, dass die Abgeordneten auch während der dritten großen polnischen Parlamentsdebatte über den EU-Beitritt die Frage der polnischen Ostgrenze als EU-Außengrenze übergingen. Nur einer von etwa 20 Rednern stellte eine einzige Frage über die Folgen der Übernahme des Schengener Abkommens für Ostpolen.<sup>337</sup>

<sup>330</sup>WSPÓLDECYDOWAĆ 2001: 81; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Antwort von Außenminister Bartoszewski auf Fragen.

<sup>331</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski. Unter anderem wurde das Ausländergesetz novelliert (*Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 42, Pos. 475).

<sup>332</sup>Polska wprowadzi wizy dla wschodnich sąsiadów w połowie 2003 roku, Rzeczpospolita, 13.2.02.

<sup>333</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 78. Sitzung, 9.5.00, Rede von Tadeusz Iwiński.

<sup>334</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Włodzimierz Cimoszewicz; vgl. auch das Interview mit Józef Oleksy, Prager Zeitung, 20.9.01.

<sup>335</sup>Interview ausländischer Journalisten im Beisein des Autors mit den Abgeordneten Cimoszewicz (SLD) und Wujec (UW), 20.11.00, organisiert von der Batory Stiftung. Ähnlich Piotr Kościński, Wizy jako symbol, Rzeczpospolita, 4.12.00.

<sup>336</sup>Interview ausländischer Journalisten im Beisein des Autors mit den Abgeordneten Cimoszewicz (SLD) und Wujec (UW), 20.11.00, organisiert von der Batory Stiftung.

<sup>337</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 71. Sitzung, 16.2.00, Anfrage von Gabriel Janowski.

**5.1.3.3.4 Medien und Öffentlichkeit** Erstaunlicherweise erfasste die Debatte über die polnische Ostgrenze als Schengen-Grenze erst 1999/2000 eine breitere Öffentlichkeit.<sup>338</sup> Dabei dominierten die Stimmen, die die polnische Regierung aufforderten, den östlichen Nachbarn endlich reinen Wein einzuschenken. Die Einführung von Visa wurde als „notwendiges Übel“ und als „Niederlage“ (GROMADZKI 2001: 42, 50) für Polen angesehen, da Warschau an einer freundschaftlich geöffneten Ostgrenze gelegen sei (CICHOCKI/KONIECZNA 2000: 41).

Eine deutliche Mehrheit der Stimmen in den polnischen Printmedien brachte jedoch insbesondere zwei Argumente hervor, um (über die neu gewonnene Freizügigkeit für Polen innerhalb der EU hinaus) die Einführung von Visa für die Bürger der Ukraine, Weißrusslands und Russlands zu rechtfertigen.<sup>339</sup>

a) Der Kleinhandel der „Ameisen“ genannten Handelstouristen sei ohnehin bereits seit Mitte der neunziger Jahre aufgrund des gestiegenen Lebensniveaus in Polen rückläufig.<sup>340</sup> Ferner habe nicht die schärfere Anwendung der Ausführungsbestimmungen des Ausländergesetzes von 1997 den Grenzhandel zurückgehen lassen, sondern in erster Linie die russische Wirtschaftskrise des Jahres 1998, was an den Zahlen des ersten Halbjahres 1998 ersichtlich sei.<sup>341</sup> Eine Einschränkung des Kleinhandels bedeute gleichzeitig ein Aufleben des offiziellen Handelsaustausches und damit der wirtschaftlichen Entwicklung der grenznahen Regionen.<sup>342</sup>

b) Die Einführung von Visa diene der „Zivilisierung“ der Grenze und der Beendigung des „kranken Zustandes“,<sup>343</sup> mittels „Voucher“ und Einladung einzureisen. Keinesfalls sei das System der Schengen-Visa mit einer unberechenbaren sowjetischen *sistema* zu vergleichen.<sup>344</sup> Durch die Einführung von Visa könnten vielmehr gezielt Erleichterungen für Personengruppen (Schüler, Verwandte, Funktionäre aus Selbstverwaltung und Kultur) geschaffen werden; dazu seien zehn bis 15 neue polnische Konsulate in der Ukraine, Weißrussland und Russland notwendig.<sup>345</sup> Trete Polen jedoch nicht dem Schengener Abkommen

<sup>338</sup>Ein erster ausführlicher und beachteter Beitrag war dabei BACHMANN 1999: 111-123. Siehe auch NOWAKOWSKI 1998: 8 und die Expertendiskussion bei BECZALA 1998.

<sup>339</sup>In polnischen Meinungsumfragen (1994, 1998, 2002) bestätigte sich diese Auffassung. Die deutlich Mehrheit der Befragten antwortete, dass die Einführung von Visa für Polen günstig sei, wobei diese Haltung entlang der polnischen Ostgrenze noch stärker ausgeprägt war (www.cbos.com.pl, „Wschodnia granica Polski granicą Unii Europejskiej – przewidywane skutki zmian“ (1998) und „Wizy dla naszych sąsiadów wschodnich i problem Kaliningradu“ (2002) [7.5.02, 20.2.03]).

<sup>340</sup>Eine Diskussion über die Auswirkungen des polnischen EU-Beitrittes auf den offiziell registrierten Handel fand kaum statt (Wizy jako symbol, Rzeczpospolita, 4.12.00), nachdem deutlich geworden war, dass die polnischen Zollsätze nach dem EU-Beitritt ganz überwiegend sinken würden (PASZEWSKI 2000b: 28).

<sup>341</sup>Wojciech Maziarski, Szkodliwe poglądy, Tygodnik Powszechny, 4.2.01; Wojciech Maziarski, Gdzie jest mój sąsiad?, Gazeta Wyborcza, 6./7.1.01; Bartłomiej Sienkiewicz, Szkodliwe marzycielstwo, Tygodnik Powszechny, 21.1.01; Klaus Bachmann, Nie wierzyć dziur w systemie Schengen, Rzeczpospolita, 9.8.01; NAJDER 2001c: 83f.

<sup>342</sup>Aussage von Zdzisław Najder, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01].

<sup>343</sup>Zdzisław Najder, Polsko-ukraińskie asymetrie, Rzeczpospolita, 8.11.01; NAJDER 2001b: 116.

<sup>344</sup>Aussage von Zdzisław Najder, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und dem Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01].

<sup>345</sup>NAJDER 2001a: 299. Enttäuschend aus polnischer Sicht war ein Brief des ukrainischen Präsidenten Kučma an die EU-Kommission vom November 2001, in dem er die Frage der künftigen Visaeinführung für Ukrainer ansprach, dabei aber überhaupt nicht auf die polnischen Vorschläge einging oder sich auf sie berief. Das zeigte, dass Polen „ein von Kiev ignoriertes Anwalt der Ukraine“ (NAJDER 2001b: 115) war –

bei, sei man zwar nach Osten hin offen, bleibe aber außerhalb des gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Raumes der EU und sei damit genau die Pufferzone, die man auf keinen Fall sein wolle.<sup>346</sup>

Jerzy Marek Nowakowski merkte zu dieser Diskussion kritisch an, dass die polnische Haltung zur Einführung von Visa für die östlichen Nachbarn den Befürchtungen des Westens gleiche, als Polen sich Anfang der neunziger Jahre um die Abschaffung der Visa für seine Staatsbürger in Westeuropa bemühte. Vor allem die polnischen politischen Eliten fühlten sich bereits als Angehörige eines exklusiven Klubs.<sup>347</sup> Ein ähnliches Ergebnis zeigte jedoch auch eine polnische Meinungsumfrage des Jahres 2001, in der 50 Prozent der Befragten eine Einführung von Visa auch für Ukrainer als günstig erachteten.<sup>348</sup>

Die Schlussfolgerung, Polen müsse im eigenen Interesse auf alle Sonderregelungen in der Frage der Erteilung von Visa insbesondere gegenüber den Ukrainern verzichten, wurde nur von wenigen Diskussionsteilnehmern vertreten.<sup>349</sup> Eine deutliche Mehrheit der Diskurs-träger präsentierte zahlreiche Vorschläge, innerhalb der Bestimmungen des Schengener Übereinkommens flexiblere Lösungen zu entwickeln,<sup>350</sup> die jedoch keinesfalls das Schengener System aufweichen, sondern den Spielraum seiner Ausführungsbestimmungen nutzen sollten.<sup>351</sup>

#### 5.1.3.4 Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie

Die **Wahrnehmung des Konfliktes** bewegte sich zu Anfang der neunziger Jahre zwischen den Positionen „volle Souveränität über die polnischen Grenzen und die Art des Grenzregimes“ sowie „Durchlässigkeit und Zivilisierung auch der polnischen Ostgrenze“.<sup>352</sup> Sie verschob sich in den zwei folgenden Untersuchungszeiträumen und bewegte sich zwischen die Pole „volle Übernahme des Schengen-Regimes“ und „weitgehende Modifizierung der EU-Bestimmungen“. Dabei sprach sich der Präsident allgemein „gegen eine neue Teilung Europas“ aus, überließ die notwendigen konkreteren Vorschläge jedoch dem Mini-

---

trotz der Tatsache, dass das Verhältnis von Polen und Ukrainern bei der Anzahl der Grenzübertritte an der gemeinsamen Grenze in etwa 1:19 betrug (NAJDER 2001b: 115).

<sup>346</sup>Aussage von Jerzy Marek Nowakowski, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, [www.batory.org.pl](http://www.batory.org.pl) [15.4.01].

<sup>347</sup>Aussage von Jerzy Marek Nowakowski, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, [www.batory.org.pl](http://www.batory.org.pl) [15.4.01].

<sup>348</sup>KONIECZNA 2001: 41; Wizy na wschodniej granicy, CBOS; Warszawa (Juni) 2001. Insbesondere Personen mit höherer Bildung sprachen sich in dieser Umfrage gegen die Einführung von Visa aus; die jüngste Altersgruppe (18-24 Jahre) befürwortete in überdurchschnittlicher Weise einen solchen Schritt.

<sup>349</sup>Klaus Bachmann, Nie wiercić dziur w systemie Schengen, Rzeczpospolita, 9.8.01; Jerzy Łukaszewski, W Unii nie ma miejsca dla Rosji, Rzeczpospolita, 30.10.01; Monika Mazur-Rafał, Głos za wprowadzeniem wiz, Rzeczpospolita, 18.1.02.

<sup>350</sup>Jakub Boratyński/Grzegorz Gromadzki: Uchylone drzwi – wschodnia granica rozszerzonej Unii Europejskiej ([www.batory.org.pl](http://www.batory.org.pl) [23.4.01]); Fundacja Batorego: Polska polityka wizowa ([www.batory.org.pl](http://www.batory.org.pl) [9.8.02]); NAJDER 2001c: 86.

<sup>351</sup>GROMADZKI 2001: 52, 62f. NAJDER 2001c: 87 nannte etwa die Erstellung einer Liste von Prioritäten, die insbesondere auch die polnischen Minderheiten umfassen sollte.

<sup>352</sup>Es war erstaunlich, dass die Gegner der Euroregionen sich bei der Eröffnung der Euroregion „Neiße“ noch kaum zu Wort gemeldet hatten (DE WEYDENTHAL 1993: 8), sondern erst bei der Diskussion über die Euroregion „Karpaten“, zumal die Euroregion „Neiße“ zusammen mit Deutschland gegründet worden war, dem in Polen Anfang der neunziger Jahre eher revanchistische Ansprüche nachgesagt wurden als der Ukraine oder der Slowakei.



sterrat und dem Parlament. An der Beteiligung von Medien und Öffentlichkeit wurde exemplarisch deutlich, wie sich dieser Diskurs nur allmählich erweiterte und erst ab 1999 eine echte Debatte auch in den polnischen Medien auslöste. Während viele Diskursträger zu Anfang der neunziger Jahre den **Konfliktgegner** noch in den liberalen Parteien (vor allem der UD) verorteten, lösten sich durch die zunehmende Bedeutung des Schengen-Raumes die Konfliktlinien über die Art des Grenzregimes deutlich auf: Die Diskursträger glichen ihre Haltung zur Art der neuen EU-Außengrenze zunehmend an ihre allgemeinen europapolitischen Positionen an.<sup>353</sup> Fundamental **alternative Handlungsanweisungen** in Abgrenzung zur Akzeptanz des Schengener Übereinkommens waren in dieser Debatte öffentlich nicht zu verzeichnen, da sich die Diskursträger der Bedeutung der Frage für den polnischen EU-Beitritt bewusst waren. Jedoch war (besonders deutlich 1997/98, aber auch noch 2000/01) der Wunsch nach einer Aufweichung oder zumindest Modifizierung des Schengener Übereinkommens vernehmbar. Die **Legitimation** der Haltung zum polnischen Grenzregime nach dem EU-Beitritt erfolgte ganz überwiegend mit der Begründung, ein „notwendiges Übel“<sup>354</sup> für eine polnische EU-Mitgliedschaft akzeptieren zu müssen. Teilweise wurde indes auch auf die Vorteile einer „Zivilisierung“ der Ostgrenze durch die Brüsseler Vorgaben hingewiesen. Alle Akteure schrieben der EU als **nicht-polnischem Akteur** in dieser Debatte eine übermächtige Bedeutung zu, sei es, um ihre eigene Position zu untermauern oder sich hinter den Brüsseler Argumenten zu verstecken.

In diesem Diskurs zeigte sich das **Identitätselement „Polen als europäisches Land“** besonders deutlich. Es wurde überwiegend mit den Argumentationsmustern „keine Isolationspolitik im eigenen Interesse“, „Polen als offenes Land“, sowie „Zivilisierung der Ostgrenze“ verwandt. Im Unterschied zum Diskurs des vorigen Unterkapitels wurde Polen dabei kaum als „Brücke zwischen Ost und West“ gesehen, sondern zunehmend als ein Teil des Westens.<sup>355</sup>

Während die Option „Durchlässigkeit und Zivilisierung auch der polnischen Ostgrenze“ noch 1993 nur von einer Partei (der UD) aktiv unterstützt zu werden schien und in den Medien noch kein größeres Echo hervorrief, wurden die Debatten 1997/98 und 2000/01 durch die Forderungen der EU nach einem restriktiven Grenzregime deutlich eingegrenzt, was sich erheblich auf die Herausbildung der **Diskurshegemonie** niederschlug: Dabei verwandten die wenigen Stimmen, die etwa 1993 eine Isolation und strenge Bewachung der polnischen Ostgrenze forderten, das Argumentationsmuster „Abdichtung der Ostgrenze zum Schutz der eigenen Staatsbürger und zur territorialen Integrität Polens“. Dagegen benutzte die ab 1997/98 sehr deutliche Mehrheit von Stimmen, die sich für die Einführung des Schengen-Regimes an der polnischen Ostgrenze aussprach, ein ganz anderes Argumentationsmuster: Sie forderten die Übernahme des „notwendigen Übels“ oder auch die „Zivilisierung“ der Ostgrenze, um das übergeordnete Ziel des EU-Beitritts zu erreichen.

<sup>353</sup>Wie stark der Druck aus den EU-Mitgliedsstaaten auf Polen war, das Schengener Übereinkommen unverändert zu akzeptieren, ist (aus ukrainischer Sicht) etwa dem Artikel in Den, 20.5.00 zu entnehmen („Paris – Warschau: Schließt die Ostgrenze.“).

<sup>354</sup>So etwa der Untertitel des Aufsatzes von GROMADZKI 2001.

<sup>355</sup>Eine Brücke sei Polen schon deshalb nicht, da das Land nur von Ost nach West, aber kaum in die umgekehrte Richtung, eine Verbindung darstelle (Klaus Bachmann, *Czy polski pomost prowadzi do nikąd?*, Rzeczpospolita, 5.8.00).

### 5.1.3.5 Die Konvergenzthese

Dieses Kapitel hatte neben dem methodischen Vorhaben der Diskursanalyse auch das Ziel, die **Konvergenz** von pro-russischen und pro-ukrainisch-weißrussisch-litauischen (d.h. im wesentlichen pro-ukrainischen) Ambitionen der polnischen Ostpolitik nach 1989 zu zeigen. Den pro-russischen Pol dieser Ostpolitik versinnbildlicht dabei das Schlagwort von der „Ökonomisierung der Beziehungen zu allen Nachbarn“: Diese Finnlandisierung<sup>356</sup> der polnischen Ostpolitik hatte insbesondere eine „Entpolitisierung“ der bilateralen Beziehungen Polens zu seinen östlichen Nachbarn, vor allem Russlands, zum Ziel, um so die wirtschaftlichen Aspekte der Zusammenarbeit ihre eigene „pragmatische“, von politischen Zusammenhängen losgelöste Logik entwickeln zu lassen.

Insbesondere aus den Zwischenergebnissen am Ende der drei Unterkapitel („Synthese“) ist deutlich geworden, dass noch zu Beginn der neunziger Jahre offen von der polnischen Außenpolitik gefordert wurde, eine politische Entscheidung *entweder* zugunsten Russlands *oder* zugunsten der drei historischen Nachbarn vorzunehmen. Nachdem diese Entscheidung mit dem NATO-Beitritt Polens zumindest nicht für Russland (wenn auch nicht für die drei historischen Nachbarn) ausgefallen zu sein schien, waren insbesondere Mitte der neunziger Jahre viele Diskursträger bemüht, diese grundsätzliche Wahl durch den Wunsch nach einer privilegierten polnisch-russischen Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen auszugleichen. Ende der neunziger Jahre waren jedoch auch diese Stimmen weitgehend verstummt: Eine erhöhte Aktivität auf den „Ostmärkten“ wurde zwar allgemein gefordert, betraf jedoch Russland genau so wie die drei historischen Nachbarn. Kaum noch ein Diskursträger verlangte eine „grundsätzliche Wahl“ der polnischen Ostpolitik zwischen Russland und den drei historischen Nachbarn.<sup>357</sup>

Man kann also festhalten, dass seit 1989 nicht nur eine solche Konvergenz stattgefunden hat. Vielmehr hat auch die Schwankungsbreite der Unterschiedlichkeit der Konzeptionen überwiegend kontinuierlich abgenommen. Dies hat nicht nur instrumentelle Gründe (wie die Wünsche nach einem verstärkten polnischen Export nach Osten und einem raschen EU-Beitritt suggerieren), sondern vor allem noch eine doppelte politische Dimension: Zum einen betonten polnische Diskursträger ganz überwiegend, dass man aus der Geschichte lernen müsse und nicht mehr versuchen dürfe, antirussische Bündnisse mit der Ukraine oder antiukrainische Bündnisse mit Russland zu schmieden. Unterstützt wurden sie in dieser Haltung zum anderen von der heute in Westeuropa dominierenden Sicht internationaler Beziehungen, die auf Integration setzt und die noch in der Zwischenkriegszeit gängigen Muster von Ausgrenzungen und Blockbildungen vermeiden möchte.

## 5.2 Der polnische Diskurs über polnische Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine und deren Minderheiten in Polen

Als im Februar 1989 Zbigniew Brzezinski in einem Zeitungsinterview für die Washington Post erklärte, die UdSSR werde für die folgenden 20 bis 30 Jahre das Zentrum ethnischer und nationaler Konflikte sein, fielen in sowjetischen Zeitungen harsche Worte

<sup>356</sup>Zum Begriff der „Finnlandisierung“ siehe Kapitel 3.2.

<sup>357</sup>Eine Ausnahme war etwa der Artikel von Andrzej Ziółkowski, *Chory zdrowy rozsądek*, *Rzeczpospolita*, 20.7.00.

der Kritik.<sup>358</sup> Indes hatte sich das „sowjetische Volk“ tatsächlich als Wunschtraum und Kunstprodukt stalinistischer Nationalitätenpolitik erwiesen und war spätestens 1989 vom Wiedererwachen gerade auch der polnischen Minderheiten in den Sowjetrepubliken widerlegt worden. In diesem Unterkapitel soll deshalb der Diskurs über die Warschauer Auslandspolen-Politik nach 1989 gegenüber den historischen polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine beleuchtet werden.<sup>359</sup> Diese Diskursanalyse wird daneben auch zeigen, dass die für Kapitel 5 belegte Konvergenzthese nicht für die Minderheitenfrage zutrifft. Deshalb werden bewusst ähnliche Zeitfenster wie in Kapitel 5.1 (1991/92, 1997/98, 2001/02) gewählt.

Heute ist in Polen wie in seinen östlichen Nachbarstaaten im wesentlichen rechtlich dafür Sorge getragen, dass alle Staatsbürger eines Landes über die selben Individualrechte (oft umstritten: gleichberechtigter Zugang zu öffentlichen Ämtern, (religiöse) Vereinigungsfreiheit<sup>360</sup>) verfügen und im allgemeinen rechtlich für einen Diskriminierungsschutz gesorgt ist. Mit diesen Abwehrrechten als „Freiheit vom Staat“ ist grundsätzlicher Schutz vor staatlicher Willkür, nicht aber unbedingt vor Assimilierung gegeben. Strittiger sind deshalb zumeist die Rechte, die auch „Beteiligung am Staat“ fordern und die nationale Minderheiten bewusst als eine *dissenting group* innerhalb eines demokratisch-neopluralistischen Staates verstehen. Dazu gehören etwa Verwendung der Muttersprache im öffentlichen Raum (insbesondere im Schulwesen) und Fragen der politischen Vertretung.<sup>361</sup>

### 5.2.1 Minderheitenrelevante Grundbegriffe

Da in minderheitenrelevanten Diskursen sehr häufig Fachtermini auftauchen, erscheint vor der eigentlichen Diskursanalyse ein kurzer Überblick zu wichtigen minderheitenrechtlichen Begriffen und zum Stand des Minderheitenschutzes unabdingbar. Dadurch können die Aussagen polnischer Diskursträger zum Thema dieses Unterkapitels besser verstanden und eingeordnet werden.

Völkerrecht und Soziologie kennen bislang noch keine allgemein akzeptierte Definition des Begriffes der **Minderheit**.<sup>362</sup> Umstritten sind insbesondere die jeweilige Gruppengröße, das subjektive Zugehörigkeitsgefühl und teilweise auch die erforderliche Dauer der Anwesenheit im betreffenden Land. Der Begriff der **nationalen Minderheit** wurde in Europa zuletzt mehrfach präzisiert: So scheint sich – im Einklang mit den Regelungen des Europarates und der OSZE – die Auffassung durchzusetzen, dass damit nur Personen ge-

<sup>358</sup>Dwa standarda Zbigniewa Bżesinskogo, Izwestja, 16.2.89; BRZEZINSKI 1989.

<sup>359</sup>Der naheliegende Vergleich zum polnischen Diskurs über die Minderheiten in Polen wird teilweise von der Dissertation von GAWRICH 2003 abgedeckt.

<sup>360</sup>Der Diskurs über die konfessionellen Minderheiten bleibt im folgenden außen vor. Dabei ist insbesondere das Verhältnis Polens zur katholischen Minderheit in Weißrussland bemerkenswert (vgl. etwa Biuletyn Białoruski OSW 1/1996: 52-60, STANKIEWICZ 1999: 188, STANKIEWICZ 2000: 196).

<sup>361</sup>Zur „politischen Vertretung“ gehören das Recht auf Selbstverwaltung, parlamentarische Repräsentation (die durchaus einmal die Funktion des Züngleins an der Waage spielen kann), die vorzugsweise Behandlung durch das Wahlrecht, die minderheitenfreundliche Einteilung der Wahlkreise und eine eventuelle Regierungsbeteiligung (BLUMENWITZ 1995: 43).

<sup>362</sup>THORNBERRY 1991: 158ff, HOFMANN 1995: 14, 200, Es ist jedoch zu fragen, inwieweit eine solche Definition notwendig ist oder nicht durch Auffächerung des Minderheitenbegriffs oder situationsbedingten Regelwerken ersetzt werden sollte (BLUMENWITZ 1995: 191). Eine zumindest in der rechtswissenschaftlichen Literatur weit verbreitete Definition (abgedruckt bei THORNBERRY 1991: 4) entwickelte sich aus der Diskussion um Art. 27 CCPR.

meint sind, welche die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Staates besitzen.<sup>363</sup> Unstrittig ist dagegen, dass der Begriff der **Selbstbestimmung** in aller Regel das Selbstbestimmungsrecht der Staaten, nicht der Minderheiten bezeichnet.<sup>364</sup> Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Westeuropa die Einsicht durchgesetzt, dass die **Integration**<sup>365</sup> verschiedener Volksgruppen in einem Staat nicht mit *nation building* gleichgesetzt werden darf. Weder die Zwischenkriegszeit mit ihrer überwiegend auf Separation angelegten Minderheitenpolitik noch das Einschmelzen von Nationalitäten in einem Einheitsstaat wie Jugoslawien oder der Sowjetunion haben die Utopie des ethnisch homogenen Nationalstaates verwirklicht; vielmehr ist heute der ethnisch inhomogene Staat mehr denn je eine Realität. Assimilierung oder Vertreibung gelten heute als völkerrechtswidrige Maßnahmen, deshalb muß die – auch politische – Integration der Minderheiten unter Wahrung ihrer kulturellen Identität das Anliegen eines modernen Staates sein (BLUMENWITZ 1995: 41, 150). Ein wichtiger Lösungsansatz zur Integration ist das Subsidiaritätsprinzip, das insbesondere für die politische Vertretung auf kommunaler Ebene im Rahmen einer kommunalen oder lokalen Selbstverwaltung<sup>366</sup> interessant ist, spielt sich doch die Sprach- und Kulturpflege vor allem im gemeindlichen Lebensbereich ab. So kann gerade in der Verbindung von kommunaler Selbstverwaltung und dem Minderheitenschutz „ein Schlüssel zur Wahrung der kulturellen Identität“ (BLUMENWITZ 1995: 91) liegen, der auch dem Souveränitätsprinzip Rechnung trägt.

Im **europäischen Minderheitenschutz**<sup>367</sup> garantiert seit 1950 die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) mit ihren zwölf Zusatzprotokollen – „a comprehensive bill of rights on the Western model“<sup>368</sup> – einen individualrechtlichen Minderheitenschutz, der vor allem ein Diskriminierungsverbot (Art. 14 EMRK) umfasst (HOFMANN 1995: 33, THORBERRY 1991: 306). Kein völkerrechtlich verbindliches Dokument im Sinne von Art. 102 UNO-Charta war die **KSZE-Schlussakte** von Helsinki. Ihre Bedeutung liegt jedoch

<sup>363</sup> Artt. 37 und 45 der litauischen Verfassung, Art. 35 der polnischen Verfassung, Art. 11 der ukrainischen Verfassung, Artt. 14 und 15 der weißrussischen Verfassung. Damit sind also nicht – wie etwa die Interpretationstendenz der UNO – ausländische Arbeitnehmer oder ausländische Staatsangehörige gemeint, auch wenn diese sich schon sehr lange im jeweiligen Staat aufhalten (HOFMANN 1995: 21, Anm. 34). Den Versuch einer gemeinsamen Definition liefert Art.13(2) des polnisch-litauischen Nachbarschaftsvertrages von 1994. Zur Definition von KSZE/OSZE und Europarat siehe HOFMANN 1995: 14.

<sup>364</sup> So etwa die UN Charta, der CCPR (*Dziennik Ustaw* 1977, Nr. 38. Pos. 167), die Helsinki-Schlussakte sowie die *Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations among Nations* der UNO. Kaum zu bestreiten ist jedoch das Recht einer Minderheit zumindest auf *innerstaatliche* Selbstbestimmung.

<sup>365</sup> Der polnische Minderheitenexperte Sławomir Łodziński definiert etwa „Integration in die Gesellschaft“ nicht als Assimilierung, „sondern als Akzeptierung unterschiedlicher kultureller Werte in einer ‚Gesellschaft für alle‘. Gesellschaftliche Integration verlangt nämlich notwendig kulturelle Kohäsion in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens“ (ŁODZIŃSKI 2000: 355). Als zugrundeliegendes Modell für solche Gruppenrechte (insbesondere lokale Verwaltungsautonomie und Zweisprachigkeit) wird in der wissenschaftlichen Literatur überwiegend die offene „Bürgergesellschaft“, nicht aber das von einer ‚Leitkultur‘ dominierte „ethno-kulturelle Volk“ gesehen (zu den Begriffen siehe ŁODZIŃSKI 2000: 355).

<sup>366</sup> Zur Definition der „kommunalen Selbstverwaltung“ vgl. Art. 2(1) der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung vom 15.10.85, BGBl. II, 1987: 65.

<sup>367</sup> Auf den weltweiten Minderheitenschutz wird hier nicht eingegangen, da insbesondere KSZE/OSZE und Europarat weitere Standards entwickelt haben.

<sup>368</sup> BROWNIE 1998: 578. Polen hat die EMRK am 19.1.93 und bis 2003 elf ihrer zwölf Zusatzprotokolle ratifiziert. Auch Litauen und die Ukraine haben die EMRK sowie jeweils neun Zusatzprotokolle ratifiziert. Weißrussland ist kein Mitglied im Europarat.

bis heute in der Akzeptanz gewohnheitsrechtlicher Prinzipien, in der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die im Konsensverfahren anzunehmenden Dokumente „zur Richtschnur ihres politischen wie rechtlichen Handelns zu machen“ (HOFMANN 1995: 34), und in der Kenntnisnahme, dass einige KSZE-Staaten auf demokratischen Wege positive Ergebnisse im Bereich des Minderheitenschutzes erzielt haben (BROWNLIE 1998: 582, THORNBERRY 1991: 249).<sup>369</sup> Nach 1989 wurde dieser europäische Ansatz zum Minderheitenschutz weiterentwickelt: Als ein Meilenstein kann dabei das *Kopenhagener Abschlussdokument über die menschliche Dimension der KSZE* vom 29. Juni 1990 gelten.<sup>370</sup> Die darin herausgestrichene Kernbedeutung des individuellen Willens entspricht der vorherrschenden Tendenz, Minderheitenschutz als eine Kombination aus überwiegend individualrechtlichen Normen zu verstehen, die durch einzelne Gruppenrechte – zu unterscheiden von der kollektiven Ausübung individueller Rechte – ergänzt werden können.<sup>371</sup>

Verbindliche Regelungen zum europäischen Minderheitenschutz wurden nach 1989 insbesondere vom Europarat erarbeitet. Ohne an dieser Stelle erschöpfend auf dessen Arbeit im Bereich Minderheitenschutz einzugehen, seien zwei besonders wichtige diesbezügliche Dokumente herausgegriffen: Zum einen verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarates 1993 die *Empfehlung 1201 (1993)*, die insbesondere aufgrund ihrer Selbstverwaltungsgarantien für Minderheiten nicht als allgemein verbindlich angenommen wurde.<sup>372</sup> Der Europarat empfahl daraufhin den Abschluss entsprechender bilateraler Verträge (BLUMENWITZ 1995: 47f) und erarbeitete ferner die *Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten* (FC). Sie enthält keine unmittelbar anwendbaren Normen (wie etwa die EMRK), sondern programmartige, *non self-executing* Verpflichtungen, die Ziele formulieren, zu deren Erreichen sich die Vertragsparteien bei gleichzeitiger Respektierung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Mitgliedstaa-

<sup>369</sup>Korb 1, Prinzip 7 sowie Korb 3, Teil IV, Punkt 8: „The Participating States on whose territory national minorities exist will respect the right of persons belonging to such minorities to equality before the law, will afford them the full opportunity for their actual enjoyment of human rights and fundamental freedoms and will, in this manner, protect the legitimate interests in this sphere“ (zit. nach THORNBERRY 1991: 251).

<sup>370</sup>Abgedruckt in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 17 (1990), Heft 9/10: 239-246. Die Ziffern 30 bis 40 des Dokuments zählen zum Minderheitenschutz insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetz, was die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten miteinbezieht, für alle Angehörigen nationaler Minderheiten „besondere Maßnahmen zur Sicherung der Gleichstellung mit anderen Staatsangehörigen zu ergreifen“ (HOFMANN 1995: 35). Ferner entscheiden nach herrschender völkerrechtlicher Meinung nicht die Staaten, sondern die Angehörigen nationaler Minderheiten selbst über ihre Zugehörigkeit zu einer Minderheit, ohne dass ihnen daraus Nachteile entstehen dürfen. Auch das Recht auf öffentlichen Gebrauch ihrer Sprache, auf Vereinigungsfreiheit und kulturelle Aktivitäten, auf Religionsausübung und auf grenzüberschreitende Kontakte wird garantiert. Als weitere Möglichkeit werden lokale und autonome Verwaltungseinheiten und ein Minderheitenschulwesen erwähnt.

<sup>371</sup>THORNBERRY 1991: 27f, HOFMANN 1995: 15. Dadurch wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Angehörige von Minderheiten in der Vergangenheit oft unter starkem Assimilierungsdruck vor allem in sprachlicher Hinsicht standen und einzelne Personen einer Minderheit eventuell gar nicht als Angehörige derselben betrachtet werden wollen, um nicht „ausgegrenzt“ zu sein. Der Beachtung dieses Grundsatzes folgen die Rahmenkonvention des Europarates zum Schutze nationaler Minderheiten (Art. 3(1)), der polnisch-weißrussische (Art. 14(2)), der polnisch-litauische (Art. 13(3)) wie auch der polnisch-ukrainische (Art. 11(2)) Nachbarschaftsvertrag.

<sup>372</sup>Sie empfahl insbesondere, „in the regions where they are in a majority, the persons belonging to a national majority shall have the right to have at their disposal appropriate local or autonomous authorities or to have a special status, matching the specific historical and territorial situation and in accordance with the domestic legislation of the state“ (zit. nach GÁL 1999: 11).

ten *verpflichten*.<sup>373</sup> Neu an der FC ist insbesondere ihr Abrücken von der lange Zeit vorherrschenden Sicht eines nur individuellen Minderheitenschutzes: Sie sieht zwar nicht explizit Kollektivrechte für Angehörige nationaler Minderheiten vor (Art.3(2)), doch können diese ihre Rechte durchaus „individuell *und* in Gemeinschaft“ mit anderen ausüben.<sup>374</sup> Eine effektive inhaltliche Kontrolle der Umsetzungspraxis der Mitgliedstaaten ist jedoch selbst bei gutem Funktionieren des staatlichen und nicht-staatlichen fünfjährigen doppelten Berichtssystems kaum möglich.

Die völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Minderheitenschutz aus multilateralen Verträgen gehen insgesamt „nicht über politische Bürgerrechte verbunden mit einem Diskriminierungsverbot hinaus“ (BLUMENWITZ 1995: 190). Ein Gruppenrecht auf politische Vertretung der Minderheiten oder auf Kulturautonomie ist weder im weltweiten noch im europäischen Rahmen durchsetzbar, auch wenn Soziologen und UNO-Menschenrechtsexperten dies immer wieder fordern.<sup>375</sup> Der Weg zu einem Minderheitenschutz, der von einer Staatengemeinschaft überwacht und durchgesetzt wird, ist „so fern wie eh und je“ (LOEBER 1997: 200). In den meisten europäischen Staaten hat sich jedoch heute offensichtlich zumindest die Einsicht durchgesetzt, dass die Anerkennung einer eigenständigen Identität nationaler Minderheiten nicht notwendig zur Gefährdung der territorialen Integrität führt, „sondern im Gegenteil diese eher stärkt, da Angehörige nationaler Minderheiten, die das berechtigte Gefühl haben, in ihrer Identität nicht gefährdet zu sein, den Staat, in dem sie leben, auch als 'ihren' Staat akzeptieren“ (HOFMANN 1995: 195).

## 5.2.2 Der polnische Minderheitendiskurs 1991/92

Als erster Untersuchungszeitraum wurde die Periode 1991/92 gewählt, da erst zu diesem Zeitpunkt eine Öffnung des Diskurses über Minderheiten stattfand.<sup>376</sup>

### 5.2.2.1 Präsident

Präsident Wałęsa schloss sich der aufgeschlossenen Regierungslinie Mazowieckis in der Minderheitenpolitik grundsätzlich an. Auf dem ersten Kongress der *Polonia* und der Auslandspolen im August 1992 betonte er insbesondere das „historisch schwere Schicksal“ der Auslandspolen und der *Polonia* und ihre „starke geistige Bindung“ an Polen: „Wo auch immer ihr seid und arbeitet – es verbindet Euch das gemeinsame Gefühl des Polentums (*polskość*). (...) Ich weiß, dass wir auf Euren heißen Patriotismus zählen können. Obwohl

<sup>373</sup>ESTÉBANEZ/GÁL 1998: 9f, HOFMANN 1995: 200, Anm. 730 und 203, Anm. 739. Folgerichtig wurde die FC nicht als weiteres Zusatzprotokoll zur EMRK aufgenommen, um nicht die als erfolgreiche angesehene Arbeit der Konventionsorgane der EMRK mit der oft hochpolitischen Minderheitenproblematik zu belasten (HOFMANN 1995: 39-54).

<sup>374</sup>ESTÉBANEZ/GÁL 1999: 17; GÁL 2000: 9. Polen, Litauen und die Ukraine haben diese Rahmenkonvention ratifiziert.

<sup>375</sup>So etwa KYMLICKA 1995, weitere bibliographische Angaben bei ŁODZIŃSKI 2000: 354, Anm. 14 und BRUNNER 2002. Zur Kontroverse um die Gewährung von Gruppenrechte und den Grundsatz der positiven Diskriminierung siehe zuletzt insbesondere RIEDEL 2001 und BRUNNER 2002.

<sup>376</sup>Zuvor war die Minderheitendebatte weitgehend den etwa 1990 noch gar nicht im Parlament vertretenen Mitte-Rechts-Parteien sowie den Altkommunisten überlassen gewesen, die insbesondere die Probleme der Polen in Litauen vorwiegend aus populistischen Gründen aufgriffen. Vor allem eine Senatsdebatte vom 7.9.90 trug dazu bei, den Minderheitendiskurs zu verbreitern und zu öffnen (SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 26).

wir in unterschiedlichen Ländern leben, müssen wir zusammen agieren und vereint über Polen als unser gemeinsames Ziel nachdenken“ (WAŁĘSA 1995: 90). Wałęsa setzte speziell Akzente in der Frage der polnischen Minderheit in **Litauen**.<sup>377</sup> Während er noch im Februar 1991 diesbezüglich zurückhaltende Schritte annahmte, die gleichzeitig „von polnischen Patriotismus und guter Nachbarschaftlichkeit“ geprägt (zit. nach SABBAT-SWIDLICKA 1991: 34) seien sollten, verschärfte der polnische Präsident seine Position nach der Auflösung der zwei polnisch dominierten Kreistage in Litauen im September 1991 erheblich: So empfing er den litauischen Präsidenten Landsbergis trotz dessen mehrmaliger Bitte nicht mehr in Warschau<sup>378</sup> und verwies ihn auf den Sejm-Marschall als Ansprechpartner (WIDACKI 2001: 80). Darauf folgte im Dezember 1991 ein öffentlich gewordener Briefwechsel zwischen den beiden Präsidenten, in dem Wałęsa zur Einhaltung internationaler Minderheitenstandards in Litauen aufrief und scharf Neuwahlen zu den aufgelösten Selbstverwaltungsorganen forderte.<sup>379</sup> Aufgrund dieser 1992 fortbestehenden Differenzen in der Minderheitenpolitik wurde die Haltung des Präsidenten innerpolnisch oft als starr und inkonsequent kritisiert.<sup>380</sup> Dagegen thematisierte der Präsident 1991/92 kaum die Situation der polnischen Minderheiten in **Weißrussland** und der **Ukraine**. Seine Reden im Sommer 1993 machten jedoch deutlich, dass Wałęsa im wesentlichen keine Behinderungen von ukrainischer oder weißrussischer Seite für die polnischen Minderheiten ausmachte.<sup>381</sup>

<sup>377</sup>Die polnische Minderheit in Litauen bewohnt die ärmsten Gebiete Litauens im Grenzgebiet zu Weißrussland und verfügt im Durchschnitt über den geringsten Bildungsstand der Nationalitäten Litauens (SOBCZAK 2000: 146, Anm. 26). Trotz der Sowjetisierung blieben ihre Bindung an die katholische Kirche und ihre polnischen Wurzeln bestehen. Ein wesentlicher Grund dafür war das funktionierende polnische Schulwesen in der LSSR sowie die Existenz eines polnischen Lehrerseminars (WIDACKI 1997: 149). Unter dem Russifizierungsdruck und den Phrasen der offiziellen Politik trat der polnisch-litauische Konflikt nicht zu Tage, was jedoch nicht bedeutete (so etwa SIENKIEWICZ 1999: 43), dass in jener Zeit unter der polnischen Minderheit keine antilitauischen Ansichten formuliert worden wären. In den beiden nahe Wilna gelegenen Kreisen Wilna-Land und Šalčininkai, in denen die Vertreter der polnischen Minderheit die Selbstverwaltungsorgane dominierten, sprachen sich die Kreisräte im Mai 1991 für die Schaffung einer politischen Autonomie für die Polen in Litauen oder gar für eine „Polnische Volksrepublik“ innerhalb der UdSSR aus. Die Haltung dieser Selbstverwaltungsorgane zum Augustputsch 1991 in Moskau verschärfte den Konflikt mit der litauischen Regierung (Polacy na Litwie – kalendarium konfliktu, Rzeczpospolita, 11./12.4.92). Auch bei der Abstimmung über die Unabhängigkeit Litauens am 11. März 1990 enthielten sich sechs von neun polnischen Abgeordneten des Obersten Rates der LSSR als einzige Deputierte der Stimme (BRODOWSKI 1993: 230, BRODOWSKI 1995: 115). Dafür stimmten lediglich die drei polnischen Abgeordneten Czesław Okińcyc, Zbigniew Balcewicz und Medard Czobot. In der ersten Hälfte des Jahres 1992 gab die Führung der polnischen Minderheit die Forderung nach einer politischen Autonomie jedoch auf.

Die polnische Minderheit folgte ihrer Führung jedoch explizit nur bei der Ablehnung der litauischen Unabhängigkeit (Umfrage zur litauischen Unabhängigkeit im Frühjahr 1991, Ergebnisse bei BRODOWSKI 1993: 229f) und dem (von den Litauern boykottierten) Referendum Gorbačevs über den Verbleib in der UdSSR. Dagegen stand die überwiegende Mehrheit der polnischen Minderheit in Litauen während des sowjetischen Angriffes auf das litauische Fernsehzentrum in Wilna auf der Seite der Litauer (WIDACKI 1997: 150f).

<sup>378</sup>Gazeta Wyborcza, 21./22.9.91.

<sup>379</sup>Rzeczpospolita, 17.9.91; RPPZ 1991: 141. Präsident Landsbergis bewertete die Formulierungen Wałęsas in den beiden Briefen vom 15. und 16.12.91 als „nicht prääsidentenhaft“ (Rzeczpospolita, 17.9.91, Fała emocji; Skubiszewski nie jedzie na Litwę, Rzeczpospolita, 20.12.91).

<sup>380</sup>WIZIMIRSKA 1996: 184. So sah er 1992/93 die Hauptaufgabe polnischer Ostpolitik – der höchsten Priorität der Integration in westliche Strukturen untergeordnet! – in der Hilfe für die polnischen Minderheiten in den ehemaligen polnischen Ostgebieten (Informator Kancelarii Prezydenta 24.2.-2.3.93: 15f).

<sup>381</sup>Bei seinem Besuch im Mai 1993 im ukrainischen Vinnyca rief der Präsident die Angehörigen der polnischen Minderheit auf, „Botschafter des Polentums“ zu sein, sich aber daran zu erinnern, dass die

### 5.2.2.2 Ministerrat

Auch bei der Analyse des Diskurses im Ministerrat fällt die beinahe ausschließliche Konzentration auf Fragen der polnischen Minderheit in **Litauen** auf: Die Regierung Mazowiecki war 1989/90 sehr zurückhaltend in ihrer Unterstützung für die Forderungen dieser polnischen Minderheit und wollte sich nicht dem Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten der UdSSR ausgesetzt sehen (SABBAT-SWIDLICKA 1991: 34, SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 25). „Bis zu einem gewissen Grade“ mache man die bilateralen Beziehungen von der Regelung der Minderheitenprobleme abhängig, lehne aber die Forderungen nach einer Territorialautonomie für die polnische Minderheit ab, um nicht mit ähnlichen Forderungen der nationalen Minderheiten in Polen konfrontiert zu werden.<sup>382</sup> Zu Anfang des Jahres 1991 äußerte sich Skubiszewski deutlicher und gab zu verstehen, dass ein fortbestehender litauischer Nationalismus die Aufnahme von guten Beziehungen unmöglich mache.<sup>383</sup> Die Auflösung der polnisch dominierten Selbstverwaltungsorgane in den Kreisen Wilna-Land und Šalčininkai Anfang September 1991 nannte der Außenminister einen „Stich ins Herz“ der polnischen Minderheit in Litauen.<sup>384</sup> Er überreichte wenige Wochen später während des Moskauer KSZE-Gipfels seinem litauischen Kollegen eine „in scharfem Ton gehaltene“ (HARTMANN 1993: 348) diplomatische Note, in der die Revidierung der Auflösungsentscheidung gefordert wurde. Der Außenminister sagte, die polnische Minderheit habe nur „angeblich“ den Augustputsch in Moskau unterstützt und die litauische Regierung habe dies als „Vorwand“ missbraucht.<sup>385</sup> In einem Kommuniqué wurde Wilna Verletzung des Völkerrechts und der Vereinbarungen der KSZE vorgeworfen (HARTMANN 1993: 348f). Ferner sagte Skubiszewski seine Reise nach Wilna ab. Statt des angestrebten polnisch-litauischen Vertrages unterzeichneten die Außenminister Saudargas und Skubiszewski am 13. Januar 1992 nur eine Deklaration, die sofort von litauischen und polnischen Nationalisten angegriffen wurde.<sup>386</sup> Dabei hatte Skubiszewski zunächst über die europäischen Minderheitenstandards hinaus eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft für die Angehörigen der polnischen Minderheit in Litauen sowie eine genaue Auflistung der Minderheitenrechte verlangt, konnte sich aber damit nicht durchsetzen.<sup>387</sup>

---

Zeiten des Nationalismus vorbei seien (WALĘSA 1995: 99, auch abgedruckt *in*: RPPZ 1993: 145, 149). Ähnlich äußerte er sich im Juni 1993 im weißrussischen Baranavičy gegenüber der polnischen Minderheit in Weißrussland und im weißrussischen Obersten Rat in Minsk (WALĘSA 1995: 107, 110-113, auch abgedruckt *in*: Biuletyn Stowarzyszenia Wspólnota Polska Nr. 21, 8-9/93: 5).

<sup>382</sup>Żeby nasze przeznaczenie o nas nie zapomniało, *Polityka*, 27.10.90; Antwort des Außenministers auf die Anfrage des Abgeordneten Ryszard Grajewski, *Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 47. Sitzung, 22.12.90, Anhang Nr. 2; Antwort des Außenministers auf die Anfrage des Abgeordneten Stefan Myszkiewicz-Niesiołowski, *Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 44. Sitzung, 23.11.90; Auswärtiger Ausschuss des Sejm, *Bulletin* Nr. 4, 4.1.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>383</sup>Interview mit Krzysztof Skubiszewski, *Gazeta Wyborcza*, 24.1.91.

<sup>384</sup>Upominamy się o prawa Polaków na Litwie, *Rzeczpospolita*, 11.9.91; Nie powinno się zdarzyć, *Rzeczpospolita*, 12.9.91.

<sup>385</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, *Bulletin* Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>386</sup>Litauen verzögerte die Abhaltung der Neuwahlen zu den beiden Kreistagen bis November 1992. Bei diesen von den Führern der polnischen Minderheit vielfach heftig eingeforderten Wahlen war jedoch die Wahlbeteiligung so niedrig, dass nicht die notwendige Anzahl von Abgeordneten gewählt werden konnte und die Wahlen deshalb wiederholt werden mussten (WIDACKI 2001: 80).

<sup>387</sup>HARTMANN 1993: 350. In der Frage der Staatsbürgerschaft leisteten etwa 90% der Angehörigen der polnischen Minderheit bis zum Stichtag die notwendige Loyalitätserklärung; in erster Linie deshalb, da Wilna bei der Privatisierung von Grund und Boden nur litauische Staatsbürger berücksichtigte (HARTMANN 1993: 350, KOBECKAITE 1993: 216).



Auch der neue Premier Olszewski betonte in seinem Regierungsexposé vom Dezember 1991 speziell die Situation der polnischen Minderheit in Litauen: „Besonders wollen wir die Schwierigkeiten entfernen, die nicht oder zumindest nicht vorrangig unseretwegen in den Beziehungen mit Litauen als Folge des Vorgehens [Litauens] gegenüber den dort lebenden Polen auftreten. Wir müssen feststellen, dass dieses Vorgehen nicht im Einklang mit den internationalen Standards steht.“<sup>388</sup>

Auch in seinem außenpolitischen Exposé vom 8. Mai 1992 hob Außenminister Skubiszewski unter den polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten die „schwierige Situation“ der polnischen Minderheit in Litauen hervor.<sup>389</sup> Dagegen betonte er, dass das Verhältnis der Behörden **Weißrusslands** und der **Ukraine** gegenüber den polnischen Minderheiten „keine größeren Probleme“ aufwerfe.<sup>390</sup> Nur von den litauischen Behörden forderte Skubiszewski Maßnahmen wie zweisprachige Ortstafeln. Ferner erklärte der polnische Ministerrat, er habe kein Interesse an einem Nachbarschaftsvertrag, solange Wilna nicht die minderheitenrelevanten Fragen der gemeinsamen Deklaration vom Januar 1992 einhalte.<sup>391</sup> Jedoch wollte der Außenminister den polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten zumindest eine „Brückenfunktion“ zuschreiben, die bessere Kontakte zwischen Polen und den östlichen Nachbarn ermöglichen könne<sup>392</sup> und gestand zu, dass sich 1992 (wie auch 1993) die Situation der polnischen Minderheit auch in Litauen verbessert habe.<sup>393</sup>

### 5.2.2.3 Parlament

Die Position des Parlaments im Minderheitendiskurs ist insbesondere durch die offizielle Schirmherrschaft des Senats über die *Polonia* und die Auslandspolen eine besondere.<sup>394</sup> Bemerkenswert war 1991/92 die Betonung der Situation der polnischen Minderheit in Litauen und der überwiegende Konsens aller Parteien oder zumindest das weitgehende Fehlen von expliziten Gegenstimmen in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik, gerade gegenüber den östlichen Nachbarstaaten: Insbesondere die **ZChN** forderte, den Charakter der Beziehungen zu den historischen östlichen Nachbarn von der Politik dieser Staaten gegenüber den polnischen Minderheiten abhängig zu machen.<sup>395</sup> Die Klärung des

<sup>388</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 3.Sitzung, 21.12.91, Exposé von Premier Olszewski.

<sup>389</sup>„Litauen hat seine Verpflichtungen gegenüber den in Polen lebenden Litauen nicht erfüllt. (...) Die Aufschiebung der Lokalwahlen, das diskriminierende Vorgehen in der Frage der Privatisierung und Reprivatisierung (...) lasten auf unseren Beziehungen. (...) Die Regierung der Republik Polen erwartet, dass die Schwierigkeiten durch Litauen beseitigt werden und dass Litauen seine internationalen Verpflichtungen einhalten wird“ (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Außenminister Skubiszewski).

<sup>390</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski. Nur am Rande waren Stimmen zu vernehmen, die etwa während des Besuchs von Premier Suchocka im November 1992 in Minsk den Stand des polnischen Schulwesens und der Garantien zur Ausübung der Muttersprache in Weißrussland beklagten (PALMOWSKI 1992: 149).

<sup>391</sup>Rowiązanie polskich rad na Litwie – raczej decyzja polityczna niż prawna, *Życie Warszawy*, 12.5.92.

<sup>392</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>393</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 29.4.93, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>394</sup>Zu Einzelheiten der Position des Senats siehe Kapitel 4.1.3.

<sup>395</sup>PIŁKA 1991; Marek Jurek, *Osuszanie bagna, Sprawa Polska 7-8/1992*; STACHURA 1992: 280. Ein „Memorandum über die Situation der Polen in Litauen“ der ZChN hatte bereits am 1.7.90 gefordert, die Unterstützung der Polen in Polen und Litauen für die litauische Unabhängigkeit von der Gründung einer politisch-territorialen Autonomie des Wilnagebietes abhängig zu machen. Um Moskau für dieses Memo-

polnischen Verhältnisses zu seinen historischen Nachbarn müsse mit der Regelung der Minderheitenproblematik beginnen und eine Territorialautonomie für die polnische Minderheit beinhalten.<sup>396</sup> Ihre Parteivertreter beschuldigten Außenminister Skubiszewski, das Problem der polnischen Minderheiten in der Ukraine und in Litauen zu vernachlässigen, erwähnten jedoch nicht die noch schwierigere Situation (etwa im Schulwesen) in Weißrussland.<sup>397</sup> Die Argumentation der ZChN zeigte insgesamt, dass man viel eher zu einem Kompromiss mit der bevölkerungsreichen Ukraine als mit dem kleinen Litauen bereit war (BRODOWSKI 1993: 222), Wilna der „Apartheid“ gegenüber der polnischen Minderheit beschuldigte und die Frage der gemeinsamen Grenze aufwarf.<sup>398</sup> Aber auch Abgeordnete der „S“ forderten eine Territorialautonomie für die polnische Minderheit in Litauen.<sup>399</sup> Die *SLD* hielt sich in Fragen der Minderheitenpolitik stark zurück. Sie beklagte 1992 lediglich die „diskriminierenden Entscheidungen gegenüber der polnischen Minderheit in Litauen“ und forderte die Einrichtung eines Informationssystems für das Polnische Radio in Wilna sowie Hilfen für polnische Zeitungen in Litauen.<sup>400</sup> Die Parteien der *Mitte* äußerten sich moderater: Piotr Nowina-Konopka (UD) warf der ZChN vor, bei ihrer Haltung nicht zu berücksichtigen, welche Folgen analoge Forderungen von deutscher Seite bezüglich der deutschen Minderheit in Oberschlesien hätten.<sup>401</sup> Zygmunt Berdychowski (PSL „S“) gab zu bedenken, dass die Situation der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine nicht losgelöst von der Situation der Litauer, Weißrussen und Ukrainer in Polen betrachtet werden könne.<sup>402</sup>

#### 5.2.2.4 Medien und Öffentlichkeit

Bereits vor 1991 hatten sich die polnischen Medien insbesondere mit der Situation der polnischen Minderheit in Litauen beschäftigt.<sup>403</sup> Diese Tendenz verstärkte sich ab August 1991 erheblich: Nach dem von den Führern dieser Minderheit unterstützten gescheiterten Moskauer Putsch und der Anerkennung der litauischen Souveränität auch durch die polni-

---

randum zu gewinnen, verlangte man die Hinzuziehung der litauischen Polen zu den litauisch-sowjetischen Verhandlungen (BRODOWSKI 1993: 229).

<sup>396</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 4, 4.1.92; Bulletin Nr. 7, 21.1.92.

<sup>397</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Marian Piłka. Weitere Abgeordnete der ZChN forderten eine Privilegierung der polnischen Minderheiten im Osten, etwa durch die Bereitstellung verbilligter Kredite (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Zygmunt Mogiła-Lisowski (ZChN)).

<sup>398</sup>So etwa der ZChN-Abgeordnete Marek Jurek (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 7, 21.1.92) und der ZChN-Senator Ryszard Bender (ZChN i X o prawie do Wileńszczyzny, Gazeta Wyborcza, 22.1.92; Edward Krzemień, Dwa nacjonalizmy, Gazeta Wyborcza, 28.1.92). Aus völkerrechtlicher Sicht gab es jedoch keinen Zweifel am Fortbestand der polnischen Ostgrenze nach 1989 (ANTONOWICZ 1992: 23).

<sup>399</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 43. Sitzung, 10.11.90, Anfrage von Stefan Myszkiwicz-Niesiołowski.

<sup>400</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Włodzimierz Cimoszewicz.

<sup>401</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Piotr Nowina-Konopka.

<sup>402</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Rede von Zygmunt Berdychowski.

<sup>403</sup>Ein erstes Zeichen des gewachsenen Interesses der Öffentlichkeit an den polnischen Minderheiten jenseits der Ostgrenze war ein langer Artikel vom Februar 1989 in einer polnischen Literaturfachzeitschrift. Darin wurde bemerkt, dass die polnische Minderheit im allgemeinen kein litauisch spreche und unter sich bleibe. „Gemischte Ehen“ mit Nicht-Polen würden abgelehnt, da sie nach sowjetischen Vorschriften den Verlust der polnischen Nationalität bedeuteten. Die Autorin unterstrich die Anhänglichkeit der litauischen Polen an ihre Heimat; kein Angehöriger der polnischen Minderheit wolle jedoch eine Revision der Grenzen (Zofia Kurzowa, Sytuacja społeczna i językowa Polonii litewskiej, Życie Literackie, 12.2.89).

sche Regierung erklärte etwa die bis heute sehr aktive „Föderation der [polnischen] Organisationen der ehemaligen Ostgebiete“ (*Federacja Organizacji Kresowych*) die staatliche Zugehörigkeit des Wilnagebietes zu einer völkerrechtlich offenen Angelegenheit.<sup>404</sup> Nach der Auflösung der von Polen dominierten Kreisträte rund um Wilna<sup>405</sup> durch die litauische Regierung begann in der polnischen Presse jedoch eine regelrechte **Kampagne**, in die auch zahlreiche gemäßigte Vertreter einstimmten: Sogar im liberal-katholischen *Tygodnik Powszechny* waren Stimmen zu vernehmen, die forderten, Wilna müsse wieder polnisch werden.<sup>406</sup> Der angesehene polnische Historiker und Litauen-Spezialist Piotr Łossowski äußerte sich 1991/92 mehrfach zustimmend zur Forderung der Selbstverwaltungsorgane in den von den sowjetisierten Vertretern der polnischen Minderheit dominierten beiden Kreisen nach einer territorialen Autonomie innerhalb Litauens für die Polen (ŁOSSOWSKI 1991: 26, ŁOSSOWSKI 1992). Łossowski griff gleichzeitig scharf die polnische Regierung und den Sejm an, denen er vorwarf, die Herstellung guter Beziehungen zu Litauen als eine vorrangige Frage zu betrachten, „auf deren Altar man die polnische Minderheit opfere“. Er wies darauf hin, dass die polnische Zwischenkriegsrepublik „in konsequenter und unnachgiebiger Weise die Rechte der polnischen nationalen Minderheiten in den angrenzenden Staaten“ geschützt habe und erklärte, die Frage der staatlichen Zugehörigkeit des Wilnagebiets sei „aus juristischer Sicht“ offen, da Polen niemals auf Wilna verzichtet habe.<sup>407</sup> Die FOK kritisierte auch die polnisch-litauische Deklaration vom Januar 1992 als polnische „Kapitulation“ und zog als Beleg dafür das polnische *Aide-mémoire* vom November 1990 heran.<sup>408</sup> Jedoch verurteilten selbst Persönlichkeiten, die sich offen für eine

<sup>404</sup>BRODOWSKI 1993: 231. Die mit der ZChN verbundene Presse hatte bereits nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung vom März 1990 gefordert, über die polnisch-litauische Grenze zu verhandeln und sie zumindest als Faustpfand für breite Rechte der Minderheiten einzusetzen (SOBCZAK 2000: 144). Diese Stimmen wurden im nachhinein vom ersten polnischen Botschafter in Litauen nach 1989, Jan Widacki, als „vollkommen unrealistisch“ bewertet (WIDACKI 1997: 148).

<sup>405</sup>Eine Folge dieser Auflösung war zweifellos die Behinderung des polnischen Schulwesens. Ferner wurden beim Prozess der Landrückgabe Grundstücke vielfach auch dann an Litauer vergeben, wenn Polen Alteigentümersprüche geltend gemacht hatten. Die von der litauischen Regierung eingesetzten Kommissare konnten sich bei dieser Politik der „vollen Unterstützung“ (WIDACKI 2001: 78) der Zentralregierung sicher sein. Hinzu kamen Parolen prominenter litauischer Politiker von der Notwendigkeit einer „Re-Litauisierung“ der von Polen bewohnten Gebiete.

<sup>406</sup>Tygodnik Powszechny, 29.9.91. Die litauische Regierung erklärte gleichzeitig die polnischen Abgeordneten der Lokalvertretungen nicht zu Polen, sondern zu „Bolschewisten“ (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 14).

<sup>407</sup>Kompleks Polski, Przegląd Tygodniowy, 20.10.91. Selbst der interne Bericht des OSW über die polnisch-litauische Deklaration läßt die Gereiztheit der polnischen Seite spüren (Jacek Borkowicz, Biuletyn Tygodniowy OSW, Nr. 2, 17.1.92, Deklaracja polsko-litewska).

<sup>408</sup>HARTMANN 1993: 351. Auf Bitte der litauischen Regierung hatte die polnische Regierung Wilna am 26.11.90 ein ausführliches *Aide-mémoire* unterbreitet, das die Belange der polnischen Minderheit im Rahmen europäischer Standards und einer breiten kulturellen, nicht aber politischen Autonomie regeln sollte (abgedruckt in: Lithuania 1/1991: 17-21). Insbesondere enthielt das Dokument folgende Punkte: die Zulassung des Polnischen als lokale Amtssprache in Gebieten mit erheblichem polnischen Bevölkerungsanteil; ein ungehindertes polnisches Schulwesen; die freie Betätigung polnischer, im Rahmen der litauischen Verfassung agierender Organisationen; Pressefreiheit für polnische Zeitungen; die Ausweitung polnischsprachiger Sendungen in Rundfunk und Fernsehen sowie die Schaffung polnischer Kulturzentren. Dieser Katalog rief als „nicht ausreichend“ sowohl scharfen Protest der polnischen Minderheitenverbände als auch der nationalen Rechten in Polen hervor, deren Postulate das Dokument ansonsten weitgehend enthielt (WIDACKI 2001: 76, SOBCZAK 2000: 145f).

polnisch-litauische Aussöhnung aussprachen, die Auflösung der Kreisräte.<sup>409</sup>

Gleichzeitig gab es aber auch zahlreiche Stimmen, die zur **Mäßigung** und zum **Kompromiss** aufriefen. Dabei tat sich die römisch-katholische Kirche Polens mit offenen Worten sehr schwer: Erst Anfang 1992 ergriff Primas Glemp eine Initiative zur Versöhnung beider Seiten und gestand ein, dass die Stimme der Kirche zuvor nicht zu hören gewesen war.<sup>410</sup> Adam Michnik warnte davor, die Frage der polnischen Minderheit in Litauen zu verabsolutieren und wies auf die theoretische Möglichkeit hin, dass die deutsche Minderheit in Oberschlesien ähnliche Forderungen stelle und die deutsche Presse ähnlich darüber berichte: „Für die Regierung unseres Staates kann das Schicksal der Polen jenseits unserer Ostgrenze nicht gleichgültig sein. Ebenso kann das Schicksal ihrer in unserem Staat wohnenden Landsleute für die litauische, weißrussische oder ukrainische Regierung nicht gleichgültig sein. Aber diese Sorge darf nicht zur Verhetzung führen. Sie muss zur Versöhnung führen.“<sup>411</sup> Auch von Seiten der polnischen Minderheit in Litauen waren auf Ausgleich bedachte Stimmen zu vernehmen: Zbigniew Balcewicz, Chefredakteur des in Wilna erscheinenden *Kurier Wileński*, schrieb in der *Gazeta Wyborcza*, dass sowohl polnische als auch litauische Nationalisten verantwortlich für die Probleme zwischen Warschau und Wilna in der Frage der polnischen Minderheit seien.<sup>412</sup> Insbesondere Leon Brodowski, Vorsitzender des „Allpolnischen Klubs der Litauen-Liebhaber“ betonte explizit den polnischen Anteil an den schlechten polnisch-litauischen Beziehungen und hob den negativen Einfluss der polnischen Medien, einzelner Parteien und extremistischer polnischer Verbände in Litauen hervor, die zumeist nur das Bild vom patriotischen Polen gegenüber dem nationalistischen Litauer kolportierten.<sup>413</sup> Weil Polen um ein Vielfaches größer sei und zudem auf eine längere Geschichte als eigenständiger Staat zurückblicken könne, sei von der polnischen Seite spezielle Geduld gefordert (BRODOWSKI 1993: 220f, 229; TOMASZEWSKI 1992). Jerzy Marek Nowakowski warb um Verständnis für die Litauer, die sich nur auf die (zumeist antipolnischen) litauischen Traditionen der Zwischenkriegszeit berufen könnten. Zur Lösung des Konfliktes fehle es „auf beiden Seiten“ an gutem Willen.<sup>414</sup> Auch er behauptete jedoch, die Situation der polnischen Minderheit in der Ukraine

<sup>409</sup>MALICKI 1993: 218, BRODOWSKI 1993. Die litauische Seite verteidigte die Auflösung der Loklräte in den Kreisen Šalčininkai und Wilna mit dem Hinweis auf die Annahme mehrerer Beschlüsse entgegen der litauischen Verfassung und dem litauischen Recht (KOBECKAITE 1993: 215).

<sup>410</sup>Powinniśmy sobie przebaczyć..., *Gazeta Wyborcza*, 24.2.92.

<sup>411</sup>Adam Michnik, ... i łagodzić konflikty, *Gazeta Wyborcza*, 24.2.92. Ähnlich argumentierten der Senator Krzysztof Kozłowski (Porozumienie jest możliwe, *Życie Warszawy*, 6.4.92) und Jerzy Marek Nowakowski (Węzeł do rozwiązania, *Rzeczpospolita*, 11./12.4.92).

<sup>412</sup>Zbigniew Balcewicz, Rok zmarnowanych szans, *Gazeta Wyborcza*, 7.1.92. Schon seit Dezember 1989 versuchte die polnischsprachige Zweiwochenschrift *Znad Wilii* aus Wilna eine Gegenströmung unter den litauischen Polen aufzubauen, die die polnischen Nationalisten in Vilnius und Warschau scharf angriff (BRODOWSKI 1993: 226). Auch der Einfluss des KGB auf radikal-nationalistische litauische und polnische Funktionäre ist nicht zu unterschätzen (WIDACKI 1997: 142, SOBCEK 2000: 137).

<sup>413</sup>Die litauische Seite bestätigte diese Sicht ausdrücklich (KOBECKAITE 1993: 215). Als Beleg dieser zutreffenden Beschreibung kann etwa die Diskussion um die Schulbücher für die polnische Minderheit in Litauen gelten: Nachdem die Presse am 9.3.92 gemeldet hatte, die litauische Regierung habe polnischsprachige Schulbücher „verboten“ (Polskie podręczniki zabronione, *Trybuna*, 9.3.92) und der zuständige Sejm-Ausschuss diese Meldung kommentiert hatte (Posłowie o prawach polskiej mniejszości na Litwie, *Rzeczpospolita*, 11.3.92), mussten die Medien bereits zwei Tage später klarstellen, dass das litauische Bildungsministerium lediglich gebeten hatte, die Schulbücher Experten zur Prüfung vorzulegen und diese in der Regel sofort einer Verwendung zustimmten (Podręczniki wymagają akceptacji, *Trybuna*, 13.3.92).

<sup>414</sup>Węzeł do rozwiązania, *Rzeczpospolita*, 11./12.4.92; NOWAKOWSKI 1991d: 55.

und in Weißrussland habe sich im Gegensatz zu Litauen verbessert (NOWAKOWSKI 1991a: 88).

Dagegen zeigte die politische Elite Polens wenig Verständnis für die Sorgen und Nöte der polnischen Minderheit in Litauen, die vielmehr beschuldigt wurde, litauische und polnische Interessen „zu verraten“ (zit. nach SABBAT-SWIDLICKA 1990a: 26). Stanisław Stomma, der als moralische Autorität in Polen vor und nach 1989 höchste Achtung genoß, mahnte deshalb zwei „kategorische Imperative“ an, die es zu beherzigen gelte: „I. Man muss um jeden Preis mit dem schlimmen Erbe der Vergangenheit brechen, man muss das überkommene Gefühl der Feindschaft überwinden und die Versöhnung mit der litauischen Nation anstreben. II. Die polnische Bevölkerung im Wilnagebiet darf kein Sündenbock sein. Wir müssen uns um diese Menschen kümmern, sie mit unserer Fürsorge umgeben und ihre kulturellen Bande mit Polen bewahren.“<sup>415</sup>

Eine besondere Position im Diskurs über die polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten fällt der voll vom Senat finanzierten, formell den Status einer NGO besitzenden „**Polnischen Gemeinschaft**“ (*Stowarzyszenie „Wspólnota Polska“*) zu. Ihr seit 1992 amtierender Präsident Andrzej Stelmachowski (zuvor Senatspräsident und Erziehungsminister) betonte, dass Polen sich um alle Auslandspolen „ohne Rücksicht auf ihre politische Orientierung“ kümmern müsse. Die Bezeichnung der in Litauen lebenden Polen, die die Moskauer Putschisten unterstützt hatten, als „Kommunisten“ und „Putschisten“ lehnte Stelmachowski ab und wollte „allen Polen die Hand geben“. Der Präsident der *Wspólnota Polska* forderte unter anderem ethnische Kriterien für die Vergabe von Stipendien: „Unter den Studenten aus östlichen Ländern überwiegen bei uns immer noch Araber, Kurden, Palästinenser, mit einem Wort alle, aber nicht Polen. Unter den Stipendiaten sind wenige Personen aus den Gebieten der ehemaligen UdSSR, und diese Verhältnisse sollten sich ändern.“ Den Vorschlägen des MSZ, die Einrichtung von rein polnischen Schulen für die polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine einzuschränken, um eine „polnische Ghettobildung“ zu verhindern, entgegnete er: „Es gibt keine Alternative zwischen einer Schule in der lokalen Amtssprache und einer polnischen Schule, die Alternative lautet 'polnische Schule oder russische Schule'.“ Indem man polnische Schulen einrichte, stärke man vielmehr die Unabhängigkeit der Länder von Russland.<sup>416</sup>

Insgesamt wurde an dieser öffentliche Debatte vor allem ersichtlich, dass sich die Diskussion *de facto* ausschließlich auf die Lage der polnischen Minderheit in Litauen konzentrierte, dabei aber die in vielen Bereichen (etwa Schulwesen, Sprachenrechte, politische Vertretung) ebenfalls schwierige Situation der polnischen Minderheiten in Weißrussland und der Ukraine beinahe vollständig außer acht ließ.<sup>417</sup>

<sup>415</sup>Stanisław Stomma, O Litwie spokojnie i obiektywnie, *Życie Warszawy*, 23.9.91.

<sup>416</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Andrzej Stelmachowski.

<sup>417</sup>Diese Haltung kann zum Teil erklärt werden durch die liberale Position der weißrussischen Regierung wie auch der weißrussischen Nationalbewegung (BNF), der polnischen Minderheit ohne Auflagen die Staatsbürgerschaft zuzugestehen und sogar zur Eröffnung polnischer Schulen zu ermuntern (BURANT 1993: 408). Ebenso verfolgte die ukrainische Regierung eine inklusive Nationalitätenpolitik und hatte ein liberales Staatsbürgerschaftsgesetz auf den Weg gebracht (BURANT 1993: 412f).

### 5.2.3 Der polnische Minderheitendiskurs 1997/98

Als zweite Periode zum Minderheitendiskurs wurden die Jahre 1997/98 ausgewählt, da sie einen Mehrheitswechsel in beiden Kammern des Parlaments wie auch der Regierung umfassen und da die erste große *Polonia*-Debatte im Senat in diesen Zeitraum fällt.

#### 5.2.3.1 Präsident

Präsident Kwaśniewski hatte gegenüber **Litauen** bereits 1996 deutlich gemacht, dass er die gegenseitigen Minderheiten nicht mehr als Hindernis in den gegenseitigen Beziehungen auffasse (RPPZ 1996: 290). Er betonte, dass man sensibel mit Minderheitenfragen umgehen müsse. Anstelle die Probleme der polnischen Minderheit zu betonen, wies er stets auch auf die Bedürfnisse der litauischen Minderheit in Polen hin und stellte damit verbundene Fragen in einem europäischen Kontext.<sup>418</sup> Gegenüber dem litauischen Präsidenten Brazauskas wies er auf die „schöpferische Rolle“ der gegenseitigen Minderheiten im bilateralen Verhältnis hin (KWAŚNIEWSKI 1997: 189).

Ebenso betonte der polnische Präsident gegenüber der **Ukraine** die Rolle der gegenseitigen Minderheiten als „Anwälte“ im bilateralen Verhältnis. Er forderte von den Minderheiten, ein loyaler und aktiver Teil der Gesellschaft zu sein und sich gegenseitig an der „kulturellen Gemeinschaft“ ihres Volkes zu beteiligen.<sup>419</sup> Er hoffe auf die Schaffung günstiger Bedingungen für die polnische Minderheit durch die ukrainischen Behörden. Während der Präsident 1997/98 bewusst das Gespräch mit den Führern der polnischen Minderheit in Litauen vermied, um keine Emotionen zu wecken, erwähnte er in einer Rede gegenüber der polnischen Minderheit in der Ukraine zwar den Gedanken der „Gemeinschaft der Polen“, betonte aber vor allem mit Nachdruck, dass die polnische Minderheit in ihrer Heimat eine Brücke zwischen Polen und Ukrainer sein und beim Aufbau der unabhängigen Ukraine „als Chance für Europa“ aktiv helfen solle sowie die kulturellen Unterschiede beider Völker nicht als Problem, sondern als Bereicherung begriffen werden sollten.<sup>420</sup>

Da der Präsident nach seinem (in Polen vielfach scharf kritisierten) Besuch in Minsk im März 1996 keine weiteren offiziellen Kontakte mehr zu Präsident Lukašenka pflegte, nahm er öffentlich nicht mehr Stellung zur Situation der polnischen Minderheit in **Weißrussland**.

#### 5.2.3.2 Ministerrat

Außenminister Rosati unterstrich 1997, dass in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik vor allem den polnischen Minderheiten in den ehemaligen Sowjetrepubliken die Aufmerksamkeit gelten müsse. Besonderer Wert sei auf die Entwicklung von Kontakten in den Bereichen Kultur, Bildung und Jugendaustausch zu legen. Er mahnte dabei eine verbesserte Koordinierung von Präsident, Regierung, Senat und der relevanten NGOs an und forderte eine Abkehr vom Prinzip, 90 Prozent der zur Zusammenarbeit mit den Auslandspolen vorgesehenen finanziellen Mittel ohne Einverständnis oder zumindest Konsultation

<sup>418</sup>Interview des Präsidenten für Lietuvos Rytas, 19.6.97, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1997: 185.

<sup>419</sup>Ansprache von Präsident Kwaśniewski in der Verchovna Rada, 21.5.97, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1997: 147.

<sup>420</sup>Ansprache von Präsident Kwaśniewski von Żytomyr, 22.5.97, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 1997: 153-157. Ähnlich die Rede des Präsidenten während der *Polonia*-Debatte des Senats, Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97.

des MSZ zu vergeben, da das Außenministerium die Praxis der Mittelvergabe nach außen vertreten müsse.<sup>421</sup> Das von den Parlamentariern wiederholt geforderte Gegenseitigkeitsprinzip in der Minderheitenpolitik lehnte Rosati ab.<sup>422</sup> Erziehungsminister Jerzy Wiatr unterstrich ergänzend, dass die *Polonia*- und Auslandspolen-Politik seines Ressorts vor allem die Stärkung der Bindungen an das „Polentum“<sup>423</sup> sowie Hilfe für junge Menschen polnischer Herkunft beim gesellschaftlichen und beruflichen Aufstieg zum Inhalt habe. Außenminister Geremek nannte 1998 die Politik gegenüber der *Polonia* und den Auslandspolen insbesondere in den ehemaligen Sowjetrepubliken als eine von neun außenpolitischen Prioritäten der Regierung und eine „Hauptaufgabe des polnischen Konsulardienstes“.<sup>424</sup> Das MSZ wolle helfen, die Traditionen und das nationale Bewusstsein der Auslandspolen aufrecht zu erhalten.

Der Ministerrat betonte im Unterschied zu Präsident Kwaśniewski insbesondere die Situation der polnischen Minderheit in **Litauen** und (nachgeordnet) auch in der Ukraine. So informierte der polnische Außenminister im Januar 1997 den Sejm „über die Nicht-Einhaltung des polnisch-litauischen Vertrages durch die litauische Seite“ und erwähnte die litauische Infragestellung der Verwendung zweisprachiger Bezeichnungen in Schulen, Geschäften und Restaurants sowie der Frage der Reprivatisierung.<sup>425</sup> Ungewöhnlich deutlich kritisierte der erste polnische Botschafter in Litauen, Jan Widacki, dass die Bemühungen des MSZ zur „Versachlichung der Diskussion“ um die polnische Minderheit „die ganze Zeit von der *Wspólnota Polska*, den Ausschüssen des Senats, einigen politischen Gruppierungen, einzelnen Politikern, Abgeordneten und Senatoren ignoriert“<sup>426</sup> würden. Insbesondere der Senat verfüge über finanzielle Mittel, die die Ressourcen des MSZ um ein Vielfaches überstiegen und mit denen „die nicht selten antilitauischen Initiativen“ unterstützt würden (WIDACKI 1997: 153). Insgesamt wurde aus den Äußerungen des MSZ eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den polnischen Minderheiten sowie die Betonung der Bedeutung der offiziellen bilateralen Beziehungen deutlich. Das Ministerium erwähnte ferner die ungelösten Probleme der Minderheiten in Polen.<sup>427</sup>

Premier Buzek fasste im Dezember 1998 anlässlich seines Besuches in Wilna die aus polnischer Sicht wichtigsten Probleme in den bilateralen Beziehungen zusammen, die alle die polnische Minderheit betrafen: die Landrückgabe in Litauen, das polnische Schulwesen,<sup>428</sup> die Möglichkeit der Verwendung der Muttersprache im öffentlichen Leben sowie

<sup>421</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Außenminister Rosati; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 8.5.97, Rede von Außenminister Rosati.

<sup>422</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 108. Sitzung, 6.6.97, Antwort von Außenminister Rosati auf die Anfrage des Abgeordneten Samborski.

<sup>423</sup>Der Minister präziserte, dass der Begriff „Polentum“ (*polskość*) vor allem eine Bindung an die polnische Sprache, Kultur sowie gute Kenntnis der polnischen Landeskunde bedeute (Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Erziehungsminister Wiatr).

<sup>424</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Rede von Außenminister Geremek.

<sup>425</sup>RPPZ 1998: 216. Das polnische Außenministerium habe dagegen mit diplomatischen Noten erfolgreich protestiert (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 97. Sitzung, 10.1.97; Auslandspolen-Ausschuss des Sejmu, 56. Sitzung, 7.2.97, Rede von Staatssekretär Wyzner).

<sup>426</sup>WIDACKI 1997: 153. Schon 1995 war es zu einem (nur internen) Briefwechsel und der Darlegung der stark unterschiedlichen Standpunkte des MSZ und des Senats über die *Polonia*-Politik gekommen (siehe Kapitel 4, Anm. 49).

<sup>427</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejmu, Bulletin Nr. 56, 7.2.97, Rede von Staatssekretär Wyzner.

<sup>428</sup>Am 11.12.98 regelte eine Anordnung des litauischen Bildungsministers die Abschaffung des Pflichtabiturs in polnischer Sprache an den polnischen Schulen Litauens; diese Entscheidung wurde wenig später

die wirtschaftliche Entwicklung im Wilnagebiet.<sup>429</sup>

Wesentlich seltener ging der polnische Ministerrat 1997/98 auf die polnische Minderheit in der **Ukraine** ein: Neben anderen zu lösenden Fragen der bilateralen Beziehungen wurden vor allem das polnischsprachige Schulwesen in der Ukraine sowie finanzielle und technische Hilfe für die polnische Minderheit in der Ukraine als wichtige Themen genannt (SZMYD 2000: 191).

### 5.2.3.3 Parlament

Das Parlament beteiligte sich 1997/98 in vielfältiger Weise an der Debatte über die polnischen Minderheiten. Dabei fand kaum eine Auseinandersetzung entlang der Parteigrenzen statt, sondern es kristallisierten sich aktivere (PSL, SLD, rechte Parteien) und weniger aktive (UW, SKL) parlamentarische Fraktionen heraus. Die zentrale Debatte konzentrierte sich weniger auf die Ziele als vielmehr auf die Art der Umsetzung der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik: Damit in Verbindung stehende Fragen wurden indes weniger in den außenpolitischen Generaldebatten thematisiert.<sup>430</sup> Jedoch stellten die Abgeordneten 1997/98 zahlreiche parlamentarische Anfragen insbesondere zur Situation der polnischen Minderheit in Litauen; eine Tendenz, die sich ebenfalls in den Arbeiten der Ausschüsse zeigte.<sup>431</sup>

Eine zunehmend wichtige Rolle schrieb das Parlament der **polnisch-litauischen Abgeordnetenversammlung**<sup>432</sup> zu, die 1997/98 (neben der Erörterung von Fragen zur EU- und NATO-Integration beider Länder) mehr und mehr die Funktion eines *monitoring*-Organs in den bilateralen Minderheitenfragen übernahm. Aus Sicht der polnischen Abgeordneten waren dabei insbesondere Fragen der lokalen amtlichen Zweisprachigkeit, der für die polnische Minderheit teilweise nachteiligen litauischen Pläne einer Verwaltungsneugliederung in Litauen sowie der angestrebte Vertrag über die amtliche Schreibweise von Vor- und Zunamen von Bedeutung.<sup>433</sup>

---

wieder zurückgenommen (Bez obowiązkowego polskiego na maturze, Rzeczpospolita, 5.3.99; Matura z polskiego języka pozostanie obowiązkowa, Rzeczpospolita, 22.3.99). Schon im April 1997 hatte der polnische Generalkonsul in Wilna, Lipka-Chudzik, eine „Bedrohung“ des polnischen Schulwesens in Litauen ausgemacht (Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97).

<sup>429</sup>RPPZ 1999: 310. Die litauische Seite war dagegen unzufrieden mit dem Stand der Schulbücher in den litauischen Schulen Polens und den Empfangsmöglichkeiten litauischsprachiger Radioprogramme in Polen (WIZIMIRSKA 1998: 168f).

<sup>430</sup>Zumeist beklagten einzelne Abgeordnete aus der zweiten Reihe insbesondere die Situation der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine sowie allgemein die aus ihrer Sicht zu geringe Hilfe für diese Personengruppe (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Leszek Zieliński (BBWR)), sprachen sich gegen eine Neuinterpretierung der gemeinsamen Geschichte mit den östlichen Nachbarn aus (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Tadeusz Samborski (PSL); Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Rede von Janusz Dobrosz (PSL)) und betonten insbesondere die Situation der polnischen Minderheit in Litauen (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Jerzy Wuttke; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Reden von Janusz Dobrosz und Michał Kamiński (AWS)).

<sup>431</sup>Information von Außenminister Rosati an den Sejm über die Nicht-Einhaltung des polnisch-litauischen Vertrages durch Litauen vom 10.1.97 (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 97. Sitzung, 10.1.97). Entsprechende Statistiken lassen sich aus dem *Skorowidz do Sprawozdań Stenograficznych* der zweiten Wahlperiode (1993-1997) des Sejms rekonstruieren.

<sup>432</sup>Siehe Kapitel 5, Anm. 179.

<sup>433</sup>Gorące obrady, Rzeczpospolita, 28.1.98; zu den Berichten der 2. und 3. Sitzung der polnisch-litauischen Abgeordnetenversammlung siehe Kronika Sejmowa 14/1998: 7-10 und Kronika Sejmowa 50/1998: 60-63. Diese Fragen fanden auch in den Beratungen des Auslandspolen-Ausschusses des Sejms



Bei den Diskussionen in den zuständigen **parlamentarischen Ausschüssen** von Sejm und Senat für die Auslandspolen spielte zusätzlich das polnische Schulwesen in Weißrussland und der Ukraine und vor allem in Litauen eine herausgehobene Rolle.<sup>434</sup> Auch hier gab es jedoch keine Konflikte zwischen den Parteien, sondern eher Kritik am MSZ und dessen offiziellen Vertretern<sup>435</sup> sowie vor allem Erwägungen zur Verbesserung der konkreten Situationen vor Ort. Dadurch wurde jedoch insbesondere die Kritik mehrerer Abgeordneter unterschiedlicher Parteien an der Arbeit der *Wspólnota Polska* und der mangelnden Koordinierung der Minderheitenpolitik deutlich.<sup>436</sup> Insbesondere die Mitglieder des Auslandspolen-Ausschusses betonten auch die Chance, die die Minderheiten im gegenseitigen Verhältnis seien, die es aber auch in ihrer Mehrsprachigkeit und Integration in mehrere Kulturen besonders zu unterstützen gelte.<sup>437</sup> Jacek Kuroń, der Vorsitzende des Minderheitenausschusses des Sejm, unterstrich schließlich im Hinblick auf Litauen, dass man in Polen nie vergessen dürfe, dass Polen knapp 40 Millionen und Litauen etwa 4 Millionen Einwohner habe und in Polen 3 Prozent, in Litauen aber (wie in Polen zwischen 1919 und 1939) 30 Prozent der Bevölkerung einer Minderheit angehörten.<sup>438</sup>

Eine besondere Rolle im Diskursbeitrag des Parlamentes nahm schließlich die erste **Polonia-Debatte** des **Senats** im März 1997 ein. Auch hier waren unter den Senatoren kaum Zwiste entlang der Parteigrenzen zu beobachten, was keinesfalls nur ein Ergebnis der übermächtigen Dominanz der SLD und PSL im polnischen Oberhaus war.

Dennoch traten Konfliktlinien unter den Senatoren zu den Zielen und Instrumenten der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik auf: Von keinem Senator bestritten wurde das **Ziel**, vorrangig die Auslandspolen in den ehemaligen Sowjetrepubliken bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Auch das Ziel, die im Ausland lebenden Polen als polnische Interessenvertretung einzusetzen, wurde nur von zwei (unabhängigen) Senatoren bestritten.<sup>439</sup> Jedoch präsentierten die Senatoren Alicja Grzeškowiak und Józef Kuczyński in den einführenden umfassenden Referaten zwei vollständig unterschiedliche Sichtweisen, welche Ziele sich die Auslandspolen-Politik setzen müsse: Während die Senatorin vor allem auf die **Verteidigung der Rechte** der polnischen Minderheiten in den ehemaligen Sowjetrepubliken, vor allem in Litauen und der Ukraine, abhob, diesen Staaten eine Verletzung

---

ihren Niederschlag, siehe etwa Bulletin Nr. 58 (14.3.97) und Nr. 60 (22.4.97).

<sup>434</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 109, 18.2.97; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58 (14.3.97) und Nr. 60 (22.4.97).

<sup>435</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, 56. Sitzung, 7.2.97, Beiträge von Longin Pastusiak (SLD), Wit Majewski (SLD), Zygmunt Suszczewicz (PSL); gegenteilige Stimme von Tadeusz Iwiński (SLD); siehe auch: Przyjaźń domaga się zmian, Rzeczpospolita, 2.4.97.

<sup>436</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 109, 18.2.97, Beiträge von Tadeusz Iwiński und Bronisław Geremek; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 68, Beitrag von Leszek Moczulski; siehe auch die Rede von Sejm-Marschall Józef Zych, Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 93. Sitzung, 4.3.97.

<sup>437</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58, 14.3.97, Reden von Ryszard Ulicki (SLD), Leszek Moczulski (KPN).

<sup>438</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Beitrag von Jacek Kuroń.

<sup>439</sup>So betonte der Senator der deutschen Minderheit, Gerhard Bartodziej: „Man muss Abschied vom Gedanken der Diaspora nehmen, vom Denken über die Minderheiten in den Kategorien 'unsere auf der anderen Seite', die das nationale Interesse verwirklichen.“ Senator Aleksander Gawronik wies darauf hin, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Rhetorik des Senats unbedingt die Auslandspolen in Osteuropa von der vor allem Erwerbsmigration und politische Flüchtlinge darstellenden *Polonia* im Westen unterscheiden müsse (Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 93. Sitzung, 5.3.97, Reden der Senatoren Gerhard Bartodziej und Aleksander Gawronik).

internationaler Verpflichtungen und dem MSZ eine zu weiche Linie vorwarf, kritisierte ihr Amtskollege insbesondere die Politik der *Wspólnota Polska* und die unversöhnliche, eine *Integration* ablehnende Haltung des polnischen Minderheitenverbandes in Litauen (ZPL), die von hochrangigen polnischen Vertretern oft noch verstärkt werde. Er empfahl eine Koordinierung der Auslandspolen-Politik durch die Kanzlei des Staatspräsidenten.<sup>440</sup> Es bestand jedoch kein Zweifel, dass die überwältigende Mehrheit der Senatoren die erstere Option als vorrangiges Ziel ansah.

Besonders auffällig war schließlich die häufige Kritik der großen Mehrzahl der Senatoren an der litauischen und auch der ukrainischen Haltung gegenüber der polnischen Minderheit in diesen Ländern. Kaum ein Vertreter erwähnte indes die schwierige Situation der größten historischen polnischen Minderheit außerhalb der Landesgrenzen in Weißrussland.<sup>441</sup>

### 5.2.3.4 Medien und Öffentlichkeit

In der öffentlichen Debatte 1997/98 zeigte sich insbesondere der Konflikt zwischen der Haltung des MSZ und der Position des Senats und seiner Durchführungsorganisationen. Dabei geriet der Ministerrat sowohl von Seiten der polnischen Minderheitenverbände als auch der polnischen Durchführungsorganisationen mit der *Wspólnota Polska* an der Spitze unter Druck. Erneut spielte die Frage nach der Situation der polnischen Minderheit in Litauen eine Schlüsselrolle.

Die polnischen Medien waren klar dominiert von kritischen Stimmen zur Minderheitenpolitik und namentlich einer Kritik am zu „weichen“ Vorgehen des MSZ. Einer der besten Kenner der Situation der polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten, Andrzej Stelmachowski, unterstrich, dass das polnische Schulwesen in Litauen unter vergleichsweise guten Bedingungen arbeite. Dagegen sei die Situation in Lettland und vor allem in der Ukraine und in Weißrussland weitaus kritischer.<sup>442</sup> Ähnlich beklagte die Vertriebenenorganisation FOK ein „einseitiges Nachgeben“ der polnischen Regierung unter anderem in Bildungsfragen und beklagte weniger die Situation in Litauen als vielmehr den „tragischen Zustand“ des polnischen Schulwesens in der Ukraine und in Weißrussland. Sie forderten für die polnische Ostpolitik „die Beachtung des Wohlergehens des ganzen Volkes – also auch dessen Teil, der von Polen durch Grenzen getrennt wurde, der aber Polen weiterhin treu ist (...)“. Der Verband forderte die polnische Regierung auf, „eine positive Einstellung zum Polentum“, die Respektierung der Minderheitenrechte und die „beleidigende antipolnische Propaganda“ der östlichen Nachbarn zur Richtschnur der Beziehungen Polens zu diesen Ländern zu machen.<sup>443</sup> Ähnlich betonte der Präsident der *Wspólnota Polska*, Andrzej Stelmachowski: „In der Politik des MSZ sollte kein Akzent gesetzt werden, die Interessen der polnischen Minderheit [in Litauen] auf dem Altar guter Beziehungen zwischen den Regierungen zu opfern. (...) Das muss deutlich gesagt werden.“<sup>444</sup> Er verlangte ferner das Gegenseitigkeitsprinzip in der Minderheitenpolitik – die

<sup>440</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Reden der Senatoren Alicja Grześkowiak und Józef Kuczyński. Die Parteizugehörigkeiten (Zjednoczenie Polskie/AWS bzw. SLD) waren dabei belanglos, da sich insbesondere auf der Seite der SLD auf zahlreiche Befürworter der anderen Option befanden.

<sup>441</sup>Zu den wichtigsten Problemen der polnischen Minderheiten in diesen Ländern siehe Kapitel 6.1.

<sup>442</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Andrzej Stelmachowski; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Rede von Andrzej Stelmachowski.

<sup>443</sup>Grzech zaniechania. Memorial Federacja Organizacji Kresowych, Rzeczpospolita, 6.4.98.

<sup>444</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Rede von Andrzej Stelmachowski.

polnischen Behörden sollten gegenüber den in Polen lebenden Minderheiten nicht mehr Maßnahmen ergreifen als in den östlichen Nachbarstaaten für die polnischen Minderheiten unternommen werde.<sup>445</sup>

Entgegen dieser Stimmen äußerte sich jedoch die breite polnische Öffentlichkeit in erster Linie zur Situation der polnischen Minderheit in Litauen; insbesondere zur Frage des polnischen Minderheitenschulwesens und zur Verwendung der polnischen Sprache im öffentlichen Leben. Dabei kamen erneut Stimmen mit Forderungen nach einer territorialen Autonomie für die polnische Minderheit in Litauen (aber nur nach einer Kulturautonomie für die polnische Minderheit in Weißrussland) auf.<sup>446</sup> Die Vertreter der polnischen Minderheit äußerten sich in den polnischen Medien sehr unterschiedlich: Während der Abgeordnete Jan Sienkiewicz die polnische Regierung beschuldigte, sich zu wenig für die Rechte der polnischen Minderheit einzusetzen<sup>447</sup> mahnte der Leiter des polnischen Radios in Wilna (*Znad Wilii*), Czesław Okińczyc, die Warschauer Minderheitenpolitik müsse in erster Linie die Chancen für jeden einzelnen Angehörigen der polnischen Minderheit im Auge haben und erwähnte besonders das Bildungswesen (ROZMOWA 1997: 128). Er betonte, dass die Arbeit in der polnischen diplomatischen Vertretung in Wilna „aufgrund der verwickelten historischen Beziehungen beider Länder (...) der schwerste derartige Posten auf der Welt ist“.<sup>448</sup> Insgesamt überwogen in den polnischen Medien 1997/98 die teilweise sehr kritischen Artikel zu Litauen, so dass sich die litauische Botschaft in Warschau sogar mit einer Protestnote an das MSZ wandte, da das erste und zweite polnische (staatliche) Fernsehen Berichte von angeblich hungernden Kindern in Litauen gebracht hatten.<sup>449</sup>

## 5.2.4 Der polnische Minderheitendiskurs 2001/02

Die Jahre 2001/02 eignen sich besonders gut als dritter Untersuchungszeitraum, da sie insbesondere das zweite Welt-*Polonia*-Forum des Jahres 2001 wie auch die zweite *Polonia*-Debatte des Senats enthalten.

### 5.2.4.1 Präsident

Präsident Kwaśniewski war 2001/02 darum bemüht, Fragen nach dem Status von Minderheiten nicht als „Problem“, sondern als „Chance“ in den bilateralen Beziehungen zu begreifen. Er betonte den Konsens aller politischen Kräfte Polens in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik. Den Angehörigen der polnischen Minderheiten schrieb er insbe-

<sup>445</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Andrzej Stelmachowski. Vertreter polnischer Minderheitenverbände und des MSZ wiesen jedoch wiederholt darauf hin, dass auch die polnischen Behörden in einigen Bereichen hinter den Standards der östlichen Nachbarländer zurückblieben.

<sup>446</sup>ŁOSSOWSKI 1997: 20f; Rozmowy o języku, Rzeczpospolita, 27.1.98; Mniej dla mniejszości, Rzeczpospolita, 16.1.98; Przyjaźń domaga się zmian, Rzeczpospolita, 2.4.97; Kontrowersje wokół języka litewskiego, Rzeczpospolita, 2.1.98.

<sup>447</sup>Jan Sienkiewicz (Vorsitzender der AWPL), Rzeczpospolita, 27.4.99.

<sup>448</sup>ROZMOWA 1997: 127. Diese zwei sehr unterschiedlichen Stimmen spiegeln nur zum Teil die tiefen Gräben zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der polnischen Minderheit in Litauen wider; innerhalb der polnischen Minderheiten in Weißrussland und der Ukraine war es zu ähnlichen Spaltungen gekommen.

<sup>449</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Beitrag des litauischen Generalkonsuls in Warschau, Šarunas Adomavičius.

sondere die Rolle von „informellen Repräsentanten und Botschaftern“ zu<sup>450</sup> und forderte speziell die Minderheiten im polnisch-litauischen Verhältnis dazu auf, „Brücke zwischen unseren Völkern zu sein“.<sup>451</sup> Sein eigenes Land rief Kwaśniewski dazu auf, den polnischstämmigen Einwanderern oder Rückkehrern speziell aus Osteuropa sowie in Polen lebenden Minderheiten ihre Rechte zu garantieren, um dasselbe von ausländischen Staaten verlangen zu können.<sup>452</sup> Der Präsident sprach jedoch auch das traditionelle Konzept der polnischen Kultur- und Abstammungsnation an, indem er gegenüber der *Polonia* und den Auslandspolen unterstrich: „Polen ist überall dort, wo ihr wohnt.“<sup>453</sup>

#### 5.2.4.2 Ministerrat

Außenminister Bartoszewski erwähnte in seinem außenpolitischen Sejm-Exposé im Juni 2001 zur Frage der Auslandspolen insbesondere die polnische Minderheit in Litauen und forderte den „Erhalt“ des dortigen polnischsprachigen Schulwesens.<sup>454</sup> Ferner wies der Minister als erster Vertreter des MSZ öffentlich auf die geringen Möglichkeiten des MSZ in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik hin, da „der Senat und die *Wspólnota Polska* 98,5 Prozent aller finanziellen Mittel, das Außenministerium aber 1,5 Prozent“ erhielten.<sup>455</sup> Sein Nachfolger Cimoszewicz hatte Ende 2001 vergeblich eine Änderung dieses Zustandes eingefordert.<sup>456</sup> Bartoszewski wies (wie auch Cimoszewicz) schließlich auf die fehlende rechtliche Handhabe hin, Auslandspolen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken bei der Vergabe der einzuführenden Visa an der polnischen Ostgrenze bevorzugt zu behandeln, betonte aber informelle Mechanismen, die den Auslandspolen bei der Visaerteilung durch die Konsuln zugebilligt werden könnten. Eine formalrechtliche Privilegierung der polnischen Minderheiten bei der Vergabe von Visa (wie sie etwa das vom Senat eingebrachten Auslandspolen-Gesetz („*Ustawa o Karcie Polaka*“) vorsah) und die Initiative des Senats zur Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft für die Auslandspolen lehnte das MSZ mit Verweis auf EU-Regelungen, den starken internationalen Widerstand gegen ein ähnlich konzipiertes Auslandsungarn-Gesetz und fehlende objektive Kriterien zur Feststellung der Nationalität ab.<sup>457</sup> Der Staatssekretär im MSZ der Regierung Miller, Dąbrowa, führte jedoch aus, dass das neue Programm des Ministerrates zur *Polonia*-

<sup>450</sup> Ansprache des polnischen Präsidenten auf dem 2. Welt-Polonia- und Auslandspolen-Kongress, 30.4.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 163.

<sup>451</sup> Ansprache des polnischen Präsidenten anlässlich des zehnten Jahrestages der Wiederaufnahme der polnisch-litauischen diplomatischen Beziehungen (5.9.01), abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 342.

<sup>452</sup> Interview des Präsidenten in TV Polonia, 21.4.02, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2002a: 238; Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 15. Sitzung, 30.4.02, Rede von Präsident Kwaśniewski.

<sup>453</sup> Ansprache des polnischen Präsidenten auf dem 2. Welt-Polonia- und Auslandspolen-Kongress, 30.4.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 163.

<sup>454</sup> Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski. Dagegen erwähnte Bartoszewski weder den Zustand des polnischen Schulwesens in der Ukraine noch in Weißrussland.

<sup>455</sup> Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Antwort von Außenminister Bartoszewski auf Fragen.

<sup>456</sup> Rząd chce zająć się Polonią, Rzeczpospolita, 6.1.03.

<sup>457</sup> Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 111. Sitzung, 19.6.01, Stellungnahme von Staatssekretär Sikorski zum Gesetzentwurf des Senats einer *Karta Polaka*; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Außenminister Bartoszewski; Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 16. Sitzung, 14.3.02, Rede von Außenminister Cimoszewicz; KRYSZYŃIAK 2001: 198. Die diesbezüglichen Gesetzentwürfe des Sejm und des MSZ sind zu finden in den Parlamentsdrucksachen (*Druki Sejmowe*) Nr. 1206 (28.4.99) und Nr. 2461 (20.2.01).

und Auslandspolen-Politik<sup>458</sup> einen Schwerpunkt auf die Durchsetzung der Rechte für die polnischen Minderheiten im Ausland sowie insbesondere Wert auf verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Angehörige der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine lege.<sup>459</sup> Außenminister Cimoszewicz lehnte schließlich in deutlichen Worten das von den Abgeordneten immer wieder geforderte Gegenseitigkeitsprinzip bei der Gewährung von Minderheitenrechten ab.<sup>460</sup>

### 5.2.4.3 Parlament

In den außenpolitischen Generaldebatten des **Sejm** 2001/02 brachten die Abgeordneten weniger die Probleme der polnischen Minderheiten in einzelnen östlichen Nachbarstaaten zur Sprache: In dieser Hinsicht forderten sie vielfach die Einführung des Gegenseitigkeitsprinzips in Minderheitenfragen gerade mit Hinblick auf Litauen und die Ukraine.<sup>461</sup> Deutlicher konzentrierten sie sich auf Fragen der Koordinierung der Auslandspolen-Politik zwischen MSZ, Senat und den Durchführungsorganisationen: Ganz überwiegend waren es Abgeordnete der SLD, die auf die schwache Rolle des MSZ und den doppelten Charakter der *Wspólnota Polska* hinwiesen, die formell den Status einer NGO besitze, tatsächlich aber durch die massive staatliche Finanzierung die federführende Rolle in der Auslandspolen-Politik spiele.<sup>462</sup> Die Abgeordneten des Sejm kritisierten (bis auf die PSL) in diesem Zusammenhang unter anderem die hohen Folgekosten der vom Senat geplanten „Auslandspolen-Charta“ (*Karta Polaka*) für das MSZ, das nicht über entsprechende Mittel verfüge.<sup>463</sup>

Die **polnisch-litauische Abgeordnetenversammlung** setzte auch 2001/02 ihre Arbeit fort, die Einhaltung der Bestimmungen des polnisch-litauischen Nachbarschaftsvertrages von 1994 insbesondere in Fragen der gegenseitigen Minderheiten zu überwachen.

Die zweite **Polonia-Debatte** des **Senats** im April 2002 zeigte noch deutlicher als schon 1997 die schwach ausgeprägten Konfliktlinien in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik unter den Senatoren. Sowohl Senatspräsident Pastusiak und die Vorsitzende (1997-2001) bzw. stellvertretende Vorsitzende (seit 2001) des Auslandspolen-Ausschusses des Senats,

<sup>458</sup>Rządowy program współpracy z Polonią i z Polakami za granicą, vom Ministerrat am 10.12.02 per Beschluss bestätigt (siehe Kapitel 6.1).

<sup>459</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Rede von Staatssekretär Dąbrowa.

<sup>460</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 16. Sitzung, 14.3.02, Antwort von Außenminister Cimoszewicz auf Fragen.

<sup>461</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 16. Sitzung, 14.3.02, Reden Tadeusz Samborski (PSL), Kazimierz Ujazdowski (AWS), Marek Kuchciński.

<sup>462</sup>Der Präsident der *Wspólnota Polska*, Andrzej Stelmachowski, charakterisierte die Rolle dieser NGO im Juni als „vor allem im Dienste einer Sache stehend und in zwei Richtungen gehend: in Richtung der *Polonia* und Polens. Wir bemühen uns, diejenigen Lücken der Segmente auszufüllen, die unserer Ansicht nach Intervention oder Initiative verlangen“ (Diskussionsforum der PAI „Forum Polska 2000“, 15.6.00, [www.pai.pl/CP/deb7.html](http://www.pai.pl/CP/deb7.html) [10.5.03]).

<sup>463</sup>In den Nachbarschaftsverträgen mit den östlichen Nachbarn ist die beiderseitige Verpflichtung enthalten, den gegenseitigen Minderheiten den ungestörten Kontakt über die Grenze hinweg zu ermöglichen. Der polnische Senat bemühte sich seit 1997/98 um Einreiseerleichterungen für die Angehörigen der polnischen Minderheiten in Weißrussland und der Ukraine. Die Einwände des Sejm wie auch des MSZ gegen diese Initiative richteten sich insbesondere gegen die positive Diskriminierung einer Gruppe von ausländischen Staatsbürgern, was nicht konform mit internationalen Rechtsnormen sei (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 111. Sitzung, 19.6.01, Reden der Abgeordneten Kamiński (AWS), Borusewicz (UW), Kamiński (SKL) und Majewski (SLD)). Die zuständigen Ausschüsse des Senats und des Sejm wollten nach dem Regierungswechsel 2001 ein neues Gesetz ausarbeiten.

Janina Sagatowska (Blok Senat 2001), als auch der Beschluss des Senats zu dieser Debatte forderten die *Polonia* und die Auslandspolen auf, die Interessen Polens im Ausland zu vertreten oder zumindest „dem Vaterland zu helfen“ und betonten das Bild von der „Gemeinschaft aller Polen in der ganzen Welt wie auch in Polen selbst“. <sup>464</sup> Insbesondere die Senatorin (in abgeschwächter Form auch der Senatspräsident) wies ferner auf den Wunsch des Senats hin, neben dem Gesetz über Repatriierung noch die erwähnte *Karta Polaka* sowie ein Gesetz über die Rückerlangung der polnischen Staatsbürgerschaft für die Auslandspolen zu beschließen. <sup>465</sup> Senatspräsident Pastusiak und der Vorsitzende des Auslandspolen-Ausschusses des Senats, Rzemkowski (SLD) wandten sich gegen eine Koordinierung der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik durch das MSZ, betonten die in dieser Hinsicht wichtige Rolle des Senats und brachten eine solche Funktion allenfalls für die Kanzlei des Staatspräsidenten ins Gespräch. <sup>466</sup>

#### 5.2.4.4 Medien und Öffentlichkeit

Die Mediendebatte zur *Polonia* und den Auslandspolen hatte 2001/02 zwei Schwerpunkte: **a)** Zahlreiche mit diesem Thema befasste NGOs lehnten die Wünsche des MSZ nach Übernahme der **Koordinierung** der gesamten *Polonia*- und Auslandspolen-Politik ab: Der umstrittene und zugleich einflussreiche und vom Senat als Sprachrohr der weltweiten *Polonia* akzeptierte Vorsitzende der US-amerikanischen *Polonia*, Edward Moskal, forderte im September 2002 ein Misstrauensvotum gegen Außenminister Cimoszewicz. Im Oktober 2002 betonte die Vorsitzende der *Polonia* der EU-Länder, Helena Miziniak und der Vorsitzende des ZPB, Kruczkowski, man werde „niemals“ die Aufsicht des MSZ akzeptieren, da die *Polonia*- und Auslandspolen-Politik kein Teil der Außenpolitik sei. Selbst eine unter der Schirmherrschaft des Außenministers abgehaltene *Polonia*-Konferenz in Stettin kam zum Ergebnis, dass eine Übernahme der *Polonia*- und Auslandspolen-Angelegenheiten unter die Obhut des MSZ „höchst ungünstig“ wäre. <sup>467</sup> Die Interessen insbesondere der Auslandspolen dürften nicht „auf dem Altar der zwischenstaatlichen Beziehungen“ geopfert werden. <sup>468</sup> Entsprechende Gegenstimmen aus der NGO-Szene waren dagegen kaum vernehmbar. <sup>469</sup>

**b)** Die **inhaltliche Diskussion** über die *Polonia* und die Auslandspolen trat demgegenüber 2001/02 etwas in den Hintergrund. Sowohl der Appell des zweiten Weltforums der *Polonia* und der Auslandspolen im April 2001 <sup>470</sup> als auch bemerkenswerte publizisti-

<sup>464</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Rede von Longin Pastusiak und Janina Sagatowska, Uchwała Senatowi RP w sprawie polityki państwa polskiego wobec Polonii i Polaków za granicą, *Monitor Polski* 2002, Nr. 18, Pos. 305. An der Aussprache über den Beschluss beteiligten sich (neben zahlreichen NGO- und Regierungs-Vertretern) nur vier Senatoren.

<sup>465</sup>Mit der Westverschiebung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg musste die damalige kommunistische Führung auch akzeptieren, dass den in der UdSSR verbliebenen polnischen Staatsbürgern ihre Staatsbürgerschaft entzogen wurde (siehe Kapitel 2).

<sup>466</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Reden von Longin Pastusiak und Tadeusz Rzemkowski.

<sup>467</sup>Rząd chce zająć się Polonią, *Rzeczpospolita*, 6.1.03; Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Reden von Helena Miziniak und Tadeusz Kruczkowski.

<sup>468</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Rede von Emilia Chmielowa, Vorsitzende der „Föderation polnischer Organisationen in der Ukraine“; ähnlich STELMACHOWSKI 2000: 296.

<sup>469</sup>Eher eine Ausnahme waren die Artikel von FRISZKE 2001 und KORZENIEWSKA-WOLEK 2001: 119.

<sup>470</sup>Co jesteśmy winni Polakom na Wschodzie, *Rzeczpospolita*, 28./29.4.01.

sche Beiträge<sup>471</sup> verhallten ohne größeres Echo. Zahlreiche NGOs forderten insbesondere die Einführung der umstrittenen **Karta Polaka** wie auch einer doppelten Staatsbürgerschaft für die Auslandspolen in den östlichen Nachbarstaaten.<sup>472</sup> Im Konsens mit dem MSZ schlugen sie ferner vor, Studenten der polnischen Minderheiten aus den östlichen Nachbarländern nicht mehr zum gesamten Studium, sondern nur noch für ein Jahr oder für Praktika in Polen zuzulassen, um nicht ihrer Ausreise aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine nach dem Ende des Studiums Vorschub zu leisten.<sup>473</sup>

Ein breites öffentliches Echo fand erneut die Situation der polnischen Minderheit in Litauen: Nachdem die litauische Botschaft bereits im Oktober 2000 gegen die Aufrufe der polnischen NGO *Polska Akcja Humanitarna*, die angeblich hungernden Kinder der polnischen Minderheit in Litauen zu unterstützen, protestiert hatte,<sup>474</sup> traten im Dezember 2001 erneut angeblich notleidende Kinder von Angehörigen der polnischen Minderheit in Litauen im ersten Programm des (staatlichen) Polnischen Radios auf und deklamierten den Beginn des polnischen Nationalepos *Pan Tadeusz* von Mickiewicz (*O Litwo – Ojczyzno moja* (Oh Litauen – Du mein Vaterland!)). Ferner druckten die größten polnischen Tageszeitungen vielfach Anzeigen, in denen Kinder mit der erwähnten Zeile aus dem *Pan Tadeusz* unter dem Schlagwort „Helfen wir den [polnischen] Kindern in Litauen“ zu Spenden aufriefen. Proteste der litauischen Medien und Hinweise auf ähnliche Verhältnisse in polnischen Schulen blieben dabei unbeachtet: Nach einiger Zeit verschwanden die Anzeigen wieder.<sup>475</sup> Ähnlich kritisierte der Vorsitzende des ZPB, Kruczkowski, die „nur negative Darstellung“ der polnischen Minderheit in Weißrussland durch die polnischen Medien und beklagte gleichzeitig, die weißrussischen Behörden hätten (etwa im Schulwesen) „noch nie“ europäische Standards im Minderheitenschutz erfüllt.<sup>476</sup>

### 5.2.5 Synthese: Identität, Diskurs und Diskurshegemonie

Die **Wahrnehmung des Konfliktes** um die *Polonia*- und Auslandspolen-Politik kreiste um Untersuchungszeitraum insbesondere um die Frage, ob Polen eher als Staatsnation oder eher als Kultur- und Sprachnation konzipiert sei. Sie wurde zu Beginn der neunziger Jahre insbesondere vom Neuanfang in der innerpolnischen Minderheitenpolitik bestimmt. Dieser markierte insbesondere einen Abschied vom russischen Modell der Privilegierung eines Staatsvolkes und vom Irrweg des 20. Jahrhunderts, dem Versuch der Schaffung eines Einheitsvolkes (UdSSR, Jugoslawien), und eine gleichzeitige Hinwendung zum österreichi-

<sup>471</sup>Der langjährige Staatssekretär des MKiS und spätere Direktor der Polnischen Nationalbibliothek, Michał Jagiełło, veröffentlichte Ende 2000 eine Monographie (JAGIEŁŁO 2000), die zu Beschäftigung mit Minderheiten in Polen und den östlichen Nachbarstaaten aufrief und eine Art Fortsetzung des vielbeachteten Buches von Bohdan Skaradziński (SKARADZIŃSKI 1990) darstellte. Vgl. auch Michał Jagiełło, *Ścieżka na Wschód*, Rzeczpospolita, 7.5.01. Die *Polonia*-Funktionärin Helena Miziniak behauptete, Staatssekretär Sikorski habe den Auslandspolen die polnische Staatsbürgerschaft zugesagt (Złączeni, nie podzieleni, Tygodnik Powszechny, 13.5.01).

<sup>472</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Reden von Tadeusz Kruczkowski (ZPB) und Andrzej Stelmachowski; KRUCZKOWSKI 2002: 120.

<sup>473</sup>KRUCZKOWSKI 2002: 120; Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Reden von Staatssekretär Dąbrowa und Tadeusz Kruczkowski.

<sup>474</sup>Gazeta Wyborcza, 14./15.10.00.

<sup>475</sup>Pressenotizen des MSZ, 10. Jahrgang, Nummer 237 (2518), 10.12.01 (www.msz.gov.pl).

<sup>476</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 15. Sitzung, 30.4.02, Rede von Tadeusz Kruczkowski; KRUCZKOWSKI 2002: 115; ähnlich STELMACHOWSKI 2000: 295f.

schen Modell (Staatsgrundgesetz von 1867) einer Gleichberechtigung und unantastbarer Rechte für alle Bürger des Landes hinsichtlich der Bewahrung von Identität und Sprache (LEWANDOWSKI 1993: 29). Während der Senat unabhängig von Parteizugehörigkeiten und die von ihm abhängigen NGOs, Präsident Wałęsa sowie die postkommunistischen Kräfte und die meisten rechten Parteien im Sejm den östlichen Nachbarn Litauen, Weißrussland und Ukraine vorwarfen, in ihrer Minderheitenpolitik das Modell einer die polnische Minderheit ausschließenden Kulturnation zu vertreten, jedoch gleichzeitig selbst ein solches Modell unterstützten, setzten das MSZ, Präsident Kwaśniewski, die liberalen Parteien und zumeist auch der Ministerrat auf eine Integration der polnischen Minderheit in die Gesellschaften Litauens, Weißrusslands und der Ukraine, wobei sie sich jedoch stets gegen jegliche Formen von Assimilation aussprachen.

Zumindest bemerkenswert war das Ausmaß, in dem die polnischen Diskursträger (mit Ausnahme von Präsident Kwaśniewski) weitgehend einhellig die Situation der polnischen Minderheit in Litauen als besonders problematisch und schwierig wahrnahmen, obwohl in der Ukraine und in Weißrussland (im letzteren Fall ebenfalls kompakt siedelnd) gleichermaßen historische polnische Minderheiten leben: Nur gegenüber Litauen forderte etwa Außenminister Skubiszewski bereits 1990 und damit vor der großen Krise in den polnisch-litauischen Beziehungen nach der Auflösung der polnisch dominierten beiden Kreistage besondere Rechte für die dort lebenden Polen,<sup>477</sup> die geflissentlich die Haltung der Minderheit zwischen 1988 und 1991 übersah (BRODOWSKI 1993: 232). Polnische (wie allerdings auch litauische) Politiker bis hin zu Außenminister Skubiszewski waren bis 1992 zu einem Kompromiss in der Minderheitenfrage nicht bereit, um nicht dem Druck der (meist kaum informierten) Wähler ausgesetzt zu sein.<sup>478</sup> Selbst als wichtige Funktionäre der polnischen Minderheitenverbände wie Andrzej Stelmachowski 1997 betonten, dass etwa das polnische Schulwesen in Litauen so gut wie kein anderes Auslandspolen-Schulwesen funktioniere und dagegen das polnische Schulwesen in Weißrussland in einem besonders kritischen Zustand sei, galt das Interesse der Medien und der Abgeordneten noch immer überwiegend dieser Frage.<sup>479</sup>

Die seit Jahren anhaltende Auseinandersetzung um die *de facto*-Zuständigkeit für die polnische Minderheitenpolitik zwischen MSZ und Senat ist nur auf den ersten Blick eine Auseinandersetzung zwischen Bürokratien um Einfluss. Dahinter stehen vielmehr die oben erwähnten, bis heute in der polnischen Minderheitendebatte fortbestehenden fundamentalen Unterschiede der Nationskonzepte zwischen Staats- und Kultur-/Sprachnation. Die empfohlenen **Strategien** und **Mittel** der beiden Lager unterschieden sich in dieser Frage fundamental: Die Anhänger der Konzeption einer polnischen Kultur- und Sprachnation beharrten mit Verweis auf alle noch nicht eingelösten Prinzipien des Minderheitenschutzes der Nachbarschaftsverträge auf einer harten Linie gegenüber den östlichen Nachbarn. Dagegen empfahlen die Vertreter des Modells einer Staatsnation die verstärkte Integration der polnischen Minderheiten in die Gesellschaften der jeweiligen Länder. Insbesondere

<sup>477</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 31. Sitzung, 7.9.90, Rede von Außenminister Skubiszewski. Ein wichtiger, aber selten explizit genannter Grund (Auswärtiger Ausschuss des Sejms, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski) für das deutliche Engagement der polnischen Diskursträger für die polnische Minderheit war insbesondere die in Litauen durchgeführte Reprivatisierung, bei der die polnische Minderheit teilweise benachteiligt wurde.

<sup>478</sup>BRODOWSKI 1993: 220; ähnlich die Bewertung von Jerzy Marek Nowakowski, *Węzeł do rozwiązania*, *Rzeczpospolita*, 11./12.4.92.

<sup>479</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Andrzej Stelmachowski; Auslandspolen-Ausschuss des Sejms, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Beitrag von Andrzej Stelmachowski.



Ende der neunziger Jahre fand indes eine teilweise Annäherung dieser Positionen statt, indem beide Seiten insbesondere die Sicherstellung des gesellschaftlichen Aufstieges für die Angehörigen der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine zur vorrangigen Aufgabe erklärten.

Die **Legitimation** der „harten Linie“ in der Minderheitenpolitik wurde insbesondere mit dem Hinweis auf die „Gemeinschaft aller Polen“<sup>480</sup> und die einzuhaltenden Nachbarschaftsverträge begründet. Das MSZ wurde dabei als zu nachgiebig kritisiert, da es zu sehr auf die zwischenstaatlichen Beziehungen bedacht sei. Die kompromissbereite Haltung hob dagegen die Notwendigkeit der Integration der polnischen Minderheiten in die Gesellschaften der östlichen Nachbarländer hervor, lehnte jedoch als Grenze jegliche Formen von „Assimilierung“ ab.

**Nicht-polnischen Akteuren** wurde in dieser Debatte kaum eine größere Bedeutung zugeschrieben. Allenfalls einzelne Spitzenfunktionäre der Minderheitenverbände in Litauen, Weißrussland und der Ukraine kamen in den Ausschusssitzungen des Parlaments oder den polnischen Medien gelegentlich zu Wort, ohne jedoch einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Sie trugen indes durch ihre zunehmend unterschiedliche Ansichten auch zur Pluralisierung des Meinungsbildes in Polen bei.<sup>481</sup>

Von den **Identitätselementen** aus Kapitel 3 spielte in dieser Debatte insbesondere das Element **Polentum** (*polskość*)<sup>482</sup> eine herausgehobene Rolle. Alle Diskursträger aktivierten dieses Element; paradox daran mag auf den ersten Blick erscheinen, dass insbesondere polnische Kommunisten in Litauen und die national-katholische Rechte in Polen dabei dieselben Argumentationsmuster verwandten, wobei letztere die Argumente der ersteren aufgriffen (SOBCZAK 2000: 152). Die Unterstützung dieser polnischen, streng antikommunistischen Kreise für die antilitauische Tätigkeit polnischer, mit der ehemaligen KPdSU verbundener Funktionäre, um das „Polentum in Litauen“ zu verteidigen, zeigt die Stärke des Argumentationsmusters „Verteidigung der Rechte der polnischen Minderheiten“. Es erwies sich in diesem Fall im Vergleich zu Parteibindungen oder Argumentationsmustern wie „Europa“ als stärker (WIDACKI 1997: 150). Ein ebenfalls dominante Rolle kam ferner den Argumentationsmustern zu, die „Interessen der polnischen Minderheiten nicht auf dem Altar der zwischen staatlichen Beziehungen zu opfern“ oder auch die „Befürwortung einer Freundschaft Polens mit den östlichen Nachbarn, aber nicht auf Kosten der polnischen Minderheiten“. Nur eine Nebenrolle spielten dagegen Argumentationsmuster, die (wie von Außenminister Rosati versucht) die polnischen Minderheiten als „Brücke“ zwischen Polen und den einzelnen Nachbarstaaten begriffen und ihnen nur in diesem Falle eine zählbare Rolle im öffentlichen Leben der einzelnen Staaten zuschrieben.<sup>483</sup>

<sup>480</sup>Beispielhaft hierzu die Aussage des Abgeordneten Michał Kamiński (AWS): „Die in Litauen, Weißrussland und der Ukraine lebenden Polen sind ein integraler Teil des polnischen Volkes“ (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 111. Sitzung, 19.6.01, Rede von Michał Kamiński (AWS)).

<sup>481</sup>Dabei trat bei den polnischen Minderheiten in der Ukraine, Weißrussland und Litauen ein ähnlicher Effekt auf, wie er auch bei der deutschen Minderheit in Schlesien nach 1989 zu beobachten war: Die Angehörigen der Minderheiten hatten wesentliche Änderungen im kollektiven Bewusstsein der in Polen lebenden Polen nicht mitgemacht. Das führte seitens der polnischen Minderheiten zu vielen Missverständnissen und sogar Anklagen über angeblichen Verrat an den „nationalen Interessen Polens“ (WIDACKI 1997: 148).

<sup>482</sup>Eine ausgesprochen vielfältige Beleuchtung des Begriffes *polskość* liefern die Nummern 11-12/1987 und 3/1988 der polnischen Monatszeitschrift ZNAK.

<sup>483</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatowi, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Außenminister Rosati.

Das Jahr 1989 war (im Vergleich zu den minderheitenrelevanten Debatten für die Zeit 1918-1939 und 1944-1989) eine deutliche Zäsur in der polnischen Debatte über in Litauen, Weißrussland und der Ukraine lebenden polnischen Minderheiten. Jedoch dürfte es nicht nur für 1997, sondern auch für 2003 zumindest noch zeitlich verfrüht sein, von einem „breiten Konsens“, wie 1997 Andrzej Stelmachowski feststellte, unter den maßgeblichen politischen Kräften Polens in der polnischen Minderheitenpolitik zu sprechen.<sup>484</sup> Dieses Ergebnis belegt, dass der Diskurs über Fragen der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn nicht notwendig (wie im Falle des Diskurses über die „strategischen Nachbarschaften“) konvergiert. Eine echte **Diskurshegemonie** mit einem erkennbaren *privileged storyteller* (MILLIKEN 1999: 236) hat sich deshalb im polnischen Minderheitendiskurs noch nicht herauszubilden vermocht. Zwar ist insbesondere unter den polnischen Abgeordneten und in den polnischen Medien das Verständnis von Polen als einer Kultur- und Sprachnation noch recht stark ausgeprägt, indes kommt eine Studie der bekannten polnischen Soziologin Joanna Kurczewska anhand von repräsentativen Feldforschungen unter der polnischen Bevölkerung bereits im Jahr 1997 zum Ergebnis (KURCZEWSKA 1997: 445), dass die Polen sich heute eher als eine Staatsnation denn als eine Kultur- oder Sprachnation sehen.

---

<sup>484</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 93. Sitzung, 4.3.97, Rede von Andrzej Stelmachowski.



# Kapitel 6

## Fallstudien zum speziellen ostpolitischen Verhaltensprofil Polens

Aufgabe dieses abschließenden Kapitels ist die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Identität und Verhalten in der polnischen Ostpolitik, um dem methodischen Konzept der Arbeit – die Analyse des Forschungsgegenstandes unter Zuhilfenahme der Begriffstrias „Identität, Diskurs, Verhalten“ – Rechnung zu tragen. Die Fallstudien sind methodisch auf die Auswahl der Diskurse aus Kapitel 5 abgestimmt und untersuchen drei Bereiche des polnischen Verhaltens gegenüber den östlichen Nachbarn:

- die Auslandspolen-Politik unter besonderer Berücksichtigung von Fragen aus den Bereichen Bildung und Wissenschaft, die auch nach 1989 noch zumeist zu den umstrittensten Themen der Minderheitenpolitik gehören,
- die Exportförderungspolitik auf die „Ostmärkte“, wobei insbesondere klassische diesbezügliche Instrumente (Exportversicherungen, Beihilfen, technische Hilfe) staatlicher Außenwirtschaftspolitik analysiert werden sollen,
- die Sicherheitspolitik am Beispiel des Schengener Übereinkommens zur Sicherung der EU-Außengrenzen.

Dabei wird insbesondere die Frage aufgeworfen, ob sich die in den Fallstudien aus Kapitel 5 als dominant herausgestrichenen Identitätselemente und Argumentationsmuster auch im Verhalten in diesen drei Politikfeldern wiederfinden.

### 6.1 Auslandspolen-Politik

Unter „Auslandspolen-Politik“ wird im folgenden derjenige Teil der polnischen Ostpolitik verstanden, der sich auf die historischen polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine bezieht.<sup>1</sup> Die Arbeit konzentriert sich auf die Untersuchung von Akteuren, die diese historischen Minderheiten unterstützen. Sie untersucht deshalb die Aktivitäten des MSZ, des MEN und der diesem Ministerium nachgeordneten Behörden (CODN, PCN, BUWiWM) sowie des Senats und der von diesem abhängigen Institutionen

---

<sup>1</sup>Der naheliegende Vergleich mit der polnischen Politik seit 1989 gegenüber den Minderheiten in Polen entfällt hier, siehe zu diesem Thema die Dissertation von GAWRICH 2003.

(insbesondere *Wspólnota Polska* und *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*). Auf eine Analyse der Aktivitäten des MKiS/MKiDN wurde dagegen verzichtet, da diese Aspekte *politisch* weniger relevant sind und nur eine sehr bescheidende Größenordnung haben.<sup>2</sup>

Diese Fallstudie soll insbesondere die zwei Fragen untersuchen, ob das im Diskurs als dominant erfasste Identitätselement „*polskość*“ auch im Verhalten bestimmend war und ob im Verhalten eher Konzepte im Vordergrund standen, die auf Polen auf Abstammungs- oder als Staatsnation abzielten.

### 6.1.1 Polnische Minderheiten in der LSSR, BSSR und USSR 1945 bis 1991

Die *Polonia*- und Auslandspolen-Politik der Volksrepublik Polen konzentrierte sich auf die im Westen lebenden Emigranten, wohingegen die polnischen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa zwischen 1945 und 1989 „nicht einmal moralische Hilfestellung“ (RPPZ 1991: 153) erhielten. Zusätzlich ignorierte die offizielle Politik der UdSSR die Existenz von Minderheiten. Die Verfolgung von Befreiungsbewegungen sowie das assimilatorische Konzept des „proletarischen Internationalismus“ schlossen spezielle Rechte für Minderheiten aus und überließen diese weitgehend dem guten oder bösen Willen der Lokalbehörden.

In der LSSR, BSSR und USSR war das Verhältnis zwischen Titularnationen und den polnischen Minderheiten keinesfalls spannungsfrei. Dabei war die **LSSR** – entgegen der landläufigen Meinung – die einzige Sowjetrepublik, in der die polnische Minderheit zumindest nicht verfolgt oder diskriminiert wurde,<sup>3</sup> sondern (mit Ausnahme der Jahre 1945 bis 1950) über das für eine polnische Minderheit in der UdSSR einzigartige Privileg eines polnischsprachigen Schulwesens verfügte, das Moskau unter anderem zur Schwächung des litauischen Nationalbewusstseins gewährt hatte.<sup>4</sup> Die Minderheit hielt sich in der Regel abseits der Litauer und öffnete sich nur in den von Polen dominierten Gebieten dem litauischen Einfluss.<sup>5</sup> Sie siedelt weitgehend in einem „Ring“ rund um die Hauptstadt Wilna und stellte dabei in den Kreisen (*apskritis*) Šalčininkai und Wilna-Land deutliche Mehrheiten (78 und 64 Prozent), in den Kreisen Trakai, Švenčionys und Širvintos sowie in der Stadt

<sup>2</sup>Die insbesondere vom MKiS/MKiDN konzipierte auswärtige Kulturpolitik Polens soll damit jedoch nicht als ein „unpolitisches Politikfeld“ betrachtet werden. Sie ist aber ohne Zweifel weitaus weniger umstritten als die Auslandspolen-Politik und deshalb kein Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

<sup>3</sup>Dies gestand auch der gegenüber Litauen sehr kritische ehemalige Vorsitzende des ZPL und Chefredakteur der polnischsprachigen Zeitung in Wilna, *Czerwony Sztandar* (heute *Kurier Wileński*), Jan Sienkiewicz, 1989 zu (*Życie Warszawy*, 4./5.3.89, Interview mit Jan Sienkiewicz). Die polnische Minderheit hatte vor 1989 ihre Vertreter in den Zentralorganen der KP, dem Obersten Sowjet der UdSSR und der LSSR sowie hohe Repräsentanten in der Lokaladministration wie in den Sicherheitsorganen (Innenministerium, KGB, WIDACKI 1997: 150). Die litauische Seite hatte sich jedoch bemüht, in Wilna die Spuren polnischer Kultur zu überdecken, zu vertuschen oder an ihrer Stelle russische oder sowjetisch-litauische zu errichten (MIKNYS 1999: 101, 103).

<sup>4</sup>1954/55 war der Höchststand im polnischen Schulwesen in der LSSR erreicht: 32 260 Schüler besuchten 312 rein polnische und 78 gemischte Schulen. Bis 1988 sank diese Zahl auf 9 995 Schüler sowie 46 rein polnische und 47 gemischte Schulen (SIENKIEWICZ 1999: 59, ausführlich zum polnischem Schulwesen in der LSSR siehe KWIATKOWSKI 1997; Józef Kwiatkowski, *Szkolnictwo polskie w latach powojennych w świetle statystyki*, *Kurier Wileński* 157/1997). In den siebziger Jahren wurden polnische Schulen teilweise auf Wunsch der Bevölkerung in russischsprachige Schulen umgewandelt, da auch in der LSSR die russische Sprache den Weg des beruflichen Aufstiegs öffnete. (JUODPUSIS 1996: 65, siehe auch MEDELSKA 1998).

<sup>5</sup>JUODPUSIS 1996: 67. Wenn es zu einer Änderung der Sprache oder gar der nationalen Zugehörigkeit kommt, geschieht das in den ländlichen Gebieten Litauens meist innerhalb von drei Generationen.

Wilna (19 Prozent) starke Minderheiten.<sup>6</sup> Das nationale Bewußtsein der Polen in Litauen ist sehr unterschiedlich ausgeprägt: Vielen russifizierten Polen aus einfachen Verhältnissen stehen nicht nur in der litauischen Verwaltung arbeitende Polen gegenüber, sondern vor allem auch eine ländliche polnische Bevölkerung, deren nationales Bewußtsein gewachsen ist.<sup>7</sup>

In nüchternen Zahlen stellte sich die gesellschaftliche Situation für die polnische Minderheit in Litauen zu Beginn der neunziger Jahre nicht unbefriedigend dar: Die Zahl der Kindergärten war in den achtziger Jahren von null auf 66, die Zahl der polnischen Schulen und Klassen im Wilna-Gebiet zwischen 1987/88 und 1991/92 von 92 auf 126 gestiegen.<sup>8</sup> In 68 Kirchen fanden polnischsprachige Messen statt, der litauische Rundfunk sendete bereits 1990 täglich eine Stunde auf polnisch, und das polnischsprachige Privatradio *Znad Wilii* hatte seinen Betrieb aufgenommen. Jeden Sonntag gab es ferner eine polnischsprachige Nachrichtensendung im litauischen Fernsehen. Das staatliche polnische Fernsehen und Radio waren überall zu empfangen (JUODPUSIS 1996: 66). 1990 erschienen in Wilna vier und in der Umgebung weitere vier polnischsprachige Zeitungen (ODNAJDYWANIE: 24f).

Bereits 1989 begann jedoch die bis heute anhaltende Spaltung des polnischen Minderheitenverbandes (ZPL), dessen Mitglieder teilweise der Auffassung waren, es gebe keine „litauische Polen“, sondern nur „Polen in Litauen unter litauischer Besetzung“, die seit dem Hitler-Stalin-Pakt anhalte. Ferner konnte man sich lange Zeit nicht über eine mögliche Unterstützung für *Sgjudis* einigen.<sup>9</sup>

In der **BSSR** waren dagegen 1948 das polnischsprachige Schulwesen und die katholische Kirche mit Gewalt und Kompromittierung aufgelöst<sup>10</sup> und alle polnischen Vereine, Gesell-

<sup>6</sup>Diese fünf Kreise machen zusammen mit der Hauptstadt Wilna in etwa das historische Wilna-Gebiet aus. Zu genaueren Angaben über die Stärke der polnischen Minderheiten in Litauen siehe EBERHARDT 1996a: 56f; HOFMANN 1995: 111, Anm. 338; MALICKI 1993: 218. Zu den abweichenden litauischen Zahlen siehe JUODPUSIS 1996: 64. In Litauen stieg der russische Bevölkerungsanteil (anders als in Estland und Lettland) zwischen 1959 und 1989 nur von 8,5% auf 9,4% an (SREBRAKOWSKI 2000: 74). Die Polonisierung hatte bereits Mitte des 19. Jahrhunderts die bäuerliche Schicht im litauisch-weißrussischen Grenzgebiet erfasst. Gerade weil das Polentum nicht nur im Adel und im Bürgertum, sondern auch in der bäuerlichen Schicht Wurzeln schlug, blieb es nach dem Zweiten Weltkrieg in Litauen erhalten, als fast die gesamte polnische Intelligenz, die polnischen Grundbesitzer und der polnische Kleinadel Litauen verließen (Zofia Kurzewa, *Sytuacja społeczna i językowa Polonii litewskiej, Życie Literackie*, 12.2.89). So gibt es heute in der Umgebung von Wilna kein litauischsprachiges Dorf. Jedoch sind die dortigen Bewohner häufig polonisierte Weißrussen: In einigen Dörfern der Region wird bis heute nur weißrussisch gesprochen, das die Bewohner zumeist *po tutejszemu* („auf hiesige Weise“) nennen (ČEKMONAS 1991: 44-51; Interview des Autors mit Mieczysław Jackiewicz, Polnischer Generalkonsul in Wilna, 25.10.01).

<sup>7</sup>JUODPUSIS 1996: 62, 66. So gaben etwa 1994 89,9% der Polen in Litauen Polnisch als ihre Muttersprache an (SOBCZAK 2000: 146, Anm. 26); eine Quote, die kaum von den Ergebnissen der sowjetischen Volkszählungen der Jahre 1970 und 1979 (92,5% bzw. 88,3%) abweicht.

<sup>8</sup>Lenkišku mokrylu Lietuvoje daugaja (Es gibt mehr polnische Schulen in Litauen), Lietuvos Aidas, 16.5.92, deutsch bei RAUTENBERG 1993: 26.

<sup>9</sup>BRODOWSKI 1993: 225. Insbesondere Mitte der neunziger Jahre kam es zu erheblichen Spaltungen im ZPL; der Bruch wurde insbesondere während der ersten *Polonia*-Debatte des Senats 1997 deutlich (Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 93. Sitzung, 5.3.97, Reden von Gabriel Jan Mincewicz und Artur Płokszt). Ähnlich zentrifugale Tendenzen sind in der Ukraine (ZPU vs. FOPnU) und teilweise auch in Weißrussland festzustellen.

<sup>10</sup>WINNICKI 1993: 197. Selbst die weißrussischen Schulen verminderten sich bis 1957 in Grodno von 13 auf zwei, in Brest' gar von 15 auf eine; in Minsk gab es 1970 überhaupt keine weißrussischen Schulen mehr (DOBRYNIN 1999: 10).

schaften und Bibliotheken geschlossen worden. Die polnische Minderheit wurde als einzige größere Minderheit der BSSR von den Behörden nicht anerkannt, da man sie als „katholisierte Weißrussen“ einstufte. In keiner Republik der UdSSR war die Situation bis 1989 so schwierig, was im Lichte der oft nur wenige Kilometer entfernten polnischsprachigen Dörfer der LSSR umso augenfälliger war (EBERHARDT 1996b: 25). So führte etwa der unerwartet hohe polnische Minderheitenanteil nach der Volkszählung 1959 zu Repressionen und statistischen „Korrekturen“ zur Verminderung dieses Prozentsatzes; Urbanisierung und Assimilierung taten ein übriges.<sup>11</sup>

Von den 417 700 Polen des Jahres 1989 gaben 266 800 Weißrussisch und 94 200 Russisch, aber nur 55 700 (13 Prozent) Polnisch als Muttersprache an.<sup>12</sup> 1989 lebten 300 800 Angehörige (70 Prozent) der polnischen Minderheit in der *voblasts'* Grodno (25,9 Prozent der Bevölkerung der *voblasts'*), die bis heute das am dichtesten von einer polnischen Grenzminderheit besiedelte Gebiet überhaupt ist.<sup>13</sup>

Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, verminderte sich die polnische Minderheit in der **USSR** nach 1945 trotz der Westverschiebung Polens bis 1989 (im Vergleich zu den Volkszählungen von 1931 und 1937) um über zwei Millionen Personen (EBERHARDT 1996a: 191f). Sie lebt heute in Streusiedlung vor allem in der West- und Zentralukraine in den drei *oblasti* Żytomyr, Chmel'nyč'kyj und Lemberg.<sup>14</sup> Von den 219 200 Polen in der Ukraine gaben 1989 nur 12,5 Prozent (27 500 Personen) Polnisch, jedoch 66,6 Prozent Ukrainisch und 20,2 Prozent Russisch als Muttersprache an.<sup>15</sup> Dieser Zustand war nicht zuletzt das Resultat des Niedergangs des polnischen Schulwesens in der **USSR**, das zwischen 1945 und 1989 nur noch aus zwei Schulen mit polnischer Unterrichtssprache in Lemberg bestand (SURMAN 2001: 51). So definiert sich in der Ukraine das Polentum viel stärker über sozio-kulturelle Kriterien und insbesondere die Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche, die jedoch auch in der Ukraine keine ausschließliche Bastion des Polentums mehr ist.

<sup>11</sup>EBERHARDT 1996b: 22. Eberhardt führt den Rückgang auf die Klassifizierung der katholischen, im weißrussisch-litauischen Grenzgebiet lebenden Bevölkerung durch die Statistiken nach 1959 als Weißrussen (die in einigen Kreisen über drei Viertel der Bevölkerung stellten) zurück, obwohl diese sich als „polnisch“ bezeichneten (EBERHARDT 1996a: 186f).

<sup>12</sup>DOBRYNIN 1999: 11, EBERHARDT 1996a: 189. Bei den Volkszählungen 1970 und 1979 hatten 13,1% bzw. 7,4% Polnisch als Muttersprache angegeben. Dagegen schätzen WINNICKI 1993: 202 und ŁOSSOWSKI 1997: 18 die Zahl der Polen in Weißrussland „mit Sicherheit“ auf etwa eine Million, geben aber keine Quellen dafür an. Eine bibliographische Auswahl der neueren polnischen soziologischen Feldforschung zu diesem Thema findet sich bei KACZMAREK 1996: 36.

<sup>13</sup>Neben Russifizierung und Assimilierung ist die Begründung für diese Zahlen darin zu suchen, dass die integrierende Kraft der katholischen Kirche in Weißrussland durch die Auflösung der Mehrheit der bestehenden Pfarreien und Kirchen sowie die „Repatriierung“ und Deportierung zahlreicher katholischer Pfarrer erheblich geschwächt wurde (EBERHARDT 1996b: 25, EBERHARDT 1996a: 189). 1987 zählte man in der BSSR offiziell 2,25 Mio römisch-katholische Personen, wovon etwa 1,5 Mio Personen als römisch-katholische Weißrussen gelten konnten. Dagegen gehörten nur 500 000 Personen (in 370 Pfarreien mit 383 Geistlichen) in der BSSR der orthodoxen Kirche an (GAJEWSKI 1987: 29)

<sup>14</sup>Die „Föderation polnischer Organisationen in der Ukraine“ (FOPnU) wie auch der bekannte polnische Historiker Piotr Łossowski (ŁOSSOWSKI 1997: 21) schätzten dagegen nach 1989 die Zahl der Polen in der Ukraine auf bis zu zwei Millionen (Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych Kancelarii Senatu, Februar 2001: Polacy na Ukrainie, podstawowe informacje).

<sup>15</sup>SURMAN 2001: 51. Noch 1959 nannten dagegen in der Ukraine 18,8% der Polen Ukrainisch als Muttersprache, 1970 nur noch 14,9% und 1979 noch 14,1% (GILL/GILL 1997: 80).

Polnische Minderheiten in der LSSR, BSSR und USSR gemäß der Ergebnisse der sowjetischen Volkszählungen nach 1945				
Sowjetrepublik	1959	1970	1979	1989
LSSR	230 100 (8,5%)	240 200 (7,7%)	247 000 (7,3%)	257 900 (7,0%)
BSSR	538 900 (6,7%)	382 600 (4,3%)	403 200 (4,2%)	417 700 (4,1%)
USSR	363 300 (0,9%)	295 100 (0,6%)	258 000 (0,5%)	219 200 (0,4%)

*Quelle:* Naselenie SSSR 1987. Statističeskij sbornik; Moskva 1988: 104; Nacionalnyj sostav naselenia SSSR. Perepis naselenia 1989; Moskva 1989: 120f; Itogi vsesojuznoi perepisi naselenia 1970g.; Moskva 1972. Die litauische Volkszählung von 1999 ergab 256 000 Polen (6,9%), die weißrussische Volkszählung von 1999 396 000 Polen (3,9%), davon 294 000 in der *voblasts* ' Grodno (KRUCZKOWSKI 2002: 116, MIKOLAJCZYK 2002), die ukrainische Volkszählung von 2001 nur noch 144 100 Polen (0,3%, EBERHARDT 2003). Die offiziellen polnischen Zahlen gaben auch in den neunziger Jahren noch höhere Zahlen an, so nennt das „Statistische Jahrbuch“ für 1993 700 000 Polen in Weißrussland, 500 000 in der Ukraine und 300 000 in Litauen.

### 6.1.2 Die polnischen Minderheiten in den Nachbarschaftsverträgen

Dieser Abschnitt soll nicht die rechtstechnischen Probleme bei der Umsetzung von internationalem in innerstaatliches Recht oder das Problem der unterschiedlichen Implementierung und Anwendung internationalen Rechts durch die innerstaatlichen Verwaltungen und Gerichte diskutieren, sondern einen Überblick über die minderheitenrechtlichen Bestimmungen der Nachbarschaftsverträge geben. Das Augenmerk wird insbesondere auf die Konfliktbereiche Sprachenrechte, Rückübertragung von Eigentum sowie Schulwesen gerichtet.<sup>16</sup>

Die Bestimmungen der Nachbarschaftsverträge<sup>17</sup> tragen deutliche Züge der in Kapitel fünf bereits erwähnten Rahmenkonvention des Europarates, der Europarat-Empfehlung 1201 (1993), der UNO-Resolution über Minderheiten von 1992, des Kopenhagener Dokumentes der KSZE von 1990 und des modellhaften deutsch-polnischen Vertrages von 1991, aus dem viele Bestimmungen „beinahe Wort für Wort“<sup>18</sup> übernommen wurden. Alle Verträge garantieren die Rechte der Minderheiten *per se*, verpflichten sich gegenseitig auf

<sup>16</sup>Die beste aktuelle Übersicht aller minderheitenrelevanten Aspekte der innerstaatlichen Gesetze und Verordnungen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine bieten die drei von der *Wspólnota Polska* herausgegebenen Bände „Wybór dokumentów prawnych dotyczących mniejszości narodowych; Warszawa 2000/01“.

<sup>17</sup>Polnisch-ukrainischer Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit vom 18.5.92 (*Dziennik Ustaw* 1993, Nr. 125, Pos. 573, in Kraft getreten am 30.12.92), Polnisch-weißrussischer Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 23.6.92 (*Dziennik Ustaw* 1993, Nr. 118, Pos. 527, in Kraft getreten am 30.3.93), Polnisch-litauischer Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit vom 26.4.94 (*Dziennik Ustaw* 1995, Nr. 15, Pos. 71, in Kraft getreten am 26.11.94, nochmals durch die politische Deklaration des EU-Stabilitätspaktes von 1995 im Rahmen der EU-Heranzführungsstrategie für Polen und Litauen bestätigt (GÁL 1999: 4f)).

<sup>18</sup>GÁL 2000: 4. Europarat, NATO und EU hatten zuvor mehrfach deutlich gemacht, dass die Regelung der Minderheitenfragen eine Voraussetzung des Beitritts zu diesen Organisationen sei (GÁL 2000: 4).



den internationalen Rechtsbestand und regeln die Verpflichtungen der Regierungen. Die einzelnen Rechte der Minderheiten werden in ein bis drei Artikeln zusammengefaßt,<sup>19</sup> die jedoch keine Definition des Terminus „Minderheit“ enthalten, aber „they refer in general to national minorities of the same ethnic origin as the majority in the neighbouring country“ (GÁL 1999: 8). Keiner der nach 1991 in Ostmitteleuropa abgeschlossenen bilateralen Verträge enthält Gruppenrechte für Minderheiten oder eine territoriale Autonomie. Subjekt der Verträge sind stets die Angehörigen der Minderheiten, nicht die Minderheiten als solche (GÁL 1999: 12). Alle Verträge beinhalten *soft law*-Bestimmungen,<sup>20</sup> die insbesondere umfassen:

- das Recht auf Gleichheit und Nicht-Diskriminierung (d.h. die Deklaration der Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe darf keinen Nachteil für Angehörige der Minderheiten mit sich bringen),
- das Recht auf freie Äußerung, Pflege und Weiterentwicklung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität und auf Gebrauch der eigenen Sprache im öffentlichen und privaten Bereich,
- das Recht auf die Führung des Vor- und Zunamens in der Muttersprache,
- das Recht auf individuelle Wahl der Zugehörigkeit zur Minderheit, was die Existenz einer Minderheit nicht an ihre Anerkennung gebunden sein lässt,
- das Recht auf Verbreitung und Empfang von Informationen, auf Zugang zu den öffentlichen Medien und auf eigene Medien,
- das Recht auf Gründung eigener Organisationen und Institutionen,
- das Recht auf freie Religionsausübung und muttersprachlichen Religionsunterricht,
- das Recht auf grenzüberschreitende Kontakte sowie
- die Pflicht zur Loyalität der Minderheiten gegenüber ihrem Staat.<sup>21</sup>

Beachtenswert ist, welche Rechte *nicht* in allen Verträgen angesprochen werden:

- Das Recht auf effektive Partizipation am politischen Willensbildungsprozeß und auf gleichberechtigte Zulassung zum öffentlichen Dienst ist nur im polnisch-litauischen Vertrag (Art. 14), jedoch nur implizit im polnisch-weißrussischen Vertrag (Art. 16(4)) und überhaupt nicht im polnisch-ukrainischen Vertrag aufgeführt, wohl aber im ukrainischen Minderheitengesetz vom 25. Juni 1992.

- Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht ist im polnisch-litauischen Vertrag (Art. 14) und im polnisch-ukrainischen Vertrag (Art. 11), jedoch nur abgeschwächt im polnisch-weißrussischen Vertrag (Art.16(3)) enthalten.<sup>22</sup>

- Nur der polnisch-litauische Vertrag erwähnt den Schutz der Kulturgüter des jeweiligen Nachbarn (Art. 18(3)) und regelt die rechtliche Stellung Staatsangehöriger, die ständig im jeweils anderen Staat leben (Art. 17).

<sup>19</sup>GÁL 1999: 7. Dies betrifft Art. 11 des polnisch-ukrainischen Vertrages von 1992, Artt. 13-16 des polnisch-weißrussischen Vertrages von 1992 sowie Artt.13-15 des polnisch-litauischen Vertrages von 1994.

<sup>20</sup>Diese müssen erst durch nationale Gesetzgebung konkretisiert worden sein, um in der Praxis für Angehörige der Minderheiten anwendbar zu sein (GÁL 1999: 14).

<sup>21</sup>GÁL 1999: 9 und Anhang sowie ŁODZIŃSKI 1998a: 42f.

<sup>22</sup>Bereits vor Erlangung der ukrainischen Unabhängigkeit hatte Art. 8 der „Deklaration über die Prinzipien und grundlegenden Richtlinien der Entwicklung der polnisch-ukrainischen Beziehungen“ vom 13.10.90 „die Achtung und Gewährleistung der Rechte und die Verbesserung der Lage der jeweiligen Minderheiten und die vollständige Befriedigung ihres Bedarfs an Unterricht in der jeweiligen“ Muttersprache erwähnt (HOFMANN 1995: 172).

- Der polnisch-litauische Vertrag erwähnt zumindest für Gebiete mit hohem Minderheitenanteil die Möglichkeit der Benutzung der jeweils anderen Sprache gegenüber Lokalbehörden (Art. 15).<sup>23</sup> Der polnisch-weißrussische Vertrag enthält dazu (Art. 16(3)) eine nur allgemein formulierte, der polnisch-ukrainische Vertrag keinerlei Bestimmung.

- Der polnisch-litauische (polnisch-ukrainische) Vertrag verbietet ausdrücklich in Art. 13(3) (implizit in Art. 11(2)) eine Pflicht zur Deklaration der Nationalität für Angehörige der Minderheiten, der polnisch-weißrussische Vertrag schweigt dazu.

Betrachtet man Realisierung und Implementierung der erwähnten bilateralen Verträge bis heute, so fällt die Bilanz nicht allzu günstig aus: „For the time being, these treaties have not significantly changed the existing system and practice of minority protection: domestic legislation on education and use of language has not been amended as a reaction to these treaties“ (GÁL 1999: 20). Jedoch ermöglicht das System bilateraler Verträge einen Austausch zwischen nationalem und internationalem Recht und erlaubt Polen ein gewisses langfristiges *monitoring*, im Falle Litauens abgesichert durch das Konsultativkomitee der Präsidenten und die gemeinsame Abgeordnetenversammlung, im Falle der Ukraine durch das Konsultativkomitee der Präsidenten. Voraussetzung dafür ist, dass beide Vertragsseiten den *politischen Willen* zur Realisierung und Implementierung der Verträge haben, die Minderheiten stärker in den Prozeß zukünftiger Vertragsverhandlungen einbezogen werden und die oft unklare Terminologie der Verträge durch intergouvernementale Ausschüsse oder internationale Organisationen geklärt wird (GÁL 1999: 20).

### 6.1.3 Die Gesamtkoordinierung der Auslandspolen-Politik

Die Bedeutung, die die erste nicht-kommunistische Regierung Polens nach 1945 unter Tadeusz Mazowiecki den zuvor fast 45 Jahre verschwiegenen polnischen Minderheiten in den Sowjetrepubliken beimaß, zeigte sich symbolisch durch die Gründung einer **interministeriellen Kommission** (*Międzyresortowa Komisja ds. Polonii, Emigracji i Polaków za Granicą*) am 23. Februar 1990, deren Arbeiten Aleksander Hall, Minister ohne Portefolio, koordinierte.<sup>24</sup> Ein von dieser Kommission ausgearbeitetes und im November 1991 vom Ministerrat verabschiedetes Dokument<sup>25</sup> sah sowohl Eigeninitiative der verschiedenen Verwaltungsebenen als auch Koordinierung durch die Kommission vor. Es betonte insbesondere die Notwendigkeit, die während der Volksrepublik Polen verschwiegenen historischen polnischen Minderheiten in den angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken zu unterstützen.<sup>26</sup> Die Kommission – am 10. Oktober 1992 in einen Kabinettsausschuss des Ministerrates umgewandelt, am 7. Februar 1994 unter dem geänderten Namen (*Międzyresortowa Komisja ds. Polonii i Polaków za Granicą*) wieder die alte Funktion annehmend (RPPZ 1991: 153f, RPPZ 1995: 207) – kämpfte im Laufe der Zeit insbesondere mit der wachsenden Anzahl an Gremien, die in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik tätig waren und

<sup>23</sup>Keiner der Verträge geht jedoch so weit wie der ungarisch-slowakische Nachbarschaftsvertrag, der die gegenseitige Anerkennung von Schulzeugnissen und akademischen Abschlüssen regelt (GÁL 1999: 10).

<sup>24</sup>Rzeczpospolita, 24.2.90.

<sup>25</sup>*Cele i priorytety polityki rządu wobec Polonii, Emigracji i Polaków za Granicą*, vom Ministerrat am 5.11.91 per Beschluss 145/91 verabschiedet (Kopie im Besitz des Autors).

<sup>26</sup>Als besonders wichtige Aufgaben in dieser Hinsicht nannte das Dokument die Verteidigung der Rechte der Minderheiten, materielle Hilfe für die Verbände der Auslandspolen, den Aufbau einer Mittelklasse und einer Intelligenz unter den polnischen Minderheiten, die Entwicklung eines polnischsprachigen Schulwesens sowie die Unterstützung beim Aufbau der römisch-katholischen Kirche.

konnte keine erfolgreiche Koordinierung vornehmen.<sup>27</sup>

Nachdem diese Problematik auch im Auslandspolen-Ausschuss erörtert worden war und die Parlamentarier eine Änderung des herrschenden Zustandes beschlossen hatten,<sup>28</sup> ging die Koordinierungsfunktion in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik mit dem Gesetz über die Regierungsadministration vom September 1997 auf das MSZ über und ist seitdem dort offiziell angesiedelt.<sup>29</sup> Folglich übernahm das MSZ ab diesem Zeitpunkt in der fortbestehenden interministeriellen Arbeitsgruppe die Federführung.<sup>30</sup>

Erst im Dezember 2002 verabschiedete der Ministerrat ein reformiertes zweites „Programm zur Zusammenarbeit mit der *Polonia* und den Auslandspolen“.<sup>31</sup> Als wichtigste „Priorität“ bezeichnet das Dokument die Hilfe für und die Zusammenarbeit mit den Auslandspolen in den angrenzenden östlichen Nachbarstaaten, wobei besonderer Wert auf den Ausbau des polnischen Schulwesens, ein breites Stipendienprogramm für ein Studium am Wohnort und Praktika in Polen, die Unterstützung wirtschaftlicher Aktivitäten der Auslandspolen sowie die Zusammenarbeit mit den Massenmedien gelegt wurde.<sup>32</sup>

#### 6.1.4 Das MSZ in der Auslandspolen-Politik

Für die Auslandspolen ist im Außenministerium (MSZ) seit 1998 die „Abteilung für die *Polonia*“ (zuvor: Abteilung für Migration, Flüchtlinge und Auslandspolen“) zuständig.<sup>33</sup> Sie erarbeitet vor allem minderheitenrechtliche Konzepte, überwacht die Einhaltung der

<sup>27</sup>GĄSOWSKI 2000: 99. 1998 bemühte sich der Premier, mit der Verwaltungsvorschrift (*zarządzenie*) Nr. 23 vom 8.4.98 der Kommission eine erhöhte Effektivität zu verleihen. An ihrer Spitze stand ein Vizepremier. Reichte dieses Forum nicht zur Klärung der anstehenden Fragen aus, so wurden die Fragen im Kabinettsausschuss für gesellschaftliche Fragen des Ministerrates erörtert. Den laufenden Kontakt mit den *Polonia*- und Auslandspolen-Organisationen hält eine Arbeitsgruppe der KPRM aufrecht, die ihrerseits vom Sekretär des erwähnten Kabinettsausschusses beaufsichtigt wird (Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, 68. Bulletin, 22.8.97, Aussagen von Vizepremier Mirosław Pietrewicz und des Unterstaatssekretärs in der KPRM, Lech Nikolski).

<sup>28</sup>Longin Pastusiak (SLD) hatte zuvor im Auslandspolen-Ausschuss betont, dass „niemand“ die *Polonia*- und Auslandspolen-Politik koordiniere. Der Ausschussvorsitzende Leszek Moczulski (KPN) forderte daraufhin eine solche Funktion für das MSZ (Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 68, 22.8.97, Beiträge von Longin Pastusiak und Leszek Moczulski).

<sup>29</sup>Gesetz vom 4.9.97 über die Ressorts der Regierungsverwaltung, *Dziennik Ustaw* 1999, Nr. 82, Pos. 928f, Art. 32(3).

<sup>30</sup>In der Regierung Miller wurde zuletzt am 27.2.02 vom Premier per Verwaltungsvorschrift (*zarządzenie*) eine Arbeitsgruppe (*Międzyresortowy Zespół do Spraw Polonii i Polaków za Granicą*) gegründet: Ihren Vorsitz führt der Außenminister, Mitglieder sind Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre aus sieben Ministerien, die regelmäßig mit Fragen der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik beschäftigt sind (Sprawozdanie Stenograficzne Senatu, 15. Sitzung, 30.4.02, Rede von Staatssekretär Dąbrowa).

<sup>31</sup>*Rządowy program współpracy z Polonią i z Polakami za granicą*, vom Ministerrat am 10.12.02 per Beschluss bestätigt (Kopie im Besitz des Autors).

<sup>32</sup>Das Programm schließt ausdrücklich die vom Senat forcierten und in Kapitel 5.2 erwähnten Initiativen einer *Karta Polaka*, doppelten Staatsbürgerschaften sowie die Teilnahme der Auslandspolen an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aus – 2001 hatten etwa an den Parlamentswahlen nur ein kleiner Bruchteil (etwa 26 000) der Auslandspolen teilgenommen.

<sup>33</sup>JUNOSZA-KISIELEWSKI 1999: 36. Die Entstehung der neuen Abteilung ergibt sich aus Art. 32 des Gesetzes über die Regierungsadministration vom 4.9.97, das am 1.4.99 in Kraft trat. Die *Polonia*-Abteilung des MSZ wurde damit zur Verwaltungseinheit, die die *Polonia*-Politik der Regierung koordiniert und dem Außenminister Berichte, Einschätzungen und Entscheidungshilfen vorlegt (detailliert siehe JUNOSZA-KISIELEWSKI 1999: 37-39).

Rechte der *Polonia* und insbesondere der Auslandspolen,<sup>34</sup> initiiert Gesetzesänderungen zur Anpassung des polnischen Rechtes an europäische Vorgaben und implementiert internationale Verpflichtungen, die Polen im Minderheitenschutz eingegangen ist. Kernziele der Arbeit waren unter anderem die Verhinderung einer Assimilierung der Minderheiten und die Verbesserung des gesellschaftlichen und materiellen Status der Auslandspolen sowie ihre Integration in die jeweiligen Gesellschaften.<sup>35</sup>

Kennzeichnend an der Arbeit des MSZ ist, dass die formelle Zuständigkeit für die Auslandspolen sowie die Federführung beim Abschluss internationaler Verträge (siehe Kapitel 4.1.2) kaum eine entsprechende finanzielle Ausstattung des Ministeriums oder diesem unterstehender Durchführungsorganisation nach sich zog: Im Jahre 1999 verfügte das MSZ etwa im Bereich „Bildung und Erziehung“ für die *gesamte Polonia*- und Auslandspolen-Politik lediglich über 1,495 Mio PLN (2 Prozent aller diesbezüglichen Haushaltsmittel), 2000 über 1,77 Mio PLN (1,7 Prozent), 2002 über 2 Mio PLN (2,6 Prozent),<sup>36</sup> wengleich dem Ministerium noch weitere Mittel für die Bereiche „Kultur und Kunst“ (Radio/Fernsehen für die *Polonia* und Auslandspolen) sowie „gesellschaftliche Fürsorge“ zur Verfügung standen.<sup>37</sup> Das Ministerium ist jedoch nicht in der Lage, größere Vorhaben zu finanzieren und beschränkt sich deshalb auf die Förderung des Empfangs polnischer Radio- und Fernsehprogramme in den östlichen Nachbarstaaten, auf die Durchführung von Ferienlagern für Jugendliche sowie auf humanitäre Hilfe.<sup>38</sup>

### 6.1.5 Das MEN in der Auslandspolen-Politik

Das Erziehungsministerium (MEN) übt seit 1989 die Koordinierungsfunktion für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Hinblick auf die *Polonia* und die Auslandspolen

<sup>34</sup>Als das litauische „Staatliche Sprachenamt“ etwa im Juli 1992 ein Verbot erließ, polnischsprachige Ortsbezeichnungen von in Litauen liegenden Ortschaften in den polnischsprachigen Medien zu verwenden, intervenierte die polnische Botschaft sofort und erreichte bei Premier Abišala die Revidierung des Beschlusses (Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 23, 16.9.92, Beitrag des Ausschussvorsitzenden Sławomir Siwek (PC)).

<sup>35</sup>RPPZ 1991: 157. Vgl. auch das Grundsatzpapier der Konsular- und Flüchtlingsabteilung des MSZ vom 10.6.98, *Ogólne koncepcje polityki polonijnej* (Kopie im Besitz des Autors).

<sup>36</sup>Rząd chce zająć się Polonią, Rzeczpospolita, 6.1.03; Spotkanie dyskusyjne z cyklu Forum Polska 2000, 15.6.00, Aussage von Staatssekretär Sikorski ([www.pai.pl/CP/deb7.html](http://www.pai.pl/CP/deb7.html) [10.5.03]); Antwort des MSZ auf die parlamentarische Anfrage 2596 (7.10.99) des Abgeordneten Jan Kulas. Der Senat verfügte dagegen etwa 2000 über etwa 60% (45 Mio PLN), das MEN über 35% (30 Mio PLN) der diesbezüglichen finanziellen Mittel (Rząd chce zająć się Polonią, Rzeczpospolita, 6.1.03).

<sup>37</sup>Unter „gesellschaftliche Fürsorge“ fällt dabei humanitäre Hilfe für Personen polnischer Herkunft, insbesondere in den östlichen Nachbarstaaten lebende polnische Kriegsveteranen, sowie die Pflege von nationalen Gedenkstätten vor allem in Russland, Litauen, Weißrussland und der Ukraine.

<sup>38</sup>Daneben ist das MSZ als Mitglied von Kommissionen zur Auswahl von Lehrern und Studenten aus den östlichen Nachbarstaaten an der Auslandspolen-Politik beteiligt. Im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik unterstützt das Ministerium ferner vor allem durch seine „Abteilung Werbung“ (*departament promocji*) sowie die „Abteilung für wissenschaftlich-kulturelle Politik“ die Tätigkeit der polnischen Kulturinstitute in Wilna, Minsk und Kiev sowie (seit 1999, als Juniorpartner) zusammen mit dem MKiDN das Adam-Mickiewicz-Institut. Diese Einrichtungen werden hier nicht berücksichtigt, da der Schwerpunkt ihrer Arbeit nicht in den Bereich „Auslandspolen-Politik“ fällt, ihr Gewicht aufgrund der marginalen finanziellen Ausstattung nur sehr gering ist und die Tätigkeit in erster Linie auf die EU-Mitglieder konzentriert ist, um für den polnischen EU-Beitritt zu werben (gemeinsames Papier des MKiDN und des MSZ zur auswärtigen Kulturpolitik, *Zagraniczna polityka kulturalna Polski i jej priorytety na lata 2001-2003*, 21.8.01 (Kopie im Besitz des Autors); MSZ (Hrsg.): *Rocznik polskiej dyplomacji kulturalnej 1999*; Warszawa 1999).

<b>Polonia- und Auslandspolen-Politik des MSZ nach 1989</b>								
(alle Angaben in Tausend PLN, Währungsreform von 1995 eingerechnet)								
	1989	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Radio, Fernsehen</b>	–	3 600	4 313	5 460	6 200	6 575	6 951	7 453
<b>kulturelle Arbeit</b>	–	378	460	543	570	676	987	744
<b>Ferienlager</b>	103,2	(480)	(551)	–	69	77	99	95
<b>gesellschaftliche Fürsorge</b>	–	630	755	868	991	1 095	1 491	1 255

*Quelle:* Rada Ministrów: Sprawozdania z wykonania budżetu państwa, 1989-2001. Die Zahlen für die Ferienlager beinhalten nicht ausschließlich, aber zum überwiegenden Teil finanzielle Mittel für die Auslandspolen aus den östlichen Nachbarstaaten und sind zu etwa 90% Ausgaben für Organisationen und Schulen der Auslandspolen und der *Polonia*. Die Kosten für Radio und Fernsehen entfallen zu etwa 85% auf das Radio und zu 15% auf das Fernsehen.

aus. Rechtsgrundlage sind diesbezüglich vor allem der Beschluss 145/1991 des Ministerates sowie eine Verordnung des Ministers vom 10. August 1992 (geändert am 12. August 1999) über die Grundsätze des Unterrichtes der polnischen Sprache, Geographie und Geschichte unter den Auslandspolen sowie über den Status der im Ausland tätigen polnischen Lehrer.<sup>39</sup>

Verantwortlich für die Bildungsangelegenheiten der *Polonia* und der Auslandspolen im MEN ist eine Unterabteilung gleichen Namens im Rahmen der Abteilung für internationale Zusammenarbeit. Diese beaufsichtigt insbesondere folgende Bereiche:

- die (zeitlich beschränkte) Entsendung von Lehrern in andere Länder, zumeist nach Osteuropa, durchgeführt im Wesentlichen vom CODN,
- die Fortbildungen und didaktische Weiterqualifizierung von Polnisch-Lehrern aus dem Ausland in Polen, durchgeführt insbesondere vom PCN,
- die Organisation von Praktika in polnischen Schulen für Studenten pädagogischer Hochschulen vor allem aus Osteuropa,
- die Beurteilung und Aushandlung von Lehrplänen für die Schulen oder Klassen mit polnischer Unterrichtssprache, insbesondere in Weißrussland, der Ukraine und Lettland (nicht jedoch in Litauen),<sup>40</sup>

<sup>39</sup> *Rozporządzenie w sprawie zasad wspomagania nauczania historii, geografii i języka polskiego wśród Polonii oraz z zakresu świadczeń przysługujących nauczycielom polskim skierowanym do pracy za granicą, Dziennik Ustaw 1992, Nr. 63, Pos. 316f; Rozporządzenie w sprawie zasad organizowania kształcenia dzieci obywateli polskich czasowo przebywających za granicą, wspomagania nauczania historii, geografii i języka polskiego wśród Polonii oraz z zakresu świadczeń przysługujących nauczycielom polskim skierowanym w tym celu do pracy za granicą, Dziennik Ustaw 1999, Nr. 67, Pos. 757. Siehe auch die Aussage von Elżbieta Bober, Unterabteilungsleiterin (*naczelnik wydziału*) für Bildungsangelegenheiten der *Polonia* und für polnischen Sprachunterricht im Ausland des MEN, Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 68, 22.8.97.*

<sup>40</sup> 1996 wurden gemeinsame Lehrplankommissionen mit Weißrussland und der Ukraine für die Minderheitenschulen eingerichtet (MAZIŃSKA 1997: 111). In den Arbeitsplänen zu den polnisch-litauischen interministeriellen Abkommen war seit 1993 ebenfalls eine solche Kommission vorgesehen.

- die Versendung von Unterrichtsmaterialien für Schulen im Ausland, an denen die polnische Sprache unterrichtet wird,<sup>41</sup>
- kostenlose Sprachkurse für polnischstämmige Kinder an den polnischen diplomatischen und konsularischen Einrichtungen sowie
- die Vergabe von Aufträgen zur Organisation von Ferienlagern für polnischstämmige Kinder (vor allem aus dem Osten) in Polen, insbesondere an die *Wspólnota Polska*.<sup>42</sup>

Im Bereich Wissenschaft ist das MEN für folgende Bereiche verantwortlich:

- Stipendien für Auslandspolen und Ausländer zum Studium an polnischen Hochschulen, durchgeführt vom BUWiWM,
- Organisation von Praktika für Studenten der Pädagogik und der Polonistik von litauischen, weißrussischen und ukrainischen Hochschulen sowie
- Lektorenprogramme der polnischen Sprache an Hochschulen dieser Länder.<sup>43</sup>
- Schließlich führt das Ministerium auf das Basis interministerieller Abkommen die Arbeit von drei bilateralen Schulbuchkommissionen mit den östlichen Nachbarn durch.

#### 6.1.5.1 Bildungsaktivitäten

In den Jahren 1991/92 erreichte das MEN in interministeriellen Abkommen die Wiedereinführung der polnischen Sprache im weißrussischen, ukrainischen und litauischen Bildungssystem: Schon am 28. Juni 1991 war eine Vereinbarung über Zusammenarbeit in Fragen der Wissenschaft und Bildung zwischen der USSR und Polen geschlossen worden (ersetzt durch eine entsprechende polnisch-ukrainische interministerielle Vereinbarung vom 12. Januar 1993), 1992 folgten analoge Verträge mit Litauen (21. Februar 1992) und Weißrussland (5. März 1992).<sup>44</sup>

<sup>41</sup>Das betrifft insbesondere Lettland, Weißrussland und die Ukraine, nicht aber Litauen, das die litauischsprachigen Schulbücher in die polnische Sprache übersetzt und polnische Schulbücher nur als ergänzende Materialien zulässt. Das MEN kauft und finanziert seit 1998 Schulbücher insbesondere für die Auslandspolen in der Ukraine, Weißrussland und Litauen: 1998 78 000 Bücher, 1999 104 000 Bücher und 2000 118 000 Bücher (MAZIŃSKA/BOBER/PETRI 2001: 249).

<sup>42</sup>Das MEN ist seit 1990 ferner im Wesentlichen für den Jugendaustausch mit dem Ausland verantwortlich. Dabei ist festzustellen, dass der Anteil der mit ostmittel- und osteuropäischen Staaten durchgeführten Projekte sehr gering ist. So entfielen etwa 1993 von 18 603 Mio PLN Gesamtvolumen nur ein kleiner Bruchteil auf den Austausch mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine; 1994 waren es mit 2 248 Mio PLN (von insgesamt 75 520 Mio PLN) ebenfalls nur wenige Prozent. 1995 betrug der Anteil 16,05% (97 473 PLN), wobei nur etwa 20 Anträge eingereicht worden waren, 1997 gar nur noch 5,83% des Gesamtbudgets des MEN aller Austauschprojekte (Archiv des MEN, Departament Opieki, Wychowania i Młodzieży, DOW-224/N/WM/97/DM vom 19.9.97. Am 1.1.95 entsprach nach der Währungsreform 1 neuer PLN dem Wert von 10 000 alten PLN).

<sup>43</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 68, 22.8.97, Beitrag der Unterabteilungsleiterin (*naczelnik wydziału*) für Bildungsangelegenheiten der Polonia im MEN, Elżbieta Bober; MAZIŃSKA/BOBER/PETRI 2001: 247.

<sup>44</sup>Die Abkommen sind nicht veröffentlicht, können jedoch in der „Abteilung für europäische Integration und internationale Zusammenarbeit“ des MEN eingesehen werden.

### 6.1.5.1.1 Polnisches Schulwesen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine

Ziel der folgenden Ausführungen ist nicht – wie oft von polnischen Minderheitenverbänden, dem MSZ oder dem MEN versucht – die Anfertigung einer abschließenden Statistik, der zu entnehmen wäre, wieviele Angehörige der polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarländern welche Schule besuchen. Das ist ein unmögliches Unterfangen alleine schon deshalb, weil insbesondere in Weißrussland und der Ukraine oft nicht eindeutig die Nationalität einzelner Personengruppen festgestellt werden kann. Deshalb beschränken sich die folgenden Angaben auf die Frage, wieviele Schüler in diesen Ländern die polnische Sprache an verschiedenen Schultypen<sup>45</sup> als ihre Muttersprache oder als Fremdsprache erlernen.<sup>46</sup>

Auffällig an der Tabelle sind die relativ niedrigen Zahlen für Weißrussland und die Ukraine, was mehrere Gründe hat:

**a) Polnisch als Pflichtfach:** Erst 1996 wurde in Weißrussland aus Mitteln der *Wspólnota Polska* die erste Schule mit polnischer Unterrichtssprache in Grodno eröffnet, 1999 folgte die bisher letzte in Vaukavysk.<sup>47</sup> Das polnischsprachige Schulwesen in Weißrussland umfasste 2000/01 neben diesen beiden Schulen nur noch zwei doppelsprachige Klassenzüge in Minsk und Brest sowie 62 Schulen, an denen Polnisch als Fremdsprache angeboten wurde.<sup>48</sup> Auch in der Ukraine entwickelte sich das polnische Schulwesen bis auf die beiden schon zu sowjetischen Zeiten bestehenden polnischen Schulen in Lemberg nur zögerlich. 1994/95 wurde eine achtklassige Schule in Mostys'ka eröffnet, 1995/96 je eine vierklassige Grundschule in Gródek Podil's'kyj (*oblast'* Chmel'nyc'kyj) und Strzelczyski (*oblast'* Lemberg). 1997/98 kam die Schule in Dovbyš hinzu, seit Januar 2000 hat sich der Stand des polnischen Schulwesens in der Ukraine nicht mehr verändert: Schulen mit polnischer Unterrichtssprache gibt es in Lemberg (2), Mostys'ka, Gródek Podil's'kyj, Strzelczyski und Dovbyš; Schulen mit Polnisch als Pflicht-Fremdsprache gibt es in Żytomyr, Chmel'nyck'yj, Ivano-Frankivsk und Kam'janec' Podil's'kyj.<sup>49</sup> Jedoch erlaubten die ukrainischen Behörden 1998/99 nach langen Verhandlungen mit der *Wspólnota Polska* zumindest den Neubau der Schule in Strzelczyski sowie ihre Ausweitung auf acht Klassen.<sup>50</sup>

<sup>45</sup>Schulen mit polnischer Unterrichtssprache, zwei- und dreisprachige Schulen mit polnischen Zügen, Schulen mit Polnisch als verpflichtendes oder freiwilliges Unterrichtsfach, Wochenend- und Sonntagsschulen, Schulen in Pfarrgemeinden (STAROŃ 2001a: 39).

<sup>46</sup>Aus diesem Grund sind die vorliegenden Zahlen des CODN (ZAWADOWSKA/STAROŃ/SIELATYCKI 2001) zur Anzahl der Schüler in Weißrussland und der Ukraine, die die polnische Sprache erlernen, nur als vergleichendes Material zu berücksichtigen, da diese Zahlen nur die Schüler erfassen, die von vom CODN entsandten Lehrern unterrichtet werden und somit einerseits auch Polnischunterricht auf freiwilliger, oft unregelmäßiger Basis erfassen, andererseits aber den Unterricht des Polnischen als Fremdsprache beinahe vollständig unberücksichtigt ließen.

<sup>47</sup>Die polnische Schule in Grodno wurde im September 1996 in Anwesenheit der Premiers Polens und Weißrusslands eröffnet. 1994 hatten die weißrussische Verwaltung und der ZPB ein Dokument über die Eröffnung einer zweiten polnischen Schule in Grodno unterzeichnet, was bis heute nicht realisiert wurde (MASŁOWSKI 2001: 111). Im folgenden werden überall dort polnische Ortsbezeichnungen verwendet, wo die ukrainischen und weißrussischen nicht zu ermitteln waren.

<sup>48</sup>Rozpoczęcie roku szkolnego na Białorusi, Biuletyn Stowarzyszenia Wspólnota Polska, September 2001.

<sup>49</sup>Departament Polonii MSZ, Notatka na temat sytuacji Polaków na Ukrainie, 10.1.01 (Kopie im Besitz des Autors).

<sup>50</sup>Strzelczyski (sechs Kilometer von der Kreisstadt Mostys'ka entfernt) ist ein Dorf mit etwa 550 Einwohnern beinahe ausschließlich polnischer Abstammung. Die Versuche der *Wspólnota Polska*, in diesem Ort ein neues Schulgebäude zu errichten, hatte erst nach drei Jahren im April 1998 Erfolg.

<b>Polnisch als Unterrichtsfach in der Schule –</b>									
Das polnische öffentliche Schulwesen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine nach 1989									
<b>Polnisches Schulwesen in Litauen nach 1989</b>									
	1988/89	1989/90	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94	1994/95		
<b>Schulen mit polnischer Unterrichtssprache</b>	98	110	123	126	130	127	124		
<b>in diesen Schulen unterrichtete Schüler</b> (in Prozent aller in Litauen unterrichteten Schüler)	9 995 (2,1%)	10 613 (2,1%)	11 407 (2,3%)	12 611 (2,5%)	13 881 (2,8%)	15 312 (3,08%)	16 613 (3,26%)		
<b>Polnisches Schulwesen in Weißrussland nach 1989</b>									
	1988/89	1989/90	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94	1994/95		
<b>Schüler mit Polnisch als Unterrichtssprache/Pflichtfach</b>	0	0	–	2 244	–	–	3 450		
<b>Klassen mit Polnisch als Pflichtfach</b>	0	0	0	2	11	21	29		
<b>in diesen Klassen unterrichtete Schüler</b>	–	–	–	–	–	502	450		
<b>Vom CODN unterrichtete Schüler</b>	–	–	–	–	–	574	753		
<b>Schüler, die Polnisch als fakultatives Fach erlernen</b>	–	–	7 843	13 000	–	–	–		
<b>Polnisches Schulwesen in der Ukraine nach 1989</b>									
	1988/89	1989/90	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94	1994/95		
<b>Schüler mit Polnisch als Unterrichtssprache/Pflichtfach</b>	–	–	1 700	2 300	–	1 423	–		
<b>Schulen mit Polnisch als Unterrichtssprache/Pflichtfach</b>	2	2	2	2	2	2	3		
<b>Vom CODN unterrichtete Schüler</b>	–	–	–	–	–	3 247	2 595		
<b>Schüler, die Polnisch als fakultatives Fach erlernen</b>	–	–	–	–	–	3 863	–		

*Quelle:* KWIAŃKOWSKI 1997: 123, SURMAN 2001: 57, PIETRZYK 2001: 63; KACZMAREK 1996: 37; KRYSZYŃ 1997: 245f; MASŁOWSKI 2001: 99-102; WIZMIRSKA 1997b: 240f; KWIAŃKOWSKI 2001: 22; RPPZ 1992: 315; BOBER 1997: 46; HARTMANN 1993: 857; ZIÓŁKOWSKI 1997: 161; RPPZ 1996: 208; RPPZ 1991: 156ff; Senat RP, Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych, Polacy na Ukrainie, Februar 2001; Biuro Studiów i Analiz Kancelarii Senatu, Polska – Ukraine, September 1992; Biuletyn Ukraiński OSW 6-7/94: 30-32; Abteilung „Polonia“ des MSZ, Bericht vom 25.2.98 (Kopie im Besitz des Autors). „Anzahl der Schulen mit polnischer Unterrichtssprache“ bedeutet genauer, dass es zumindest einen Zug in der Schule gibt, in der Polnisch Unterrichtssprache ist, d.h. auch zwei- und dreisprachige Schulen sind in dieser Statistik enthalten.

Ein erhebliches methodisches Problem bei der Anfertigung einer Statistik mit verlässlichen Zahlen besteht darin, dass aufgrund der in der Ukraine und Weißrussland bei weitem dominierenden fakultativen, oft außerhalb des staatlichen Schulsystems stattfindenden Polnisch-Unterrichte nur sehr schwer verlässliche Zahlen zu ermitteln sind und die verschiedenen im polnischen Auslandsschulwesen tätigen Institutionen ausgesprochen unterschiedliche Zahlen vorlegen: So gibt der ZPB etwa für 1998 341 Institutionen mit 18 912 (auch erwachsenen) Schülern und für 2000/01 298 Institutionen mit 21 377 Schülern an, die Polnisch lernten (MASŁOWSKI 2001: 99). Sehr gut ist die statistische Lage dagegen für Litauen, siehe etwa die genauen Zahlen pro Kreis (*rajonas*) zwischen 1989 und 1995 bei KWIAŃKOWSKI 1997: 123.



<b>Polnisch als Unterrichtsfach in der Schule –</b>						
Das polnische öffentliche Schulwesen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine nach 1989						
<b>Polnisches Schulwesen in Litauen nach 1989</b>						
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000	2000/01
<b>Schulen mit polnischer Unterrichtssprache</b>	121	k.A.	125	k.A.	k.A.	121
<b>in diesen Schulen unterrichtete Schüler</b> (in Prozent aller in Litauen unterrichteten Schüler)	17 898 (3,44%)	19 212 (3,61%)	20 263 (3,72%)	21 038 (3,77%)	21 913 (3,83%)	22 303 (3,83%)
<b>Polnisches Schulwesen in Weißrussland nach 1989</b>						
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000	2000/01
<b>Schüler mit Polnisch als Unterrichtssprache/Pflichtfach</b>	–	–	–	–	–	3 797
<b>Klassen mit Polnisch als Pflichtfach</b>	30	–	–	–	–	2 Schulen/5 Klassen
<b>in diesen Klassen unterrichtete Schüler</b>	540	–	–	–	–	957
<b>Vom CODN unterrichtete Schüler</b>	599	1 156	1 008	1 298	1 430	1 474
<b>Schüler, die Polnisch als fakultatives Fach erlernen</b>	–	12 000	11 028	–	–	13 459
<b>Polnisches Schulwesen in der Ukraine nach 1989</b>						
	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000	2000/01
<b>Schüler mit Polnisch als Unterrichtssprache/Pflichtfach</b>	870/3 500	2 202	–	–	–	–
<b>Schulen mit Polnisch als Unterrichtssprache/Pflichtfach</b>	5	7	8	–	10	–
<b>Vom CODN unterrichtete Schüler</b>	2 196	2 263	2 647	2 571	4 146	4 127
<b>Schüler, die Polnisch als fakultatives Fach erlernen</b>	3 000	1 929	–	–	–	–

Quelle: KWIATKOWSKI 1997: 123, SURMAN 2001: 57, PIETRZYK 2001: 63; KACZMAREK 1996: 37; KIRYSZYŃ 1997: 245f; MASŁOWSKI 2001: 99-102; WIZIMIRSKA 1997b: 240f; KWIATKOWSKI 2001: 22; RPPZ 1992: 315; BOBER 1997: 46; HARTMANN 1993: 857; ZIÓLKOWSKI 1997: 161; RPPZ 1996: 208; RPPZ 1991: 156ff; Senat RP, Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych, Polacy na Ukrainie, Februar 2001; Biuro Studiów i Analiz Kancelarii Senatu, Polska – Ukraine, September 1992; Biuletyn Ukraiński OSW 6-7/94: 30-32; Abteilung „Polonia“ des MSZ, Bericht vom 25.2.98 (Kopie im Besitz des Autors). „Anzahl der Schulen mit polnischer Unterrichtssprache“ bedeutet genauer, dass es zumindest einen Zug in der Schule gibt, in der Polnisch Unterrichtssprache ist, d.h. auch zwei- und dreisprachige Schulen sind in dieser Statistik enthalten.

Der in der Ukraine und Weißrussland deutlich dominierende fakultative, oft außerhalb des staatlichen Schulsystems stattfindende Polnisch-Unterricht bereitet erhebliche methodische Probleme, da nur sehr schwer verlässliche Schülerzahlen zu ermitteln sind und die Daten der verschiedenen, im polnischen Auslands-schulwesen tätigen Institutionen stark voneinander abweichen: So gibt der ZPB etwa für 1998 341 Institutionen mit 18 912 (auch erwachsenen) Schülern und für 2000/01 298 Institutionen mit 21 377 Schülern an, die Polnisch lernten (MASŁOWSKI 2001: 99). Sehr gut ist die statistische Lage dagegen für Litauen, siehe etwa die genauen Zahlen pro Kreis (*rajonas*) zwischen 1989 und 1995 bei KWIATKOWSKI 1997: 123.

1999 wurde die Genehmigung für den Neubau der Schule in Gródek Podil's'kyj, im Frühling 2000 für den Neubau des Schulgebäudes in Mostys'ka und deren Aufwertung zu einer elfklassigen Schule erteilt.<sup>51</sup>

**b) Administration:** In Weißrussland und der Ukraine ist die Zentral- und Lokalverwaltung der grenznahen Gebiete (Grodno, Lemberg) spürbar unwilliger, polnische Minderheitenschulen zuzulassen als in den weiter von der polnischen Grenze entfernten Regionen.<sup>52</sup> Wie an der Tabelle ersichtlich wird, nimmt in diesen beiden Ländern der Polnisch-Unterricht als freiwillige Zusatzveranstaltung – oft in außerhalb des staatlichen Schulsystems stehenden „gesellschaftlichen Schulen“ (*szkoła społeczna*)<sup>53</sup> organisiert – eine seit 1991 eindeutig dominierende Position ein.<sup>54</sup> Das polnische Schulwesen in Weißrussland und der Ukraine ist deshalb von großer Instabilität gekennzeichnet; die Zukunft dieser fakultativen Unterrichte ist wegen fehlender finanzieller Mittel vielfach ausgesprochen unsicher.<sup>55</sup>

<sup>51</sup>CHODKIEWICZ 2001: 230; Senat RP, Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych, Polacy na Ukrainie, Februar 2001. Schon am 28.5.99 hatte die polnische Seite vom ukrainischen Premier Pustovojtenko die Zusage zur Errichtung des Gebäudes erhalten (SZMYD 2000: 190).

<sup>52</sup>Dies betrifft auch die nicht unmittelbar an der polnisch-weißrussischen Grenze befindlichen weißrussischen Kreise Voronovo (im Jahre 2001 83% polnischer Bevölkerungsanteil), Ščučyn (50,5%) und Lida (42,1%, MIKOŁAJCZYK 2002: 153), in denen die lokalen Behörden große Anstrengungen unternahmen, um polnischstämmige Eltern davon abzuhalten, ihre Kinder für eine polnische Schule anzumelden (Antwort des MSZ (29.3.01) auf die parlamentarische Anfrage 3356 des Abgeordneten Antoni Szymański; Trudne starania o polskie szkoły, Rzeczpospolita, 5.2.01; MASŁOWSKI 2001: 99-101). Auch die Bemühungen um eine polnische Schule oder Klasse in Navahrudak – dem Geburtsort des polnischen Dichters Adam Mickiewicz – blieben erfolglos (Biuletyn Wspólnota Polska, April 1999; Antwort des MSZ (14.7.00) auf die parlamentarische Anfrage 2184 der Abgeordneten Izabella Sierakowska). Erst ab 22 Schülern – so viel wie für eine weißrussisch- oder russischsprachige Klasse – ist in Weißrussland die Einrichtung einer polnischsprachigen Klasse möglich (MASŁOWSKI 2001: 97).

Entlang der polnisch-ukrainischen Grenze gibt es heute im Wesentlichen nur noch drei kleinere Zentren, in denen die polnische Minderheit lebt (BABIŃSKI 1997: 190): Mostys'ka (etwa 3 000 Personen), Drohobyč (etwa 600 Personen) und Medenice (500 Personen). Ansonsten ist die polnische Minderheit im Wesentlichen in der Zentral- und Ostukraine konzentriert. Heute stellen die ukrainischen Behörden zwar öffentliche Gelder für den Bau von Schulen für die nationalen Minderheiten der Rumänen/Moldawier (2001: 409 600 Personen, 88 Schulen) und Tataren (2001: 73 300 Personen, 10 Schulen) zur Verfügung, nicht aber für die polnische Minderheit (Senat RP, Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych, Polacy na Ukrainie, Februar 2001; Biuletyn Stowarzyszenia Wspólnota Polska, September 2000). Unter anderem gab es in Vinnycja, wo etwa 8 000 Polen leben, auch 2000 noch keinerlei öffentlichen Schulunterricht in polnischer Sprache, obwohl der privat geführte Unterricht in Sonntagsschulen auf großes Interesse stieß (Biuletyn Stowarzyszenia Wspólnota Polska, September 2000).

<sup>53</sup>Für den zusätzlichen Unterricht an den „gesellschaftlichen Schulen“ müssen die Eltern zumeist selbst bezahlen, soweit nicht Lehrer aus Polen dazu entsandt wurden, die polnischen Botschaften und Konsulate finanziell halfen oder einzelne Lehrer auch unentgeltlich an diesen Schulen arbeiteten (STELMACHOWSKI 2000: 295, ZAWADOWSKA/STAROŃ/SIELATYCKI 2001: 27). Etwa die Hälfte der vom CODN nach Weißrussland entsandten Lehrer (siehe Unterkapitel 6.1.5.1.2) arbeitete etwa Ende der neunziger Jahre nicht an staatlichen, sondern an diesen „gesellschaftlichen Schulen“ oder an Sonntagsschulen, was die weißrussischen Behörden mißtrauisch beobachteten (BOBER 1997: 46; MASŁOWSKI 2001: 106); in der Ukraine arbeiteten etwa 1995/96 13 Lehrer aus Polen und 66 aus der Ukraine an diesen Schulen (WIZIMIRSKA 1997b: 241).

<sup>54</sup>Nicht in die Tabelle miteinbezogen sind Sonntags- und Wochenendschulen sowie Schulen in Pfarreien. 2000/01 lernten in Weißrussland an diesen Schulen 2 570 Personen Polnisch (MASŁOWSKI 2001: 102).

<sup>55</sup>MASŁOWSKI 2001: 102. Per Anordnung des ukrainischen Erziehungsministeriums vom 29.8.96 wurden gegen den Protest der *Wspólnota Polska* die fakultativen Stunden aus den Lehrplänen gestrichen, wodurch der zuvor an 88 Schulen der Ukraine freiwillig durchgeführte Polnisch-Unterricht unmöglich wurde

Ein deutlich abweichendes Bild ergibt sich dagegen für Litauen: Auch die *Wspólnota Polska* bestätigte, dass die Situation des polnischen Schulwesens in Litauen „erheblich besser als in allen Ländern Ost- und Westeuropa zusammen“<sup>56</sup> sei. Dennoch besuchten auch Mitte und Ende der neunziger Jahre wie schon vor 1989 noch etwa 50 Prozent der polnischstämmigen Schüler in Litauen russische Schulen.<sup>57</sup> Konflikte mit den litauischen Behörden gab es insbesondere über den Lehrermangel, die im Vergleich zu litauischen Schulen geringere finanzielle Unterstützung, die Forderung der polnischen Minderheit nach Ausbildung der Lehrer für die polnischen Schulen auf Polnisch (was die litauische Seite ablehnte)<sup>58</sup> sowie über die Versuche der Behörden, Polnisch als Abitur-Pflichtfach an den polnischen Schulen abzuschaffen und den Geographie- und Geschichtsunterricht auf Litauisch durchzuführen.<sup>59</sup>

**c) Schulbücher:** In der Frage der Schulbücher befindet sich das polnische Schulwesen in der Ukraine und Weißrussland in einer schwierigen Situation: Die Behörden stellten bis Ende der neunziger Jahre in keinem der beiden Länder Geld für die Erstellung und den Druck polnischsprachiger Schulbücher zur Verfügung. Sie ließen jedoch zum Teil aus Polen (in Weißrussland auch aus Litauen) eingeführte polnischsprachige Schulbücher für den Unterricht zu,<sup>60</sup> ansonsten wurden weiter Schulbücher aus sowjetischen Zeiten verwendet.<sup>61</sup>

---

(Senat RP, Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych, Polacy na Ukrainie, Februar 2001). Das MSZ finanzierte daraufhin den Weiterbetrieb von 14 dieser Schulen (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 109, 18.2.97, Rede von Andrzej Stelmachowski).

<sup>56</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 109, 18.2.97, Rede von Andrzej Stelmachowski. Über die Entwicklung der Zahlen der Kindergärten nach 1989 in Litauen informieren ODNAJDYWANIE 1991: 24 und KOBECKAITE 1993: 212.

<sup>57</sup>KWIATKOWSKI 1997: 124; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Beitrag von Andrzej Stelmachowski. 1992 betrug die Rate sogar noch 60 Prozent (KOBECKAITE 1993: 212). 1996 wurde im Schnitt eines von zwei polnischstämmigen Kindern in der Stadt Wilna auf eine polnische Schule eingeschult, im Kreis Šalčininkai betrug dieses Verhältnis zwei zu drei, im Kreis Wilna sogar drei zu vier (Józef Kwiatkowski, Szkolnictwo polskie na Litwie w latach powojennych w świetle statystyk, Kurier Wileński, 14.8.97).

<sup>58</sup>WIZIMIRSKA 1997b: 240; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58, 14.3.97, Rede von Józef Kwiatkowski.

<sup>59</sup>Polnische Stellen protestierten insbesondere 1997/98 erfolgreich gegen diese „Litauisierung“ des polnischen Schulwesens in Litauen (JUNOSZA-KISIELEWSKI 1999: 35, WIZIMIRSKA 1999: 170), erwähnten aber nicht, dass in Polen der Geschichts- und Geographieunterricht auf Polnisch abgehalten werden muss (Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58, 14.3.97, Beitrag des litauischen Konsuls in Sejny, Vidmantas Povilionis). In Polen wurden dabei immer wieder das Interview mit dem litauischen Bildungsminister Zinkevičius zitiert, der behauptet hatte, in Südostlitauen werden eher Weißrussisch als Polnisch gesprochen und die polnischen Organisationen würden den Kindern die polnische Sprache aufzwingen (Szkoła musi być narodowa, litewska! Rozmowa z nowym ministrem oświaty i nauki, Nasza Gazeta 9-15.2.97).

<sup>60</sup>BOBER 1997: 52f; Arbeitsplan vom 30.6.95 zum interministeriellen polnisch-weißrussischen Abkommen über Bildung und Erziehung, Art. 7. Eine Liste der verwandten Bücher und Unterrichtsmaterialien gibt STAROŃ 2000: 116f.

<sup>61</sup>In der Ukraine wurden bis 1994 nicht einmal die Hälfte der geplanten Schulbücher herausgegeben, diese Aufgabe wurde darüber hinaus im Lemberger Schulbuchverlag *Svit* monopolisiert (Senat RP, Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych, Polacy na Ukrainie, Februar 2001). Anfang 1997 erließen die ukrainischen Behörden ferner 10% Zoll und 20% Mehrwertsteuer auf importierte Bücher, so dass die *Wspólnota Polska* einen geplanten Transport von Schulbüchern in die Ukraine annullierte (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 109, 18.2.97, Rede von Andrzej Stelmachowski). Im interministeriellen Abkommen der Erziehungsminister vom Juli 2001 sicherten sich beide Seiten explizit „gegenseitige Hilfe“

Litauen lässt dagegen keine aus Polen eingeführten Schulbücher zum Unterricht in den polnischen Schulen zu (WIZIMIRSKA 1998: 169, Anm. 10). Deshalb wurden alle litauischen Schulbücher für die polnischen Schulen auf Polnisch übersetzt; ein Prozess, der jedoch bis 2001 noch nicht für alle Fächer abgeschlossen war (KWIATKOWSKI 2001: 23). Weitere polnischsprachige didaktische Hilfsmittel wurden von den Verlagen in Litauen nicht herausgegeben.<sup>62</sup>

**6.1.5.1.2 Entsendung polnischer Lehrer nach Litauen, Weißrussland und die Ukraine** Die international-rechtliche Grundlage der Entsendung polnischer Lehrer nach Litauen, Weißrussland und in die Ukraine sind die bilateralen Verträge über Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Erziehung und Wissenschaft, ausgefüllt durch die interministeriellen Vereinbarungen und die meist auf ein bis drei Jahre geschlossenen „Arbeitspläne“.<sup>63</sup> Die innerpolnische rechtliche Grundlage für die Jahre 1989 bis 1991 war der Beschluss 47 des Ministerrates vom 5. März 1976,<sup>64</sup> an dessen Stelle 1992 und 1999 die zwei erwähnten Verordnungen des MEN traten.<sup>65</sup> Von 1989 bis 1991 war das MEN selbst für die Entsendeprogramme zuständig. Seit 1991 organisiert die zu diesem Zweck gegründete zentrale Lehrerfortbildungsanstalt (CODN) im Auftrag des MEN die Entsendung der Lehrer, unter anderem nach Weißrussland und in die Ukraine, jedoch kaum nach Litauen, da dieses Land über einen eigenen ausreichenden entsprechenden Lehrkörper verfügt und deshalb keinen Bedarf beim CODN angemeldet hat.<sup>66</sup> Die Lehrer werden in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich für den Polnisch-Unterricht an den von den polnischen Minderheiten besuchten Schulen eingesetzt.

---

bei der Versorgung mit Schulbüchern in der jeweiligen Minderheitensprache zu (Art. 8).

Auch in Weißrussland waren bis 2001 erst sechs entsprechende Schulbücher herausgegeben worden, je drei im Jahre 2000 und 2001; die weißrussischen Behörden kündigten zum selben Zeitpunkt weitere mehrjährige Verzögerungen an. Da die deshalb aus Polen und Litauen beschafften polnischsprachigen Lehrbücher nicht dem weißrussischen Lehrplan entsprachen, wurden sie nur für den naturwissenschaftlichen Unterricht zugelassen (MASŁOWSKI 2001: 108). Seit 1996 existieren auch gemeinsame Programmkommissionen mit Weißrussland und der Ukraine, die gemeinsam die Lehrpläne für das Minderheitenschulwesen erarbeiteten (MAZIŃSKA 1997: 111).

<sup>62</sup>Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58, 14.3.97, Rede von Józef Kwiatkowski.

<sup>63</sup>Zur Struktur der bilateralen Verträge Polens mit seinen östlichen Nachbarn siehe Kapitel 4.

<sup>64</sup>*Uchwała Rady Ministrów w sprawie kierowania za granicę obywateli polskich w celach szkoleniowych i naukowo-badawczych, Monitor Polski 1976, Nr. 13, Pos. 64.*

<sup>65</sup>Siehe Anmerkung 40.

<sup>66</sup>STAROŃ 2000: 111; ZAWADOWSKA/STAROŃ/SIELATYCKI 2001: 28. Zum Auswahlverfahren siehe STAROŃ 2001b: 254; eine Liste der weißrussischen und ukrainischen Orte, in die polnische Lehrer zur Arbeit entsandt wurden findet sich bei STAROŃ 2000: 115.

Anzahl der vom CODN aus Polen nach Litauen, Weißrussland und die Ukraine gesandten Lehrer													
	'89/90	'90/91	1991/92	'92/93	'93/94	'94/95	'95/96	'96/97	'97/98	'98/99	'99/00	'00/01	'01/02
<b>Litauen</b>	-	-	1	1	2	3	-	-	-	-	-	-	-
<b>Weißrussland</b>	-	-	4	14	15	18	16	17	18	19	18	26	25
<b>Ukraine</b>	-	1	12	17	28	26	23	22	27	23	37	42	42
<b>zusammen</b>	0	1	17	32	45	47	39	39	45	42	55	68	67
<b>Kasachstan</b>	10	19	25	28	34	32	40	31	32	30	25	22	19
<b>Lettland</b>	9	17	23	22	27	27	26	23	23	22	28	30	26
<b>Russland</b>	-	2	2	3	-	2	4	4	6	7	11	15	18
<b>übrige Länder</b>	0	1	4	7	7	6	9	11	10	11	12	15	15
<b>Gesamtzahl aller entsandten Lehrer</b>	19	40	71	92	113	114	118	108	116	112	131	150	145

Quelle: STARON 2001a: 46.

**6.1.5.1.3 Fortbildung ausländischer Lehrer in Polen** Die rechtliche Grundlage zur Fortbildung ausländischer Lehrer in Polen sind die bilateralen Verträge über Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Erziehung und Wissenschaft, ausgefüllt durch die interministeriellen Vereinbarungen und die meist auf ein bis drei Jahre geschlossenen „Arbeitspläne“.<sup>67</sup> Seit 1991 führt das *Polonia*-Lehrerfortbildungszentrum in Lublin (*Polonijne Centrum Nauczycielskie*) Kurse für Lehrer vor allem der polnischen Sprache und der Musik durch (RPPZ 1991: 156f), wobei ein deutlicher Schwerpunkt auf der Förderung von Lehrern aus Schulen mit polnischer Unterrichtssprache oder Polnisch als Fremdsprache aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine liegt. Dabei finanziert die polnische Seite für einen kleineren Teil der entsandten Lehrer die Aufenthaltskosten, während das entsendende Land die Reisekosten trägt und die Fortbildungen während des Schuljahres gestattet. Die Mehrzahl der Lehrer der drei genannten Staaten nahm indes an Fortbildungen während der Ferien außerhalb des eigenen Schuljahres statt.<sup>68</sup> Insgesamt beteiligten sich in den Jahren 1992-2000 14 020 Lehrer an den Kursen, davon 6 733 aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine.<sup>69</sup> Primäres Ziel dieser Kurse ist es, weniger Lehrer aus Polen in diese Länder entsenden zu müssen (RPPZ 1992: 315, RPPZ 1996: 208).

<b>Anzahl der Lehrer polnischsprachiger Schulen aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine, die seit 1992 an Fortbildungen in Polen teilgenommen haben</b>										
	<b>1992</b>	<b>1993</b>	<b>1994</b>	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>
<b>Litauen</b>	181	91	56	303	277	188	333	263	279	83
<b>Weißrussland</b>	270	475	377	343	359	494	453	309	301	157
<b>Ukraine</b>	33	112	318	114	211	136	130	147	180	57

*Quelle:* Schreiben DWZ-1-0856-RFN (14.6.01) des PCN an die Leiterin der Abteilung „Europäische Integration und Internationale Zusammenarbeit“ des MEN, Magdalena Mazińska (Kopie im Besitz des Autors).

**6.1.5.1.4 Staatliche Schulbuchkommissionen** In den bilateralen Regierungsabkommen Polens mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine wurde 1991/92 jeweils die Einrichtung einer gemeinsamen Schulbuchkommission zur Überprüfung der Inhalte der Schulbücher insbesondere im Fach Geschichte und Geographie festgelegt.<sup>70</sup> Diese in erster Linie mit Vertretern der jeweiligen Erziehungsministerien besetzten Kommissionen sind nicht mit den wissenschaftlichen und von Regierungsstrukturen unabhängigen bilateralen Historikerkommissionen verzahnt. Während die entsprechenden deutsch-polnischen

<sup>67</sup>Zur Struktur der bilateralen Verträge Polens mit seinen östlichen Nachbarn siehe Kapitel 4.

<sup>68</sup>Als Beleg dessen seien die Zahlen der interministeriellen Abkommen genannt: Polen-Litauen 1992: 50 Lehrer; 1993/94: 15 Lehrer; seit 1995: 25 Lehrer nach Polen; Polen-Weißrussland 1992/93: 90 Lehrer; seit 1994: 60 Lehrer nach Polen; Polen-Ukraine: 1993-95: 30 Lehrer; seit 1996: 40 Lehrer (Interministerielle Abkommen des MEN, verschiedene Jahrgänge).

<sup>69</sup>MAZIŃSKA/BOBER/PETRI 2001: 248. Während etwa 1992 insgesamt 560 Lehrer an solchen Kursen teilnahmen und somit über 80% der Lehrer aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine waren, sank dieser Anteil bis zum Jahr 2000 auf etwa 30% (WÓJTOWICZ 2001: 236).

<sup>70</sup>Art. 8 der polnisch-ukrainischen Vereinbarung über Bildungs- und Erziehungsfragen von 1991; Art. 10 des Arbeitsplanes zum polnisch-weißrussischen interministeriellen Abkommen von 1994; Arbeitsplan zum polnisch-litauischen interministeriellen Abkommen von 1992.

Kommissionen personell eng verflochten sind, tagen die Kommissionen Polens und seiner östlichen Nachbarn weitgehend parallel zueinander und sind eher vom Wunsch nach ausdrücklicher Unabhängigkeit voneinander geprägt.<sup>71</sup>

Obwohl die Arbeitspläne der interministeriellen Abkommen Polens mit seinen östlichen Nachbarn regelmäßige Sitzungen der Schulbuchkommissionen vorsahen, tagten diese eher selten: So wurde die Arbeit der polnisch-ukrainischen Kommission nach einigen ersten Sitzungen 1993 erst 1995 durch einen Aufruf des polnisch-ukrainischen Konsultativkomitees der beiden Präsidenten reaktiviert, aber erneut zwischen 1998 und November 2002 unterbrochen, unter anderem wegen der polnischen und ukrainischen Schulreform und der Neuherausgabe aller Schulbücher. Auch die Arbeit der polnisch-litauischen Kommission verlief zwischen 1992 und 1997 sehr stockend<sup>72</sup> und war zwischen 1998 und Oktober 2002 vollständig eingestellt: Von den Schwierigkeiten der Gespräche zeugt dabei etwa der Rückzug des langjährigen polnischen Co-Vorsitzenden Henryk Wisner.<sup>73</sup> Beide Kommissionen unternahmten jedoch einen hoffnungsvollen Neubeginn der Gespräche im Oktober bzw. November 2002.<sup>74</sup> Am schwierigsten verliefen und verlaufen die Gespräche der entsprechenden polnisch-weißrussischen Kommission; auch nach einer polnische Initiative im Jahre 2002 konnten sie noch nicht wieder aufgenommen werden.<sup>75</sup>

### 6.1.5.2 Wissenschaftsbezogene Aktivitäten

**6.1.5.2.1 Studentenaustausch** Die im folgenden aufgeführten Daten spiegeln den Stand der Soll-Kooperation (teilweise als Unter-, teilweise als Obergrenzen) zwischen den

<sup>71</sup>Interview mit Piotr Unger, MEN, polnischer Sekretär der staatlichen Schulbuchkommissionen, 29.10.02; Interview mit Stanisław Bylina, Direktor des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau seit 1991, 22.10.02. Speziell eine wissenschaftliche Initiative des Ostmitteleuropa-Institutes Lublin verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Diese NGO gibt zusammen mit namhaften Historikern der östlichen Nachbarstaaten eine achtbändige Reihe von Handbüchern zur Geschichte Polens, der Ukraine, Weißrusslands und Litauens heraus (u.a. HRYCAK 2000; JAKOWENKO 2000; SZYBIEKA 2001, SAHANOWICZ 2001). Zu diesem Zweck fanden zwischen 1990 und 1995 sechs Konferenzen statt (nach dem ersten Tagungsort oft „Rom-Prozess“ genannt), siehe KŁOCZOWSKI 1994 („Rom I“); DYLAĞOWA/FILIPOWICZ 1994 („Rom II“); UKRAINA-POLSKA 1993 („Rom III“); MALDZIS 1994 („Rom IV“), zu „Rom V“ kein Konferenzband erschienen; SPOŁECZEŃSTWO OBYWATELSKIE 1996 („Rom VI“). Kurze Tagungsberichte zu den ersten drei Tagungen finden sich auch bei GACH 1990, GACH 1992, GACH 1993 und im *Biuletyn Infomacyjny* Nr.1 (1991-1992) des Ostmitteleuropa-Institutes Lublin; Lublin 1996: 54-75. SAHANOWICZ 2001; SZYBIEKA 2001. Eine weitere wichtige Initiative waren die polnisch-ukrainischen Tagungen des Weltverbandes der AK und des Verbandes der Ukrainer in Polen zwischen 1994 und 2001 unter dem Titel „*Polacy i Ukraińcy 1918-1948. Trudne pytania*“. In dieser Reihe fanden bis 2001 acht Konferenzen statt, deren Ergebnisse – häufig nur ein Protokoll abweichender Standpunkte – in einer gleichnamigen Reihe publiziert wurden (T. Stańczyk, *Trudne pytania*, Rzeczpospolita, 18./19.6.94).

<sup>72</sup>Es kamen in diesem Zeitraum nur zwei Sitzungen zustande (Leszek Moczulski, KPN, Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58, 14.3.97). Der Journalist Mariusz Urbanek schrieb 1992, der Versuch eines gemeinsamen Schulbuches aller Länder Ostmitteleuropa zur eigenen Geschichte müsse entweder eine dünne Broschüre sein, die hauptsächlich aus weißen Flecken bestehe, oder aber ein „dicker Wälzer, der eher ein Protokoll abweichender Standpunkte wäre“ (Mariusz Urbanek, *Na Wschód od historii*, Wprost 16/1992: 54).

<sup>73</sup>Interview mit dem polnischen Generalkonsul in Wilna, Mieczysław Jackiewicz, 25.10.01.

<sup>74</sup>Sechstes Protokoll der polnisch-ukrainischen Expertenkommission zur Analyse der Schulbücher in den Fächern Geschichte und Geographie, Lemberg, 19.-22.10.02; Protokoll der polnisch-litauischen Expertenkommission zur Erfordernung der Probleme des Geschichtsunterrichtes, Wilna, 24.-26.11.02 (Quelle: MEN).

<sup>75</sup>Interview mit dem polnischen Sekretär der Schulbuchkommissionen, Piotr Unger, 29.10.02.

Erziehungsministerien Polens und seiner östlichen Nachbarn hinsichtlich von Stipendien für Studentenaustausche wider.<sup>76</sup> Die tatsächliche Zahl der mit einem Stipendium des MEN ausgestatteten Studenten, die ins Ausland gesandt wurden oder als Ausländer ein Jahr in Polen studieren konnten, lässt sich aus den im MEN und dem BUWiWM vorhandenen (ungenauen) Statistiken der Jahre 1989 bis 2002 nicht abschließend rekonstruieren.<sup>77</sup> Es kann jedoch festgehalten werden, dass der Anteil der Studenten aus Ländern der ehemaligen UdSSR, die in Polen mit Unterstützung des MEN studierten, nur etwa vier Prozent aller ausländischen MEN-Stipendiaten betrug und der Anteil der in einer ehemaligen Sowjetrepublik studierenden Polen im gleichen Zeitraum eher noch geringer war.<sup>78</sup> Dagegen stammten etwa 40 Prozent der in Polen studierenden ausländischen Studenten bis 1995 aus Entwicklungsländern.

Die folgende Tabelle enthält nur die Untergrenzen der in Polen studierenden Stipendiaten aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine, nicht jedoch die gemäß den Abkommen in aller Regel identischen Zahlen<sup>79</sup> der nach Litauen, Weißrussland und die Ukraine entstandten polnischen Studenten. Die Stipendien wurden nach folgenden Grundsätzen vergeben: Bei den von der Nationalität unabhängigen Stipendien trug die aufnehmende Seite in aller Regel nur die Versicherungskosten, während die entsendende Seite (mit Ausnahme des polnisch-weißrussischen Abkommens) für alle sonstigen Kosten aufkam. Bei den Stipendien für die gegenseitigen Minderheiten wurde dieser Grundsatz umgekehrt: Hier leistete das entsendende Land nur die Reisekosten während das aufnehmende Land für alle weiteren Kosten aufkam. Nach dem letztgenannten Grundsatz wurden auch die dreibis vierwöchigen studentischen Sprachkurse für Angehörige der gegenseitigen Minderheiten sowie die Kurzforschungsaufenthalte finanziert. Aus der Tabelle wird ersichtlich, wie deutlich sich der Studentenaustausch auf die gegenseitigen Minderheiten konzentrierte.

Während zu Beginn und Mitte der neunziger Jahre Polen und seine östlichen Nachbarn gegenseitig vor allem Stipendien für ein Vollstudium an den Hochschulen des Nachbarlandes vergaben, änderte sich dieser Grundsatz ab Ende der neunziger Jahre allmählich, da der unbeabsichtigte Nebeneffekt auftrat, dass die Studenten nach Abschluss ihres Studiums nicht etwa, wie politisch intendiert,<sup>80</sup> wieder in ihr Heimatland zurückkehrten, um

<sup>76</sup>Ausgenommen davon sind im folgenden aufgrund der lückenhaften Statistiken Praktika für Studenten der Pädagogik und der Polonistik von Hochschulen der östlichen Nachbarländer. 1997/98 (2000/01) vergab etwa das MEN Ferien- und Sprachkurse an 135 (170 bzw. 50) ausländische Studenten für einen Aufenthalt an der Pädagogischen Hochschule Rzeszów bzw. am Polnischen Kultur- und Sprachenzentrum in Lublin (MEN, Abteilung für Internationale Zusammenarbeit: *Współpraca z zagranicą szkół wyższych resortu Edukacji Narodowej w 1997 roku*, Warszawa 1998; MAZIŃSKA/BOBER/PETRI 2001: 250). Zusätzlich finanzierte auch die *Wspólnota Polska* 1995 einmalig mit 50 000 PLN Fortbildungen für Lehrer aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine am Fortbildungszentrum der UMCS Lublin (Anhang zum Beschluss des Senatspräsidiums vom 17.5.95, Protokoll Nr. 74).

<sup>77</sup>Siehe die Jahresberichte „*Informacja o współpracy resortu Edukacji Narodowej z Zagranicą*“, herausgegeben von der Abteilung „Internationale Zusammenarbeit“ des MEN, verschiedene Jahrgänge. Erst seit 2001 führt etwa das BUWiWM eine (schwer zugängliche) genaue und sehr ausführliche Statistik über in Polen studierende ausländische Studenten, nicht jedoch über im Ausland studierende Polen.

<sup>78</sup>Nur für das Jahr 2000 hat CHWILCZUK 2000: 11 eine genaue Aufstellung der in Polen studierenden Ausländer aus den östlichen Nachbarstaaten gegeben, dabei jedoch nicht angeführt, ob diese Studenten über ein Stipendium verfügten.

<sup>79</sup>Ein Abweichen von dieser Regel war seit 1991 insbesondere im Falle Weißrusslands zu beobachten, wobei die polnische Seite auf eigene Kosten mehr Studenten aus Weißrussland aufnahm als sie in dieses Land entsandte.

<sup>80</sup>1995 zog das *Polonia*-Bildungsforum die Schlussfolgerung, dass es ein Stipendiensystem geben müsse, dass auch den Angehörigen der polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten ein Studium



dort die Lage der Minderheit zu stabilisieren, sondern oft am Studienort blieben und dort eine Arbeit aufnahmen. Ab etwa Mitte der neunziger Jahre fand auch das Mitentscheidungsrecht der Minderheitenverbände bei der Vergabe der Stipendien eine explizite Aufnahme in die Abkommen.

Die für das Jahr 2001 vorliegenden *de facto*-Zahlen des BUWiWM zeigen, dass die in den interministeriellen Abkommen des MEN genannten Zahlen tatsächlich teilweise deutlich übertroffen wurden: So wurden in diesem Jahr 29 Studenten der polnischen Minderheit aus Litauen neu für ein Vollstudium in Polen rekrutiert, zusätzlich noch 89 Studenten der polnischen Minderheit aus Litauen für einsemestrigen Studienaufenthalt in Polen sowie 30 Doktoranden. Aus Weißrussland wurden 54 Studenten der polnischen Minderheit für ein Vollstudium in Polen aufgenommen, ferner neun Studenten für Semesterstipendien sowie 13 Doktoranden. Aus der Ukraine nahmen 2001 tatsächlich vier Doktoranden nicht-polnischer Herkunft ein Studium in Polen auf, ferner 80 Studenten der polnischen Minderheit aus diesem Land für ein Vollstudium sowie zwölf Studenten und 22 Doktoranden für ein Semester.<sup>81</sup>

---

an den Hochschulen ihres Herkunftslandes ermöglicht (MAZUR 1997: 489). Vizeaußenminister Wyzner stellte 1996 fest, dass Regierungsstipendien für Auslandspolen für ein Studium in Polen durch Stipendien am Wohnort ersetzt und dafür ergänzende Möglichkeiten eines Praktikums in Polen geschaffen werden sollten (*Polonia*- und Auslandspolen-Ausschuss des Senat, 8./9.1.96: 60). Ähnlich betonte 1997 Czesław Okińczyc, dass den Studenten der polnischen Minderheit in Litauen, die zum Studium nach Polen gingen, die Reintegration in Litauen in den Arbeitsmarkt schwer falle (ROZMOWA 1997: 130).

<sup>81</sup>BUWiWM, Wyniki rekrutacji cudzoziemców na kształcenie w Polsce przeprowadzonej przez Biuro Uznawalności Wykształcenia i Wymiany Międzynarodowej w roku 2001, Tabellen Nr. 8, 9, 10, 11. In Bezug auf die nicht den gegenseitigen Minderheiten offen stehenden Programme waren dagegen teilweise eher zu geringe Zahlen zu bemerken: So studierte etwa 2001 kein Student und nur ein Doktorand litauischer Nationalität aus Litauen mit litauischem Stipendium in Polen; seit 1999 hat sich ferner nur ein polnischer Student für ein Studium in Weißrussland gemeldet (Persönliches Gespräch des Autors im BUWiWM, 18.2.01).

Wissenschaftliche Austauschprogramme des MEN mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine seit 1992												
Zahl der jährlich vergebenen Stipendien an in Polen studierende Studenten und Doktoranden aus Litauen seit 1991 ( <i>Soll-Zahlen</i> )												
	'92/93	'93/94	'94/95	'95/96	'96/97	'97/98	'98/99	'99/00	'00/01	'01/02		
Studenten nicht-polnischer Nationalität	-	5	5	5	5	5	5	5	5	5		
Studenten/Doktoranden polnischer Nationalität	15/5	10	10	10	10	10	10	10	10	10		
Sommersprachkurse in Polen	20	15	15	15	15	15	15	15	15	15		
Kurzforschungsaufenthalte (in Monaten)	5	30	30	30	30	30	30	30	30	30		
Zahl der jährlich vergebenen Stipendien an in Polen studierende Studenten und Doktoranden aus Weißrussland seit 1991 ( <i>Soll-Zahlen</i> )												
	'92/93	'93/94	'94/95	'95/96	'96/97	'97/98	'98/99	'99/00	'00/01	'01/02		
Studenten nicht-polnischer Nationalität	5-6	5-6	2	2	2	1	1	1	1	1		
Doktoranden nicht-polnischer Nationalität	2-3	2-3	3	3	3	2	2	2	2	2		
Studenten/Doktoranden polnischer Nationalität	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90		
Sommersprachkurse in Polen	-	-	-	-	-	2	2	2	2	2		
Kurzforschungsaufenthalte (in Monaten)	90	90	20	10	10	5	5	5	5	5		
Zahl der jährlich vergebenen Stipendien an in Polen studierende Studenten und Doktoranden aus der Ukraine seit 1991 ( <i>Soll-Zahlen</i> )												
	'92/93	'93/94	'94/95	'95/96	'96/97	'97/98	'98/99	'99/00	'00/01	'01/02		
Studenten nicht-polnischer Nationalität	-	8	4	4	40	20	20	20	20	20		
Doktoranden nicht-polnischer Nationalität	-	2	2	2	4	4	4	4	4	4		
Studenten polnischer Nationalität	-	80	50	50	60	60	60	60	60	60		
Doktoranden polnischer Nationalität	-	15	15	15	20	20	20	20	20	20		140
Sommersprachkurse in Polen	-	-	15	5	15	15	15	15	15	15		
Kurzforschungsaufenthalte (in Monaten)	-	30	30	30	30	30	30	30	30	30		

*Quelle:* Interministerielle Abkommen des MEN mit den Erziehungsministerien Litauens, Weißrusslands, und der Ukraine, verschiedene Jahrgänge; BUWiWM, Wyniki rekrutacji cudzoziemców na kształcenie w Polsce przeprowadzonej przez Biuro Uznanalności Wykształcenia i Wymiany Międzynarodowej w roku 2001, Tabellen Nr. 8, 9, 10, 11. Die Abkommen wurden nach ihrem Auslaufen teilweise per Brief der zuständigen Minister einvernehmlich um je ein Jahr verlängert, so etwa das entsprechende Abkommen mit Weißrussland schon seit 1999 (Information von Krystyna Maszewska, Auslandsabteilung des MEN, 23.10.02).

**6.1.5.2.2 Polnischsprachiges Hochschulwesen in den östlichen Nachbarstaaten** Nach 1989 gelang es in keinem der an Polen östlich angrenzenden Länder, eine polnischsprachige Volluniversität für die polnischen Minderheiten ins Leben zu rufen. Neu eingerichtet wurde jedoch in **Weißrussland** ein Polonistik-Lehrstuhl an der Universität Grodno, deren Absolventen speziell auch Polnisch an den polnischen Schulen in Weißrussland unterrichten dürfen.<sup>82</sup> In der **Ukraine** wurden bis 1996 an den Lehrerfortbildungsanstalten („Pädagogische Institute“) in Drohobyč, Kiev und Žytomyr drei Polonistik-Lehrstühle eingerichtet (GILL/GILL 1997: 83).<sup>83</sup>

Einen besonderen Fall stellte der Versuch polnischer Kreise in **Litauen** – im Verbund mit dem ZPL – dar, eine polnische Volluniversität in Wilna wiederzubeleben.<sup>84</sup> Im Oktober 1991 wurde die „Polnische Universität Wilna“ von der „Gesellschaft der Wissenschaftler polnischer Herkunft“ gegründet. Die Universität hatte 1991 jedoch keinen Sitz, keine finanzielle Basis und keine Genehmigung der litauischen Behörden.<sup>85</sup> Da jedoch zur selben Zeit an der Pädagogischen Hochschule in Wilna sieben Fächer auf Polnisch studiert werden konnten, 1995/96 an dieser Institution mit der Lehrerausbildung für polnischsprachige Lehrer in Litauen begonnen und schon ab 1993 das Studium der Polonistik am entsprechenden neugegründeten Lehrstuhl der Universität Wilna möglich wurde, konnte sich die Idee einer polnischen Universität in Wilna trotz der Anschubfinanzierung durch die *Wspólnota Polska* und das Senatspräsidium<sup>86</sup> nicht etablieren.<sup>87</sup> Ihre Registrierung (und damit die Möglichkeit der Verleihung von anerkannten Diplomen) verzögerte sich bis Mai 1998, nachdem ihre Eröffnung auch in Polen scharf kritisiert worden war,<sup>88</sup> ihr

<sup>82</sup>Dieser Lehrstuhl wurde 1989 gegründet und ist bis heute in der weißrussischen Geschichte der erste und einzige derartige Lehrstuhl (MUSIJKENKO 1999: 24; MASŁOWSKI 2001: 110). Er zählte 1999/2000 in fünf Jahrgängen 118 Studenten, zumeist polnischer Abstammung. An anderen Universitäten (Brest, Minsk) kann Polnisch als Nebenfach zu Russisch oder Weißrussisch gewählt werden (Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych Kancelarii Senatu, Polacy na Białorusi, Oktober 2000).

<sup>83</sup>Ein besonders interessantes polnisch-ukrainisches Hochschulprojekt nahm ab Ende 1998 in Polen Gestalt an: Auf einem Treffen der beiden Vorsitzenden der polnisch-ukrainischen (Sejm) und ukrainisch-polnischen (Verchovna Rada) Parlamentariergruppe im Dezember 1998 wurde eine erste Deklaration zur Eröffnung einer polnisch-ukrainischen Universität (CIEŚLIK 1999: 179) und am 1.10.00 ein konkretes Abkommen zur Einrichtung eines Kollegiums unterzeichnet (SZMYD 2001: 237). Diese Universität geht insbesondere auf einen Vorschlag von Bohdan Osadczyk vom Juni 1997 zurück, wie Präsident Kwaśniewski bei der Eröffnung im Oktober 2001 betonte. Als Modell sprach der Präsident dabei ausdrücklich die Frankfurter Europa-Universität Viadrina an. Er betonte dabei erneut den Beitrag von Jerzy Giedroyc für das polnisch-ukrainische Verhältnis (Rede von Präsident Kwaśniewski zur Eröffnung des europäischen Kollegs polnischer und ukrainischer Universitäten, 6.10.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 398).

<sup>84</sup>Von polnischer Seite verband man große Hoffnungen mit dieser Idee, um an die traditionsreiche, 1579 geründete Stefan-Batory-Universität in Wilna anzuknüpfen. Einer Arbeitsgruppe in Litauen ließ man dafür über die Universitäten in Danzig und die SGH Warschau 1992 75 000 (neue) PLN zukommen (RPPZ 1993: 153).

<sup>85</sup>Janina Paradowska, *Miraż, czyli Uniwersytet Polski w Wilnie*, *Polityka*, 21.8.93: 13. An vier Fakultäten studierten im Wintersemester 1991 etwa 150 Studenten, im zweiten Semester schrieben sich bereits aber nur 80 Studenten ein (Roman Dzwonkowski, *Szkolnictwo i oświata polska na wschodzie*, *Biuletyn Informacyjny Wspólnota Polska*, Sondernummer August 1992).

<sup>86</sup>1992 beteiligte sich die *Wspólnota Polska* mit 50 000 PLN am Aufbau der Universität (Anhang zum Beschluss des Präsidiums des Senats vom 16.9.92). 1998 gewährte das Senatspräsidium der Polnischen Universität Wilna technische Hilfe im Wert von 120 000 PLN (Beschluss Nr. 44 des Senatspräsidiums, 9.9.98).

<sup>87</sup>Weitere Möglichkeiten, in Litauen an post-sekundären Bildungseinrichtungen in polnischer Sprache zu studieren, bestanden ab 1998 an einer höheren Landwirtschaftsschule, einer Lehrerfortbildungsanstalt und einer höheren medizinischen Schule (WIZIMIRSKA 1998: 169, Anm. 10).

<sup>88</sup>WIZIMIRSKA 1999: 169f. Zuvor hatte Andrzej Stelmachowski 1997 vorgeschlagen, die „Polnische Uni-

Fortbestand ist ungewiss.

**6.1.5.2.3 Lektorenprogramm** Das MEN verfügt über ein weltweites Lektorenprogramm, das seit 1991 auch Litauen, Weißrussland und die Ukraine umfasst. Alle Lektoren werden durch eine Kommission der polnischen Universitäten ausgewählt und müssen vom aufnehmenden Staat akzeptiert werden.<sup>89</sup> Bis Mitte der neunziger Jahre trug die entsendende Seite alle aufkommenden Kosten, ab diesem Zeitpunkt ging Polen indes mit allen drei östlichen Nachbarn zum Grundsatz über, dass die entsendende Seite nur die Reisekosten, die aufnehmende Seite dagegen alle weiteren Kosten abdecke. Die interministeriellen Abkommen und deren ausführende „Arbeitspläne“ legen jedoch lediglich die Entsendebestimmungen fest, in der Regel aber nicht die genaue Zahl der Lektoren. Insbesondere im Falle der Ukraine gingen die Abkommen der Aufnahme der Programmtätigkeit deutlich voraus (Entsendung bereits 1995/96 vorgesehen, tatsächlich aber erst 1998 aufgenommen). Deshalb wurden die Archivbestände des MEN als empirische Auswertung zugezogen, die folgendes Bild ergaben:

Anzahl der vom MEN entsandten Polnisch-Lektoren an Hochschulen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine seit 1991											
	91/92	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99	99/00	00/01	01/02
LT	1	1	3	4	5	5	3	3	2	k.A.	k.A.
BY	0	0	1	1	1	1	1	1	1	4	4
UA	0	0	0	0	0	0	0	2	2	3	6

Quelle: Interview des Autors mit Krystyna Maszewska, MEN, Abteilung für Internationale Zusammenarbeit, 23.10.02; Archiv des MEN, Signatur-Nr. 274/13. LT=Litauen, BY=Weißrussland, UA=Ukraine.

Im akademischen Jahr 2002/03 waren vom MEN entsandte polnische Lektoren an folgenden Universitäten Litauens, Weißrusslands und der Ukraine vertreten: In Litauen seit

Universität“ als „Eurofakultät“ oder „Polnisches Kollegium“ an die Wilnaer Universität anzuschließen oder als Außenstelle einer polnischen Universität zu gründen. Tadeusz Iwiński (SLD) nannte die Pläne einer Polnischen Universität – ähnlich wie der ehemalige polnische Botschafter in Litauen, Widacki, – einen „absurden Gedanken“, da es in Litauen unter der polnischen Minderheit nur etwa 20 Personen mit einem Dokortitel gebe und Polen nicht in der Lage sei, für die Entsendung einer entsprechenden Anzahl von Hochschullehrern aus Polen zu sorgen (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 109, 18.2.97, Beitrag von Tadeusz Iwiński; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 56, 7.2.97, Beitrag von Tadeusz Iwiński; Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 60, 22.4.97, Rede von Andrzej Stelmachowski). Der sowjetische KGB hatte 1991 in Vilnius die Eröffnung einer polnisch-russischen „slawischen Universität“ vorgesehen, oder, falls dies nicht möglich sei, einer rein polnischen Universität. Die litauische Seite erlangte Kenntnis von diesen Plänen, verdächtigte daraufhin die polnische Minderheit noch stärker als zuvor einer Zusammenarbeit mit dem alten System und lehnte einen solchen Schritt lange Zeit ab (WIDACKI 1997: 149, Anm. 1).

<sup>89</sup>Interview des Autors mit Krystyna Maszewska, MEN, Abteilung für Internationale Zusammenarbeit, 23.10.02. Insbesondere die Lektoren-Verträge für Weißrussland und die Ukraine schließt das MEN grundsätzlich auf drei plus ein Jahr ab. Rechtliche Grundlage der Verträge ist *Monitor Polski* 1995, Nr. 64, Pos. 698. Es gibt jedoch bedeutende Ausnahmen von dieser Regel, so war etwa der polnische Lektor an der „Staatlichen Universität Weißrusslands“ zehn Jahre lang von 1993 bis 2002 an dieser Hochschule tätig.

1991 ausschließlich an der Universität Wilna,<sup>90</sup> in Weißrussland an den Universitäten Minsk (Staatliche Universität, Pädagogische Universität), Vicebsk, nicht aber an der Universität Grodno<sup>91</sup> sowie in der Ukraine an den Universitäten Ivano-Frankivsk, Kiev (Akademia Mohylans'ka), Čerkasy, Sumy, Zaporizžja, Luc'k und (seit 2002) Simferopol.<sup>92</sup>

### 6.1.6 Der Senat in der Auslandspolen-Politik

Wie bereits in Kapitel 4.1.3 erwähnt, ergriff der 1989 wieder gegründete Senat sofort die Initiative, analog dem Senat der Zwischenkriegszeit die Betreuung der weltweiten *Polonia* und der polnischen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten zu übernehmen.<sup>93</sup> Der Ausschuss für die *Polonia* und die Auslandspolen des Senats koordiniert diesbezüglich die Aufrechterhaltung der Bindungen der im Ausland lebenden Polen an Polen, ihre rechtliche Situation, leistet ihren Organisationen Hilfestellung und kümmert sich um die Erhaltung des kulturellen und historischen Erbes sowie der Traditionen. Er begutachtet für das Präsidium des Senats die die *Polonia* oder die Auslandspolen betreffenden Projektanträge dritter Organisationen. Das (zumeist dreiköpfige) Senatspräsidium entscheidet – nach einer nach längeren diesbezüglichen Auseinandersetzung im Jahre 2000 – über die Mittelvergabe an entsprechende Durchführungsorganisationen: Die Kontrolle über die Ausgaben obliegt formell der Senatskanzlei, die jedoch organisatorisch nur eine dem Senatspräsidium untergeordnete Verwaltungseinheit bildet, und dem polnischen Rechnungshof (NIK).<sup>94</sup> Nachfolgend sollen die wichtigsten, vom Senat überwiegend oder vollständig abhängigen Akteure und ihre diesbezügliche Arbeit vorgestellt werden.<sup>95</sup>

#### 6.1.6.1 Die *Wspólnota Polska*

Aus einer Initiative einer Gruppe von Senatoren unter der Leitung von Andrzej Stelmachowski heraus entstand im Februar 1990 die „Gesellschaft Polnische Gemeinschaft“ (*Stowarzyszenie Wspólnota Polska*).<sup>96</sup> Sie hat gemäß ihrem von der Kanzlei des Senats genehmigten Statut die Aufgabe, die Auslandspolen mit dem Mutterland zu verbinden, ihre Identifizierung mit polnischer Kultur zu unterstützen, das Bewußtsein einer gemeinsamen

<sup>90</sup>Bemerkenswert ist, dass die von 1994 bis 1997 als Polnisch-Lektorin arbeitende Małgorzata Kasner im Jahre 2000 als Direktorin des Polnischen Kulturinstitutes nach Wilna zurückkehrte.

<sup>91</sup>2000/01 bestanden darüber hinaus noch Lektorate an den Universitäten Weißrusslands in Homel' und Navapolack, die jedoch nicht vom MEN betreut wurden (Biuro Spraw Międzynarodowych i Polonijnych Kancelarii Senatu, Polacy na Białorusi, Oktober 2000).

<sup>92</sup>Schreiben der polnischen Botschaftsrätin Natalia Bryżko-Zapór (Kiev) an den Autor, 14.11.02.

<sup>93</sup>Protokoll der 9. Sitzung des Präsidiums des Senats, 15.9.89.

<sup>94</sup>Die Rechtsgrundlage zur Vergabe solcher Aufträge ist § 20 des Haushaltsgesetzes vom 5.1.91 sowie die Verordnung des Ministerats vom 29.7.97 (*Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 94, Pos. 573).

<sup>95</sup>Nicht berücksichtigt werden also etwa NGOs wie die *Fundacja Pruszyńskich*, die *Konferencja Rektorów Uczelni Niepaństwowych* oder die *Kasa Mianowskiego*, die sich ganz überwiegend oder ausschließlich aus privaten finanziellen Mitteln (etwa durch die Batory Stiftung oder die *Fundacja na Rzecz Nauki Polskiej*) finanzieren und spezielle, teilweise umfangreiche Förderprogramme (v.a. in den Bereichen Bildung und Wissenschaft) aufgelegt haben (JUNOSZA-KISIELEWSKI 1999: 34; www.bbn.gov.pl [1.10.02]; Polska jest granicą Wschodu, *Kultura* 4/2000: 71-77).

<sup>96</sup>Das Gründungsprotokoll ist abgedruckt im Bulletin der *Wspólnota Polska*, Sonderheft 2000: 10-11. Zu Zeiten der Volksrepublik Polen kümmerte sich bis Mitte der achtziger Jahre die Organisation *Polonia* nur um die polnische Emigration im Westen, nicht aber um die polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine. Sie wurde 1989/90 aufgelöst und in Form der *Wspólnota Polska* wiedergegründet.

Geschichte zu bewahren sowie die Einheit der polnischen Kultur, Bildung und Erziehung zu unterstützen.<sup>97</sup> Ferner soll sie zur Herausbildung einer polnischen Intelligenz vor allem in den östlichen Nachbarländern beitragen, wo diese durch die stalinistischen Repressionen vernichtet wurde oder ausreiste (STELMACHOWSKI 2000: 293-295). Das Budget der *Wspólnota Polska* wird im Durchschnitt zu etwa 90 Prozent aus Mitteln der Senatskanzlei, zu etwa 10 Prozent aus Mitteln des MEN finanziert.<sup>98</sup> Der Senat vergibt damit etwa 90 Prozent seiner Gesamtmittel für die Programmarbeit an diese Organisation, die restlichen 10 Prozent entfallen insbesondere auf die im nächsten Unterkapitel untersuchten Stiftungen *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*, *Fundacja Pomoc Szkołom Polskim na Wschodzie im. Tadeusza Goniewicza* und die *Fundacja Oświata Polska za Granicą*. Dagegen verfügt die *Wspólnota Polska* bis heute über das Monopol für aus staatlichen Mitteln finanzierte Investitionstätigkeiten in den östlichen Nachbarstaaten Polens.

Der Bereich „**Bildung/Wissenschaft**“ ist der wichtigste Teil der Programmarbeit der *Wspólnota Polska*. Er enthält unter anderem die Finanzierung wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie von Schulbüchern und didaktischen Hilfsmitteln. Insgesamt wurde seit 1990 stets deutlich über die Hälfte der Mittel dieses Programmes für Projekte in Litauen, Weißrussland und der Ukraine verwendet. Der Förderung des Bereiches „**Jugend/Freizeit**“ vollzieht sich insbesondere durch die Vergabe von Mitteln für Ferienlager an mannigfaltige gesellschaftliche Organisationen. Dieses Programm ist im Rahmen der *Wspólnota Polska* ein Sonderfall, da es nicht im Auftrag des Senats, sondern des MEN durchgeführt wird, das jedoch wiederum fast ausschließlich die *Wspólnota Polska* mit der Durchführung dieser Art von Projekten betraut.<sup>99</sup> Es legt einen bewussten Schwerpunkt auf Sommeraufenthalte polnischstämmiger Jugendlicher insbesondere aus Litauen, Weißrussland und der Ukraine in Polen.<sup>100</sup>

Das **Kulturprogramm** beinhaltete insbesondere die Förderung polnischer Kultur in polnischen Milieus im Ausland, während der Bereich „**soziale und humanitäre Hilfe**“ schließlich sowohl Stipendien für Studenten polnischer Abstammung als auch Einmalzahlungen an Armeeveteranen und Hilfe für Krankenhäuser vor allem in Litauen, Weißrussland und der Ukraine umfasst. Im Rahmen des seit 1993/94 bestehenden eigenständigen **Stipendienprogrammes** der *Wspólnota Polska* können satzungsgemäß nur Personen

<sup>97</sup>Im Statut der *Wspólnota Polska* fand sich ursprünglich kein Hinweis auf die besondere Rolle des Senats als dem bei weitem wichtigsten Geberorgan für diese Organisation, was erst 1996 nach finanziellen Unregelmäßigkeiten kritisiert und abgeändert wurde (Protokoll Nr. 124 der Sitzung des Senatspräsidiums vom 11.7.96, Teil 2).

<sup>98</sup>Vereinbarung der Senatskanzlei und der *Wspólnota Polska* vom 6.10.94; Schreiben des Rechnungshofes (NIK) an die *Wspólnota Polska* vom 27.8.97, Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Sentspräsidiums, 6.3.97, Anhang 6 (Az.: DBP-41101-1-96).

<sup>99</sup>So stellte das MEN etwa im Jahre 2000 5,2 Mio PLN für Ferienlager polnischstämmiger Jugendlicher zur Verfügung, wovon die *Wspólnota Polska* 4,6 Mio PLN erhielt (Anhang zum Protokoll Nr. 80 der Sitzung des Senatspräsidiums, 8.6.00).

<sup>100</sup>So stammten etwa im Sommer 1992 2 330 (von insgesamt 3 072) Jugendliche dieser Ferienlager aus den ehemaligen Sowjetrepubliken (MEN, Abteilung für Internationale Zusammenarbeit, *Informacja o współpracy resortu Edukacji Narodowej z zagranicą w roku 1992*). Im Sommer 2000 kamen 3 639 Jugendliche auf Ferienlager nach Polen – davon 2 983 aus ehemaligen Sowjetrepubliken, 342 aus Ostmitteleuropa und 314 aus Westeuropa und Nordamerika. Ferner finanzierte das MEN im Jahr 2000 einen Teil der Kosten für Kinder polnischer Abstammung, um an Ferienlagern der Caritas und anderer NGOs teilzunehmen sowie für 600 Kinder, die an den Pfadfinderlagern des ZHP teilnahmen (MAZIŃSKA/BOBER/PETRI 2001: 250).

polnischer Herkunft gefördert werden, wobei jedoch im Unterschied zu den Richtlinien des MEN keine Sprachtests für die Bewerber durchgeführt werden. Von etwa 150 im ersten Programmjahr 1993/94 wuchs die Zahl bis 2000 auf etwa 300 Stipendien an, wobei die Zahl der Anträge etwa doppelt so hoch ist. Die Stipendien werden für ein Semester vergeben, in der Praxis aber oft verlängert.<sup>101</sup> Etwa 80 Prozent der Stipendiaten gehören der polnischen Minderheit in Weißrussland, der Ukraine und Litauen an, ansonsten wird insbesondere noch die *Polonia* aus Kasachstan berücksichtigt.<sup>102</sup> 1999/2000 und 2000/01 stellte die *Wspólnota Polska* für diesen Programmpunkt im Rahmen der „sozialen und humanitären Hilfe“ 305 000 PLN und 350 000 PLN, 2002/03 688 250 PLN (im Rahmen des Programms „Bildung und Wissenschaft“) zur Verfügung.

Erwähnung verdient schließlich das Projekt „**Landwirtschaftliche Zone der Stadt Wilna**“, mit Hilfe dessen seit 1994 die materielle Situation der zahlreichen polnischstämmigen Bauern rund um Wilna verbessert werden soll. Das Ziel ist es hierbei, ein Lieferantennetz für die zahlreichen Märkte in Wilna aufzubauen.<sup>103</sup>

Besonders augenfällig wird das Gewicht der polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine für die Arbeit der *Wspólnota Polska*, wenn man die **Investitionen** dieser Organisation in den drei genannten Ländern betrachtet: Wie aus der obenstehenden Tabelle deutlich wird, flossen seit Mitte der neunziger Jahre jährlich zwischen 79 und 90 Prozent der für Investitionen vorgesehenen Finanzmittel der *Wspólnota Polska* nach Litauen, Weißrussland und in die Ukraine. Sehr allgemein kann man dabei feststellen, dass bis etwa 1998 vor allem das polnische Schulwesen in Weißrussland sowie der Bau oder Kauf von „Polnischen Häusern“ (*Domy Polskie*) in Litauen und Weißrussland gefördert, nach 1998 insbesondere der Bau polnischer Schulen sowie die Renovierung oder der Bau von „Polnischen Häusern“ in der Ukraine vorangetrieben wurde.

Insbesondere förderte die *Wspólnota Polska* den Bau der polnischen Schulen in

- Grodno/Weißrussland (1994-1996, 4,2 Mio PLN),
- Vaukavysk/Weißrussland (1996-1999, 10,153 Mio PLN),
- Gródek Podil's'kyj/Ukraine (1999-2002, 9,914 Mio PLN),<sup>104</sup>
- Strzelczyski/Ukraine (1995/96, 1999-2003, 6,287 Mio PLN),
- Mostys'ka/Ukraine (1998-2003, 5,801 Mio PLN) und
- Dovbyš/Ukraine (1996/97, 1,611 Mio PLN).
- Seit 1995 hat die *Wspólnota Polska* ferner ein Programm zur Renovierung und zum Ausbau polnischer Schulen in Litauen (bis 2003 insgesamt 17, 112 Mio PLN), seit 2000 auch für polnische Schulen in der Ukraine (482 000 PLN).

<sup>101</sup>Die Höhe des Stipendiums der *Wspólnota Polska* ist deutlich geringer als die eines Regierungsstipendiums und betrug 2002 300,40 PLN (gegenüber 600,70 PLN aus dem MEN).

<sup>102</sup>So vergab die *Wspólnota Polska* etwa im Sommersemester 2001 201 Stipendien, davon 85 an Angehörige der polnischen Minderheit in der Ukraine, 39 in Weißrussland und 19 in Litauen. Im Sommersemester 2002 vergab die Organisation 160 Stipendien, davon 55 an Angehörige der polnischen Minderheit aus Weißrussland, 50 aus der Ukraine und 20 aus Litauen (Persönliches Gespräch des Autors mit Dorota Dmochowska, *Wspólnota Polska*, 19.6.02).

<sup>103</sup>Das Programm ist seit 1994 dem kleineren (in der Tabelle nicht erwähnten) Bereich „Sachhilfen“ im Budget der *Wspólnota Polska* zugeordnet.

<sup>104</sup>Im März 1996 hatte das Senatspräsidium festgelegt, dass aufgrund der knappen Mittel erst 1998 mit dem Bau der polnischen Schulen in Vaukavysk und Gródek Podil's'kyj begonnen werde (Sitzung des Senatspräsidiums, Protokoll Nr. 108, 20.3.96).

Globalbudget der Kanzlei des Senats seit 1990 für Projekte im Bereich „Polonia und Auslands Polen“ (tatsächliche Ausgaben, in Tausend PLN)													
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>insgesamt</b>	637,9	982,8	4 364,3	4 994,7	6 870	12 474	17 785	18 840	31 347	42 732	49 013	50 960	45 216
<b>davon Programmarbeit</b>	–	–	3 814,3	4 624,8	5 500	7 024	10 999	13 240	18 425	22 804	27 561	29 220	–
<b>davon Investitionen</b>	–	–	550	369,9	1 370	5 450	6 786	5 200	12 922	19 928	21 452	21 740	–

**Globalbudget der Wspólnota Polska seit 1990  
(erhaltene Mittel, in Tausend PLN)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>insgesamt</b>	763,6	992,1	4 773	5 034,8	6 870	11 157	15 439	15 030	27 707	32 030	40 007	42 742	37 292
<b>davon:</b>													
<b>Programmarbeit</b>	–	–	4 573	4 665	5 500	5 707	8 414	9 200	14 500	18 330	22 100	23 382	20 202
davon „Bildung/Wissenschaft“	–	–	658	–	–	1 546	2 310	2 683	4 507	5 968	6 419	9 136	7 505
davon „polnische Kultur“	–	–	441	–	–	1 183	1 300	2 020	3 369	4 667	4 759	4 749	2 737
davon „Jugend/Freizeit“	–	–	1 095	–	–	677	710	878	1 123	1 844	1 652	2 201	2 692
davon „Kasachstan“	–	–	–	–	–	490	1 900	558	1 026	243	400	386	–
davon „soz./hum. Hilfe“	–	–	–	–	237	169	300	413	942	1 057	1 250	1 600	1 459
<b>Investitionen</b>	–	–	200	369,8	1 370	5 450	7 025	5 830	12 595	15 722	17 907	19 360	17 090
davon in der Ukraine, Weißrussland, Litauen	k.A.	k.A.	185	k.A.	410	4 012	5 000	5 223	11 113	13 482	13 116	13 296	13 068

*Quelle:* Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia; Warszawa (verschiedene Jahrgänge); Anhänge zu folgenden Protokollen der Sitzungen des Senatspräsidiums: Nr. 53 (26.7.90); Nr. 13 (12.2.92); Nr. 52 (28.10.92); Nr. 65 (23.2.95); Nr. 136 (11.12.96); Nr. 7 (6.12.95); Nr. 105 (22.9.99); Nr. 115 (29.2.00); Nr. 131 (8.6.00); Anhänge zu folgenden Beschlüssen des Senatspräsidiums: Nr. 39 (6.3.97); Nr. 20 (18.3.98); Nr. 52 (31.3.99); Nr. 10 (15.3.02); Nr. 11, 12 (15.3.02); Nr. 18 (29.4.02); Nr. 39, 40 (23.5.02); Nr. 61 (23.5.02); Nr. 85 (19.7.02); Nr. 152 (6.3.03); Nr. 158 (20.3.03); Beschlüsse des Senatspräsidiums Nr. 11 (16.12.97); Nr. 58 (1.12.98); Nr. 64 (8.12.98); Nr. 65 (15.12.98); Nr. 183 (29.3.91); Nr. 187 (26.4.01); Nr. 4 (14.11.01); Nr. 9 (13.12.01). 1990 umfassten die Projekte der *Wspólnota Polska* ausschließlich die Förderung der Infrastruktur der *Polonia*-Organisationen innerhalb Polens sowie ein *Polonia*-Forum in Rom (Anhang zum Beschluss des Senatspräsidiums, 26.7.90). Die Währungsreform von 1995 wurde mit einberechnet. Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die gewährten Zuschüsse durch die Senatskanzlei einschließlich der Verwaltungskosten. Die tatsächlich eingesetzten Mittel der *Wspólnota Polska* liegen zumeist nur wenige Prozent unter diesen Beträgen und sind den Jahresberichten der Senatskanzlei („Sprawozdanie z wykonania zadań i budżetu Kancelarii Senatu“) zu entnehmen.



Als zweiter Schwerpunkt der Investitionstätigkeit wurde der Aufbau von „Polnischen Häusern“ (*Domy Polskie*) für die polnischen Minderheiten vor Ort gefördert. Die *Wspólnota Polska* unterstützte dabei im einzelnen den Bau, Kauf oder die Renovierung solcher Häuser insbesondere in

- Wilna/Litauen (1995-2001, 21,352 Mio PLN),
- Ščučyn/Weißrussland (1994-1998, 1,87 Mio PLN),
- Lida/Weißrussland (1994-1997, 1,7 Mio PLN),
- Vicebsk/Weißrussland (1999-2001, 1,419 Mio PLN),
- Iwieniec/Weißrussland (2000-2003, 1,315 Mio PLN),
- Mahilëu/Weißrussland (1995/96, 1999, 1,25 Mio PLN),
- Minsk/Weißrussland (2000-2002, 908 000 PLN),
- Navahrudak/Weißrussland (2003, 400 000 PLN),
- Żytomyr/Ukraine (1997-1999, 1,15 Mio PLN).

Das Quasi-Monopol der *Wspólnota Polska* in der Durchführung von Projekten im Rahmen der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik rief seit Mitte der neunziger Jahre Kritik insbesondere in zwei Bereichen hervor:

Eine formelle Kritik zur **mangelnden Finanzkontrolle** äußerte ab Mitte der neunziger Jahre insbesondere der polnische Rechnungshof („Oberste Kontrollkammer“, NIK).<sup>105</sup> Er machte dabei insbesondere auf das undurchsichtige Finanzgebaren der *Wspólnota Polska* aufmerksam und bemängelte, dass die Organisation nicht ausreichend der Aufforderung der Senatskanzlei nachgekommen war, falsche Transaktionen im Buchhaltungssystem zu erläutern, wobei es sich um Beträge von etwa 25 000 PLN handelte.<sup>106</sup> Eine weitere, von der Senatskanzlei durchgeführte Kontrolle im Zeitraum Februar bis Mai 1996 ergab einzelne meritorische Unregelmäßigkeiten und erneut deutliche Ungenauigkeiten in der Buchführung, fehlende Abrechnungen, die unzureichende Dokumentation von Ausgaben und Abrechnungen sowie die unterbliebene Rückgabe nicht verwandter Mittel an die Senatskanzlei.<sup>107</sup> Das MSZ kritisierte ferner die ineffektive Aufsicht der *Wspólnota Polska* über bereits begonnene Investitionen.<sup>108</sup>

Vor allem aber musste sich die Organisation zahlreiche heftige **politische Kritik** an ihrer Arbeit gefallen lassen: So bemerkten Außenminister Bartoszewski und der erste langjährige polnische Botschafter in Wilna nach 1989, Jan Widacki, dass die *Wspólnota Polska* Organisationen unterstütze, die ein falsches Bild von den polnischen Minderheiten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine vermittelten, revanchistische Parolen verkünde und somit entgegen den Zielen der polnischen Außenpolitik arbeite.<sup>109</sup> Widacki

<sup>105</sup>Bereits 1991 hatte die langjährige Senatorin und Senatspräsidentin Alicja Grzeškowiak Bedenken angemeldet, das Jahresbudget der *Wspólnota Polska* haushaltsrechtlich der Kanzlei des Senats einzugliedern (Protokoll der Präsidium-Sitzung des Senats Nr. 2, 5.12.91). Eine Entscheidung über diese Frage wurde immer wieder vertagt; im Dezember 1993 empfahl schließlich der *Polonia*- und Auslandspolen-Ausschuss des Senats, die finanziellen Mittel für die Arbeit der *Wspólnota Polska* weiterhin über die Kanzlei des Senats abzuwickeln (Beschluss des *Polonia*- und Auslandspolen-Ausschuss des Senats, 2.12.93).

<sup>106</sup>Brief des Vizepräsidenten der NIK an den Leiter der Senatskanzlei, Anhang 2 zum Protokoll Nr. 75 der Sitzung des Senatspräsidiums vom 23.5.95.

<sup>107</sup>Protokoll Nr. 124 des Senatspräsidiums (10.7.96), Bericht der NIK an die *Wspólnota Polska*, Protokoll Nr. 145 des Senatspräsidiums (6.3.97), Anhang 6 (Az.: DBP-41101-1-96); Anhang zum Protokoll der Sitzung des Senatspräsidiums, 10.-12.7.96.

<sup>108</sup>Schreiben DKiW 26-38-96, Archiv des Senats, Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97, Anhang.

<sup>109</sup>Brief von Botschafter Widacki an Senatspräsident Struzik (Anhang 12 des Protokolls 103 der Sitzung

beklagte ferner die „untragbare“ (bis heute unveränderte) Tätigkeit des Senates, der ohne verfassungsmäßige Berechtigung eine aktive Außenpolitik mit Hilfe seiner Ausschüsse führe. Über finanzielle Mittel zur Unterstützung der polnischen Minderheiten müsse die Kanzlei des Präsidenten oder das Außenministerium, nicht aber der Senat verfügen.<sup>110</sup> Die *Wspólnota Polska* hatte sich jedoch insbesondere dank ihres langjährigen Vorsitzenden, des ersten Senatspräsidenten und späteren Erziehungsministers Stelmachowski, eine einflussreiche Stellung erworben und konnte quer durch alle Parteien im Senat auf Unterstützung zählen,<sup>111</sup> wengleich auch das Senatspräsidium zumindest zunehmend sensibler mit der Vergabe von Projekten an die *Wspólnota Polska* umging.<sup>112</sup>

Erst 1997 konsultierte sich die Senatskanzlei intern mit der zuständigen Abteilung des Außenministeriums („Kosularwesen und Flüchtlinge“) über die Investitionen und Arbeiten der *Wspólnota Polska*. Das MSZ befürwortete dabei grundsätzlich die meisten Investitionsmaßnahmen der *Wspólnota Polska* in Litauen, Weißrussland und der Ukraine, kritisierte aber insbesondere den Bau eines großen polnischen Kulturzentrums (*Dom Polski*) in Wilna als Prestige-Objekt. Es stelle sich in dieser Hinsicht die Frage des Verhältnisses des *Dom Polski* zum Polnischen Kulturinstitut in Wilna wie auch Fragen nach dem formellen Eigentümer sowie der Unterhaltskosten. Ferner kritisierte das Ministerium den Bau der polnischen Schule im ukrainischen Strzelczyski, da nur wenige Kilometer entfernt eine weitere polnische Schule in Mostys’ka in Betrieb sei.<sup>113</sup>

#### 6.1.6.2 Die *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*

Der sechste und letzte Punkt des Beschlusses 145/1991 des Ministerates zur *Polonia-* und *Auslandspolen-Politik*<sup>114</sup> sah unter anderem „Hilfe für die polnischen Milieus im Osten“ vor. Zu diesem Zweck wollte die Regierung Bielecki spezielle Haushaltsmittel bereitstellen, was dann im Januar 1993 in die Gründung der „Stiftung Hilfe für die Polen im Osten“ (*Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*) mündete.<sup>115</sup> Bis heute wird die Stiftung gerne

---

des Senatspräsidiums, 14.2.96); Brief von Außenminister Bartoszewski an Senatspräsident Struzik, DE I LA 26-1-95 (26.1.95); Antwort von Senatspräsident Struzik an Außenminister Bartoszewski, Archiv des Senats, AS/5775/1819/95.

<sup>110</sup>Tygodnik Powszechny 38/1996, Chore mechanizmy.

<sup>111</sup>Jedoch lehnte das Senatspräsidium Anträge ab, *Polonia*-Organisationen die finanzielle Hilfe zu entziehen, die sich kritisch mit der Person Stelmachowskis auseinandergesetzt hatten. So hatte etwa die Vizepräsidentin des Senats, Kuratowska, gefordert, die Zuschüsse für die Zeitschrift *Forum Polonijne* zu streichen, nachdem diese einen kritischen Artikel zur Person Stelmachowskis abgedruckt hatte (Brief der Vizepräsidenten des Senats, Kuratowska, an Senatspräsident Struzik, BP/ZK-W-286/96, Anhang 11 des Protokolls Nr. 103 der Sitzung des Senatspräsidiums vom 14.2.96). 1997 erhielt die Zeitschrift erneut eine Förderung von 230 000 PLN (Anhang zum Beschluss Nr. 44 des Senatspräsidiums, 26.3.97). Nachdem sich das MSZ jedoch angemerkt hatte, dass die Zeitschrift im Wesentlichen dem Inhalt des Bulletin der *Wspólnota Polska* entspreche und sich auch der Auslandspolen-Ausschuss des Senats gegen eine weitere Förderung ausgesprochen hatte, wurde die Förderung 1998 und auch 1999 gestrichen, 2002 aber wieder aufgenommen (Protokoll Nr. 19 der Sitzung des Senatspräsidiums, 11.3.98, Anhang 2; Protokoll Nr. 26 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.5.98; Beschluss Nr. 60 des Senatspräsidiums, 21.6.02).

<sup>112</sup>Siehe etwa das Protokoll Nr. 134 des Senatspräsidiums vom 27.11.96; Protokoll Nr. 140 des Senatspräsidiums vom 30.1.97.

<sup>113</sup>Schreiben DKiW 26-38-96, Archiv des Senats; Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97, Anhang.

<sup>114</sup>*Cele i priorytety polityki rzqdu wobec Polonii, Emigracji i Polaków za Granicq.*

<sup>115</sup>Die Stiftung wurde vom damaligen Ministers im URM, Wojciech Włodarczyk, ins Leben gerufen und erlangte im Januar 1993 Rechtspersönlichkeit (GĄSOWSKI 2000: 98, Anm.11). Zu den genauen Zielen der Stiftung siehe TURZAŃSKI 2001: 233f; zu ihrem Statut siehe [www.wschod.org.pl](http://www.wschod.org.pl).

als „Regierungsstiftung“ bezeichnet (etwa im aktuellen „Regierungsprogramm zur Zusammenarbeit mit der *Polonia* und den Auslandspolen“ vom Dezember 2002), obwohl sie – was im folgenden gezeigt werden soll – zu etwa 95 Prozent aus Mitteln des Senats finanziert wird.<sup>116</sup>

Die Stiftung realisiert ihre zu etwa 90 Prozent mit den Auslandspolen und der *Polonia* in Litauen, der Ukraine, Weißrussland und Russland verbundenen Projektziele mit Hilfe von sechs Programmschwerpunkten: polnischsprachige Presseerzeugnisse, polnischsprachige Fernseh- und Radioredaktionen, Unterstützung von Polonistik-Lehrstühlen und -Lektoraten, Dokumentierung des Polentums im Osten, Förderung der polnischen Sprache und Kultur sowie Unterstützung religiöser Belange.<sup>117</sup>

<b>Globalbudget der <i>Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie</i></b>									
(Stiftung „Hilfe für die Polen im Osten“, tatsächliche Ausgaben, in Tausend PLN)									
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<b>insgesamt</b>	413	1 053	1 265	1 286	2 523	3 336	3 686	2 453	3 826
<b>davon Programme:</b>									
„Presse“	97,4	392	540	787,5	1 037	1 207	1 212	857	1 087
„Radio/TV“	35,8	120	120	150	577	530	789	589	689
„Hochschulen“	–	100	130	132	141	306	215	119	–
„Polentum im Osten“	–	–	100	142	185	260	260	193	400
„Polnisches Buch“	–	–	–	55	80	–	–	–	–
„Bibliotheken“	45	–	130	75	30	75	42	166	500
„Kultur“	–	–	–	–	–	248	296		
„Kirche/Religion“	–	–	–	–	250	450	399	–	–

*Quelle:* Anhang zum Protokoll Nr. 55 des Senatspräsidiums, 24.11.94; Anhang 9 zum Beschluss des Senatspräsidiums vom 6.12.95; Protokolle der Sitzungen des Senatspräsidiums Nr. 71 (12.4.95), Nr. 86 (13.9.95), Nr. 136 (11.12.96); Beschlüsse des Senatspräsidiums Nr. 41 (6.3.97), Nr. 60 (9.7.97), Nr. 31 (3.6.98), Nr. 59 (1.12.98), Nr. 61 (8.12.98), Nr. 78 (24.3.99), Nr. 102 (9.9.99), Nr. 113 (8.12.99); Nr. 125 (16.2.00), Nr. 146 (29.6.00), Nr. 154 (12.9.00), Nr. 167 (14.12.00), Nr. 191 (10.5.01), Nr. 196 (7.6.01), Nr. 208 (8.8.01), Nr. 218 (27.9.01), Nr. 219 (27.9.01), Nr. 7 (29.11.01), Nr. 42 (6.6.02), Nr. 58 (21.6.02), Nr. 140 (19.2.03), Nr. 169 (17.4.03). Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die gewährten Zuschüsse durch die Senatskanzlei, die tatsächlich eingesetzten Mittel liegen zumeist nur wenige Prozent unter diesen Beträgen und sind den Jahresberichten der *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie* zu entnehmen.

Während vor 1989 polnischsprachige Zeitungen in Ostmittel- und Osteuropa an ausgewählten Stellen durchaus erhältlich waren, brach dieser Vertrieb nach 1989 spätestens dann zusammen, als Finanzminister Balcerowicz entschieden hatte, dass die Steuerprivilegien für den Export polnischer Presseerzeugnisse nach Osten gestrichen würden.<sup>118</sup>

<sup>116</sup>Siehe etwa den Tätigkeitsbericht der Stiftung für die Jahre 1998-2001; Kopie im Besitz des Autors.

<sup>117</sup>TURZAŃSKI 2001: 234; WIZIMIRSKA 1997b: 243; JUNOSZA-KISIELEWSKI 1999: 34. Vorübergehend wurden auch die Programmpunkte „Polnische Häuser“ (1995) sowie „Praktika“ und „Schulung für Manager“ (1996/97) aufgenommen. 2002 wurden die Bereiche „elektronische Medien“ (215 000 PLN) und „Sonntagsschulen“ (132 000 PLN) aufgenommen.

<sup>118</sup>Jerzy Marek Nowakowski betonte, dass Polen damit eine grosse Chance verschenkt habe, da die Eliten der postsowjetischen Republiken, allen voran die russischen, in der Zeit der UdSSR Polnisch gelernt hatten, um polnische Zeitungen als Informationsmittel relativer Freiheit lesen zu können (Aussage von Jerzy Marek Nowakowski, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und

Das Programm „**polnischsprachige Presseerzeugnisse**“ übernahm die *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie* 1995 von der *Wspólnota Polska*, die 1992 einen solchen Förderbereich eingerichtet hatte. Die Stiftung investiert seitdem jährlich zwischen 80 und 90 Prozent der diesem Programmschwerpunkt zugeordneten Mittel für in Litauen, Weißrussland und der Ukraine erscheinende polnischsprachige Tages- oder Wochenzeitungen.<sup>119</sup>

Sie unterstützt insbesondere

- *Głos znad Niemna*/Weißrussland, die Zeitung des Verbandes der Polen in Weißrussland (Auflage: 8 000),<sup>120</sup>
- *Kurier Wileński*/Litauen, das aus der einzigen polnischsprachigen Zeitung der UdSSR (*Czerwony Sztandar*) hervorgegangene Presseorgan (Auflage: 2 500),
- *Nasza Gazeta*/Litauen (bis 2001), ursprünglich die Zeitung des Verbandes der Polen in Litauen (ZPL), nach dessen faktischem Auseinanderbrechen das Organ des radikalen Teils der polnischen Minderheit in Litauen (Auflage: 5 000),
- *Magazyn Wileński*, eine vor allem über kulturelle Ereignisse berichtende Zeitung auf hohem Niveau (Auflage: 4 300),
- *Gazeta Lwowska*/Ukraine, eine traditionelle, jedoch nurmehr in kleiner Auflage (1992: 3 000) erscheinende polnischsprachige Zeitung aus Lemberg,
- *Dziennik Kijowski*/Ukraine, seit ihrer fünften Ausgabe eine Beilage zur ukrainischen Parlamentszeitung *Holos Ukrajiny* (Auflage: 3 000),
- *Głos Podola*/Ukraine (Auflage: 3 000) sowie
- *Krynica*/Ukraine (Auflage: 5 000).

Bemerkenswert ist insbesondere die anhaltende Unterstützung der Stiftung für die bis 2001 in Litauen erscheinende Zeitung *Nasza Gazeta*. Diese hatte im Januar 1995 ausgesprochen tendenziöse antilitauische Artikel veröffentlicht, die das litauische Außenministerium zum Protest in Warschau veranlassten, warum diese Zeitung aus dem Budget des polnischen Senats finanziert werde. Nach einem sich anschließenden Briefwechsel zwischen Außenminister Bartoszewski und Senatspräsident Struzik wurde die Förderung für das Jahr 1995 ausgesetzt,<sup>121</sup> jedoch in der Folgezeit wieder aufgenommen: 1996 erhielt *Nasza Gazeta* erneut 110 000 PLN über die *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie*, 1997 erhielt die Zeitung mit 85 000 PLN sogar zwei Drittel aller Mittel der Stiftung für polnischsprachige Zeitungen in Litauen.<sup>122</sup>

Nachdem der *Kurier Wileński* noch zu Anfang der neunziger Jahre von der litauischen Regierung abgesichert worden war (KOBECKAITE 1993: 213), geriet er durch deren Rückzug 1995 in finanzielle Schwierigkeiten und wurde daraufhin von der *Wspólnota Polska* 1995 mit 15 000 \$ und 1996 nach Intervention des polnischen Generalkonsulates in Wilna

Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01]).

<sup>119</sup>Tätigkeitsbericht der Stiftung „Pomoc Polakom na Wschodzie“ 1996; Anhänge zu folgenden Protokollen der Sitzungen des Senatspräsidiums: Nr. 145 (6.3.97) Nr. 51 (24.3.99), Anhang zum Beschluss Nr. 31 des Senatspräsidiums, 3.6.98.

<sup>120</sup>Alle im folgenden zitierten Zahlen zu den Auflagen sind der Broschüre der *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie* unter dem Titel *Podręczny Spis Gazet Polskich wydawanych na Wschodzie w latach 1989-2000* entnommen und beziehen sich auf das Jahr 2000.

<sup>121</sup>Brief von Außenminister Bartoszewski an Senatspräsident Struzik, DE I LA 26-1-95; Antwort von Senatspräsident Struzik an Außenminister Bartoszewski, Archiv des Senats, AS/5775/1819/95).

<sup>122</sup>Anhang zum Beschluss des Senatspräsidiums, 28.8.96; Anhang zum Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Senatspräsidiums, 3.6.98, Anhang zum Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97; Beschluss Nr. 26 des Senatspräsidiums, 22.4.98. Seit 2001 erscheint an Stelle von *Nasza Gazeta* nun die polnischsprachige Zeitung *Nasz Czas* für alle drei baltischen Republiken zusammen.

direkt vom Senatspräsidium erneut mit 14 000 \$ unterstützt.<sup>123</sup> 1996 wurde die Zeitung privatisiert, erhielt aber 1997 und 1998 noch einmal 10 000 PLN bzw. 20 000 PLN Finanzhilfe über die Stiftung und das Senatspräsidium.<sup>124</sup> Nachdem jedoch auch die Privatisierung nicht zur notwendigen Erhöhung des Eigenkapitals geführt hatte,<sup>125</sup> optierte schließlich die polnische Botschafterin in Wilna, Eufemia Teichmann, in einem Schreiben an das Senatspräsidium für eine entschiedene Hilfe des Senats über 2-3 Jahre für die 1998 mit etwa 75 000 \$ verschuldete Zeitung.<sup>126</sup>

Das Programm „**Radio/TV**“ umfasst insbesondere die Unterstützung lokaler polnischsprachiger Radiosender in Litauen, Weißrussland und der Ukraine (u.a. Lemberg, Żytomyr und Wilna<sup>127</sup>) sowie die Verbesserung der Empfangsmöglichkeiten für polnische Fernsender (insbesondere *TV Polonia*) und das fünfte Programm des staatlichen polnischen Radios (*Polskie Radio*).<sup>128</sup> Der Antrag auf finanzielle Hilfe des im September 1992 von Czesław Okińczyc in Wilna gegründeten privaten Radiosenders *Znad Wilii*, der täglich ein zwölfstündiges Programm in polnischer Sprache ausstrahlt und sich Verdienste im Rahmen der polnisch-litauischen Aussöhnung erworben hat, wurde 1995 zunächst vom Senatspräsidium offiziell aus formellen Gründen zweimal abgelehnt.<sup>129</sup> Seit 1996 unterstützt jedoch der Senat nach Intervention des damaligen Botschafters Widacki sowie des MSZ über die *Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie* jährlich die Anträge des Radiosenders<sup>130</sup> jährlich mit Beträgen zwischen 20 000 und 125 000 PLN.<sup>131</sup>

Das Programm „**Hochschulen**“ enthielt insbesondere Sachhilfen für die Polonistik-Lehrstühle sowie Lektorate an Universitäten in den östlichen Nachbarländern,<sup>132</sup> jedoch zum Teil auch Stipendien für polnischstämmige Studenten, die in Polen studierten. Es

<sup>123</sup>Beschluss des Senatspräsidiums vom 23.8.95; Protokoll Nr. 137 des Senatspräsidiums, 20.12.96.

<sup>124</sup>Anhang zum Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97; Beschluss Nr. 13 des Senatspräsidiums, 7.1.98.

<sup>125</sup>Protokoll Nr. 25 und Nr. 26 der Sitzungen des Senatspräsidiums, 22.4.98 und 6.5.98.

<sup>126</sup>Anhang 7b zum Protokoll Nr. 32 der Sitzung des Senatspräsidiums, 1.7.98.

<sup>127</sup>RPPZ 1995: 210; RPPZ 1996: 206f.

<sup>128</sup>So war 1992 in ganz Litauen das erste polnische Fernsehprogramm (TVP) zu empfangen, was eine der Hauptforderungen der dortigen polnischen Minderheit Anfang der neunziger Jahre gewesen war. Dagegen befindet sich nur Westweißrussland im Bereich des Polnischen Fernsehens; in den weiter östlich gelegenen Gebieten ist der Empfang nur über das vergleichsweise teure Satellitenfernsehen möglich. *TV Polonia* wird in Ost- und Zentralweißrussland zwar täglich über Antenne und Kabel einige Stunden zweitausgestrahlt, die damit beauftragte Firma klagte jedoch über Behörden, die ihrerseits um das Informationsmonopol fürchten (STANKIEWICZ 1999: 188).

<sup>129</sup>Protokoll Nr. 61 der Sitzung des Senatspräsidiums, 19.1.95; Protokoll Nr. 84 der Sitzung des Senatspräsidiums, 23.8.95; Brief von Botschafter Widacki an Senatspräsident Struzik (Anhang 12 des Protokolls 103 der Sitzung des Senatspräsidiums, 14.2.96).

<sup>130</sup>Schreiben von Botschafter Widacki an Senatspräsident Struzik, 26-P-26-95, 28.9.95 (Anhang 10 zum Protokoll Nr. 103 des Senatspräsidiums, 14.2.96).

<sup>131</sup>Tätigkeitsbericht der Stiftung „Pomoc Polakom na Wschodzie“ 1996; Anhang zum Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97; Beschluss Nr. 23 des Senatspräsidiums, 26.3.98; Brief von Staatssekretär Sikorski an den Minister in der Senatskanzlei, Skwarka, 24.3.98 (Az.: DPI-Litwa-5010-1-98(2)), Anhang zum Protokoll Nr. 22 der Sitzung des Senatspräsidiums, 26.3.98; Beschlüsse Nr. 50 des Senatspräsidiums (6.10.98), Nr. 87 (28.4.99), Nr. 136 (29.3.00), Nr. 186 (26.4.01), Nr. 91 (13.8.02), Nr. 172 (17.4.03).

<sup>132</sup>So wurden etwa 1994 Spezialbücher für die Pädagogischen Institute und Polonistik-Abteilungen von Hochschulen insbesondere in der Ukraine und Weißrussland herausgegeben (Anhang zum Protokoll Nr. 55 des Senatspräsidiums, 24.11.94).

war deutlich auf Aktivitäten in Litauen, Weißrussland und der Ukraine konzentriert.<sup>133</sup> Das Programm „**Bibliotheken**“ unterstützte insbesondere polnischsprachige Bibliotheksammlungen im Osten; ferner wurden 10 neue Bibliotheken gegründet und dem lokalen polnischen Verlagswesen Unterstützung geleistet.<sup>134</sup> Das Programm „**Religion**“ enthält zu etwa 50 bis 75 Prozent Mittel für die Renovierung von Sakralbauten sowie die Modernisierung der Pfarrhäuser, insbesondere in der Ukraine und in Weißrussland. Der Bereich „**Kultur**“ enthielt schließlich nicht zuletzt auch Zuschüsse zum sehr geringen staatlichen Gehalt der Lehrer an den polnischen Schulen in der Ukraine.

### 6.1.6.3 Weitere Akteure

Ab 1994 stand dem Präsidium des Senats im Budget eine Reserve von etwa fünf bis zehn Prozent des Gesamtbudgets der Kanzlei des Senats für die *Polonia*- und Auslandspolenpolitik zur Verfügung, mit denen entsprechende Projekte kleinerer Organisationen gefördert wurden.<sup>135</sup> Erwähnenswert sind hier insbesondere drei überwiegend mit öffentlichen Geldern arbeitende polnische Stiftungen:

a) *Fundacja „Pomoc Szkołom Polskim na Wschodzie im. Tadeusza Goniewicza“*: Die Hauptaufgabe dieser Stiftung ist die Drucklegung und Herausgabe von polnischsprachigen Lehrbüchern sowie deren Übersendung an ausländische Bildungsträger, vor allem an Schulen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine. Zwischen 1989 und 2000 wurden alleine für die ersten vier Klassen insgesamt 257 000 Exemplare herausgegeben und davon etwa 80 Prozent in die ehemaligen Sowjetrepubliken verschickt (ADAMSKI 1997: 401). Für die Klassen fünf bis acht wurden ferner mit Unterstützung des Senatspräsidiums 20 000 Musikbücher für den Unterricht in den polnischen Schulen in Litauen herausgegeben und versandt.<sup>136</sup>

Ferner gibt die Stiftung mit finanzieller Unterstützung des Senatspräsidiums seit 1991 regelmäßig die kulturelle Vierteljahresschrift „*Rota*“ heraus, die zu etwa 90 Prozent in Länder der ehemaligen UdSSR verschickt wird.<sup>137</sup> Sie geht dort an alle Polnischlehrer sowie an die polnischen Bibliotheken in den ehemaligen Sowjetrepubliken und dient teilweise als didaktisches Ergänzungsmaterial für Lehrer (ADAMSKI 1997: 408). Alle weiteren (zahlreichen) Versuche der Stiftung, ergänzende Aktivitäten mit Hilfe von Mitteln des Senatspräsidiums zu entfalten, wurden indes abgelehnt.

b) *Fundacja „Oświata Polska za Granicą“*: Die wichtigste Aufgabe dieser Stiftung ist seit 1991 die Versendung polnischsprachiger Presseerzeugnisse, elektronischer Medien

<sup>133</sup>Sprawozdanie z działalności Fundacji „Pomoc Polakom na Wschodzie“ w roku 1996; Anhang zum Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97.

<sup>134</sup>Anhang zum Protokoll Nr. 55 des Senatspräsidiums, 24.11.94.

<sup>135</sup>1994 und 1995 waren dies je 250 000 PLN für die Projektarbeit, 1996 bereits 1 588 000 PLN von 18 080 000 PLN des Senats insgesamt, 1997 2 500 000 PLN von 20 000 000 PLN insgesamt (Anhang zum Protokoll Nr. 145 der Sitzung des Senatspräsidiums, 6.3.97).

<sup>136</sup>ADAMSKI 2001: 232; Beschlüsse des Senatspräsidiums Nr. 30 (26.5.98), Nr. 6 (29.11.01), Protokoll Nr. 52 der Sitzung des Senatspräsidiums, 31.3.99.

<sup>137</sup>ADAMSKI 2001: 232. Die Auflage der Zeitschrift betrug 2001 8 000, 1997 12 000 und 1994 12 000 Exemplare. Das Senatspräsidium unterstützt die Herausgabe der Zeitschrift seit 1994, mit von 50 000 PLN (1994) auf 132 000 PLN (2002) ansteigenden Beträgen (Protokolle der Sitzung des Senatspräsidiums Nr. 43 (1.8.94), Nr. 65 (1.3.95), Nr. 147 (26.3.97), Nr. 19 (11.3.98), Nr. 52 (31.3.99), Nr. 94 (10.6.99), Nr. 124 (16.2.00), Nr. 161 (24.11.00), Nr. 184 (29.3.01), Nr. 201 (5.7.01), Nr. 15 (10.4.02); Nr. 185 (17.4.03); Beschluss des Senatspräsidiums vom 6.3.96).

und didaktischer Hilfsmaterialien für Lehrer an gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen in Ostmittel- und Osteuropa.<sup>138</sup> Daneben führt sie seit 2000 im Auftrag der Polnischen Nationalbibliothek die Vervollständigung polnischer Bibliotheken in Ostmittel- und Osteuropa durch (GIELBUTOWICZ 2001: 239f). Nachdem die Stiftung bis 1998 ganz überwiegend vom MEN unterstützt worden war<sup>139</sup>, finanziert das Senatspräsidium seit 1999 kontinuierlich mit jährlich etwa 150 000 PLN die erwähnte kostenlose Versendung der polnischsprachigen Presse.<sup>140</sup> Ferner führt die Stiftung seit 1999 im Auftrag des Senatspräsidiums die Überbringung von modernen elektronischen Medien und didaktischen Hilfsmitteln insbesondere an Bildungsträger und Organisationen der polnischen Minderheit in der Ukraine und Weißrussland durch.<sup>141</sup>

c) *Fundacja „Semper Polonia“*: Seit 2002 beauftragt das Senatspräsidiums schließlich direkt die seit 1997 bestehende, überwiegend mit privaten Mitteln arbeitende Stiftung „*Semper Polonia*“ mit der Durchführung eines Stipendienprogrammes für Studenten polnischer Herkunft, überwiegend aus Ostmittel- und Osteuropa, die an ihrem Wohnort studieren.<sup>142</sup>

### 6.1.7 Fazit

Als kurzes Fazit dieser Fallstudie ist insbesondere die Dominanz des Identitätselements *polskość* festzuhalten. Das trotz der knappen Haushaltsmittel stetig wachsende Budget der staatlich bezuschussten Auslandspolen-Organisationen seit 1989 sowie etwa die offene Bevorzugung von Kandidaten polnischer Nationalität bei der Vergabe von Stipendien nicht nur durch die *Wspólnota Polska*, sondern auch durch das Erziehungsministerium (MEN) belegen dies deutlich. Das im Diskurs starke Argumentationsmuster einer „polnischen Staatsnation“ schlägt sich in der Auslandspolen-Politik kaum nieder. Es dominiert hingegen deutlich das Muster von Polen als einer Abstammungsnation. Während in Kapitel 5.2 kein Akteur als *privileged storyteller* ausgemacht werden konnte, hat sich hier der Senat zusammen mit der *Wspólnota Polska* als deutlich herausgehobene Akteure.

<sup>138</sup>Anhang zum Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Senatspräsidiums, 8.7.98; BOBER 1997: 53.

<sup>139</sup>1998 erhielt die Stiftung ungefähr 126 000 PLN vom MEN, 7 000 PLN vom MKiS, 19 000 PLN von Gemeinden und Wojewodschaften, 26 000 PLN von privaten Sponsoren und 25 000 PLN Stiftungskapital. Sie erhielt 1998 vom Senatspräsidium 10 000 PLN (Anhang zum Beschluss Nr. 40 des Senatspräsidiums, 8.7.98).

<sup>140</sup>Beschlüsse der Sitzungen des Senatspräsidiums Nr. 52 (31.3.99), Nr. 55 (28.4.99), Nr. 137 (29.3.00), Nr. 188 (26.4.01), Nr. 217 (27.9.01), Nr. 15 (10.4.02), Nr. 126 (6.2.03).

<sup>141</sup>Beschlüsse der Sitzungen des Senatspräsidiums Nr. 94 (10.6.99), Nr. 97 (14.7.99), Nr. 111 (24.11.99), Nr. 140 (31.5.00), Nr. 157 (5.10.00), Nr. 174 (26.1.01); Anhang 3 des Protokolls Nr. 62 der Sitzung des Senatspräsidiums, 14.7.99.

<sup>142</sup>2002 wurden für dieses Programm 427 520 PLN zur Verfügung gestellt (Anhang zum Beschluss Nr. 33 des Senatspräsidiums, 17.5.02).

## 6.2 Außenwirtschaftsförderung und technische Hilfe

Ziel dieses Kapitels ist die Untersuchung der Maßnahmen, die Polen seit 1989 unternommen hat, um den im Diskurs (Kapitel 5.1.2) besonders betonten Handel mit den „Ostmärkten“ zu fördern. Wie im vorangehenden Kapitel herausgearbeitet, zeigte der polnische Diskurs zwei unterschiedliche Argumentationsmuster für eine Forcierung des Handels mit den östlichen Nachbarn im Rahmen des Identitätselementes „Polen als Handelsstaat“: Zum einen wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, welche Maßnahmen Polen seit 1989 unternommen hat, um seine stark defizitäre Außenhandelsbilanz zu verbessern, deren Ursache der Importüberschuss aus den EU-Staaten, vor allem aber das gewaltige Außenhandelsdefizit gegenüber Russland ist.<sup>143</sup> Zum anderen forderten viele Akteure – wie in Kapitel 5.1.2 gezeigt – seit 1989 aber immer wieder die Forcierung des polnischen Exportes nach Ostmittel- und Osteuropa, da Polen in stärkerem Maße als die EU-Altmitglieder an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken interessiert sei: Während für die EU der Handel mit diesen Ländern außer Russland vernachlässigbar ist, könne Polen sich in diesem Bereich eine günstige Ausgangsposition für die Zukunft auf den „Ostmärkten“ aufbauen.<sup>144</sup> Es stellt sich deshalb für diese Fallstudie insbesondere die Frage, ob Polen eher kurzfristig um den Ausgleich seiner Handelsbilanz bemüht war oder langfristig auf den Aufbau einer günstigen Ausgangsposition für die erst im Entstehen begriffenen „Ostmärkte“ abzielte.

Untersucht werden soll deshalb im folgenden weder die polnische Außenwirtschaftspolitik im Rahmen der CEFTA<sup>145</sup> noch der nur geringe grenzüberschreitende Wirtschaftsaustausch in den Euroregionen entlang der polnischen Ostgrenze. Thema dieses Kapitels ist vielmehr die Analyse der polnischen wirtschaftspolitischen Bemühungen, auf den „Ostmärkten“ Fuß zu fassen, wozu insbesondere Russland, die Ukraine, Weißrussland und Litauen, daneben auch Estland und Lettland sowie die zentralasiatischen GUS-Staaten gerechnet werden. Diesbezügliche Anstrengungen werden zumeist mit Hilfe von vier klassischen, in ähnlicher Weise auch in Deutschland und anderen EU-Altmitgliedern eingesetzten außenwirtschaftspolitischen Instrumenten unternommen:

- Exportversicherungen durch die mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche *Korporacja Ubezpieczeń Kredytów Eksportowych* (KUKES S.A.),
- günstige Regierungskredite für polnische Exporteure oder deren Handelspartner auf den Ostmärkten,
- Zuschüsse aus dem Wirtschaftsministerium für die Beteiligung polnischer privater Wirtschaftssubjekte (v.a. KMU) auf internationalen Messen und Ausstellungen und
- technische Hilfe.

Bevor jedoch näher auf diese Instrumente eingegangen wird, soll zunächst ein kurzer Blick auf die ökonomische Binnentransformation Polens und die Hauptprobleme des polnischen Osthandels seit 1989 geworfen werden.

<sup>143</sup>Dieses Defizit ist insbesondere auf den Kapitel 2 erwähnten, ursprünglich nach dem Prinzip „take or pay“ geschlossenen polnisch-russischen Vertrag über Erdgaslieferungen zurückzuführen.

<sup>144</sup>Die in diesem Zusammenhang immer wieder erhobenen polnischen Forderungen nach einer Erhöhung der finanziellen Hilfe etwa für die Ukraine auf das Niveau der PHARE-Unterstützung der EU blieben bislang erfolglos (BERDYCHOWSKA/ŻURAWSKI VEL GRAJEWSKI/GROMADZKI 2002: 10).

<sup>145</sup>Vgl. zu diesem Aspekt etwa HANDL 2001; KLEER 1996.



### 6.2.1 Ökonomische Binnentransformation Polens nach 1989

**Auslandsverschuldung, Strukturreformen:** Zu Beginn der makroökonomischen Transformation musste die polnische Regierung insbesondere die hohe Verschuldung abbauen, die Privatisierung einleiten und das Land für ausländisches Kapital öffnen. 1991 wurde deshalb mit dem Pariser Club ein fünfzigprozentiger Schuldenerlass ausgehandelt, 1994 folgte je ein Übereinkommen mit dem Londoner Club der Privatbanken und ein weiteres mit dem Pariser Club.<sup>146</sup> Gleichzeitig gelang es zwischen 1990 und 1995, den Prozentsatz der Schulden der öffentlichen Hand im Verhältnis zum BIP von 94,9 Prozent (1990) auf 60,3 Prozent (1995) und auf 30,3 Prozent (1998) zu senken (CLEMENT 2000: vi). Nachdem bis Mitte der neunziger Jahre eine stabile makroökonomische Haushalts- und Geldpolitik erreicht worden war, startete die Regierung 1997 mit **vier Strukturreformen** eine zweite, noch nicht abgeschlossene Welle der volkswirtschaftlichen Modernisierung in Polen, die vor allem das Versicherungswesen (Krankenversicherung, Altersvorsorge), die öffentliche Verwaltung, die technologische Modernisierung der Volkswirtschaft sowie Infrastrukturprojekte betraf und primär die Verringerung der Ausgaben der öffentlichen Hand zum Ziel hatte.<sup>147</sup>

**Privatisierung:** Der Anteil des Privatsektors am BIP entwickelte sich nach 1989 sehr dynamisch: Erwirtschaftete er 1989 (1991) noch nur 28,6 (42,1) Prozent des BIP und 46 (55,5) Prozent der Arbeitsplätze, so waren es 1993 (1999) bereits 55 (70) Prozent des BIP und 65 (74) Prozent der Arbeitsplätze. Auf die wirtschaftliche Grauzone entfielen 1993 noch zusätzlich 18-20 Prozent des BIP und 2 Mio Beschäftigte.<sup>148</sup> Der private Anteil am Außenhandel stieg von 14,3 Prozent (1990) auf 69,6 Prozent (1995), 1997 (1998) entfielen schon 75 (78) Prozent des Exports und 83 (86) Prozent des Imports auf private Firmen.<sup>149</sup> Außer bei Rohstoffen und Energie, wo der polnische Staat weiterhin einen erheblichen Anteil an den entsprechenden Firmen hält, befindet sich im Wesentlichen der gesamte Außenhandel in privaten Händen (KACZURBA 1999: 76f).

#### Ausländische Direktinvestitionen in Polen 1989-2001 (nicht-kumuliert, Mio \$)

1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
8	88	359	678	1 715	1 875	3 659	4 498	4 908	6 365	7 269	9 342	5 712

*Quelle:* NBP: Zagraniczne inwestycje w Polsce w 1997r; Warszawa 1998 (Jahre 1990-1998); Rocznik Handlu Zagranicznego 2002. In anderen polnischen Quellen (etwa der *Bank Rozwoju Handlowego* oder der Außenhandelsagentur PAIZ) findet man teilweise erheblich abweichende (höhere) Zahlen, die auch inoffizielle Daten berücksichtigen.

**Öffnung für ausländische Investoren:** Zur Anregung von Auslandsinvestitionen konnte die polnische Regierung zwischen 1990 und 1995 25 Doppelbesteuerungsabkommen

<sup>146</sup>Dadurch verringerten sich die polnischen Auslandsschulden alleine zwischen 1993 und 1994 um 5 Mrd \$ auf 42,2 Mrd \$ (KUPICH 1995: 59; SKUBISZEWSKI 1991: 19f).

<sup>147</sup>Rocznik Strategiczny 1997/98: 53f.

<sup>148</sup>KOBRINSKAJA 1998: 136; CLEMENT 2000: 2000: vii. Die Regierung wollte diesen Sektor bewusst allmählich „zivilisieren“, nicht mit Polizeimethoden oder Steuern ersticken.

<sup>149</sup>KLEER 1996: 84. Auf kleinere und mittlere Betriebe entfielen dabei aber etwa 1998 nur 22% des Exports und 33% des Imports (KACZURBA 1998: 82; KACZURBA 1999: 76f).

**Polnische Auslands-Direktinvestitionen in Ostmittel- und  
Osteuropa seit 1994 (nicht-kumuliert, in Mio \$)**

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Russland	3	1	-8	1,1	0	6,4	3,5
Ukraine	7	8	3	3,3	-0,3	9,5	22,9
Weißrussland	0	0	1	0,7	0,7	0,2	-1,6
Litauen	2	0	2	3,3	0,5	3,6	2,2

*Quelle:* NBP. Negative Werte in der Tabelle bedeuten den Abzug polnischen Kapitals für Direktinvestitionen aus dem gegebenen Land im gegebenen Jahr. Die oft zitierten weitaus höheren Zahlen (zuletzt: Zdobywcy obcych rynków, Gazeta Wyborcza, 31.10./1.11.02) berücksichtigen nicht nur langfristige Anlageinvestitionen, sondern auch kurzfristige Portfolioinvestitionen.

und 42 Abkommen über gegenseitigen Investitionsschutz vereinbaren.<sup>150</sup> Bemerkenswert ist, dass Polen seit 1996 mehr ausländische Direktinvestitionen als die Ukraine und Russland zusammen aufweisen kann,<sup>151</sup> die zusammen etwa fünfmal so viele Einwohner haben. Sehr gering ist demgegenüber das Volumen polnischer Investitionen im Ausland (siehe Tabelle).

Eines der für Polen wichtigsten wirtschaftlichen Übereinkommen nach 1989 war der **EU-Assoziierungsvertrag** von 1991. Binnen eines Jahrzehnts wuchs dadurch der EU-Anteil am polnischen Export von 55,6 Prozent (1991) auf 70,6 Prozent (1999); der EU-Anteil am polnischen Import im gleichen Zeitraum von 49,7 Prozent auf 65,2 Prozent (CLEMENT 2000: viii, ix). Entgegen vieler Prognosen ist der Beitritt Polens zur EU nicht automatisch mit einem Rückgang des Handels insbesondere mit Russland, Weißrussland und der Ukraine aufgrund von EU-Zöllen verbunden, denn in den meisten Fällen sind die EU-Zölle niedriger als die polnischen Sätze.<sup>152</sup> Es bleibt jedoch zu beobachten, wie sich die Kontingentierung vieler Handelsgüter durch die EU auf den Umsatz des polnischen Osthandels auswirken wird.

Schließlich wurde Polen Mitglied wichtiger internationaler Wirtschaftsorganisationen: Zum 1. Juli 1995 erfolgte der **Beitritt zum GATT**, am 22. November 1996 (mit der längsten Liste von Ausnahmeregelungen) **zur OECD**. Als Ergebnis der dritten Uruguay-Runde fiel der durchschnittliche polnische Zollsatz auf Importe (Landwirtschaft eingerechnet) auf unter 5 Prozent, womit man das Niveau der meisten Industrieländer erreicht hatte (KACZURBA 1998: 76). Durch diese internationale Wirtschaftsverflechtung wurde

<sup>150</sup>1990 hatte es nur zwei entsprechende Abkommen gegeben (STUGLIK 1996: 87).

<sup>151</sup>Zwischen Dezember 1991 und Ende 1996 wurden in der Ukraine Auslandsinvestitionen in Höhe von nur 900 Mio \$ getätigt (19 \$ pro Einwohner, vgl. Finansowanie inwestycji w gospodarce ukraińskiej, Eurazja 1/1997: 79). Die russischen Investitionen in Polen betragen zwar etwa 1998 bereits 958 Mio \$, davon entfielen aber 90% auf Gazprom: Russland investierte in Polen bis Mitte 1999 insgesamt 1,12 Mrd \$ in den Bau der Jamal-Gasleitung (MICHALSKI 2000: 164, JAKIMOWICZ 2000: 19; LANG 2000: 27). Erdöl und Erdgas machten auch 1999 80% des polnischen Imports aus Russland aus.

<sup>152</sup>Vortrag von Klaus Schneider, Europäische Kommission, Fachtagung Politikwissenschaft der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., 9. - 11.11.00, Stettin; PASZEWSKI 2000b: 22-28; Na wschód od Edena, Gazeta Wyborcza, 31.10./1.11.02. Bei den Zollsätzen sind drei Gütergruppen zu unterscheiden: Güter, bei denen weder die EU noch Polen Zölle erheben; Güter, bei denen die polnischen Zölle höher sind als die EU-Zölle und Güter, bei denen die EU-Zölle höher sind als die polnischen Zölle. Der größte Anteil etwa des polnisch-ukrainischen Handels entfällt auf die zweite Gruppe, wenngleich etwa die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Polen nach dem EU-Beitritt mit höheren Zöllen belegt sein wird.

Polen (im Unterschied zu den benachbarten GUS-Staaten) weniger stark von der Asienkrise 1997 und der Russlandkrise 1998 betroffen.<sup>153</sup>

Den Stand der Konsolidierung der polnischen Volkswirtschaft kann man insbesondere an den Indikatoren des „**magischen Vierecks**“ (Beschäftigungsstand, Wirtschaftswachstum, Inflation, Außenhandelsbilanz) ablesen. **Inflation** und **Wirtschaftswachstum** zeigten dabei weitgehend ein vorbildhaftes Verhalten und waren die wesentlichen makroökonomischen Ursachen des Erfolges der polnischen Wirtschaftstransformation der neunziger Jahre.<sup>154</sup>

Veränderung des BIP (in Prozent, im Vergleich zum Vorjahr, inflationsbereinigt, in Mio \$), nach der Methode „System of National Accounts“													
	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01
Polen	0,2	-11,6	-7	2,6	3,8	5,2	7,0	6,0	6,8	4,8	4,1	4,0	1,0
Ukraine	–	–	-11,9	-17,0	-14,2	-24,3	-11,8	-10,0	-3,2	-2	0	5,5	k.A.

*Quelle:* Rocznik Statystyczny, verschiedene Jahrgänge; für die Ukraine: Economist Intelligence Unit, Country Report: Ukraine (London second quarter 1995: 5); Poperedni pisumky rozvitku u 1997 roku, Urjadowyj Kurier, 2.2.97; Tadeusz Chróścicki, Dobre perspektywy dla gospodarki, Prawo i Gospodarka, 19.5.98; [www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2001/cr0128.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2001/cr0128.pdf) [15.7.01]. Polnische Schätzungen gingen für 2002 und 2003 von einem Wirtschaftswachstum von 1,3% und 2,6% aus ([www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03187.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03187.pdf) [12.8.03]).

#### Inflationsrate seit 1989, Zunahme der Konsumgüterpreise

(in Prozent, im Vergleich zum Vorjahr, Jahresdurchschnitt)

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
560	59,4	36,2	33,9	32,1	27,1	19,8	13,1	9,7	7,3	10,1	5,5

*Quelle:* Rocznik Statystyczny, verschiedene Jahrgänge. Polnische Schätzungen gingen für 2002 (2003) von einer Zunahme der Konsumgüterpreise von 1,9% (1,1%) aus ([www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03187.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03187.pdf) [12.8.03]).

Gleichzeitig hat jedoch die **Arbeitslosigkeit** (wie in anderen ostmitteleuropäischen Staaten) ein alarmierendes Ausmaß angenommen. Die offizielle Arbeitslosenquote betrug 1991 11,8 Prozent, 1999 13 Prozent (CLEMENT 2000: vi), 2001 sogar 18 Prozent. Auch die **Außenhandelsbilanz** entwickelte sich seit 1989 insgesamt ungünstig: Nachdem die UdSSR zum 1. Januar 1991 den Handel innerhalb des Ostblocks von Transferrubel auf US-Dollar umstellte und Polen weiterhin Rohstoffe aus Russland importierte, Moskau diese Devisen aber nicht zum Erwerb polnischer Güter verwandte, ergab sich 1991 ein auf bis zu 1 Mrd \$ geschätztes polnisches Handelsdefizit gegenüber Russland.<sup>155</sup> Der polnische

<sup>153</sup>Während der Asienkrise des zweiten Halbjahres 1997 konnte Polen seinen Export sogar um 2% steigern (KACZURBA 1998: 77).

<sup>154</sup>Dagegen betrug der reale Rückgang des BIP in der Ukraine zwischen 1991 und 1996 zwischen 12 und 23 Prozent jährlich, das Jahresmittel der Inflation gar 2300 Prozent (Finansowanie inwestycji w gospodarce ukraińskiej, in: Eurazja 1/1997: 75, eigene Berechnungen).

<sup>155</sup>Die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita zitierte 1991 Finanzminister Balcerowicz, der geschätzt

**Zahl der registrierten Arbeitslosen in Polen in Millionen nach 1989 (in Klammern Angaben in Prozent)**

90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	2000	2001
1,126	2,156	2,509	2,890	2,838	2,629	2,36	1,826	1,831	2,35	2,703	3,115
(6,5)	(12,2)	(14,3)	(16,4)	(16,0)	(14,9)	(13,2)	(10,3)	(10,4)	(13,1)	(15,1)	(17,5)

*Quelle:* Rocznik Statystyczny, verschiedene Jahrgänge. Polnische Schätzungen gingen für 2002 (2003) von einer Arbeitslosenquote von 18,1% (18,3%) aus.

**Polnische Außenhandelsbilanz seit 1990 (nominale Werte, in Mio \$)**

	1990	1991	1992	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
E	14 322	14 903	13 187	17 240	22 895	24 440	25 751	28 229	27 407	31 651	36 092
I	9 528	15 522	15 913	21 569	29 050	37 137	42 308	47 054	45 911	48 940	50 275
S	4 704	-619	-2 726	-4 329	-6 155	-12 697	-16 557	-18 825	-18 504	-17 289	-14 183

*Quelle:* Rocznik Statystyczny, verschiedene Jahrgänge. Quellenbasis sind die Statistiken des Hauptzollamtes, die auf den Zollformularen beruhen und teilweise erhebliche Unterschiede zu den auf der Zahlungsbilanz beruhenden (etwas niedrigeren) Werten der NBP aufweisen. E = Export; I = Import; S = Saldo.

Export in die UdSSR verringerte sich in diesem Jahr um 48 Prozent, der Import aus der UdSSR um 46 Prozent, nachdem die Importe sich bereits 1990 im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent (v.a. Gas, Eisenerz, Öl, Baumwolle), die Exporte um 11 Prozent (v.a. Maschinen, Textilien, Schiffe, elektrische Anlagen) gesunken waren.<sup>156</sup>

Während die Höhe der passiven Außenhandelsbilanz in den meisten ostmitteleuropäischen Staaten ähnlich ausgeprägt ist, fällt im Vergleich zu den anderen CEFTA-Staaten insbesondere der anhaltend niedere Wert des polnischen Pro-Kopf-Exports auf.<sup>157</sup> Zwar wurde ein Teil dieses Defizits von den FDI aufgefangen, doch wirkte sich der nach 1998 zu beobachtende Rückgang des nicht registrierten, für die polnische Handelsbilanz aber günstigen Kleinhandels negativ aus (KACZURBA 1999: 70). Hauptgründe für dieses Handelsbilanzdefizit sind die mangelnde Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte, der im Vergleich zu anderen Währungen bis Mitte 2002 sehr hohe Wechselkurs des Złoty, der Rückgang des polnischen Osthandels und die hohen Importüberschüsse in einigen Sektoren.<sup>158</sup>

Heute gibt zum einen die Höhe des Außenhandelsdefizites Anlass zur Sorge, zum anderen vor allem aber auch der prozentuale Anteil dieses Wertes am BIP.<sup>159</sup> Aber trotz der

---

hatte, dass zwei Drittel der polnischen Rezession von 1991 aus dem Zusammenbruch des Osthandels stammten (Katarzyna Jędrzejewska, Deficit handlowy i budżetowy, Rzeczpospolita, 17./18.8.91).

<sup>156</sup>Ende 1990 hatte Polen deshalb in seiner jährlichen Handelsbilanz ein Plus von 7,5 Mrd Transferrubeln, was die polnischen Gesamtschulden gegenüber der UdSSR von 4,7 Mrd Transferrubeln bei weitem ausglich (DE WEYDENTHAL 1991a: 15).

<sup>157</sup>1991 betrug der polnische Pro-Kopf-Export 694 \$ (Ungarn: 999 \$, Tschechien: 769 \$ (CLEMENT 2000: viii)), 1997 etwa 680 \$ (Ungarn 1 300 \$, Finnland 8 000 \$ (KACZURBA 1998: 76)) und 1998 knapp 700 \$, ein Drittel des ungarischen und ein Sechstel des slowenischen Wertes (KACZURBA 1999: 69), 1999 schließlich 802 \$, weniger als ein Drittel des tschechischen und ungarischen Wertes (CLEMENT 2000: ix).

<sup>158</sup>Dazu zählten insbesondere die Bereiche Automobile, chemische Produkte (Pharmazeutika und Kunststoffe), elektrische Maschinen und Anlagen sowie Brennstoffe (KACZURBA 1998: 81f; KACZURBA 1999: 71; KACZURBA 2000: 83).

<sup>159</sup>Der negative Leistungsbilanzsaldo betrug etwa 1999 11,7 Mrd \$ oder 7,2% des BIP, ein volks-

**Polnischer Export und Import nach Ländergruppen seit 1989** (in Prozent des gesamten Exports/Imports eines Jahres)

	1989	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Europäische Gemeinschaft/Europäische Union</b>												
Export	27,9	44,3	58,0	63,2	62,7	70,0	66,2	64,0	68,3	70,5	69,9	69,2
Import	30,9	43,9	53,2	57,2	57,5	64,6	63,9	63,8	65,6	64,9	61,2	61,4
<b>ehemaliger Ostblock und ehemaliges Jugoslawien</b>												
Export	37,2	23,2	15,4	13,3	14,5	17,3	20,5	24,4	20,4	17,0	17,3	18,3
Import	33,5	23,2	16,3	13,5	14,3	15,4	15,5	14,9	13,1	14,2	18,5	18,2

*Quelle:* Rocznik Handlu Zagranicznego, verschiedene Jahrgänge. 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Union bei.

hohen Importüberschüsse wurde der Außenhandel zu einer Lokomotive der wirtschaftlichen Transformation Polens: Während das BIP zwischen 1989 und 1995 kaum anstieg, hatte der Außenhandel in der gleichen Zeit ein Plus von 44 Prozent zu verzeichnen und wuchs mit Ausnahme der Jahre 1998 und 1999 jedes Jahr überdurchschnittlich (KLEER 1996: 82; KACZURBA 2000: 84). Dennoch spielt der Außenhandel für Polen im Vergleich zu anderen ostmitteleuropäischen Staaten eine geringere Rolle; er zeichnete etwa 1998 nur für 10 Prozent des BIP verantwortlich, während es in Tschechien und der Slowakei je etwa 50 Prozent waren (KACZURBA 1999: 69). Alle Versuche der polnischen Regierung, neben dem wirtschaftlichen Austausch mit den EU-Staaten auch den Osthandel durch entsprechende Verträge zu beleben, haben noch nicht den erwarteten Erfolg erbracht.

---

wirtschaftlich als alarmierend zu bewertender Indikator. Nach Prognosen des IWF und der NBP wird diese Quote bis 2007 zwar zurückgehen, mit vier bis fünf Prozent aber weiterhin hoch bleiben. Gleichzeitig wird die Höhe des Außenhandelsdefizites weiter zunehmen und 2007 16,8 Mrd \$ erreichen ([www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03187.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03187.pdf) [12.8.03]).

**Polnischer Außenhandel nach 1989 mit Russland, Litauen, Weißrussland und der Ukraine**  
(in Mio \$, in Klammern Prozentanteile am gesamten polnischen Außenhandel)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Russland</b>	E	700 (5,5)	644 (4,6)	934 (5,4)	1 274 (5,6)	1 654 (6,8)	1 597 (5,6)	710 (2,6)	862 (2,7)	1 059 (2,9)
	I	1 400 (8,5)	1 271 (6,8)	1 453 (6,8)	1 960 (6,7)	2 526 (6,8)	2 685 (6,3)	2 372 (5,1)	4 619 (9,4)	4 422 (8,8)
	S	-700	-627	-519	-686	-872	-530	-780	-1 960	-3 757
<b>Weißrussland</b>	E	151 (1,1)	99 (0,7)	138 (0,8)	241 (1,1)	272 (1,1)	319 (1,2)	266 (0,9)	233 (0,9)	244 (0,8)
	I	155 (0,9)	113 (0,6)	173 (0,8)	238 (0,8)	257 (0,7)	221 (0,5)	170 (0,4)	166 (0,4)	154 (0,3)
	S	-4	-14	-35	3	15	98	96	37	90
<b>Ukraine</b>	E	162 (1,4)	188 (1,3)	280 (1,6)	743 (3,2)	978 (4,0)	1 207 (4,7)	1 086 (3,8)	703 (2,6)	798 (2,5)
	I	123 (1,0)	201 (1,1)	205 (1,0)	291 (1,0)	418 (1,1)	416 (1,0)	377 (0,8)	339 (0,7)	475 (1,0)
	S	39	-13	75	452	560	791	709	364	323
<b>Litauen</b>	E	36 (0,3)	42 (0,3)	112 (0,7)	189 (0,8)	230 (0,9)	338 (1,3)	429 (1,5)	434 (1,6)	562 (1,8)
	I	57 (0,4)	94 (0,5)	78 (0,4)	67 (0,2)	110 (0,3)	112 (0,3)	139 (0,3)	202 (0,4)	278 (0,6)
	S	-21	-52	34	122	120	226	290	232	284

**Zum Vergleich: Polnischer Außenhandel nach 1989 mit Deutschland und der EU**  
(in Mio \$, in Klammern Prozentanteile am gesamten polnischen Außenhandel)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>EU</b>	E	6 610 (58,0)	8 938 (63,2)	10 810 (62,7)	16 026 (70,0)	16 179 (66,2)	16 527 (64,0)	19 269 (68,3)	19 326 (70,5)	24 987 (69,2)
	I	7 421 (53,2)	10 773 (57,2)	12 402 (57,5)	18 766 (64,6)	23 730 (63,9)	26 998 (63,8)	31 027 (65,6)	29 825 (64,9)	30 865 (61,4)
	S	-811	-1 835	-1 592	-2 740	-7 551	-10 472	-11 758	-10 499	-7 807
<b>Deutschland</b>	E	4 141 (31,4)	5 134 (36,3)	6 155 (35,7)	8 778 (38,3)	8 417 (34,4)	8 484 (32,9)	10 233 (36,3)	9 904 (36,1)	11 043 (34,9)
	I	3 803 (23,9)	5 274 (28,0)	5 910 (27,4)	7 737 (26,6)	9 166 (24,7)	10 184 (24,1)	12 441 (25,8)	11 583 (25,2)	11 701 (23,9)
	S	338	-139	-245	1 041	-751	-1 700	-2 208	-1 679	-658

*Quelle:* Rocznik Handlu Zagranicznego (1995-2001); Presservice des MG (19.3.98); JAKIMOWICZ 2000: 16-18; SZMYD 2000: 188; CIEPLAK 1992: 166; PALMOWSKI 1992: 148; BRODOWSKI 1995: 117. Russische, litauische, weißrussische und ukrainische Statistiken gelangten zu teilweise erheblich abweichenden Ergebnissen. Die Zahlen für die Jahre 1990 und 1991 wurden bewusst nicht angeführt, da sie in der Regel erheblich zu hoch (im Falle Russlands) oder zu niedrig (im Falle Litauens, Weißrusslands und der Ukraine) sind. So wurden etwa 1991 noch 40% des eigentlichen Gesamtvolumens des polnisch-ukrainischen Außenhandels noch über die ehemalige Außenhandelszentrale in Moskau abgewickelt (CIEŚLIK 1992: 142f; www.mg.gov.pl/struktur/DAiP [20.9.02]; Ministerstwo Gospodarki (Hrsg.): Raport o stanie handlu zagranicznego; Warszawa (verschiedene Jahrgänge)). Diese Zahlen berücksichtigen nicht den teilweise erheblich ins Gewicht fallenden kleinen Grenzhandel. E=Export, I=Import, S=Saldo.

## 6.2.2 Hauptprobleme des polnischen Osthandels nach 1989

Im Laufe des Jahres 1991 wollten die ehemaligen Sowjetrepubliken, allen voran die Ukraine, mit Polen von Moskau unabhängige, für Warschau vielversprechende Handelsbeziehungen aufnehmen. Zur politischen Entscheidung für eine solche Form von Kontakten und eindeutigeren politischen Signalen konnten sich 1991 jedoch weder die Mehrheit der diplomatischen Vertretungen Polens noch das Außenministerium durchringen.<sup>160</sup>

Nach dem Ende der UdSSR am 31. Dezember 1991 brach der polnische Osthandel rasch zusammen und erholte sich danach nur mühsam. Gleichzeitig ließ die Ausarbeitung eines polnischen Exportförderungsprogrammes nach Osten lange auf sich warten: Während die Ankündigung von Außenhandelsminister Podkański vom November 1992, einen Plan für den Osthandel ausarbeiten zu wollen, eine Deklaration blieb,<sup>161</sup> kam die Regierungsinitiative im Frühjahr 1994, ein Export-Programm speziell auf dem russischen Markt zu starten, vermutlich noch zu früh (CAŁKA 1998a: 40). Dagegen wurde das am 18. Oktober 1994 vom Ministerrat angenommene, für den Zeitraum bis 1997 vorgesehene „Regierungsprogramm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den östlichen und baltischen Staaten“<sup>162</sup> teilweise umgesetzt.<sup>163</sup> Die strukturelle Schwäche des polnischen Exports blieb jedoch evident, da er zumeist aus Einmaltransaktionen und nicht aus längerfristigen Verträgen bestand (KUPICH 1995: 64). Schon 1998 hatte Polen nur noch in vier von 20 Warengruppen einen Handelsüberschuß: Tierzucht, Holz, Möbel/Beleuchtungsanlagen sowie Schmuck. Eine negative Handelsbilanz verzeichnete Polen dagegen selbst in Branchen wie landwirtschaftlichen Produkten sowie Textilien (KACZURBA 1999: 74). Im folgenden werden für die östlichen Nachbarn Polens – Russland, die Ukraine, Weißrussland und Litauen – die Ursachen für die geringe Intensität dieses Handels analysiert. Auf andere ehemalige Sowjetrepubliken wird dabei nicht eingegangen – so betrug etwa die jeweiligen Import- und Exportanteile am polnischen Außenhandel mit Usbekistan und Kasachstan auch 2000 und 2001 nicht mehr als 0,2 Prozent.

### 6.2.2.1 Das polnische Exportgeschäft nach Russland

**Vertragliche Grundlage** der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist das Wirtschafts- und Handelsabkommen vom 24. Dezember 1991, ergänzt durch ein Doppelbesteuerungsabkommen vom 22. Mai 1992 und den Vertrag über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 25. August 1993. Letzterer Vertrag trat wegen Verzögerungen in der russischen

<sup>160</sup>NAJDER 1993: 210-212. Auch in den ersten nichtkommunistischen Regierungen Mazowiecki und Bielecki gab es Widerstand gegen einen Bruch der wirtschaftlichen Bindungen nach Osten. So plante etwa Außenhandelsminister Ledworowski zunächst die Gründung einer „ostmitteleuropäischen OECD“, ähnlich den späteren Vorschlägen von Präsident Wałęsa einer „zweiten EG“.

<sup>161</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Beitrag von Vizeaußenhandelsminister Podkański.

<sup>162</sup>Rynki Zagraniczne, 26.11.94, Drogi i możliwości handlu ze Wschodem und Beilage; Antwort von Wirtschaftsminister Steinhoff (3.6.98) auf die parlamentarische Anfrage 490 des Abgeordneten Jan Kulas. Das Programm umfasste sechs Punkte: „Traktaty“ (rechtliche Strukturen), „Promocja“ (Wirtschafts- und Exportförderung), „Kooperacja“ (Zusammenarbeit bei Produktion und Investitionen), „Banki“ (Schaffung gemeinsamer Strukturen im Banken- und Versicherungswesen), „Systemy“ (Schaffung von Anreizsystemen zum Export), „Regiony“ (regionale und lokale Zusammenarbeit).

<sup>163</sup>So wuchs der polnische Export nach Osteuropa 1994 um 40 Prozent, wobei verarbeitete landwirtschaftliche Produkte den größten Teil ausmachten und der Barterhandel sich insgesamt verringerte (KUPICH 1995: 63). 1997 exportierte Polen sogar zum ersten (und einzigen) Mal mehr verarbeitete landwirtschaftliche Produkte in die GUS-Staaten als in die EU (KACZURBA 1998: 82).

Duma erst am 13. Februar 1995 in Kraft.<sup>164</sup> Das Abkommen über gegenseitigen Investitionsschutz mit Russland (am 2. Oktober 1992 unterzeichnet) ist dagegen bis heute trotz der mehrfachen Intervention polnischer Spitzenpolitiker nicht von der russischen Duma ratifiziert worden.<sup>165</sup>

Polen ist wie schon vor 1989 in hohem Maße von russischen **Erdöl-** und **Erdgas-**Lieferungen abhängig. Noch die sowjetische Regierung hatte bereits im September 1990 entgegen der Bestimmungen des RGW ultimativ gefordert, dass Polen für Energielieferungen in Devisen bezahle (SABBAT-SWIDLICKA 1990: 25; DE WEYDENTHAL 1990: 24). Im August 1993 wurde dann sowohl der polnisch-russische Vertrag über Erdgaslieferungen des Gasgiganten Gazprom als auch ein Protokoll über den technischen Ablauf des Baus der Gasleitung „Jamal“ von Russland über Polen nach Westeuropa unterzeichnet (MAGDZIAK-MISZEWSKA 1996: 123f). In den darauffolgenden Jahren war der steile Anstieg des Wertes der polnischen Importe vornehmlich der Einfuhr von Energieträgern geschuldet, die 1992 75 Prozent, 1995 75,3 Prozent, 1996 (2000) wegen der stark steigenden Energiepreise sogar 81 (80) Prozent des Wertes des gesamten polnischen Importes aus Russland ausmachten.<sup>166</sup>

**Abrechnungssystem:** Zu Beginn der neunziger Jahre wurden erhebliche Teile des polnisch-russischen Handels als Bartergeschäfte abgewickelt. Diese Tendenz wurde durch die im November 1993 vom russischen Ministerrat eingeführten Zollsätze verstärkt, die diese Handelsform begünstigten.<sup>167</sup> Auch 1997 wurden noch 40 Prozent der finanziellen Transaktionen über westliche Banken abgewickelt, da weiterhin kein polnisch-russisches Verrechnungssystem existierte.<sup>168</sup> Bis heute gelang es nur der polnischen *Kredyt Bank*, eine Filiale in Russland zu eröffnen (JACOBY 2002: 157).

**Freihandelszone?** Im November 1996 unterzeichneten die Premierminister ein polnisch-russisches Freihandelsabkommen, das jedoch von polnischer Seite nur als Absichtserklärung gewertet wurde, solange Russland nicht der WTO beigetreten sei.<sup>169</sup> Zuvor hatte die polnische Regierung seit 1994 mehrere Vorschläge zur verstärkten wirtschaft-

<sup>164</sup>Polen hatte diesen Vertrag bereits am 25.8.93 ratifiziert (CAŁKA 1995b: 103). Im März 1992 erlaubte die Russische Föderation ihren Subjekten den selbständigen Abschluss von Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten. Polen machte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch (JAKIMOWICZ 2000: 17).

<sup>165</sup>Biuletyn Rosyjski OSW 4(4) 1996: 36; JAKIMOWICZ 2000: 19. Seit 1996 gibt es aber zumindest eine polnisch-russische Zusammenarbeit auf nicht-staatlicher Basis durch die Gründung eines polnisch-russischen Wirtschaftsforums.

<sup>166</sup>MAGDZIAK-MISZEWSKA 1996: 123; PIOTROWSKI 2001a: 226; Przegląd Rządowy 3/1994: 96, 100. Alleine von 1999 auf 2000 vergrößerte sich das polnische Handelsdefizit gegenüber Russland von 1,96 Mrd \$ auf 3,76 Mrd \$.

<sup>167</sup>Przegląd Rządowy 3/1994: 95. Zusätzlich betrug noch 1996 der Anteil des nicht registrierten „Kofferhandels“ am gesamten polnisch-russischen Handel 30% (KOSTRZEWSKI 1997: 139).

<sup>168</sup>JAKIMOWICZ 2000: 19; Więcej obaw niż zachęt, Rzeczpospolita, 8.11.96. Inwieweit die Einrichtung einer Freihandelszone mit Russland den Vertragsverpflichtungen des EU-Assoziierungsabkommens entgegenstand, wurde in dieser Arbeit nicht abschließend untersucht (vgl. dazu CAŁKA 1998: 41).

<sup>169</sup>So Premier Cimoszewicz, Przegląd Rządowy 11-12/1996: 125. Zuvor hatte bereits eine ultimative Forderung von Vizepremier Davydov an die polnische Seite auf dem Wirtschaftsforum in Krynica, sich zwischen einer wirtschaftlichen Kooperation mit Russland und der Integration mit dem Westen zu entscheiden, für erhebliche Aufregung gesorgt. Er kritisierte gleichzeitig die CEFTA scharf als „wirtschaftlichen *cordon sanitaire* gegen Russland“ (MAGDZIAK-MISZEWSKA 1997b: 136, Anm.5). Die russische Presse feierte dieses Abkommen enthusiastisch, zeige es doch den polnischen Willen, wirtschaftliche Fragen unabhängig von politischen zu regeln und für die Annäherung an die NATO wirtschaftliche Konzessionen an Russland zu machen (Segodnja, 11.11.96, Nezavisimaja Gazeta, 14.11.96).



lichen Zusammenarbeit im Rahmen von „überstaatlichen Vereinigungen“ in den Bereichen Produktion, Handel, Banken, Finanzen und Versicherungen aus Moskau erhalten.<sup>170</sup> Weitergehende Pläne einer gemeinsamen Freihandelszone mit Russland riefen in Polen Stimmen hervor, die vor einer wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von Russland und einer Glaubwürdigkeitslücke gegenüber dem Westen warnten. Wichtiger sei eine erhöhte polnische **Investitionstätigkeit** in Russland, die 1997 im Vergleich zu 1989 um 75 Prozent gesunken war.<sup>171</sup>

Um das wachsende Handelsdefizit gegenüber Russland abzubauen, bemühte sich die polnische Regierung seit dem erwähnten, nicht realisierten Exportförderungsprogramm des Ministerrates vom Oktober 1994<sup>172</sup> verstärkt um eine Stärkung des Exports insbesondere in den folgenden Branchen: Bis Mitte der neunziger Jahre waren **Lebensmittel** das immer deutlicher den polnischen Export nach Russland bestimmende Gut:<sup>173</sup> 1996 wuchsen die Lebensmittelexporte viermal so schnell wie der allgemeine Export Polens; 46 Prozent aller Lebensmittel verkaufte Polen in diesem Jahr in die ehemaligen Sowjetrepubliken, 43 Prozent in die EU-Länder. Russland wurde zum wichtigsten Abnehmer, das so viele Lebensmittel aus Polen importierte wie Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien zusammen (KOSTREZWSKI 1997: 127). Ferner ging der überwiegende Anteil des polnischen Exports an **Pharmazeutika** 1996 nach Russland. Aus keinem anderen Land führte Russland mehr Waren dieser Gütergruppe ein (14% des russischen Gesamtimportes) als aus Polen.<sup>174</sup> Weitere Sektoren mit starkem polnischen Exportanteil waren insbesondere **Möbel, Maschinen und Kleidung** (KOSTRZEWSKI 1997: 136). Noch 1997 hofften Experten des polnischen Osthandels auf eine Belebung des Exports nach Russland, indem man verstärkt Investitionen tätige, privilegierte Handelsabkommen mit besonders starker Verminderung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen unterzeichne sowie Rohstoffe und niedrig verarbeitete Waren nach Russland exportiere, sie dort verarbeite und veredele, um sie dann nach Polen zu reimportieren (KOSTRZEWSKI 1997: 131-133).

<sup>170</sup>Wracaż kamazy, Rzeczpospolita, 22.10.94. Nachdem die russische Seite 1997 die Zollvorschriften verschärfte und einige mit für kleinere polnische Firmen hohen Kosten verbundene Maßnahmen einfuhrte, wurde deutlich, dass Moskau auf einen von großen Konsortien und staatlichen Firmen geprägten Handelsaustausch setzte. Indes entfielen bereits 1997 87 Prozent des polnischen Exports nach Russland auf private Wirtschaftssubjekte (MAGDZIAK-MISZEWSKA 1998c: 153). Ein Spezialfall war die Frage der Ausrüstung der polnischen Armee mit russischen Waffen. Da die polnische Waffenindustrie technisches Gerät produzierte, das überwiegend in Russland entwickelt worden war, war die pauschale Ablehnung einer militärisch-technischen Zusammenarbeit mit Russland für Polen nicht möglich. Als Alternative zu dieser Kooperation wurde gelegentlich die Zusammenarbeit in der Waffenproduktion und der Ersatzteilbeschaffung mit postkommunistischen Staaten wie der Ukraine und der Slowakei angeregt (KOBRIŃSKAJA 1998: 149; Bliżej wolnego handlu, Rzeczpospolita, 5.4.96).

<sup>171</sup>Antwort von Wirtschaftsminister Steinhoff (3.6.98) auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Jan Kulas; Powrót po latach, Rzeczpospolita, 25.4.95; Beispiele für polnische Investoren in Russland: Zdobywcy obcych rynków, Gazeta Wyborcza, 31.10./1.11.02.

<sup>172</sup>„Regierungsprogramm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den östlichen und baltischen Staaten“, Rynki Zagraniczne, 26.11.94, Anhang.

<sup>173</sup>Ministerstwo Gospodarki (Hrsg.): Raport o stanie handlu zagranicznego w roku 1996; Warszawa 1997: 71. Russland importierte seit 1991 jährlich Lebensmittel im Wert von insgesamt etwa 10 Mrd \$, wobei das entsprechende russische Produktionsniveau zwischen 1991 und 1995 jährlich um 8 bis 12 Prozent sank (KOSTRZEWSKI 1997: 127).

<sup>174</sup>KOSTRZEWSKI 1993: 136. Gleichzeitig erschien eine weitere Steigerung des Exports in diesem Sektor möglich, da die russische Arzneimittelproduktion 1996 nur 15% des Bedarfes abdeckte (KOSTRZEWSKI 1997: 133).

Die **Russland-Krise** im Herbst 1998 änderte die Ausgangsposition für die polnische Exportwirtschaft fundamental: Alle auf dem Russland-Markt engagierten polnischen Firmen erlitten erhebliche Verluste, die vom MSZ 2001 auf 3,4 Mrd \$ bezeichnet wurden.<sup>175</sup> Alleine zwischen 1997 und 1999 brach der Wert der polnischen Ausfuhren nach Russland um zwei Drittel ein. Besonders hart waren die Exporteure von Lebensmitteln (minus 70 Prozent, 1997 noch 43 Prozent der polnischen Ausfuhren nach Russland), chemischen Erzeugnissen (Kosmetika, Arzneimittel, minus 17 Prozent), Maschinen und Anlagen (Kühlschränke, Lastfahrzeuge, minus 12 Prozent) sowie Möbeln (minus 11 Prozent) betroffen.<sup>176</sup> Für die Lebensmittelbranche kam erschwerend hinzu, dass die EU nach 1998 polnische Erzeugnisse mit einer offensiven Exportförderungs politik vom russischen Markt verdrängte.<sup>177</sup> Dadurch fiel der Anteil Russlands am gesamten Außenhandelsumsatz polnischer Hersteller von Fleisch-, Milch- und Obstprodukten von 50 Prozent auf ein bis vier Prozent: Die Nachfrage nach polnischen Arznei- und Lebensmitteln nahm in Russland 1999 gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent ab, bei Schweinefleisch sogar um 60 Prozent.<sup>178</sup> Der Einbruch des Grenzhandels nach 1998 belastete die polnische Handelsbilanz zusätzlich.

Neben diesen Verdrängungsmechanismen bereitete die russische Zentralverwaltung der polnischen Exportwirtschaft nach 1998 zunehmende Schwierigkeiten. Polnische Unternehmer klagten über zusätzliche **Auflagen** und Zertifizierungsanforderungen, so dass sich vor allem kleinere polnische Firmen wieder aus Russland zurückzogen.<sup>179</sup> Hinzu kamen ab 1998 neue (höhere) russische **Zölle** für zahlreiche Gütergruppen, insbesondere Möbel.<sup>180</sup> Ungarische Berechnungen des Jahres 2000 zeigten jedoch, dass Polen sein Handelspotential mit Russland (im Gegensatz zu anderen ostmitteleuropäischen Staaten) zu einem hohen Prozentsatz ausgeschöpft hatte und dass dieser Anteil auch längerfristig kaum fünf bis acht Prozent des gesamten polnischen Außenhandels übersteigen dürfte (LANG 2000: 27).

### 6.2.2.2 Das polnische Exportgeschäft in die Ukraine

Die **vertragliche Grundlage** ist das Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 4. Oktober 1991. Es wurde ergänzt durch drei Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen (am 11. März 1994 in Kraft getreten), über gegenseitigen Investitionsschutz (am 14. September 1993 in Kraft getreten) sowie über Zusammenarbeit und

<sup>175</sup>Antwort von Staatssekretär Błaszczuk (13.2.01) auf die parlamentarische Anfrage 5558 des Abgeordneten Jan Kulas.

<sup>176</sup>DOBROCZYŃSKI 1995: 96f; Rosja – wciąż niepewny interes, *Życie*, 26.10.98; Kupią, nie kupią, *Gazeta Wyborcza*, 28.8.98. Namhafte polnische Kritiker stellten fest, die russische Wirtschaftskrise von 1998 belege, dass erfolgreiche Geschäfte mit Russland auf der Basis interstaatlichen Handels „eine Illusion“ seien. Der Einsatz von Risikokapital mit staatlichen Garantien sei nicht gerechtfertigt, da der russische Markt westliche Produkte den polnischen vorziehe (Rocznik Strategiczny 1998/99: 39).

<sup>177</sup>Dabei leistete die EU Subventionsbeiträge von 400 Euro pro Tonne Schweinefleisch und 40 Euro pro Tonne Äpfel (Jak Unia wyparła Polska z rynku, *Rzeczpospolita*, 27.1.00).

<sup>178</sup>Powrót na Wschód, *Wprost*, 23.7.00.

<sup>179</sup>Presseservice des polnischen Wirtschaftsministeriums, 19.3.98; *Süddeutsche Zeitung*, 17.1.01; PIOTROWSKI 2001a: 226.

<sup>180</sup>Antwort von Finanzminister Balcerowicz (13.5.98) auf die parlamentarische Anfrage 472 des Abgeordneten Gintowt-Dziewałtowski; parlamentarische Anfrage 1397 des Abgeordneten Rutkowski (21.5.02); Cła blokują eksport, *Rzeczpospolita*, 20.12.01; Pierwszy umowy i konkrety, *Rzeczpospolita*, 17.1.02; Na wschód od Edenu, *Gazeta Wyborcza*, 31.10./1.11.02. Nur am polnischen Arbeitsmarkt wirkte sich der polnisch-russische Handel weiter positiv aus, da über 80 Prozent des polnischen Exports auf verarbeitete Güter entfielen, der Import jedoch zu 90 Prozent aus Rohstoffen bestand (KACZURBA 1999: 72).

gegenseitige Hilfe in Zollangelegenheiten (am 18. Dezember 1995 unterzeichnet). Da zu sowjetischen Zeiten 80 Prozent des ukrainischen Exports über die Außenhandelszentrale in Moskau abgewickelt wurde, verfügte die Ukraine nach 1991 zunächst noch nicht über diesbezügliches Know-How, so dass sich die wirtschaftliche Kooperation auch nach Einrichtung der polnisch-ukrainischen Handelskammer im Januar 1992 nur sehr schleppend entwickelte.

**Strukturen:** Insgesamt erhöhten sich im Laufe der neunziger Jahre zunehmend die Disproportionen im Transformationsniveau und die Inkompatibilitäten der beiden Volkswirtschaften (BRATKIEWICZ 1993: 133). Die polnische Regierung versuchte dieser Entwicklung 1992/93 durch die Gründung einer polnisch-ukrainischen Bank, die gegenseitige Einrichtung von Handelszentren, die Intensivierung der Werbung für ukrainische Güter in Polen, eine gemischte Kommission zur Erörterung von Kooperationsmöglichkeiten sowie die Gründung einer gemeinsamen Handelshochschule entgegenzuwirken (CIEŚLIK 1992: 143, BRATKIEWICZ 1993: 133). Im März 1997 erhielt die Lubliner *Bank Depozytowo-Kredytowy* die Lizenz zur Eröffnung einer Filiale im grenznahen Luc'k, die polnische *Kredyt Bank* besitzt ferner 60 Prozent der „Westukrainischen Bank“ mit Sitz in Lemberg und 18 Filialen in der gesamten Ukraine. Im März 1998 eröffnete schließlich auch die polnische *Bank Handlowy* eine Vertretung in Kiev.<sup>181</sup>

**Export- und Importstruktur:** Der Handelsumsatz betrug bereits 1995 die beachtliche Summe von über einer Mrd \$, was jedoch beiderseits primär auf den Austausch von Rohstoffen oder gering verarbeiteten Produkten zurückzuführen war.<sup>182</sup> So stellte Kohle 1994 37 Prozent des polnischen Exports in die Ukraine und Eisenerz 58 Prozent des polnischen Imports aus der Ukraine dar.<sup>183</sup> Aber auch 1997 exportierte Polen vor allem Reinigungsmittel (22,7 Prozent), Lebensmittel (18,7 Prozent), Kohle (16,9 Prozent), elektrische Maschinen (9,8 Prozent) und Möbel.<sup>184</sup> Weiterhin nahmen Rohstoffe und gering verarbeitete Produkte eine dominierende Position im gegenseitigen Handel ein. Durch die Russland-Krise 1998 sank der polnische Export in die Ukraine von 1998 auf 1999 um etwa 30 Prozent.<sup>185</sup>

Auch nach dieser Krise änderte sich die polnisch-ukrainische Handelsstruktur kaum. Beim polnischen Export dominierten auch 2000 Erzeugnisse der chemischen Industrie, Elektromaschinen und Lebensmittel, während Polen weiterhin vor allem Rohstoffe (Erd-

---

<sup>181</sup>Antwort von Wirtschaftsminister Steinhoff (3.6.98) auf die parlamentarische Anfrage 490 des Abgeordneten Jan Kulas; Antwort von Wirtschaftsminister Steinhoff (17.3.00) auf die parlamentarische Anfrage 3343 des Abgeordneten Jerzy Jaskiernia.

<sup>182</sup>CHOJNOWSKA 1996: 138. Zu diesem Handelsvolumen muss auch der nicht registrierte Kleinhandel gezählt werden, der etwa 1997 auf ungefähr so hoch wie der offizielle Handel geschätzt wurde (OLSZAŃSKI 1998: 158). Für 2001 veranschlagten polnische Geschäftsleute sogar, dass der polnische Export in die ehemaligen Republiken der UdSSR um rund ein Drittel zu niedrig veranschlagt werde (Mijanie się z prawem, Rzeczpospolita, 15.1.02 (Beilage „Dobra firma“)).

<sup>183</sup>STANISZEWSKI 1997: 26f; NOWORYTA 1996: 23, CHOJNOWSKA 1997: 143.

<sup>184</sup>CHOJNOWSKA 1996: 143. Dabei lagen die Förderungskosten für ukrainische Kohle sechsmal höher als die für polnische Kohle (OLSZAŃSKI 1998: 159). Polen importierte vor allem Eisenerz und verwandte Stoffe (69,8%), Rohstoffe für die chemische Produktion (9,1%), landwirtschaftliche Produkte (6,8%) sowie Buntmetallprodukte (6,3%).

<sup>185</sup>Am härtesten traf es die pharmazeutische Branche, wo der polnische Export um 60 Prozent einbrach, sowie den Kohle- und Lebensmittel-Absatz (je minus 58 Prozent). Im ersten Quartal 1999 fiel der polnische Kohlexport in die Ukraine nochmals um 90 Prozent; der polnische Import von Eisenerz um 25 Prozent auf 122,4 Mio \$, der von Erdgas um 35 Prozent auf 69,5 Mio \$ (SZMYD 2000: 188).

gas, Eisenerz, Magnesium) aus der Ukraine importierte.<sup>186</sup> Auch die Intensität des polnisch-ukrainischen Handels bleibt weiterhin gering: 2001 war die Ukraine für Polen nur der neuntgrößte Absatzmarkt; beim Import stand die Ukraine erst an 23. Stelle der polnischen Liste.<sup>187</sup>

**Polnische Investitionen:** Das Wohlstandsgefälle zur Ukraine erwies sich für die polnische Wirtschaft bis heute (im Unterschied zu Deutschland und Polen Anfang der neunziger Jahre) aufgrund der geringen Komplementarität der beiden Volkswirtschaften nicht als Vorteil. Aus polnischer Sicht ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine vor allem ein Feld für kleinere und mittlere Unternehmen. Der Belebung dieser wirtschaftlichen Kontakte stehen jedoch aus polnischer Sicht weniger mangelnde Information oder fehlender Mut auf beiden Seiten entgegen, sondern vor allem die fehlende WTO-Mitgliedschaft, die schwache Leistungskraft der ukrainischen Volkswirtschaft, das Fehlen ausreichender Rechtssicherheit, das undurchsichtige Steuersystem,<sup>188</sup> Korruption sowie Marktverdrängungsmechanismen von russischer und ukrainischer Seite (OLSAŃSKI 1998: 159). Insbesondere das nicht funktionierende gegenseitige Verrechnungssystem sowie unzureichende Garantien und mangelnde gegenseitige Absicherungsmöglichkeiten wirkten sich ungünstig auf den polnischen Export aus (CIEŚLIK 1999: 180). Das im Mai 1998 unterzeichnete polnisch-ukrainische Abkommen, das polnische Investitionen über versicherte Exportkredite im Wert von 20 Mio ECU in der Ukraine vorsah, wurde von der kommunistischen Opposition in der Verchovna Rada verhindert und konnte nicht ratifiziert werden.<sup>189</sup>

Ferner erwähnten polnische Exporteure immer wieder hohe **Zölle** für zahlreiche Produktgruppen sowie jahreszeitabhängige Zölle, umständliche **Zertifizierungsprozesse** als Hemmnisse im Osthandel.<sup>190</sup> Premier Miller bemängelte zusätzlich, dass polnische Unternehmer auf dem ukrainischen Markt benachteiligt und ukrainische Wirtschaftssubjekte mit polnischer Beteiligung auf Probleme bei der Erstattung der Mehrwertsteuer treffen würden.<sup>191</sup>

Wichtige polnische Investitionsprojekte in der Ukraine waren bis heute vor allem die Montage von landwirtschaftlichen Maschinen, insbesondere Mähdrescher (1997, Firma *Ursus*), und das finanzielle Engagement im ukrainischen Bergbau (Vertrag vom Mai 1997, SZMYD 2001: 235). Selbst in der ukrainischen Sonderwirtschaftszone Jankiv nahe der gemeinsamen Grenze gab es 2002 jedoch nur 19 polnische Firmen, die offiziell 9,5 Mio \$, tatsächlich aber deutlich weniger investierten.<sup>192</sup>

<sup>186</sup>Zbyt wysokie stawki celne, Rzeczpospolita, 30.10.01; SZMYD 2001: 234-236.

<sup>187</sup>Rede von Präsident Kwaśniewski auf dem fünften polnisch-ukrainischen Wirtschaftsforum in Rzeszów, 21.6.02, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2002a: 429.

<sup>188</sup>So änderte 1998 die Verchovna Rada einige Dutzend Male das Mehrwertsteuergesetz (CIEŚLIK 1999: 180).

<sup>189</sup>CIEŚLIK 1999: 180f; Obroty spadły o 45 procent, Rzeczpospolita, 23.10.99.

<sup>190</sup>www.ukraine-poland.com [14.5.03]; Antwort von Staatssekretär Brzezicki (16.10.98) auf die parlamentarische Anfrage 972.

<sup>191</sup>Skargi i obietnice, Rzeczpospolita, 4.6.02. Die ukrainische Seite beklagte dagegen die geringe Zahl von Grenzübergängen und geringe Landeskenntnisse der Polen über die Ukraine (Myron Jankiv (Handelsrat der ukrainischen Botschaft in Warschau), Cło powinno być niższe, Rzeczpospolita, 6.9.01). Im Einzelfall spielten auch die höheren EU-Zollsätze für polnische Importe aus der Ukraine eine Rolle; so ist etwa der polnische Zollsatz für den Import von Buntmetallen aus der Ukraine niedriger als derjenige der EU (Wizy jako symbol, Rzeczpospolita, 4.12.00).

<sup>192</sup>Na Ukrainę? Najbliżej przez Cypr, Gazeta Wyborcza, 2.8.01; www.ukraine-poland.com [12.5.03];

### 6.2.2.3 Das polnische Exportgeschäft nach Weißrussland

Nach 1991 schloss Polen mit Weißrussland insbesondere Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel (10. Oktober 1991), über gegenseitigen Investitionsschutz (24. April 1992), über die Gründung einer polnisch-weißrussischen Bank (PALMOWSKI 1992: 148f) sowie ein Doppelbesteuerungsabkommen (18. November 1992). Trotz dieser Bemühungen um Normalisierung des wirtschaftlichen Austausches wickelte Polen 1992 etwa 76 bis 86 Prozent (1993 noch etwa 50 Prozent) seines Umsatzes mit BY über Bartergeschäfte ab.<sup>193</sup> Jedoch schwenkte Minsk bereits 1992 auf eine **protektionistische Handelspolitik** um: Zum einen forderte man eine einseitige Marktöffnung und entsprechende Zollsenkungen von Warschau, zum anderen erließ der weißrussische Ministerrat im September 1992 Vorschriften zur Genehmigung von Importen, die fast vollständig den polnischen Export nach Weißrussland betrafen.<sup>194</sup> Im Zuge der weißrussisch-russischen Zollunion wiederholen sich in Zollfragen mit Weißrussland ferner die Probleme des polnischen Exportes nach Russland.

Hinsichtlich Weißrussland war die Struktur der polnischen **Exporte** und **Importe** seit Anfang der neunziger Jahre nur moderaten Veränderungen unterworfen: Während im **Export** zu Beginn dieser Periode (in dieser Reihenfolge) Lebensmittel (Getreide, Kartoffeln, Zucker), Textilien, Farben, Autos und Pharmazeutika dominierten, waren es Ende der neunziger Jahre insbesondere Möbel, Zucker, Ersatzteile für Fahrzeuge, elektrische Geräte und Erdölprodukte.<sup>195</sup> Beim **Import** sind dagegen seit Beginn der neunziger Jahre Lebensmittel, Erdölprodukte, Düngemittel, Textilien und elektrische Geräte vorherrschend (PALMOWSKI 1992: 148; ZIÓLKOWSKI 1997: 164).

Bedingt durch das zunehmend autoritäre Regime von Präsident Lukašenka und vorübergehend zusätzlich verschärft durch die russische Währungskrise von 1998 lässt sich seit 1998 eine ungünstige Entwicklung des polnischen Exports nach Weißrussland feststellen: Mehrere polnische Firmen zogen sich aufgrund vielfältiger Einschränkungen ihrer Tätigkeit durch die Verwaltung aus dem Land zurück (STANKIEWICZ 1999: 189), weißrussische Firmen gerieten in erhebliche Zahlungsschwierigkeiten und die einzige Filiale einer polnischen Bank in Weißrussland (*Lubelski Bank Depozytowo-Kredytowy*) wurde 1999 aufgelöst.<sup>196</sup>

---

[www.plig.org.pl/index\\_rynkiwschodnie.html](http://www.plig.org.pl/index_rynkiwschodnie.html) [15.9.02].

<sup>193</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski; Jakub Wołsiewicz, *Polska w Europie*, Heft 12: 114. Ferner trat am 13.8.98 das polnisch-weißrussische Regierungsabkommen über Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten (unterzeichnet am 27.11.95) in Kraft (RPPZ 1999: 332).

<sup>194</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede und Antwort von Außenminister Skubiszewski; *Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu*, 106. Sitzung, 9.5.97, Rede von Roman Jagieliński (PSL).

<sup>195</sup>PALMOWSKI 1992: 148; Ministerstwo Gospodarki (Hrsg.): *Raport o stanie handlu zagranicznego*; Warszawa 1997: 71; [www.mg.gov.pl/prasa/www\\_ram5.htm](http://www.mg.gov.pl/prasa/www_ram5.htm) [15.9.02].

<sup>196</sup>Günstig für Polen war jedoch zumindest die Anerkennung des Złoty durch die weißrussische Nationalbank als Valutawährung, was die Abrechnung von Transaktionen im polnisch-weißrussischen Handel in dieser Währung erlaubte (STANKIEWICZ 2000: 195f).

#### 6.2.2.4 Das polnische Exportgeschäft nach Litauen

Zu Beginn der neunziger Jahre gab es *de facto* keine Möglichkeit einer normalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und Litauen. Ähnlich wie in der Ukraine und Weißrussland wurden in Litauen 1991/92 zunächst noch russische Rubel und die nicht-konvertierbaren Talons weiterverwendet, so dass alle Transaktionen als Barterhandel oder per Barzahlung in Devisen abgewickelt werden mussten. Nach der Einführung der litauischen Währung (*Litas*) im Winter 1992 änderte sich dieser Zustand rasch (WIDACKI 1997: 155): Bereits 1997 wurden 70 Prozent des polnischen Exports und 89 Prozent des Imports über private Firmen abgewickelt (WIZIMIRSKA 1998: 166).

Am 27. Februar 1992 unterzeichneten beide Seiten ein Handelsabkommen, ergänzt durch ein Investitionsschutzabkommen vom 28. September 1992 und ein Doppelbesteuerungsabkommen vom 20. Januar 1994. Von entscheidender Bedeutung im polnisch-litauischen Handel war (neben der relativ raschen Konsolidierung der litauischen Volkswirtschaft) jedoch das Inkrafttreten des am 27. Juni 1996 unterzeichneten polnisch-litauischen Freihandelsabkommens zum 1. Januar 1997.<sup>197</sup> Das Abkommen sah bis Ende 2000 die schrittweise Abschaffung von Zöllen und Mengenbeschränkungen vor und sollte eine polnisch-litauische Freihandelszone schaffen.<sup>198</sup>

**Export- und Importstruktur:** Polen ist für Litauen ein wichtiger Absatz- und Bezugsmarkt.<sup>199</sup> Umgekehrt betrug der Anteil des polnischen Außenhandels mit Litauen seit 1992 jährlich nur etwa 1 Prozent des gesamten polnischen Außenhandels.

1992 dominierten beim polnischen Export nach Litauen landwirtschaftliche Maschinen, Stoffe, Schuhe, Lebensmittel, Pharmazeutika sowie Dienstleistungen im Bau- und Restaurierungsgewerbe. 1997/98 waren vor allem Pharmazeutika, Reinigungsmittel, Kunststoffe, Reifen und Maschinen bestimmend. Polen importierte 1992 aus Litauen insbesondere Haushaltsgeräte, Holz, Papier, Buntmetalle und Vieh; 1997/98 speziell Brennstoffe, Öle, Polyethylen, Baumwolle, Flachs und Holz.<sup>200</sup>

**Polnische Investitionen:** Aus polnischer Sicht wurde der Handel bis Mitte der neunziger Jahre vor allem von der fehlenden Konkurrenzfähigkeit der litauischen Wirtschaft, der fehlenden Kooperation zwischen polnischen und litauischen Banken, Zahlungsschwie-

<sup>197</sup>Dieses Abkommen war das erste solche mit einem baltischen Staat und betraf alle Industrieprodukte (Halbierung der Zölle) sowie einige landwirtschaftliche Produkte. Ausgenommen blieben Tabakprodukte, Alkohol, Zucker und zuckerhaltige Produkte. Bei offiziellen Gesprächen im Januar 1993 hatte Premier Suchocka sogar die Schaffung einer polnisch-litauischen Zollunion vorgeschlagen, worüber die polnischen Medien kaum, die litauischen dagegen ausführlich berichteten. Suchocka musste ihren Vorschlag jedoch nach Kritik aus der eigenen Regierung zurücknehmen (Interview mit Marek Karp, Direktor des OSW, 30.10.02).

<sup>198</sup>Mit dem am 1.7.98 in Kraft getretenen ersten Zusatzprotokoll des Freihandelsabkommens wurden durch Zollreduzierungen und eine Erhöhung der Kontingente ca. 90% der Industrieprodukte zollfrei gestellt (WIZIMIRSKA 1999: 175). Bei den landwirtschaftlichen Gütern gab es dagegen nur eine selektive Liberalisierung. 2001 wurden sogar alle Zölle auf Industriegüter abgeschafft, ein Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse blieb jedoch weiterhin ausgenommen ([www.plig.org.pl/index\\_rynkiwschodnie.html](http://www.plig.org.pl/index_rynkiwschodnie.html) [2.10.02]).

<sup>199</sup>1992 zeichnete Polen für 9,1% des litauischen Außenhandels verantwortlich (CIEPLAK 1992: 166), 1995 und 2000 noch für je 4% (KOLECKA 1996: 154f; GASZTOŁ 2000: 174).

<sup>200</sup>CIEPLAK 1992: 166; WIZIMIRSKA 1998: 166; GASZTOŁ 2000: 174. Für das Umsatzplus 1999 war vor allem der litauische Export (Erdöl, Textilien, Holz und Holzprodukte) verantwortlich (GASZTOŁ 2000: 174).

rigkeiten litauischer Firmen und fehlenden Absicherungen für den polnischen Export begrenzt (KOŁECKA 1996: 154f). Jedoch wurde 1992 eine polnisch-litauische Handelskammer mit Sitz in Suwałki gegründet, die sich seit Ende der neunziger Jahre mehr und mehr zum Koordinationszentrum des gesamten polnischen Osthandels und der polnischen Investitionen in Osteuropa entwickelt hat.<sup>201</sup> Ferner kam es ab Mitte der neunziger Jahre zu wichtigen neuen Impulsen in den polnisch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen: Neben dem erwähnten Freihandelsabkommen erlaubt die litauische Regierung seit Juni 1996 die Eröffnung von Filialen ausländischer Banken in Litauen, was im Oktober 1997 die polnische *Kredytbank* und 1998 die *PKO S.A.* nutzten (WIZIMIRSKA 1998: 166). Polnische Investitionen erfolgen meist in den Branchen Glas, Lebensmittelprodukte, Handel, Verpackungen und Dienstleistungen sowie im Transport- und Baugewerbe.<sup>202</sup>

### 6.2.2.5 Résumé

Der polnische Osthandel brach zu Beginn der neunziger Jahre in erster Linie aufgrund der Ereignisse in der UdSSR zusammen.<sup>203</sup> Über die Gründe seines nur mühevollen Wiederaufbaus existieren in Polen zahlreiche Spekulationen. Insbesondere das Schlagwort von der „verpassten Chance“ wird jedoch bei näherer Betrachtung der Realität aus drei Gründen nicht gerecht:

- Die Wirtschaftssysteme Polens einerseits und Weißrusslands und Russland und teilweise der Ukraine andererseits waren in den neunziger Jahren weitgehend inkompatibel. Die Wirtschaftsreformen in Polen einerseits, in der Ukraine und vor allem in Russland und Weißrussland andererseits waren sehr unterschiedlich weit gediehen. Zwar forderten auf den Ostmärkten tätige polnische Exporteure wie auch unabhängige Experten wiederholt, Steuererleichterungen für Exportfirmen einzuführen, binationale Handelsbanken einzurichten, das System der staatlichen Garantien etwa im Barterhandel zu verbessern, die eigene Währung abzuwerten, den Bau mehrerer neuer Grenzübergänge an der Ostgrenze zu finanzieren sowie die Speichermöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte zu verbessern.<sup>204</sup> Aber auch die Befürworter eines expansiven Osthandels wollten diesen auf keinen Fall wieder in staatliche Hände übertragen.<sup>205</sup>

- In Polen wurden die „Ostmärkte“ zu lange als einziger Absatzmarkt für die Produkte staatlicher Unternehmen angesehen, die nicht im Stande waren, sich gegen Konkurrenz auf den westlichen Märkten zu behaupten. Die Hoffnung, auf den Ostmärkten mit nicht-erstklassigen Produkten präsent sein zu können, erwies sich jedoch rasch als Irrtum.<sup>206</sup> Dennoch nahm der polnische Handel mit allen GUS-Republiken von 8 Prozent (1993)

<sup>201</sup>Polonia- und Auslandspolen-Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 58, 14.3.97, Rede des Generaldirektors im Wojewodschaftsamt Suwałki, Edward Przytula.

<sup>202</sup>WIZIMIRSKA 1999: 176; Beispiele: *Zdobywcy obcych rynków*, *Gazeta Wyborcza*, 31.10./1.11.02. In Polen gab es 1999 dagegen nur einige wenige Firmen mit litauischer Kapitalbeteiligung (GASZTOŁ 2000: 175).

<sup>203</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 14. Sitzung, 8.5.92, Antwort von Außenminister Skubiszewski auf Fragen; Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 846, 18.11.92, Rede von Außenminister Skubiszewski.

<sup>204</sup>Beschluss des Ministerrates vom 4.8.99, *Ocena sytuacji i propozycje działań dla polepszenia sytuacji w polskim handlu zagranicznym*; Rządowy Centrum Studiów Strategicznych (Hrsg.): *Analiza struktury polskiego handlu zagranicznego w I. połowie 1999 roku*; Warszawa (Oktober) 1999: 27; BIELEŃ 1997b: 18; *Pierwsze umowy i konkrety*, *Rzeczpospolita*, 17.1.02.

<sup>205</sup>BIELEŃ 1997b: 26; Jakub Wołasięwicz, *Polska w Europie* 12: 114.

<sup>206</sup>So etwa KOSTRZEWSKI 1993: 127f; „Sam handel to za mało“, *Rzeczpospolita*, 11.10.96.

des gesamten polnischen Außenhandels auf 16 Prozent (1997) zu, wobei Polen 1997 eine positive Handelsbilanz von 800 Mio \$ hatte (JAKIMOWICZ 2000: 18). In diesem Licht erscheint das große Handelsbilanzdefizit gegenüber Russland weit weniger bedrohlich.

- Insbesondere die PSL versuchte wiederholt, massiv den Export von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu forcieren. Betrachtet man indes die polnische Exportstatistik von 1989 mit der UdSSR, so dominierten bei den polnischen Ausfuhren nicht Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte (4,2 Prozent), sondern Maschinen und Anlagen.<sup>207</sup> Gerade der letztgenannte Sektor erwies sich angesichts der allgemeinen Marktöffnung in Osteuropa nach 1989 rasch als nicht mehr konkurrenzfähig und zeichnet überwiegend für den Einbruch des polnischen Osthandels verantwortlich.

### 6.2.3 Polnische Instrumente zur Belebung des Osthandels

Polen entwickelte nach 1991 drei Gruppen von Instrumenten zur Exportförderung:

- a) finanzpolitische Instrumente zur Förderung des Exports: Versicherung von Exportkrediten, Zuzahlungen zur Verzinsung von Exportkrediten,<sup>208</sup> Bürgschaften (*poręczenia*) und Garantien zur Finanzierung von Ausfuhren<sup>209</sup> sowie Regierungskredite an andere Staaten zur Finanzierung von Importen aus Polen,
- b) die Erstattung eines Teils der Kosten für die Beteiligung polnischer Firmen an exportrelevanten polnischen und internationalen Messen und Ausstellungen im Ausland sowie die Beteiligung an Auslandsreisen polnischer Wirtschaftsdelegationen,
- c) sonstige Aktivitäten: das Programm „Branchen mit großem Exportpotential“ (*promocja selektywna*, seit 2002),<sup>210</sup> die Arbeit der Botschaften und Handelsmissionen, Förderung der „*Domy Polskie*“ im Ausland<sup>211</sup>, das Angebot der Außenhandelsakademie, Auszeichnungen sowie Zuschüsse für die Bewerbung von Markenprodukten.<sup>212</sup>

<sup>207</sup>Antwort von Wirtschaftsminister Steinhoff (3.6.98) auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Jan Kulas.

<sup>208</sup>Wichtig in diesem Zusammenhang ist das entsprechende Gesetz vom 5.1.95 (*Dziennik Ustaw* 1995, Nr. 13, Pos. 60, letzte Novelle: *Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 73, Pos. 762) sowie vier aktuelle Verordnungen des Finanzministers vom 7.11.01 und vom 12.12.01 (*Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 135, Pos. 1517 und Pos. 1519; *Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 153, Pos. 1750 und 1751). Zur nur geringen Ausnutzung dieses Instruments siehe die Antwort von Unterstaatssekretär Donocik (26.1.01) auf die parlamentarische Anfrage 3016 des Abgeordneten Jan Kulesza.

<sup>209</sup>Siehe hierzu das entsprechende Gesetz vom 8.5.97 (*Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 79, Pos. 484), im Juli 2001 und November 2002 novelliert (*Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 81, Pos. 876, *Dziennik Ustaw* 2002, Nr. 216, Pos. 1824).

<sup>210</sup>Dazu gehören insbesondere die Branchen Textil, Motor, Werkzeug, Medizintechnik, Elektronik, Möbel und Lebensmittel (Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg.): *Formy wspierania eksportu*; Warszawa (2003): 73, 75).

<sup>211</sup>Die „*Domy Polskie*“ („Polnische Häuser“) sind nicht mit den ebenfalls so genannten, in Kapitel 6.1 beschriebenen Lokalitäten für die polnischen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa zu verwechseln. Sie arbeiten als kommerzielles Unternehmen nach lokalem Recht, werden aber vom MG in den Bereichen Marktforschung, Rechtshilfe und Consulting finanziell erheblich unterstützt. 2001 war nur ein solches „*Dom polski*“ in den östlichen Nachbarstaaten Polens in Krasnogorsk (Russland) in Betrieb, weitere waren in St. Petersburg, Kaliningrad und Lemberg in Planung (Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg.): *Formy Wspierania Exportu*; Warszawa (2001): 48).

<sup>212</sup>Polityka w zakresie pobudzania handlu zagranicznego na lata 1999-2002,



Im folgenden wird insbesondere auf das jeweils erste Instrument aus Gruppe a) und b) eingegangen, da diese von der polnischen Regierung als besonders wichtig bewertet werden<sup>213</sup> sowie vergleichsweise gut messbar und dokumentiert sind.

### 6.2.3.1 Staatliche Exportversicherungen: KUKÉ S.A.

1991 wurde die *Korporacja Ubezpieczeń Kredytów Exportowych* (Gesellschaft zur Versicherung von Exportkrediten, KUKÉ) gegründet, um speziell den Export auf die riskanten „Ostmärkte“ fördern. Sie nahm jedoch erst Mitte 1994 den ordentlichen Geschäftsbetrieb auf. Das Finanzministerium ist Mehrheitsaktionär der Gesellschaft (1996: 57 Prozent, 2000: 85 Prozent der Aktien), die 1993 erst über ein Eigenkapital von 4 Mio (neuen) PLN verfügte.<sup>214</sup> Im Dezember 1996 kam es im Zuge der Auflösung des MWGzZ per Ministerratsbeschluss zur Eingliederung der vorher vom MWGzZ kontrollierten und als Gegenspieler agierenden Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft *ARG* (zuvor *PFG*) in KUKÉ.<sup>215</sup>

Das polnische Budgetgesetz der Jahre 1996 bis 2001 sah jährlich einen Betrag von 3,4 Mrd PLN vor, die KUKÉ als Obergrenze für den Wert aller versicherbaren Exporte pro Jahr gewährt wurden. 2002 wurde dieses Limit auf 6,5 Mrd PLN erhöht.<sup>216</sup> KUKÉ übernimmt dabei nach Prüfung der formellen Voraussetzungen eventuelle Versicherungsgarantien nicht nach starren Länderquoten, sondern nach dem Muster *first come, first serve*. Dieses Gewährleistungslimit wurde jedoch nie mehr als zu einem Drittel ausgeschöpft.<sup>217</sup>

Im Hinblick auf den Osthandel bietet KUKÉ insbesondere zwei Produkte an:<sup>218</sup>

a) Das klassische Produkt ist die **Versicherung von kurzfristigen Exportkrediten**<sup>219</sup> gegen wirtschaftliche Risiken; d.h. Schutz der Exporteure vor Bankrott, Insolvenz oder Zahlungsverzug des Geschäftspartners. Diese Versicherung beinhaltet auch Informationen über die Bonität und Kreditwürdigkeit des Kunden wie auch die Übernahme

---

[www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hz-ocena.htm](http://www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hz-ocena.htm) [20.9.02]; Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji (Hrsg): *Formy Wspierania Exportu*; Warszawa (2003). Nicht berücksichtigt wird hier das bis Ende 2000 bestehende, überwiegend aus PHARE-Mitteln bestrittene Programm EXPROM II für KMU.

<sup>213</sup>Antwort von Staatssekretär Skowrońska-Łuczyńska (13.10.99) auf die parlamentarische Anfrage 2451 des Abgeordneten Stanisław Stec.

<sup>214</sup>KERM – pieniądze dla eksporterów, Rzeczpospolita, 7.12.93.

<sup>215</sup>W prywatno-państwowym imperium, Rzeczpospolita, 12.3.97.

<sup>216</sup>Interview mit Katarzyna Janczukowicz, KUKÉ S.A., 30.9.02.

<sup>217</sup>KACZURBA 1999: 78. 1997 und 1999 wurden mit 33,1% bzw. 34,5% die bisher höchsten Werte erzielt (Antwort von Wirtschaftsminister Steinhoff (3.6.98) auf die parlamentarische Anfrage 490 des Abgeordneten Jan Kulas; Antwort von Unterstaatssekretär Donocik (11.7.00) auf die parlamentarische Anfrage 4195 des Abgeordneten Bogdan Lewandowski). Da jedoch Polen etwa 1998 selbst im Bereich von Landwirtschaft und Textilien eine negative Handelsbilanz aufwies, stellte die Regierung aus Haushaltsmitteln *ad hoc* zusätzliche Regierungskredite bereit – 1998 in Höhe von 800 Mio PLN, 1999 in Höhe von 760 Mio PLN (KACZURBA 1999: 74).

<sup>218</sup>Vor 1996 richtete sich das Versicherungssystem von KUKÉ nach der Aufteilung zwischen Handelsrisiken und Nicht-Handelsrisiken (Dwa Skarby Państwa, Rzeczpospolita, 20.2.96). Weitere Produkte wie etwa die Versicherung von Direktinvestitionen oder die Versicherung von Erschließungskosten für neue ausländische Absatzmärkte existieren erst seit 2002 und spielen im Falle der Ostmärkte noch keine nennenswerte Rolle.

<sup>219</sup>„Exportkredit“ bedeutet, dass der Exporteur seinem Kunden im Rahmen üblicher Geschäftspraktiken einen Zeitraum einräumt („Zahlungsziel“), innerhalb dessen der Kunde die Forderung begleichen muss. Bei kurzfristigen Forderungen beträgt dieser Zeitraum bis zu zwei Jahren, bei mittelfristigen Forderungen zwischen zwei und fünf Jahren sowie bei langfristigen Forderungen über fünf Jahre (Interview mit Katarzyna Janczukowicz, KUKÉ S.A, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 30.9.02).

der technischen Abwicklung im Regressfall. Trotz der Versicherungen etwa der polnischen Botschaft in Moskau, dass die Handelspartner in Russland mit der selben Sorgfalt wie in anderen Ländern auf ihre Glaubwürdigkeit untersucht würden, gibt es bis heute keinen anderen (privaten) Anbieter als KUKÉ für die Versicherung von Exportkrediten nach Russland. So lehnt etwa die polnische Firma „Warty“ das Russlandgeschäft ab, da sie Probleme habe, für ihre Risiken einen Rückversicherer zu finden, obwohl sich statistisch angeblich kein erhöhtes Investitionsrisiko in Russland nachweisen lasse.<sup>220</sup>

b) Seit 1996 versichert KUKÉ als einziger polnischer Anbieter Exportverträge, die vom Staatsschatz garantiert werden (**Staatsschatzgarantien**).<sup>221</sup> Sie sind aufgeteilt in **kurzfristige** und **langfristige** Versicherungen für Exportverträge, wobei erstere Versicherung nur nicht-wirtschaftliche Risiken,<sup>222</sup> letztere wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Risiken abdeckt. Eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme einer solchen Garantie ist, dass das zu exportierende Produkt „im wesentlichen“ auf dem polnischen Markt hergestellt wurde.<sup>223</sup> Für die langfristigen Versicherungsverträge wurde vom Finanzministerium 1999 ein mit OECD-Standards kompatibles System eingeführt, das insbesondere festlegte, dass die die Grundlage der Versicherungsprämie bildenden Prozentsätze für die Länder „erhöhten Risikos“ (darunter auch Russland, die Ukraine und Weißrussland, nicht aber Litauen) nicht unter den entsprechenden *benchmarks* der OECD liegen durften.<sup>224</sup>

Der **Anteil des versicherten Exportes auf die „Ostmärkte“** stellt sich sehr unterschiedlich dar: Von den **versicherten Exportkrediten**, deren Volumen weit höher als das der Staatsschatzgarantien ist, betrafen 1996 circa 8 Prozent Russland, jedoch weniger als zusammen 3 Prozent Weißrussland und Litauen. 1997 entfielen 2,72 Prozent dieser Kredite auf Litauen, 1,55 Prozent auf Russland, während der Anteil 1998 3 Prozent im Falle Litauens und je weniger als 1 Prozent im Falle Russlands und Weißrusslands betrug. 1999 (2000) gingen insgesamt unter drei (11,51) Prozent der Exportkredite in ehemalige Sowjetrepubliken, 2001 alleine 7,2 Prozent nach Litauen.<sup>225</sup> Dagegen entfielen in diesen

<sup>220</sup>Duże zyski, ale spore ryzyko, Rzeczpospolita, 20.12.01. Außenhandelsminister Buchacz (PSL) wollte Ende 1996 erfolglos das Unternehmen unter die Kontrolle des MGWzZ bringen. Sein Versuch, ein Konsortium aus gemischt staatlich-privaten Akteuren als Konkurrenz zu KUKÉ aufzubauen, scheiterte jedoch im Ministerrat. Er musste im September 1996 zurücktreten, nachdem bekannt geworden war, dass der von seinem Ministerium (MWGzZ) kontrollierte „Polnische Garantiefond“ (PFG) öffentliche Gelder in Höhe von bis zu 200 Mio PLN in private Firmen umgeschichtet hatte (Rocznik Strategiczny 1996/97: 155; Agencja do likwidacji, Rzeczpospolita, 27.8.94; Resort finanów ma watpliwoci, Rzeczpospolita, 7.11.95; Dwa Skarby Pastwa, Rzeczpospolita, 20.2.96; Spory o nadzor nad KUKÉ, Rzeczpospolita, 21.2.96; Rzad nie potrafi uzgodni stanowiska, Rzeczpospolita, 8.5.95; Nagroda za utracone pienidze, Rzeczpospolita, 21.7.99).

<sup>221</sup>Gesetz vom 7.7.94 „über Versicherungsgarantien bei Exportvertragen, die vom Staatsschatz garantiert werden“ (Dziennik Ustaw 1994, Nr. 86, Pos. 398), geändert 2000 und 2001 (Dziennik Ustaw 2000, Nr. 114, Pos. 1190; Dziennik Ustaw 2001, Nr. 59, Pos. 609).

<sup>222</sup>„Nicht-wirtschaftliche Risiken“ sind in erster Linie politische Risiken und Naturkatastrophen.

<sup>223</sup>Wie hoch der Prozentsatz eines Gutes sein muss, damit es als „polnisches Produkt“ gilt, bestimmte eine Verordnung des Finanzministers vom 20.6.95, geändert durch Verordnungen des Wirtschaftsministers vom 19.7.00 (Dziennik Ustaw 2000, Nr. 74, Pos. 860) und vom 6.8.01 (Dziennik Ustaw 2001, Nr. 101, Pos. 1097).

<sup>224</sup>OECD Arrangement on Guidelines for Officially Supported Export Credits (www.oecd.org). Der jeweilige Prozentsatz wird in Abhängigkeit von der zeitlichen Länge des Zahlungsziels, der vorgelegten Sicherungen und dem landesspezifischen Risiko errechnet (Jahresbericht der KUKÉ S.A. 1999; KUKÉ S.A. wsparcie dla polskich eksporterow, Rynki Zagraniczne, 22.-25.10.02).

<sup>225</sup>Jahresberichte der KUKÉ S.A., verschiedene Jahrgänge.

Exportversicherungen der KUKÉ S.A. – jährlicher Wert der Exporte (in Mio \$)										
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
a) „Exportkredite“	15	82,8	228,9	303,0	350,1	446,8	507,2	589,5	569,9	707,0
davon in die ex-UdSSR:	–	–	–	< 10%	< 6%	< 6%	< 3%	11,51%	11,7%	14,4%
b) „kurzfristige Staatsschatzgarantien“	–	–	–	6,5	17,1	26,9	22,9	39,2	125,3	167,3
davon nach:										
Litauen	–	–	–	25,8%	–	6,2%	< 2%	< 5%	–	–
Ukraine	–	–	–	< 6%	–	22,3%	33,0%	25,6%	25,7%	29,5%
Russland	–	–	–	24,4%	–	38,0%	5,2%	12,3%	35,3%	37,4%
a)+b): kurzfristige Exportgeschäfte auf die Ostmärkte	k.A.	k.A.	k.A.	≈ 34,0	k.A.	≈ 44,7	≈ 24,4	≈ 84,7	≈ 143,1	≈ 213,7
c) „mittel- und langfristige Staatsschatzgarantien“	–	–	27,5	44,7	4,7	58,0	167,8	47,6	52,5	42,9

*Quelle:* Jahresberichte der KUKÉ S.A., verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen; Antwort von Unterstaatssekretär Donocik (26.4.99) auf die parlamentarische Anfrage 1520 vom 2.3.99. Für die Gruppe der langfristigen Staatsschatzgarantien sind keine länderspezifischen Statistiken vorhanden.

Jahren stets über zwei Drittel dieser Versicherungen auf den Export in die EU, insbesondere nach Deutschland. Anders stellt sich die Lage im Falle der *Staatsschatzgarantien* dar, die indes ein weit geringeres Volumen aufwies: Hier betrug der Anteil Russlands, Litauens, Weißrusslands und der Ukraine an den kurzfristigen Garantien zwischen 40 und 60 Prozent dieses Produktes,<sup>226</sup> wobei Weißrussland bis zum Jahr 2000 statistisch keine Rolle spielte.<sup>227</sup>

Das von KUKÉ eingeführte System wird immer wieder als ungenügend und teuer kritisiert.<sup>228</sup> Dennoch hat sich bis heute kein als Konkurrent auftretender privatwirtschaftlicher Akteur gefunden. Polnische Exporteure forderten auch 2001 vehement die Erhöhung der Mittel für einen kreditfinanzierten Export sowie die Übernahme von Investitionsgarantien, Bürgschaften und weitere „im Welthandel übliche“ Garantien, obwohl KUKÉ im Jahre 2000 zwei spezielle Programme für den Export nach Russland aufgelegt hatte und ab 2002 für KMU vereinfachte Geschäftsbedingungen anbot.<sup>229</sup> Indes sollte man der These, dass

<sup>226</sup>Siehe Tabelle. Für die mittel- und langfristigen Staatsschatzgarantien lagen keine genaueren empirischen Daten vor.

<sup>227</sup>Im Jahre 2000 (2001) gingen 52,7% (23,8%) der langfristigen Staatsschatzgarantien, im Jahre 2002 7% der kurzfristigen Staatsschatzgarantien für polnische Exporte nach Weißrussland (Jahresberichte der KUKÉ S.A. 2000, 2001, 2002).

<sup>228</sup>JACOBY 2002: 157. Andere Garantien wie etwa die mit Hilfe der EBRD im Mai 2000 zustandegekommene Kreditlinie von 50 Mio \$ waren gleichzeitig nicht ausreichend (Potrzeba gwarancji, kredytów i reklam, Rzeczpospolita, 11.7.00).

<sup>229</sup>Jahresbericht der KUKÉ S.A. 2002: 11. Potrzebne kredyty i poręczenia, Rzeczpospolita, 20.12.01; Polityka w zakresie pobudzania handlu zagranicznego na lata 1999-2002, www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hzocena.htm [20.9.02]. Das erste Programm erlaubte sowohl Lieferantenkredite als auch Kredite dritter Partner an den Importeur und sah flexible Rückzahlungsfristen zwischen ein und fünf Jahren vor, wobei russische Banken als Garanten auftraten. Ein weiteres Programm ermöglichte Forderungsabtretungen eines Exporteurs für den russischen Markt an eine polnische Bank durch entsprechende Garantien von KUKÉ (KUKÉ S.A. wsparcie dla polskich eksporterów, Rynki zagraniczne, 22.-25.10.02; Jahresbericht

bei mehr finanziellen Mitteln und der Übernahme eines höheren Risikos durch KUKÉ sich auch der polnische Export auf die Ostmärkte erhöhen werde, zumindest kritisch begegnen:<sup>230</sup> Erstens sind die von KUKÉ bereitgestellten Möglichkeiten zur Versicherung von Exporten (wie erwähnt) keinesfalls ausgenutzt, ferner wurden etwa 1996 nur 10 Prozent des gesamten Russland-Exports als Lieferung auf Ziel, aber 90 Prozent gegen Vorkasse oder als Bartergeschäft abgewickelt.<sup>231</sup>

Insgesamt kann das von KUKÉ etablierte System als ein erster Schritt gelten, Polen stärker als bisher zu einem Exportstaat zu machen. Der von KUKÉ versicherte Export hatte jedoch etwa im Jahre 1998 lediglich einen Wert von 532 Mio \$, nur 1,9 Prozent der gesamten polnischen Ausfuhren.<sup>232</sup> Das auch deshalb 1998 unterzeichnete polnisch-ukrainische Abkommen über Kreditsicherungen, das den polnischen kommerziellen Banken die Erteilung von Exportkrediten für die Ukraine erlaubt, die über KUKÉ versichert werden und von der ukrainischen Regierung garantiert werden, war jedoch auch 2002 noch nicht durch die Verchovna Rada ratifiziert worden.<sup>233</sup>

### 6.2.3.2 Beihilfen für Messen und Ausstellungen

Innerhalb Polens sind vor allem das Wirtschaftsforum in Krynica (seit 1995), das polnisch-ukrainische Wirtschaftsforum in Rzeszów (seit 1998) sowie das seit 2001 stattfindende polnisch-litauische Forum bedeutende Veranstaltungen für auf den Ostmärkten tätige Exporteure.<sup>234</sup> Wichtige Messen und Ausstellungen in Ostmittel- und Osteuropa sind für Polen insbesondere „POLEXPOR“ in Kaunas (seit 1995) und Kaliningrad sowie „Biznes Polska“ in Kiev (seit 1997).

Das polnische Wirtschaftsministerium gewährt polnischen Firmen Unterstützung für die Beteiligung an Messen und Ausstellungen im Ausland, für die Initiierung (exportrelevanter) inländischer Messen sowie für die Organisation von polnischen Informationsständen auf Messen und Ausstellungen durch polnische Auslandsvertretungen. Der überwiegende Teil der hierfür gewährten Mittel entfällt auf das seit 1997 systematisierte Programm, exportorientierten polnischen Firmen Unterstützung für Präsentationen auf Messen und Ausstellungen zu bieten. Dazu wurden seit 1996/97 drei öffentliche Listen erstellt, die Zuschüsse für beteiligte Unternehmen in unterschiedlicher Höhe vorsehen:<sup>235</sup> Auf der „Liste

---

der KUKÉ S.A. 2002: 15).

<sup>230</sup>Diese These vertrat etwa Bronisław Geremek in einem Interview mit der Zeitschrift *Wprost*, 9.1.94. Namhafte Gegenstimmen forderten, „anstelle das Geld des polnischen Steuerzahlers im Osten zu riskieren, sollte dieses zur Erhöhung der Standards unserer Produkte verwendet werden, um diese in andere Länder zu exportieren“ (*Rocznik Strategiczny* 1998/99: 39).

<sup>231</sup>*Dwa Skarby Państwa*, Rzeczpospolita, 20.2.96. *Polityka w zakresie pobudzania handlu zagranicznego na lata 1999-2002*, [www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hz-ocena.htm](http://www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hz-ocena.htm) [20.9.02].

<sup>232</sup>Rządowy Centrum Studiów Strategicznych (Hrsg.): *Analiza struktury polskiego handlu zagranicznego w I. połowie 1999 roku*; Warszawa (Oktober) 1999: 27. Dieser Anteil betrug 1999 2,55% (Antwort von Unterstaatssekretär Donocik (11.7.00) auf die parlamentarische Anfrage 4195 des Abgeordneten Bogdan Lewandowski). 1998 betrug der entsprechende Anteil des in Deutschland durch Hermes versicherten Exports 3,2% (Antwort von Unterstaatssekretär Donocik (11.12.00) auf die parlamentarische Anfrage 5040).

<sup>233</sup>Potrzebne wsparcie dla ukraińskich reform, Rzeczpospolita, 25.5.98; RPPZ 1999: 331; Rede von Präsident Kwaśniewski auf dem fünften polnisch-ukrainischen Wirtschaftsforum in Rzeszów, 21.6.02, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2002a: 431.

<sup>234</sup>Rede von Staatspräsident Kwaśniewski vom 16.10.01, abgedruckt in: KWAŚNIEWSKI 2001: 414.

<sup>235</sup>Formell wurde diese Vorgehensweise mit dem am 4.8.99 vom Ministerrat angenommenen Dokument „*Ocena sytuacji i propozycje działań dla polepszenia sytuacji w handlu zagranicznym*“ geregelt. Es er-

**Ausgaben für Exportwerbung in Polen 1991-2003** (in Mio \$, Kurs der NBP)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
[0.5ex]	8,9	6,7	3,5	8,8	7,3	8,8	7,8	8,3	5,2	7,6	15,2	15,6	15,9

*Quelle:* Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg): *Formy Wspierania Exportu*; Warszawa (2001): 68. Zur Exportwerbung gehören: Unterstützung polnischer Firmen auf Messen und Ausstellungen im Ausland und Inland, Werbebroschüren sowie die Tätigkeit der polnischen Auslandsvertretungen. Zum Vergleich: 1999 wurden etwa in Ungarn 25 Mio \$ in die Exportförderung investiert, in Spanien 190 Mio \$ und in Holland gar 370 Mio \$.

A“ befindet sich ein Verzeichnis der polnischen Messen/Ausstellungen im Ausland, die herausragende Bedeutung für die polnische Volkswirtschaft haben. „Liste B“ enthält ein Verzeichnis internationaler Messen und Ausstellungen im Ausland, die für die polnische Volkswirtschaft vorrangige Bedeutung haben. Die „Liste C“ betraf internationale Ausstellungen/Messen im Ausland, auf denen eine polnische Präsenz wünschenswert war. Das MG gibt seit 1999 jedes Jahr zwei Sätze bekannt, mit wieviel PLN polnische Aussteller pro Quadratmeter Ausstellungsfläche unterstützt werden. Ein höherer Satz gilt dabei für Klein- und Mittelbetriebe, ein niedriger Satz für Großbetriebe.<sup>236</sup>

Insgesamt gingen die Mittel für die Messe- und Ausstellungsförderung in den letzten Jahren zurück, obwohl das Gesamtbudget des MG für Exportförderung insbesondere seit 2001 massiv erhöht wurde (siehe Tabelle).<sup>237</sup> Jedoch wurde im Jahr 1997 immerhin ein kleines Programm zur Teilfinanzierung von Auslandsreisen polnischer Wirtschaftsdelegationen aufgelegt.<sup>238</sup>

Im Juni 1999 wurde eine spezielle Arbeitsgruppe im Wirtschaftsministerium eingesetzt, die sich mit dem polnischen Handelsdefizit beschäftigte. Dabei wurde beschlossen, die zuvorigen Aktivitäten weiterzuführen, insbesondere die Bezuschussung von ausgewählten Auslandsreisen polnischer Unternehmer sowie polnischen Unternehmen, die auf Auslandsmessen und -ausstellungen präsent sind. Noch in der Aufbau- oder Planungsphase befinden sich das Netzwerk der „*Domy polskie*“ im Ausland, die im März 2002 gegründete Außenhandelsakademie des MG sowie ein elektronisches Abfragesystem des MG und der Wirtschaftsabteilungen der Botschaften. Aus den Tabellen wird deutlich, dass das

---

setzte einen entsprechenden Beschluss des Ministerrates vom Mai 1997 (*Kierunki działań dla pobudzenia eksportu*). Die Liste wird jährlich auf der Grundlage eines Fragebogens erstellt, der an etwa 50 mit Exportförderung beschäftigte Institutionen versendet wird (Antwort von Staatssekretär Skowrońska-Łuczyńska (16.4.98) auf die parlamentarische Anfrage 397 des Abgeordneten Anuszkiewicz).

<sup>236</sup>Als „Klein- und Mittelbetriebe“ galten 2001 solche Unternehmen, die a) im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 250 Personen beschäftigten und b) deren Nettoeinnahmen eines Jahres nicht 40 Mio Euro oder deren Aktiva in der Jahresbilanz 27 Mio Euro nicht überstiegen. Als Klein- und Mittelbetriebe galten nicht solche Unternehmen, an denen größere Firmen 25% oder mehr der Anteile hielten, ein Recht auf mehr als 25% Anteil am Gewinn hatten oder mehr als 25% der Stimmen in der Aktionärsversammlung hielten (Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg): *Formy Wspierania Exportu*; Warszawa (2001): 11).

<sup>237</sup>Diese zusätzlichen Mittel wurden jedoch eher für Auszeichnungen im Bereich Exportförderung sowie für die Arbeit der Außenhandelsagentur PAIZ aufgewendet (Rada Ministrów: *Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 2001*; Warszawa 2002). 1997 flossen 9,13 Mio PLN, 1998 8,99 Mio PLN und 1999 12 Mio PLN speziell in die Förderung von Ausstellungen und Messen.

<sup>238</sup>1997-1999: ungefähr je 50 000 PLN pro Jahr; 2000: 880 000 PLN; 2001: 4 200 000 PLN. Erstattet wurden den Teilnehmern einer solchen Reise dabei 50% der entstandenen Kosten, bis zu 7 500 PLN pro Person (Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg.): *Formy Wspierania Eksportu*; Warszawa (2002): 34f).

Anzahl der vom polnischen Wirtschaftsministerium geförderten Ausstellungen und Messen im Ausland							
	Gesamtzahl	OME/OE	Russland	Ukraine	Weißrussland	Litauen	
<b>1997</b>	Liste A	22	18	6	5	1	2
	Liste B	149	56	22	4	7	1
<b>1998</b>	Liste A	4	2	0	0	1	1
	Liste B	31	15	6	1	1	1
<b>1999</b>	Liste A	10	7	5	1	0	1
	Liste B	40	22	8	2	0	1
	Liste C	193	100	32	16	7	3
<b>2000</b>	Liste A	10	6	2	1	0	1
	Liste B	104	33	11	4	0	0
	Liste C	63	26	6	7	0	3
<b>2001</b>	Liste A	9	7	3	1	0	1
	Liste B	140	63	22	7	4	2
	Liste C	54	22	5	5	0	2
<b>2002</b>	Liste A	10	9	2	2	0	1
	Liste B	191	85	30	13	4	3
	Liste C	88	33	7	9	1	1
<b>2003</b>	Liste A	5	5	2	1	0	1
	Liste B	94	53	20	11	3	1

*Quelle:* Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg.): *Formy Wspierania Eksportu*, verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen. Die Listen werden stets im voraus für das darauffolgende Jahr erstellt. OME = Ostmitteleuropa, OE = Osteuropa.

MG mit seinen Maßnahmen zum einen insbesondere Klein- und Mittelunternehmen fördern möchte und zum anderen speziell auf die Ostmärkte setzt, die gute Exportchancen versprochen.<sup>239</sup>

Das MG bleibt weiter aktiv in der Förderung des Osthandels engagiert: Zusätzlich zu den genannten bestehenden Instrumenten sollten insbesondere die entsprechenden Antragsprozeduren für Klein- und Mittelunternehmen verbessert sowie das Kammernsystem der wirtschaftlichen Selbstverwaltung speziell entlang der polnischen Ostgrenze ausgebaut werden.<sup>240</sup> Im Februar 2003 nahm der polnische Ministerrat ein entsprechendes „Programm zur Wiedergewinnung der Ostmärkte für die Jahre 2003/04“ an.<sup>241</sup> Ziel des Programmes ist die Wiedergewinnung von im Zuge der russischen Währungskrise von 1998 verlorenen Marktanteilen. Dabei wird jedoch nicht mehr so sehr (wie noch Mitte der neunziger Jahre) auf den Export von Lebensmitteln als vielmehr von Konsumgütern und

<sup>239</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 110. Sitzung, 6.6.01, Rede von Unterstaatssekretär Małecka. So betrug etwa 1997 der polnische Außenhandelsumsatz mit den Ostmärkten nur 12%, aber 64% der finanziellen Mittel wurden für Beihilfen für polnische Firmen aufgewendet, die auf Messen und Ausstellungen in Ländern der Ostmärkte beteiligt waren (Antwort von Staatssekretär Skowrońska-Łuczyńska (16.4.98) auf die parlamentarische Anfrage 397 des Abgeordneten Anuskiewicz).

<sup>240</sup>Kierunek-rynek wschodnie, Rynki Zagraniczne, 9.10.02.

<sup>241</sup>*Program odzyskania rynków wschodnich. Założenia polityki handlowej wobec rynków wschodnich na lata 2003-2004*, vom Ministerrat am 4.2.03 angenommen. Die baltischen Staaten sind nicht mehr Teil dieses Programms, da der polnische Exportanteil im Jahre 2001 (3,0%) in die baltischen Staaten den russischen (2,6%) überflügelt hatte.

<b>Messen/Ausstellungen: Höhe der gewährten Teilförderung des MG</b>			
	<b>Liste A</b>	<b>Liste B</b>	<b>Liste C</b>
<b>1997</b>	80 %, bis 20 000 PLN	80 %, bis zu 20 000 PLN	–
<b>1998</b>	80 %, bis 15 000 PLN	80 %, bis zu 15 000 PLN	–
<b>1999</b>	100 %, bis 25 000 PLN	80 %, bis zu 15 000 PLN	50 %, bis 10 000 PLN
<b>2000</b>	bis 15 000 PLN	bis 10 000 PLN	bis 5 000 PLN
KMU	500-800 PLN/qm	400-800 PLN/qm	400 PLN/qm
Sonstige	400-600 PLN/qm	200-600 PLN/qm	300 PLN/qm
<b>2001</b>	bis 15 000 PLN	bis 15 000 PLN	bis 5 000 PLN
KMU	700-1000 PLN/qm	500-1200 PLN/qm	400 PLN/qm
Sonstige	500-800 PLN/qm	300-1000 PLN/qm	300 PLN/qm
Transportkosten	50%, bis 5 000 PLN	–	–
<b>2002</b>	bis 15 000 PLN	bis 15 000 PLN	bis 5 000 PLN
KMU	1 000 PLN/qm	500-1200 PLN/qm	400 PLN/qm
Sonstige	800 PLN/qm	300-1000 PLN/qm	300 PLN/qm
Transportkosten	50%, bis 5 000 PLN	–	–
<b>2003</b>	bis 15 000 PLN	bis 15 000 PLN	–
KMU	800 PLN/qm	400-700 PLN/qm	–
Sonstige	600 PLN/qm	300-500 PLN/qm	–
Transportkosten	50%, bis 2 500 PLN	50%, bis 2 500 PLN	–

*Quelle:* Ministerstwo Gospodarki, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg.): Formy Wspierania Eksportu, verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen. KMU = Kleinere und mittlere Unternehmen. Seit 2001 ist die Anzahl der jährlichen Beihilfen pro Betrieb für die Listen B und C auf insgesamt drei beschränkt, seit 2003 gilt dies für alle drei Listen zusammen.

Maschinen gesetzt. Von herausragender Bedeutung ist insbesondere der polnische Export in die Ukraine und nach Russland. Das Papier nennt als Instrumente insbesondere

- die Vorbereitung eines zusätzlichen, auf die Ukraine zugeschnittenen Exportprogramms durch KUKE speziell für KMU analog zum schon bestehenden russlandspezifischen Programm,
- die vermehrte Gewährung von Exportkrediten durch die Bank für Inlandswirtschaft (BGK),
- die Erhöhung der Zuzahlungen zu Lebensmittelexporten im Rahmen der von der WTO gewährten Ausnahmen,
- die Erteilung von Regierungskrediten zur Realisierung von Exportverträgen,
- die Fortführung der Verhandlungen mit Russland, Weißrussland, der Ukraine und Kasachstan über Zollsenkungen im Rahmen des Prozesses des WTO-Beitritts diese Staaten.

### 6.2.4 Technische Hilfe

Im Rahmen der erst entstehenden polnischen Entwicklungspolitik leistet die polnische Regierung in erster Linie durch die 1998 nach dem Vorbild des britischen *Know How Fund* gegründete *Fundacja Wiedzieć Jak*<sup>242</sup> technische Hilfe in die ehemaligen Sowjetrepubliken. Die Stiftung unterliegt der Aufsicht des MSZ (bis 2002: MF) und ist die offizielle Durchführungsorganisation der polnischen Regierung im Rahmen der polnischen Hilfspolitik. Ziel der Stiftungsarbeit ist die Weitergabe von Erfahrungen aus dem polnischen Transformationsprozess an andere ostmittel- und osteuropäische Staaten und gleichzeitig die Unterstützung der Prioritäten der polnischen Außenpolitik in Absprache mit dem MSZ.<sup>243</sup> Die „technische Hilfe“ der Stiftung erstreckt sich über ein breites Feld an Schwerpunkten, zu denen insbesondere Schulungen/Weiterbildungen für unterschiedliche Berufsgruppen (Landwirte, Selbstverwaltung, höhere Verwaltung) in den Bereichen Rechtstransformation und Rechtsstaat, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Europarecht, Hochschulwesen, Bürgergesellschaft, Aufbau von Fachbibliotheken und Medien gehören.<sup>244</sup>

Die Stiftung wurde 1999 und 2000 finanziell erheblich von der polnischen Regierung unterstützt.<sup>245</sup> Mitten im Budgetjahr 2001 änderte die KPRM jedoch ohne Konsultation mit dem vom Schatzminister berufenen Stiftungsrat die Finanzierungsgrundsätze, indem der Fond „technische Hilfe für Transformationsstaaten“ allgemein ausgeschrieben wurde und die Stiftung von diesen Mitteln in Höhe von 1,1 Mio PLN nur 0,3 Mio PLN für zwei Projekte gewinnen konnte.<sup>246</sup> In den folgenden Jahren setzte sich diese für die Stiftung schwierige Situation fort und schlug sich in einer erheblichen Reduzierung des Programmumfangs nieder (siehe Tabellen). Sowohl 2001 als auch 2002 war die Stiftung gezwungen, die nicht unerheblichen Verluste in der Jahresbilanz aus dem Stiftungskapital zu begleichen. Als Co-Financier traten nur 2001 die offiziellen Hilfsagenturen der britischen und US-amerikanischen Regierung, *Know How Fund* und *USAID*, in Erscheinung.<sup>247</sup>

Die polnische Entwicklungshilfepolitik ist noch im Entstehen begriffen. Inhalt wie Strukturen scheinen noch nicht endgültig gefestigt zu sein. Unübersehbar ist in diesem Politikfeld jedoch schon heute die Übernahme westeuropäischer Strukturen. Auch in Polen ist das *outsourcing* von Organisationen der Entwicklungshilfe und technischen Zusammenarbeit ähnlich in der Großbritannien (*Know How Fund*) und Deutschland (über die Vermittlung von GTZ, KfW, InWent u.a.) verbreiteten Praxis zu beobachten.

<sup>242</sup>Seit Beginn des Jahres 2002 heißt die Stiftung offiziell *Polska Fundacja Międzynarodowej Współpracy na Rzecz Rozwoju „Wiedzieć Jak“*.

<sup>243</sup>Zum Statut der Stiftung siehe [www.knowhow.org.pl](http://www.knowhow.org.pl) [15.3.03].

<sup>244</sup>Jahresberichte der *Fundacja Wiedzieć Jak*, verschiedene Jahrgänge.

<sup>245</sup>In den Jahren 1999 und 2000 erhielt die Stiftung jeweils Mittel aus der Kanzlei des Premierministers (KPRM) aus dem Fond „Technische Hilfe für Transformationsstaaten“. Dabei wurde für jedes genehmigte Projekt ein separater Vertrag zwischen beiden Seiten unterzeichnet (Jahresbericht der *Fundacja Wiedzieć Jak* 2001).

<sup>246</sup>Jahresbericht der *Fundacja Wiedzieć Jak* 2001, Kopie im Besitz des Autors. Die im Jahr 2001 bereits begonnenen Projekte der Stiftung, die diese im Glauben an das Fortbestehen der Finanzierung durch die KPRM betrieb, mussten schließlich aus eigenen Mitteln beglichen werden.

<sup>247</sup>Kredite und Polen offenstehende ausländische Kreditlinien aus Mitteln der technischen Zusammenarbeit sind dagegen aus polnischer Sicht bei weitem nicht ausreichend (Polityka w zakresie pobudzenia handlu zagranicznego na lata 1999-2002, [www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hz-ocena.htm](http://www.mg.gov.pl/struktur/DAiP/hz-ocena.htm) [20.9.02]).



<b>Zuwendungen an die Stiftung „Wiedzi�c Jak“ (in Tausend PLN)</b>				
	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
USAID	–	–	591 (grant)	–
British Know How Fund	–	–	128 (grant)	–
KPRM	k.A.	k.A.	314 (grant)	703
MSZ	–	–	–	203
<i>Victoria Meeting</i> (privat)	–	–	102	–
Sonstige Mittel	–	–	83	–
<b>Mittel insgesamt</b>	<b>2 182</b>	<b>3 726</b>	<b>1 218</b>	<b>906</b>

*Quelle:* Jahresberichte der Stiftung *Wiedzi c Jak*, verschiedene Jahrgänge (teilweise unveröffentlicht, Kopien im Besitz des Autors); www.knowhow.org.pl; eigene Berechnungen. 2002 erhielt die Stiftung zusätzlich 55 530 PLN von der britischen Botschaft in Warschau, die jedoch im Budgetjahr 2003 ausgegeben wurden.

<b>Anzahl der von der Stiftung „Wiedzi�c Jak“ durchgeführten Projekte</b>				
<b>(in Klammern dafür aufgewendete Mittel, in Tausend PLN)</b>				
	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
<b>insgesamt</b>	44	68	31	13
<b>Ukraine</b>	21 (970)	21 (1 400)	15	7
<b>Russland</b>	1 (15)	3 (80)	2	1
<b>Weißrussland</b>	9 (204)	4 (195)	1	1
<b>Litauen</b>	1 (27)	2 (20)	0	0

*Quelle:* Jahresberichte der *Fundacja Wiedzi c Jak*, verschiedene Jahrgänge (unveröffentlicht, Kopien im Besitz des Autors); www.knowhow.org.pl.

### 6.2.5 Fazit

Als Fazit dieser Fallstudie ist insbesondere festzuhalten, dass sich das Identitätselement „Polen als Handelsstaat“ im polnischen Verhalten hinsichtlich des Außenhandels mit den „Ostmärkten“ deutlich wiederfindet. Polen führte nach 1989 sehr rasch die klassischen staatlichen Instrumente der Exportförderungs politik ein, die aber, wie aus den empirischen Daten sichtbar wurde, nach wie vor nur auf einen kleinen Bruchteil der finanziellen Ressourcen zurückgreifen können, die etwa den EU-Altmitgliedern zur Verfügung stehen. Die Verringerung des Außenhandelsdefizits ab Ende der neunziger Jahre ist nicht der polnischen Expansion auf den Ostmärkten, sondern in erster Linie der spürbaren Verbesserung der Handelsbilanz gegenüber der EU geschuldet. Das Argumentationsmuster „Ausgleich des Handelsdefizites durch Ausweitung des Osthandels“ findet sich im Verhalten nur mäßig wieder, nicht zuletzt aufgrund der geschilderten Handelshemmnisse mit den GUS-Staaten. Aber auch das Argumentationsmuster „Ostmärkte als polnische Zukunftsmärkte“ spielte im Verhalten aufgrund der Unsicherheit und Befürchtungen polnischer Exporteure im Handel mit Osteuropa eine nur geringe Rolle. Der Anreiz staatlichen Garantiekapitals, das in ausreichender Höhe zur Verfügung stand, konnte die polnischen Ausfuhren nach Osteuropa nur langsam beflügeln. Schließlich steckt auch der Aufbau eines polnischen Programmes für technische Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten als Mittel zur Belebung des Exports auf die Ostmärkte noch in den Anfängen.

## 6.3 Sicherheit am Beispiel der Durchlässigkeit der polnischen Ostgrenze nach 1989

In diesem Kapitel soll nicht die technische Implementierung des Schengener Abkommens oder dessen Durchführungsbestimmungen für Polen analysiert werden.<sup>248</sup> Ebenfalls nicht untersucht werden die Auswirkungen des Grenzregimes an der polnischen Ostgrenze auf die polnischen Minderheiten in Weißrussland und der Ukraine sowie der weißrussischen und ukrainischen Minderheit in Polen.<sup>249</sup>

Im Vordergrund steht die Untersuchung nach dem Verhältnis von Identität und Verhalten hinsichtlich der Frage, ob auch hier wie schon im Diskurs das Identitätselement „Polen als europäisches Land“ dominierte und welche der in Kapitel 5 erwähnten Argumentationsmuster („keine Isolationspolitik im eigenen Interesse“, „Polen als offenes Land“, „Zivilisierung der Ostgrenze“, „Erfüllung eines notwendigen Übels“, „Schutz der eigenen Staatsbürger“) im Verhalten besonders deutlich zu Tage traten. In eine normative Sprache übersetzt soll also der Überlegung nachgegangen werden, inwieweit Polen seine Ostgrenze auch als kommendes EU-Mitglied im eigenen Interesse durchlässig gestalten und gleichzeitig sein eigenes Sicherheitsbedürfnis erhalten kann.<sup>250</sup> Die Frage wird operationalisiert, in dem zunächst die polnischen Einreisebestimmungen für Staatsbürger aus den östlichen Nachbarstaaten sowie die Entwicklung des Grenzverkehrs seit 1989 untersucht werden, um dann die Konsequenzen des Schengener Abkommens für den Verkehr an der polnischen Ostgrenze und die polnischen Anpassungsbemühungen zu beleuchten. Abschließend wird auf die ökonomischen Konsequenzen dieser Schritte für die polnische Volkswirtschaft eingegangen und insbesondere die Entwicklung des Klein- und Grenzhandels untersucht.<sup>251</sup> Berücksichtigt werden gemäß dem methodischen Ansatz der Arbeit nur zentralstaatliche Akteure und Strukturen.

### 6.3.1 Polnische Einreisebestimmungen für Staatsangehörige der östlichen Nachbarstaaten

Bereits 1979 war ein polnisch-sowjetisches Abkommen über visumfreien Reiseverkehr geschlossen worden,<sup>252</sup> das außer einem gültigen Reisepass zwar nicht unbedingt ein Visum, aber eine (amtlich beglaubigte) Einladung eines polnischen Staatsangehörigen oder einer polnischen Institution sowie einen „Voucher“ zur Einreise in den Nachbarstaat verlangte.<sup>253</sup>

<sup>248</sup>Zu diesem Thema siehe etwa die Beiträge von GRABBE 2002, GRABBE 2000.

<sup>249</sup>Bei den Regelungen zum Grenzverkehr kann aus völkerechtlichen Gründen nicht auf ethnische Kriterien abgehoben werden, sondern nur auf die Staatsbürgerschaft. Angehörige der Minderheiten können sich somit bei der Einreise in ihren Titularstaat formell nicht auf spezielle Rechte berufen.

<sup>250</sup>„Sicherheit“ wird gemäß der Definition in der Einleitung dieser Arbeit im breiten Sinne verstanden und umfasst hier insbesondere rechtliche – die ordnungsgemäße Abwicklung des Grenzverkehrs – und wirtschaftliche – die Entwicklung des Kleinhandels an der polnischen Ostgrenze – Aspekte.

<sup>251</sup>Zu Fragen der Erwerbsmigration nach Polen außerhalb des Bereichs des Grenzhandels siehe die Arbeitspapiere des Instytut Studiów Społecznych [Institut für Gesellschaftsstudien] an der Universität Warschau Nr. 10 und 11 (August 1997), [www.iss.uw.edu.pl](http://www.iss.uw.edu.pl).

<sup>252</sup>*Dziennik Ustaw* 1979, Nr. 87, Pos. 978ff. Genauer gab es nach dem Abkommen drei Typen von Visa: Touristenvisum, Wissenschaftsvisum und normales Visum, wobei nur die ersteren beiden durch einen Voucher und eine Einladung ersetzbar waren (Interview mit Jacek Multanowski, MSZ, 11.5.01).

<sup>253</sup>Die Voucher dienten an der Grenze insbesondere dem Nachweis, dass der Einreisende ein Übernachtungsquartier bezahlt hatte und über ausreichende finanzielle Mittel verfügte. Nach 1989 wurden diese

Dieser Vertrag regelte auch nach 1991 zunächst noch den Reiseverkehr zwischen Polen und seinen vier neuen östlichen Nachbarn. Die gewaltig gestiegene Zahl der Grenzübertritte und die Einrichtung neuer Grenzübergänge seit 1990 erhöhte jedoch den polnischen Verwaltungsaufwand zur Überwachung des weiterhin visumfreien Reiseverkehrs erheblich.<sup>254</sup> Gleichzeitig schätzte das polnische Finanzministerium, dass nur 60 Prozent der Handelstouristen kontrolliert wurden, der polnische Grenzschutz (*Straż Graniczna*) rechnete sogar nur mit 10 Prozent.<sup>255</sup> Im Dezember 1992 empfahl der Auswärtige Ausschuss des Sejm dennoch die Verlängerung der Einreisemöglichkeit für Bürger der ehemaligen UdSSR auf der Basis einer Einladung und eines Vouchers bis zum 30. Juni 1993.<sup>256</sup> Er lehnte jedoch im Februar 1993 erneut einen Gesetzentwurf zur Einführung von Visa für Bürger der ehemaligen Sowjetrepubliken ab, wenngleich der Prozentsatz von Staatsangehörigen der ehemaligen UdSSR, die in Polen wegen krimineller Handlungen verurteilt worden waren, stetig anstieg.<sup>257</sup>

Im Verlauf der neunziger Jahre wurden schließlich auch die praktischen Voraussetzungen für die erhöhte Durchlässigkeit der polnischen Ostgrenze geschaffen: Während Polen im September 1990 lediglich 12 Grenzübergänge mit seinen östlichen Nachbarn hatte, davon nur drei für Individualreisende und keinen einzigen internationalen Übergang an der polnisch-litauischen Grenze,<sup>258</sup> wuchs diese Zahl bis 2001 auf 35 Übergänge an, davon 13 für den Eisenbahnverkehr.<sup>259</sup>

Mit der **Ukraine** vereinbarte die polnische Regierung am 18. Mai 1992 ein bilaterales Abkommen zur Regelung des Grenzverkehrs, das jedoch das erwähnte polnisch-sowjetische Abkommen von 1979 grundsätzlich weiter in Kraft beließ. Im Mai 1993 unterzeichneten beide Seiten ein Rücknahmeabkommen,<sup>260</sup> im Juni 1996 ergänzt durch ein bilaterales

---

Voucher (wie auch die Einladungen) legal insbesondere von Reisebüros, aber auch zahlreich auf Schwarzmärkten angeboten. Nach 1989 war es etwa vor dem polnischen Konsulat in Lemberg verbreitet, dass eine Privatperson früh morgens den in der Schlange wartenden Personen mit Schreibmaschine und Stempel gegen Bezahlung eine Einladung schrieb (Interview des Autors mit Dobiesław Rzemieniewski, MSWiA, 28.8.01).

<sup>254</sup>Zwischen 1989 und 1992 wuchs alleine an der polnischen Ostgrenze die Zahl der Grenzübertritte um 250%.

<sup>255</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 34, 19.12.92, Aussage von Janusz Piechociński (PSL).

<sup>256</sup>Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 34, 19.12.92. Schon zu Beginn der neunziger Jahre war der Ansturm an Menschen an der polnischen Ostgrenze erheblich. So gab die polnische Nachrichtenagentur PAP etwa für 1991 eine Zahl von 1 000 000 Personen an, die monatlich aus den ehemaligen Sowjetrepubliken über die polnische Ostgrenze nach Polen eingereist seien (PAP 19.8.91). Zum 1.1.93 hatten jedoch Russland, Weißrussland und die Ukraine ihre Ausreisebestimmungen geändert (Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 34, 19.12.92, Aussage von Tomasz Lis, MSW).

<sup>257</sup>IGLICKA 2001: 206; RPPZ 1992: 299; Auswärtiger Ausschuss des Sejm, Bulletin Nr. 36, 5.2.93.

<sup>258</sup>1990 wurden jedoch Verträge für drei neue Übergänge für Individualreisende und Güter unterzeichnet: Kuznica Bialostocka, Dorohusk und Belzec (SABBAT-SWIDLICKA 1990: 23). 1991 wurde provisorisch der erste internationale polnisch-litauische Übergang in Ogrodniki/Lazdijaj eingerichtet. Im Herbst 1992 folgte der neue Eisenbahnübergang in Trakiszki und die gleichzeitige Modernisierung des Übergangs in Ogrodniki (WIDACKI 1997: 155). Im August 1993 ging nach einem bilateralen Abkommen vom 24.1.92 und beiderseitigen entsprechenden Noten der neue Grenzübergang in Kalvarija/Budzisko in Betrieb (KOLECKA 1996: 153f; CIEPLAK 1992: 166).

<sup>259</sup>Die Übergänge (Stand 2001) im einzelnen: Bezledy, Braniewo, Gołdap, Gronowo, Skandawa (mit Russland), Budzisko, Ogrodniki, Trakiszki (mit Litauen), Białowieża, Bobrowniki, Czeremcha, Jałówka, Kukuryki, Kuźnica, Lipszczany, Połowce, Siemianówka, Terespol, Sławatycze (mit Weißrussland); Dołhobyczów, Dorohusk, Hrebenne, Hrubieszów, Korczowa, Krościenko, Malhowice, Medyka, Przemyśl, Werchrata, Zosin (Ukraine).

<sup>260</sup>*Umowa między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Ukrainy o przekazywaniu i przyjmowaniu*

Grenzübertritte an der polnischen Ostgrenze (Ein- und Ausreise zusammen)								
Grenze zu...	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Weißrussland</b>								
Polen	2 319 890	2 497 034	1 856 950	1 377 235	986 515	986 515	565 321	609 694
Ausländer	7 790 175	9 115 812	9 273 599	8 597 624	6 305 251	6 305 251	12 364 585	10 751 758
<b>Ukraine</b>								
Polen	981 922	941 393	864 750	578 540	724 498	724 498	846 438	1 299 701
Ausländer	5 794 857	8 858 237	9 915 993	10 237 042	8 923 847	8 923 847	11 120 659	11 389 423
<b>Litauen</b>								
Polen	697 490	546 111	494 745	404 162	336 065	336 065	319 240	429 982
Ausländer	2 079 072	2 228 713	2 457 699	3 156 592	3 310 701	3 310 701	2 716 532	2 725 651
<b>Russland</b>								
Polen	965 044	1 491 310	2 324 224	3 126 188	1 759 228	1 759 228	2 078 804	1 948 559
Ausländer	922 081	1 353 219	1 885 716	1 972 893	1 371 183	1 371 183	2 357 042	2 016 525

*Quelle:* Komenda Główna Straży Granicznej [Polnische Grenzschutzpolizei]. Bezogen auf den Verkehr an allen polnischen Grenzen stellten die Einreisewilligen an Polens Ostgrenze indes nur einige Prozent des Gesamtvolumens dar.

Abkommen über visumfreien Reiseverkehr, das am 18. August 1997 in Kraft trat und den polnisch-sowjetischen Vertrag von 1979 ersetzte.<sup>261</sup> Dieses Rücknahmeabkommen war zwar für die Ukraine auch mit Kosten verbunden, doch blieb die Zahl der aus Polen abgeschobenen Personen eher moderat.<sup>262</sup> Schon am 7. Mai 1993 wurde ein Vertrag mit **Litauen** über visumfreien Reiseverkehr geschlossen, ergänzt durch ein polnisch-litauisches Rücknahmeabkommen vom 13. Juli 1998.<sup>263</sup>

Mit **Weißrussland** scheiterte dagegen 1997 der polnische Versuch, ein Rücknahmeabkommen abzuschließen.<sup>264</sup> Minsk befürchtete ferner durch das Inkrafttreten des polni-

*osób przez wspólną granicę państwową*, am 24.5.93 unterzeichnet, am 10.4.94 in Kraft getreten.

<sup>261</sup>Genauer sah die Regelung einen visumfreien Reiseverkehr bei einem Aufenthalt von weniger als 90 Tagen vor. Für einen Zeitraum darüber hinaus, für Berufstätigkeit und bei ständigem Aufenthalt waren Visa zu erwerben (RAKOWSKI/Rybicki 2000: 19). Die EU reagierte bereits bei Bekanntgabe der Unterzeichnung dieses Abkommens mit Unwillen, und ein polnischer Kommentator merkte kritisch an: „Wenn wir uns von Terespol bis Lissabon ohne Pass frei bewegen werden können, dann müssen wir für dieses Privileg einen entsprechenden Preis bezahlen. Diskussionswürdig ist jedoch, wie hoch dieser Preis sein soll“ (NOWAKOWSKI 1998: 8).

<sup>262</sup>Von Januar bis Juli 1998 wies Polen 2 107 Ausländer aus, davon 1 005 Personen (v.a. Staatsangehörige aus Sri Lanka, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch) in die Ukraine, 348 Personen nach Tschechien. Nach Weißrussland wurden (auf der Grundlage des polnisch-sowjetischen Abkommens von 1979) 252 Personen abgeschoben, nach Russland 21 Personen (Niechciany imigrant powróci, Rzeczpospolita, 14.7.98). Dagegen überquerten 1998 365 Personen, 1999 1 641 Personen und 2000 1 473 Personen illegal die slowakisch-ukrainische Grenze (OSW, Tydzień na Wschodzie, 21.2.02, Słowacja – Ukraina: Co przyniosło wprowadzenie wiz?). Eine Statistik des „Instituts für Gesellschaftsstudien“ der Universität Warschau zeigte 2002, dass die Zahl der entdeckten illegalen Grenzübertritte zwischen 1996 und 2002 kontinuierlich von 9 700 auf 4 900 Personen sank und die Mehrzahl davon *nicht* die Ostgrenze betraf (KĘPIŃSKA/OKÓLSKI 2002).

<sup>263</sup>*Umowa między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Litewskiej o przekazywaniu i przyjmowaniu osób przez wspólną granicę państwową*, am 13.7.98 unterzeichnet, am 8.1.00 in Kraft getreten.

<sup>264</sup>Von Moskau beeinflusst, das auf eine einheitliche Politik aller GUS-Staaten in dieser Frage drängte, weigerte sich Weißrussland ebenfalls bereits 1995, mit Litauen ein solches Rücknahmeabkommen zu unterzeichnen (GRICIUS 1999: 44f).

schen Ausländergesetzes am 1. Januar 1998 einen weiteren Rückgang des Grenzverkehrs. Gleichzeitig weigerte sich die weißrussische Regierung, den schlechten Zustand der Grenzübergänge auf weißrussischer Seite zu beheben, obwohl die polnische Seite ihrerseits für Verbesserungen gesorgt hatte, da man in Minsk hoffte, durch Teilnahme an den Euroregionen „Bug“ und „Niemen“ entsprechende Finanzmittel der EU zu erhalten (STANKIEWICZ 1999: 190). Im Februar 1996 trat aber zumindest ein polnisch-weißrussisches Abkommen über den kleinen Grenzverkehr (je 15 km entlang der gemeinsamen Grenze) in Kraft (SKRZYDŁO 1997: 86). Ähnlich stellt sich die vertragliche Lage für Polen in dieser Hinsicht mit **Russland** dar: Das während des Besuches von Premier Cimoszewicz in Moskau im November 1996 unterzeichnete polnisch-russische Abkommen über visumfreien Reiseverkehr trat nie in Kraft, da Moskau nicht bereit war, wie vorgesehen auch ein Rücknahmeabkommen zu unterzeichnen.<sup>265</sup> Daraufhin äußerten sich die Regierungen in Minsk und Moskau unzufrieden über die Folgen der am 1. Januar 1998 in Kraft getretenen Verordnung zum Ausländergesetz vom 25. Juni 1997.<sup>266</sup> Polen schränkte damit aufgrund der fehlenden Möglichkeit der Abschiebung von illegal sich in Polen aufhaltenden Ausländern die Einreisemöglichkeit für weißrussische und russische Staatsbürger ein. Für beide Staaten blieb daher zunächst das erwähnte polnisch-sowjetische Übereinkommen von 1979 in Kraft, das die Rückführung von illegalen Einwanderern zumindest nicht ausschloss. Es wurde jedoch ab dem 1. Januar 1998 von den polnischen Behörden restriktiv angewandt.<sup>267</sup> Im Oktober 2000 erläuterte das polnische MSZ im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Moskau ein weiteres Mal seine Visumpolitik im Rahmen des Schengener Abkommens und schlug unter anderem den Ausbau des polnischen Konsularnetzes in Russland sowie die Einführung von gegenseitigen Visa zu geringen Gebühren vor.<sup>268</sup>

### 6.3.2 Konsequenzen des Schengener Abkommens für den Reiseverkehr an der Ostgrenze und die polnischen Anpassungsbemühungen

Das Schengener Abkommen von 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten<sup>269</sup> und das dazugehörige Schengener Durchführungsüber-

<sup>265</sup>Przegląd Rządowy 11-12/1996: 125f; MAGDZIAK-MISZEWSKA 1997b: 135.

<sup>266</sup>OSW, Tydzień na Wschodzie, 16.1.98.

<sup>267</sup>*Informacja Rządu o przebiegu negocjacji o członkostwo RP w UE (Stan 1.1.00)*, Druk Sejmowy 1678, Punkt 24 „Justiz und Inneres“. Russland interpretierte diesen Schritt missmutig als Übereifrigkeit gegenüber der EU. Gleichzeitig führte Moskau dieselben Grundsätze gegenüber polnischen Staatsangehörigen ein (Rocznik Strategiczny 1997/98: 144; MICHALSKI 1999: 165). Litauen und Russland unterzeichneten dagegen 1995 ein Abkommen (das zum 1.10.03 ausgesetzt wurde), das allen Bürgern Litauens und den Einwohnern der *oblast'* Kaliningrad für einen Gesamtzeitraum vom 30 Tagen pro Jahr die Möglichkeit gab, sich ohne Visum über die Grenze zu begeben. Für Litauen bedeutete diese Regelung eine Ausnahme vom litauisch-russischen Abkommen über das Erfordernis gegenseitiger Visa (MERECKIS/MORKVĖNAS 1998: 13).

<sup>268</sup>PIOTROWSKI 2001a: 227f. Einen Monat später unterzeichneten die Innenminister beider Seiten ein Abkommen über die Einrichtung einer gemeinsamen Polizeikommission. Dadurch wurde der Personenverkehr zwischen Polen und der *oblast'* Kaliningrad im Rahmen der Einführung des Schengener Abkommens vereinfacht und reguliert (PIOTROWSKI 2001a: 229).

<sup>269</sup>In polnischer Sprache wurde das Abkommen erstmals von der Abteilung „Migration und Flüchtlinge“ des MSWiA im Jahre 1998 (Heft 2) veröffentlicht. Eine Zusammenfassung zur Entstehung des Schengener Abkommens findet sich bei EPINEY 1998.

einkommen (SDÜ) von 1990<sup>270</sup> wurde von allen EU-Mitgliedern bis auf Großbritannien und Irland (jedoch auch von Norwegen und Island) übernommen. Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages im Mai 1999 wurden diese beiden Rechtsakte Teil des *acquis communautaire* der EU und waren damit von allen EU-Kandidatenstaaten zu erfüllen. Für die Kandidatenstaaten bedeutete die Übernahme der Verpflichtungen aus dem Schengen-Besitzstand insbesondere die organisatorische und technische Vorbereitung der zuständigen Organe in den neuen Mitgliedsstaaten auf die Erfordernisse der Grenzsicherung der EU-Außengrenze.<sup>271</sup> Die EU zeigte sich dabei ab 2001 insgesamt zufrieden mit dem Stand der polnischen Vorbereitungen auf die Übernahme des Schengen-*acquis*, hatte jedoch seit 1998 die Einführung von Visa für alle Staaten der „Schwarzen Liste“ Brüssels gefordert, darunter auch Russland, Weißrussland und die Ukraine. Dabei wurde wiederholt insbesondere der polnische Plan bemängelt, die Visafreiheit für ukrainische Staatsbürger beizubehalten.<sup>272</sup>

Der polnische Ministerrat hat sich ausführlich mit Fragen beschäftigt, die in Zusammenhang mit der Übernahme des Schengen-*acquis* stehen. Während der Verhandlungsstandpunkt im Januar 2000 keinerlei Übergangsfristen vorsah, wurde im April 2000 eine revidierte Position zum Kapitel „Justiz und innere Angelegenheiten“ bekanntgegeben, nach der Visa für ukrainische Staatsbürger erst am Tage des EU-Beitrittes eingeführt würden. Schließlich nahm der Ministerrat im Juni 2000 ein Strategiepapier an, das die Umsetzung der Erfordernisse des Schengener Abkommens betraf.<sup>273</sup> Polen hat sich schließlich in mehrfacher Weise den Erfordernissen des Schengener Abkommens angepasst:

a) **Das Ausländergesetz von 1997/2001:** Das Ausländergesetz vom 25. Juni 1997 (im Dezember 1997 in Kraft getreten)<sup>274</sup> war zunächst nicht direkt mit den Erfordernissen des Schengener Abkommens verbunden worden: Auf der Basis der Artt. 6 und 27(1-2) konnten die Grenzbehörden von den Einreisenden insbesondere verlangen, eine ausreichende Summe von Devisen (in der Praxis zu Beginn 50\$ pro Tag) vorzuweisen. Im Dezember 1997 erließ der polnische Innenminister zusätzlich – nach wiederholter Ermahnung aus Brüssel – per Verordnung die entsprechenden Ausführungsbestimmungen.

<sup>270</sup>BGBI 1993 II: 1013, zuletzt geändert durch Art. 10 des Rahmenbeschlusses des Rates der EU vom 28.11.02 (Amtsblatt der EG, L328: 1) und Art. 5 der Richtlinie 2002/90/EG des Rates vom 28.11.02 (Amtsblatt der EG, L328: 17).

<sup>271</sup>Zu den Einzelheiten siehe KRYSZYŃSKI 2001: 185. Der Schengen-*acquis* wurde erstmals im Juli 1999 von der EU veröffentlicht (Council Decision of 20 May 1999 concerning the definition of the Schengen *acquis*. Official Journal of the European Communities, L176/1, 1999/435/E, 10.7.99).

<sup>272</sup>PAP 24.5.00. Die Liste geht auf einen Beschluss des Rates der EU vom 15.3.01 zurück (Council Regulation (EC) No. 539/2001, Official Journal of the European Communities L81/1, 21.3.01). Erst im Januar 2003 gelang es der Ukraine, Russland zur endgültigen Delimitierung der gemeinsamen Staatsgrenze zu bewegen, was die EU bereits zuvor seit vielen Jahren gefordert hatte (Taras Kuzio, Russia continues to disrespect Ukrainian Sovereignty, RFE/RL Newline 9.5.02; RFE/RL Newline 29.1.03). Als erster EU-Kandidatenstaat hatte Slowenien im Herbst 1999 für alle Staaten der „Schwarzen Liste“ einen Visumzwang eingeführt (Rocznik Strategiczny 1999/2000: 245).

<sup>273</sup>GRABBE 2000: 508; *Informacja Rządu o przebiegu negocjacji o członkostwo RP w UE (Stan 1.1.00)*, Druk Sejmowy 1678, Punkt 24 „Justiz und Inneres“; Rada Ministrów: Raport w sprawie korzyści i kosztów integracji Rzeczypospolitej Polskiej z Unią Europejską, 26.7.00, [www.ukie.gov.pl/dokumenty/RaportKorzysciKoszty.pdf](http://www.ukie.gov.pl/dokumenty/RaportKorzysciKoszty.pdf) [8.5.03]; Polska strategia zintegrowanego zarządzania granicą, Przegląd Rządowy 7/2000. Noch im Oktober 1999 hatte der Ministerrat dagegen keine solche explizite Ausnahme in seiner Verhandlungsposition vorgesehen (RYBICKI 2000: 107).

<sup>274</sup>Durch dieses Gesetz trat das Ausländergesetz von 1963, zuletzt 1995 novelliert, außer Kraft (*Dziennik Ustaw* 1995, Nr. 23, Pos. 120).

Diese verpflichteten Einreisende aus Ländern ohne Rücknahmeabkommen mit Polen, entweder ausreichende Finanzmittel, ein Visum, eine Hotelreservierung oder Rückfahrkarten bei der Einreise vorzuweisen.<sup>275</sup> Obwohl dieses Gesetz nur den individuellen Einreiseverkehr – Gütertransporte waren nicht betroffen – an den polnischen Grenzen regeln sollte, bedeutete seine rigorose Einhaltung in den ersten Monaten des Jahres 1998 eine Verschärfung bereits bestehender innerpolnischer Bestimmungen in Verbindung mit dem erwähnten polnisch-sowjetischen Abkommen von 1979.<sup>276</sup> Gegen diese Regelungen erhob sich in Polen und den östlichen Nachbarstaaten zunächst ein Sturm der Entrüstung, dessen Ausmaß für viele Beobachter überraschend war.<sup>277</sup> Indes wurden etwa im Januar 1998 von 1,3 Mio Einreisewilligen an der polnischen Ostgrenze nur 5 000 abgewiesen, da sie keine entsprechenden Dokumente hatten.<sup>278</sup> Aus polnischer Sicht war das Ziel der Reform der Einreisebestimmungen 1998 ferner, die Grenze zu „zivilisieren“ und die Reisenden an das Erfordernis eines Visum zu gewöhnen, ohne den Reiseverkehr vermindern zu wollen. Der für die polnische Volkswirtschaft ungünstige Schmuggel über die Ostgrenze sollte explizit bekämpft werden (ORŁOWSKI 2001: 101-103). Während dabei insbesondere Autos in West-Ost-Richtung verschoben wurden, erfolgte gleichzeitig eine ständige Zunahme der illegalen Einfuhr vor allem von Zigaretten und Alkohol in umgekehrter Richtung.

Der Rückgang der Grenzübertritte an der polnischen Ostgrenze 1998 ist jedoch nicht alleine auf das neue Ausländergesetz zurückzuführen. Zwar sank die Zahl der Grenzübertritte nach und aus Weißrussland (Russland) im ersten Quartal des Jahres 1998 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 33,6 (34,7) Prozent, doch verminderte sich die Zahl der Grenzübertritte an der Grenze zur Ukraine (mit der Polen eine Rücknahmeabkommen geschlossen hatte) gleichzeitig nur um knapp 9 Prozent.<sup>279</sup> Der dennoch festzustellende starke Rückgang des Grenzverkehrs für das gesamte Jahr 1998 (siehe Tabelle) ist insbesondere an der polnisch-ukrainischen Grenze auf den beispiellosen Verfall des Wertes des russischen Rubels binnen zwei Wochen im August 1998 zurückzuführen (NAJDER 2001c:

<sup>275</sup> Studienreise mit der Batory Stiftung für Journalisten, Interview des Autors mit Zbigniew Jakubowski, Straż Graniczna, 24.11.00. Das Ausländergesetz von 1997 war vom damaligen Innenminister Miller vorgeschlagen und der SLD/PSL-Koalition verabschiedet worden. Die Ausführungsbestimmungen hatte dagegen die AWS/UW-Koalition beschlossen (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen).

<sup>276</sup> Interview des Autors mit Dobiesław Rzemieniewski, MSWiA, 28.8.01; Polski towar na polskim bazarze; Rzeczpospolita, 15.4.98.

<sup>277</sup> NOWAKOWSKI 1998: 7. Weißrussland zog vorübergehend sogar seinen Botschafter aus Warschau ab. Außenminister Geremek wies 1998 darauf hin, dass Russland bereits 1994, ohne die polnische Seite zu informieren, die zuvor angewandten Bestimmungen des polnisch-sowjetischen Vertrages über visumfreien Reiseverkehr von 1979 einseitig ausgesetzt habe (Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 13. Sitzung, 5.3.98, Antwort von Außenminister Geremek auf Fragen). Entgegen den weißrussischen und russischen Vorwürfen von offizieller Seite hatte das polnische MSZ alle Botschaften in Warschau rechtzeitig (am 18.11.97) per Rundschreiben über das Gesetz informiert (Antwort von Außenminister Geremek (24.2.98) auf die parlamentarische Anfrage 123 vom 5.2.98). Russland und Weißrussland beklagten sich dagegen jedoch zu Recht über die Behandlung ihrer Staatsbürger bei der Einreise nach Polen durch den polnischen Grenzschutz (zahlreiche Beispiele bei Marcin Wojciechowski, Komplex Wschodu, Gazeta Wyborcza, 11.5.00; Kiewske Wedomosti, 23.6.00).

<sup>278</sup> NOWAKOWSKI 1998: 7. Dass das Gesetz zumindest teilweise sein Ziel erreichte, belegt die in der ersten Jahreshälfte des Jahres 1998 um 40 Prozent gesunkene Zahl der illegalen Grenzübertritte an der polnischen Westgrenze (Aussage von Maciej Popowski, Polish policy vis-à-vis Ukraine and how it is perceived in EU member states, Centrum Stosunków Międzynarodowych, Reports&Analyses 2/2000).

<sup>279</sup> Rządowe Centrum Studiów Strategicznych: Sytuacja na bazarach i targowiskach w kontekście nowych przepisów o cudzoziemcach (1.1.-31.3.98); Warszawa 1998: 2, 15.



6.3. SICHERHEIT NACH 1989 AM BEISPIEL DER POLNISCHEN OSTGRENZE 259

Wert der von der Polnischen Grenzschutzpolizei ( <i>Straż Graniczna</i> ) beschlagnahmten Schmuggelware an der polnischen Ostgrenze (Auswahl, in Tausend PLN)								
Grenze zu...	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Russland</b>								
insgesamt	2 182	6 905	2 647	7 040	5 032	3 021	5 597	7 332
Autos	–	6 780	2 387	5 523	3 351	1 712	1 452	989
Alkohol	–	126	75	156	304	314	879	1 787
Zigaretten	–		169	1 358	1 306	922	3 164	4 496
<b>Litauen</b>								
insgesamt	4 401	4 751	8 422	8 069	6 683	5 999	7 571	6 492
Autos	–	3 824	7 201	7 240	5 416	4 323	5 306	5 103
Alkohol	–	907	100	33	167	18	20	79
Zigaretten	–		1 098	795	484	603	1 383	1 086
<b>Weißrussland</b>								
insgesamt	32 089	46 389	36 661	31 200	24 173	14 731	17 935	24 149
Autos	–	45 365	35 470	30 432	23 286	12 847	13 814	19 399
Alkohol	–	728	547	329	264	982	1 196	3 001
Zigaretten	–		399	326	388	547	2 038	1 540
<b>Ukraine</b>								
insgesamt	24 346	29 528	25 700	43 559	21 884	19 738	20 126	22 791
Autos	–	29 28	25 134	29 537	19 272	14 725	12 538	11 249
Alkohol	–	132	165	120	185	2 545	3 088	7 523
Zigaretten	–		183	762	2 198	1 788	1 336	2 769
<b>insgesamt</b>	<b>142 000</b>	<b>250 096</b>	<b>116 323</b>	<b>122 699</b>	<b>82 077</b>	<b>77 612</b>	<b>75 723</b>	<b>90 598</b>
<b>Autos</b>	<b>–</b>	<b>99 475</b>	<b>86 473</b>	<b>90 340</b>	<b>61 584</b>	<b>44 482</b>	<b>45 381</b>	<b>45 889</b>
<b>Alkohol</b>	<b>–</b>	<b>5 785</b>	<b>15 320</b>	<b>2 434</b>	<b>3 129</b>	<b>14 171</b>	<b>6 350</b>	<b>14 675</b>
<b>Zigaretten</b>	<b>–</b>		<b>5 902</b>	<b>5 817</b>	<b>8 662</b>	<b>5 864</b>	<b>12 947</b>	<b>14 369</b>

Quelle: Komenda Główna Straży Granicznej [Polnische Grenzschutzpolizei].

74). Die rückläufigen Zahlen des Gesamtjahres 1998 für Weißrussland und Russland beruhen dagegen zumindest in einem ähnlichen Maße auf den Folgen des Ausländergesetzes wie auch der russischen Währungskrise vom August 1998. Das Ausländergesetz wurde schließlich am 11. April 2001 novelliert, ergänzt durch die am 4. Juli 2001 erlassene Verordnung, die insbesondere die konkrete Form für Visum, Einladung, Aufenthaltsgenehmigung und andere diesbezüglich relevante Dokumente festlegt.<sup>280</sup>

**b) Einrichtung neuer Konsulate:** Nach dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 verfügte Polen in seinen neuen östlichen Nachbarstaaten außer über Botschaften in den neuen Hauptstädten über keinerlei Konsulate. Diese Situation änderte sich im Laufe der neunziger Jahre: Am 21. Mai 1994 wurde das polnische Generalkonsulat in Lemberg eröffnet, das zuvor seit 1987 eine Konsulatsagentur war.<sup>281</sup> 1995 wurden in Weißrussland zwei polnische Generalkonsulate in Grodno und Brest eröffnet, 1996 folgten polnische Vertretungen in Charkiv (Ukraine) und Kaliningrad. Die zwei jüngsten Generalkonsulate nahmen schließlich 2002 in der Ukraine im grenznahen Luc'k sowie in der Schwarzmeerstadt Odessa ihren Betrieb auf.<sup>282</sup> Vorgesehen war (und ist) ferner die Modernisierung der Grenzübergänge, das Vorantreiben der Computerisierung sowie die Einstellung von zusätzlichem Personal. Dazu war 2002 vorgesehen, 133 zusätzliche polnische Angestellte in den östlichen Nachbarländern einzusetzen, 17 Bedienstete dafür im MSZ abzuordnen und bis zu 150 Ortskräfte einzustellen. Das MSZ wollte zu diesem Zweck insgesamt etwa 50 Mio PLN zur Verfügung stellen.<sup>283</sup>

**c) Kündigung bestehender Abkommen über visumfreien Reiseverkehr** mit denjenigen Staaten, mit denen Polen nach 1989 solche Vereinbarungen getroffen hatte, die jedoch auf der „Schwarzen Liste“ der EU stehen: Im Januar 2000 wies der polnische Ministerrat das MSZ an, entsprechende Verträge zu kündigen.<sup>284</sup> Dennoch sprach sich Präsident Kwaśniewski zur gleichen Zeit noch gegenüber seinem ukrainischen Amtskollegen Kučma dafür aus, mit der EU eine Lösung zu finden, den visumfreien Reiseverkehr zwischen Polen und der Ukraine beizubehalten.<sup>285</sup> Erst im April 2000 wollte auch der Präsident das visumfreie Regime zwischen den beiden Nachbarn nur noch „so lange wie möglich“ aufrechterhalten.<sup>286</sup> Im Juli und August 2003 wurden schließlich mit Russland, Weißrussland und der Ukraine Regierungsabkommen zur gegenseitigen Einführung von

<sup>280</sup>*Dziennik Ustaw* 1997, Nr. 114, Pos. 739; *Dziennik Ustaw* 1998, Nr. 1, Pos. 1f; *Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 42, Pos. 475; *Dziennik Ustaw* 2001, Nr. 68, Pos. 716. Das Gesetz führte dabei zahlreiche kleinere Änderungen in anderen relevanten Gesetzen ein (ausführlich: KRYSZYŃSKI 2001: 191, Anm. 28).

<sup>281</sup>Am 20. Juni 1994 wurde im Gegenzug das ukrainische Generalkonsulat in Danzig eröffnet, das erste ukrainische Generalkonsulat in Polen (GILL/GILL 1994: 33).

<sup>282</sup>Die Ukraine eröffnete gleichzeitig 2002 zwei Generalkonsulate in Lublin und Rzeszów, Weißrussland zusätzlich zum bereits bestehenden Generalkonsulat in Danzig die Vertretungen in Białystok und Biała Podlaska. Ferner nahm 2001 auch ein slowakisches Generalkonsulat im grenznahen Užhorod sowie Mitte 2003 ein litauisches Konsulat im russischen Sovetsk seine Arbeit auf.

<sup>283</sup>*Polska granica Europy*, *Gazeta Wyborcza*, 21.2.02; *Milion wiz dla gości ze Wschodu*, *Rzeczpospolita*, 3.6.02.

<sup>284</sup>Beschluss 3/2000 des polnischen Ministerrates (RFE/RL Newline, 12.1.00), zurückgehend auf den „Nationalen Aktionsplan zur Vorbereitung der EU-Mitgliedschaft“ des Ministerrates vom 28.6.98, revidiert am 12.6.01. Seitdem wurden auf diese Weise entsprechende Verträge mit Aserbeidschan, Georgien, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan (2000, Bekanntgabe der Regierung vom 9.10.02), Kasachstan, Moldawien, Mongolei, Weißrussland, Mazedonien, Russland (2001, Bekanntgabe der Regierung vom 7.2.01) sowie der Ukraine (2003) gekündigt.

<sup>285</sup>RFE/RL Newline 18.1.00, 3.3.00.

<sup>286</sup>RFE/RL Newline 10.4.00.

Visa unterzeichnet, die zum 1. Oktober 2003 in Kraft traten.<sup>287</sup>

**d) Ausstellung von Visa, Gebühren:** Die polnische Regierung wiederholte seit etwa 1998 immer wieder, dass die einzuführenden Visa gegen eine nur geringe Gebühr und so unbürokratisch wie möglich erteilt werden sollten. Bis zum Jahre 2002 stellten die polnischen Behörden jährlich etwa 250 000 Visa aus.<sup>288</sup> Schätzungen aus polnischen Regierungskreisen des Jahres 2000 gingen zunächst davon aus, dass nach Einführung der Visumpflicht für Staatsangehörige der östlichen Nachbarn Polens und weiterer Staaten der Brüsseler „Schwarzen Liste“ diese Zahl bis auf 3,5 Mio Visaanträge pro Jahr ansteigen könne.<sup>289</sup> Eine korrigierte Schätzung ging Anfang des Jahres 2002 jedoch von nur noch einer Million Anträge aus.<sup>290</sup> Gleichzeitig rechneten man in Warschau mit einem Rückgang der Einreisen an der Ostgrenze um etwa ein Drittel.<sup>291</sup>

Um einen erhöhten Anreiz für den Erwerb eines Visums zu schaffen, wurden im März 1998 die Visa-Gebühren für weißrussische und russische Staatsbürger von 20 \$ auf 5\$ (Einfachvisum) bzw. von 60\$ auf 20\$ (Mehrfachvisum) gesenkt, „kaum eine ernsthafte Ausgabe für einen Händler, nicht einmal für denjenigen, der nur der Eigentümer eines Feldbettes auf einem Basar ist“ (NOWAKOWSKI 1998: 7). Die Gebühren für einen Voucher (12\$) und eine Einladung (1,50 PLN) blieben dagegen konstant.<sup>292</sup> Insbesondere wurden in Verhandlungen mit Russland ferner auf Gegenseitigkeit auch die Visagebühren für die Einwohner der *oblast* Kaliningrad gesenkt (NAJDER 2001c: 79).

Seit Anfang September 2003 geben die polnischen Behörden Visa für russische, weißrussische und ukrainische Staatsbürger aus.<sup>293</sup> Während die Visa für ukrainische Staatsbürger

<sup>287</sup>RFE/RL Newline 27.8.03, 23.7.03; polnisch-weißrussisches Regierungsabkommen über Personenverkehr vom 26.8.03; polnisch-russisches Regierungsabkommen über den Reiseverkehr vom 18.9.03; polnisch-ukrainisches Regierungsabkommen über Reiseverkehr, vom polnischen Ministerrat am 23.7.03 als Anhang zum Beschluss 186/2003 verabschiedet. Mit dem polnischen EU-Beitritt fallen noch nicht automatisch die Personenkontrollen an der polnischen Westgrenze, sondern frühestens zwei Jahre nach dem Beitritt und nur nach einem einstimmigen Beschluss des EU-Ministerrates, dass Polen in der Lage ist, seine Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen zu erfüllen.

<sup>288</sup>LANG 2002: 27, Anm. 111; RFE/RL Newline 4.4.02.

<sup>289</sup>Polska strategia zintegrowanego zarządzania granicą, Przegląd Rządowy 7/2000. Fehlerhafte, zu hohe Zahlen in dieser Hinsicht gibt BACHMANN 1999: 121.

<sup>290</sup>Tylko jeden milion wiz, Interview mit Unterstaatssekretär Zenon Kosiniak-Kamysz (MSWiA), Gazeta Wyborcza, 21.2.02.

<sup>291</sup>LANG 2002: 26. Dagegen war nach Einführung der Visapflicht für Ukrainer durch die Tschechische Republik und die Slowakei im Juni 2000 und Januar 2001 die Zahl der Grenzübertritte kurzfristig um 90 % bzw. um etwa 75% zurückgegangen, wenngleich die Slowakei gleichzeitig zahlreiche diesbezügliche Ausnahmegenehmigungen eingeführt hatte. Ungarn hatte dagegen (nicht zuletzt wegen der ungarischen Minderheit im ukrainischen Karpatenvorland) eine ähnliche Lösung gewählt: Visa für ukrainische Staatsbürger so spät wie möglich, für weißrussische und russische Staatsbürger bereits seit dem 1.6.01. Auch in Ungarn gingen die Zahlen der Grenzübertritte der letztgenannten Personengruppe an der Ostgrenze um mehr als die Hälfte zurück (LANG 2002: 27; Wizy jako symbol, Rzeczpospolita, 4.12.00; OSW, Tydzień na Wschodzie, 21.2.02, Słowacja – Ukraina: Co przyniosło wprowadzenie wiz?, Węgierskie wizy obowiązują od kilku miesięcy).

<sup>292</sup>Rzeczpospolita, 12.2.98; Rzeczpospolita, 13.3.98; Tanie wizy od lipca, Życie, 13.5.98. Die Einladung muss in den Woiwodschaftsämtern registriert werden, wobei der Woiwode die Registrierung bei fehlendem Nachweis ausreichender finanzieller Mittel ablehnen kann (ŁODZIŃSKI 2001: 188, Anm. 36).

<sup>293</sup>Das polnische Generalkonsulat in Brest plant zum Beispiel die Ausgabe von bis zu 200 Visa täglich (RFE/RL Newline 8.9.03, 24.9.03). Bis Anfang November 2003 gab Polen an seiner Ostgrenze 150 000 Visa für russische, weißrussische und ukrainische Staatsbürger aus (RFE/RL Newline 4.11.03). Die weißrussische Regierung beklagte jedoch bereits lange Wartezeiten für weißrussische Visa-Antragsteller (RFERL Newline 31.10.03).

weiter gebührenfrei sind,<sup>294</sup> bezahlen russische und weißrussische Staatsbürger für ein Einmalvisum 10 Euro, für ein Zweifachvisum 16 Euro und für ein Mehrfachvisum 50 Euro. Russische Staatsangehörige aus der Enklave Kaliningrad erhalten jedoch ab dem 1. Oktober 2003 gebührenfreie Visa.<sup>295</sup> Das MSWiA hat anklingen lassen, dass die polnischen Konsuln angewiesen würden, Angehörigen der polnischen Minderheiten aus Osteuropa informell Visa zu ermäßigten Gebühren auszustellen.<sup>296</sup> Diese Visa zur Einreise nach Polen sind jedoch keine klassischen Schengen-Visa, sondern berechtigen russische, ukrainische und weißrussische Staatsbürger nur zur Einreise für einen bestimmten Zeitraum nach Polen. Polen macht damit von einer entsprechenden Möglichkeit des Schengen-*acquis* Gebrauch (Art. 5 SDÜ). Die genannten drei Abkommen traten am 1. Oktober 2003 in Kraft.

Als **Fazit** zu diesem Unterkapitel sei insbesondere festgehalten, dass Polen gegen den starken Druck der EU im eigenen Interesse überall dort ein liberales Visaregime durchsetzen konnte, wo die Nachbarn das Minimalerfordernis eines Rücknahmeabkommens akzeptierten (Ukraine) oder wo die Einreise sich auf einen festgelegten, nicht allzu großen Personenkreis (*oblast'* Kaliningrad, etwa eine Million Einwohner) beschränkt. Die Differenzierung zeigt exemplarisch die zunehmend individuelle Feinabstimmung des Verhaltens auf den einzelnen Nachbarn als ein wesentliches Moment der polnischen Ostpolitik nach 1989.

### 6.3.3 Ökonomische Konsequenzen für den Basarhandel

Zu Beginn der neunziger Jahre herrschte die Ansicht vor, dass die schon zu sozialistischen Zeiten bestehenden Basare in Polen aufgrund der raschen marktwirtschaftlichen Umgestaltungen rasch der Vergangenheit angehören würden. Jedoch führten genau diese Reformen zunächst nicht zu einer verringerten Tätigkeit, sondern gaben den Märkten Raum für eine unerwartete Expansion: Die Öffnung der Grenzen ermöglichte den Import von billigen (vor allem aus Asien stammenden) Waren und den lawinenartigen Zustrom ausländischer Kunden, die von den existierenden Preisunterschieden profitierten: Zu Beginn der neunziger Jahre verkauften die vielfach aus Osteuropa stammenden Händler zunächst noch importierte, qualitativ minderwertige, aber sehr billige Ware und kauften wiederum polnische Güter an, die sie über die polnische Ostgrenze exportierten. Bald jedoch schon führten diese in Polen oft „Ameisen“ genannten Handelstouristen keine Waren mehr nach Polen ein, sondern kauften auf den entstandenen polnischen Basaren in großen Mengen Waren (insbesondere Kleidung und Schuhe) aus polnischer Produktion an, die sie nach Osteuropa ausführten.<sup>297</sup> Der nicht-registrierte Kleinhandel bedeutete für Polen in au-

<sup>294</sup>Dieser Regelung schloss sich die Slowakei im März 2003 (Presseservice der Deutschen Welle, 12.3.03) und Ungarn im Oktober 2003 (RFE/RL Newline 10.10.03) an.

<sup>295</sup>RFE/RL Newline 19.9.03. Diese Lösung kam nach entgegengesetzten Ankündigungen von Präsident Putin überraschend. Wie jedoch auf russischer Seite kontrolliert werden sollte, ob ein russischer Staatsbürger seinen gewöhnlichen Aufenthalt in der *oblast'* Kaliningrad hat, war noch nicht abschließend geklärt. Polen reisen im Gegenzug auch unter dem neuen Visa-Regime ohne Visum in die Ukraine und mit kostenlosem Visum in die *oblast'* Kaliningrad.

<sup>296</sup>Sprawozdanie Stenograficzne Sejmu, 26. Sitzung, 19.7.02, Aussage von Unterstaatssekretär Zenon Kosiniak-Kamysz.

<sup>297</sup>DĄBROWSKI 1996: 3. Im Unterschied zur deutsch-polnischen Grenze entwickelte sich an Polens Ostgrenze kein entgegengesetzter Strom von Polen, die für Einkäufe in die östlichen Nachbarstaaten fuhren, da die entsprechenden wirtschaftlichen Anreize fehlten. Noch 2001 wandten die Handelstouristen für Schu-

**Export-Import-Umsatz des nicht-registrierten polnischen Grenzhandels (alle Außengrenzen) seit 1991 (in Mio PLN)**

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
1 019	972	2 149	3 714	7 145	6 375	6 011	5 996	3 636	3 991

Quelle: Antwort von Staatssekretär Błaszczyc (13.2.01) auf die parlamentarische Anfrage 5558 des Abgeordneten Jan Kulas; Schätzungen der NBP.

<b>Wert und Struktur der jährlichen Ausgaben von Ausländern in Polen und von Polen im Ausland (in Mio PLN)</b>								
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Polen im Ausland</b>	–	–	–	4 516	3 709	4 555	5 250	3 820
<b>Polen in Russland</b>	–	–	–	56	46	68	74	62
<b>Polen in Litauen</b>	–	–	–	22	16	12	10	20
<b>Polen in Weißrussland</b>	–	–	–	60	42	23	16	19
<b>Polen in der Ukraine</b>	–	–	–	17	12	15	16	32
<b>Ausländer in Polen</b>	6 656	9 076	11 630	13 872	8 526	10 649	10 030	7 684
<b>Russen in Polen</b>	73	84	138,9	100	58	115	176	135
<b>Litauer in Polen</b>	78	131	119	222	162	107	91	120
<b>Weißrussen in Polen</b>	310	778	1184	1 209	822	752	1 204	2 150
<b>Ukrainer in Polen</b>	212	578	1 249	1 668	1 304	1 167	902	809

Quelle: Roczniki Handlu Zagranicznego, verschiedene Jahrgänge.

ßenwirtschaftlicher Hinsicht eine Entlastung seines Außenhandelsdefizits, eine Erhöhung der Devisenreserven und eine stille Aufwertung der eigenen Währung. Dessen war man sich in Warschau sehr bewusst.<sup>298</sup> Jedoch wird aus der obigen Tabelle auch deutlich, dass der Beitrag der Handelstouristen aus den vier östlichen Nachbarstaaten nur wenig zum Gesamtvolumen der von Ausländern in Polen getätigten Einkäufe beitrug.

Den empirisch nicht einfach zu erfassenden nicht-registrierten Kleinhandel erforschte zwischen 1996 und 2000 das Danziger „Institut für marktwirtschaftliche Studien“ (IBnGR) in einer Langzeitstudie, mit der insbesondere der Beitrag der Basare für die polnische Binnen- und Außenwirtschaft gemessen wurde. Eine Untersuchung dieser nicht offiziell registrierten Exporte ist insbesondere für den polnischen Osthandel interessant, da 1995, 1996, 1997, 1998 fünf der sechs umsatzstärksten Basare in Zentral- und Ostpolen lagen, 1999 immerhin noch vier. Allein die drei Basare in der Umgebung von Łódź (Tuszyń, Głuchów, Rzgów) erzielten 1995 einen Umsatz von 3,5 Mrd PLN waren damit bezüglich des Umsatzes statistisch das zehngrößte polnische Unternehmen, noch vor der Danziger Ölraffinerie (*Rafineria Gdańska S.A.*).<sup>299</sup> Der nicht-registrierte Netto-Export betrug 1995 etwa 4,5 Mrd PLN, wovon Waren im Wert von 2 Mrd PLN nach Osteuropa gingen. Allein der Warschauer „Jahrmarkt Europa“ exportierte 1995 Waren im Wert von ungefähr 800 Mio PLN und wurde dadurch zum fünftgrößten polnischen Exporteur, Tuszyń erreichte

he und Kleidung 70% aller ihrer in Polen getätigten Ausgaben auf (Bazary padły pierwsze, Interview mit Bohdan Wyźnikiewicz und Marcin Peterlik (IBnGR), *Gazeta Wyborcza*, 5.3.02).

<sup>298</sup>Das schwierige Feld der polnischen Ostpolitik, *NZZ*, 15.4.00; DĄBROWSKI 1996: 3.

<sup>299</sup>Lista 500 największych polskich przedsiębiorstw, *Gazeta Bankowa*, 19.5.96, Sonderbeilage.

Umsatz der größten Basare in Zentral- und Ostpolen (im Mio PLN)					
	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Tuszyń</b> (Zentralpolen)	1 600	1 800	1 600	960	740
<b>Warschau</b> (Zentralpolen))	1 200	1 700	1 900	925	657
<b>Głuchów</b> (Zentralpolen)	1 000	1 400	1 100	670	k.A.
<b>Rzgów</b> (Zentralpolen)	900	1 150	750	550	k.A.
<b>Białystok</b> (Ostpolen)	460	500	550	220	185
<b>Przemyśl</b> (Ostpolen)	86	100	110	75	39
zum Vergleich: die größten Basare an der deutsch-polnischen Grenze					
<b>Łęknica</b>	590	250	250	185	124
<b>Osinów Dolny</b>	–	120	230	230	–
Gesamtumsatz der 15 größten polnischen Basare					
	7 955	8 020	7 200	4 300	3 300

Quelle: Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową; eigene Berechnungen.

mit 530 Mio PLN Platz acht dieser Statistik.<sup>300</sup> 1996 kletterten die 15 untersuchten Basare auf Rang 4 der umsatzstärksten polnischen Unternehmen, noch vor solchen Größen wie der Polnischen Sparkasse (*P.K.O. BP*), der *Petrochemia Płock* oder der *Telekomunikacja Polska*; 1997 reichte es immerhin zu Platz 7 dieser Statistik. Der Wert der exportierten Waren betrug 1996 (1997) je 3,9 Mrd PLN, davon entfielen 1 Mrd (1,2 Mrd) PLN auf Warschau, 570 Mio (350 Mio) PLN auf Tuszyń und 430 Mio (460 Mio) PLN auf Białystok (MALINOWSKA/WYŻNIKIEWICZ 1998: 5, 10; TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 7).

Die Umsätze gingen 1998 auf den Basaren in Białystok, Warschau und Przemyśl überproportional vor allem in der zweiten Jahreshälfte – also in Zusammenhang mit der russischen Währungskrise und weniger mit dem Inkrafttreten des Ausländergesetzes – zurück (TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 25; ORŁOWSKI 2001: 98, 109). Der Rückgang ist neben dem Inkrafttreten des Ausländergesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen ferner auf die Anfang 1998 geänderten Zollvorschriften Russland und Weißrusslands zurückzuführen.<sup>301</sup> Der Wert der von den untersuchten Basaren ausgeführten Waren betrug 1998 insgesamt 1,8 Mrd PLN. Der größte Exporteur blieb der Basar in Warschau (410 Mio PLN), Białystok und Tuszyń erreichten je 140 Mio PLN (TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 14). 1999 sanken die 15 untersuchten Basare schließlich auf den 25. Platz in der Rangliste der umsatzstärksten polnischen Unternehmen ab. Der Gesamtwert ihres Exportes wurde auf 1,3 Mrd PLN geschätzt (PETERLIK 2000: 6).

**Struktur des Handels:** 1995 stellte Kleidung 82 Prozent, Schuhe weitere 6 Prozent der Handelsware auf den Basaren in Zentralpolen (Tuszyń, Głuchów, Rzgów, Warschau). An der polnischen Ostgrenze betrug der Anteil von Kleidung dagegen nur zwischen 51 und

<sup>300</sup>Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Handel zwischen den einzelnen Basaren in diesen Zahlen nicht abgezogen ist, dieser jedoch etwa für 1997 auf bis zu 1 Mrd PLN geschätzt wurde (MALINOWSKA/WYŻNIKIEWICZ 1998: 10). 1996 betrug der Anteil des Kofferhandels am gesamten polnisch-russischen Handel 30% (!), so dass in Polen erfolgreich Supermärkte mit preisgünstigen Waren entstanden, um die Handelstouristen zum Einkauf zu bewegen (KOSTRZEWSKI 1997: 139).

<sup>301</sup>ŁODZIŃSKI 1998b: 3; MSWiA wini białoruskie przepisy celne, Rzeczpospolita, 10.2.98.

76 Prozent (DĄBROWSKI 1996: 6). Während diese Anteile 1996/97 nahezu unverändert blieben (MALINOWSKA/WYŻNIKIEWICZ 1998: 7), bestand das Angebot auf den Basaren in Zentralpolen 1998 zu 75 Prozent aus Kleidung und zu 10 Prozent aus Schuhen (TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 7). Der Grund für diese Verschiebung im Angebot der Händler ist nicht in erster Linie in den veränderten Konsumentenwünschen, sondern im Rückgang der Textilproduktion in Polen zu suchen, da sich die Auftragslage durch die eingeschränkten Einreisemöglichkeiten für Händler insbesondere aus Weißrussland und Russland verschlechtert hatte. Noch stärker machte sich diese Verschiebung nach der russischen Währungskrise und den neuen weißrussischen und russischen Zollvorschriften des Jahres 1998 im Folgejahr bemerkbar, als der Anteil von Kleidung auf den Basaren in Zentralpolen (Ostpolen) 58 (52) Prozent, der von Schuhen 12 (18) Prozent betrug. Exemplarisch wurde dieser Rückgang von Händlern aus Osteuropa auf dem Warschauer Basar sichtbar, wo sich der Anteil ausländischer Kunden zwischen 1997 und 1999 von 62 Prozent auf 18 Prozent verringerte (PETERLIK 2000: 10f).

**Herkunft der Waren:** Der Anteil der Waren aus polnischer Produktion lag auf den Basaren Zentral- und Ostpolens 1995 noch bei fast 90 Prozent, ging aber bis 1999 auf etwa 50 Prozent zurück. Davon wurden 50 Prozent von eigenen Firmen (Direktverkauf) oder den Händlern selbst gefertigt, 48 Prozent von anderen polnischen Privatunternehmen und 2 Prozent von staatlichen Betrieben. Bis 1999 fand eine erhebliche, kontinuierliche Verschiebung dieser Verteilung statt: Nur noch 20 Prozent der Waren stammte in jenem Jahr noch aus Direktverkäufen oder Eigenproduktion, 35 Prozent von polnischen Privatfirmen, aber bereits 45 Prozent waren Importware oder vermittelte Importgeschäfte.<sup>302</sup>

**Arbeitsplätze:** Die Händler auf den Basaren hatten überwiegend mittlere Schulbildung (etwa 50 Prozent) und waren in technischen Berufen tätig, etwa 25 Prozent konnten einen Berufschulabschluss vorweisen, immerhin 10 Prozent verfügten über ein Hochschuldiplom (TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 21). Über die Entwicklung der Arbeitsplätze auf den Basaren in den Jahren 1995 bis 1999 gibt die obenstehende Tabelle Auskunft. Auch hier fällt ein stetiger Rückgang der Beschäftigten auf, der jedoch 1999 noch weit deutlicher ausfiel als 1998.<sup>303</sup> Jedoch stieg gerade in den ersten zwei Monaten des Jahres 1998 in Polen die Zahl der Arbeitslosen um 3,6 Prozent an, entlang der Ostgrenze jedoch um 5 Prozent bis 6,7 Prozent und in der zentralpolnischen Woiwodschaft Łódź, dem Zentrum der Textilindustrie des Landes, um 8,2 Prozent.<sup>304</sup> Dabei spielte der Umsatzeinbruch auf den Basaren sicherlich eine gewisse Rolle.

Nach Inkrafttreten der neuen ausländerrechtlichen Bestimmungen 1998 kam es zu teilweise heftigen Protesten polnischer Unternehmer und Kaufleute. Auch Regierungsberater schlossen sich vereinzelt der Kritik an.<sup>305</sup> Zwar wurden die Bestimmungen daraufhin in einigen Bestimmungen weniger restriktiv gehandhabt, aber die russische Währungskrise im August 1998 führte schließlich dazu, dass 1998 etwa 30 Prozent weniger „Handelstou-

<sup>302</sup>DĄBROWSKI 1996: 10; TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 16; PETERLIK 2000: 15.

<sup>303</sup>Bereits 1998 war jedoch das Phänomen zu beobachten, dass zahlreiche Händler bereits über eine weitere Einkommensquelle verfügten (in Rzgów 1998 schon 38 Prozent), da viele ihre Zukunft auf den Basaren pessimistisch beurteilten (TOMALAK/WYŻNIKIEWICZ 1999: 23).

<sup>304</sup>Rządowe Centrum Studiów Strategicznych: Sytuacja na bazarach i targowiskach w kontekście nowych przepisów o cudzoziemcach (1.1.-31.3.98); Warszawa 1998: 5, 11.

<sup>305</sup>Rządowe Centrum Studiów Strategicznych: Sytuacja na bazarach i targowiskach w kontekście nowych przepisów o cudzoziemcach (1.1.-31.3.98); Warszawa 1998: 5,11; ŁODZIŃSKI 1998: 3; Schyłek epoki targowisk, Rzeczpospolita, 14.1.99; Szlaban na Bugu, Wprost, 1.2.98; Cnota za pieniądze, Polityka, 31.1.98.

Arbeitsplätze auf den Basaren in Zentral- und Ostpolen (geschätzte Angaben)										
	1995		1996		1997		1998		1999	
	direkt	indirekt	direkt	indirekt	direkt	indirekt	direkt	indirekt	direkt	indirekt
<b>Warschau</b>	7 000	25 000	7 000	25 000	8 550	24 500	8 850	19 700	7 800	3 200
<b>Tuszyń</b>	5 700	18 000	5 700	14 000	5 600	14 000	5 600	19 500	5 250	7 200
<b>Rzgów</b>	4 000	7 300	4 000	7 300	4 500	8 500	2 600	3 850	k.A.	k.A.
<b>Głuchów</b>	3 600	11 000	3 600	11 000	3 300	15 100	3 850	5 300	k.A.	k.A.
<b>Białystok</b>	3 500	5 200	3 500	5 200	3 700	3 200	2 250	2 800	2 350	1 400
<b>Przemyśl</b>	1 550	600	1 550	600	1 500	300	1 550	700	1 300	550
<b>Zum Vergleich: Arbeitsplätze insgesamt auf allen 16 untersuchten Basaren in Polen</b>										
<b>gesamt</b>	130 000		119 000		119 000		96 000		56 000	

*Quelle:* Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową; eigene Berechnungen. Die Zahlen beinhalten sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitarbeitsplätze, wobei erstere in aller Regel ein deutliches Übergewicht hatten.

risten“ als im Vorjahr die polnischen Basare frequentierten.<sup>306</sup> Das wirkte sich spürbar auf die polnische Textilindustrie aus.<sup>307</sup> Zwar stabilisierte sich der Basarhandel ab 1999 wieder auf niedrigerem Niveau, doch zeigten sich nach den greifenden marktwirtschaftlichen Reformen die grundlegenden Veränderungen in der polnischen Wirtschaftsstruktur. Durch die geringere Zahl ausländischer Kunden auf den Basaren erhöhte sich der polnische Kundenanteil, was mit einem gestiegenen Anspruch der Kunden an die Händler einherging. Diese waren dadurch gezwungen, ihr Sortiment teilweise neu auszurichten und zu diversifizieren, konnten aber mit dieser Entwicklung oft nicht Schritt halten. Die große Bedeutung der Basare für den polnischen Osthandel ging somit weitgehend 1998/99 zu Ende, wenngleich diese bis heute fortbestehen und immer noch beachtliche Umsätze erzielen.<sup>308</sup> Für bestimmte polnische Wirtschaftszweige ist der Kleinhandel bis heute eine der wichtigsten Absatzformen.<sup>309</sup> Eine insgesamt rückläufige Tendenz zeichnete sich an der polnischen Westgrenze jedoch schon längere Zeit ab. Gerade dort orientierten sich die ganz überwiegend deutschen Kunden zunehmend an den preisgünstigen und vor allem komfortableren Supermärkten beiderseits der Grenze.

**Insgesamt** lässt sich der starke Rückgang der Bedeutung des Basarhandels auf folgende Gründe zurückführen: Von den **äußeren Faktoren** ist insbesondere die russische Währungskrise 1998 zu nennen, die die Kaufkraft des Rubels um die Hälfte (!) verringerte (ORŁOWSKI 2001: 108). Als weiteres Argument kann die Verschärfung der ausländerrechtlichen Vorschriften des Ausländergesetzes vom Juni 1997 und Januar 1998 sowie die revidierten weißrussischen und russischen Zoll- und Einreisebestimmungen angeführt werden. Da die Umsätze der Basare aber 1999 noch drastischer abnahmen und gleichzeitig die Einreisebestimmungen wieder weniger rigoros angewandt wurden, ist der Beitrag dieser

<sup>306</sup>In Warschau ging der Anteil ausländischer Kunden zwischen 1997 und 1999 von 62% auf 44% zurück, in Białystok von 80% auf 62% und in Tuszyń (Rzgów) von 21 (24)% auf 14 (18)%.

<sup>307</sup>Neben den russischen und weißrussischen Handelstouristen blieben auch teilweise die ukrainischen Pendelhändler fern, von denen sich ab 1998 40 bis 50% umorientierten und vor allem in die Türkei reisten ([www.ms.gov.pl/Unia\\_Europejska/polityka\\_wsch.html](http://www.ms.gov.pl/Unia_Europejska/polityka_wsch.html) [2.5.01]; LANG 2002: 28, Anm. 120).

<sup>308</sup>Auch in der Gesamtstatistik sank der Anteil des nicht-registrierten Exports am Gesamtexport Polens von einem Viertel Mitte der neunziger Jahre auf ein Zehntel am Ende der Dekade (ORŁOWSKI 2000: 99f).

<sup>309</sup>Bazary padły pierwsze, Interview mit Bohdan Wyźnikiewicz und Marcin Peterlik (IBnGR), Gazeta Wyborcza, 5.3.02.



Faktoren eher geringer zu veranschlagen. Von den **inneren Faktoren** ist insbesondere die wirtschaftliche Binnenentwicklung Polens zu nennen. Daneben spielte die Aufwertung des polnischen Złoty ab Mitte der neunziger Jahre nicht nur für den Export nach West-, sondern gerade nach Osteuropa eine wichtige Rolle, da die Eigenkapitalreserven der osteuropäischen Händler in aller Regel gering waren. Schließlich veränderte sich auch das Konsumverhalten der Polen, die zunehmend die neu eingerichteten, komfortableren Supermärkte und qualitativ höherwertige Ware bevorzugten. Da gleichzeitig der Anteil der Händler aus dem Osten zurückging, traf dies die polnischen Basare gleich doppelt (PETERLIK 2000: 23).

Für dieses Unterkapitel ist als **Fazit** insbesondere festzuhalten, dass Polen binnen eines Jahrzehnts eine rasante Entwicklung durchlebte: Noch Mitte der neunziger Jahre waren Fragen der Grenzsicherung und der illegalen Migration für Polen weitgehend unbekannte Problemkomplexe (IGLICKA 2001: 214). Gleichzeitig stiegen die Grenzübertritte an der polnischen Ostgrenze in den neunziger Jahren rasch an. Das Land musste sich somit sehr rasch an Anforderungen gewöhnen, die die deutliche Mehrheit der Akteure nur wider Willen mittrug und die in anderen Ländern über längere Zeiträume entstanden, von Polen aber aufgrund eines übergeordneten außenpolitischen Zieles, des EU-Beitrittes, akzeptiert wurden. Der Klein- und Grenzhandel erwies sich als ein beständigeres Phänomen als zunächst angenommen. Auch fast 15 Jahre nach der Zeitenwende von 1989 ist der Massenimport über Kleinhändler noch immer effektiver als die Einfuhr und Ausfuhr durch große Firmen, die es über die polnische Ostgrenze hinweg nach wie vor nur vereinzelt und mit nur langsam steigender Tendenz gibt (ORŁOWSKI 2001: 100f).

#### 6.3.4 Fazit

Als Fazit ist zu dieser Fallstudie insbesondere hervorzuheben, dass sich auch im polnischen Verhalten (wie schon im in Kapitel 5.1.3 analysierten Diskurs) insbesondere das Identitätselement „Polen als europäisches Land“ wiederfindet. Von den zu Beginn dieser Fallstudie genannten Argumentationsmustern lassen sich jedoch im Vergleich zum dazugehörigen Diskurs im Verhalten nur wenige solche Figuren wiederfinden: Speziell sind hier die Muster „keine Isolierung im eigenen Interesse“ sowie „Zivilisierung der Ostgrenze“ zu nennen. Dies ist ein Zeichen für das im Vergleich zum Diskurs weit stringenter Verhalten der zuständigen polnischen Organe zur Frage der Sicherung der eigenen Ostgrenze. Dieses war einerseits vom grundsätzlichen Willen markiert, die Vorgaben der EU zu erfüllen. Andererseits sollte aber im eigenen Interesse keine Isolierung im Verhältnis zu den um Austausch und Öffnung besonders bemühten Ländern (vor allem der Ukraine) erfolgen, wengleich der Grenzhandel mit seiner seit 1998/99 stark abnehmenden Bedeutung in den Erwägungen der für das polnische Verhalten wichtigen Akteure eine nur noch geringe Rolle einnahm.



# Kapitel 7

## Ergebnisse

Zunächst sollen in diesem abschließenden Kapitel die hinsichtlich der methodischen Gesamtkonzeption der Arbeit aufgeworfenen Fragen beantwortet werden (Punkte 1 bis 3). Abschließend folgen dann noch einige weitere Anmerkungen zu theoretischen und inhaltlichen Bereichen der polnischen Ostpolitik der neunziger Jahre.

### 1) Identität, Diskurs, Verhalten (Hypothesen/Leitfragen aus Kapitel 3.4):

a) Die Untersuchungen des Kapitels 5 haben deutlich gezeigt, dass die **erste Hypothese** aus Kapitel 3.4 zutreffend ist. Aus Kapitel 5.1 ergab sich insbesondere eine Konvergenz der diskursiven Position zur polnischen Ostpolitik. Da dabei insbesondere die SLD, aber auch (in abgeschwächter Form) die PSL ab etwa 1996 ihre ursprünglichen ostpolitischen Positionen deutlich modifizierten, bildete sich eine erkennbare Diskurshegemonie unter den polnischen Akteuren zugunsten der grundsätzlichen ostpolitischen Positionen der Pariser *Kultura* sowie der liberalen und liberal-konservativen Parteien in Polen heraus.<sup>1</sup>

b) Die Ausführungen zu Kapitel 5.2 und 6.1 haben gezeigt, dass die **zweite Hypothese** von Kapitel 3.4 nicht eindeutig beantwortet werden kann: Kapitel 5.2 ergab zum *Diskurs* insbesondere, dass der sehr offene Minderheitendiskurs bis heute weder konvergierte noch eine echte Diskurshegemonie hervorbrachte. Der Ministerrat spielte zwar eine wichtige Rolle, gerade bei der Einflussnahme auf das Parlament, konnte aber keine Diskurshegemonie, sondern allenfalls eine schwach dominante Position in dieser Hinsicht aufbauen. Dabei schwang minderheitenrechtlich zumeist die Frage nach der Gewährung von klassischen Gruppenrechten mit, was der Ministerrat ablehnte.<sup>2</sup> Noch stärker wur-

---

<sup>1</sup>Auch heute gibt es in Polen noch immer Ansichten, die eine prorussische Orientierung in der Außenpolitik (zuletzt KRÓL 2003: 21) oder aber den Aufbau einer eigenständigen polnischen Machtposition in Ostmittel- und Osteuropa (zuletzt Maciej Łętowski, *Gazeta Wyborcza*, 11.10.02) und einen gleichzeitigen antirussischen Diskurs in der polnischen Ostpolitik erkennen (zuletzt MILLER 2003: 41) oder eine solche Richtung fördern wollen. Diese Strömungen haben einen nur schwachen und weiter abnehmenden Rückhalt in der Gesellschaft. Insbesondere die Option einer eigenständigen Rolle Polens in Ostmitteleuropa hätte aufgrund fehlender Bündnispartner – in Frage kämen allenfalls Weißrussland, die Ukraine und mit Abstrichen die Slowakei – nicht einmal theoretische Chancen, zumal eine solche Allianz rasch in den historischen Kategorien polnischer Expansionsbestrebungen beurteilt werden dürfte.

<sup>2</sup>Schon im April 1994 betonte der Staatssekretär im MSZ, Stefan Meller, dass Polen die Rechte der polnischen Minderheiten verteidigen wolle. Man sei jedoch gegen alle Versuche, kollektive Minderheitenrechte einzuführen, die die Minderheiten als ein Subjekt des internationalen Rechts konstruieren oder ihnen eine politische Autonomie zugestehen wollten (GAŚOWSKI 2000: 100). Eine solche Idee hatte insbesondere der Senat mit seinem wiederholt eingebrachten Entwurf einer *Karta Polaka* verfolgt, die speziell

de die eher schwache Rolle des Ministerrates und der nachgeordneten Behörden in der Auslandspolen-Politik beim *Verhalten* (Kapitel 6.1) deutlich: Weitgehend unabhängig von den Parteizugehörigkeiten und Mehrheitsverhältnissen ist insbesondere ein anhaltender Konflikt zwischen den zuständigen Stellen der zuständigen Ministerien (vor allem MSZ und MEN) und dem Senat in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik festzuhalten, der deutlich über die üblichen Reibungsverluste bürokratischer Auseinandersetzungen um Zuständigkeiten hinausgeht. Dabei dominiert der Senat als legislatives (!) Organ, gestützt auf eine verfassungsrechtlich eigentlich nur schwache Position, durch die Zuweisung von 90 Prozent der staatlichen finanziellen Mittel zur Förderung der *Polonia* und der Auslandspolen deutlich die relevanten Akteure der polnischen Zentralverwaltung (MSZ, MEN, nachgeordnete Behörden und Durchführungsorganisationen). Er setzt mit einer oft sehr prononciert national orientierten Politik bis heute markante Akzente, obwohl das MSZ ausdrücklich die Zuständigkeit für die Koordinierung der gesamten *Polonia*- und Auslandspolen-Politik besitzt. In der Kompetenz der Ministerien blieben dagegen die eher unpolitischen Aufgaben (Kulturinstitute, Lektorate, Lehreraustausch, Organisation von Ferienlagern).<sup>3</sup> Für das Verhalten in der *Polonia*- und Auslandspolen-Politik könnte man deshalb insgesamt die These aufstellen, dass es sich hier bis heute um einen stillen Kompromiss zweier Lager mit stark unterschiedlichen Ansichten zur Rolle und Position von Minderheiten handelt.

c) Die Analyse des außenwirtschaftlichen Diskurses (Kapitel 5.1) zeigte einen sehr offenen, breit angelegten Diskurs zwischen den Diskursträgern, der jedoch bis heute nur eine schwache Diskurshegemonie zugunsten der „strategischen Partnerschaften“ erbrachte. Die **dritte Hypothese** aus Kapitel 3.4 ist deshalb für das Verhältnis von *Identität und Diskurs* teilweise zustimmend zu beantworten. Keine eindeutige Antwort kann jedoch bis heute auf die Frage gegeben werden, ob die starken Stimmen, die im Diskurs für eine Ökonomisierung der Beziehungen plädieren, dies überwiegend aus dem Wunsch heraus tun, nur das bestehende Handelsdefizit auszugleichen oder strategisch längerfristig auf den Aufbau einer guten Position im Kampf um zukünftige Marktanteile in Osteuropa setzen.

Die Frage nach dem Verhältnis von *Identität und Verhalten* in außenwirtschaftlichen Fragen muss insbesondere dahingehend untersucht werden, inwieweit das Schlagwort von den polnischen „Chancen auf den Ostmärkten“ Mythos oder Realität war: Es ist richtig, dass bereits zu Anfang der neunziger Jahre die Hoffnung zerstob, dass die GUS-Staaten rasch ein riesiger Zukunftsmarkt werden würden. Diese Staaten erwiesen sich für westliche Investoren insbesondere aufgrund der geringen und kaum ansteigenden Kaufkraft insgesamt als wenig attraktiv. Deshalb scheiterte auch der Gedanke, Polen zu einer wirtschaftlichen **Brücke** zwischen der EU und den östlichen Nachbarn Polen zu machen.<sup>4</sup> Die

---

den Auslandspolen bei Aufenthalt in Polen mit Ausnahme des Wahlrechtes dieselben Rechte einräumen wollte wie polnischen Staatsangehörigen. Ähnlich wie das geplante Auslandsungarn-Gesetz spielten bei der Ablehnung dieses Ansinnens völkerrechtliche Argumente eine große Rolle, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken und Immobilien, der Befreiung von einem eventuellen Visumzwang sowie der Möglichkeit, um polnische Stipendien anzusuchen (STELMACHOWSKI 2000: 299).

<sup>3</sup>Die eigenartige Position des Senatspräsidiums wird besonders auffällig, wenn man beachtet, dass das polnische Generalkonsulat in Grodno im Jahre 2000 beim Senatspräsidium einen Antrag auf Erstattung angefallener Kosten einreichte – eine bemerkenswerte Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative (Protokoll Nr. 70 der Sitzung des Senatspräsidiums, 8.12.99).

<sup>4</sup>So erreichte das deutsch-polnische Außenhandelsvolumen bereits 1996 den Umfang des deutsch-

Auslandsinvestitionen in Polen wurden gerade in Branchen getätigt, die für den polnischen Osthandel kaum eine Rolle spielen.<sup>5</sup> Der erhoffte Effekt, mit westlichen Auslandsinvestitionen in Polen auch polnische Investitionen in Litauen, Weißrussland, der Ukraine und Russland zu stimulieren, blieb aus. Bis heute gibt es kaum ein Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Polen, das sich auf die „Ostmärkte“ konzentriert. Ausländische Geldgeber investieren vor allem deshalb in Polen, da das Land über Standortvorteile im künftigen gemeinsamen Markt innerhalb der EU verfügt. Als Brücke nach Osten blieb Polen wenig attraktiv, da dieser Osten sich wirtschaftlich als wenig anziehend erwies.<sup>6</sup>

Die These von Peter Katzenstein – „the main purpose of all strategies of foreign economic policy is to make domestic policies compatible with the international political economy“ (KATZENSTEIN 1998: 4) – trifft durchaus für Polens Wirtschaftsbeziehungen zu Westeuropa (EU) und Ostmitteleuropa (CEFTA) zu. Insbesondere im Verhältnis zur Ukraine fällt jedoch auf, dass auch Warschau als politisch vergleichsweise enger Partner Kiev nach 1991 nicht davon überzeugen konnte, die Voraussetzungen für einen Beitritt zur CEFTA zu schaffen. Mit der Idee dieses Beitritts beabsichtigte die polnische Regierung weniger, westlichen Investoren die Märkte im Osten näherzubringen als vielmehr die Volkswirtschaften dieser Länder an den Westen anzunähern.

Einzig für die Lebensmittelindustrie hätte die These von der polnischen Brückenfunktion eine gewisse Berechtigung. Nur hier lässt sich eine gewisse Relation zwischen der Höhe der Auslandsinvestitionen und dem Volumen des Osthandels festmachen (BACHMANN 1998: 41). Es ist jedoch zu erwarten, dass Polen nach dem EU-Beitritt an Exportkontingente gebunden sein dürfte, die den polnischen Export in dieser Branche eher bremsen werden.

In seinen Bemühungen um die Steigerung des Exports nach Osteuropa kann Polen jedoch durchaus gewisse Erfolge vorweisen: So erreichte man 2002, vier Jahre nach der russischen Währungskrise, zumindest wieder annähernd die Exportzahlen von 1997, insbesondere auch dank der in Kapitel 6.2 beschriebenen außenwirtschaftspolitischen Instrumente.<sup>7</sup> Die Ostmärkte werden jedoch auch in Zukunft mittelfristig eine nur zweitrangige Rolle für den polnischen Export spielen. Selbst eine sehr günstige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten dürfte Polen kaum in die Lage versetzen, den Gemeinsamen Markt der EU vernachlässigen zu können. Zwar hat Polen zweifellos eine geographisch sehr günstige Lage und seine Vertreter verfügen oft über entsprechende Sprach- und Landeskenntnisse, aber die Aufnahmefähigkeit der Märkte in der Ukraine,

---

russischen Handelsumsatzes, die Auslandsinvestitionen in Russland betragen im selben Jahr gar nur weniger die Hälfte als in Polen (Die wichtigsten Partner im Außenhandel Deutschlands 1996 in Milliarden DM. Statistisches Bundesamt; Bonn 1997).

<sup>5</sup>1996 wurden 62,2% der Auslandsinvestitionen in Polen in der polnischen Industrie, 21% im Finanzsektor und 5% in den Bereichen Bau, Handel und Telekommunikation getätigt. Der polnische Osthandel umfasst jedoch – wie in Kapitel 6.2 dargestellt – ganz andere Branchen. Die großen Auslandsinvestitionen in Polen in den neunziger Jahren (z.B. Opel, Daewoo, Fiat) belebten ganz überwiegend die Binnenachfrage oder den Export in die EU, wohingegen die diesbezüglichen Ausfuhren in die GUS-Staaten marginal blieben.

<sup>6</sup>Die empirische Überprüfung dieser mangelnden Attraktivität setzt insbesondere beim Zoll- und Abgabensystem, der Steuergesetzgebung und der allgemeinen Rechtsunsicherheit für Investoren speziell in Russland, Weißrussland und der Ukraine an.

<sup>7</sup>2002 betrug der polnische Exportanteil in die ehemaligen Sowjetrepubliken 10,4 Prozent des gesamten polnischen Exportes (4,28 Mrd \$). Dieses Ergebnis lag nur um 180 Mio \$ unter dem Rekordwert von 1997 (Jahresbericht der KUKA S.A. 2002: 6).

Weißrussland oder Russland wird sich mittelfristig nur zögerlich verbessern.<sup>8</sup>

d) Die Analyse der Debatte über den sich verändernden Charakter der polnischen Grenzen, insbesondere in Zusammenhang mit dem Schengener Übereinkommen, ergab, dass sich der Diskurs nur zögerlich öffnete. Besonders interessant war dabei zu beobachten, dass auch ab Mitte der neunziger Jahre das Argumentationsmuster „Polen als Brücke zwischen Ost und West“ keine dominante Position im Rahmen des Identitätselements „Polen als europäisches Land“ erringen konnte. Als 1997/98 die EU Druck auf Polen ausübte, das Schengen-Regime an der Ostgrenze einzuführen, wurden zur Rechtfertigung der Einführung der Bestimmungen des Übereinkommens die neuen Argumentationsmuster „Erfüllung eines notwendigen Übels“ und „Zivilisierung der Ostgrenze“ verwandt, um weiterhin „Polen als europäisches Land“ zu präsentieren. Die **vierte Hypothese** aus Kapitel 3.4 ist somit für das Verhältnis von *Identität und Diskurs* zustimmend zu beantworten. Das Argumentationsmuster „Polen als Vorposten des Westens“ verschwand zwar immer mehr, wurde aber nicht von der Deutung „Polen als Brücke zwischen Ost und West“ verdrängt, sondern allmählich von den beiden genannten Mustern der „Zivilisierung“ und der „Erfüllung des notwendigen Übels“ abgelöst.

Die Hypothese aus Kapitel 3.4 zum Verhältnis von *Identität und Verhalten* ist ebenfalls, wenn auch etwas eingeschränkter zu bejahen: Warschau erwies sich dabei als sehr aktiv und akzeptierte auf der Basis von Rücknahmeabkommen bereits 1993 (mit der Ukraine) bzw. 1997 (mit Litauen) den visumfreien Reiseverkehr mit zwei seiner vier östlichen Nachbarn, lehnte jedoch den von Russland und Weißrussland geforderten visumfreien Reiseverkehr ohne Rücknahmeabkommen ab. Die Verpflichtung gegenüber der EU im Jahre 1999 zur vollen Übernahme der Bestimmungen des Schengener Übereinkommens stieß in Kiev zunächst auf großes Unverständnis. In der Folgezeit gelang es Polen aber, die vorgesehenen Regelungen des Abkommens auch zur Geltung zu bringen und den vom ukrainischen Präsidenten Kučma heraufbeschworenen „Vorhang aus Papier“ einer neuen Teilung an der polnischen Ostgrenze zu verhindern.<sup>9</sup> Dies geschah nicht zuletzt auch im eigenen Interesse, um unter anderem nicht die gegenseitigen Minderheiten beiderseits der Ostgrenze unverhältnismäßig zu benachteiligen (NAJDER 2001c: 87). Ferner war man in Warschau mehr und mehr der Ansicht, die Ukraine strategisch als Bindeglied an den Westen und wirtschaftlich als potentiellen Absatzmarkt zu benötigen.

Die polnische Ostpolitik war somit in dieser Frage um die Verhinderung einer Abschottung bemüht, ging jedoch nur im Alleingang vor: Insbesondere erfolgte keinerlei nach außen erkennbare, eigentlich zu erwartende Kooperation mit der Slowakei und Ungarn, die südlich ebenfalls an die Ukraine angrenzen, um den Druck auf die EU zu erhöhen, für den Reiseverkehr mit der Ukraine Sonderregelungen im Rahmen des Schengener Übereinkommens zu ermöglichen.<sup>10</sup>

<sup>8</sup>ORŁOWSKI 2001: 95. Auch unter Zugrundelegung eines sehr optimistischen Zukunftsszenarios kam eine Langzeitstudie zu den Ergebnis, dass auch im Jahre 2030 das Pro-Kopf-BIP in der Ukraine kaum über 35% des EU-Durchschnittes steigen dürfte. Dagegen betrug das Pro-Kopf-BIP in den zehn ostmitteleuropäischen EU-Kandidatenstaaten (einschließlich Bulgarien und Rumänien) bereits im Jahre 2000 40% des EU-Durchschnittes (Central and Eastern Europe 2000-2040, NOBE 2000, SCENES-Projekt, www.nobe.pl, Daten zitiert nach ORŁOWSKI 2001: 92f).

<sup>9</sup>So der ukrainische Präsident auf der Konferenz für Ostsee-Schwarzmeer-Kooperation von 14 Staatsechefs und weiteren Vertretern aus 22 Staaten am 10./11.9.99 (SZMYD 2000: 185).

<sup>10</sup>Die Visegrád-Gruppe blieb in den neunziger Jahren „vor allem ein Akt des politischen Willens“ (WIŚNIEWSKI 1998: 47), auch wenn die Essays vieler ostmitteleuropäischer Intellektueller über die hi-

**Insgesamt** bleibt somit auch für den polnischen Diskurs festzuhalten, was das PAFE-Projekt auch für die untersuchten Mitgliedsstaaten der EU als Ergebnis erbracht hatte (MAULL/STAHL 2002: 14): Die Annahme von der Dominanz des *Diskurses* der Regierung muss relativiert werden. Auch in Polen war insbesondere der Ministerrat in Schlüsselfragen der Ostpolitik unentschlossen und eher abwartend, auch bedingt durch die Anfang der neunziger Jahre häufigen Regierungswechsel. Gleichzeitig ist als Ergebnis der Diskursanalysen festzuhalten, dass sich eine These von der größeren Offenheit von Sejm und Senat sowie der Öffentlichkeit für ostpolitische Fragen kaum halten lässt: Die Legislative äußert ihre Ansichten vielmehr zumeist einfach radikaler: etwa *für* eine rasche Unabhängigkeit der östlichen historischen Nachbarn, aber auch *für* eine harte Linie in der Minderheitenpolitik gegenüber diesen Ländern.

In den Fallstudien zu Schengen und vor allem zur Außenwirtschaftsförderung wurde das polnische *Verhalten* vom Ministerrat bestimmt. Dagegen spielte im Bereich Auslandspolen-Politik insbesondere der Senat die entscheidende Rolle und verwies den Ministerrat wie auch den Präsidenten deutlich auf eine zweitrangige Position. Gleichzeitig bewegte sich das Verhalten in den Fallstudien zur Außenwirtschaftspolitik und zur Sicherung der polnischen Ostgrenze voll im Rahmen des durch Identitätselemente abgedeckten Rahmens. Auch im Falle der Auslandspolen-Politik blieb das Verhalten grundsätzlich in diesem Rahmen. Erstaunlich ist jedoch, dass die mehr oder minder offene Ausrichtung dieser Politik an ethnischen Kriterien, wie in Kapitel 6.1 beschrieben, keinen größeren diskursiven Widerspruch herausforderte, sondern ein solcher sich allenfalls gegen die Träger der Durchführung dieser Politik richtete.

Die Synthesen aus Kapitel 5 und 6 erbrachten in allen Fallstudien mehr oder minder stark ausgeprägte *Unterschiede zwischen Diskurs und Verhalten*. Ein wichtiger Grund dafür sind die unterschiedlichen Akteure: Während in Kapitel 5 eher Akteure des politischen Diskurses analysiert wurden (die teilweise auch über Entscheidungskompetenzen verfügten), wurden in Kapitel 6 in den zu den Diskursen passenden Verhaltensanalysen eher Verwaltungsakteure identifiziert, die die einmal getroffenen Entscheidungen durchführen, jedoch auf eine andere Weise sozialisiert sind. Es ist deshalb nicht besonders erstaunlich, dass sich Diskurs und Verhalten der polnischen Ostpolitik nach 1989 teilweise erheblich unterschieden.<sup>11</sup>

Die polnische *Identität* hat sich, ausgehend von der in Kapitel 1 gegebenen Definition, somit insgesamt auch im Falle der eher noch „westfälisch“<sup>12</sup> strukturierten Staaten Ostmittel- und Osteuropas am Beispiel Polen als relativ stabil über die Zeitenwende des

---

storischen und geistigen Verbindungen Ostmitteleuropas überzeugend klangen. Wirtschaftsdaten und die Ergebnisse kultureller und gesellschaftlicher Forschungen zeigten jedoch, dass die vier Staaten der Region nach 50 Jahren Kommunismus genau so viel trennt wie sie verbindet, das Niveau des Unwissens über die Nachbarn und der negativen Stereotypen recht hoch ist und die wirtschaftlichen Interessen nur schwierig zu vereinbaren waren. Nur bis etwa 1992 betrachteten polnische Diplomaten wie auch „ein nicht unerheblicher Teil der öffentlichen Meinung“ (WIŚNIEWSKI 1998: 48) diese Initiative als dauerhafte Struktur oder sogar als Erfüllung der Vision eines integrierten ostmitteleuropäischen Raumes, was gelegentlich als ein Ziel der polnischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts bezeichnet wurde. Die Visegrád-Gruppe blieb jedoch insgesamt vor allem ein pragmatischer Ansatz zur Demontage überkommener Institutionen und ein Katalysator zur raschen Integration in westliche Strukturen.

<sup>11</sup>Die Arbeit macht jedoch, wie in Kapitel 1 methodisch erläutert, keinen Unterschied zwischen „rhetorischem“ und „argumentativem“ Handeln.

<sup>12</sup>Zur Einteilung der heutigen Staaten in die Kategorien „westfälisch“, „postkolonial“ und „postmodern“ siehe SØRENSEN 1997: 258-264.

Jahres 1989 hinweg erwiesen. Auffällig war in allen drei Fallstudien, dass sich wohl die Argumentationsmuster des Diskurses nicht immer auch im polnischen Verhalten widerspiegelten. Doch ist als wichtiges Ergebnis festzuhalten, dass sich die vier in den Vorstudien (Kapitel 2 und 3) ermittelten Identitätselemente auch wieder in den speziellen Fallstudien der Kapitel 5 und 6 wiederfanden. Gleichzeitig entwickelten sich nach 1989 keine neuen polnischen Identitätselemente.

Die treibende Kraft unter den vier angeführten Identitätselementen scheinen hinsichtlich der polnischen Ostpolitik insbesondere (in dieser Reihenfolge) die Elemente „Polen als europäisches Land“ sowie „*polskość*“ (Polentum) zu sein, wohingegen das Element „Polen zwischen Deutschland und Russland“ aufgrund der für Polen ausgesprochen günstigen Entwicklung der internationalen Politik nach 1989 in den Hintergrund getreten ist und das Element „Polen als Handelsstaat“ (noch) etwas schwächer ausgeprägt ist. Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit, als Polen von Ost und West bedroht war, selbst regionale Vormacht werden wollte, keine allseits anerkannten Grenzen hatte und gerne in der Rolle des „Zivilisators“ oder „Retters“ auftrat, erscheint das heutige Polen aus westlicher Sicht als so „europäisch“ wie noch nie zuvor in seiner Geschichte.<sup>13</sup>

2) Aus den obigen Ausführungen ergibt sich die Frage, inwieweit sich Polen seit 1989 für seine östlichen Nachbarn als **Anwalt, Brücke oder Vorposten** verstand. Man kann dabei nicht von einer generellen Funktion Polens gegenüber allen vier östlichen Nachbarn sprechen, sondern wird länderspezifisch vorgehen müssen. Allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass sich Polen umso mehr als Anwalt (Vorposten) in Diskurs und Verhalten gegenüber einem seiner östlichen Nachbarn verstand, je mehr (weniger) dieser seine eigene innere Ordnung und seine außenpolitischen Ziele denjenigen Polens anglich. War keine eindeutige Tendenz in dieser Frage zu erkennen, so verstand sich Polen tendenziell als „Brücke“.

Vielleicht war Polen 1920 tatsächlich ein westlicher **Vorposten** im Kampf gegen das bolschewistische Russland und in der Zwischenkriegszeit ein Teil des westlichen *cordon sanitaire*. Nach 1989 sah die polnische Regierung ihr Land jedoch nicht mehr in dieser Funktion.<sup>14</sup> Polen kann durch seine Verankerung in westlichen Strukturen zwar geographisch als „westlicher Vorposten“ gedeutet werden. Dieser Zustand entspringt aber eher den Verpflichtungen, die Polen mit seinen Mitgliedschaften in Europarat, NATO und EU eingegangen ist.<sup>15</sup> Allenfalls gegenüber Litauen übernahm Polen seit 1994 tatsächlich zeitweise die Funktion eines Fürsprechers oder **Anwalts** wie Deutschland dies gegenüber Polen Anfang der neunziger Jahre getan hatte. Dagegen lehnte es die Ukraine nicht zuletzt aufgrund ihres eigenen Gewichtes ab (wie insbesondere in Kapitel 5.1.2 gezeigt wurde), dass Warschau eine solche Funktion gegenüber Kiev einnehme. Polen hatte in dieser Hinsicht tatsächlich eher die Funktion einer **Brücke**. Dabei bemühte man sich gegenüber der Ukraine ganz besonders deutlich, die Vorzüge einer Annäherung an den Westen herauszustreichen, wenngleich diese Brücke in außenwirtschaftlichen Fragen eher

<sup>13</sup>Darauf wiesen bereits 1993 Adam Krzemiński und Wiesław Władysław hin (Czym Polska stoi, Polityka, 1.8.93).

<sup>14</sup>Die Truppenverlegung an die Ostgrenze 1992, von Weißrussland kritisch kommentiert, ist etwa weniger ein Mißtrauensbeweis gegenüber dem östlichen Nachbar als vielmehr Ausdruck des gestiegenen Vertrauens zum westlichen Nachbarn (BACHMANN 1998: 43; Życie Warszawy, 23.11.95).

<sup>15</sup>So war etwa nur schwerlich denkbar, dass nicht auch Polen, wie alle EU-Staaten, 1998 seinen Botschafter aus Minsk abberief. Warschau übernahm jedoch nicht das vom EU-Rat beschlossene Einreiseverbot für hohe weißrussische Amtsträger.



einer schmalen Einbahnstraße von West nach Ost glich. Durch die liberale Einreiseregulierung für Staatsangehörige *aller* Nachbarstaaten übernahm Polen jedoch bis zu seinem EU-Beitritt eine Funktion, die teilweise derjenigen Österreichs während des Kalten Krieges glich. Mit der für den EU-Beitritt unumgänglichen Einschränkung des Grenzverkehrs und der russischen und weißrussischen Weigerung, ein Rücknahmeabkommen mit Polen zu unterzeichnen, verengt sich jedoch diese Brückenfunktion Polens auf die Ukraine.

**3) Verständnis-/ Erklärungspotential des PAFE-Ansatzes:** Die Arbeit hat unter anderem auch gezeigt, dass mit dem gewählten moderat-konstruktivistischen Ansatz die polnische Ostpolitik nach 1989 besser erklärt oder verstanden werden konnte als mit einem älteren Theorieansatz der Internationalen Beziehungen oder der Außenpolitikforschung. Mit einem (**neo-**) **realistischen Ansatz** wäre es nicht möglich gewesen zu verstehen, warum etwa Polen als zunehmend wohlhabendes Land nicht den Grenzverkehr zu den wirtschaftlich leistungsschwächeren Nachbarn, insbesondere der Ukraine, gemäß der bislang üblichen Praxis der Anwendung des Schengener Übereinkommens regelt und sich durch dieses Wohlverhalten eine möglichst günstige Ausgangsposition für die kommende EU-Mitgliedschaft schafft.

West und Ost sind heute jedoch nicht mehr mit Begrifflichkeiten des Kalten Krieges zu beschreiben. Die Begriffe „Sicherheit“, „Nationalstaat“, „Grenze“ und „Souveränität“<sup>16</sup> haben spätestens nach 1989 auch in Ostmittel- und Osteuropa eine neue Bedeutung gewonnen.<sup>17</sup> Dazu zählt insbesondere die Einsicht, keine „selbständige“, aber gleichzeitig auch isolierte Außenpolitik mehr wie noch in der Zwischenkriegszeit verfolgen zu können, sondern im Rahmen der existierenden multilateralen Strukturen zu agieren.<sup>18</sup>

Auch aus der Perspektive des **Neoinstitutionalismus** hätte die polnische Ostpolitik nur in geringerem Maße erklärt oder verstanden werden können: Dieser Ansatz hätte durchaus die Konsequenzen der Machtteilung im politischen System Polens zwischen Ministerrat, Präsident, Verwaltung (Ministerien, zentrale Behörden), Durchführungsorganisationen und Legislative für die polnische Ostpolitik erklären können. Er hätte vielleicht auch, eine ideale Datenlage vorausgesetzt, das Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation zwischen verschiedenen Ministerien sowie das Entscheidungsverhalten in parlamentari-

<sup>16</sup>Die klassische Definition von Souveränität eines Staates als dessen uneingeschränktes Recht, Militärbündnisse zu schließen sowie eine autarke Wirtschaftspolitik und militärische und wirtschaftliche Expansion zu betreiben, hat heute durch die Existenz multilateraler Strukturen, die Verteilung der Rohstoffe und die hochspezialisierte Arbeitsteilung auf den Weltmärkten längst ausgedient. Ein solches Modell der internationalen Beziehungen, das eher dem Stand der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg entspricht, liegt etwa den Ausführungen von Marek Cichocki und Krzysztof Rak (*Słabe państwo – słaba dyplomacja*, *Życie*, 18.4.01: 15) zugrunde, denen Grzegorz Kostrzewa-Zorbas (*Dawniej było lepiej*, *Życie*, 25.4.01: 15) vehement widersprach. Eine Grenze ist heute in Europa längst nicht mehr das Zeichen äußerer Souveränität, das das eigene vom fremden Gebiet trennt und dessen Bewachung bzw. Durchlässigkeit einzig und alleine Organen des gegebenen Staates obliegt.

<sup>17</sup>Auch die in Polen noch häufig anzutreffende Hilfskonstruktion, die Ziele der eigenen Außenpolitik mit Verweis auf die „Staatsraison“ legitimieren zu wollen (so etwa KAMIŃSKI 2000: 234), bewahrt nicht davor, diese „Staatsraison“ sorgfältig und facettenreich zu definieren und nicht nur auf das internationale Prestige Polens abzuheben, um außenpolitische Aktionen zu legitimieren und mit dem Mantel der „Normalität“ zu umgeben.

<sup>18</sup>Mit „multilateral“ ist nicht nur „im Rahmen der EU/NATO“ gemeint, sondern durchaus auch andere regionale Initiativen: So hätte sich Polen zum Beispiel durchaus stärker um eine abgestimmte Ukraine-Politik mit den anderen Staaten der Visegrád-Gruppe oder um eine mit Litauen koordinierte Politik gegenüber Weißrussland bemühen können.

schen Ausschüssen (etwa im Präsidium des Senats) erläutern können. Aber wie hätte etwa aus neoinstitutionalistischer Perspektive die Bedeutung von Geschichte und Identitäten verstanden werden sollen, wenn diese Ansätze in der Regel *a priori* davon ausgehen, dass Akteure vorhandene Identitäten nur für ihre eigenen Interessen benutzen und möglichst rational handeln? Die grosse Bedeutung, die Warschau trotz knapper Kassen weiterhin der Auslandspolen-Politik beimisst, ist weder rational noch lässt sich mit einem Ansatz verstehen, der Identitäten nur instrumentell begreift. Und schließlich erscheint der gewählte Ansatz auch deshalb der richtige gewesen zu sein, da er bewusst die sonst vielfach anzutreffende Personenfixiertheit bei der Analyse von Außenpolitik aufgibt, ohne dabei einen strukturalistischen Zugang zu wählen.<sup>19</sup>

4) Hinsichtlich der **Auslandspolen-Politik** erscheint es bis heute nicht besonders ermutigend, dass die Frage der polnischen Minderheit in Litauen, und dabei insbesondere das polnische Schulwesen, im innerpolnischen Diskurs (und teilweise auch im Verhalten) bis heute eine solch wesentliche Rolle spielt. Objektiv ist die polnische Minderheit in Weißrussland erheblich größer und hat vor allem den Schutz der polnischen Institutionen weit nötiger, ebenso die verstreut siedelnde polnische Minderheit in der Ukraine. Ferner waren in Litauen etwa Fragen der Privatisierung von Land für die polnische Minderheit weit dringlicher. Das zeigt einerseits, dass das Schulwesen seit zumindest der Zwischenkriegszeit bis zum heutigen Tag ein besonders empfindlicher Bereich in minderheitenpolitischen Fragen ist, und andererseits den unvergleichlich größeren Druck, den Polen gegenüber dem kleinen Litauen (nicht aber gegenüber Weißrussland und der Ukraine) ausübte. Der bloße Hinweis auf die Prozentzahl der polnischen Minderheit an der Gesamtbevölkerung Litauens (etwa sieben Prozent) scheint kein ausreichender Grund für ein „Sonderverhalten“ innerhalb der Auslandspolen-Politik zu sein. Es wäre fatal für die polnisch-litauische Nachbarschaft, wenn die litauische Seite vom Verdacht überzeugt wäre, dass Polen aus der ungleichen Nachbarschaft Kapital schlagen wolle. Dabei drängt sich die Frage auf, ob Polen, wenn in Litauen auch heute noch 20 Prozent oder mehr ethnische Polen leben würden, eine noch deutlicher konfrontative Politik verfolgen würde, die an die Muster der Zwischenkriegszeit erinnern würde. Auch sollten sich die polnischen Akteure der hypothetischen Frage bewusst sein, welche Entrüstung etwa eine entsprechende ungarische Politik gegenüber Serbien, der Slowakei oder Rumänien oder gar eine vergleichbare Haltung Deutschlands gegenüber Polen hervorrufen würde (SOBCZAK 2000: 150). Die Anknüpfung an die Zwischenkriegszeit zur Stärkung oder Neuformierung der nationalen Identität ist ein in Ostmittel- und Osteuropa weitverbreitetes Phänomen (PRIZEL 1998, MILLER 2003: 47), das jedoch mehr Probleme aufwirft als diese zu lösen.

Der Senat und die *Wspólnota Polska* sind weiterhin, wenn auch mit abnehmender Tendenz, das institutionelle Vehikel, eine solche „Sonderpolitik“ in Fragen der Auslandspolen gegenüber Litauen zu verfolgen. Ausgestattet mit einer verfassungsrechtlich nur sehr schwachen Rolle und gegen die gesetzlich geregelte Generalkompetenz des MSZ zur Koordinierung der gesamten *Polonia*- und Auslandspolen-Politik verfügt der Senat und die

<sup>19</sup>Zwar ist vielleicht dem ehemaligen polnischen Außenminister Olechowski zuzustimmen, dass der erste polnische Außenminister nach 1989, Krzysztof Skubiszewski, der „Balcerowicz [Finanzminister und Schlüsselfigur der wirtschaftlichen Transformation Polens nach 1989, S.G.] der polnischen Diplomatie“ (zit. nach KUŹNIAR 1993: 19) gewesen sei, doch hat insbesondere die Diskursanalyse in Kapitel 5 gezeigt, dass Skubiszewskis Position keinesfalls immer mehrheitlich akzeptiert worden wäre oder kontinuierlich die Diskurshegemonie beeinflusst hätte.

ihm nachgeordneten, mehr oder weniger von ihm abhängigen Durchführungsorganisationen weiterhin, wie in Kapitel 6.1 dargestellt, über mehr als 90 Prozent der finanziellen Ressourcen in diesem Politikbereich, ein auf längere Sicht bei unveränderter Politik dieser Institutionen kaum tragbare Situation. Mit historischen Argumenten begründet (in der Zwischenkriegszeit war der Senat für einen Teil der Außenpolitik zuständig), hat sich diese Kompetenzzuweisung in ein generelles verfassungsrechtliches Problem (Außerkräftsetzung des Grundsatzes der Trennung von Haushaltsbewilligung und -umsetzung zwischen Legislative und Exekutive) sowie in eine politische Frage verwandelt. Insbesondere die *Wspólnota Polska* konterkariert mit ihrer Politik nicht selten die Absichten der Regierung und der polnischen Auslandsvertretungen, leistete (vor allem in Litauen) zeitweise radikalen, gegen die staatliche Ordnung gerichteten Kräften innerhalb der polnischen Minderheit finanzielle Unterstützung und tritt in der Öffentlichkeit mit häufig diskussionsunwürdigen Thesen auf.<sup>20</sup>

5) Die Arbeit hat auch gezeigt, welche eminente Bedeutung **Geschichte** und **Historiographie** für die Identität und die Sozialisation von Akteuren der polnischen Ostpolitik hatten. Bis heute sind die historischen Bindungen Polens an seine östlichen Nachbarn weit enger als etwa die der europäischen Mittelmeerstaaten zu ihren nordafrikanischen Nachbarn. Dabei werden nicht nur in polnischen Kreisen oft spezielle Beziehungen und Bindungen zu den östlichen Nachbarn geäußert. Auch in diesen Ländern selbst ist oftmals das Gefühl besonderer Bindungen durchaus ambivalenter Art an die ehemalige gemeinsame Staatlichkeit vorhanden.<sup>21</sup> Ein nur individualistische Vision von Geschichte (wie sie etwa Václav Klaus in Tschechien vertritt), bei der eine Gesellschaft nur die eigenen Partikularinteressen realisiert und den Staat auf seine Nachwächterfunktion reduziert, wäre etwa für Aleksander Smolar, den Vorstandsvorsitzenden der Batory-Stiftung, eine unzulässige Reduktion Polens auf ein insbesondere in Westeuropa anzutreffendes Verständnis. „Sieht man das Volk (*naród*) aber als Gemeinschaft an, die sich durch Geschichte, Kultur und Traditionen herausgebildet hat und die gemeinsame Erlebnisse in der Geschichte vorzuweisen hat, als Einheit, die das Gefühl gemeinsamer Werte und durch historische Erfahrungen gemeinsam bestimmter Ziele hat, dann können wir uns von unseren östlichen Nachbarn nicht abschneiden. (...) Indem wir nach Westen gehen – kulturell und intellektuell sind wir dort irgendwo – sind wir in unserem Denken über die Welt sehr stark mit dem Osten verbunden.“<sup>22</sup>

Ein Nebenprodukt dieser Arbeit ist auch die Erkenntnis, dass Ukrainer und Weißrussen heute nicht nur formell über einen eigenen Staat verfügen, sondern sich auch historisch und kulturell signifikant von den Großrussen wie von den Polen unterscheiden. Die doppelte Herausforderung durch die Großrussen bzw. im Mittelalter die Mongolen sowie die polnisch-litauische Expansion insbesondere im 16. und 17. Jahrhundert schufen die „Voraussetzungen für die besonderen Wege“ dieser Nationen.<sup>23</sup>

<sup>20</sup>Siehe etwa die Vierteljahreshefte der *Wspólnota Polska*, in denen längst überwunden geglaubte Stereotypen – neben durchaus sehr wichtigen Artikeln – weiter gepflegt werden.

<sup>21</sup>Der litauische Historiker und Emigrant Romualdas Misiūnas definierte Polen einmal als Litauens „psychologisch nächsten Nachbarn“, Präsident Valdas Adamkus sprach von Polen als dem „historisch nächsten Nachbarn“ (VALIONIS/IGNATAVIČIUS/BRIČKOVSKIENĖ 1998: 7).

<sup>22</sup>Aleksander Smolar, Polska polityka wschodnia, Protokoll einer von der Batory Stiftung und Tygodnik Powszechny veranstalteten Diskussion, 1.3.01, www.batory.org.pl [15.4.01].

<sup>23</sup>ZERNACK 1994: 22; siehe auch MILLER 2003: 43.

6) Bei der **geographischen Abgrenzung** der Arbeit wurde bewusst *Litauen* zu den Adressaten der polnischen Ostpolitik nach 1989 gerechnet. Zwar ist zutreffend, dass die heutige polnische Ostpolitik auf vier außerordentlich unterschiedliche Nachbarn gerichtet ist<sup>24</sup> und die Fallstudien ergeben haben, dass insbesondere Litauen in vielen Fragen der organisatorischen Einordnung (etwa im MSZ oder als Folge der CEFTA-Mitgliedschaft) in Polen bereits wie ein „normales europäisches Land“ behandelt wird. Dennoch ist als deutliches Ergebnis der Diskurs- und Verhaltensfallstudien der Kapitel 5 und 6 festzuhalten, dass die polnische Litauen-Politik zumeist eher der Politik gegenüber der Ukraine, Weißrussland oder Russland ähnelte als derjenigen gegenüber der Slowakei, der Tschechischen Republik oder Ungarn, ganz zu schweigen von den EU-Altmitgliedern.

Die vielmals aus der Geschichte resultierenden Probleme in den polnisch-litauischen Beziehungen finden sich auch in den polnisch-russischen Beziehungen wieder. Hierbei nimmt *Russland* gegenüber Polen teilweise die Rolle Polens in den polnisch-litauischen Beziehungen ein. Es ist unstrittig, dass eine Arbeit zur polnischen Ostpolitik kaum ohne die Rolle Russlands in der Region auskommt. Es wurde jedoch deutlich, dass die Bedeutung Russlands für die polnische Ostpolitik weit über das eher bilaterale Problem der russischen Energielieferungen nach Polen hinausgeht. Zwar kann hier nicht die Frage beantwortet werden, welchen Weg Russland zukünftig einschlagen wird, einen demokratischen oder einen imperialen, doch wurde insbesondere aus dem polnischen Diskurs deutlich, dass es in Polen auch heute noch seriöse Stimmen gibt, die eine expansionistische russische Außenpolitik fürchten und die sich insbesondere um die Ukraine bemühen, um den russischen Einfluss auf dieses Land zu beschränken. In einer gewissen Weise, wenngleich von polnischer Seite ohne den vor 1945 üblichen paternalistischen Unterton, führen Polen und Russland somit auch heute noch eine Auseinandersetzung um die „Dominanz der Ideen“ in den Staaten zwischen ihnen: Den Vorstellungen von den polnischen *kresy wschodnie* (ehemalige Ostgebiete) stehen die Gedanken der russischen *zapadnye gubernie* (ehemalige Westgebiete) gegenüber.<sup>25</sup>

7) Während Polen in der Zwischenkriegszeit zwei klare, wenn auch sich ausschließende außenpolitische Visionen hatte, die nationaldemokratische und die föderalistische, fehlte nach 1989 eine solche Einteilung. Die „Rückkehr nach Europa“ blieb zunächst eine sehr allgemeine Formel. Als daraufhin der NATO- und EU-Beitritt als strategisches Ziel vorgegeben wurden, war sich die politische Klasse nicht immer ausreichend bewusst, dass man sich an multilaterale Strukturen anschloss, die sich (speziell die NATO) nach 1991 rasant veränderten. Diese relative Passivität ließ Zdzisław Najder zu dem Ergebnis kommen, dass künftige Historiker „mit Sicherheit feststellen werden, dass die Polen nach 1989 ein in der Geschichte noch nicht dagewesenes Glück hatten“ (NAJDER 1999: 216f): Zwar habe das jenseits der polnischen Nord- und Ostgrenze nach 1989 entstandene Vakuum Polen vom unmittelbaren russischen Druck befreit und die Aufnahme von Beziehungen zum Westen erlaubt, aber insbesondere der polnische Ministerrat habe nach 1989 nur selten den Gang

<sup>24</sup>Siehe dazu zutreffend etwa GROMADZKI 2001: 73. Es ist jedoch erwähnenswert, dass die heutige litauische, weißrussische und ukrainische Ostgrenze sich ungefähr mit der Grenze der ehemaligen Polnischen Adelsrepublik von vor 1772 deckt.

<sup>25</sup>Ein weiterer polnisch-russischer Konflikt ergibt sich aus den unterschiedlichen Auffassungen zur Rolle des Westens für Polen. Während in Polen die historische, kulturelle und religiöse Zugehörigkeit zum Westen nicht nur unstrittig ist, sondern geradezu „kultiviert“ (KOBRIŃSKAJA 1998: 119) wird, trifft in Russland – vor allem unter den Eliten – das Betonen dieser Unterschiede bestenfalls auf Unverständnis und oft auf Gereiztheit.

der Ereignisse selbst aktiv vorangetrieben.<sup>26</sup> Die EU verlange jedoch von ihren Mitgliedern einen eigenständigen Standpunkt.<sup>27</sup> Nicht ausreichend sei in diesem Zusammenhang die Wiederholung des Schlagwortes von der „Verteidigung der nationalen Interessen Polens“, da damit noch nicht die Rolle Polens in Europa im 21. Jahrhundert bestimmt sei. Die Parole diene eher dazu, Polen von äußeren Einflüssen abzuschotten und führe gleichzeitig zum verminderten polnischen Einfluß auf das Ausland (NAJDER 1999: 219).

Der Jahresbericht des führenden ostwissenschaftlichen Instituts Polens (*OSW*) bemerkte bereits 1998,<sup>28</sup> dass Polen noch über einen längeren Zeitraum am geographischen Rande nicht nur der NATO, sondern auch der EU verbleiben werde. Umso notwendiger erscheint eine **aktive polnische Ostpolitik** Warschaus. Wenn sich vielleicht noch die EU eine „Politik ohne Strategie“ (ZIELONKA 1998) gegenüber Osteuropa erlauben kann, so ist Polen als Nachbar der Länder jenseits der neuen EU-Außengrenze zu einer aktiven Ostpolitik geradezu verurteilt (NAJDER 1999: 220, KRÓL 2003: 21, SNYDER 2003: 37) und kann sich keine Beschränkung seiner EU-Politik auf die Auslotung von Blockademöglichkeiten in Brüssel erlauben. Polen muss im Gegenteil aktiv an der Ausarbeitung einer neuen EU-Ostpolitik ein vitales Interesse haben, da sich auf lange Sicht nicht die EU-Integration, sondern die Abmilderung und der Ausgleich eventuell zunehmender ökonomischer und sozialer Unterschiede zwischen West- und Ostpolen als das Kernproblem der EU-Integration erweisen könnte. Damit könnte das politische Programm der *Kultura* im Rahmen der Europäischen Union erneut einen wegweisenden Beitrag leisten.

---

<sup>26</sup>Polen drängte etwa (im Gegensatz zu Ungarn) nicht auf die Auflösung des Warschauer Paktes (da man glaubte, die sowjetischen/russischen Truppen noch zur Absicherung für alle eventuellen Fragen der polnischen Westgrenze zu benötigen) oder die Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit. Als wegweisende Entscheidungen nennt Najder in diesem Zusammenhang nur die rasche Anerkennung der Ukraine (dank des Beschlusses von Premier Bielecki), das Ziel des NATO- und EU-Beitrittes durch Premier Olszewski sowie die Unterstützung der Ukraine in Washington durch den damaligen Außenminister Bartoszewski. Ein Zeichen von Desinteresse des polnischen Ministerrates an der Ostpolitik sei dagegen die Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch Polen 1998 gewesen, da damit die Ostpolitik vollständig dem Präsidenten überlassen worden sei (NAJDER 1999: 217f).

<sup>27</sup>Najder kritisierte in diesem Zusammenhang den „beinahe automatischen Pro-Amerikanismus der öffentlichen Meinung Polens“, der übersehe, dass die USA ihren Verbündeten gerne gelegentlich Entscheidungen abnähmen, was wiederum „eigenes Denken verhindert“ (NAJDER 1999: 219).

<sup>28</sup>Ośrodek Studiów Wschodnich (Hrsg.): Rok 1998 – koniec iluzji?; Warszawa 1998.

## Literatur:

### I. Internationale Rechtsquellen, Verfassungstexte, Gesetze und Verordnungen

**DUDEK**, Dariusz 2001: Konstytucja RP. Zagadnienia podstawowe, wybór źródeł; Lublin.

Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej 1989-2003

**KOPERSKA**, Teresa (Hrsg.) 1999: Konstytucja Ukrainy. Uchwalona na piątej sesji Rady Najwyższej Ukrainy 28. czerwca 1996 roku. Wstęp i tłumaczenie: Ewa Toczek; Warszawa.

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 1995: Porozumienia z Schengen (Postanowienia Układu z Schengen i Konwencji Wykonawczej, problemy wprowadzenia ich w życie, znaczenie dla Polski); Warszawa. (=Kancelaria Sejmu, Raporty BSE, Nr. 77)

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 1996a: Standardy międzynarodowe ochrony osób należących do mniejszości narodowych i etnicznych. ONZ, KBWE, Rada Europy a polski system prawny. Warszawa. (=Kancelaria Sejmu, Raporty BSE, Nr. 83)

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 1996b: Międzynarodowe regulacje ochrony praw osób należących do mniejszości narodowych. Wybór dokumentów. Warszawa. (=Kancelaria Sejmu, Materiały i Dokumenty BSE, Nr. 166)

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 1998b (Hrsg.): Dyskujka prasowa na temat skutków wejścia w życie nowej ustawy o cudzoziemcach (grudzień 1997 – maj 1998); Warszawa. (=Kancelaria Sejmu, Materiały i Dokumenty BSE, Nr. 247)

Monitor Polski 1989-2003

**PRZYBOROWSKA-KLIMCZAK**, Anna/**STASZEWSKI**, Wojciech 1998: Stosunki traktatowe Polski z państwami sąsiednimi; Lublin.

**ROGGEMANN**, Herwig (Hrsg.) 1999: Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern; Berlin. (=Quellen zur Rechtsvergleichung, Band 45)

**SKRZYDŁO**, Wiesław 1998: Konstytucja RP. Komentarz; Kraków.

**STOWARZYSZENIE WSPÓLNOTA POLSKA** (Hrsg.) 2000: Wybór dokumentów prawnych dotyczących mniejszości narodowych; Band 1, Polacy na Ukrainie; Warszawa.

**STOWARZYSZENIE WSPÓLNOTA POLSKA** (Hrsg.) 2001: Wybór dokumentów prawnych dotyczących mniejszości narodowych; Band 2, Polacy na Białorusi; Warszawa.

**STOWARZYSZENIE WSPÓLNOTA POLSKA** (Hrsg.) 2001: Wybór dokumentów prawnych dotyczących mniejszości narodowych; Band 3, Polacy na Litwie; Warszawa.

## II. Bibliographien, Statistiken

Bibliografia Zawartości Czasopism 1989-2003

**FISZER**, Józef 2000: Bibliografia prac Instytutu Studiów Politycznych PAN 1990-2000; Warszawa.

**GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY/DEPARTAMENT STATYSTYKI LITWY** (Hrsg.) 1995: Litwini w Polsce – Polacy na Litwie; Warszawa/Vilnius.

Lietuvos Statistikos Metraštis 1993-2001 [Litauisches Statistisches Jahrbuch]

Przegląd Rządowy 1989-2003

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1990; Warszawa 1991. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 888, 10. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1991; Warszawa 1992. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 357, 1. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1992; Warszawa 1993. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 10, 2. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1993; Warszawa 1994. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 523, 2. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1994; Warszawa 1995. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 1098, 2. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1995; Warszawa 1996. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 1792, 2. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1996; Warszawa 1997. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 2482, 2. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1997; Warszawa 1998. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 381, 3. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1998; Warszawa 1999. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 1143, 3. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 1999; Warszawa 2000. (Anhang zu *Druk Sejmowy* Nr. 1962, 3. Wahlperiode)

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 2000; Warszawa 2001.

Rada Ministrów: Sprawozdanie z wykonania budżetu państwa za okres od 1. stycznia do 31. grudnia 2001; Warszawa 2002.

Rocznik Polskiego Handlu Zagranicznego [Jahrbuch für den polnischen Außenhandel]

Rocznik Statystyczny Polski [Polnisches Jahrbuch für Statistik]

**Rządowe Centrum Studiów Strategicznych:** Analiza struktury polskiego handlu zagranicznego w I. połowie 1999 roku; Warszawa (Oktober) 1999.

**Rządowe Centrum Studiów Strategicznych:** Bezpośrednie inwestycje zagraniczne w Polsce; Warszawa (November) 1999.

**Rządowe Centrum Studiów Strategicznych:** Sytuacja gospodarcza krajów Europy Środkowej i Wschodniej w 1996 roku; Warszawa (Juli) 1997.

**Rządowe Centrum Studiów Strategicznych:** Sytuacja na bazarach i targowiskach w kontekście nowych przepisów o cudzoziemcach (1.1.-31.3.98); Warszawa (April) 1998.

### **III. Veröffentlichungen von Behörden und regierungsnahen Einrichtungen, Gutachten**

Biuletyn Biura do Spraw Mniejszości Narodowych przy Ministerstwie Kultury i Sztuki 1994: Mniejszości narodowe w Polsce w 1993 roku; Warszawa.

Informator Kancelarii Prezydenta 1990-1995 [Informationsblatt der Kanzlei des Präsidenten 1990-1995]

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 1995: Prezydentura Lecha Wałęsy 1990-1995; Warszawa.

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 1996: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego; Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 1996“)

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 1997: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego; Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 1997“)

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 1998: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego; Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 1998“)

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 1999: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego; Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 1999“)



Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 2000: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego; Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 2000“)

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 2001: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego; Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 2001“)

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 2002a: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego (Januar bis Juni); Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 2002a“)

Kancelaria Prezydenta RP (Hrsg.) 2002b: Przemówienia, listy, wywiady Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego (Juli bis Dezember); Warszawa. (zitiert als „KWAŚNIEWSKI 2002b“)

Kronika Sejmowa 1989-2003

**MINISTERSTWO GOSPODARKI** (Hrsg.) 1997: Raport o stanie handlu zagranicznego w roku 1996; Warszawa.

**MINISTERSTWO GOSPODARKI** (Hrsg.) 1998: Raport o stanie handlu zagranicznego w roku 1997; Warszawa.

**MINISTERSTWO GOSPODARKI**, Departament Promocji Gospodarczej (Hrsg.) 2002: Formy Wspierania Eksportu; Warszawa.

**MINISTERSTWO KULTURY** (Hrsg.) 1995: Mniejszości narodowe w Polsce, Informator 1994; Warszawa.

### **Ośrodek Studiów Wschodnich**

- Analizy
- Biuletyn Bałtycki
- Biuletyn Białoruski
- Biuletyn Rosyjski
- Biuletyn Ukraiński
- Dokumenty
- Eurazja (1994-1997)
- Monitor
- Sygnały
- Tydzień na Wschodzie
- Wiadomości

### **Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych**

- Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej [RPPZ] (1991-2002)
- Rocznik Strategiczny (1995-2002)

**SKUBISZEWSKI**, Krzysztof 1997: Polityka zagraniczna i odzyskanie niepodległości: przemówienia, oświadczenia, wywiady 1989-1993; Warszawa.

Strategia obronna Rzeczypospolitej Polskiej; Biuro Bezpieczeństwa Narodowego; Warszawa (2. November) 1992.

**WAŁĘSA**, Lech 1995: Wszystko co robię, robię dla Polski; Warszawa. (Reden, Briefe, Interviews)

Założenia polskiej polityki bezpieczeństwa; Biuro Bezpieczeństwa Narodowego; Warszawa (2. November) 1992.

#### IV. Karten, Atlanten

**MAGOCSI**, Paul Robert (Hrsg.) 1987: Ukraine. A Historical Atlas; Toronto/Buffalo/London.

**MAGOCSI**, Paul Robert (Hrsg.) 1995: A Historical Atlas of East Central Europe; Washington.

**WOLSKI**, Józef (Hrsg.) 1996: Atlas Historyczny Świata; Wrocław/Warszawa.

#### V. Gesprächspartner

**Zbigniew Balcewicz**, Vorsitzender des ZPL

**Jerzy Bahr**, Polnischer Botschafter in Vilnius, zuvor polnischer Botschafter in Kiev und polnischer Generalkonsul in Kaliningrad

**Adam Bekisz**, Mitarbeiter der „Wspólnota Polska“

**Bogumiła Berdychowska**, ehemalige langjährige Leiterin des fünften Programmes des Polnischen Radios

**Marek Bućko**, Botschaftsrat, Polnische Botschaft, Minsk

**Stanisław Bylina**, Direktor des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau seit 1991

**Stanisław Ciosek**, ehemaliger polnischer Botschafter in Moskau (1989-1995), außenpolitischer Berater von Staatspräsident Kwaśniewski (seit 1995)

**Jacek Cichocki**, stellvertretender Direktor des OSW

**Dorota Dmochowska**, Mitarbeiterin der „Wspólnota Polska“

**Ewa Figiel**, polnisches Außenministerium, Ukraine-Referentin

**Władysław Findeisen**, Professor an der Politechnika Warszawska, Präsident der Stiftung „Kasa Mianowskiego“

**Feliks Gawin**, Mitarbeiter der (2003 von Präsident Lukašenka aufgelösten) NGO „Ratuša“, Grodno

**Mieczysław Jackiewicz**, Polnischer Generalkonsul in Wilna

**Katarzyna Janczukowicz**, KUKA S.A., Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

**Marek Karp**, Direktor des OSW

**Małgorzata Kasner**, Direktorin des polnischen Kulturinstituts, Wilna

**Agnieszka Korniejenko**, Geschäftsführerin der Stiftung „Fundacja Wiedzieć Jak“

**Piotr Kozakiewicz**, Direktor des polnischen Kulturinstituts, Kiev

**Jan Król**, ehemaliger Vizepräsident des polnischen Sejm

**Tadeusz Kruczkowski**, Vorsitzender des ZPB, Grodno

**Józef Kwiatkowski**, Vorsitzender des Polnischen Schulverbandes in Litauen (Polska Macierza Szkolna na Litwie)

**Hubert Łaskiewicz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostmitteleuropa-Institut Lublin

**Sławomir Łodziński**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Warschau; Mitarbeiter in der Kanzlei des Sejm

**Ryszard Maciejkanieć**, ehemaliger Vorsitzender des ZPL und Chefredakteur von „Nasza Gazeta“

**Agnieszka Magdziak-Miszewska**, Polnische Generalkonsulin in New York, ehemalige Programmleiterin des CSM

**Piotr Maksimowicz** (Petras Maksimavičius), Vorsitzender des Verbandes der Litauer in Polen

**Jan Malicki**, Direktor des „Studium Europy-Środkowo-Wschodniej“ an der Universität Warschau

**Krystyna Maszewska**, polnisches Erziehungsministerium, Abteilung für internationale Zusammenarbeit

**Jacek Multanowski**, polnisches Außenministerium

**Zdzisław Najder**, Professor an der Universität Oppeln, Berater der Regierungen Olaszewski und Buzek (UKIE)

**Agnieszka Pałka**, polnisches Wirtschaftsministerium, Abteilung für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

**Dobiesław Rzemieniewski**, Unterabteilungsleiter im Innenministerium, Abteilung Immigration und Polonia

**Krzysztof Sawicki**, Polnischer Generalkonsul in Lemberg

**Bohdan Skaradziński**, Historiker und Publizist

**Elżbieta Smułkowa**, ehemalige polnische Botschafterin in Minsk

**Dovilė Survilaitė**, ehemalige zweite Sekretärin der litauischen Botschaft in Warschau

**Sylwester Szostak**, polnischer Generalkonsul in Grodno

**Sławomir Tarnowski**, Wirtschaftsministerium, Abteilung für internationale Zusammenarbeit

**Waldemar Tomaszewski**, Vorsitzender der AWPnL, Wilna

**Wiesław Turzański**, Präsident der Stiftung „Fundacja Pomoc Polakom na Wschodzie“

**Piotr Unger**, Erziehungsministerium, polnischer Sekretär der staatlichen Schulbuchkommissionen mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine

**Stanislav Vidtmann**, Leiter der Minderheitenkommission bei der litauischen Regierung, Wilna

**Renisław Walter**, polnischer Konsul in Grodno

**Henryk Wujec**, ehemaliger langjähriger Abgeordneter der UW

## VI. Monographien, Sammelbände, Aufsätze 1) Titel in slawischen Sprachen

**ADAMSKI**, Józef 1997: Wydawnictwa Fundacji im. T. Goniewicza przeznaczone dla oświaty polskiej i polonijnej, *in*: Jan Mazur (Hrsg.): Oświata polskojęzyczna za granicą. Stan obecny i perspektywy rozwoju. Materiały z I Forum Oświaty Polonijnej; Warszawa, S.401-413.

**ADAMSKI**, Józef 2001: Formy działalności Fundacji „Pomoc Szkołom Polskim na Wschodzie“ im. Tadeusza Goniewicza, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.232.

**ANANICZ**, Andrzej (Hrsg.) 1997: Dynamika stosunków polsko-rosyjskich w latach 1991-1996; Kraków.

**ANTONOWICZ**, Lech 1992: Granica wschodnia Polski ze stanowiska prawa międzynarodowego, *in*: Stosunki Międzynarodowe 16, S.17-23.

**ARGUMENTY DO DIALOGU POLSKO-BIAŁORUSKIEGO** 1986, Heft 1 (Przedświt); Warszawa.

**BABIŃSKI**, Grzegorz 1992: Modele polityki wobec emigracji, Polonii i Polaków za granicą. Sugestie dla polskiej polityki zagranicznej, *in*: RPPZ 1992, S.260-270.

**BABIŃSKI**, Grzegorz 1997: Pogranicze polsko-ukraińskie. Etniczność, zróżnicowanie religijne, tożsamość; Kraków.

**BACHMANN**, Klaus 1999: Polska kaczka i europejski staw. Szanse i pułapki polskiej polityki gospodarczej; Warszawa. (CSM)

**BALCERAK**, Wiesław (Hrsg.) 1994: Polska i Białoruś 1918-1945. Zbiór studiów i materiałów; Warszawa.

**BANASZAK**, Bogusław <sup>2</sup>2001: Prawo konstytucyjne; Wrocław.

**BARDACH**, Juliusz 1993: Od narodów politycznych do narodów etnicznych w Europie Środkowowschodniej, *in*: Jerzy Kłoczowski/Paweł Kras 1993: Mniejszości narodowe i religijne w Europie Środkowowschodniej; Lublin, S.1-14.

**BARTOSZEWSKI**, Władysław 1996a: Polska racja stanu – co to znaczy?, *in*: Polska w Europie, Heft 21 (September 1996), S.5-23.

**BARTOSZEWSKI**, Władysław 1996b: 290 dni ministra spraw zagranicznych, *in*: RPPZ 1996, S.9-16. (Auszug aus der Ansprache vor dem Diplomatischen Korps vom 11. Dezember 1995)

**BĄCZKOWSKI**, Włodzimierz 2000: O wschodnich problemach Polski. Wybór pism; Kraków.

**BEAUVOIS**, Daniel 1987: Polacy na Ukrainie 1831-1863. Szlachta polska na Wołyniu, Podolu i Kijówszczyźnie; Paris. (Institut Littéraire, auf französisch unter dem Titel „Le noble, le serf et le revizor. La noblesse polonaise entre le tsarisme et les masses ukrainiennes (1831-1863)“ erschienen)

**BECZAŁA**, Joanna (Hrsg.) 1998: Układ z Schengen. Współpraca policji i organów sprawiedliwości po Maastricht; Łódź. (= Integracja Europejska, Lektury, Band 42)

**BERDYCHOWSKA**, Bogumiła 1998a: Przeciw uporom przeszłości (Kultura paryska o kwestii ukraińskiej – pierwsze dziesięć lat), *in*: Warszawskie Zeszyty Ukrainoznawcze 6-7, S.334-344.

**BERDYCHOWSKA**, Bogumiła (Hrsg.) 1998b: Mniejszości narodowe w Polsce; Warszawa.

**BERDYCHOWSKA**, Bogumiła 1998c: Mniejszość ukraińska, *in*: Bogumiła Berdychowska (Hrsg.): Mniejszości narodowe; Warszawa, S.142-177.

**BERDYCHOWSKA**, Bogumiła, **ŻURAWSKI VEL GRAJEWSKI**, Przemysław, **GROMADZKI**, Grzegorz 2002: Nowe sąsiedztwo – nowe stowarzyszenie. Ukraina i Unia Europejska na początku XXI. wieku; Warszawa. (Policy Paper 6/2002 der Batory Stiftung Warschau, auch auf englisch erschienen)

**BERGMAN**, Aleksandra 1984: Sprawy białoruskie w II. Rzeczypospolitej; Warszawa.

**BIELEŃ**, Stanisław (Hrsg.) 1995: Polska – Rosja. Czas przewartościowań; Warszawa.

**BIELEŃ**, Stanisław 1997a: Patrząc na Wschód. Z problematyki polityki wschodniej III Rzeczypospolitej; Warszawa. (Centrum Badań Wschodnich UW)

**BIELEŃ**, Stanisław 1997b: Kierunki polityki wschodniej III Rzeczypospolitej, *in*: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Patrząc na Wschód. Z problematyki polityki wschodniej III. RP; Warszawa, S.11-46. (CBW UW)

**BOBER**, Elżbieta 1997: Aktualne możliwości nauczania języka polskiego na Wschodzie, *in*: Jan Mazur (Hrsg.): Oświata polskojęzyczna za granicą. Stan obecny i perspektywy rozwoju. Materiały z I Forum Oświaty Polonijnej; Warszawa, S.44-57.

**BOBRYK**, Adam/**JAROŃ**, Józef (Hrsg.) 1999: Polskie odrodzenie na Wschodzie; Siedlce.

**BOHEŃSKI**, Adolf 1937: Między Niemcami a Rosją; Warszawa. (Neuaufgabe 1994)

**BOJARSKI**, Włodzimierz 1991: O nową politykę Polski w stosunku do Ukrainy, *in*: Polska w Europie, Heft 4 (Januar 1991), S.64-73.

**BORUTA**, Mirosław 1995: Polacy o i dla niepodległości wschodnich sąsiadów Rzeczypospolitej; Kraków.

**BORUTA**, Mirosław 1996: Niepodległość Białorusi polską racją stanu: Z historii polskiej myśli politycznej lat 1950-1985; Kraków.

**BORKOWICZ**, Jacek 1993: Polska-Litwa: Ukryte bariery porozumienia, *in*: Polska w Europie, Heft 12 (Juni-September 1993), S.15-20.

**BORKOWICZ**, Jacek: 1995: Wypędzeni Polacy, *in*: Więz 38(9), S.37-55.

**BORKOWICZ**, Jacek 1998: Ambiwalencja sąsiedztwa, *in*: Agnieszka Magdziak-Miszewska (Hrsg.): Polska i Rosja. Strategiczne sprzeczności i możliwości dialogu; Warszawa, S.11-41.

**BOYS**, Roger 1995: Nagi prezydent; London.

**BRATKIEWICZ**, Jarosław 1993: Stosunki z Rosją, Ukrainą i Białorusią, *in*: RPPZ 1993, S.127-134.

**BRATKIEWICZ**, Jarosław 1995a: Kryzys cywilizacyjny w Rosji. Jego implikacje dla stosunków polsko-rosyjskich, *in*: Sprawy Międzynarodowe 2/1995, S.89-106.

**BRATKIEWICZ**, Jarosław 1995b: Ukraina: między Rosją a niezawisłością, *in*: Janusz Stefanowicz/Iwona Grabowska-Lipińska (Hrsg.): Racja Stanu w dobie transformacji ładu europejskiego. Implikacje dla Polski; Warszawa, S.19-32.

**BRODOWSKI**, Leon 1991: Warunki pojednania, współpracy i sojuszu polsko-litewskiego, *in*: Lithuania 4, S.38-43.

**BRODOWSKI**, Leon 1993: Blokada. Stosunki polsko-litewskie w latach 1988-1992, *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.220-235.

**BRODOWSKI**, Leon 1995: Stosunki z Litwą, *in*: RPPZ 1995, S.115-118.

**BURANT**, Stephen R. 1996: Polska polityka wschodnia – granice możliwości, *in*: Polska w Europie, Heft 22 (Dezember 1996), S.83-96. (zuerst abgedruckt *in*: Problems of Post-Communism, März/April 1996)

**CAŁKA**, Marek Janusz 1995a: Polska polityka wschodnia w 1994 r., *in*: RPPZ 1995, S.49-54.

**CAŁKA**, Marek Janusz 1995b: Stosunki z Rosją, *in*: RPPZ 1995, S.94-104.

**CAŁKA**, Marek Janusz 1995c: Stosunki z Ukrainą, *in*: RPPZ 1995, S.119-124.

**CAŁKA**, Marek (Hrsg.) 1997: Polska i Ukraina w latach dziewięćdziesiątych. Podstawy i płaszczyzny współpracy; Warszawa. (CSM)

**CAŁKA**, Marek Janusz 1998a: Polska polityka wschodnia w latach 1989-1997. Próba oceny, nowe wyzwania i perspektywy, *in*: RPPZ 1998, S.34-45.

**CAŁKA**, Marek Janusz 1998b: Polska – Rosja – Ukraine. Perspektywy, szanse i zagrożenia, *in*: Agnieszka Magdziak-Miszewska (Hrsg.): Polska i Rosja. Strategiczne sprzeczności i możliwości dialogu; Warszawa, S.180-191.

**CHILCZUK**, Michał 2001: 50 lat kształcenia studentów zagranicznych w Polsce, *in*: Kontakt 7 (1-2), S.5-18. (hrsg. vom „Ośrodek Łączności z cudzoziemcami absolwentami polskich szkół wyższych“)

**CHODKIEWICZ**, Andrzej 2001: Inwestycje oświatowe Stowarzyszenia „Wspólnota Polska“, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.229-231.

**CHOJNOWSKA**, Aldona 1994: O stosunkach polsko-ukraińskich bez katastrofizmu, *in*: Kultura 48(4), S.140-145.

**CHOJNOWSKA**, Aldona 1996: Stosunki z Ukrainą, *in*: RPPZ 1996, S.133-140.

**CHOJNOWSKA**, Aldona 1997: Stosunki z Ukrainą, *in*: RPPZ 1997, S.138-146.

**CHOJNOWSKI**, Andrzej 1979: Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939; Wrocław.

**CHORUŻY**, Wiesław 1994: Białoruski drugi obieg w Polsce 1981-1990; Białystok.

**CICHOCKI**, Jacek/**KONIECZNA**, Joanna 2000: Polska, Unia i wschodni sąsiedzi, *in*: Polska w Europie, Heft 33 (September 2000), S.40-49.

**CIEPLAK**, Paweł 1992: Stosunki polsko-litewskie, *in*: RPPZ 1992, S.160-168.

**CIEŚLIK**, Mirosław 1990: Opcje polskiej polityki zagranicznej w stosunkach z ZSRR przy optymistycznym i pesymistycznym wariacie rozwoju pieriestrojki; Warszawa. (Studia i Materiały PISM 6/1990)

**CIEŚLIK**, Mirosław 1992: Stosunki polsko-ukraińskie, *in*: RPPZ 1992, S.135-144.

**CIEŚLIK**, Mirosław 1999: Stosunki z Ukrainą, *in*: RPPZ 1999, S.177-184.

**CZAPUTOWICZ**, Jacek 1997: Bezpieczeństwo międzynarodowe Polski, *in*: RPPZ 1997, S.24-34.

**CZAPUTOWICZ**, Jacek 1998: Przegląd polskiej polityki zagranicznej i działalność MSZ w 1997r., *in*: RPPZ 1998, S.13-33.

**CZAPUTOWICZ**, Jacek 1999: Teoretyczne założenia i elementy składowe kooperatywnego systemu bezpieczeństwa, *in*: Erhard Cziomer (Hrsg.): NATO w systemie bezpieczeństwa europejskiego; Kraków, S.63-77.

**CZARNOCKI**, A. (Hrsg.) 1998: Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Problematyka politologiczna; Lublin.

- CZARNOCKI**, Andrzej/**PIETRAŚ**, Ziemowit Jacek (Hrsg.) 1993: Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin. (IESW)
- CZERNIAKIEWICZ**, Jan 1992: Stalinowska depolonizacja kresów wschodnich II. Rzeczypospolitej; Warszawa. („Studia i Materiały CBW UW“, Heft 33)
- CZERNIAKIEWICZ**, Jan 1994: Przemieszczenia ludności polskiej z terenów przyłączonych do ZSRR po 17 września 1939 roku; Warszawa. („Studia i Materiały CBW UW“, Heft 45)
- CZIOMER**, Erhard (Hrsg.) 1998: Polityczne aspekty członkostwa Polski w NATO; Kraków. („Fundacja Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji“, Heft 36)
- CZIOMER**, Erhard (Hrsg.) 1999: NATO w systemie bezpieczeństwa europejskiego; Kraków. („Fundacja Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji“, Heft 37)
- CZUBIŃSKI**, Antoni 1993: Walka o granicę wschodnią Polski w latach 1918-1921; Opole.
- ČEKMONAS**, Valerius 1991: Nad etniczną i językową mapą Polaków litewskich – o teraźniejszości i przyszłości, *in*: Lithuania 4, S.44-51.
- DARSKI**, Józef 1992: Ukraina; Historia, współczesność, konflikty narodowe; Warszawa. (ISP PAN)
- DARSKI**, Józef 1993: Białoruś. Historia, współczesność, konflikty narodowe; Warszawa. (ISP PAN)
- DĄBROWSKI**, Janusz M. 1996: Handel targowiskowy. Fenomen polskiej transformacji; Gdańsk (November). (Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową)
- DEGUTIENĖ**, Edita 2001: Ten uparty Litwin był najświetniejszym Polakiem XX wieku, *in*: Lithuania 38, S.56-60.
- DMOWSKI**, Roman <sup>11</sup>1996: Myśli nowoczesnego Polaka; Wrocław.
- DOBROCYŃSKI**, Michał, **MADEJ**, Zbigniew (Hrsg.) 1993: Nowe szanse Wschodu; Warszawa. (CBW)
- DOBROCYŃSKI**, Michał 1995: Polska jako partner gospodarki rosyjskiej, *in*: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Polska – Rosja. Czas przewartościowań; Warszawa, S.89-104.
- DOBRYNIN**, Michał 1999: Problemy odradzania języka ojczystego i świadomości narodowej Polaków na Białorusi, *in*: Adam Bobryk/Józef Jaroń (Hrsg.): Polskie odrodzenie na Wschodzie; Siedlce, S.7-18.
- DOŁĘGA-WRZOSEK**, Elżbieta 1997: Działalność Społecznej Szkoły Polskiej w Baranowiczach, *in*: Jan Mazur (Hrsg.): Oświata polskojęzyczna za granicą. Stan obecny i perspektywy rozwoju. Materiały z I Forum Oświaty Polonijnej; Warszawa, S.384-387.



**DOMAŃSKI**, Henryk/**RYCHARD**, Andrzej (Hrsg.) 1997: Elementy nowego ładu; Warszawa.

**DOMINICZAK**, Henryk 1962: Granica wschodnia Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1919-1939; Warszawa.

**DRAWICZ**, Andrzej 1997: Przewartościowania Rosji w polityce III. Rzeczypospolitej, *in*: Stanisław Bieleń: Patrząc na Wschód. Z problematyki polityki wschodniej III Rzeczypospolitej; Warszawa, S.47-62.

**DROGA NA WSCHÓD** 1989, *in*: Więź 32(10), S.42-50. (Interview mit Jerzy Giedroyc)

**DROZD**, Roman/**HAŁAGIDA**, Igor 1999: Ukraińcy w Polsce 1944-1989. Walka o tożsamość. Dokumenty i materiały; Warszawa.

**DYŁĄGOWA**, Hanna 1999: Kresy - pojęcie historyczne i emocjonalne, *in*: Więź 42(9), S.95-101.

**DYŁĄGOWA**, Hanna/**FILIPOWICZ**, Mirosław (Hrsg.) 1994: Między Wschodem i Zachodem; Lublin.

**EBERHARDT**, Piotr 1996a: Między Rosją a Niemcami. Przemiany narodowościowe w Europie Środkowo-Wschodniej w XX. wieku; Warszawa.

**EBERHARDT**, Piotr 1996b: Problematyka narodowościowa Białorusi w XX. wieku, *in*: Jan Skarbek (Hrsg.): Białoruś, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości w świetle spisów statystycznych XIX.-XX. wieku; Lublin, S.9-35.

**EBERHARDT**, Piotr 1998: Rozmieszczenie ludności polskiej na Ukrainie w XX. wieku, *in*: Jan Skarbek (Hrsg.): Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Problematyka atlasowa; Lublin, S.108-141.

**EBERHARDT**, Piotr 2003: Polacy na Białorusi i Ukrainie. Liczebność i rozmieszczenie ludności polskiej według ostatnich spisów powszechnych, *in*: Biuletyn Stowarzyszenia „Wspólnota Polska“ 1/2003.

**FEDOROWICZ**, Krzysztof 2002a: Kształtowanie się stosunków polsko-ukraińskich w latach 1989-1991, *in*: Sprawy Wschodnie 1(1), S.61-82.

**FEDOROWICZ**, Krzysztof 2002b: Cienie historii. Z badań nad stosunkami polsko-ukraińskimi, *in*: Marcei Kosman (Hrsg.): Na obrzeżach polityki. Część druga; Poznań, S.79-98.

**FEDOROWICZ**, Krzysztof 2004 (i.E.): Ukraina w polskiej polityce wschodniej w latach 1989-1999; Poznań. (Diss. UAM)

- FEHLER**, Włodzimierz 1999: Ugrupowania parlamentarne w Polsce wobec problemu bezpieczeństwa państwa w latach 1989-1993; Warszawa. (Diss. WDiNP UW)
- FILIPCZAK**, Tomasz (Hrsg.) 1987: Colloquium narodów: Materiały z sympozjum „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“; Łódź.
- FRIED**, Daniel 1999: Wykład wygłoszony dla studentów Studium Europy Wschodniej UW, *in*: Obóz 36, S.7-13.
- FRISZKE**, Andrzej 1988: Kościoły wschodnie w Drugiej Rzeczypospolitej, *in*: Więź 31(7-8), S.75-98.
- FRISZKE**, Andrzej 2001: Polska a Polonia, *in*: Więź 44(6), S.6-8.
- GACH**, Piotr Paweł 1990: Razem wejść do Europy, *in*: Przegląd Uniwersytecki 2(5), S.8f. (zu „Rom I“)
- GACH**, Piotr Paweł 1992: Łączy nas wspólne dziedzictwo. Sesja na temat historii i przyszłości Białorusi, Litwy, Polski i Ukrainy, *in*: Akcent 13(2-3), S.380-386. (zu „Rom II“)
- GACH**, Piotr Paweł 1993: W Kamieńcu Podolskim o historii i przyszłości, *in*: Akcent 14(1-2), S.266-271. (zu „Rom III“)
- GAJEWSKI**, Zbigniew 1987: Białorusini a kościół katolicki, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): Colloquium narodów: Materiały z sympozjum „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“; Łódź, S.25-30.
- GAPSKI**, Henryk (Hrsg.) 1996: Biuletyn Infomacyjny Nr.1 (1991-1992); Lublin. (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej, Lublin)
- GARLICKI**, Andrzej 1999: Wilna żądają wszyscy, *in*: Robert Traba (Hrsg.): Tematy polsko-litewskie; Olsztyn, S.67-83.
- GARLICKI**, Leszek <sup>4</sup>2000: Polskie prawo konstytucyjne. Zarys wykładu; Warszawa.
- GASZTOŁ**, Mariusz 2000: Stosunki z Litwą, *in*: RPPZ 2000, S.166-175.
- GĄSOWSKI**, Tomasz (Hrsg.) 2000a: Państwo polskie wobec Polaków na Wschodzie; Kraków. (Studia i Analizy Ośrodka Myśli Politycznej)
- GĄSOWSKI**, Tomasz 2000b: III. Rzeczpospolita wobec Polaków na Wschodzie, *in*: Tomasz Gąsowski (Hrsg.): Państwo polskie wobec Polaków na Wschodzie; Kraków, S.94-104.
- GEREMEK**, Bronisław 2001: Ustrój państwa a polityka zagraniczna, *in*: Przegląd Dyplomatyczny 2(1), S.27-40.

**GERHARD**, Jan [Wiktor Bardach] 1977: Łuny w Bieszczadach; Lublin.

**GIEBUŁTOWICZ**, Jacek: Dokonania Fundacji „Oświata Polska za Granicą, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.239-240.

**GIEDROYC**, Jerzy 1953: Nieporozumienie czy tani patriotyzm, *in*: Kultura 1/1953: 82-87. (offiziell „Kommentar der Redaktion“)

**GIEDROYC**, Jerzy 1999: Autobiografia na cztery ręce; Warszawa.

**GILL**, Władysław/**GILL**, Norbert 1994: Stosunki Polski z Ukrainą 1989-1993; Toruń/Poznań.

**GIŹEJEWSKA**, Małgorzata 1993: Stosunki narodowościowe na kresach wschodnich II Rzeczypospolitej; *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.103-105.

**GIŹEJEWSKA**, Małgorzata/**STRZEMBOSZ**, Tomasz (Hrsg.) 1995: Społeczeństwo Białoruskie, Litewskie, i Polskie na ziemiach Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej (Białoruś Zachodnia i Litwa Wschodnia) w latach 1939-41; Warszawa. (ISP PAN)

**GOGOLEWSKA**, Agnieszka 1995: Aktywność zagraniczna Prezydenta RP w 1994 r., *in*: RPPZ 1995, S.173-182.

**GOGOLEWSKA**, Agnieszka 1996: Demokratyczny model cywilnej kontroli nad armią, *in*: Studia Polityczne 6 (1996), S.69-80.

**GRABSKI**, Stanisław 1988: W Mińsku i Rydze, *in*: Więź 31(11-12), S.159-176.

**GROMADZKI**, Grzegorz 2001: Konsekwencje polityczne umowy z Schengen – problemem dla całej rozszerzonej Unii, *in*: Instytut Spraw Publicznych (Hrsg.): Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów; Warszawa, S.41-66.

**GRYGAJTIS**, Krzysztof 2001: Poszukiwania koncepcji polskiej polityki wschodniej 1990–2000, *in*: Sprawy Polityczne 3(5), S.25-51.

**HRYCAK**, Jaroslav 2000: Historia Ukrainy 1772-1999: Narodziny Nowoczesnego Narodu; Lublin. (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej, Lublin)

**HRYCIUK**, Grzegorz 1996: Liczba i skład etniczny ludności tzw. Galicji Wschodniej w latach 1931-1959, *in*: Jan Skarbek (Hrsg.): Białoruś, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości w świetle spisów statystycznych XIX.-XX. wieku; Lublin, S.85-103.

**HÜBNER**, Danuta 1999: Działalność międzynarodowa Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej, *in*: RPPZ 1999, S.223-232.

**IGLICKA**, Krystyna 2001: Trendy w migracji do Polski po roku 1989 w świetle rozszerzenia Unii Europejskiej, *in*: Instytut Spraw Publicznych (Hrsg.): Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów; Warszawa, S.201-221.

**INSTYTUT SPRAW PUBLICZNYCH** (Hrsg.) 2001: Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów; Warszawa.

**IWIŃSKI**, Tadeusz 1993: Osiem słabości polskiej polityki zagranicznej, *in*: Dziś 4(9), S.15-18.

**IZDEBSKI**, Hubert 1994: Reforma administracji publicznej w Polsce, *in*: Państwo i Prawo 49(9), S.50-61.

**JACHYMEK**, Jan (Hrsg.) 1992: Mniejszości narodowe w polskiej myśli politycznej XX. wieku; Lublin.

**JACOBY**, Ryszard 2002: Stosunki gospodarcze Polski z zagranicą w 2001, *in*: RPPZ 2002, S.147-161.

**JAGIEŁŁO**, Michał 2000: Partnerstwo dla przyszłości. Szkice o polityce wschodniej i mniejszościach narodowych, Warszawa.

**JAKIMOWICZ**, Robert 2000: Zarys stosunków polsko-rosyjskich w latach 1992-1999; Warszawa. (Studia i Materiały PFSM Nr. 23, März 2000)

**JAKOWENKO**, Natalia 2000: Historia Ukrainy od czasów najdawniejszych do końca XVIII. wieku; Lublin. (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej, Lublin)

**JANOVIČ**, Jaroslaŭ 1987: Zmiany białoruskich nazw miejscowych Białostoczczyzny od 1918 roku, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): Colloquium narodów: Materiały z symposium „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania; Łódź, S.59-82.

**JANOWICZ**, Sokrat 1987: Białoruś i Polska – małżeństwo z rozsądku, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): Colloquium narodów: Materiały z symposium „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“; Łódź, S.15-24.

**Jedna czy wiele racji stanu?** 1995: Eine Diskussion mit Jerzy M. Nowakowski, Artur Hajnicz und Piotr Naimski, *in*: Więź 38(3), S.9-21.

**JUNOSZA-KISIELEWSKI**, Jacek 1999: Polityka wobec Polonii - stan, osiągnięcia, założenia, *in*: RPPZ 1999, S.33-40.

**JUODPUSIS**, Gytis 1996: Polacy na Litwie w latach 1939-1990, *in*: Jan Skarbek (Hrsg.): Białoruś, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości w świetle spisów statystycznych XIX.-XX. wieku; Lublin, S.59-68.

**KACZMAREK**, Urszula 1996: Tożsamość etniczno-kulturowa Polaków na Białorusi, *in*:

Rocznik Wschodni 3 (1996), S.35-42.

**KACZURBA**, Janusz 1997: Stosunki gospodarcze Polski z zagranicą, *in*: RPPZ 1997, S.65-74.

**KACZURBA**, Janusz 1998: Zagraniczna polityka gospodarcza Polski w 1997 r., *in*: RPPZ 1998, S.76-88.

**KACZURBA**, Janusz 1999: Stosunki gospodarcze Polski z zagranicą, *in*: RPPZ 1999, S.69-83.

**KACZURBA**, Janusz 2000: Stosunki gospodarcze Polski z zagranicą. Stan faktyczny i ocena, *in*: RPPZ 2000, S.83-100.

**KAMIŃSKI**, Antoni 2000: Jakość struktur państwowych, suwerenność i polityka wschodnia, *in*: RPPZ 2000, S.232-237.

**KANCELARIA SEJMU** (Hrsg.) 1998: Biskup Antoni Baranowski (Antanas Baranauskas) 1835-1902. Orędownik pojednania litewsko-polskiego; Warszawa.

**KARP**, Marek 1989: Nawet nie mieliśmy dla nich nazwy. Refleksje o stosunkach polsko-litewskich, *in*: Znak 41(6), S.30-45.

**KARSKI**, Karol 1991: Międzynarodowe aspekty prawnego statusu republik związkowych ZSRR; Warszawa. („Studia i Materiały CBR UW“, Heft 19)

**KERSTEN**, Krystyna 1974: Repatriacja ludności polskiej po II. wojny światowej; Wrocław.

**KĘPIŃSKA**, Ewa/**OKÓLSKI**, Marek 2002: Recent trends in international migration, Poland 2002; Warszawa. (=ISS Working Papers on migration, No. 48, [www.iss.uw.edu.pl/osrodki/cmr/wpapers/pdf/048.pdf](http://www.iss.uw.edu.pl/osrodki/cmr/wpapers/pdf/048.pdf) [9.5.03])

**KIAUPIENĖ**, Jūratė 1999a: Obraz Wielkiego Księstwa Litewskiego w historiografii XIX. i XX. wieku, *in*: Jan Lewandowski/Wojciech Goleman (Hrsg.): Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Historia i historiografia; Lublin, S.73-80.

**KIAUPIENĖ**, Jūratė 1999b: Współczesna historiografia litewska. Stan aktualny oraz perspektywy badań historii Wielkiego Księstwa Litewskiego i dziewiętnastoletniej Litwy, *in*: Jan Lewandowski/Wojciech Goleman (Hrsg.): Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Historia i historiografia; Lublin, S.81-89.

**KLEER**, Jerzy 1996: Handel zagraniczny: lokomotywa transformacji, *in*: RPPZ 1996, S.77-86.

**KŁOCZOWSKI**, Jerzy 1993: Europa Środkowo-Wschodnia w historiografii krajów regionu; Lublin.

**KŁOCZOWSKI**, Jerzy 1996: Koalicja SLD-PSL wobec Rosji, *in*: Arcana 5/1996, S.38-50.

**KŁOCZOWSKI**, Jerzy (Hrsg.) 2000: Historia Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin. (zwei Bände)

**KŁOCZOWSKI**, Jerzy/**KRAS**, Paweł 1993: Mniejszości narodowe i religijne w Europie Środkowowschodniej; Lublin.

**KMITA**, Małgorzata 1997: Propaganda antiukraińska i kształtowanie negatywnego stereotypu Ukraińca w czasach PRL, *in*: Włodzimierz Mokry (Hrsg.): Problemy Ukraińców w Polsce po wysiedleńczej akcji „Wisła“ 1947 roku; Kraków, S.59-74.

**KOBECKAITE**, Halina 1993: Polityka Litwy wobec mniejszości narodowych, *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.209-216.

**KOBRINSKAJA**, Irina 1998: Długi koniec zimnej wojny; Warszawa. (CSM)

**KOKO**, Eugeniusz 1991: Wolni z wolnymi. PPS wobec kwestii ukraińskiej w latach 1918-1925; Gdańsk.

**KOLBUSZEWSKI**, Jacek 1995: Kresy; Wrocław.

**KOŁAKOWSKI**, Leszek 1971: Tezy o nadziei i beznadziejności, *in*: Kultura 25(6), S.3-21.

**KOŁAKOWSKI**, Leszek 1973: Sprawa Polska, *in*: Kultura 27(4), S.3-13.

**KOŁECKA**, Beata 1996: Stosunki z państwami bałtyckimi, *in*: RPPZ 1996, S.151-156.

**KONWERSATORIUM „POLSKA W EUROPIE“** 1988, Cykl „Europa Środkowa“, Zeszyt drugi „Między wschodem i zachodem“; Warszawa.

**KONIECZNA**, Joanna 2001: Polska-Ukraina. Wzajemny wizerunek; Warszawa. (Instytut Spraw Publicznych)

**KOREK**, Janusz 1998: Paradoksy paryskiej „Kultury“: ewolucja myśli politycznej w latach 1947-1980; Stockholm.

**KOREK**, Janusz 2000: Paradoksy paryskiej Kultury: styl i tradycje myślenia politycznego; Lublin.

**KORZENIEWSKA-WOLEK**, Katarzyna 2001: Pozostawić historii? Polacy i Litwini w roku 2001, *in*: Przegląd Dyplomatyczny 2(2), S.115-119.

**KOSIEWSKI**, Piotr 2001: Fundacja im. Stefana Batorego. Działalność na polu międzynarodowym, *in*: RPPZ 2001, S.343-348.

**KOSIEWSKI**, Piotr/**MOTYKA**, Grzegorz 2000: Historycy polscy i ukraińscy wobec problemów XX wieku; Kraków.

**KOSMAN**, Marcei (Hrsg.) 2002: Na obrzeżach polityki. Część druga; Poznań.

**KOSSAKOWSKI**, Józef 1993: Polska – Rosja – Ukraina. Trójkąt bermudzki czy strategiczna wspólnota interesów, *in*: Dziś 4(10), S.30-36.

**KOSTRZEWSKI**, Marek 1993: Sposób wejścia firm polskich na rynki Białorusi, Rosji i Ukrainy, *in*: Michał Dobroczyński/Zbigniew Madej (Hrsg.): Nowe szanse wschodu; Warszawa, S.125-137.

**KOSTRZEWSKI**, Marek 1997: Polskie interesy gospodarcze w Rosji, *in*: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Patrząc na Wschód. Z problematyki polityki wschodniej III. RP; Warszawa, S.121-140.

**KOWALCZYK**, Andrzej Stanisław 2000: Wstęp, *in*: Bohdan Osadcuk: Ukraina, Polska, Świat; Sejny, S.3-11.

**KOWALSKI**, Marian [Zdzisław Najder] 1975: O potrzebie programu, *in*: Kultura 29(5), S.35-57.

**KOZAK**, Stefan 1993: Wokół polsko-ukraińskich „przeklętych problemów“, *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-wschodniej; Lublin, S.43-49.

**KOZAKIEWICZ**, Jerzy (Hrsg.) 1998a: Stosunki polsko-ukraińskie; Kraków. (= Studia i Analizy, Heft 6, „Fundacja Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji“)

**KOZAKIEWICZ**, Jerzy 1998b: Geopolityka Europy Środkowo-Wschodniej po rozpadzie ZSRR, *in*: Jerzy Kozakiewicz (Hrsg.): Stosunki polsko-ukraińskie; Kraków, S.7-43.

**KOZŁOWSKI**, Maciej 1990: Między Sanem a Zbruczem. Walki o Lwów i Galicję Wschodnią 1918-1919; Kraków.

**KOZYREV**, Andrej 1994: Polska w rosyjskiej polityce zagranicznej; *in*: Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji (Hrsg.): W stronę nowego partnerstwa. Polsko-rosyjska konferencja. Kraków, 23.-25.2.1994; Kraków, S.25-30.

**KRASZEWSKI**, Piotr/**MILUSKI**, Tadeusz/**WALLAS**, Tadeusz (Hrsg.) 2000: Zbliżanie się Wschodu i Zachodu. Studia - Analizy - Rozpoznania; Poznań.

**KRUPSKA**, Zofia 1993: Mniejszości narodowe i religijne na ziemiach polskich w świetle dokumentacji Centralnego Archiwum MSW (1944-1945), *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.106-117.

**KRUPSKA**, Zofia 1996: Mniejszość białoruska w latach 1944-1988 w świetle materiałów przechowywanych W Centralnym Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, *in*: Jan Skarbek (Hrsg.): Białoruś, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości w świetle spisów statystycznych XIX.-XX. wieku; Lublin, S.42-58.

**KRUCZKOWSKI**, Tadeusz 2002: Polacy na Białorusi – teraźniejszość i przyszłość, *in*: Więź 45(4), S.112-121.

**KRÓL**, Jan 2001: Strategiczne partnerstwo, *in*: Lithuania 38(2001), S.69-73.

**KRYSTYNIAK**, Małgorzata u.a. 2001: *Acquis* Schengen w Polsce i innych państwach Grupy Wyszehradzkiej, *in*: Przegląd Dyplomatyczny 2(4), S.179-236.

**KRYSZYŃ**, Teresa 1997: Oświata polska na Białorusi: problemy, osiągnięcia, perspektywy, *in*: Jan Mazur (Hrsg.): Oświata polskojęzyczna za granicą. Stan obecny i perspektywy rozwoju. Materiały z I Forum Oświaty Polonijnej; Warszawa, S.243-248.

**KUPICH**, Andrzej 1995: Współpraca gospodarcza Polski z zagranicą, *in*: RPPZ 1995, S.57-64.

**KURCZEWSKA**, Joanna 1997: Patriotyzm społeczeństwa polskiego lat 90 – między wspólnotą kultury a wspólnotą obywateli, *in*: Henryk Domański, Andrzej Rychard (Hrsg.): Elementy nowego ładu; Warszawa, S.419-445.

**KURCZEWSKA**, Joanna 2002: Patriotyzm(y) polskich polityków. Z badań nad świadomością liderów partyjnych lat dziewięćdziesiątych; Warszawa. (IFiS PAN)

**KUŹNIAR**, Roman 1992: Polska polityka zagraniczna w 1992 roku, *in*: RPPZ 1992, S.23-32.

**KUŹNIAR**, Roman 1993: Polityka zagraniczna RP – próba oceny, *in*: RPPZ 1993/94, S.9-20.

**KWIATKOWSKI**, Józef 1997: Szkolnictwo polskie na Litwie w latach powojennych. Krótki zarys, *in*: Jan Mazur (Hrsg.): Oświata polskojęzyczna za granicą. Stan obecny i perspektywy rozwoju. Materiały z I Forum Oświaty Polonijnej; Warszawa, S.118-129.

**KWIATKOWSKI**, Józef 2001: Szkolnictwo polskie na Litwie – stan posiadania, problemy, perspektywy, *in*: Biuletyn Stowarzyszenia „Wspólnota Polska“ 5/2001, S.20-25.

**LATAWSKI**, Paul 1993: Droga Polski do NATO – problemy i perspektywy, *in*: Sprawy Międzynarodowe 46(3), S.67-88.

**LEWANDOWSKI**, Jan 1993: Narody, religie, państwa, mniejszości, *in*: Jerzy Kłoczowski/Paweł Kras (Hrsg.): Mniejszości narodowe i religijne w Europie Środkowoschodniej; Lublin, S.24-34.



**LEWANDOWSKI**, Jan (Hrsg.) 1996: Trudna tożsamość. Problemy narodowościowe i religijne w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX. i XX. wieku; Lublin.

**LEWANDOWSKI**, Jan/**GOLEMAN**, Wojciech: (Hrsg.) 1999: Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Historia i historiografia; Lublin.

**LEWANDOWSKI**, Józef 1962: Federalizm. Litwa i Białoruś w polityce obozu belwederskiego; Warszawa.

**LIEBICH**, André 1998: Mniejszości narodowe w krajach postkommunistycznych. Badania teoretyczne, *in*: Obóz 33, S.13-46.

**LIPSKI**, Jan Józef 1981: Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy. (Uwagi o megalomanii i ksenofobii Polaków); Warszawa.

**ŁASTAWSKI**, Kazimierz 2000: Racja stanu Rzeczypospolitej Polskiej; Warszawa.

**ŁOBODOWSKI**, Józef 1952: Przeciw uporom przeszłości, *in*: Kultura Jg.6(2-3), S.14-66.

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 1998a: Przekroczyć własny cień. Prawne, instytucjonalne oraz społeczne aspekty polityki państwa polskiego wobec mniejszości narodowych, *in*: Bogumiła Berdychowska (Hrsg.): Mniejszości narodowe w Polsce; Warszawa, S.11-82.

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 1999: Polskie regulacje prawne dotyczące mniejszości narodowych i cudzoziemców na tle zasad polityki wielokulturowości, *in*: Sprawy Narodowościowe, Seria Nowa 1999, Heft 14-16, S.81-100.

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 2000: Kwestia ochrony mniejszości narodowych w dyskursie publicznym w Polsce w latach dziewięćdziesiątych. Wstępne rozważania, *in*: Bernhard Linnek/Kai Struve (Hrsg.): Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert; Opole/Marburg, S.351-376.

**ŁODZIŃSKI**, Sławomir 2001: „Papierowa kurtyna wiz”. Wybrane problemy polityki migracyjnej Polski a porozumienia z Schengen, *in*: Instytut Spraw Publicznych (Hrsg.): Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów; Warszawa, S.169-200.

**ŁOSSOWSKI**, Piotr 1991: Historia i polityka. O sporach polsko-litewskich, *in*: Więź 34(10), S.6-27.

**ŁOSSOWSKI**, Piotr 1992: Mniejszość polska na Litwie, *in*: Stosunki Międzynarodowe 45 (7-12), S.69-88.

**ŁOSSOWSKI**, Piotr 1996: Konflikt polsko-litewski 1918-1920; Warszawa.

**ŁOSSOWSKI**, Piotr 1997: Próby oceny polskiej polityki wschodniej w latach 1988-1990,

*in:* Rocznik Wschodni 4 (1997), S.16-22.

**MACKIEWICZ, Józef** 1953: Reakcja opinii emigracyjnej na list Józefa Majewskiego o granicach Polski po roku 1945, *in:* Kultura 7(5), S.157-158.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1990: Polacy patrzą na Wschód, *in:* Więź 33(7-8), S.52-57.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1996: Stosunki z Rosją, *in:* RPPZ 1996, S.117-124.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1997a: Wariant Łukaszenki, *in:* Więź 40(1), S.3-4.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1997b: Stosunki z Rosją, *in:* RPPZ 1997, S.132-137.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1997c: Co zrobić z Łukaszenką, *in:* Problemy Międzynarodowe. Biuletyn Centrum Stosunków Międzynarodowych ISP 1/1997.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1997d: Stosunki polsko-ukraińskie, *in:* Problemy Międzynarodowe. Biuletyn Centrum Stosunków Międzynarodowych ISP 1/1997.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1998a: Polska - Rosja (1991-1996): Między mitem straconych szans a rzeczywistością nie wykorzystanych okazji, *in:* Agnieszka Magdziak-Miszewska (Hrsg.): Polska i Rosja. Strategiczne sprzeczności i możliwości dialogu; Warszawa, S.67-78.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1998b: Polskość i europejskość, *in:* Więź 41(11), S.78-81.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** 1998c: Stosunki z Rosją, *in:* RPPZ 1998, S.150-154.

**MAGDZIAK-MISZEWSKA, Agnieszka** (Hrsg.) 1998d: Polska i Rosja. Strategiczne sprzeczności i możliwości dialogu; Warszawa. (CSM)

**MAJEWSKI, Józef Z.** 1952: O poprzestaniu na status quo granic Polski po roku 1945, *in:* Kultura Jg.6(11), S.157-158.

**MAKOWSKI, Bronisław** 1986: Litwini w Polsce 1920-1939; Warszawa.

**MALDZIS, Adam** (Hrsg.) 1994: Belaruskaja-Polskoe uzajemadzejanne ŭ gramadska-palitycznaj, kulturnaj i adukacyinaj sferach; Minsk. (= Belarusica-Albaruthenica, Band 3: Nacjanal'nyja i regijal'nyja kul'tury, ich uzajemadzejanne)

**MALICKI, Jan** 1993: Charakter konfliktu polsko-litewskiego na Wileńszczyźnie, *in:* Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.217-219.

**MALINOWSKA**, Elżbieta/**WYŻNIKIEWICZ**, Bohdan 1998: Handel targowiskowy w 1997 roku; Warszawa (Januar). (Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową)

**MASŁOWSKI**, Medard 2001: Informacja o nauczaniu języka polskiego i w języku polskim w Republice Białoruś, *in*: Przegląd Polonijny 27(4), S.95-113.

**MATERSKI**, Wojciech 1994: Traktat Ryski a Białoruś, *in*: Wiesław Balcerak (Hrsg.): Polska – Białoruś 1918-1945; Warszawa, S.91-104.

**MATERSKI**, Wojciech 1995: Tarcza Europy. Stosunki polsko-sowjeckie 1918-1939; Warszawa.

**MAUERSBERG**, Stanisław 1968: Szkolnictwo powszechne dla mniejszości narodowych w Polsce w latach 1921-1939; Wrocław u.a.

**MAZIŃSKA**, Magdalena 1997: Współpraca międzynarodowa w dziedzinie edukacji, *in*: RPPZ 1997, S.107-116.

**MAZIŃSKA**, Magdalena/**BOBER**, Elżbieta/**PETRI**, Krystyna 2001: Działania Ministerstwa Edukacji Narodowej na rzecz oświaty polskiej za granicą, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.245-251.

**MAZUR**, Jan (Hrsg.) 1997: Oświata polskojęzyczna za granicą. Stan obecny i perspektywy rozwoju. Materiały z I Forum Oświaty Polonijnej; Warszawa.

**MENKISZAK**, Marek 1996: Polityka zagraniczna Federacji Rosyjskiej (grudzień 1991 r. - grudzień 1995 r.). Wstęp do syntezy, *in*: Stosunki Międzynarodowe 18, S.85-99.

**MENKISZAK**, Marek 1998: Finlandyzacja – przeszłość czy przyszłość?, *in*: Agnieszka Magdziak-Miszewska (Hrsg.): Polska i Rosja. Strategiczne sprzeczności i możliwości dialogu; Warszawa, S.207-233. (CSM)

**MĘDELSKA**, Jolanta 1998: Możliwości edukacyjne Polaków na radzieckiej Litwie w trzydziestopięciuleciu 1945-1979, *in*: Przegląd Polonijny 24(1), S.41-52.

**MICHALSKI**, Artur 1999: Stosunki z Rosją, *in*: RPPZ 1999, S.161-167.

**MICHALSKI**, Artur 2000: Stosunki z Rosją, *in*: RPPZ 2000, S.160-165.

**MICHOWICZ**, Waldemar 1963: Przeciwno traktatowi mniejszości w Lidze Narodów w roku 1934; Warszawa.

**MIEROSZEWSKI**, Juliusz 1959: Dwadzieścia lat później, *in*: Kultura 13(1-2), S.166-175.

**MIEROSZEWSKI**, Juliusz 1962a: Na linii Szczecin-Triest, *in*: Kultura 16(4), S.66-75.

**MIEROSZEWSKI**, Juliusz 1962b: Na ruinach 'przedmurza', *in*: Kultura 16(5), S.99-108.

**MIEROSZEWSKI**, Juliusz 1973: Polska Ostpolitik, *in*: Kultura 27(6), S.68-79.

**MIEROSZEWSKI**, Juliusz 1975: Materiały do refleksji i zadumy, *in*: Kultura 29(5), S.3-16.

**MIEROSZEWSKI**, Juliusz 1997: Finał klasycznej Europy; Lublin.

**MIĘDZYNARODOWE CENTRUM ROZWOJU DEMOKRACJI** (Hrsg.) 1994: W stronę nowego partnerstwa, Materiały konferencji, 23.-25.2.1994; Kraków.

**MIKNYS**, Rimantas 1999: Wilno – miasto wielonarodowe i punkt zapalny w stosunkach polsko-litewskich, *in*: Robert Traba (Hrsg.): Tematy polsko-litewskie; Olsztyn, S.84-104.

**MIKOŁAJCZYK**, Stanisław 2002: Polacy na Białorusi w świetle spisu z 1999 r., *in*: Marcei Kosman (Hrsg.): Na obrzeżach polityki. Część druga; Poznań, S.143-158.

**MIKULICZ**, Sergiusz 1971: Prometeizm w polityce II Rzeczypospolitej; Warszawa.

**MILEWSKI**, Jerzy 1994: Dążenie Polski do NATO – zagrożenie czy szansa?, *in*: Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji (Hrsg.): W stronę nowego partnerstwa. Polsko-rosyjska konferencja. Kraków, 23.-25.2.1994; Kraków, S.31-36. (Wiederabdruck *in*: Polska Zbrojna, 25.-27.2.1994)

**MISIŁO**, Eugeniusz (Hrsg.) 1996: Repatriacja czy deportacja. Przesiedlenie Ukraińców z Polski do USSR 1944-1946. Band 1: Dokumenty 1944-1945; Warszawa. („Archiwum Ukraińskie“)

**MOJAK**, Ryszard 1996: Instytucja Prezydenta RP w okresie przekształceń ustrojowych; Lublin.

**MOKRY**, Włodzimierz 1987: Problem ojczyzny dla ukraińskiej mniejszości narodowej wysiedlonej w 1947 roku, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): Colloquium narodów: Materiały z sympozjum „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“; Łódź, S.117-124.

**MOKRY**, Włodzimierz 1989: Polaków i Ukraińców dziś, wczoraj, jutro, *in*: Więź 41(10-12), S.155-183.

**MOKRY**, Włodzimierz (Hrsg.) 1997a: Problemy Ukraińców w Polsce po wysiedleńczej akcji „Wisła“ 1947 roku; Kraków.

**MOKRY**, Włodzimierz 1997b: Ukraińcy w Jaworznie, *in*: Włodzimierz Mokry (Hrsg.): Problemy Ukraińców w Polsce po wysiedleńczej akcji „Wisła“ 1947 roku; Kraków, S.83-90.

**MOTYKA**, Grzegorz 1997: „Łuny w Bieszczadach“ Jana Gerharda a prawda historyczna, *in*: Włodzimierz Mokry (Hrsg.): Problemy Ukraińców w Polsce po wysiedleńczej akcji „Wisła“ 1947 roku; Kraków, S.161-172.

**MOTYKA**, Grzegorz 1999: Tak było w Bieszczadach. Walki polsko-ukrainskie 1943-1948; Warszawa.

**MURAWSKA**, Halina 2000: Przesiedleńcy z Kresów Połnocno-Wschodnich II. Rzeczypospolitej w Olsztynskim; Olsztyn.

**MUSIJENKO**, Swietłana 1999: Polska kultura, szkolnictwo i edukacja na Białorusi, *in*: Adam Bobryk/Józef Jaroń (Hrsg.): Polskie odrodzenie na Wschodzie; Siedlce, S.19-26.

**NAJDER**, Zdzisław 1993: Jaka Polska. Co i komu doradzałem; Warszawa.

**NAJDER**, Zdzisław 1999: Rok satysfakcji, tematy do przemyślenia, *in*: RPPZ 1999, S.215-220.

**NAJDER**, Zdzisław 2000: Pozornie lepiej, naprawdę gorzej, *in*: RPPZ 2000, S.221-231.

**NAJDER**, Zdzisław 2001a: Debata o polityce wschodniej, *in*: RPPZ 2001, S.293-301.

**NAJDER**, Zdzisław 2001b: Ukraina – Polska – Europa, *in*: Polska w Europie, Heft 38 (Dezember 2001), S.107-117.

**NAJDER**, Zdzisław 2001c: Porozumienie z Schengen a wschodni sąsiedzi Polski, *in*: Instytut Spraw Publicznych (Hrsg.): Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów; Warszawa, S.67-88.

**NAJDER**, Zdzisław 2002: Polska droga do Unii Europejskiej: bez wizji, ale z kompleksami ([www.omp.org.pl/najder.htm](http://www.omp.org.pl/najder.htm) [11.2.2002]).

**NIEPODLEGŁOŚĆ IN STATU NASCENDI** 1991, Interview mit Krzysztof Skubiszewski, *in*: Lithuania 1(2), S.8-27. (zitiert als „NIEPODLEGŁOŚĆ 1991“)

**NOWAK**, Andrzej 2001: Polska i trzy Rosje. Studium polityki wschodniej Józefa Piłsudskiego (do kwietnia 1920 roku); Kraków.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1990: Polska – Litwa. Zagrożenia i perspektywy, *in*: Polska w Europie, Heft 2 (März 1990), S.63-72.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1991a: Polska polityka wschodnia w 1991 roku, *in*: RPPZ 1991, S.77-88.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1991b: Polityka wschodnia – szanse i zagrożenia, *in*: Polska w Europie, Heft 5 (Juni 1991), S.56-59.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1991c: Rosja, Polska i kwestia sowiecka, *in*: Polska w Europie Heft 6 (September 1991), S.29-38.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1991d: Litwa – problem polityczny czy moralny?, *in*: Więź 34(10), S.52-57.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1992a: Polska polityka wschodnia, *in*: Przegląd Polityczny 4/1992, S.13-22.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1992b: Polska i Europa Środkowa wobec nowych wyzwań na Wschodzie, *in*: Polska w Europie 8 (April 1992), S.20-26.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1994: Stracone szanse czy stracone złudzenia, *in*: Polska w Europie, Heft 15 (1994), S.19-25.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1996: Polityka wschodnia – kilka spraw oczywistych, *in*: Polska w Europie, Heft 20 (Mai 1996), S.5-16.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 1998: Polityka wschodnia – polityka zachodnia?, *in*: Polska w Europie, Heft 25 (Februar 1998), S.5-9.

**NOWAKOWSKI**, Jerzy Marek 2000: Spojrzenie na Wschód, *in*: Polska w Europie, Heft 31 (März 2000), S.15-19.

**NOWORYTA**, Eugeniusz 1995: Przegląd polskiej polityki zagranicznej w 1994r., *in*: RPPZ 1995, S.9-18.

**NOWORYTA**, Eugeniusz 1996: Przegląd polskiej polityki zagranicznej w 1995 r., *in*: RPPZ 1996, S.17-26.

**OBSERWATOR** [Ps.] 1969: Dyskryminacja mniejszości narodowych w PRL, *in*: Kultura 23(3), S.70-72.

**ODNAJDYWANIE TOŻSAMOŚCI** 1991, Interview mit Halina Kobeckaitė, Direktor der Nationalitätenabteilung der litauischen Regierung vom Oktober 1990, *in*: Lithuania 1(2), S.22-27. (zitiert als „ODNAJDYWANIE 1991“)

**OLECHOWSKI**, Andrzej 1994: Polska i Rosja: Partnerstwo dla Transformacji, *in*: Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji (Hrsg.): W stronę nowego partnerstwa. Polsko-rosyjska konferencja. Kraków, 23.-25.2.1994; Kraków, S.16-24.

**OLECHOWSKI**, Andrzej 1995: Europejska opcja polskiej polityki zagranicznej, *in*: RPPZ 1995, S.19-30.

**OLSZAŃSKI**, Tadeusz A. 1987: Wokół Akcji „Wisły“, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): Colloquium narodów: Materiały z sympozjum „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“, Łódź, S.110-116.

**OLSZAŃSKI**, Tadeusz A. 1998: Stosunki z Ukrainą, *in*: RPPZ 1998, S.155-160.

**OLSZAŃSKI**, Tadeusz A. 1999: Sześć tez o ukraińskiej polityce zagranicznej, *in*: Ad Meritum 8/1999, S.107-114.

**OLSZEWSKI**, Edward 1993: Pogranicze polsko-ukraińskie po II wojny światowej. Polemiki i kontrowersje, *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.149-160.

**ORŁOWSKI**, Witold M. 2001: Konsekwencje ekonomiczne Schengen, *in*: Instytut Spraw Publicznych (Hrsg.): Polska droga do Schengen. Opinie ekspertów; Warszawa, S.89-109.

**OSADCZUK**, Bohdan 1990: Cóż dalej, Panowie Polacy, *in*: Kultura 44(10), S.63-67.

**OSADCZUK**, Bohdan 1993a: Ukraina i sąsiedzi: łatanie dziur, *in*: Kultura 47(2), S.113-117.

**OSADCZUK**, Bohdan 1993b: Z Wałęsą na Ukrainie, *in*: Kultura 47(7), S.106-113.

**OSADCZUK**, Bohdan 1996: Wiosna z przymrozkami, *in*: Kultura 50(5), S.88-93.

**OSADCZUK**, Bohdan 2000: Ukraina, Polska, Świat; Sejny.

**PAPIERZYŃSKA-TUREK**, Mirosława 1979: Sprawa ukraińska w Drugiej Rzeczypospolitej; Kraków.

**PAPIERZYŃSKA-TUREK**, Mirosława 1989: Między tradycją a rzeczywistością. Państwo wobec prawosławia 1918-1939; Warszawa.

**PAPIERZYŃSKA-TUREK**, Mirosława 1999: Hruszewski – Łypynski. Dwie filozofie dziejów Ukrainy i ich współczesna recepcja, *in*: Jan Lewandowski/Wojciech Goleman (Hrsg.): Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Historia i historiografia; Lublin, S.114-130.

**PALMOWSKI**, Marek 1992: Stosunki polsko-białoruskie, *in*: RPPZ 1992, S.145-150.

**PARUCH**, Waldemar 1992: Koncepcja konsolidacji państwowej. Mniejszości narodowe w myśli politycznej obozu piłsudczykowskiego w latach 1926-1935, *in*: Jan Jachymek (Hrsg.): Mniejszości narodowe w polskiej myśli politycznej XX. wieku; Lublin.

**PARUCH**, Waldemar 1993: Mniejszości narodowe w myśli politycznej obozu piłsudczykowskiego (1935-1939), *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowowschodniej; Lublin, S.86-102.

**PARUCH**, Waldemar 2001: Więcej niż niepodległość: polska myśl polityczna 1918-1939; Lublin.

**PASZEWSKI**, Tomasz (Hrsg.) 2000a: Polska granica wschodnia granicą Unii Europejskiej; Warszawa. (Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych 7/2000)

**PASZEWSKI**, Tomasz 2000b: Wpływ wejścia Polski do Unii Europejskiej na stosunki handlowe z Rosją, Litwą, Białorusią, Ukrainą i Słowacją, *in*: Tomasz Paszewski (Hrsg.): Polska granica wschodnia granicą Unii Europejskiej; Warszawa, S.22-28. (Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych 7/2000)

**PAWŁAK**, Stanisław 1993: Polityk traktatowa Polski w latach 1990-1993, *in*: RPPZ 1993, S.31-42.

**PEŁC**, Paweł 1992: Położenie prawne Kościoła greckokatolickiego w Polsce w latach 1945-1989, *in*: Więź 35(7), S.107-121.

**PETERLIK**, Marcin 2000: Handel targowiskowy w Polsce w roku 1999; Warszawa (Mai). (Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową)

**PIETRZYK**, Beata 2001: Polscy nauczyciele na Białorusi, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.59-65.

**PIŁKA**, Marian 1991: Założenia polityki Rzeczypospolitej Polskiej wobec Polaków zamieszkających na Wschodzie; Warszawa.

**PIONTKOWSKI**, Andriej A. 2001: Nowy kurs rosyjskiej polityki zagranicznej i problemy bezpieczeństwa wojskowego, *in*: Rocznik Strategiczny 2000/01, S.32-47.

**PIOTROWSKI**, Marcin Andrzej 2001a: Obszar Postradziecki, Federacja Rosyjska, *in*: RPPZ 2001, S.222-229.

**PIOTROWSKI**, Marcin Andrzej 2001b: Obszar Postradziecki, Białoruś, *in*: RPPZ 2001, S.237-240.

**POMIAN**, Grażyna 1999: Wizja Polski na łamach Kultury 1947-1976; Lublin. (UMCS)

**Polska – Białoruś – Ukraina** 1993, Nowa formuła sąsiedztwa. Stenographisches Protokoll, *in*: Polska w Europie, Heft 12 (Juni bis September 1993), S.110-147.

**Polska jest granicą Wschodu** 2000, *in*: Kultura 54(4), S.71-77. (Interview mit Mieczysław Pruszyński)

**POPOWSKI**, Maciej 1996: Stosunki z Unią Europejską, *in*: RPPZ 1996, S.35-44.

**POPOWSKI** Maciej 1997: Stosunki Polski z Unią Europejską, *in*: RPPZ 1997, S.43-49.

**PRYSTROM**, Janusz 1991: Problemy bezpieczeństwa w polityce zagranicznej Polski, *in*:



RPPZ 1991, S.26-38.

**PRYSTROM**, Janusz 1992: Polityka bezpieczeństwa zewnętrznego Polski w 1992 r., *in*: RPPZ 1992, S.45-56.

**PRYSTROM**, Janusz 1993: Problemy bezpieczeństwa w polityce zagranicznej RP, *in*: RPPZ 1993, S.44-52.

**PRYSTROM**, Janusz 1995: Problem bezpieczeństwa państwa w polityce zagranicznej Polski, *in*: RPPZ 1995, S.31-38.

**ROSATI**, Dariusz 1997: Dziś i jutro Polski w Europie, *in*: RPPZ 1997, S.9-14.

**Rozmowa z Czesławem Okińczycem** 1997, *in*: Kultura 51(3), S.124-133.

**RUCHNIEWICZ**, Małgorzata 2000: Repatriacja ludności polskiej z ZSSR w latach 1955-1959; Warszawa.

**SAHANOWICZ**, Hienadz 2001: Historia Białorusi do końca XVIII. wieku; Lublin.

**SARNECKI**, Paweł 2002: Prawo konstytucyjne; Warszawa.

**SERCZYK**, Władysław A. 1987: Sprawa ukraińska i Ukraińcy we współczesnej Polsce, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): Colloquium narodów: Materiały z sympozjum „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“; Łódź, S.125-136.

**SIENKIEWICZ**, Jan 1999: Republika Litewska: Tradycje Wielkiego Księstwa litewskiego czy Litwy Kowieńskiej, *in*: Adam Bobryk/Józef Jaroń (Hrsg.): Polskie odrodzenie na Wschodzie; Siedlce, S.43-63.

**SIERPOWSKI**, Stanisław 1986: Mniejszości narodowe jako instrument polityki międzynarodowej 1919-1939; Poznań.

**SIWIEC**, Marek M. 2001: Bezpieczeństwo Polski na początku XXI wieku, *in*: RPPZ 2001, S.28-36.

**SKARADZIŃSKI**, Bohdan [Kazimierz Podlaski] <sup>7</sup>1990: Białorusini, Litwini, Ukraińcy; Białystok. (auf Basis der zweiten Auflage)

**SKARADZIŃSKI**, Bohdan 1994: Przegrywamy razem z Ukraińcami, czy każdy sobie?, *in*: Więź 37(4), S.145-149.

**SKARADZIŃSKI**, Bohdan 1997: Patrząc rzeczywistość w oczy, *in*: Więź 40(10), S.198-202.

**SKARBEK**, Jan (Hrsg.) 1996: Białoruś, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości w świetle spisów statystycznych XIX.-XX. wieku; Lublin.

**SKARBEEK**, Jan (Hrsg.) 1998: Samoidentyfikacja mniejszości narodowych i religijnych w Europie Środkowo-Wschodniej. Problematyka atlasowa; Lublin.

**SKUBISZEWSKI**, Krzysztof 1991: Polska polityka zagraniczna w 1991 roku, *in*: RPPZ 1991, S.15-25.

**SKUBISZEWSKI**, Krzysztof 1992: Racja stanu z polskiej perspektywy, *in*: RPPZ 1992, S.35-44.

**SKUBISZEWSKI**, Krzysztof 1993: Perspektywy polityki zagranicznej RP w Europie, *in*: RPPZ 1993, S.21-30.

**SKRZYDŁO**, Andrzej 1997: Rozwój współpracy transgranicznej i międzyregionalnej, *in*: RPPZ 1997, S.86-92.

**SOBCZAK**, Jacek 2000: Stosunki polityczne między Polską a Litwą (1989-2000), *in*: Piotr Kraszewski, Tadeusz Miluski, Tadeusz Wallas (Hrsg.): Zbliżanie się Wschodu i Zachodu. Studia - Analizy - Rozpoznania; Poznań.

**Społeczeństwo obywatelskie** 1996: Białoruś, Litwa, Polska, Ukraina 1989-1995; Lublin. („Rom VI“)

**Spotykałem się z Szeptyckim** 1989, *in*: Więź 9/1989, S.103-107. (Interview mit Władysław Siła-Nowickim)

**SREBRAKOWSKI**, Aleksander 1996: Liczba i rozmieszczenie Polaków na Litwie w latach 1919-1989. Przegląd publikacji i źródeł litewskich, *in*: Jan Skarbek (Hrsg.): Białoruś, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości w świetle spisów statystycznych XIX.-XX. wieku; Lublin, S.69-78.

**SREBRAKOWSKI**, Aleksander 2000: Polacy w Litewskiej SSR 1944-1989; Toruń.

**STACHURA**, Jadwiga 1992: Partie polityczne a polska polityka zagraniczna, *in*: RPPZ 1992, S.271-282.

**STACHURA**, Jadwiga 1993: Problemy polityki zagranicznej i bezpieczeństwa państwa w Małej Konstytucji RP (uwagi politologiczne); Warszawa. (Studia i Materiały PISM Nr. 56)

**STACHURA**, Jadwiga 2001: Stosunki z Litwą, *in*: RPPZ 2001, S.208-211.

**STACHURA** Jadwiga/**CZAPUTOWICZ**, Jacek 1997: Przegląd polskiej polityki zagranicznej w 1996r. *in*: RPPZ 1997, S.15-23.

**STANISZEWSKI**, Robert 1997: Stan i tendencje polsko-ukraińskich stosunków gospodarczych; Warszawa. (Studia i Materiały CBW, Nr. 65)

- STANKIEWICZ**, Jerzy 1999: Stosunki z Białorusią, *in*: RPPZ 1999, S.185-190.
- STANKIEWICZ**, Jerzy 2000: Stosunki z Białorusią, *in*: RPPZ 2000, S.192-196.
- STAROŃ**, Krystyna 2000: Uczymy polskiego na Wschodzie, *in*: Przegląd Polonijny 26(3), S.111-119.
- STAROŃ**, Krystyna 2001a: Praca nauczycieli w szkołach na Wschodzie, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.37-49.
- STAROŃ**, Krystyna 2001b: Działania Centralnego Ośrodka Nauczycieli wspomagające nauczanie języka polskiego na Wschodzie, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.252-259.
- STEFANOWICZ**, Janusz 1995: Wprowadzenie, *in*: Janusz Stefanowicz/Iwona Grabowska-Lipińska (Hrsg.): Racja Stanu w dobie transformacji ładu europejskiego. Implikacje dla Polski; Warszawa, S.7-12.
- STEFANOWICZ**, Janusz/**GRABOWSKA-LIPIŃSKA**, Iwona (Hrsg.) 1995: Racja Stanu w dobie transformacji ładu europejskiego. Implikacje dla Polski; Warszawa. (ISP PAN)
- STEGNER**, Tadeusz (Hrsg.) 1993: Polacy o Ukraińcach, Ukraińcy o Polakach; Gdańsk.
- STELMACHOWSKI**, Andrzej 2000: Sprawy polonijne z perspektywy organizacji pozarządowej, *in*: RPPZ 2000, S.291-301.
- STOCZEWSKA**, Barbara 1998: Litwa, Białoruś, Ukraina w myśli politycznej Leona Wasilewskiego; Kraków.
- STUGLIK**, Dorota 1996: Polityka wobec zagranicznych inwestycji bezpośrednich w Polsce, *in*: RPPZ 1996, S.87-92.
- SUŁOWSKI**, Zygmunt/**SKARBK**, Jan (Hrsg.) 1995: Mniejszości narodowe i religijne w Europie Środkowo-Wschodniej w świetle statystyk XIX. i XX. wieku; Lublin.
- SURMACZ**, Beata 2001: Współczesne stosunki polsko-ukraińskie. Politologiczna analiza traktatu o dobrym sąsiedztwie; Lublin. (Diss. UMCS)
- SURMAN**, Irena 2001: Polscy nauczyciele na Wschodzie, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.50-58.
- SZCZĘŚNIAK**, Antoni B./**SZOTA**, Wiesław Z. 1973: Droga do nikąd. Działalność organizacji ukraińskich nacjonalistów i jej likwidacja w Polsce; Warszawa.

- SZLACHTA**, Bogdan 1992a: Jesteśmy zupełnie inni, *in*: Znak 44(3), S.37-39.
- SZLACHTA**, Bogdan 1992b: Zrozumieć racje Litwinów, *in*: Więź 35(8), S.22-31.
- SZMYD**, Zofia 2000: Stosunki z Ukrainą, *in*: RPPZ 2000, S.182-191.
- SZMYD**, Zofia 2001: Obszar postradziecki, Ukraina, *in*: RPPZ 2001, S.230-237.
- SZYBIEKA**, Zachar 2001: Historia Białorusi 1795-2000; Lublin.
- ŚWIEBODA**, Paweł 1997a: Działalność prezydenta RP na rzecz realizacji celów polskiej polityki zagranicznej w 1996 roku, *in*: RPPZ 1997, S.193-200.
- ŚWIEBODA**, Paweł 1997b: Zachodnie uwarunkowania polityki wschodniej II RP, *in*: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Patrząc na Wschód. Z problematyki polityki wschodniej III. RP; Warszawa, S.89-120.
- ŚWIETLICKI**, Bogusław/**WŁODARSKI**, Piotr 1995: Współpraca wojskowa w ramach Partnerstwa dla pokoju, *in*: RPPZ 1995, S.65-70.
- ŚWIETLICKI**, Bogusław/**WŁODARSKI**, Piotr 1996: Drugi rok współpracy w ramach Partnerstwa dla Pokoju, *in*: RPPZ 1996, S.93-98.
- TARKA**, Krzysztof 1996: Szkolnictwo litewskie w Polsce powojennej, *in*: Społeczeństwo Otwarte 6/1996, S.41-44.
- TARKA**, Krzysztof 1997a: Kościół katolicki wobec Litwinów w Polsce po drugiej wojny światowej, *in*: Przegląd Wschodni 6(2), S.309-338.
- TARKA**, Krzysztof 1997b: W obronie przed polonizacją, w walce z litwinizacją, *in*: Więź 1/1997, S.153-168.
- TARKA**, Krzysztof 1998: Litwini w Polsce 1944-1997; Opole. (Diss.)
- TOMALAK**, Marcin/**WYŻNIKIEWICZ**, Bohdan 1999: Handel targowiskowy w 1998 roku; Warszawa (Januar). (Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową)
- TOMASZEWSKI**, Jerzy 1985: Ojczyzna nie tylko Polaków; Warszawa.
- TOMASZEWSKI**, Jerzy 1991: Mniejszości narodowe w Polsce XX. wieku; Warszawa.
- TOMASZEWSKI**, Jerzy 1992: Polacy na Litwie. Uwagi polemiczne, *in*: Stosunki Międzynarodowe 45(7-12), S.89-94.
- TOMASZEWSKI**, Jerzy 1997: Mniejszości narodowe w prawie polskim 1918-1939, *in*: Więź 2/1997, S.123-140.

- TORZECKI**, Ryszard 1988: Postawa Metropolity, *in*: *Więź* 31(7-8), S.99-117.
- TORZECKI**, Ryszard 1993: Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II. wojny światowej na terenie II. Rzeczypospolitej; Warszawa.
- TRABA**, Robert (Hrsg.) 1999: Tematy polsko-litewskie; Olsztyn.
- TRABA**, Robert (Hrsg.) 2001: Tematy polsko-ukraińskie; Olsztyn.
- TUCHOLSKI**, Jędrzej/**SZAPOWAŁ**, Jurij (Hrsg.) 2000: Przesiedlenia Polaków i Ukraińców 1944-1946. Nieznane dokumenty z archiwów służb specjalnych, Band 2; Warszawa.
- TURONEK**, Jerzy 1987: Stosunki polsko-białoruskie w okresie II wojny światowej, *in*: Tomasz Filipczak (Hrsg.): *Colloquium narodów: Materiały z sympozjum „Litwini, Białorusini, Ukraińcy, Polacy – przesłanki i pojednania“*; Łódź, S.31-39.
- TURZAŃSKI**, Wiesław 2001: Fundacja „Pomoc Polakom na Wschodzie“, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): *Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000*; Warszawa, S.233-235.
- UKRAINA-POLSKA** 1993: Dziedzictwo historyczne i świadomość społeczeństwa; Materiały z konferencji naukowej, Kam”janec’ Podil’s’kyj 1993, 29.-31.5.1992; Kiev.
- Ukraina – pytania o przyszłość** 1994, *in*: *Polska w Europie*, Heft 14 (April 1994), S.50-83.
- WABISZCZEWICZ**, Aleksander 1995: Sytuacja szkolnictwa białoruskiego na Białorusi Zachodniej w latach 1921-1939, *in*: Małgorzata Gizejewska/Tomasz Strzembosz (Hrsg.): *Spółczesność Białoruskie, Litewskie, i Polskie na ziemiach Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej (Białoruś Zachodnia i Litwa Wschodnia) w latach 1939-41*; Warszawa, S.190-203.
- WIDACKI**, Jan 1997: Stosunki z Litwą, *in*: *RPPZ* 1997, S.147-158.
- WIDACKI**, Jan 2001: Polska – Litwa. Trudne początki, *in*: *Lithuania* 38, S.74-81.
- WINNICKI**, Zdzisław J. 1993: Polacy na Białorusi, *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): *Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej*; Lublin, S.192-204.
- WISNER**, Henryk 1999: Cezury i lata. O stosunkach polsko-litewskich raz jeszcze, *in*: Robert Traba (Hrsg.): *Tematy polsko-litewskie*; Olsztyn, S.27-53.
- WIŚNIEWSKI**, Rafał 1998: Nowe wyzwania we współpracy Polski z państwami Europy Środkowej, *in*: *RPPZ* 1998, S.46-60.

**WIZIMIRSKA**, Barbara 1996: Działalność prezydenta Lecha Wałęsa w sferze polityki zagranicznej. Rok 1995, bilans 1991-1995, *in*: RPPZ 1996, S.179-186.

**WIZIMIRSKA**, Barbara 1997b: Pomoc dla Polaków na Wschodzie. Zagadnienie repatriacji, *in*: RPPZ 1997, S.238-247.

**WIZIMIRSKA**, Barbara 1998: Stosunki z Litwą, *in*: RPPZ 1998, S.161-169.

**WIZIMIRSKA**, Barbara 1999: Stosunki z Litwą, *in*: RPPZ 1999, S.168-176.

**WOLAŃSKI**, Marian 1996: Europa Środkowo-Wschodnia w myśli politycznej w emigracji polskiej 1945-1975; Wrocław.

**WÓJTOWICZ**, Joanna 2001: Polonijne Centrum Nauczycielskie w Lublinie, *in*: Janina Zawadowska/Krystyna Staroń/Mirosław Sielatycki (Hrsg.): Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa, S.236-238.

**WÓYCICKI**, Kazimierz 1989: Czy bać się sąsiadów? Między Rosją a Niemcami, *in*: Więź 32(7-8), S.14-19.

**WÓYCICKI**, Kazimierz 1993: Przedmurze, pomost, peryferium. Pytania dotyczące teorii „pomostu“, *in*: Polska w Europie, Heft 12 (Juni-September 1993), S.26-33.

**Współdecydować w Europie** 2001, Z ministrem spraw zagranicznych Władysławem Bartoszewskim rozmawiają Michał Komar i Aleksander Kropiwnicki, *in*: Więź 44(2), S.74-86. (zitiert als „WSPÓLDECYDOWAĆ 2001“)

**YANG**, Cheongsook 2001: Polskie partie polityczne wobec polityki wschodniej państwa w latach 1989-1997; Warszawa. (Diss. WDiNP UW)

**ZABROWARNY**, Stefan 1993: Polityka narodowościowa polskich władz komunistycznych w kwestii ukraińskiej, *in*: Andrzej Czarnocki/Ziemowit Jacek Pietraś (Hrsg.): Polityka narodowościowa państw Europy Środkowo-Wschodniej; Lublin, S.126-148.

**Zachowanie priorytetów to zbyt mało** 1997, Interview mit Piotr Nowina-Konopka, *in*: Więź 40(11), S.30-42.

**ZADENCKA**, Maria 1995: W poszukiwaniu utraconej ojczyzny. Obraz Litwy i Białorusi w twórczości wybranych polskich pisarzy emigracyjnych; Uppsala.

**ZAJĄCZKOWSKI**, Wojciech 1990: Nowy Wschód. Przyszłość polskiej polityki wschodniej, *in*: Res Publica, 9/1990, S.87-91.

**ZAJĄCZKOWSKI**, Wojciech 1991: Warianty polskiej polityki wschodniej, *in*: Polska w Europie, Heft 5 (Juni 1991), S.60-65.

**ZAJĄCZKOWSKI**, Wojciech 1992: Stosunki polsko-rosyjskie, *in*: RPPZ 1992, S.187-193.

**ZAREMBA**, Marcin 2001: Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce; Warszawa.

**ZAWADOWSKA**, Janina/**STAROŃ**, Krystyna/**SIELATYCKI**, Mirosław (Hrsg.) 2001: Polscy nauczyciele na Wschodzie 1989-2000; Warszawa.

**ZIĘBA**, Ryszard 1997: Wschodnie uwarunkowania bezpieczeństwa Polski, *in*: Stanisław Bieleń (Hrsg.): Patrzac na Wschód. Z problematyki polityki wschodniej III. RP; Warszawa, S.63-88.

**ZIÓŁKOWSKI**, Marek 1997: Stosunki z Białorusią, *in*: RPPZ 1997, S.159-164.

**ZIÓŁKOWSKI**, Marek 2001: Źródła polskiej polityki wschodniej, *in*: Polska w Europie, Heft 35 (März 2001), S.35-52.

**ŻOŁĘDKOWSKI**, Cezary (o.J.): Położenie społeczne mniejszości litewskiej w Polsce; Warszawa o.J. (Diss, Bibliothek des Instituts für Sozialpolitik der Universität Warschau)

**ŻUKROWSKA**, Katarzyna 1999: System bezpieczeństwa w tworzenia, *in*: Ad Meritum 8/1999, S.11-49.

## 2) Titel in westlichen Sprachen

**ACKERMANN**, Alberto/**BIEBER**, Roland/**EPINEY**, Astrid/**WEHNER** Ruth 1995: Schengen und die Folgen. Der Abbau der Grenzkontrollen in Europa; Bern.

**ADLER**, Emanuel 1997: Seizing the Middle Ground. Constructivism in World Politics, *in*: European Journal of International Relations 3(3), S.319-364.

**AGGESTAM**, Lisbeth 1999: Role Conceptions and the Politics of Identity in Foreign Policy; Oslo. (ARENA Working Paper No.8, Februar 1999, [www.sv.iuo.no/arena/publications](http://www.sv.iuo.no/arena/publications) [1.6.2002])

**AHMANN**, Rolf 1997: Militärische Schwäche oder Versagen der Sicherheitspolitik? Verteidigungsprobleme Polens, der baltischen Staaten und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.31-52.

**ALLISON**, Graham 1971: Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis; London.

**BALMACEDA**, Margarita M. 1998: Gas, Oil and the Linkages Between Domestic and Foreign Policies: the Case of Ukraine, *in*: Europa-Asia Studies 50(2), S.257-286.

**BALMACEDA**, Margarita M. (Hrsg.) 2001: *On the Edge: Ukrainian-Central European-Russian Security Triangle*; Budapest. (CEU University Press)

**BARCZ**, Jan u.a. (Hrsg.) 2002: *The Treaty of Nice. Conclusions for Poland*; Warsaw.

**BENECKE**, Werner 1999: *Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918-1939*; Köln u.a. (Diss.)

**BERG-SCHLOSSER**, Dirk/**MAIER**, Herbert/**STAMMEN**, Theo 1974: *Einführung in die Politikwissenschaft*; München.

**BINGEN**, Dieter 1994a: *Polens außen- und sicherheitspolitische Prioritäten. Der Westen, die NATO und Russland*; Köln. (Berichte des BIOst 26/1994)

**BINGEN**, Dieter 1994b: *Bilanz nach zwölf Monaten Regierung Pawlak: Polen zwischen Reform und Restauration*; Köln. (Berichte des BIOst 63/1994)

**BLUMENWITZ**, Dieter 1995: *Volkgruppen und Minderheiten. Politische Vertretung und Kulturautonomie*; Berlin. (= Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 20)

**BLUMENWITZ**, Dieter/**GORNIG**, Gilbert H./**MURSWIEK**, Dietrich (Hrsg.) 1998: *Rechtsanspruch und Rechtswirklichkeit des europäischen Minderheitenschutzes*; Köln. (= Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 17)

**BÖCKENFÖRDE**, Ernst-Wolfgang 1995: *Die Nation – Identität in Differenz*, in: Krzysztof Michalski (Hrsg.): *Identität im Wandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995*; Stuttgart, S.129-154.

**BOEKLE**, Henning/**RITTBERGER**, Volker/**WAGNER**, Wolfgang 1999: *Norms and Foreign Policy: Constructivist Foreign Policy Theory*; Tübingen. (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung 34a)

**BOEKLE**, Henning/**NADOLL**, Jörg/**STAHL**, Bernhard 2000: *Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise*; Trier 2000. (PAFE-Arbeitspapier Nr. 1, Dezember 2000, [www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/docs/arbeitspapier.pdf](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/docs/arbeitspapier.pdf) [20.11.02])

**BOEKLE**, Henning/**NADOLL**, Jörg/**STAHL**, Bernhard 2001: *Nationale Identität, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung. Herausforderungen und Hypothesen*; Trier. (PAFE-Arbeitspapier Nr.4, [www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/start.htm](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/start.htm) [20.11.02])

**BROWNLIE**, Ian <sup>5</sup>1998: *Principles of Public International Law*; Oxford.

**BRUNNER**, Georg 2002: *EU-Minderheitenpolitik und kollektive Minderheitenrechte. Eine Replik auf Sabine Riedel*, in: *Osteuropa* 52(2), S.220-228.



**BRUNNER**, Georg/**MEISSNER**, Boris 1999: Das Recht der nationalen Minderheiten in Osteuropa; Berlin 1999.

**BRZEZINSKI**, Zbigniew 1989: Post-Communist Nationalism, *in*: Foreign Affairs 68(5), S.1-25.

**BRZEZINSKI**, Zbigniew 1995: A Plan for Europe, *in*: Foreign Affairs 74(1), S.26-42.

**BUCHHOFER**, Ekkehard 2001: Die Wilnaer Polonia und die neue polnische Ostpolitik, *in*: Klaus Ziemer (Hrsg.) 2001a: Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989; Marburg, S.77-94.

**BURANT**, Stephen R. 1993: International Relations in a Regional Context: Poland and its Eastern Neighbours – Lithuania, Belarus, Ukraine, *in*: Europe-Asia Studies 45(3), S.395-418.

**BURANT**, Stephen R. 1995: Foreign Policy and National Identity: A Comparison of Ukraine and Belarus, *in*: Europe-Asia Studies 47(7), S.1125-1144.

**BUTKIEVIČIUS**, Audrius 1993: The Baltic Region in Post-Cold War Europe, *in*: NATO Review, vol. 41, nr.1 (Februar 1993).

**CARLSNAES**, Walter 1992: The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis, *in*: International Studies Quarterly 36(3), S.245-270.

**CARLSNAES**, Walter 1994: In Lieu of a Conclusion: Compatibility and the Agent-Structure-Problem Issue in Foreign Policy Analysis, *in*: Walter Carlsnaes/Steven Smith (Hrsg.): European Foreign Policy. The EC and Changing Perspectives in Europe; London, S.274-287.

**CARLSNAES**, Walter 2002: Foreign Policy, *in*: Walter Carlsnaes/Thomas Risse/Beth Simmons (Hrsg.): Handbook of International Relations; London, S.331-349.

**CARLSNAES**, Walter/**RISSE**, Thomas/**SIMMONS**, Beth (Hrsg.) 2002: Handbook of International Relations; London.

**CHAN**, Steve 1979: Rationality, Bureaucratic Politics and Belief Systems. Explaining the Chinese Policy Debate 1964-1966, *in*: Journal of Peace Research 16, S.333-347.

**CHECKEL**, Jeffrey T. 1993: Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution, *in*: World Politics 45, S.271-300.

**CHECKEL**, Jeffrey T. 1997: International Norms and Domestic Politics. Bridging the Rationalist-Constructivist Divide, *in*: European Journal of International Relations 3(4), S.473-495.

**CHECKEL**, Jeffrey T. 1998: The Constructivist Turn in International Relations, *in*: World

Politics 50(2), S.324-348.

**CHECKEL**, Jeffrey T. 1999: Norms, Institutions and National Identity in Contemporary Europe, in: *International Studies Quarterly* 43(1), S.83-114.

**CLEMENT**, Hermann u.a. (Hrsg.) 2000: Ostmitteleuropa vor der Konsolidierung? Wirtschaftliche Lage und und Wirtschaftspolitik in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine Mitte 2000; München (Oktober). (Working Paper des Osteuropa-Instituts München Nr.227)

**CREUZBERGER**, Stefan u.a. (Hrsg.) 2000: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion; Köln. (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Band 58)

**CRUZ**, Consuelo 2000: Identity and Persuasion: How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures, *in: World Politics* 52(2), S.275-312.

**CZAPLIŃSKI**, Władysław 1999: International Law and the Polish Constitution, *in: Mirosław Wyrzykowski (Hrsg.): Constitutional Essays; Warsaw, S.287-302.*

**CZAPLIŃSKI**, Władysław 2002: Poland's Way to the European Union. Legal Aspects; Warsaw.

**CZEMPIEL**, Ernst Otto 1997: Die Neuordnung Europas: Was leisten NATO und OSZE für die Kooperation mit Osteuropa und Rußland?, *in: APuZ* B1-2, S.34-45.

**CZEMPIEL**, Ernst-Otto 2000: Determinanten zukünftiger Außenpolitik, *in: APuZ* 24, S.13-21.

**DESCOMBES**, Vincent 1981: Das Selbe und das Andere. 45 Jahre Philosophie in Frankreich 1933-1978; Frankfurt/Main.

**DE WEYDENTHAL**, Jan B. 1990: Prospects for Soviet-Polish Trade, *in: RFE/RL Report on Eastern Europe*, vol. 1, no. 44, 2.11.1990.

**DE WEYDENTHAL**, Jan B. 1991a: Polish Prime Minister Visits Moscow, *in: RFE/RL Report on Eastern Europe*, vol. 2, no. 16, 19.4.1991.

**DE WEYDENTHAL**, Jan B. 1991b: Policy toward the Eastern Neighbors, *in: RFE/RL Report on Eastern Europe*, vol. 2, no. 47, 22.11.1991.

**DE WEYDENTHAL**, Jan B. 1993: Controversy in Polen over „Euroregions“, *in: RFE/RL Report on Eastern Europe*, vol. 4, no. 16, 16.4.1993.

**DE WEYDENTHAL**, Jan B. 1998: Visa-Free Travel and Return to Rules are Guidelines for Border Control, *RFE/RL Newline*, 26.2.98.

**EDER**, Klaus 1992: Framing and Communicating Environmental Issues; Firenze. (Final

Report to the Commission of the European Communities, Contract No EV5V-CT92-0152, EC Environmental Research Programme: Research Area III, Research project Number PL210493)

**EPINEY**, Astrid 1995: Das zweite Schengener Abkommen: Entstehung, Konzption und Einbettung in die Europäische Union, *in*: Alberto Ackermann/ Roland Bieber/ Astrid Epiney/ Ruth Wehner (Hrsg.): Schengen und die Folgen. Der Abbau der Grenzkontrollen in Europa; Bern, S.3-11.

**ESTÉBANEZ**, María Amor Martín/**GÁL**, Kinga 1999: Implementing the Framework Convention for the Protection of National Minorities; Flensburg. (=ECMI Report Nr. 3, August 1999)

**FOUCAULT**, Michel 1989: The Archaeology of Knowledge; London.

**FRISZKE**, Andrzej 2000: Polen und Europa. Der Einfluß der Pariser Kultura auf das polnische politische Denken; *in*: Łukasz Gałeczki/Basil Kerski (Hrsg.): Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil; Osnabrück, S.35-57.

**FROWEIN**, Jochen/**MARAUHN**, Thilo (Hrsg.) 1998: Grundfragen der Verfassungsgerichtsbarkeit in Mittel- und Osteuropa; Heidelberg u.a.

**FUCHS**, Peter 1992: Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit; Frankfurt/Main.

**GÁL**, Kinga 1999: Bilateral agreements on Central and Eastern Europe: A New Inter-State Framework for Minority Protection?; Flensburg. (=ECMI Working Paper Nr.4, May 1999)

**GÁL**, Kinga 2000: The Council of Europe Framework Convention for the Protection of National Minotities and its Impact on Central and Eastern Europe; Flensburg. (=Working Paper for the VI. ICCEES World Congress in Tampere (Finland), 29.July-3.August 2000)

**GAŁECKI**, Łukasz/**KERSKI**, Basil (Hrsg.) 2000: Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil; Osnabrück.

**GARNETT**, Sherman W. 1996: Poland: Bulwark or Bridge?, *in*: Foreign Policy 102, Spring 1996, S.66-82

**GARTON ASH**, Timothy 1990: Mitteleuropa?, *in*: Daedalus – Journal of the American Academy of Arts and Science 119(1), S.1-23.

**GAUPP**, Peter 1983: Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen; Bern.

**GAWRICH**, Andrea 2003: Minderheiten im Transformations- und Konsolidierungsprozess Polens. Verbände und politische Institutionen; Opladen. (Diss.)

**GELLNER**, Ernest 1983: Nations and Nationalism; New York.

**GELLNER**, Ernest 1987: Culture, Identity, and Politics; Cambridge.

**GELLNER**, Ernest 1996: Nationalismus in Osteuropa; Wien. (Karl-Renner-Institut)

**GEREMEK**, Bronisław 1995: Zur Identität Zentraleuropas: Illusion und Realität, *in*: Krzysztof Michalski (Hrsg.): Identität im Wandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995; Stuttgart, S.191-206.

**GERHARDT**, Sebastian 1999: Die Stellung des polnischen Präsidenten in Verfassungsrecht und -praxis seit 1989: Fortwährende Schwächung auf Kosten von Regierung und Parlament?, *in*: Osteuropa-Recht 45(3), S.217-237.

**GERHARDT**, Sebastian 2001: Der polnische Streit um die „richtige“ Ostpolitik, *in*: Osteuropa 51(8), S.910-921.

**GOLDSTEIN**, Judith/**KEOHANE**, Robert O. (Hrsg.) 1993: Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change; New York.

**GRABBE**, Heather 2000: The sharp edges of Europe: Extending Schengen eastwards, *in*: International Affairs 76(3), S.497-514.

**GRABBE**, Heather 2002: Stabilizing The East While Keeping Out The Easterners: Internal and External Security Logics in Conflict, *in*: Sandra Lavenex/Emek Uçarer (Hrsg.): Externalities of Integration: The Wider Impact of Europe's Immigration and Asylum Policies; Lanham, S.91-104.

**GRICIUS**, Algirdas 1999: Lithuania and its Belarusian Policy, *in*: Lithuanian Foreign Policy Review 3, S.31-50.

**GROMADZKI**, Grzegorz 2000: Mauern oder Brücken? Polens Beziehungen zur Ukraine, zu Weißrußland und zu Litauen, *in*: Magarditsch Hatschikjan (Hrsg.): Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel; Opladen, S.61-75.

**GROTT**, Bogumił 1999: Die nationale (nationaldemokratische) Bewegung in Polen 1886-1996: ihre wichtigsten Ideen und Grundlagen, *in*: Österreichische Osthefte 41(3-4), S.427-444.

**GRZYBOWSKI**, Marian 1999: The System of Government in the Constitution of the Republic of Poland of 2nd April 1997, *in*: Paweł Sarnecki/Andrzej Szmyt/Zbigniew Witkowski (Hrsg.): The Principles of Basic Institutions of the System of Government in Poland, Warszawa, S.135-165.

**GUZZINI**, Stefano 1999: A Reconstruction of Constructivism in International Relations; Budapest. (CEU Working Papers IRES No. 99/5)

**HAAS**, Peter M. 1992: Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination, *in*: International Organization 46(1), S.1-35.

**HABIELSKI**, Rafał 2000: Die Pariser *Kultura* und das „unnachgiebige London“, *in*: Łukasz Gałęcki/Basil Kerski (Hrsg.): Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil; Osnabrück, S.59-71.

**HAILBRONNER**, Kai/**WEIL**, Patrick 1999: Von Schengen nach Amsterdam; Köln. (Schriftenreihe der ERA Trier, Band 29)

**HALL**, Peter/**TAYLOR**, Rosemary 1996: Political Sciences and the Three New Institutionalisms, *in*: Political Studies 44(4), S.936-957.

**HANDL**, Vladimir 2001: Die CEFTA – mehr als bloß Freihandel, *in*: Magarditsch Hartschikjan (Hrsg.): Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel; Opladen, S.111-134.

**HANSEN**, Lene/**WÆVER**, Ole (Hrsg.) 2002: European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States; London.

**HARNISCH**, Sebastian 2003: Außenpolitiktheorie nach dem Ost-West-Konflikt: Stand und Perspektiven der Forschung, *in*: Gunter Hellmann/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.): Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland; Opladen. (i.E.)

**HARTMANN**, Karl 1991: Polen und die litauische Frage, *in*: Osteuropa-Archiv 41(8), S.A449-A468.

**HARTMANN**, Karl 1992a: Polen und die Unabhängigkeit Litauens, *in*: Osteuropa 42(4), S.329-351.

**HARTMANN**, Karl 1992b: Die neue polnische Ostpolitik, die Ukraine und Weißrussland, *in*: Osteuropa 42(9), S.A531-A552.

**HARTMANN**, Karl 1993: Warschaus Bemühungen um Weißrußland, *in*: Osteuropa 43(8), S.853-863.

**HARTMANN**, Karl 1995: Polens Ostpolitik und die Ukraine, *in*: Osteuropa 45(10), S.946-962.

**HATSCHIKJAN**, Magarditsch (Hrsg.) 2000: Jenseits der Westpolitik. Die Außenpolitik der osteuropäischen Staaten im Wandel; Opladen.

**HAURIOU**, Maurice 1965: Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze; Berlin.

**HEIN**, Heidi 2002: Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1920-1939; Marburg.

**HEINRICH**, Andreas 1999: Rußlands Gazprom. Gazprom als Akteur auf internationaler Ebene; Köln. (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien 34/1999)

**HELLMANN**, Manfred <sup>5</sup>1999: Geschichte Litauens; Köln.

**HELLMANN**, Gunter/**WOLF**, Klaus-Dieter/**ZÜRN**, Michael (Hrsg.) 2003: Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland; Opladen. (i.E.)

**HEUBERGER**, Valeria (Hrsg.) 1994: Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945-1990; München/Wien.

**HOBBSAWM**, Eric J. 1980: Nations and Nationalism since 1780: programme, myth, reality; Cambridge.

**HOFMANN**, Rainer 1995: Minderheitenschutz in Europa. Völker- und staatsrechtliche Lage im Überblick; Berlin. (= Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 19)

**HOFFMAN**, Arthur/**KNOWLES**, Vanda 1999: Germany and the Reshaping of Europe. Identifying Interests – the Role of Discourse Analysis; Birmingham. (ESRC-IGS Paper 9/1999, [www.igs.bham.ac.uk/research/pdf/knowhoff.pdf](http://www.igs.bham.ac.uk/research/pdf/knowhoff.pdf) [15.1.03])

**HOLSTI**, Kalevi 1970: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, *in*: International Studies Quarterly 14(2), S.233-309.

**HOLTMANN**, Everhard (Hrsg.) <sup>3</sup>2000: Politik-Lexikon; München/Wien.

**HOLZER**, Jerzy 1985: „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft; München.

**HUDSON**, Valerie/**VORE**, Christopher 1995: Foreign Policy Analysis Yesterday, Today, and Tomorrow, *in*: Mershon International Studies Review 39, S.209-238.

**HOENSCH**, Jörg K. <sup>2</sup>1990: Geschichte Polens; Stuttgart.

**HOŠKOVÁ**, Mahulena 1998: Das Völkerrecht als Maßstab verfassungsgerichtlicher Entscheidungen in einigen ost- und mitteleuropäischen Staaten, *in*: Jochen Frowein/Thilo Marauhn (Hrsg.): Grundfragen der Verfassungsgerichtsbarkeit in Mittel- und Osteuropa; Heidelberg u.a., S.443-494.

**ISMAYR**, Wolfgang (Hrsg.) 2002: Die politischen Systeme Osteuropas; Opladen.

**JAWORSKI**, Rudolf/**LÜBKE**, Christian/**MÜLLER**, Michael G. (Hrsg.) 2000: Eine kleine Geschichte Polens; Frankfurt.

**JAWORSKI**, Rudolf 2001: Zentraleuropa – Mitteleuropa – Ostmitteleuropa. Zur Definitionsproblematik einer historischen Großregion  
([www-gewi.kfunigraz.ac.at/moderne/heft2j.htm](http://www-gewi.kfunigraz.ac.at/moderne/heft2j.htm) [21.11.2001]).

**JERVIS**, Robert 1976: Perception and Misperception in International Politics; Princeton.

**JEPPERSON**, Ronald L./**WENDT**, Alexander/**KATZENSTEIN**, Peter J. 1996: Norms, Identity and Culture in National Security, *in*: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics; New York, S.33-75.

**JOERISSEN**, Britta/**STAHL**, Bernhard (Hrsg.) 2003: Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden; Bonn.

**KAMIŃSKI**, Antoni Z./**KOZAKIEWICZ**, Jerzy 1997: Polish-Ukrainian Relations 1992-1996; Warszawa. (CSM)

**KAPPELER**, Andreas 1994: Kleine Geschichte der Ukraine; München.

**KATO**, Junko 1996: Institutions and Rationality in Politics – Three Varieties of Neo-Institutionalists, *in*: British Journal of Political Science 26(4), S.553-582.

**KATZNELSON**, Ira 1995: Über Identität, Rasse und Sozialpolitik in den Vereinigten Staaten, *in*: Krzysztof Michalski (Hrsg.): Identität imWandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995; Stuttgart, S.79-97.

**KATZENSTEIN**, Peter J. 1976: International Relations and Domesic Structures. Foreign Economy Policies of Advanced Industrial States, *in*: International Organization 30(1), S.1-45.

**KATZENSTEIN**, Peter J. 1978: Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States; Madison.

**KATZENSTEIN**, Peter J. (Hrsg.) 1996: The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics; New York.

**KEOHANE**, Robert O. 1988: International Institutions. Two Research Programmes, *in*: International Studies Quaterly 32, S.379-396.

**KERNER**, Manfred/**STOPINSKI**, Sigmar 1990: Finnlandisierung als Perspektive? Die Rolle der kleinen europäischen Staaten in den Ost-West-Beziehungen der 80er und 90er Jahre, *in*: Osteuropa 40(3), S.255-271.

**KESSLER**, Wolfgang 1997: Die gescheiterte Integration. Die Minderheitenfrage in Ostmitteleuropa, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.161-188.

**KIRSTE**, Knut/**MAULL**, Hanns 1996: Zivilmacht und Rollentheorie, *in*: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3(2), S.283-312.

**KŁOCZOWSKI**, Jerzy (Hrsg.) 1994: Belarus, Lithuania, Poland and Ukraine: the foundations of historical und cultural traditions in East Central Europe; Lublin.

**KŁOCZOWSKI**, Jerzy u.a. (Hrsg.) 2000: Frontières et l'espace national en Europe du Centre-Est. Exemples de quatre pays: Biélorussie, Lithuanie, Pologne et Ukraine; Lublin.

**KOŁAKOWSKI**, Leszek 1995: Über kollektive Identität, *in*: Krzysztof Michalski (Hrsg.): Identität imWandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995; Stuttgart, S.47-60.

**KORZEC**, Paweł 1974: Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919-1934), *in*: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 22, S.515-555.

**KORZEC**, Paweł 1975: Der Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens des Jahres 1922, *in*: Zeitschrift für Ostforschung 24, S.193-220.

**KORZEC**, Paweł 1977: Der Zweite Block der nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens 1927-1928, *in*: Zeitschrift für Ostforschung 26(1), S.76-116.

**KOSZEL**, Bogdan 1996: Polens dorniger Weg zur NATO, *in*: WeltTrends 4(1), S.45-57. (Heft 10)

**KOWERT**, Paul/**LEGRO**, Jeffrey 1996: Norms, Identity, and Their Limits: A Theoretical Reprise, *in*: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics; New York, S.451-497.

**KRASNODEBSKI**, Zdzislaw 1999: Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen; Hamburg.

**KRATOCHWIL**, Friedrich V. 1989: Rules, Norms and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs; Cambridge.

**KRATOCHWIL**, Friedrich V./**RUGGIE**, John G. 1986: A State of the Art on an Art of the State, *in*: International Organization 40(4), S.753-775.

**KRÓL**, Marcin 2003: Polen zwischen Ost und West, *in*: Transit 25, S.12-23.

**KRÜGER**, Peter 1997: Das internationale System und Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen



(1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.13-30.

**KYMLICKA**, Will 1995: Multicultural citizenship. A liberal theory of minority rights; Oxford.

**LANG**, Kai-Olaf 2000: Polens Beziehungen zu Russland: Zwischen Argwohn und Zusammenarbeit; Köln. (Berichte des BIOst 31/2000).

**LANG**, Kai-Olaf 2002: Polens Beziehungen zur Ukraine. „Strategische Partnerschaft“ im Kontext der EU-Erweiterung; Berlin. (Stiftung Wissenschaft und Politik)

**LARSEN**, Henrik 1997: Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe; London.

**LAVENEX**, Sandra/**UÇARER**, Emek (Hrsg.) 2002: Externalities of Integration: The Wider Impact of Europe's Immigration and Asylum Policies; Lanham.

**LEMBERG**, Hans (Hrsg.) 1997a: Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg.

**LEMBERG**, Hans 1997b: Vorwort, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.I-VII.

**LEMBERG**, Hans 2000: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert; Marburg.

**LEPSIUS**, M. Rainer 1990: Interessen, Ideen, Institutionen; Opladen.

**LINEK**, Bernhard, **STRUVE**, Kai (Hrsg.) 2000: Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert; Opole/Marburg.

**LINKEVIČIUS**, Linas: NATO and Lithuania 1998: What is Blocking Entry Through an Open Door, *in*: Lithuanian Foreign Policy Review 1/1998, S.47-61.

**LIPSKI**, Jan Józef 1996: Wir müssen uns alles sagen. Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft; Warszawa.

**LOEBER**, Dietrich A. 1997: Die Minderheitenschutzverträge. Entstehung, Inhalt und Wirkung, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.189-200.

**MARCH**, James G./**OLSEN**, Johan P. 1989: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics; New, York.

**MARCH**, James G./**OLSEN**, Johan P. 1998: The Institutional Dynamics of International

Political Order, in: International Organization 52(4), S.943-969.

**MAULL**, Hanns W./**STAHL**, Bernhard 2002: Abschlussbericht des DFG-geförderten Projekts „Europäische Außenpolitik im dynamischen Mehrebenensystem; Trier. (www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe [10.09.2002])

**MAYHEW**, Alan 1998: Recreating Europe. The European Union's Policy towards Central and Eastern Europe; Cambridge.

**MEDICK-KRAKAU**, Monika (Hrsg.) 1999a: Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland; Baden-Baden. (Festschrift für Ernst-Otto Czempel zum 70. Geburtstag)

**MEDICK-KRAKAU**, Monika 1999b: Außenpolitischer Wandel. Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland; Baden-Baden, S.3-31.

**MEINECKE**, Friedrich <sup>3</sup>1963: Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte; München. (hrsg. von Walter Hofer)

**MERECKIS**, Darius K./**MORKVĖNAS**, Rimantas 1998: The 1991 Treaty as a Basis for Lithuanian-Russian Relations, in: Lithuanian Foreign Policy Review 1/1998, S.7-17.

**MEYER**, Gerd 2000: Perspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung, in: Osteuropa 50(8), S.926-936.

**MICHALSKI**, Krzysztof (Hrsg.) 1995: Identität im Wandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995; Stuttgart.

**MILLER**, Alexei 2003: In den Fesseln der Geschichte. Der polnische Diskurs über die Ostpolitik, in: Transit 25, S.40-49.

**MILLIKEN**, Jennifer 1999: The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5(2), S.225-254.

**MOMMSEN**, Margareta (Hrsg.) 1992: Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie; München 1992.

**MORAVCSIK**, Andrew 1998: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht; Ithaca.

**MÜLLER**, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1(1), S.15-44.

**NADOLL**, Jörg 2000: Diskursanalyse und Außenpolitikforschung. PAFE-Arbeitspapier

Nr.2; Trier. ([www.uni-trier.de/uni/fbe/politik/liba/pafe/docs/diskurs.pdf](http://www.uni-trier.de/uni/fbe/politik/liba/pafe/docs/diskurs.pdf), [24.6.2002])

**NOHLEN**, Dieter 1998: Wörterbuch Staat und Politik; Bonn.

**NYE JR.**, Josef 1990: Soft Power, *in*: Foreign Policy 80 (Fall), S.153-171.

**OAKES**, Penelope J., **HASLAM**, S. Alexander, **TURNER**, John C. 1994: Stereotyping and Social Reality; Oxford.

**OLSZANSKI**, Tadeusz A. 2001: Der polnisch-ukrainische Konflikt 1943-1947, *in*: Ji 20, S.61-89. (abgeänderte Version des Aufsatzes aus „Zeszyty Historyczny“ 90 (1989), dort unter dem Pseudonym „Jan Łukaszów veröffentlicht)

**PLEINES**, Heiko 1999: Rußlands Gazprom. Die Rolle des Gaskonzerns in der russischen Politik und Wirtschaft; Köln. (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien 33/1999)

**PLEINES**, Heiko 2002: Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in Russland. Die Öl- und Gasindustrie in der Ära Jelzin. (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen Nr. 41)

**POLLACK**, Johannes 1998: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft; Frankfurt/Main.

**POMIAN**, Krzysztof 2000: W kręgu Giedroycia; Warszawa.

**POMIANOWSKI**, Jerzy 2000: Die Pariser *Kultura* und die Vision einer neuen polnischen Ostpolitik, *in*: Łukasz Gałęcki/Basil Kerski (Hrsg.) 2000: Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil; Osnabrück, S.107-112.

**PRIZEL**, Ilya 1995: Warsaw's Ostpolitik. A New Encounter with Positivism; *in*: Ilya Prizel, Andrew A. Michta (Hrsg.) : Polish Foreign Policy Reconsidered; Basingstoke, S.95-128.

**PRIZEL**, Ilya 1998: National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine; Camebridge

**PRIZEL**, Ilya/**MICHTA**, Andrew A. (Hrsg.) 1995: Polish Foreign Policy Reconsidered; Basingstoke.

**PROTSENKO**, Alexander/**VINCENTZ**, Volkhart 1999: Direktinvestitionen und andere Kapitalströme nach Osteuropa; München (Dezember). (Working Paper des Osteuropa-Instituts München Nr.222)

**PUTNAM**, Robert 1988: Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games, *in*: International Organization 3, S.427-460.

**RAUTENBERG**, Hans-Werner (Hrsg.) 1993: Der „Ring um die Hauptstadt“. Die polnische Minderheit in Litauen 1989-1993; Marburg. (=Dokumentation Ostmitteleuropades Herder-Instituts, 20. Jahrgang, April 1994)

**REESE-SCHÄFER**, Walter (Hrsg.) 1999a: Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung; Opladen.

**REESE-SCHÄFER**, Walter (Hrsg.) 1999b: Einleitung: Identität und Interesse, *in*: Walter Reese-Schäfer (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung; Opladen, S.7-43.

**REIN**, Martin 1986: Frame-Reflective Policy Discourse; Leyden.

**REXHEUSER**, Rex 1997: Das Schulwesen nationaler Minderheiten in Estland, Lettland, Polen und der Tschechoslowakei zwischen den Weltkriegen, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.283-312.

**RHODE**, Gotthold <sup>2</sup>1965: Geschichte Polens. Ein Überblick; Darmstadt.

**RIEDEL**, Sabine 2001: Minderheitenpolitik im Prozess der EU-Erweiterung. Dynamisierung ethnischer Konflikte durch positive Diskriminierung, *in*: Osteuropa 51(11-12), S.1262-1285. (Auszüge aus: Sabine Riedel: Minderheitenpolitik in der EU-Erweiterungsperspektive. Neue Konflikte durch Maßnahmen der positiven Diskriminierung; Berlin 2001. (SWP-Studie S 24, September 2001))

**RISSE-KAPPEN**, Thomas 1995a: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, *in*: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2(1), S.171-184.

**RISSE-KAPPEN**, Thomas (Hrsg.) 1995b: Bringing Transnational Relations Back in; Cambridge.

**RISSE**, Thomas 2003: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen - warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, *in*: Gunter Hellmann/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.): Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland; Opladen. (i.E.)

**RITTBERGER**, Volker (Hrsg.) 1990: Theorien der Internationalen Beziehungen; Opladen. (Sonderheft PVS 21/1990)

**RUGGIE**, John Gerard 1998: Constructing the World Polity. Essays on International Institutionalization; London.

**RUPPERT**, Karl 2001: Mitteleuropa. Annäherung an einen geographischen Begriff ([www.geo.uni-augsburg.de/sozgeo/schrift/online/mitteleu.htm](http://www.geo.uni-augsburg.de/sozgeo/schrift/online/mitteleu.htm) [21.11.2001]).

**RYBICKI**, Robert 2001: Schengen and Poland, *in*: Polish Yearbook of International Law

25, S.97-112.

**RYDLEWSKI**, Grzegorz 2001: Regierung und Regierungsverwaltung in Polen im Transformationsprozeß, *in*: Stanisław Sułowski/Konstanty Adam Wojtaszczyk (Hrsg.): Das politische System Polens; Warszawa, S.63-85. (= Grzegorz Rydlewski: Regierung und Regierungsverwaltung in Polen, *in*: WeltTrends 27 (Sommer 2000), S.41-59.)

**SABBAT-SWIDLICKA**, Anna 1990a: Senate Calls for Changes in Eastern Policy, *in*: RFERL Research Report, vol.1, no. 39, 28.9.1990.

**SABBAT-SWIDLICKA**, Anna 1990b: Friendship Declarations Signed with Ukraine and Russia, *in*: RFERL Research Report, vol.1, no. 44, 2.11.1990.

**SABBAT-SWIDLICKA**, Anna 1991: Polish Reactions to the Lithuanian Crisis, *in*: RFERL Research Report, vol.2, no. 6, 8.2.1991.

**SABBAT-SWIDLICKA**, Anna 1994: Pawlak Builds up Peasant Power, *in*: RFERL Research Report, vol.5, no. 24, 17.6.1994.

**SARNECKI**, Paweł/**SZMYT**, Andrzej/**WITKOWSKI**, Zbigniew (Hrsg.) 1999: The Principles of Basic Institutions of the System of Government in Poland, Warszawa.

**SCHIMMELFENNIG**, Frank 1994: Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat, *in*: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1(2), S.335-355.

**SCHIMMELFENNIG**, Frank 2002: Internationale Sozialisation: Von einem „erschöpften“ zu einem produktiven Forschungsprogramm? Beitrag für die Wissenschaftliche Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW „Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland“, Evangelische Akademie Arnoldshain, 4.-6.4.2002.

**SCHEUERMANN**, Martin 2000: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren; Marburg.

**SCHLAU**, Wilfried 1997: Die Agrarreformen und ihre Auswirkungen, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.145-159.

**SCHLOTT**, Wolfgang 1990: Kindheitsparadies und Inferno. Die östlichen Grenzlandgebiete im Spiegel der polnischen Nachkriegsprosa, *in*: Osteuropa 40(7), S.659-671.

**SCHOT**, Bastiaan 1988: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz; Marburg. (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropastudien des Herder-Institutes, Band 4)

**SCHRAMM**, Gottfried 1993: Die Macht des Nationalen in Ostmitteleuropa, *in*: Saeculum 44, S.325-340.

**SNYDER**, Tim 2003: Polnische Ostpolitik. Tradition mit Zukunft, *in*: Transit 25, S.25-39.

**SØRENSEN**, Georg 1997: An Analysis of Contemporary Statehood: Consequences for Conflict and Co-operation, *in*: Review of International Studies 23, S.253-269.

**STANISZKIS**, Jadwiga 1979: On Some Contradictions of Socialist Societies: The Case of Poland, *in*: Soviet Studies 31(2), S.167-187.

**STANISZKIS**, Jadwiga 1995: Russia: Empire or Metropoly?, *in*: Janusz Stefanowicz/Iwona Grabowska-Lipińska (Hrsg.): Racja Stanu w dobie transformacji ładu europejskiego. Implikacje dla Polski; Warszawa, S.13-18.

**SUBTELNY**, Orest 1990: Ukraine: A History; Toronto.

**SULOWSKI**, Stanisław/**WOJTASZCZYK**, Konstanty Adam (Hrsg.) 2001: Das politische System Polens; Warszawa.

**SUNDHAUSSEN**, Holm 2001: Was ist Osteuropa?  
([www.oei.fu-berlin.de/publikationen/intdiap.htm](http://www.oei.fu-berlin.de/publikationen/intdiap.htm) [21.11.2001]).

**SUPPAN**, Arnold/**HEUBERGER**, Valeria 1994: Nationen und Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa seit 1918, *in*: Valeria Heuberger (Hrsg.): Nationen, Nationalitäten, Minderheiten; München/Wien, S.11-32.

**SWIDLICKA**, Anna 1990: Government Spokesmen Presents Foreign Policy Aims, *in*: Radio Free Europe/Radio Liberty, RFE Research, vol. 14, no. 46, part II, 17.11.1989.

**TAJFEL**, Henri 1978: Differentiation between Social Groups. Studies of Social Psychology of Intergroup Relations; London.

**THORNBERRY**, Patrick 1991: International Law and the Rights of Minorities; Oxford.

**TKACZYŃSKI**, Jan Wiktor/**VOGEL**, Ulrich 1997: Sieben Jahre nach der Wende: Die polnische Verfassung zwischen Oktroi und Obstruktion, *in*: Osteuropa-Recht 43(2-3), S.169-181.

**TOWNSON**, Michael 1992: Mother-Tongue and Fatherland. Language and Politics in Germany; Manchester/New York.

**UMBACH**, Frank 2000: Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland, *in*: Stefan Creuzberger u.a. (Hrsg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion; Köln, S.211-224.

**USCHAKOW**, Alexander 1997: Verfassungen und Minderheitenrecht, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.201-224.

**UŠACKAS**, Vygaudas 2000: Lithuania and Russia: Knowing the Past, Building Genuine Partnership for the Future, *in*: Lithuanian Foreign Policy Review 2/2000, S.9-26.

**VALIONIS**, Antanas/**IGNATAVIČIUS**, Evaldas/**BRIČKOVSKIENĖ**, Izolda 1998: From Solidarity to Partnership: Lithuanian-Polish Relations 1988-1998, *in*: Lithuanian Foreign Policy Review 1(2), S.7-29.

**VAN DIJK**, Teun A. (Hrsg.) 1997: Discourse as Structure and Process. Discourse Studies: A Multidisciplinary Introduction. Vol.1; London 1997.

**VIEFHAUS**, Erwin 1960: Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919; Würzburg. (Marburger Ostforschungen, Band 11)

**VINTON**, Louisa 1995: Domestic Politics and Foreign Policy 1989-1993, *in*: Ilya Prizel/Andrew A. Michta (Hrsg.) 1995: Polish Foreign policy Reconsidered; Basingstoke, S.23-72.

**WÆVER**, Ole 1994: Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, *in*: Walter Carlsnaes/Steven Smith (Hrsg.): European Foreign Policy. The EC and Changing Perspectives in Europe; London.

**WÆVER**, Ole 2002: Identity, Communities and Foreign Policy, *in*: Lene Hansen/Ole Wæver (Hrsg.): European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States; London, S.20-49.

**WAGNER**, Oskar 1997: Konfession und Nation in der Republik Polen, *in*: Hans Lemberg (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten; Marburg, S.239-256.

**WEBER**, Max 1947: The Theory of Social and Economic Organization; New York.

**WEBER**, Max 1995: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis; Schutterwald. (Nachdruck)

**WEIDENFELD**, Werner (Hrsg.) 1997: A New Ostpolitik - Strategies for a United Europe; Gütersloh.

**WEIDENFELD**, Werner 2001: Jenseits der EU-Erweiterung; Gütersloh.

**WEIDENFELD**, Werner (Hrsg.) 2002: Europa-Handbuch; Bonn. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 373)

**WEISE**, Christian 1997: Wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EU und der GUS; Berlin. („Beiträge zur Strukturforchung“ des DIW, Heft 169)

**WELLER**, Christoph 1999: Kollektive Identitäten in der internationalen Politik. Anmerkungen zur Konzeptionalisierung eines methodischen Begriffs, *in*: Walter Reese-Schäfer (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung; Opladen, S.249-278.

**WENDLAND**, Anna Veronika 2001: Der Metropolit, *in*: Ji 20, S.90-98.

**WENDT**, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, *in*: International Organization 41(3), S.335-370.

**WENDT**, Alexander 1992: Anarchy is What States Make of it, *in*: International Organization 46 (2), S.391-425.

**WOJTASZCZYK**, Konstanty Adam 2001: Das Parteiensystem in Polen, *in*: Stanisław Sulowski/Konstanty Adam Wojtaszczyk (Hrsg.): Das politische System Polens; Warszawa, S.105-112.

**WOLCZUK**, Katarzyna, **WOLCZUK**, Roman 2002: Poland and Ukraine: A Strategic Partnership in a Changing Europe?; London. (Royal Institute of International Affairs)

**WYRZYKOWSKI**, Mirosław (Hrsg.) 1999: Constitutional Essays; Warsaw.

**YOUNG**, Oran R. 1994: International Governance. Protecting the Environment in a Stateless Society; Ithaca.

**ZERNACK**, Klaus 1994: Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte; Berlin.

**ZIELONKA**, Jan 1998: Paradoxes of European Foreign Policy; Dordrecht.

**ZIEMER**, Klaus 1987: Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der „Ära Gierek“; Frankfurt/Main.

**ZIEMER**, Klaus (Hrsg.) 2001a: Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989; Marburg.

**ZIEMER**, Klaus 2001b: Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weißrußland und zu Litauen, *in*: Klaus Ziemer (Hrsg.): Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989; Marburg, S.57-76.

**ZIEMER**, Klaus/**MATTHES**, Claudia-Yvette 2002: Das politische System Polens; *in*: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas; Opladen, S.185-237.